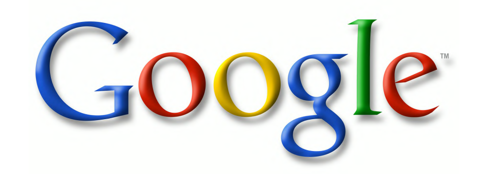
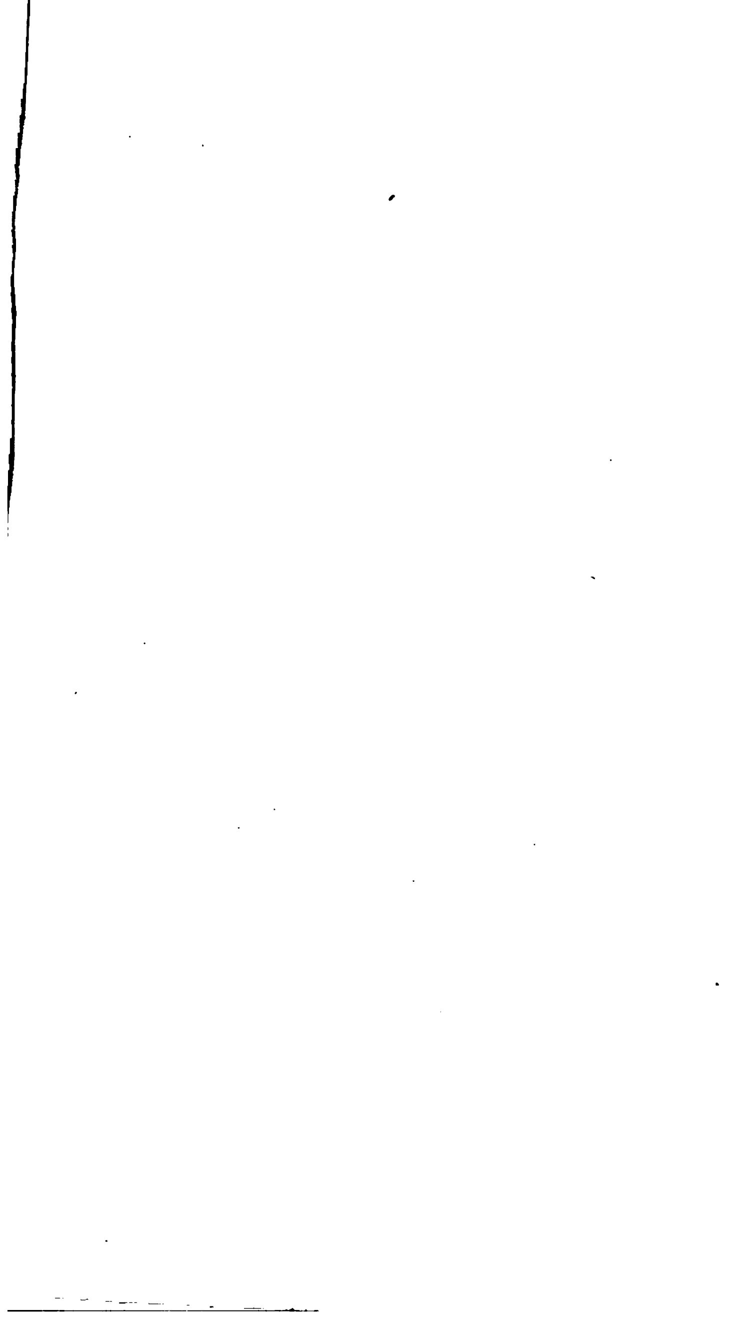






Historische und politische Denkwürdigkeiten

des

königlich preußischen Staatsministers

Johann Eustach Grafen von Görtz,

aus

dessen hinterlassenen Papieren

entworfen.

Erster Theil.

Stuttgart und Tübingen,

in der J. G. Cotta'schen Buchhandlung

1827.

Vorwort.

Durch eine Reihe von dreißig Jahren wurde der ausgezeichnete Staatsmann, dessen Denkwürdigkeiten dem Publikum mitgetheilt werden, in den wichtigsten Angelegenheiten des preußischen Hofes in und außer Deutschland verwendet.

Als Erzieher der Prinzen von Sachsen-Weimar, von Friedrich dem Großen obgleich nur vorübergehend gekannt, hatte Graf Görz doch des Königs Beifall erhalten, und ihm Zutrauen eingeflößt. Eine eben so ehrenvolle als schwierige Sendung im Jahr 1778 wegen der bayerischen Erbfolge war davon das erste

Merkmal. Der Graf entwickelte bei dieser Gelegenheit so viele Talente, einen so richtigen Blick, und so große Gewandtheit, daß er das Vertrauen, welches Friedrich in ihn gesezt, nicht nur vollkommen rechtfertigte, sondern dasselbe auch für alle Zukunft dauerhaft begründete.

Nach erreichtem Endzweck seiner ersten Sendung wurde Graf von Görtz nach Berlin berufen und zum Grandmaître de la Garderobe und Staatsminister ernannt. Aber nur kurze Zeit durfte er in der Hauptstadt verweilen, denn der König übertrug ihm den wichtigen Gesandtschaftsposten am russischen Hofe; den er im Herbst 1779 antrat und durch volle sechs Jahre bekleidete.

Wenige Monate nach seiner Rückkehr von Petersburg erhielt der Graf im September 1786 den Beweis, daß Friedrichs II Zutrauen auf dessen Nachfolger übergegangen sey; denn er wurde als außerordentlicher Gesandter nach Holland geschickt, um die Bewegungen und Unruhen, welche die antioranische Partei gegen

den Erbstatthalter erregt hatte, beizulegen. Von dieser mit Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten mancherlei Art verbundenen Sendung im Jahr 1787 zurückgekehrt, ernannte ihn der König im folgenden Jahre zum kurbrandenburgischen Gesandten am deutschen Reichstage, welche Stelle er bis zu der im Jahr 1806 erfolgten Auflösung des deutschen Reichs beibehielt.

In der Zwischenzeit war der Graf auf beiden Kaiserwahlen, in den Jahren 1790 und 1792 zweiter kurbrandenburgischer Wahlbotschafter und als solcher Stimmführer bei den Berathungen über die Wahlkapitulationen; vom Ende des Jahres 1797 bis Ende Aprils 1799 erster preußischer Gesandter bei dem Kongresse zu Rastadt; in den Jahren 1802 und 1803 kurbrandenburgischer Bevollmächtigter bei der Reichs-Deputation zum Vollzuge des Entschädigungs-Geschäftes.

Nach den für Preußen so unglücklichen Ereignissen in den Jahren 1806 und 1807

legte der Graf von Görtz mit freiwilliger Verzichtung auf alle Pension seine Dienste nieder. Auf eine höchst ehrenvolle Art wurden durch ein königliches Handschreiben seine während einer dreißigjährigen Dienstzeit erworbenen vielen und ausgezeichneten Verdienste um den preußischen Staat anerkannt.

Von nun an lebte der Graf von allen öffentlichen Geschäften zurückgezogen in Regensburg, verehrt und geliebt von allen, die ihn kannten, und im vertrauten Umgange mit seinen Freunden. Auch im hohen Alter noch thätig, widmete er seine Zeit der Lektüre, der Redaktion und Herausgabe interessanter politischer und historischer Schriften, und der Theilnahme an dem Schicksal der Bürger von Regensburg, die ihm allgemeine Achtung und Dankbarkeit zollten.

„Und so" schrieb er noch im Jahr 1818 — „erwarte ich nun hier in meinem 81sten Jahre, „vertrauend auf die göttliche Barmherzigkeit mit „einem ruhigen Gemüth und Ergebung in den „göttlichen Willen meine Auflösung."

Diese erfolgte am 7ten August 1821 im 84sten Jahre seines Alters und nun ruhen in dem Familien-Begräbniß auf dem protestantischen Kirchhofe in Regensburg die Gebeine des Mannes; dessen Andenken dem Staate, welchem er die ausgezeichnetsten Dienste leistete, der Stadt, die ihn durch eine Reihe Jahre unter ihre hervorragendsten und menschenfreundlichsten Bewohner zählte, und seinen Angehörigen und Freunden, deren Liebe und Anhänglichkeit er zu erwerben und zu erhalten wußte, stets theuer und unvergeßlich seyn wird.

Drei Jahre nach seinem Hinscheiden wurde ihm und seinen Tugenden von seinen Freunden und Verehrern (so lautet die Inschrift) zwischen dem Jakobs- und Weich St. Peter-Thor zu Regensbutg ein einfaches und geschmackvolles Denkmal errichtet. Vaterlandsliebe, Frömmigkeit, Bürgersinn, Geselligkeit und Wohlthätigkeit werden durch dasselbe als die schönen Eigenschaften des ausgezeichneten Staatsmannes und Bürgers den Vorübergehenden kund gegeben.

Es bedarf nur eines Blickes auf den Zeitraum, in welchem der Graf von Görtz sich den öffentlichen Geschäften widmete, und auf die verschiedenen Stellen und Aufträge, die ihm während desselben anvertraut waren, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß eine genauere Kenntniß des Strebens und Wirkens dieses in den wichtigsten Angelegenheiten seiner Zeit verwendeten Staatsmannes mannichfaltiges Interesse darbiete.

Ein eben so ausgezeichnetes Wohlwollen als schmeichelhaftes Zutrauen hat dem Verfasser die Einsicht und Benützung der vielen von dem Verewigten hinterlassenen Papiere verschafft. Reichhaltige Materialien zur Geschichte der Zeit, in welcher der Graf lebte, und insbesondere der wichtigen und folgereichen Unterhandlungen, die ihm übertragen waren oder woran er Theil genommen hat, sowie zur genauern Kenntniß der Politik und Pläne großer Höfe, der Diplomatie und Statistik sind in jenen Papieren enthalten. Denn nicht etwa nur auf die ihm eigentlich übertragenen Ge-

schäfte und Aufträge, nicht auf bloße Erstattung amtlicher Berichte und pflichtmäßiger Anträge beschränkte sich seine Thätigkeit; sein lebhafter Geist, seine Wißbegierde, seine stete Aufmerksamkeit umfaßte alles, was auch außer seiner eigentlichen Geschäfts-Sphäre den Mann von Talenten und Bildung anspricht. Daher eine zahllose Menge von gesammelten Notizen und niedergeschriebenen Bemerkungen, die, ohne sich auf die Dienstverhältnisse des Grafen zu beziehen, großes Interesse haben, und für Leser von Bildung bleibend haben werden.

Diese zu sammeln, und in einer zweckmäßigen Ordnung zusammengestellt dem Publikum mitzutheilen, ist die Absicht des Verfassers.

Nicht eine politische Geschichte des Zeitraums, in dem des Grafen Wirken so erfolgreich hervorleuchtet, sondern nur Beiträge dazu, will der Verfasser liefern. Wenn dann diese Schrift auch, ohne daß ihr nächstes Ziel eine Biographie des Verewigten ist, doch zu-

gleich die Hauptmomente seines Lebenslauf[s]
angibt, so geschieht es nicht nur aus des Ve[r-]
fassers reiner Verehrung für denselben, sonder[n]
auch in der Ueberzeugung, die Leser werde[n]
an den persönlichen und Familienverhältnisse[n]
eines Mannes Theil nehmen, den wir mi[t]
Stolz unter unsere Zeitgenossen zählen.

Inhalt.



Erster Abschnitt.

Graf Görtz in Sachsen-Weimarischen Diensten 1761—1777.

Eustach (Johann), Graf von Görtz, geboren am 5. April 1737 auf der Familien-Herrschaft Schlitz, war der jüngste Sohn seiner Eltern, des Grafen Johann, und dessen Gemahlin, Marie Friederike Dorothee Sophie, gebornen Sittig von Schlitz, genannt Görtz.

Seine erste Erziehung erhielt Görtz zugleich mit seinem um drei Jahre ältern Bruder, dem nachherigen königlichen preußischen General der Kavallerie, Karl Friedrich Adam, im väterlichen Hause.

Schon im Jahr 1747 starb der Grafen Vater, und im August des folgenden Jahres wurden sie, in Begleitung eines Hofmeisters, auf das Karolinum in Braunschweig geschickt; ein Institut, welches damals, unter des würdigen Abtes Jerusalem Aufsicht und Leitung, im größten Flore stand.

Der Aufenthalt der beiden Brüder in dieser Erziehungs-Anstalt dauerte zwei Jahre; nach der Rück-

kehr aus derselben trat Graf Karl Friedrich in Hessen-Kassel'sche Kriegsdienste, Graf Eustach aber blieb ungefähr anderthalb Jahre, sich selbst überlassen, im mütterlichen Hause, von wo er sich im Frühjahr 1752 auf die Universität Leyden begab. Viel verdankte er dort dem Professor des deutschen Staatsrechts, Weiß aus Basel, und einem sehr gelehrten und fleißigen Repetitor, Museus. Die häufigen auf den holländischen Universitäten in jener Zeit üblichen Ferien benützte der Graf, um sich in dem nahe gelegenen Haag aufzuhalten, wo er, ungeachtet seiner Jugend, Zutritt in die besten Häuser und bei den vorzüglichsten Gesandten fand. Hier war es, wo er den ersten Grund seiner Bildung und seiner Welt- und Menschenkenntniß legte; auch scheint er hier den ersten Impuls zur diplomatischen Laufbahn erhalten zu haben.

Nach der Zurückkunft von Leyden, im Frühjahre 1754, brachte der Graf den Sommer bei seiner Mutter zu, und ging im September, zu Vollendung seiner Studien, nach Straßburg, wo er dem berühmten Professor Schöpflin besonders empfohlen war. Dort besuchte er dessen Vorlesungen über die Friedensschlüsse und Staatsverträge, die Staatengeschichte, das Staats- und Völkerrecht.

Während seines Aufenthalts in Straßburg entstand in dem Grafen der Gedanke, in französische Kriegsdienste zu treten, und er war auf dem Punkte,

solchen auszuführen, als er im Jahr 1755 seine erste Anstellung in herzoglich Sachsen-Weimarischen Diensten erhielt. Seine Mutter hatte solche vorzüglich durch den Oberhofmeister der jungen Prinzen von Gotha, Herrn von Rotberg, eingeleitet.

So war denn Graf Görtz in seinem zwei und zwanzigsten Jahre Regierungs-Assessor, mit dem Titel eines Legationsraths, in Weimar, wo, mit dem unbeschränkten Vertrauen des jungen Herzogs, Ernst August Konstantin, beehrt, Graf von Bünau als Statthalter und erster Minister die Angelegenheiten des herzoglichen Hauses und die Verwaltung des Landes leitete. Schon während der Minderjährigkeit des Herzogs war dieser Minister an der Spitze der Verwaltung gestanden; die von ihm durch eine lange Reihe von Jahren um das herzogliche Haus erworbenen Verdienste hatten seinen Einfluß begründet und gesichert. Er zeichnete den Grafen Görtz gleich bei dessen Dienstesantritt dadurch aus, daß er ihn in sein Haus nahm, und ihm die Führung seiner Korrespondenz anvertraute. Aber zu jener Zeit war Weimar noch nicht, was es in der Folge geworden ist, und dem lebhaften und talentvollen jungen Manne gefiel weder der Aufenthalt daselbst, noch seine Stellung zu dem ersten Minister; er fand diesen zwar sehr gelehrt und erfahren, aber auch sehr stolz, alt und mürrisch, und den Hof nicht so zusammengesetzt, daß ihm solcher zusagte. Daher fühlte

er sich so unglücklich in Weimar, daß er, von den ersten Tagen seiner dortigen Anstellung an, sich alle Mühe gab, bald weg — und nach Gotha zu kommen, für welchen Ort er eine besondere Vorliebe gefaßt hatte.

Die Einleitung geschah wieder durch Herrn von Rotberg, und zwar mit gewünschtem Erfolg. Denn schon im September 1756 benützte die Herzogin von Gotha, Luise Dorothee, einen Besuch in Weimar, um den Grafen von Bünau zu ersuchen, den Grafen von Görtz in die Gothaischen Dienste zu überlassen, was auch bewilligt wurde.

Mit Ende Novembers war Graf Görtz Kammerjunker und Regierungsrath in Gotha; später wurde er zum Hofrath befördert. — Aber eben so wenig, als vorhin in Weimar, genoß er auch in seinem neuen Dienste einigen Gehalt, und, außer der freien Tafel bei Hofe, keinen Vortheil; er war daher auf seine Appanage beschränkt, die er, nach den Familien-Verträgen, von der Zeit einer Dienstanstellung an, zu beziehen hatte.

Dem Aufenthalte in Gotha verdankte Graf Görtz vorzüglich die Vollendung seiner Bildung. Dort hatte die sehr geistreiche Herzogin einen Kreis von würdigen und talentvollen Männern und Frauen um sich her gebildet; unter diesen zeichnete sich vor allem die Oberhofmeisterin, Frau von Buchwald, geborne

von Neuenstein, durch Geist, Bildung und Liebenswürdigkeit, unter jenen Herr von Einsiedel, der geheime Rath und Kanzler von Oppeln, und der geheime Rath von Lichtenstein durch Talente, Kenntnisse und vortrefflichen Charakter aus. Noch im hohen Alter erinnerte sich Graf Görtz mit Dank und Vergnügen an den nützlichen und frohen Aufenthalt in Gotha, und stets unterhielt er die freundschaftlichen Verbindungen mit seinen dortigen Bekannten.

Nach drei Jahren, und noch vor Ende des Jahres 1759, wurde der Graf nach Weimar zurückgerufen. Dort war im Mai 1758, nach einer Regierung von nicht viel über zwei Jahre, und erst 21 Jahre alt, der Herzog Ernst August Konstantin, mit Hinterlassung einer jungen Wittwe in gesegneten Umständen und eines noch kein volles Jahr alten Erbprinzen, gestorben. Die Herzogin Amalia (Anna), selbst noch minderjährig, konnte die ihr nach dem lezten Willen ihres verstorbenen Gemahls zukommende Vormundschaft und Landes-Administration nicht übernehmen, sondern solche wurde von ihrem Vater, dem Herzog Karl von Braunschweig, unter Assistenz des Grafen von Bünau, geführt, bis die Herzogin im folgenden Jahre die Volljährigkeits-Erklärung erlangte.

Indem die junge Regentin, nach Uebernahme der vormundschaftlichen Regierung, den Grafen von Görtz in ihre Dienste zurückrief, erklärte sie zugleich die Ab-

sicht, demselben die Erziehung des Erbprinzen, Karl August, und seines jüngern, nach dem Tode des Vaters gebornen, Bruders, des Prinzen Konstantin (Ernst August), zu übertragen.

Der Graf mißkannte keineswegs das Mühsame und die große Verantwortlichkeit der ihm zugedachten Stelle; er fühlte, daß er derselben, wollte er seine Pflichten streng erfüllen, das Opfer seiner Freiheit, der Vergnügungen seines Alters, des Umganges mit seinen Verwandten, Freunden und Bekannten, bringen müßte.

Ohne große Glücksgüter, hatte der Graf doch Einkommen genug, um frei und unabhängig leben, und so viele Kenntnisse und Bildung, um eine andere, einem jungen Manne von seinem Alter mehr zusagende, Stelle erwarten zu können. „Der Vorsatz" — äußert er sich in einem Schreiben aus der damaligen Periode — „mich der Welt und meinem Nebenmenschen nützlich zu „machen, hat allein mich zu der Entschließung bringen „können, ein Amt anzunehmen, welches die schwerste „Verantwortung mit sich führt, und in welchem der „größte Theil derjenigen, welche ein eben solches in „allen Ländern vor mir bekleidet, den größten Kummer „und einen unglücklichen Ausgang erlebt haben."

Mit dem Charakter eines obervormundschaftlichen Hof- und Legationsrathes, übernahm der Graf im Anfange des Monats März 1762 die ihm anvertraute

Erziehung des vier Jahre und acht Monate alten Erbprinzen, und später auch jene seines jüngern Bruders.

Früher schon aufgefordert, die Hauptpunkte seiner Instruktion selbst zu entwerfen, hatte der Graf solche dem geheimen Rathe vorgelegt. Sie dienen zum ehrenden Beweise, wie sehr er die Wichtigkeit seines Amtes erkannte, und sich selbst an die strenge Erfüllung der mit ihm übernommenen Verpflichtungen binden wollte. Mit der größten Uneigennützigkeit war er bei dessen Annahme über alle Bedingungen hinweggegangen, die man sich gewöhnlich bei solchen Anstellungen zu machen pflegt; „ein unglücklicher Ausgang" — äußerte er sich in einem an den geheimen Rath unterm 4. November 1761 erlassenen Schreiben — „würde mich die mindesten Vortheile, die ich genossen „hätte, bereuen machen," und ein erwünschter Erfolg „ist allein meine schönste Belohnung." — Das Einzige, was er sich ausbedungen hatte, war, daß er seine Stelle niederlegen könne, wenn er das so nöthige Zutrauen der Herzogin, oder des geheimen Raths-Kollegiums, vermissen sollte.

Aber dieses Vertrauen ward dem Grafen im vollsten Maaße zu Theil, und er rechtfertigte es durch den Eifer und die Hingebung, womit er sich seiner Stelle widmete. Ein vollständiges und mit großer Genauigkeit geführtes Tagebuch über das Betragen, die Fortschritte, und die Entwicklung des Geistes und Cha

rakters seiner Zöglinge; halbjährige, ausführliche Berichte über deren moralischen und physischen Zustand an die Frau Herzogin, und zum Theil an den geheimen Rath; eine Menge eigenhändiger Schreiben der erstern, und viele Erlasse des leztern, Anerkenntnisse und Geschenke der Landstände u. s. w., bezeugen das rastlose Bestreben des Grafen, seine Pflichten in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen, und die allgemeine Zufriedenheit mit dem Erfolge. Mit herzlicher Liebe und Zutrauen waren ihm — dieß beweisen so manche schriftliche und mündliche Aeußerungen — seine fürstlichen Zöglinge ergeben. Besonders früh entwickelten sich in dem Erbprinzen, dermaligen Großherzog, große Vorzüge des Verstandes und Herzens, und erweckten die schönsten Hoffnungen für die Zukunft. Schon im Jahr 1763, wo ihn König Friedrich II., sein Großoheim, zum ersten Male in Weimar sah, erkannte er die glücklichen Anlagen des Erbprinzen; er sprach sich darüber laut mit großem Beifall aus, und äußerte gegen den Grafen von Görtz, als Erzieher, ein besonderes Wohlwollen. Eben dieses geschah im Jahr 1771, als der nun vierzehnjährige Prinz dem König in Braunschweig aufwartete. Damals sagte Friedrich, nach einer langen Unterredung mit ihm, dem Herzog Karl von Braunschweig: er habe noch nie einen jungen Menschen von diesem Alter gesehn, der zu so großen Hoffnungen berechtige.

Es war daher als Erzieher fürstlicher Kinder, daß sich Graf Görtz zuerst den Beifall und das Zutrauen des Monarchen erwarb, welches ihm in der Folge als Staatsminister, in den wichtigsten und schwierigsten Geschäften, in so vollem Maaße zu Theil geworden ist.

Was der Graf den Prinzen von Weimar, der übernommenen Verpflichtung gemäß, war, das ward er auch aus brüderlicher Liebe den beiden Söhnen seines ältesten Bruders, deren Erziehung und Bildung er im Jahr 1765 übernahm, und die er bis in's Jahr 1773, anfänglich in Weimar, und in der Folge in Jena, bei sich behielt.

Ein Anfall von Gütern in der Wetterau an die Görtzische Familie verbesserte im Jahr 1767 deren Vermögens-Verhältnisse; Graf Eustach erhielt dadurch eine ansehnliche Vermehrung seines Einkommens. Im folgenden Jahre vermählte er sich mit der Tochter des herzoglich sachsen-gothaischen geheimen Raths von Uechtriz. Es läßt sich mit wenigen Worten nicht mehr Rühmliches von dieser würdigen Frau sagen, als was der Graf, viele Jahre, nachdem er sie verloren hatte, und als [illegible]jähriger Greis, von ihr äußerte. „Ihren Tugenden" — schrieb er — „ihrem „ausgebildeten Verstande, und der reinen Güte ihres „Herzens danke ich das größte Glück meines Lebens „und die Ausbildung meiner vortrefflichen Kinder; sie

trauens und Wohlwollens für den Grafen, von Anerkennung seiner großen Verdienste um die beiden Prinzen.

Aber nur wenige Tage nach der Zurückkunft von der Reise, und kaum drei Monate vor dem Regierungsantritt des Erbprinzen, ertheilte die Herzogin dem Grafen die Entlassung von seiner Stelle. Höchst unerwartet und schmerzlich fiel dieses dem Manne, der bisher nur Beweise von Beifall und Zutrauen erhalten hatte, und es sich bewußt war, daß er solche verdient habe. Doch war seine Entlassung sehr ehrenvoll; er erhielt, zur Bezeigung der Zufriedenheit mit seinen geleisteten treuen und ersprießlichen Diensten, nicht nur den Charakter eines wirklichen geheimen Raths, mit dem Prädikate: Excellenz, sondern auch eine lebenslängliche Pension von 1500 Reichsthalern jährlich, die er bis zu seinem Tode genossen hat. Die Landstände bewiesen ihre Anerkennung der Verdienste desselben mit dem Geschenke eines Kapitals von 20,000 Reichsthalern.

Nun war die Laufbahn des Grafen als Erzieher fürstlicher Kinder vollendet, und ohne fernere Verpflichtungen gegen Weimar, konnte er sich entweder eine neue Laufbahn eröffnen, oder in Zurückgezogenheit von Aemtern und Geschäften ein ruhiges und sorgenfreies Leben führen. Ohne darüber noch einen Entschluß zu fassen, fand er sich, durch den bestimmt ge-

äußerten Wunsch des nun für volljährig erklärten Herzogs, bewogen, vorerst in Weimar zu bleiben. Von dort begleitete er den jungen Regenten, als die Zeit zu dessen Vermählung gekommen war, nach Karlsruhe, und kehrte dann mit den Neuvermählten nach Weimar zurück.

Nicht lange blieb der Graf in der glücklichen Unabhängigkeit, die er seit seiner Entlassung genossen hatte. Der Herzog wollte seinen ehemaligen Erzieher als Gesellschafter, Freund und Rathgeber durch eine andere ehrenvolle Stelle an seinen Hof und seine Person auf's Neue binden; daher übertrug er ihm jene eines Oberhofmeisters seiner Gemahlin. Aus Anhänglichkeit an den Herzog, und aus hoher Verehrung für die junge Fürstin, nahm Graf Görtz diese neue Bestimmung an. „Die Hoffnung" — schrieb Graf Görtz bei diesem Anlasse an den Herzog — „Sie glücklich in „Ausübung der Tugenden, die ich Ihnen stets einzu„flößen beflissen war, und im Besitz einer Fürstin zu „sehen, welche der Himmel für Sie geschaffen zu haben „scheint, das Vergnügen, mit Freunden zu leben, die „ich liebe und schätze, das Glück, mich dem Dienste „der Frau Fürstin zu widmen, und die Zuversicht, „daß Euer Durchlaucht mir Ihre Achtung nicht ver„sagen können, veranlaßt mich, mit Freuden, selbst „mit Dankbarkeit, die Stelle anzunehmen, die Sie „mir übertragen, und die mir doppelt werth wird, in-

„dem ich Ihnen dadurch meine Uneigennützigkeit be-
„weisen kann.“

Wie es nun kam, daß der Graf seine Stelle schon im folgenden Jahre wieder niederlegte, ist aus dessen Papieren nicht zu entnehmen; er blieb jedoch vor der Hand noch in Weimar. Nun war Görtz aufs Neue über seinen künftigen Lebensplan mit sich nicht einig und zweifelhaft, ob er sich auf's Land, oder nach Frankfurt, oder nach Friedberg, wo er Burgmann war, begeben solle. An die preußischen Dienste, in welchen ihm die Vorsehung eine so rühmliche Rolle bestimmt hatte, dachte er gar nicht, vielmehr fühlte er gegen solche mehr Abneigung als Zuneigung.

Inzwischen kam ihm von verschiedenen Orten her die Versicherung zu, König Friedrich II. erinnere sich seiner fortwährend mit Wohlwollen. Ja, sein Bruder, der täglich um den König war, schrieb ihm sogar aus dessen Auftrage im Anfange des Jahres 1776, der König wünsche, ihn wieder einmal zu sehen. Dieser Aufforderung folgend, reiste der Graf im Frühjahr nach Potsdam. Dort hatte er, während eines dreiwöchentlichen Aufenthalts, zweimal Audienz bei dem Monarchen, der sich mit ihm auf eine ausgezeichnet huldvolle Art unterhielt, und ihn beim Abschied mit den Worten: „Wir sehen uns wieder“, entließ. Dessen unerachtet, und gegen das Anrathen seines Bru-

ders und seiner Freunde, that Görtz keinen Schritt, um in preußische Dienste zu kommen, sondern kehrte, nach einem kurzen Aufenthalte in Berlin, im Monat Junius wieder nach Weimar zurück.

Von dort unternahm er in einige Gegenden Deutschlands, besonders an den Rhein, eine Reise, deren Endzweck nicht nur eine temporäre Entfernung von Weimar, sondern vorzüglich die Bewerbung um die Stimmführung protestantischer Höfe am Reichstage gewesen zu seyn scheint; ein Erfolg wurde jedoch nicht erzielt, und im Oktober war Görtz wieder in Weimar. Noch gegen Ende des Jahres 1777 war über dessen künftige Bestimmung nichts entschieden.

Inzwischen war des Grafen älterer Bruder und sein Freund Catt in Berlin nicht unthätig geblieben; denn unterm 22. November schrieb ihm jener, er solle ihm und Catt die Leitung seines Schicksals überlassen, und ihm mit umgehender Post einen ostensibeln Brief, mit dem Wunsche, in preußische Dienste zu treten, zusenden. Der Graf entwarf zwar einen solchen am 6. Dezember, und äußerte sich offen über seine Lage und Wünsche; allein er konnte sich nicht entschließen, denselben abgehen zu lassen.

Da kam am 8. Jäner 1778 sein Bruder aus Potsdam in Weimar an, ein Schreiben des Königs mit den wichtigsten Aufträgen in der baierischen Erb=

folge=Angelegenheit überbringend. Der Graf glaubte, dem ehrenvollen Rufe folgen zu müssen, und so schloß er seine Laufbahn in Weimarischen Diensten, um eine neue, glänzendere zu betreten.

Damit der Faden der Erzählung nicht unterbrochen werde, wurde hier kurz über die Personen hinweggegangen, welche zu jener Zeit in Weimar und dessen Umgebungen lebten, so wie über die damaligen Verhältnisse des dortigen Hofes. Die einen, wie die andern, bieten mannigfaltiges Interesse, und die hinterlassenen Papiere des Grafen Materialien im Ueberflusse dar, um auch jezt noch eine anziehende, und manchmal selbst belehrende, Schilderung von Personen und Begebenheiten der damaligen Zeit am Hofe zu Weimar und an andern deutschen Höfen zu entwerfen.

Allein eine solche kann, bei allem Reiz, den eine Lektüre der Art haben dürfte, nicht in diese Denkwürdigkeiten aufgenommen werden, weil sie diesem Werke eine zu große Ausdehnung geben würde. Daher muß in demselben der größtentheils interessante Inhalt einer Menge von Briefen der geistreichen Frau von Buchwald in Gotha, und der durch Jahre ununterbrochen fortgesezten Korrespondenz der witzigen, nicht selten scoptischen Gräfin von Gianini, Oberhofmeisterin der Herzogin Luise von Weimar, mit Stillschweigen übergangen werden. Eben deshalb kann auch darin

nichts

nichts von den zahlreichen Briefen des sachsen-gothaischen Residenten Grimm in Paris, mancherlei Charakter-Zeichnungen und Anekdoten seiner Zeit enthaltend, und jenen des hessen-darmstädtischen Präsidenten, Friedrich Karl, Freiherrn von Moser, der selbst über ernsthafte Gegenstände sich mit Witz und Scherz zu äußern pflegte, mitgetheilt werden.

Mehrere Schreiben des kurmainzischen Ministers von Groschlag, des Grafen von Werthern, des von frühern Jahren her dem Grafen mit inniger Freundschaft ergebenen Freiherrn Karl Theodor von Dalberg, des allgemein verehrten Herders, des Freiherrn von Lichtenstein in Gotha, und vieler ausgezeichneten Männer jener Zeit, sind nicht nur wegen ihrer persönlichen Verhältnisse zu dem Grafen, sondern auch ihres übrigen Inhaltes wegen von Interesse. Eine Menge Briefe fürstlicher Personen, als des Herzogs und der Herzogin von Gotha, des Herzogs von Braunschweig, des Prinzen Philipp von Hessen, des Fürsten Hohenlohe-Kirchberg, der verwittibten Markgräfin von Baireuth aus Erlangen, und anderer mehr, liefern die sprechendsten Beweise von jener großen Achtung, Theilnahme und dem ehrenden Vertrauen, welches sie dem Grafen schenkten. Nicht nur für dessen Biographie, sondern auch für jene mancher seiner Zeitgenossen, enthalten die meisten dieser Briefe sehr willkommene Beiträge,

deren Bekanntmachung einer andern Zeit vorbehalten bleibt.

Indessen darf doch die erste Periode von des Grafen Geschäftsleben nicht geschlossen werden, ohne über einige in derselben hervortretende, interessante Personen den Lesern Einiges mitzutheilen.

Am ersten erwähne ich billig der Herzogin Amalie (Anna), die, durch seltene Gaben des Verstandes und Herzens, einen ausgezeichneten Rang unter den deutschen Fürstinnen behauptet, und von der Wieland sagte: „Sie ist eine Fürstin, deren Unterthan man wird, sobald man sie sieht und hört.“

Wittwe in ihrem neunzehnten Jahre, war sie vor allem Mutter. Als solche erfüllte sie die Pflichten gegen ihre beiden Söhne mit einer Liebe und Treue, mit einer Sorgfalt und Zartheit, die den Müttern aus allen Ständen zum Muster dienen kann. Frühe wollte sie ihren Erstgebornen, auf dem ihre und des Landes Hoffnung beruhte, der Kinderstube und den weiblichen Umgebungen entreißen, und ihn dem Manne übergeben, der ihn von Kindesbeinen an zu seinem hohen Beruf erziehen und bilden sollte. Nicht zufrieden sich täglich, selbst stündlich, von dem Betragen, den körperlichen und geistigen Eigenschaften ihrer Kinder, ihren Fortschritten im Unterricht und in der Ausbildung zu überzeugen, trug sie deren Erzieher auf, alle halben Jahre darüber ausführlich schriftlichen

Bericht zu erstatten, und darin jene Abänderungen oder Verbesserungen in der bisher befolgten Erziehungsart, Diät, Unterricht u. s. w. vorzuschlagen, welche er etwa nach den gemachten Erfahrungen oder Beobachtungen für dienlich erachten würde. Daß die Herzogin den Inhalt dieser Berichte sorgfältig erwog, und zu jeder vorgeschlagenen Verbesserung schnell und gern ihre Beistimmung gab, beweisen die vielen schriftlich ertheilten Entschließungen, die beinahe eben so viele Zufriedenheitsbezeugungen für den Grafen enthalten. „Es ist Uns" — heißt es in einer an denselben unterm 15. November 1774 erlassenen Entschließung, und dergleichen liegen gar viele vor — „aus dem an Uns von dem Herrn Grafen, nach Ablauf des verwichenen halben Jahrs, über den zeitherigen weitern Fortgang, welchen das Erziehungs-Geschäft Unserer beiden freundlich geliebten Prinzen Liebden gehabt, unterm 25ten des nächst vorigen Monats erstatteten Berichte der behörige unterthänigste Vortrag gethan worden. So beruhigend für Unser mütterliches Herz der Gedanke ist, daß Wir Uns schmeicheln können, daß die göttliche Güte Unserer Sorge für die zweckmäßige Behandlung erwehnten wichtigen Geschäfts, und die zu solchem Ende angeordneten Bemühungen, zeithero nicht ungesegnet gelassen; so vollständig ist die Gerechtigkeit, welche Wir dem Herrn Grafen, wegen der Aufmerk-

„samkeit und des nie erkälteten Eifers, womit derselbe, seinen hierbei obgelegenen Pflichten Genüge zu leisten bis hieher bemüht gewesen, widerfahren lassen, und es kann sich derselbe Unserer gnädigsten Zufriedenheit hierüber eben so gewiß versichert halten, als zuversichtlich das Vertrauen ist, so Wir zu Ihm hegen, daß Uns derselbe das seiner Endschaft immer näher kommende Erziehungswerk mit gleichem rühmlichen Eifer vollendet unter göttlichem Beistande glücklich vollbringen helfen werde."

War die Herzogin von ihren Kindern entfernt, entweder in Eisenach, wo sie sich öfters aufhielt, oder in einem Kurorte, oder an einem benachbarten Hof, so war ihr Briefwechsel mit Görtz ununterbrochen; sie wollte die kleinsten Details von ihren Söhnen wissen, alles, was sie betraf, war ihr interessant, auf alles richtete sie ihre Aufmerksamkeit. Diese zärtliche Sorgfalt, dieses rege Interesse an allem, was auf ihre Kinder Bezug hatte, offenbarte sich noch mit gleicher Lebhaftigkeit, als diese, zu Jünglingen herangewachsen, auf Reisen gingen. „Schreiben Sie mir" — trägt sie dem Grafen bei Antretung der Reise mit den Prinzen, am Ende des Jahres 1774, auf — „so oft es nur immer möglich ist; alles, was meine Kinder betrifft, selbst das Unbedeutendste, interessirt mich unendlich."

Was die Herzogin, als Regentin, dem Lande

war, wie sie, von einsichtsvollen und treuen Räthen unterstüzt, die Regentschaft in den schwierigen Zeiten des siebenjährigen Kriegs zum Wohl und zur Erleichterung der Unterthanen zu führen, und nach dessen Beendigung die Wunden des Landes zu heilen wußte; wie sie durch kluge Sparsamkeit den Finanzen des Herzogthums, ohne Bedrückung der Unterthanen, aufhalf, und von diesen die Schrecknisse der Hungersnoth, wovon im Jahr 1778 Sachsen heimgesucht wurde, abwendete; wie sie die bestehenden Anstalten für die geistige Bildung des Volkes erweiterte, vervollkommnete und neu begründete — wird stets im dankbaren Andenken von Tausenden bleiben.

Was endlich die Herzogin, als großmüthige Beschützerin der Wissenschaften und Künste, gethan hat, wie es ihr gelang, Männer von den glänzendsten Talenten, von dem größten litterarischen Rufe, nach Weimar zu ziehen und dort festzuhalten; wie sie diesem Orte die Benennung des deutschen Athens zu erwerben; wie sie sich, nach niedergelegter Regierung, ganz den Musen widmend, durch die Vorzüge ihres Geistes und ihrer hohen Bildung, auch dann noch ausgezeichnete Gelehrte und Reisende von anerkanntem Verdienste um sich zu versammeln wußte, als sie ganz in das Privatleben zurückgetreten war: — dieß haben Männer, auf welche Deutschland stets stolz seyn wird, wie Goethe, Wieland, und andere berühmte Schrift-

steller, in verschiedenen Werken der Nachwelt aufbewahrt.

Wenn daher, bei solchen Eigenschaften des Verstandes und des Herzens, diese ausgezeichnete Fürstin, nach einem durch Jahre fortgesezten Wohlwollen und Vertrauen zu dem Grafen, ihre Gesinnungen für ihn änderte, und ihn von ihrem Sohne in einem Zeitpunkte entfernte, wo sie von dem glänzenden Erfolge seiner Erziehung sich selbst überzeugt hatte, so vermag dieses eben so wenig einen Schatten auf sie, als auf den Grafen zu werfen. Ein kleiner Umstand kann oft zwischen Menschen, welche gemacht sind, sich gegenseitig zu achten und zu vertrauen, Mißverhältnisse herbeiführen, und es gibt allenthalben, am meisten an Höfen, Leute, die sich ein Geschäft daraus machen, solche, statt beizulegen, auf einen Grad zu treiben, der von einer, wie von der andern Seite einen Rücktritt, läge er auch selbst in den stillen Wünschen der Befangenen, unmöglich macht. So geschah es dann, daß, unerachtet der Mißverhältnisse, welche zwischen der Herzogin und dem Grafen eintraten, doch beide nicht aufhörten, sich gegenseitig hochzuachten: es ist hierbei eben so bemerkenswerth, daß die Herzogin, nur wenige Monate nach der Entlassung des Grafen, dessen Anstellung als Oberhofmeister bei ihrer fürstlichen Schwiegertochter sich nicht entgegensezte, als daß man in den Papieren des Grafen auch nicht Eine bittere Aeußerung

über die Herzogin, und selbst nicht einmal die Veranlassung zu deren Sinnesänderung findet.

Der Herzogin zarte Sorgfalt für die Erziehung ihrer Söhne, lohnte der Erfolg. Karl August, jezt regierender Großherzog, wurde der Stolz und Trost seiner Mutter, der Vater seines Volkes, ein Gegenstand allgemeiner Verehrung und Liebe. Alle die schönen Erwartungen, die er schon von Kindheit an erregt hatte, gingen in Erfüllung. Mit wenigen Worten, aber sehr treffend, entwirft Dalberg in einem Schreiben an Görtz, vom 18. September 1775, das Bild des jugendlichen Prinzen, indem er sagt: „Verstand, „Charakter, Offenheit, und die seinem Alter angemessene Treuherzigkeit; eine Fürstenseele, so wie „ich sie nie sah."

Stets hat sich des Herzogs Wohlwollen und seine Dankbarkeit gegen seinen Erzieher unter allen Verhältnissen bewährt, und wie sehr er diesem auch dann noch volles Vertrauen schenkte, als er nicht mehr unter seiner Leitung stand, beweist die Freimüthigkeit, mit welcher der Graf dem Herzog unterm 2. September 1775, als am Vorabend seines Regierungs-Antritts, die Wichtigkeit seines hohen Berufes in folgenden Worten zu Gemüthe führen durfte: „Morgen also, „lieber Prinz, werden Sie das erhabene Amt, wozu „Sie die Vorsehung bestimmt hat, antreten, und an„fangen, der Vater von vielen Tausenden Ihres-

„gleichen, und das Bild jenes Gottes zu seyn, der
„einst über dieselben und über Sie richten wird. —
„Mögen Sie sich stets dieser ersten und wichtigsten
„Lehre erinnern!

„Lassen Sie keinen Tag vorüber gehen, ohne von
„der Glückseligkeit, der Sie Ihr Beruf empfänglich
„macht, durchdrungen zu seyn! Die meisten Fürsten
„machen sich unglücklich, weil sie die hohe Stufe,
„auf der sie stehen, für eine Last ansehen; sie suchen
„sich deshalb durch frivole Lustbarkeiten Zerstreuung
„zu verschaffen, und vergessen auf der Jagd oder im
„Schauspielhause ihre Pflichten. Vergeblich suchen sie
„dort Befriedigung für ihr Herz, diesen empfind=
„samen Theil ihres Wesens, und unglücklich sind sie,
„wenn sie dessen Regungen ersticken. Gewöhnen Sie
„sich, Prinz, Ihren hohen Beruf aus einem andern
„Gesichtspunkte zu betrachten, und freuen Sie sich,
„daß Sie die Vorsehung in den Stand gesezt hat,
„zu jeder Stunde Ihresgleichen glücklich zu machen.
„Wenn Sie ein gutes Beispiel geben, wenn Sie das
„Laster unterdrücken, wenn Sie die Tugend belohnen,
„so werden Sie sich am leichtesten das höchste Glück
„verschaffen können; mit jeder Morgenröthe nehmen
„Sie sich vor, Gutes zu thun, und am Abend mag
„Ihnen Ihr Herz sagen, ob Sie diesen Vorsatz erfüllt
„haben."

Dieses Vertrauen, dieses Wohlwollen, welches

der gegenwärtige Großherzog seinem Erzieher bis an dessen Lebensende schenkte, erwiederte dieser durch aufrichtige, herzliche Ergebenheit, die er unter allen Verhältnissen durch Rath und That bewährte. Selbst in die höhere Sphäre des preußischen Staatsdienstes versezt, war es noch sein Stolz, der Erzieher eines Regenten gewesen zu seyn, der die Erwartungen des großen Friedrichs, und die Hoffnungen seines Landes nicht nur erfüllt, sondern selbst übertroffen hat. Wenige Monate vor des Grafen Tode, besuchte ihn noch der Großherzog in Regensburg, und verweilte einige Tage bei seinem Freunde und Erzieher. Beglückende Momente für zwei schöne Seelen, die mit gleicher Ruhe, mit gleich heiterem Blick die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft überschauen konnten! Bei seiner Abreise machte der Großherzog dem Kammerdiener des Grafen noch ein Geschenk, und trug ihm auf, seinen alten Herrn ja recht sorgsam zu pflegen.

Prinz Konstantin, des Großherzogs jüngerer Bruder, starb im Jahr 1793 als kursächsischer Generalmajor und Chef eines Kavallerie-Regiments.

Unter den Bekannten und Freunden, die sich Graf Görtz während seines Aufenthalts in Weimar erwarb, verdient Wieland als einer der ersten erwähnt zu werden. Mit diesem stand er lange Zeit in besonders freundschaftlichen und vertraulichen Verhältnissen, und, was bisher nicht bekannt geworden

zu seyn scheint, er war es, der Wielands Ruf zum Lehrer der Prinzen nach Weimar bewirkte, und alle Hindernisse, die sich der Ausführung entgegensezten, zu beseitigen wußte.

Obgleich schon im Jahre 1769 als Professor auf der benachbarten Universität Erfurt angestellt, besuchte Wieland doch erst gegen Ende des Jahres 1771, oder im Anfange des Jahres 1772, öfters den Hof zu Weimar. Dort fand der geistreiche Mann die verdiente, ausgezeichnete Aufnahme und Behandlung, fühlte sich aber bei seinen, von seinen frühern Verhältnissen mitgebrachten, kleinstädtischen Manieren anfänglich nicht ganz behaglich; doch bildete sich bald zwischen ihm und dem Grafen ein näheres Verhältniß, was aber erst im März 1772 freundschaftlich zu werden anfing, und nach und nach in eine wahre, aufrichtige Freundschaft überging. Der Graf war es, der, Wielands Werth fühlend, zuerst den Wunsch, ihn als Lehrer bei den Prinzen angestellt zu sehen, hegte, und ihm solchen eröffnete. Er theilte ihm aber auch zugleich in vertraulichen Schreiben seine eigenen Sorgen, die mit der von ihm bekleideten Stelle unzertrennlichen Unannehmlichkeiten und Reibungen offen mit, fragte ihn um Rath, und befolgte diesen meistens. Der Graf war es, der die Herzogin, welche die enge Verbindung zwischen ihm und Wieland nicht kannte, veranlaßte, diesen zu ersuchen, ihr seine Ansichten

über einige, die Ausbildung der Prinzen betreffende, Punkte mitzutheilen, was Wieland auch mit eben so vieler Einsicht als Freimüthigkeit that.

Dessen unerachtet verzögerte sich Wielands Anstellung in Weimarischen Diensten, und solche würde, ohne des Grafen eifrige Verwendung für seinen sehr ängstlichen und etwas mißtrauischen Freund, wahrscheinlich nie stattgefunden haben. Es scheint überhaupt, es habe sich damals am Hofe eine Partei gebildet, die sich auf die Frau Herzogin einen dem Grafen, und damals auch Wieland, unwillkommenen Einfluß zu verschaffen wußte, und solchen selbst auf den Erbprinzen, wiewohl vergeblich, zu gewinnen suchte.

Als endlich Wieland als Instruktor der Prinzen seine Dienste in Weimar antrat, wurde seine Besoldung auf 1000 Reichsthaler, und seine Pension nach Vollendung des Unterrichts auf 600 Reichsthaler jährlich festgesezt, mit der Erlaubniß, solche, wo immer, verzehren zu dürfen.

Daß sich das enge, freundschaftliche Verhältniß zwischen dem Grafen und Wieland auch nach des leztern Eintritt in Weimarische Dienste erhalten habe, darüber findet sich in den hinterlassenen Papieren des erstern keine Spur; es scheint vielmehr aus der Korrespondenz zwischen Görtz und Dalberg hervorzugehen, daß ersterer mit Wieland, bald nach seinem Dienstes=

antritte unzufrieden war, weil er sich zweideutig, nicht nur gegen Görtz, sondern auch gegen die Herzogin und deren Sohn benommen haben soll. Selbst Dalberg überzeugte sich davon, und gab ihm deshalb sein Mißfallen zu erkennen. „Wenn Wieland etwas ent„schuldigt" — schreibt Dalberg an Görtz am 18. September 1775 — „so ist es seine Eigenschaft eines Dichters." — Daraus läßt sich folgern, daß die frühere freundschaftliche Verbindung zwischen Görtz und Wieland von jenem Zeitpunkte an aufgehört habe.

Aber daß ein anderer berühmter, und zu einer gewissen Epoche in Deutschland hochgefeierter, Mann dem Grafen innige Achtung und Freundschaft widmete, davon liegen Beweise in Menge vor.

Dieser ist Karl Theodor von Dalberg. Als kurmainzischer Statthalter in Erfurt, konnte einem Manne von seinem Geist der Hof zu Weimar nicht fremd bleiben, und er wurde an demselben bald sogar einheimisch. Dalberg genoß das Wohlwollen und Zutrauen der Herzogin Mutter, die Liebe und Zuneigung ihrer Söhne, und zwar vorzugsweise des Erbprinzen, die Verehrung aller ausgezeichneten Männer in Weimar, und neben solcher noch die besondere Freundschaft des Grafen Görtz; er war Vertrauter, Freund, Rathgeber denjenigen, die ihm Vertrauen und Freundschaft schenkten, und übte auf alle, auch wenn sie in Ansichten und Absichten nicht einig waren, jenen ent-

scheidenden Einfluß aus, welcher die Folge des wahren, allgemein anerkannten Verdienstes ist.

Besonders lag Dalberg die Art am Herzen, wie der Herzog bei erlangter Volljährigkeit die Regierung beginnen würde, und unlängst erfuhr er dessen Absicht, gleich im Anfange derselben große Veränderungen vorzunehmen. Noch mehr beunruhigte es ihn, als sogar verlauten wollte, das frühere schöne Verhältniß zwischen Mutter und Sohn sey etwas getrübt; freimüthig äußerte er sich darüber gegen den Grafen in einem Schreiben vom 9. Juli 1775: „Ich beschwöre „Sie, lieber Graf, verhüten Sie, daß Karl August „zu rasch beginne. Wozu soll es nützen, wenn er „schnell Veränderungen vornimmt? Schon verbreitet „sich allgemein das Gerücht, Karl August stehe nicht „mehr gut mit seiner Mutter, und mehr als einmal „hörte ich mit Bedauern beifügen: er hat unrecht, „denn seine Mutter hat die Verwaltung gut geführt. „Was kann es am Ende schaden, wenn Karl August „in den ersten Monaten keine Veränderungen vor„nimmt? Es schien mir nie, ich gestehe es offen, „daß der Geheimerath der Herzogin so ungeschickt oder „tadelnswerth gehandelt habe, daß eine plötzliche Ver„änderung nöthig wäre, was auch eine wahre Belei„digung für die Mutter seyn würde."

Der Mutter und dem Sohne mit gleicher aufrichtiger Freundschaft zugethan, beider volles Ver-

Hinscheiden Maximilian Josephs waren jene Haus-verträge erneuert und bestätiget, und somit die Grund-sätze der Erbfolge in den beiderseitigen Staaten auf eine ganz bestimmte Art festgesezt worden.

Dessen ungeachtet hegte Friedrich der Große Besorgnisse, Oesterreich dürfte das Erlöschen der bayerischen Kurlinie benützen, um mit Ansprüchen an diese reiche Erbschaft, oder einen Theil derselben, her-vorzutreten. Und wirklich, diese Besorgnisse waren nicht ungegründet. Die Trennung Niederbayerns von Oberbayern im Jahr 1353 durch Herzog Al-brecht, den Stifter der Straubing'schen Linie, und die nach dem Absterben derselben von Kaiser Sigmund im Jahr 1426 seinem Eidam Albrecht von Oesterreich ertheilte Belehnung über das als heimgefallenes Lehen behandelte Niederbayern, wurden den Ansprüchen Oesterreichs zu Grunde gelegt. Zwar hatte Albrecht das Lehen nicht erhalten, sondern die Besitzungen der ausgestorbenen Linie wurden von dem Kaiser unter die Herzoge Ludwig in Ingolstadt, Heinrich in Landshut, Ernst und Wilhelm in Mün-chen, nach Köpfen vertheilt; aber dadurch — be-hauptete Oesterreich — seyen alte Ansprüche nicht aufgehoben worden, und jezt, nach Erlöschen der Lud-wig'schen Linie, trete es in seine Rechte auf Niederbayern wieder ein. Die vom deutschen Reiche, oder von der Krone Böhmen, zu Lehen

rührenden

rührenden Herrschaften wurden ohnehin von Oesterreich als heimgefallen angesehen.

Diese Ansprüche kannte Friedrich II. von Preußen bei dem Tode des Kurfürsten Maximilian Joseph nicht, und der nur vier Tage später (3. Jäner 1778) geschlossene Vertrag, wodurch der Kurfürst Karl Theodor solche anerkannte, war ihm noch ein Geheimniß, als seine sorgsame Aufmerksamkeit auf die Politik des Wiener Hofes schon seine ganze Thätigkeit in Anspruch nahm.

Allein, wenn gleich fest entschlossen, Oesterreichs Vergrößerung im deutschen Reiche durch Erwerbung eines Theils der bayerisch-pfälzischen Staaten zu verhindern, fehlte es ihm doch an zuverlässigen Nachrichten, sowohl über die Gesinnungen der dabei betheiligten Höfe, als selbst über Oesterreichs Plane. Man wird sich im Verfolge dieser Denkwürdigkeiten überzeugen, daß der große Friedrich entweder von seinen Ministern im Auslande nicht gut bedient war, oder daß der österreichische Hof das Geheimniß seiner Absichten mit einem seltenen Erfolg zu bewahren verstand.

Um sich, ohne zur Unzeit Aufsehen zu erregen, die zum Handeln nöthige Gewißheit zu verschaffen, erachtete der König für dienlich, sich eines zuverlässigen, aber nicht in seinen Diensten stehenden Mannes

zu bedienen, dessen geheime Sendung selbst den preußischen Gesandten und Agenten an fremden Höfen unbekannt bleiben sollte; seine Wahl fiel auf den Grafen von Görz.

Als daher die Nachricht von des Kurfürsten Tod am 3. Jäner 1778 dem König zukam, berief er sogleich des Grafen Bruder zu sich, und eröffnete ihm seine Absicht. Dieser ahnend, daß Görz gegen Uebernahme so eines Auftrages Bedenken tragen könnte, erbat sich und erhielt die Erlaubniß, solchen ihm selbst nach Weimar überbringen zu dürfen.

Dort kam er am 8. Jäner Abends an, und überraschte den Grafen nicht wenig mit der Eröffnung, wozu ihn der König ausersehen habe. Seine Worte unterstüzte der General mit Ueberreichung von Notaten, die zwar durchaus von des Königs Hand geschrieben, aber weder mit Datum, noch Unterschrift und Ueberschrift, versehen waren.

Görz mißkannte das Schwierige und Gefährliche des ihm zugedachten Auftrages nicht, und die Art selbst, wie ihm solcher ertheilt wurde, war nicht sehr ermunternd, sich demselben zu unterziehen; denn sie verrieth entweder Mißtrauen, oder deutete auf ein gefährliches Unternehmen hin. Ohne preußischer Unterthan zu seyn, oder in preußischen Diensten zu stehen, selbst ohne bestimmte Aussicht, in diese aufgenommen

zu werden, ohne irgend eine Art von Beglaubigung und Vollmacht, sogar ohne förmliche Instruktion, sollte er ein Geschäft übernehmen, wo er von dem Souverän, der es ihm übertrug, und dem er unter keinem Titel angehörte, geopfert, und dem ganzen Unwillen des Wiener Hofes ausgesezt werden konnte! Aber dieser wohlgegründeten Bedenklichkeiten unerachtet, bewogen das Zureden eines Bruders, auf dessen Schicksal sein Entschluß Einfluß haben konnte, und, wie es scheint, auch Herders Rath, den Grafen, sein ihm stets so theures Familienleben, und die ruhige und sorgenlose Lage, in der er sich zu Weimar befand, zu verlassen, und eine Aufgabe zu übernehmen, die selbst für einen geübten Diplomaten abschreckend seyn mochte.

Damit beginnt denn die zweite Periode des Geschäftslebens des Grafen, von der er in den für seine Kinder im 81sten Jahre eigenhändig niedergeschriebenen biographischen Notizen sagt: „Wenn auch, ge„liebte Kinder, bei wenigstens den meisten Ereignissen „meines Lebens, wie es wohl bei allen Sterblichen „dasselbe seyn wird, sich eine höhere Leitung gezeigt „hat, so war diese höhere Leitung der Vorsehung, der „ich auch nach dem Rathe meines verklärten Freun„des Herder mich überlassen habe, besonders sichtbar „und unverkenntlich in dieser zweiten Periode meines „Lebens, und bei dem Eintritte in die königlich preu„ßischen Dienste.“

Ueber seine so folgenreiche Unterhandlung wegen der bayerischen Erbfolge, hat Graf Görtz im Jahr 1812 eine historische Denkschrift herausgegeben*), in welcher nicht nur das Geschichtliche, sondern auch die wichtigsten Urkunden, theils ganz, theils auszugsweise, enthalten sind. Daher ist von dieser Unterhandlung das Interessanteste schon lange bekannt, und eine große Menge zu jener Zeit erschienener, zu einer bändereichen Sammlung angewachsener, Druckschriften **) geben über das, was die bei der bayerischen Erbfolge mittelbar oder unmittelbar betheiligten Höfe vom April 1778 an, bis zu dem am 13. Mai 1779 zu Teschen unterzeichneten Friedensschlusse versuchten, unternahmen und verhandelten, jene Aufschlüsse, die zur richtigen Beurtheilung der Sache nöthig sind. Außerdem haben Herz-

*) Mémoire historique de la négociation en 1778 pour la succession de la Bavière, confiée par le roi de Prusse Fréderic le Grand au Comte Eustache de Goertz. Francfort sur le Mein chez Fréderic Esslinger 1812. in 8. 156 Seiten.

**) Wer jezt noch Zeit und Interesse hat, die zahlreichen, durch die bayerische Erbfolge veranlaßten, Schriften kennen zu lernen, mag deren Verzeichniß und Beurtheilung in der allgemeinen deutschen Bibliothek Band 36, 37, 39 und 45 nachsehen, wo deren nicht weniger als zweihundert acht und achtzig ihrem Inhalte nach kurz angeführt und recensirt werden.

berg *), Dohm **), Schöll ***), Flassan †), Friedrich der Große selbst ††), einen Gegenstand vielseitig bearbeitet und beleuchtet, welcher seiner Zeit nicht nur Deutschland, sondern sogar Europa interessirte, weil man die verfassungsmäßige Unabhängigkeit der deutschen Staaten, und folglich auch das europäische Gleichgewicht, dabei gefährdet erachtete.

Eben dieser Reichthum von vorhandenen Materialien, in Beziehung auf eine schon so oft besprochene Sache, macht besondere Sorgfalt rücksichtlich des hier noch Mitzutheilenden nothwendig. Einige Bemerkungen über das Schwierige in des Grafen Auftrag, über die Stellung der Parteien in Bayern selbst, und über die dem Teschener Frieden vorangegangenen Unterhandlungen, werden das Ganze erschöpfen.

Wenn man den Auftrag, den der Graf Görtz übernahm, aufmerksam erwägt, so ist man zweifelhaft,

---

*) Recueil de deductions, manifestes etc., par le Ministre d'état Comte de Herzberg. Berlin 1789.

**) Denkwürdigkeiten meiner Zeit ꝛc., von Ch. W. v. Dohm. Lemgo und Hannover 1814.

***) Histoire abregée des traités. Paris 1817 u. f.

†) Histoire générale et raisonnée de la diplomatie française. Seconde edit. Paris 1811.

††) Oeuvres posthumes de Frédéric II, roi de Prusse. Berlin 1788.

ob man mehr über seinen Muth, seine Klugheit und Gewandtheit, oder über sein Glück erstaunen soll.

Die einzige Instruktion, welche er vom König erhielt, waren die vorerwähnten, von dessen eigener Hand geschriebenen, Notaten *). Man sieht daraus, in welcher Ungewißheit Friedrich II über die Gesinnungen der Prinzen des pfälzischen Hauses, und in welchem Irrthum er über die Grundsätze des französischen Hofes, und dessen Verhältnisse zu Oesterreich, war; daß er zwar das Bedenkliche der Zeitumstände fühlte, aber keinen Entschluß zu fassen wußte, ehe er nicht zuverlässige Aufschlüsse erhalten hatte. Diese ihm zu verschaffen, war vorerst die einzige Aufgabe, welche er dem Grafen Görtz ertheilte; von einer Unterhandlung war jezt noch keine Rede. Der Graf sollte nur beobachten, ausspähen, nicht handeln.

Unter dem Vorwande einer durch den persönlichen Betrieb seines Bruders, wegen eines Prozesses, veranlaßten Geschäftsreise nach Wetzlar, verließ Görtz Weimar am 10. Jäner, um seine neue Laufbahn anzutreten.

Schon von Würzburg aus hatte er, das Zweideutige und Gefährliche der Rolle eines Ausspähers fühlend, dem König den Vorschlag gethan, ihn mit

---

*) Görtz liefert solche vollständig in seinem mémoire historique.

einem Kreditiv zu versehen, um unter dem Schutze des Völkerrechts erscheinen, und, wenn die Umstände es räthlich machen sollten, mit dem Kurfürsten und den Ministern sprechen zu können. Er sah ein, daß es ihm unmöglich seyn würde, die nöthigen Erkundigungen einzuziehen, und richtige und interessante Nachrichten zu erhalten, wenn er nicht Leute, die ihm solche ertheilen oder erleichtern könnten, in's Vertrauen ziehen, und sie mit seinem Auftrage einigermaaßen bekannt machen würde. Bei der größten Vorsicht in der Wahl konnte er doch kompromittirt, und, bei dem Mangel irgend einer Beglaubigung oder Legitimation, den größten Unannehmlichkeiten ausgesezt werden; denn nicht einmal die preußischen Gesandten im Auslande hatten von seiner geheimen Mission Kenntniß. Zudem war ja auch der Fall möglich, daß sich eine günstige Gelegenheit ergebe, zu handeln; und wenn er auch wagen wollte, es ohne förmliche Instruktion zu thun, so mußte doch solches ohne Beglaubigung voraussichtlich wo nicht unausführbar, doch ohne Nachdruck und Erfolg bleiben.

Ehe noch das erbetene Kreditiv eintreffen konnte, wurde die Uebereinkunft vom 3. Jäner zwischen Oesterreich und dem Kurfürsten Karl Theodor *) bekannt gemacht, und durch den österreichischen Gesandten am

*) Martens recueil Tom. 2. p. 582.

Reichstage die Erklärung abgegeben, die bayerische Erbfolge-Angelegenheit sey zwischen den betheiligten Höfen freundschaftlich berichtiget. Dadurch hatte sich die Lage der Sache ganz geändert; von dem Kurfürsten war nun nichts mehr zu erwarten, und eine Bevollmächtigung an denselben voraussichtlich ohne Nutzen. Doch wagte der Graf den Versuch auf denselben durch einen Dritten einzuwirken; allein vergeblich. Die einzige Hoffnung beruhte nur noch auf dem Herzog von Zweibrücken, und mit diesem sezte sich der Graf zuerst durch den geheimen Rath von Hofenfels, dann aber persönlich in's Benehmen.

Jezt also hatte Görtz, aus eigenem Antrieb und auf eigene Gefahr, die ihm ursprünglich übertragene Rolle gewechselt, und sich von einem bloßen Beobachter zum Unterhändler emporgehoben, unerachtet ihm nicht nur die Legitimation, sondern auch die Instruktion abging; ja, als er solche in der Folge erhielt, ließ er sie unbenüzt und unbefolgt, weil sich die Umstände inzwischen geändert hatten.

Man kann das Bedenkliche der Lage des Grafen nicht besser, als aus einem zu jener Zeit erlassenen Schreiben beurtheilen, welches, wenn gleich von einem Gegner Preußens, manche richtige Bemerkung enthält. Darin heißt es: „Wenn nun der Anwärter, „der Herzog von Zweibrücken, mit eingewilliget hätte, „wer könnte dann dessen Vollgültigkeit anfechten?

„Niemand! Dieß haben die brandenburgischen Wort-
„führer selbst gestanden. Ich wiederhole meine Frage:
„Wenn der Herzog von Zweibrücken in den errichteten
„Vertrag mit eingewilligt hat, kam es Jemand zu,
„sich in diese Angelegenheit zu mengen? Ganz nicht!
„So ist also die Frage, wer der Angreifer noch vor
„dem Einbruche in Böhmen gewesen, abermals ent-
„schieden; der ist es ungezweifelt, der, ohne einigen
„Zusammenhang, ohne Recht, sich in diese Angelegen-
„heit, die den ruhigsten Schritt vor sich ging, ein-
„mengte, eindrang; der diesen ruhigen Gang zu unter-
„brechen, der der einfachsten Sache eine verwirrte
„Gestalt zu geben, nichts unversucht ließ; der, um
„einen schon zu Stande gekommenen Vertrag zu ver-
„eiteln, einen eigenen — lassen Sie mir das
„Wort Emissär hingehen, weil jedes andere
„für die Absendung des G(drtz) zu gelinde
„ist — der also seinen eigenen Emissär von Berlin
„aussendet, um einen Prinzen durch Vorspiegelung
„eingebildeter Gefahren über das, was er dem Ruhme
„seines Hauses und seinem eigenen, dem Reiche und
„sich selbst schuldig ist, zu betäuben u. s. w."

So richtig also auch die Ansichten des Grafen, und so klug bemessen seine Schritte waren, so gewagt erscheint sein Benehmen. Denn er war, wie schon bemerkt wurde, weder ein Unterthan, noch ein Diener des Königs von Preußen; diesen kannte er nicht an-

ders, als weil er sich ihm ein Paarmal zu nähern Gelegenheit hatte, und durch den allgemeinen Ruf. Er hatte keinen Vorschuß, keine Anweisungen erhalten, und unternahm alle Reisen aus eigenen Mitteln, aus eigenem Antriebe, auf eigene Gefahr. Dem König lag lediglich keine Verpflichtung gegen ihn ob, er hatte ihm nicht einmal eine Zusicherung gegeben, und der Graf konnte von einem Tage zum andern seines Auftrags enthoben werden. Dem ganzen preußischen Ministerium unbekannt, stand er isolirt, ohne Rath, ohne Unterstützung da. In dieser Lage entfernte er sich nicht nur von der Bahn, die ihm der König, wenn gleich sehr unbestimmt, angedeutet hatte, er übernahm nicht nur eine Rolle, die ihm ursprünglich nicht bestimmt schien, sondern er wagte es selbst, die Instruktionen unbefolgt zu lassen, die ihm in der Folge ertheilt wurden. Den preußischen Gesandten und Geschäftsleuten, mit denen er zusammen traf, fremd, vielleicht sogar von denselben aus einem unvortheilhaften Gesichtspunkte betrachtet, durfte er von ihnen keine Mitwirkung erwarten, und befand sich daher in der Nothwendigkeit, sich Männern anzuvertrauen, die ihm bisher fremd waren, und über deren Gesinnungen und Charakter ihn wohl seine Welt- und Menschenkenntniß beruhigen mochte, ihm aber dafür keine Gewährschaft geben konnte.

Erst mit der Akkreditirung bei dem Herzog von

Zweibrücken hörte das Unangenehme und Zweifelhafte in der Stellung des Grafen auf; denn war er gleich auch damals noch nicht in preußischen Diensten, so konnte er doch öffentlich als preußischer Bevollmächtigter und im Namen des preußischen Hofes handeln.

In Bayern war nach des Kurfürsten Maximilian Josephs Tode, wegen der Ungewißheit über des Landes künftiges Loos, die Muthlosigkeit auf einen sehr hohen Grad gestiegen.

Oesterreichs Truppen hatten Niederbayern und die Oberpfalz besezt, und die nicht lange herhach bekannt gewordene Uebereinkunft vom 3. Jäner bezeichnete nun die großen und gesegneten Provinzen Bayerns, deren Besitz der Wiener Hof sich zuzueignen, und, wenn es nöthig seyn sollte, mit Gewalt der Waffen zu behaupten, entschlossen schien. Tausende lebten daher in der Besorgniß, sich von dem angestammten Herrscherhause getrennt, vielleicht selbst ihr Eigenthum den Verderbnissen eines Kriegsschauplatzes preisgegeben zu sehen.

Nicht ohne Eifersucht gewahrten die Bayern ihren neuen Landesfürsten, von den nach München verpflanzten Pfälzern umgeben; denn diesen maß man einen entscheidenden Einfluß auf ihn zu, aber auch große Vorliebe für die Rheinpfalz, und geringe Theilnahme an Bayerns Schicksal. Der bereits alternde Karl Theodor hatte keine ehelichen Leibeserben, und

es war damals schon wenig Aussicht mehr vorhanden, daß er deren etwa in Zukunft erhalten könnte; überdieß flößte seine große Neigung und Sorgfalt für seine unehelichen Sprößlinge jedem Bayern große Besorgnisse ein, daß ihm deren Zukunft näher am Herzen liegen dürfte, als jene eines Landes, welches nicht an seine Kinder übergehen könne. Auch mißfiel des kaiserlichen Ministers Lehrbach mächtiges Walten am neuen Hofe; denn nicht unbemerkt blieb der an solchem täglich zunehmende Einfluß dieses thätigen und durchgreifenden Diplomaten.

Dabei erachteten des Kurfürsten nächste und vertrauteste Umgebungen: ein Theil der reichen Erbschaft möge wohl hingegeben werden, um das Uebrige zu erhalten und ruhig zu genießen; — der Seitenverwandten Loos sey immer noch beneidenswerth, und vielfach übertreffe das ihnen seiner Zeit werdende Erbe ihre gegenwärtigen Besitzungen; — Bayern sey zu schwach, um Oesterreichs Anforderungen durch Gewalt zurückweisen zu können, und es wäre höchst verantwortlich, das ganze Land den Drangsalen und Leiden eines Krieges auszusetzen, um einen Theil desselben nicht abtreten zu dürfen; von keiner Seite könne man auf Hülfe in dem Bedrängnisse rechnen; — von den deutschen Mitständen behaupteten manche der Mächtigern, wie Kur-Sachsen, Meklenburg, Salzburg, Hochstift Augsburg, gerechte Ansprüche an

die bayerische Verlassenschaft zu haben, ihnen dürfe man daher wohl die Absicht zutrauen, ihr gegründetes oder vermeintes Recht geltend zu machen, keineswegs aber erwarten, daß sie Bayerns Integrität zu erhalten sich bestreben würden; — Preußen, wenn gleich eifersüchtig auf jede Vergrößerung Oesterreichs, solche möge was immer für einen Grund, oder was immer für eine Veranlassung haben, könnte wohl den Kampf aufnehmen, es fange aber erst an, sich langsam von dem Aufwande an Geld und Menschen in dem lezten Kriege zu erholen, und dürfte wohl nicht ernstlich gemeint seyn, sich um einer fremden Sache willen neuen Opfern auszusetzen, wenn es nicht im Voraus versichert sey, solche durch größere Vortheile seiner Zeit aufgewogen zu sehen; besser sey es, Oesterreich für seine mit mancherlei Gründen unterstüzten Anforderungen zu befriedigen, als sich durch Anrufen fremder Hülfe der Gefahr auszusetzen, solche theuer bezahlen zu müssen; denn die Geschichte bewähre davon viele Beispiele auf. Polens, vor wenigen Jahren vorgenommene, Theilung beweise, wie leicht sich die Mächtigern über das Land eines Dritten vereinigen können, und wer möge verbürgen, daß eine Vereinigung der Art nicht auch in Ansehung der bayerischen Erbfolge möglich sey? — Rußland, Preußens Verbündeter, werde sich wahrscheinlich nicht entschlagen, dessen Widerspruch gegen Oesterreichs Prätensionen zu unter=

stützen; aber die Zwistigkeiten mit den Türken beschäftigen es so sehr, daß von dem russischen Hofe eine entscheidende Hülfe nicht erwartet werden könne. — Frankreich sey mit Oesterreich durch enge Bande verbunden, und habe wegen Nordamerika mit England, und dieses mit Frankreich so viel zu thun, daß man als gewiß annehmen könne, keine dieser Mächte werde sich in einen, ihren nächsten Interessen fremden, Streit zu mischen gesonnen seyn.

Ganz anders betrachteten den Gegenstand die Altbayern, die Anhänger an das System des verstorbenen Kurfürsten, die Eiferer für die Integrität der von ihm hinterlassenen Länder. — Es bestehen, so sagten sie, Familien-Verträge, die Untheilbarkeit der pfalzbayerischen Staaten, und deren Vereinigung unter einem Herrscher aussprechend, und Landes-Freiheits-Briefe, die alle Veräußerungen verbieten, nichts könne von diesen Ländern, um fremder Ansprüche wegen, gutwillig abgetreten werden; — glaube Jemand, derlei Ansprüche stehen ihm zu, so habe er solche im reichsgesetzlichen Wege auszuführen und entscheiden zu lassen; — Selbsthülfe sey unerlaubt, und Nachgiebigkeit Schwäche; — dem gesammten deutschen Reiche und den Garanten dessen Verfassung könne nicht gleichgültig seyn, daß einem der ersten Reichsstände ein großer Theil seines Gebiets entzogen, und damit die Staaten des ohnehin schon übermächtigen

Erzhauses Oesterreich vergrößert werden, denn dadurch höre das bisherige Gleichgewicht ganz auf; und habe Oesterreich nur erst Fuß in Bayern gefaßt, so werde es nicht säumen, weiter vorzurücken, und seine Herrschaft bis an die Donau, vielleicht wohl gar bis an den Lech, auszudehnen; — nie könne Preußen, nie Frankreich dieses zugeben, weil dadurch Oesterreich sich seinen Gränzen immer mehr nähern, und sich selbst durch die vorliegenden deutschen Gebiete gegen Frankreich auf bedrohliche Art verstärken würde.

Als daher Friedrich des Großen Entschluß, sich der Vergrößerung Oesterreichs, durch die Erwerbung eines Theils von Bayern zu widersetzen, kund ward; da fand er dort der eifrigen Anhänger und Beförderer eine übergroße Anzahl.

An deren Spitze stand die Wittwe des Herzogs Klemens von Bayern, Marie Anne, geborne Pfalzgräfin von Sulzbach, des Kurfürsten Karl Theodors Geschwisterkind und Schwägerin; eine Frau von hohem Geiste, glühender Vaterlandsliebe und männlicher, wenn gleich nicht immer mit kluger Mäßigung gepaarter, Entschlossenheit. Sie hatte des verstorbenen Kurfürsten Vertrauen in einem so hohen Grade besessen, daß sie nicht minder als er besorgt für ihres theuern Vaterlandes Zukunft, zur Errichtung

der Haus-Verträge von 1771 und 1774 *) thätigst mitwirkte, und außer dem vertrautesten Minister, allein vollkommen Kenntniß davon hatte. Wäre der Tod des Kurfürsten um einige Monate später erfolgt, so würde sie, dem Wunsche desselben gemäß, sich nach Berlin begeben haben, um deren Anerkennung und Garantie bei dem Könige von Preußen persönlich zu unterhandeln; denn dem Kurfürsten war wohl bewußt, wie sehr die Herzogin den großen Friedrich bewunderte und ihm anhing, und er hegte die Zuversicht, so ein Auftrag würde ihr eben so angenehm als von gehofftem Erfolg seyn.

Bekannt mit dem Inhalt und Zweck jener Hausverträge, hatte sie gleich nach dem Tode des Kurfürsten Maximilian Joseph ihr lebhaftes Interesse an deren Aufrechthaltung, und ihre Theilnahme an Bayerns Schicksal dadurch bewiesen, daß dem neuen Regenten, noch vor seiner Ankunft in Bayern, und ohne daß er es verlangt hatte, gehuldiget wurde. Jezt, wo Oesterreichs Absichten und die Nachgiebigkeit des Kurfürsten Karl Theodor sich zu offenbaren anfingen, sammelte sie die treuen Anhänger ihres Hauses und des gemeinschaftlichen Vaterlandes um sich her, und pflegte mit ihnen Rath, wie dessen Zerstücklung zu verhüten wäre. Sie fand deren mehrere, darunter die Ge-

heimen-

*) Martens recueil Tom. I. p. 638.

heimenräthe Obermayr und Lory, den Freiherrn von Leyden, kurbayerischen Gesandten am Reichstage, und selbst den Kanzler von Kreitmayr, in so weit es sich mit seiner natürlichen Schüchternheit vertrug.

So war also Bayern in zwei ganz entgegengesezte Parteien getheilt. Jede derselben, sich Berechnungen und Berathungen hingebend, richtete vor Allem ihre Blicke auf den Herzog Karl von Zweibrücken, Karl Theodors präsumtiven Nachfolger. Jede konnte nur in ihm die Hauptstütze ihres Systems finden, und daher mußte jede ihn für sich zu gewinnen suchen; denn ihm allein kam es zu, gegen die Uebereinkunft vom 3. Jäner rechtlichen Einspruch zu thun. Unterließ er dieses, so fiel ein Hauptgrund hinweg, sich einem Vertrage zu widersetzen, der mit Einverständniß der interessirten Theile geschlossen war; und immer strebt die Politik, die Beschuldigung zu beseitigen, als lasse sie sich durch andere, als rechtliche Gründe leiten!

Daher war vor Allem nöthig, daß der Herzog den Beitritt zur Uebereinkunft vom 3. Jäner förmlich versage, und sich gegen deren Stipulationen öffentlich und feierlich verwahre. Dieß geschah; an den König von Preußen aber ward nun ein Schreiben erlassen, worin der Herzog denselben um das ersuchte, was

ihm zuerst sogar angeboten ward, nämlich um Beistand mit Rath und That *).

Jezt erst konnte Friedrich öffentlich in der bayerischen Erbfolge auftreten, und die schöne Rolle des Beschützers eines in seinen theuersten Interessen verlezten Reichsstandes, so wie jene eines sorgsamen Wächters für Aufrechthaltung der deutschen Reichsverfassung übernehmen. Den Herzog in seinen Gesinnungen zu bestärken, ihn der Zukunft halber zu beruhigen, wider Andringen seines nächsten Agnaten und den Lockungen und Drohungen des Wiener-Hofes gleich unzugänglich zu erhalten, seine Räthe und Umgebungen zu beobachten, und jedem, den Absichten Preussens hinderlichen, Einflusse zu begegnen, dieß war es, womit Graf Görz bei seiner Sendung an den Hof von Zweibrücken beauftragt ward.

Friedrichs Politik erheischte, in dem Streit über die bayerische Erbfolge sich des Beifalls und der Unterstützung anderer Höfe zu versichern, und unter diesen war vor allen andern seine Aufmerksamkeit auf Frankreich gerichtet. Wenn auf einer Seite zu erwarten war, diese Macht würde als Garant des westphälischen Friedens bei einem Streite nicht gleichgültig bleiben, dessen Ausgang die deutsche Reichsverfassung

*) Dieses Schreiben findet sich in dem mémoire historique Seite 95.

erschüttern konnte, und sie würde dem bisher dem Herzog von Zweibrücken bewiesenen Interesse gemäß dessen Ansprüche unterstützen, so stand auf der andern Seite zu besorgen, sie dürfte bei dem Ausbruch eines Krieges von Oesterreich zur Erfüllung der im Versailler-Vertrag von 1756 zugesicherten Hälfte aufgefordert werden. Daher war das Erste, was der König dem Grafen von Görtz empfahl, nichts ohne Frankreichs Einverständniß zu thun.

Dieser Auftrag veranlaßte den Grafen schon bei seiner ersten Unterhandlung in München, sich mit dem dort befindlichen französischen Gesandten Chevalier de la Luzerne in's Benehmen zu setzen, doch ohne Erfolg; denn dieser befand sich über die Gesinnungen und Absichten seines Hofes rücksichtlich der bayerischen Erbfolge in einer gänzlichen Unwissenheit, da ihm seit dem Tode des Kurfürsten weder Aufträge, noch Instruktionen zugekommen waren. Daher wurde es nothwendig, sich unmittelbar an den Hof von Versailles zu wenden, und dieses geschah gegen die Hälfte des Monats Februar. Der Herzog sezte nämlich den König als Garanten des westphälischen Friedens, und als den mächtigen Alliirten und Beschützer seines Hauses von den Schritten in Kenntniß, welche er wegen der bayerischen Erbfolge theils schon unternommen hatte, theils noch zu unternehmen gedachte, und bat um Vermittlung und Beistand.

Als dieses Schreiben in Versailles ankam, hatte das dortige Kabinet bereits das System festgesezt, welches es in dieser Angelegenheit zu befolgen gedachte. Dieses war: alles zu vermeiden, was Frankreich in einen Kontinentalkrieg verwickeln und seine Aufmerksamkeit von dem Hauptgegenstand, nämlich dem Krieg mit England, ableiten könnte; Oesterreich die Vergrößerungen nicht zu entziehen, die es sich durch die Uebereinkunft mit dem Kurfürsten verschafft hatte; eine Sprache zu führen, welche einer aufrichtigen, aber festen und aufgeklärten, Freundschaft angemessen scheine, und dadurch die Beschuldigung zu vermeiden, entweder selbst ehrgeizige Absichten zu haben, oder ein bloßes Werkzeug fremden Ehrgeizes zu seyn; das Vertrauen des Königs von Preußen zu benützen, und auf alle mögliche Art zu verhüten, daß sich keine Vereinigung der protestantischen Partei bilde, welcher England bald einen gefährlichen Beistand geben würde *).

Diesem System gemäß war das Antwortschreiben des Königs an den Herzog; es enthielt die Versicherung der Theilnahme an den Interessen des pfälzischen Hauses, und der Bereitwilligkeit, die mit Oesterreich

*) Flassan a. a. O. 7ter Bd. S. 188. hat hierüber das Umständlichere bekannt gemacht.

bestehende Allianz zu benützen, damit eine Ausgleichung der Sache bewirkt, und alle Pflichten eines Garanten des westphälischen Friedens pünktlich erfüllt werden mögen. Das vertrauliche Benehmen des Grafen von Görtz gegen die französischen Gesandten erhielt noch den besondern Beifall des französischen Hofes, und dessen Gesandter in Zweibrücken den Auftrag, solches gegen den Grafen zu erwiedern.

Ungefähr zur nämlichen Zeit gab jedoch das Kabinet von Versailles dem Herzog den Wunsch zu erkennen: daß er sich an den Wiener-Hof unmittelbar wende, demselben mit Offenheit und Wahrheit vorstelle, daß weder der kaiserliche, noch der kurpfälzische Minister, ihm die Ansprüche, welche der Uebereinkunft zu Grunde liegen, mitgetheilt haben, daß er folglich nicht im Stande gewesen sey, derselben beizutreten, und er solches auch, ehe er die Grundlage kenne, nicht zu thun vermöge; daß der Herzog um deren Bekanntmachung bitten, und die Versicherung beifügen solle, er trage das größte Verlangen, das Wohlwollen und die Freundschaft des kaiserlichen Hofes zu erwerben, und sey bereit, davon jeden Beweis zu geben, welcher sich mit der Gerechtigkeit der Sache, der Ehre seines Hauses und den Pflichten für seine Nachkommenschaft vertrage *).

---

*) Mémoire historique p. 125.

Diesem Wunsch gemäß, erließ der Herzog Schreiben sowohl an die Kaiserin-Königin, als an den Kaiser, und schickte solche an Hofenfels nach München, mit dem Auftrag, sie dem Freiherrn von Lehrbach zur Weiterbeförderung zu übergeben. Allein dieser, obgleich auch bei dem Herzoge akkreditirt, erklärte Hofenfels: er werde die Schreiben nicht annehmen, ehe der Herzog nicht der Uebereinkunft beigetreten sey, und so lange Graf Görtz sich als preußischer Gesandter in Zweibrücken aufhalte.

Dem Herzog fiel diese Weigerung Lehrbachs äusserst empfindlich, und entrüstete ihn höchlich gegen den französischen Hof, der ihn zu jenem Schritte veranlaßt hatte. Er fand sich deshalb bewogen, am 10. März die förmliche Garantie der in den Jahren 1766, 1771 und 1774 erneuerten pfalz-bayerischen Erbvereine bei diesem Hofe bestimmt nachzusuchen, und zugleich durch den geheimen Rath von Esebeck dem Grafen von Görtz ein sehr dringendes Promemoria zustellen zu lassen, um solche auch von Preußen, der bereits ertheilten mündlichen Zusicherung zu Folge, in gehöriger Form schriftlich zu erhalten.

Allein der französische Hof wollte zur Zeit die von dem Herzoge verlangte Garantie nicht ertheilen, weil er hoffte, durch Verwendung und Vorstellungen bei dem Wiener-Hof die Sache beizulegen. Daher erklärte auch der in Zweibrücken akkreditirte französische Ge-

sandte: Frankreich gedenke an dieser Sache keinen unmittelbaren Antheil zu nehmen, sondern die Entscheidung derselben abzuwarten, um sich über die nachgesuchte Garantie zu erklären; doch werde dem Herzoge gerathen, standhaft zu bleiben, und sich die Rechte nicht nehmen zu lassen, welche er zu haben glaube. Die Garantie des westphälischen Friedens wurde ganz mit Stillschweigen übergangen.

So wie sich der Herzog zur Aufrechthaltung seiner Rechte und Ansprüche an Frankreich, als Garanten des westphälischen Friedens, gewendet hatte, so wendete er sich auch an den König von Schweden, wohl mehr um der Konsequenz willen, als in der Hoffnung eines entscheidenden Erfolges.

Dem Könige von Preußen lag nun insbesondere noch am Herzen, Rußland, als eine mit ihm eng verbündete Macht, in des Herzogs Interesse zu ziehen. Daher wies er den Grafen an, zu bewirken, daß der Herzog sich mit einem Schreiben an die Kaiserin wende, und sie um Unterstützung und Vertheidigung seiner Rechte bitte; dieß geschah auch.

Jezt hatte der Herzog alles gethan, was den König von Preußen über seine Gesinnungen und seine Festigkeit beruhigen konnte; daher war es nun billig, auch ihm die möglichste Beruhigung zu verschaffen, und diese, erklärte der Herzog, könne nur durch die bei

dem Könige wiederholt nachgesuchte Garantie gewährt werden.

Unterm 25. März endlich ward eine Akte ausgefertigt, wodurch der König die Verpflichtung übernahm, in den obwaltenden Umständen den Herzog Karl von Zweibrücken nicht zu verlassen; alle Kräfte anzuwenden, um dessen Interesse zu befördern, und hauptsächlich um die bayerische Verlassenschaft in den Stand herzustellen, welcher dem westphälischen Frieden und den Rechten des Hauses Pfalz angemessen sey, so wie aber dieser Zweck erreicht sey, deren Erbfolge und eventuellen Besitz dem Hause Zweibrücken und dessen rechtmäßigen Erben zu garantiren.

Dankbar wurde diese Akte von dem Herzog aufgenommen, und mit der von dem König verlangten Verpflichtung erwiedert: wie die Zerstücklung Bayerns, wie solche von den Höfen von Wien und Mannheim verabredet worden, zuzugeben, auf der dagegen eingelegten Verwahrung zu bestehen — durchaus in Uebereinstimmung mit Preußen zu handeln, und bis zur glücklichen Beendigung dieser Sache ohne dessen Einwilligung nichts zu beschließen, noch zu unterhandeln.

Jezt wurde des Grafen längerer Aufenthalt in Zweibrücken ferner nicht mehr nothwendig erachtet, und er erhielt die Weisung, nach Berlin zu kommen, wo ihm der König, zur Belohnung für die geleisteten

Dienste, die Stelle eines Grandmaître de la Garderobe und Staatsministers, womit vor ihm der Graf Werthern bekleidet war, übertrug.

Graf Görtz, diesem ehrenvollen Rufe folgend, verließ Zweibrücken am 14. April, und begab sich über Frankfurt und Braunschweig nach Berlin, wo er am 27. ankam, aber den König nicht mehr antraf.

Dritter Abschnitt.

Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen 1778. April bis September.

Der lebhafte Schriftenwechsel, der seit dem 1. April zwischen den Höfen von Wien und Berlin stattgefunden, hatte mit Oesterreichs Erklärung geendiget: es sey entschlossen, die durch Vertrag erworbenen Besitzungen nicht zurück zu geben. Der Krieg wurde nun als unvermeidlich angesehen, und beide Monarchen begaben sich zu ihren an den Gränzen von Böhmen, Mähren und Schlesien gesammelten Heeren; Friedrich II in der erklärten Absicht, die gekränkten Gerechtsamen des Mindermächtigen zu vertheidigen; Joseph II, um die Ansprüche seines Hauses durch die Waffen zu behaupten; jener in der Zuversicht, den errungenen Lorbeeren neue hinzuzufügen; dieser in der Hoffnung, den lang ersehnten Waffenruhm zu erkämpfen.

Da begann zwischen beiden Monarchen unmittelbar ein Briefwechsel, der zur Erwartung berechtigte, der Streit könnte noch friedlich beigelegt werden, denn

er wurde mit Beseitigung gewöhnlicher diplomatischer Förmlichkeiten und Wendungen von beiden Seiten mit einer Offenheit und Geradheit geführt, die gegenseitiges Vertrauen und gleiche Anfrichtigkeit zu verbürgen schien. Kaiser Joseph, indem er zuerst an den König schrieb, versicherte, er habe damit absichtlich bis zu seiner Entfernung aus der Hauptstadt, und folglich von allem, was das Ansehen von Feinheit und Politik haben könnte, zugewartet, um dem König seine Ideen mitzutheilen, wie auf eine den beiderseitigen Interessen angemessene Art aller Zwist unter ihnen vermieden werden könnte, — und Friedrich II, in seiner Antwort auf diese freundschaftliche Eröffnung, bat den Kaiser, mit der Aeußerung eines alten Soldaten vorlieb zu nehmen, denn er habe keine Schreiber und keine Minister bei sich, und ihn zu entschuldigen, wenn er gegen das Zeremoniel gefehlt haben sollte, weil er auf Ehre auf 40 Meilen im Umkreis Niemand wisse, der ihn davon unterrichten könnte.

Gleich seinem ersten Schreiben (Olmütz 13. April), fügte der Kaiser den Entwurf einer Uebereinkunft bei, zu deren Unterschrift er zwar den Grafen von Cobenzel bevollmächtigte, jedoch den König zugleich ersuchte, im Falle er darin einige Abänderung oder Erläuterung der Nebenpunkte wünschte, ihm solche unmittelbar mitzutheilen, und versichert zu seyn, daß er, sey es möglich, gerne darauf eingehen werde. Die Bedingnisse

dieses ersten Entwurfes waren: Preußen solle die Ueber-einkunft vom 3. Jäner, — die Rechtmäßigkeit der in Folge derselben stattgefundenen österreichischen Besitzergreifung in Bayern, und jene Austauschungen anerkennen, welche Oesterreich über die heimgefallenen Distrikte, das ganze Land, oder nur einige Theile desselben, eingehen könnte, vorbehaltlich jedoch, daß die hierdurch zu erwerbenden Besitzungen nicht unmittelbar an die preußischen Staaten gränzen. Dagegen wolle Oesterreich im Voraus die Gültigkeit der Vereinigung der Fürstenthümer Ansbach und Baireuth mit der Primogenitur der Kur-Brandenburg, und jeden Tausch anerkennen, welchen der König mit diesen Ländern treffen könnte, jedoch ebenfalls vorbehaltlich, daß die durch solchen zu erwerbenden Besitzungen nicht unmittelbar an die österreichischen Staaten gränzen.

Diese Bedingnisse fand der König nicht annehmbar, äußerte sich aber in seiner Antwort (Schönwalde 14. April): ob sich denn nicht ein Mittel fände, den Herzog von Zweibrücken durch ein Aequivalent zu befriedigen, und den Kurfürsten von Sachsen für seine auf 37 Millionen Gulden berechneten Allodial-Ansprüche abzufinden? Auch Meklenburg wäre nicht zu vergessen; derlei Vorschlägen würde er mit Vergnügen beitreten; die Erbfolge in die fränkischen Fürstenthümer gehöre aber gar nicht hie-

her, und die Rechte seines Hauses darauf seyen so gegründet, daß solche Niemand bestreiten könne.

Soweit auch die beiden Monarchen in ihren Ansichten von einander entfernt waren, so führte doch die offene Mittheilung derselben, und ihr Briefwechsel, worin sie sich in Aeußerungen gegenseitiger hoher Achtung, und in gewählten, zierlichen und schmeichelhaften Ausdrücken zu überbieten schienen *), zu einer Unterhandlung zwischen Bevollmächtigten in Berlin. Solche wurde am 1. Mai eröffnet; von Seite Oesterreichs durch den Grafen von Cobenzel, von Seite Preußens durch die Minister Finkenstein und Herzberg.

Sogleich gab Görtz dem Zweibrücker-Hof davon Nachricht, und trug darauf an, es möge unverzüglich ein Bevollmächtigter des Herzogs nach Berlin geschickt werden. Zwar äußerte der Graf: er habe von dem Erfolg der Unterhandlungen keine große Erwartung, jedoch verlange der König, der Herzog möge wenigstens vorläufig die Erklärung abgeben, ob er sich in die Unterhandlung einlassen wolle, und allenfalls, was er für Bedingungen wünsche.

Die Hoffnung, Bayerns Integrität zu erhalten, war damals schon von Preußen selbst aufgegeben, und unumwunden äußerte dieses der Graf in einem Schreiben an Herrn von Esebeck vom 9. Mai, worin er wört-

*) Oeuvres posthumes de Fréderic II. T. V. p. 233 u. f.

lich sagt: „Der König ist geneigt, persönlich schon „dermalen dem Herzoge Vortheile zu verschaffen. Se. „Majestät verlangen nichts für sich, sondern die Be„friedigung ihrer Alliirten und die Erhaltung des „Gleichgewichts. Es ist freilich nach den von Anfang „gethanen Schritten von kaiserlicher Seite nicht zu „hoffen, daß ganz Bayern wieder zurückgegeben „werde; allein mit Erhaltung des Friedens ist vielleicht „möglich, dieses dem pfälzischen Hofe, dem Herzoge „und dem Reiche weniger nachtheilig zu machen. Die „böhmischen Lehen in der Oberpfalz" — versichert Graf Görtz in einem Schreiben vom 12. Mai — „die kaiserlichen Besitzungen in Schwaben, „vielleicht auch ein Theil der Niederlande, könn„ten wohl zur Entschädigung, und leztere für „den Herzog gleich erhalten werden; auch würde „von Niederbayern noch viel gerettet werden; aber die „Mitwirkung des Herzogs sey nöthig."

Auch die von Herzog Klemens von Bayern besessenen und nun an Zweibrücken gefallenen Güter in Böhmen, glaubte der König als ein Kompensationsobjekt ansehen zu dürfen; solche möchten an Oesterreich unter der Bedingniß überlassen werden, daß es dafür entweder Sachsen für seine Allodial-Ansprüche zufrieden stelle, oder den Herzog von Zweibrücken durch anderweite Besitzungen entschädige.

Gleich in der ersten Konferenz wiederholte der

österreichische Bevollmächtigte den Antrag, den bereits der Kaiser dem König unmittelbar gemacht hatte, und verlangte entweder, daß solcher angenommen, oder durch einen Gegenvorschlag erwiedert werde. Weder auf das eine, noch auf das andere gingen die preußischen Bevollmächtigten ein; sie erklärten vielmehr: die gemachten Vorschläge betreffen zum Theil nicht hieher gehörige Gegenstände, und, da Oesterreich sich in den Besitz der streitigen Objekte gesezt habe, so sey es auch am besten im Stande, Vergleichs-Vorschläge zu machen, welchen man daher entgegen sehe.

Graf Cobenzel machte hierauf in der Konferenz vom 7. Mai den Antrag: Oesterreich wolle seinen Ansprüchen auf die bayerische Allodial-Verlassenschaft entsagen, und dem Hause Pfalz die böhmischen Lehen in der Oberpfalz eben so verleihen, wie solche der verstorbene Kurfürst von Bayern besessen habe, dadurch könne sowohl der Kurfürst von Sachsen, als der Herzog von Zweibrücken befriedigt werden. — Auch diesen Vorschlag erklärten die preußischen Bevollmächtigten für nicht annehmbar; sie glaubten jedoch, die Sache ließe sich ausgleichen, wenn man dem Hause Pfalz von Bayern den gegen Regensburg zu gelegenen Theil zurückgäbe, um Oesterreichs Gränze von dem Sitz des Reichstags zu entfernen, und Pfalz für den Oesterreich verbleibenden Theil Bayerns durch ein billiges Aequivalent entschädige.

Erst am 20. Mai theilten die preußischen Bevollmächtigten dem österreichischen ihre Vergleichsvorschläge mit. Nach denselben sollten zwei Distrikte Bayerns, welche näher bezeichnet wurden, Oesterreich verbleiben; der eine dieser Distrikte war: das zwischen dem Fürstenthum Passau, dem Königreich Böhmen und den Flüssen Donau, Regen und Cham gelegene Land, mit Ausnahme einer kleinen Strecke bei Regensburg, um die österreichische Gränze dem Sitz des Reichstags nicht zu sehr zu nähern; der andere: von der passauischen Gränze längs dem Inn, bis an den Einfluß der Salzach, und von dort, längs dieses Stroms, bis an die Gränze des Erzstifts Salzburg bei Wildshut. Für diesen Verlust solle das Haus Pfalz von Oesterreich eine billige Entschädigung, nämlich: die Herzogthümer Limpurg und Geldern, und die in Bayern eröffneten Reichslehen erhalten; des Kurfürsten von Sachsen Ansprüche an die bayerische Allodial-Verlassenschaft könnten von Pfalz durch Abtretung eines an das Fürstenthum Baireuth gränzenden Theils der Oberpfalz, und durch Ueberlassung der beweglichen Verlassenschaft in natura, oder durch eine Abfindungs-Summe befriedigt werden; außerdem möchten Sachsen die in Schwaben eröffneten Reichslehen, sammt den Herrschaften Mindelheim und Wiesensteig, verliehen, und zur Beförderung des Ausgleichungs-Geschäfts von Oesterreich auf die lehensherrlichen und

anderen

andern Rechte, welche der Krone Böhmen auf einige Bezirke in der Oberpfalz, in Sachsen und im Bairenthischen zustehen, verzichtet werden; endlich solle Oesterreich sich der Vereinigung der fränkischen Fürstenthümer mit der Primogenitur der Kur-Brandenburg nicht widersetzen, und im Falle darüber ein Austausch mit dem Kurfürsten von Sachsen gegen die Lausitz und einige andere Bezirke zu Stande kommen sollte, nicht nur dagegen keine Einwendungen machen, sondern vielmehr auf seine lehensherrlichen und andern Rechte verzichten.

Diese Vorschläge fand der Wiener-Hof nicht annehmbar, und Graf Cobenzel erhielt am 31. Mai den Auftrag, dem preußischen Hof einen andern Ausgleichungsplan vorzulegen. Solcher bezielte die Aufhebung des gegenseitigen Widerspruchs, Oesterreichs gegen die Vereinigung der fränkischen Fürstenthümer mit der Primogenitur des Hauses Brandenburg, Preußens gegen die österreichische Besitznahme bayerischen Gebiets, beiderseitiges Gutheißen und Mitwirkung zu dem einen oder dem andern Theil wünschenswerthen Austauschungen, und gemeinschaftliche Verwendung zu Ausgleichung der sächsischen Allodial-Ansprüche.

Die preußischen Bevollmächtigten fanden die Vorschläge des Wiener-Hofes nicht klar und deutlich genug. „Die Ausdrücke“ — heißt es in der Note vom 13. Ju-

nus — „Worten man sich über diese Sache in einem Ar„tikel des oben angeführten Briefs, der von dem Blatt „selbst unterschieden ist, bedient, sind so unbestimmt „und dunkel, daß Se. Majestät glauben, von dem „Wiener Hofe verlangen zu können, daß er sich deut„lich erkläre, und auf eine nicht zweideutige Weise an„gebe:

„1) Welches die bayerischen und oberpfälzischen „Distrikte seyen, die er behalten, und welche er wieder „herausgeben wolle?“

„2) Was er austauschen, und was er dem pfälzi„schen Hause zu seiner Schadloshaltung geben wolle?“

„3) Worin eigentlich die Vortheile bestehen, die „er dem Kurfürsten von der Pfalz zusichere, um ihn „in den Stand zu setzen, den Kurfürsten von Sachsen „zu befriedigen?“

„4) Ob sich der Wiener-Hof werde gefallen lassen, „die ganze bayerische Succession in Ansehung der Rechte „des Kurfürsten von der Pfalz, des Kurfür„sten von Sachsen, des Herzogs von Zwei„brücken und der Herzoge von Meklenburg „mit dem Könige zu arrangiren, der als Freund und „Bundesgenosse dieser Fürsten, als Kurfürst und Fürst „des Reichs, und noch aus mehreren Rechtstiteln so „sehr berechtigt und befugt sey, an der richtigen Aus„einandersetzung dieser Erbschaft Theil zu nehmen.“

Ueber diese Punkte wurde die bestimmte Erklärung des österreichischen Bevollmächtigten verlangt.

Solche erfolgte am 24. Junius. Aber auch sie entsprach den Wünschen und Erwartungen des preußischen Hofes nicht, obschon demselben wiederholt nicht nur die Genehmigung zu der Vereinigung der fränkischen Fürstenthümer, sondern auch zu dem Austausch derselben gegen die Lausitz, und in diesem Falle der Verzicht auf der Krone Böhmen lehensherrliche Rechte auf dieses Land und auf dessen Rückfall zugesichert wurde. Der österreichische Bevollmächtigte erklärte nämlich: daß die Kaiserin, im Fall eines beiden Theilen anständigen Tausches mit dem Hause Pfalz, zu Gunsten des Königs von Preußen, die nöthigen Verzichtleistungen bewilligen würde, wodurch der Tausch wegen der Lausitz möglich gemacht werde, und daß zu Gunsten des Kurfürsten von der Pfalz dem sächsischen Hause verschiedene Vortheile werden sollen, um diesem Fürsten die Last eines Vergleichs mit den Allodial-Erben zu erleichtern; würde man aber mit dem pfälzischen Hause nicht übereinkommen, so verspreche die Kaiserin-Königin nur allein ihre Zustimmung zur Vereinigung der Markgrafthümer Ansbach und Baireuth mit der Hauptlinie des brandenburgischen Kurhauses gegen die gleichmäßige Zustimmung des Königs von Preußen zu dem Besitz der Distrikte, die ihr in Bayern vermöge ihrer Rechte und des Vergleichs zugefallen seyen.

Da in dieser Note bedeutet wurde, wenn die gemachten Vorschläge nicht angenommen werden, sey eine freundschaftliche Ausgleichung unmöglich, und alle weitere Erläuterung überflüssig, so erklärten die preußischen Bevollmächtigten am 3. Juli: sie könnten jene Aeußerung für nichts anderes als für eine Abbrechung dieser Unterhandlung von Seite Oesterreichs ansehen, und fänden sich daher genöthiget, solche auch ihrerseits abzubrechen.

Während dieser Unterhandlungen ließ der Herzog von Zweibrücken seine Erklärung über die von Oesterreich verlangten Erwerbungen an den Berliner-Hof gelangen; er war zuerst bereit, seine Einwilligung zur Abtretung der bayerischen Herrschaften und Besitzungen in Schwaben, und dann auch des Distrikts von Schärding, zu ertheilen. Als aber der zweibrückische Bevollmächtigte, geheime Rath von Hofenfels, in Berlin ankam, übergab er sogleich den preußischen Ministern eine Denkschrift, um die Nachtheile aus einander zu setzen, welche die Abtretung des von Preußen Oesterreich angebotenen Distriks von Bayern für das ganze Land haben müßte, und behauptete, es sey zur Erhaltung des Ganzen unumgänglich nöthig, keinen Theil abreißen zu lassen.

Bald nach Hofenfels kam Herr von Schlip als Bevollmächtigter des Münchner-Hofes in Berlin an, wo man lieber den Freiherrn von Leyden gesehen hätte.

Mit Schlips Ankunft erhielt man in Berlin im vertrauten Wege sowohl über seine Person, als seine Instruktion Aufschlüsse, die voraussehen ließen, daß er auf den Gang der Unterhandlungen keinen bedeutenden Einfluß haben könne. Dieß hatte dann die für ihn unangenehme Folge, daß er sehr kalt empfangen, und, außer dem Minister von Finkenstein, von keinem andern preußischen Minister vorgelassen wurde.

Nach Abbrechung der Unterhandlungen ging Schlip nach München zurück, gab jedoch die Versicherung ab: der Kurfürst werde die strengste Neutralität beobachten. In Bayern herrschte inzwischen große Unruhe und Bewegung, nicht nur bei Hofe und unter den höhern Klassen, sondern selbst unter dem Volk, und es hätte nur eines kleinen Impulses bedurft, um die ehemaligen Vorgänge bei Sendlingen zu erneuern. Bauern aus den von den Oesterreichern besezten Gegenden kamen sogar nach Regensburg zu dem preußischen Gesandten, um sich zu erkundigen, ob es nicht am Besten wäre, wenn sie die Oesterreicher erschlügen; mit Mißbilligung wurden sie da zurückgewiesen.

Von Allem, was in Bayern vorging, hatte man in Berlin ganz genaue Kenntniß; denn im ununterbrochenen und vertrauten Briefwechsel standen mit dem Grafen von Görtz die Herzogin Marianna sowohl, als Leyden; und dieser von Allem, was in München beschlossen wurde, durch Obermayr und Lory genau

unterrichtet, theilte es zugleich auch dem kurbrandenburgischen Gesandten von Schwarzenau in Regensburg mit, um solches an seinen Hof zu berichten.

In dem Briefwechsel zwischen der Herzogin und dem Grafen sind vielfältig die Hauptpersonen durch Benennungen aus der Götterlehre oder der alten Geschichte bezeichnet. Jupiter wird der König von Preußen, Neptun der Kaiser von Oesterreich genannt; Tyrier heißen die Bayern, und Pygmaleon Karl Theodor; Zephyr ist der Name, welcher dem Herzog von Zweibrücken, und Midas, der dem Minister Vieregg beigelegt wird. Die Herzogin nennt sich bald die große Bärin, bald die Baronin, auch einmal die alternde Pallas u. s. w.

Diese muthige und entschlossene Frau war die Seele und der Leitstern der ganzen Partei gegen Oesterreich. So groß war der Anhang, den sie sich zu verschaffen wußte, daß sie, unerachtet der Zurückweisung, welche die Anträge der Straubinger-Deputirten erhalten hatten, auf 20,000 Mann (20,000 junge Bären werden sie in einem Schreiben der Herzogin genannt) rechnen zu können glaubte, so wie der günstige Augenblick zu deren Verwendung eintreten würde.

„Es wäre in der That schön" — schrieb sie am 30. April an den Grafen von Görtz — „eine alternde „Pallas an der Spitze der Tyrier zu sehen! Ich „möchte die Geister meiner Ahnen herbeirufen, um das

„Vaterland zu retten, so empört fühle ich mich; es
„gibt selbst Augenblicke, wo ich ehrgeizig genug bin,
„um Wünsche zu hegen, und zu bedauern, daß ich nicht
„Kurfürst bin."

Der bloße Gedanke einer möglichen Aussöhnung zwischen Oesterreich und Preußen, erregte bei der Herzogin große Beunruhigung. „Man spricht vom Frie„den" — drückt sie sich in einem Schreiben vom 19. Mai aus — „dieß heißt uns unsere Zukunft voraussagen, „welche uns Neptun (Oesterreich) zum Herrscher be„stimmt. Ich vermag es nicht zu glauben, denn Ju„piter (der König von Preußen) ist zu groß, um sich „zu verläugnen und uns zu verlassen." Dem Herrn von Hofenfels prägte sie bei seiner Abreise nach Berlin sehr ein, nicht den geringsten Theil von Bayern an Oesterreich abzutreten. „Ich „schmeichle mir" — sagt sie in einem Schreiben an Görtz vom 31. Mai — „der König werde in seiner „Protektion nicht so weit nachlassen, daß man unge„rechten Ansprüchen nachgeben muß. Welche Macht „wird ihre Staaten erhalten können, wenn die Inva„sion ein Recht wäre; man brauchte dann, um sich „deren zu bemächtigen, nur Soldaten, und die ganze „Welt müßte Soldat werden. Mit einem Worte, für „Bayern wäre es ein Unglück, getheilt zu werden, „aber die Folgen davon wären vielleicht für andere noch „unglücklicher."

Vergebens suchte der Graf die Herzogin zu beruhigen; alle Bayern mit gleicher Liebe umfangend, kränkte sie die Aussicht, einige derselben von dem Mutterlande abgerissen zu sehen. „Ich sehe vor, daß einige „Tyrier (Bayern) unter die Herrschaft Neptuns (Oester„reich) fallen werden, und diese Trennung schmerzt „mich" — sagt sie in dem Schreiben an den Grafen von 12. Junius.

Karl Theodor schien noch immer zu hoffen, mit Ausnahme eines Theils der Oberpfalz und der Festung Schärding, nebst etwa einem Theile dieses Amtes, alles Uebrige von den Oesterreichern besezte Gebiet zurück zu erhalten, und dieses Opfer däuchte ihm nicht zu schwer. Aber die Aussicht einer jeden, auch der kleinsten, Abtretung von Bayern war der Herzogin und ihrem Anhange ein wahrer Gräuel. Im hohen Grade beunruhigt und mißvergnügt war sie daher, als von Berlin her verlautete, es dürfte durch die Unterhandlungen ein Theil von Bayern an Oesterreich überlassen werden.

Mit vieler Freude vernahm man also in Bayern die Nachricht, die Unterhandlungen dürften abgebrochen werden, und es werde zum Kriege kommen. Die Herzogin und Leyden fanden solche höchst tröstlich, und erwarteten davon Bayerns und selbst des ganzen deutschen Reichs Heil und Rettung.

Insbesondere aber ward die Herzogin dadurch auf's

Reue begeistert, und sie schrieb an Görtz, sie gedenke General der Bayern zu werden, von deren Gehorsam sie sicher sey; daraus werde er von selbst schließen, daß, ungeachtet der Neutralität des Kurfürsten, die Zuneigung für den König, und die Liebe für das Vaterland und für sie (die Herzogin) alle Bayern veranlassen werden, sich mit den Preußen zu vereinigen.

Eine genaue Kenntniß des männlichen und unternehmenden Charakters der Herzogin, vielleicht auch ihre Aeußerung über die 20,000 junge Bären, in Verbindung mit der Deputation der Unterländer-Bauern, scheint nach Abbrechung der Unterhandlungen in Berlin bei Preußen den Plan zur Erregung eines allgemeinen Aufstandes in Bayern veranlaßt zu haben. Um denselben auszuführen, war Vieles mit Zuverlässigkeit zu wissen nöthig; als: welchen Eindruck die Nachricht von dem bevorstehenden Kriege auf Bayerns Adel, Volk und Militair hervorgebracht habe; was man erwarten dürfe, wenn ein preußisches Truppenkorps sich Bayerns Gränze nähern sollte; ob die Truppen gehorchen würden, wenn der Kurfürst gezwungen wäre, sie dem Kaiser zu überlassen, wie viel Regimenter vorhanden, und wie stark die Zahl der Mannschaft sey u. s. w. Darüber wendete sich Graf Görtz sowohl an die Herzogin Marianna, als an Leyden.

Die darauf ertheilten Antworten waren eben so ausführlich als befriedigend. Der Krieg — heißt es

in jener von Leyden — werde von dem grössten Theil des Adels und vom ganzen Volk gewünscht, als das einzige Mittel, der Abreißung von Niederbayern zu begegnen; die Klugheit erheische, daß bei dem Einrücken eines preußischen Truppenkorps in die Oberpfalz oder in Bayern der König in einem Manifest seine Absicht, das Erbrecht des Hauses Wittelsbach zu unterstützen, erkläre, und die Bayern an ihre Pflichten gegen ihr angebornes Herrscherhaus erinnere; zugleich mögen auch den geistlichen sowohl, als den weltlichen Ständen, und überhaupt allen Unterthanen, ihre Rechte und Privilegien bestätiget werden; gerathen sey es ferner, die Versicherung zu ertheilen, daß der König die Ausübung der katholischen Religion nicht im mindesten beeinträchtigen, sondern solche vielmehr unterstützen werde; daher müsse man sowohl die Weltgeistlichen, als die Mönche schonen, und dem Militair befehlen, ihnen Achtung zu beweisen; überhaupt werden die Mönche und die Klostervorsteher die besten Spione seyn; geschehe dieses, und es werde ein Sieg errungen, so dürfe man überzeugt seyn, daß ein sehr großer Theil der Einwohner von Niederbayern, deren Zahl wenigstens eine Million betrage, sich an ihre Beschützer anschließen werde; sie seyen zum Theil alle bewaffnet, und gute Schützen; an Lebensmitteln zum Unterhalt der Truppen fehle es nicht; der verstorbene Kurfürst habe acht Regimenter Infanterie und vier Kavallerie-Regimenter

hinterlassen, die man im Ganzen auf achttausend Mann anschlage; es sey aber seither die Armee nicht ergänzt, und die Zahlung vermindert worden, weßwegen auch eine starke Desertion stattfinde; die Truppen liegen in München, Donauwörth, Ingolstadt, Landshut, Burghausen, Braunau, Rothenberg; sollten dießfalls Veränderungen vorgehen, so werde sogleich Nachricht folgen; es sey nicht wahrscheinlich, daß der Kurfürst seine Truppen dem Wiener-Hofe überlassen dürfte; die Generallieutenants Franz von Larosee, Harold und Piosasque verdienen, wegen der Dienste, die sie zu leisten im Stande seyen, die größte Aufmerksamkeit; es möchte von großem Nutzen und Erfolge seyn, wenn der König dem Freiherrn von Löben die Anführung einer leichten Truppe anvertraute, und ihm den jungen Brentano beigäbe, mit der Ermächtigung, ein Korps Bayern zu errichten.

Damit im Wesentlichen übereinstimmend, aber umständlicher noch und größere Hoffnungen begründend, war der Herzogin Antwort. Eine allgemeine Freude, versichert sie, errege die Nachricht von dem Ausbruche des Kriegs bei dem Militair und dem Volke. Von dem Adel könne sie die Preysing, Sandizell, Hegenberg, Larosee, Daun, Morawitzky, Tattenbach herzählen; die Landstände, die Dikasterien, die Bürger freuen sich dessen; man dürfe auf den Beistand des Volkes bei Straubing und in allen von den

Oesterreichern besezten Orten rechnen, sowie sich Pre
ßen nähern; in München werde die Herzogin das Mö
lichste thun; da sich der Kurfürst für neutral erklä
habe, dürfte es schwer halten, die bayerischen Reg
menter zu den Preußen stoßen zu machen; im Gan
betragen erstere nur 6,704 Mann. Den von Leyd
als gutgesinnt bezeichneten Offizieren vom höhern Gra
fügte die Herzogin noch einige bei, als: Sandizel
Bubna, Herbst, Nyß, Zobel, Ansillon u. a.

Nur wegen der Bestätigung der Rechte und P
vilegien war die Herzogin einer von jener des Freiher
von Leyden verschiedenen Meinung. Das Wort Pr
vilegium, bemerkte sie, schmeichle zwar den Lan
ständen, als dem wenigern Theil; der eben so fr
geborne Landmann stoße sich aber dara
weil viele ihr ständisches Ansehen zu seiner Bedrücku
gebraucht haben; es sey genug, wenn man den U
terthanen von Bayern die allgemeine Lan
desverfassung und die Erbfolge der Wi
telsbacher zusichere; dadurch werde Alles gesagt,
was die Stände, die Unterthanen und den Regenten
angehe; ein bloßer Auftrag an die Befehlshaber, die
Religion nicht zu beeinträchtigen, genüge, um den Fa-
natismus zu beruhigen, der ohnehin nicht mehr
so stark sey.

Man sieht hieraus, daß die Herzogin über das
Verhältniß der Privilegirten und der Unterthanen auf

[...]ne für die damalige Zeit sehr liberale Art dachte, und [...] Bayern mehr Aufklärung und Toleranz zutraute, [...] Leyden.

Ingolstadt, als des Landes beste Festung, ver[...]te bei dem bevorstehenden Kriege eine vorzügliche [...]merksamkeit; nicht nur von den in Niederbayern [...]egenen österreichischen Truppen war dieser Platz be[...]ht, sondern auch von jenen, die aus den Nieder[...]den gezogen wurden, und den Befehl hatten, sich [...]rch Bayern an die Gränze von Böhmen zu ziehen. [...]er war es von großer Wichtigkeit, Ingolstadt vor [...]em Ueberfalle oder einer Besetzung durch österreichi[...]e Truppen zu sichern.

Der Kurfürst hatte bei seiner Abreise hierüber keine [...]efehle hinterlassen, und dem General Larosée auf [...]e Bemerkung: Ingolstadt könnte leicht von den Oester[...]chern überrumpelt werden, erwiedert: dann ist es [...]e Schuld des Kommandanten. Dieß erleich[...]rte der Herzogin und ihren getreuen Anhängern die [...]aßregeln, diesen Platz vor dem Ueberfall der Oester[...]eicher zu sichern, und die Herzogin konnte mit Zuver[...]ssigkeit auf Gehorsam und Beistand ihrer Landsleute rechnen. Sie erreichte auch ihren Zweck vollkommen, und schon am 1. Julius gab sie dem Grafen von Görtz davon ganz beruhigende Nachricht.

Sehr wünschte die Herzogin unter den damaligen Umständen, der König von Preußen möge einen Ver[...]

tranten schicken, um den zu Bayerns Befreiung en
worfenen Plan ausführen zu helfen. Freiherr von Le
den aber machte den Grafen Görtz darauf aufmerksa
daß es nothwendig sey, einen preußischen Min
ster bei dem Kurfürsten zu beglaubigen, damit d
Einflüsterungen Oesterreichs begegnet, und der Ku
fürst, von dem er noch immer hoffte, er werde sein
Sinn ändern, über sein wahres Interesse aufgeklä
werde; auch einen russischen Gesandten wünsch
Leyden in München zu sehen.

Diesen Wunsch wiederholte er öfters, aber solch
fand keinen Eingang; denn Preußen glaubte an kei
Sinnesänderung des Kurfürsten, und sah nicht ei
was ihn in diesem Falle hindern sollte, einen Gesan
ten nach Berlin zu schicken.

Nicht lange währte die Freude der Herzogin u
der mit ihr gleichgesinnten Bayern über den Ausbr
des Kriegs; denn nach einigen Hin- und Hermärsch
und dem Einrücken der preußischen Armee in Böhme
langte am 17. Julius in dem Hauptquartier We
dorf ein Fremder an, der sich für einen Sekretär
russischen Gesandtschaft in Wien angab, und als sol
durch seinen Paß auswies.

Es war der Freiherr von Thugut, von
Kaiserin Maria Theresia mit Vollmacht und ein
Schreiben an den König unmittelbar, und ohne Mi
wissen ihres Sohnes, abgeschickt.

Ihr Brief enthielt mehr die Sprache des Herzens, als jene der Politik, mehr die Empfindungen der Mutter, als die Aeusserungen der Regentin. Unumwunden erklärt die Kaiserin: sie wünsche die abgebrochenen Unterhandlungen wieder anzuknüpfen und zum Ende zu führen; in ihrem Alter sehne sie sich nach Ruhe, und ihr mütterliches Herz fühle grosse Bekümmerniß über das Schicksal zweier ihrer Söhne und eines geliebten Schwiegersohnes, die sich bei der Armee befinden.

In gewählten und schmeichelhaften Ausdrücken erwiederte der König dieses Schreiben, indem er seine freudige Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Unterhandlungen erklärte, und die Versicherung ertheilte, er werde einstweilen solche Maasregeln ergreifen, daß die Kaiserin über das Schicksal ihrer theuern Angehörigen unbesorgt seyn könne.

Thuguts, im Namen der Kaiserin gemachten, Vorschläge waren: Zurückgabe dessen, was Oesterreich in Bayern in Besitz genommen habe, bis auf einen Distrikt vom jährlichen Einkommen einer Million, vorbehältlich eines Tausches dieses Distrikts mit dem Kurfürsten gegen irgend einen andern Theil Bayerns von gleichem Ertrage; gemeinschaftliche Verwendung mit Preussen, zur Ausgleichung der sächsischen Allodial-Ansprüche.

Ohne sich über diesen Vorschlag zu äussern, fügte der König demselben einige Fragen bei, die man als

den Ausdruck seiner Wünsche und als Gegenvorschläge ansehen kann. Diese Fragen waren: ob die Kaiserin nicht die lehensherrlichen Rechte, welche ihr als Königin von Böhmen über einige sächsische Lehen zustehen, aufgeben könne? Ob sie nicht den Herzog von Mecklenburg mit einem kleinen Reichslehen zufrieden stellen möchte? Ob man sich über die Nachfolge in Ansbach und Baireuth vereinigen, und beifügen wollte, daß der Kurfürst von Sachsen sich in den beiden Fürstenthümern, sowie der König von Preußen in der Lausitz huldigen lassen möge? Ob man die Blokade von Regensburg, wo der Reichstag versammelt sey, aufzugeben gedenke? — Man entnimmt aus diesen Punkten die vorzügliche Aufmerksamkeit auf das Interesse Sachsens, auf die Ansprüche des Herzogs von Mecklenburg, und auf die Erwerbung der Lausitz durch Tausch.

Mit solchen Vorschlägen reiste Thugut nach Wien zurück, und Friedrich, erwartend, daß er, mit der nöthigen Instruktion versehen, in einigen Tagen zurück seyn werde, berief die Minister Finkenstein und Herzberg zu sich, um dann die Unterhandlungen in gehöriger Form fortzusetzen.

Von der Kaiserin durch Schreiben vom 22. Julius verständiget, daß sie ihrem Sohn von Thuguts Sendung Nachricht gegeben habe, theilte ihr der König am 28. jene Vorschläge mit, die er für geeignet erachtete, um die bestehenden Irrungen schnell beizulegen. Denselben gemäß,

gemäß, sollte Oesterreich dem Kurfürsten von der Pfalz Alles zurückgeben, was es bisher in Bayern und der Oberpfalz in Besitz genommen hatte; dagegen aber den Distrikt von Burghausen, von Passau an, längs des Innstroms, bis zu dessen Zusammenfluß mit der Salzach, und längs dieser bis an die salzburgische Gränze bei Wildshut erhalten. Würde der Wiener-Hof nicht geneigt seyn, das pfälzische Haus durch eine Territorial-Abtretung zu entschädigen, so könne solches duch die Entsagung auf seine oberlehensherrlichen Rechte in der Oberpfalz und in Sachsen, und durch Bezahlung einer Million Thaler an den Kurfürsten von Sachsen geschehen, welchem noch das Fürstenthum Mindelheim und die Herrschaft Rothenberg in Franken zugetheilt werden möchte. Dadurch sollte Sachsen für seine Allodial-Ansprüche, und Bayern in gewisser Art für die Abtretung des Distrikts Burghausen entschädigt werden. Alles dieses solle gleich unter Mitwirkung des Königs von Preußen, als Freunds und Alliirten der Häuser Pfalz und Sachsen, geschehen; wäre auf diese Art die bayerische Erbfolge geordnet, so hätten sowohl die Kaiserin, als der Kurfürst von Sachsen, allen weitern Ansprüchen an Bayern und die Oberpfalz zu entsagen, die Erbfolge in den bayerischen und pfälzischen Ländern, nach Erlöschung der pfalz-sulzbachischen Linie, dem Hause Pfalz-Zweibrücken zuzusichern, und alle durch den Tod des lezten Kurfürsten von Bayern erledigten Reichslehen

dem pfälzischen Hause wieder zu verleihen; die Herzoge von Mecklenburg könnten entweder durch eines dieser kleinen Lehen, oder durch die von ihnen gewünschte Befreiung von der Gerichtsbarkeit der Reichsgerichte befriedigt werden; Oesterreich solle auf die böhmischen Lehen und anderen Ansprüche, auf Ansbach und Baireuth verzichten, der Vereinigung dieser Länder mit der Kurlinie kein Hinderniß erregen, und im Falle zwischen Preußen und Sachsen ein freiwilliger Tausch derselben gegen die Lausitz, oder einen Theil derselben, zu Stande käme, dagegen keine Schwierigkeiten erheben, sondern vielmehr allen Rechten und Ansprüchen darauf entsagen.

Die Kaiserin erwiederte diese Vorschläge im Anfange Augusts kurz dahin: sie sey bereit und entschlossen, Alles, was sie durch ihre Truppen in Bayern und in der Oberpfalz habe in Besitz nehmen lassen, zurückzugeben, und den Kurfürsten, der durch die Uebereinkunft vom 3. Jäner eingegangenen Verpflichtungen zu entbinden, wenn Preußen auf die Vereinigung der Fürstenthümer Ansbach und Baireuth mit der Primogenitur seines Hauses in so lange entsage, als in denselben nachgeborne Prinzen vorhanden seyn würden.

Diese Gegenvorschläge erklärte der König als nicht annehmbar, weil die innern Verhältnisse seines Hauses einen Dritten nicht angehen, und er nicht zugeben könne, daß solche mit den Ansprüchen Oesterreichs

gleich behandelt werden. Thugut äußerte sich jedoch: es gebe vielleicht noch andere Mittel, um die Ruhe Deutschlands zu erhalten, und er sey beauftragt, solche mitzutheilen. Dieß bewog den König, die Unterhandlungen von Welsdorf nach dem nicht weit davon entfernten Kloster Braunau zu verlegen.

Hier wiederholte Thugut zuerst die nun erwähnten, von dem König bereits verworfenen, Vorschläge, und als sich die preußischen Bevollmächtigten darauf nicht einließen, so übergab er andere. Denselben zufolge sollte Oesterreich, nach dem schon früher mitgetheilten Plane, für seine Ansprüche einen Distrikt von Bayern erhalten, der eine Million jährlicher Einkünfte ertrage, und wovon die Linie von den Gränzen Tyrols bis nach jenen Böhmens bezeichnet wurde; nämlich: von Kufstein an nach dem Laufe des Inns bis Wasserburg, von dort gegen Landshut über Grobing, Donaustauf, Nittenau, Neuburg, Retz bis Waldmünchen, längs der Landstraße nach Böhmen; der Anschlag der Einkünfte solle nach der gegenwärtigen Berechnung derselben durch Kommissäre von Oesterreich, vom Kurfürsten von der Pfalz und vom Herzoge von Zweibrücken geschehen; was der innerhalb dieser Linie gelegene Distrikt über eine Million ertrage, solle durch Abtretungen Oesterreichs in Schwaben, oder in den Niederlanden, oder durch Uebernahme eines verhältnißmäßigen Antheils der bayerischen Landesschulden, oder auf irgend

eine andere Art, worüber die vorerwähnten drei Kommissarien übereinkommen würden, ausgeglichen werden; die Befriedigung des Kurfürsten von Sachsen solle unter gemeinschaftlicher Mitwirkung der Kaiserin-Königin und des Königs geschehen, und jene sey bereit, ihren lehensherrlichen Rechten zu entsagen; Meklenburg solle für seine Ansprüche eines der bayerischen Reichslehen erhalten; endlich wolle Oesterreich allen Widerspruch gegen die Vereinigung der fränkischen Fürstenthümer mit der brandenburgischen Kurlinie aufgeben, und deren Austausch gegen die Lausitz nicht nur kein Hinderniß in den Weg legen, sondern solchen vielmehr soviel als möglich, und namentlich durch Entsagung auf ihre Lehens-, Rückfalls- und andere Ansprüche auf dieselbe befördern.

In der am 15. August auf diese Vorschläge ertheilten Antwort sezten die preußischen Minister zuerst wiederholt die Gründe aus einander, warum sie den früher von Oesterreich angetragenen Verzicht auf den in Besitz genommenen Theil Bayerns und auf die Uebereinkunft vom 3. Jäner, gegen Preußens Verzicht auf die Vereinigung der fränkischen Fürstenthümer mit der Primogenitur des Hauses Brandenburg, nicht annehmen können. Dann gingen sie auf die neuerlichen Propositionen über, und behaupteten, daß die Abtretung des von Oesterreich verlangten Theils Bayerns unverhältnißmäßig groß, für das ganze deutsche Reich gefährlich, für das Haus Pfalz aber nachtheilig, und dessen poli-

tische Existenz zerstörend seyn würde; man habe dem Wiener-Hofe die Abtretung bestimmter Landstriche angeboten, und den Ersatz dafür in bestimmten Landstrichen gefodert, die aber von geringerm Werthe als die erstern seyen, um dadurch dem Wiener-Hofe den gewünschten Revenuen-Zuwachs zu verschaffen; der Anschlag der Einkünfte des an Oesterreich abzutretenden Theils von Bayern lasse sich nicht nach dem gegenwärtigen Ertrage derselben berechnen, weil bekanntermaaßen Bayern unter allen deutschen Staaten bisher am schlechtesten administrirt worden sey, und sich durch Oesterreichs Verwaltung die Einkünfte auf das Doppelte, ja Dreifache bringen lassen; durch die Verweisung der vorzunehmenden Schätzung und Austauschung an die von Oesterreich in Antrag gebrachte Kommission würde das Schicksal des pfälzischen Hauses, und vorzüglich des Herzogs von Zweibrücken, entfernten und ungewissen Ergebnissen ausgesezt werden, und der König auf diese Art den ganzen Zweck seiner Dazwischenkunft verfehlen; ebenso würde dadurch die Befriedigung Sachsens bei der gegenwärtigen Unterhandlung nicht ausführbar gemacht, und überhaupt das Haus Pfalz ganz außer Stande seyn, etwas zu Sachsens Befriedigung beizutragen. Die Bevollmächtigten schlossen mit der Aeußerung: der König glaube sprechende Beweise der größten Mäßigung und seines aufrichtigen Verlangens, dem Wiener-Hofe gefällig zu seyn, gegeben zu

haben; da aber seine Vorschläge nicht angenommen worden seyen, so könne der König nicht umhin, sich davon loszusagen, und zu erwarten, daß eine Veränderung in den Grundsätzen eine glücklichere und wirksamere Unterhandlung herbeiführe.

Noch am nämlichen Tage, wo Thugut diese Note erhielt, erklärte er in einer Gegennote: die Kaiserin wolle sich mit einem ungleich kleinern Distrikte von Bayern begnügen, da sie keine Vergrößerung, sondern nur eine angemessene Verbindung Ihrer Staaten beabsichtige. Die Gränze dieses kleinern Distrikts wurde auf einer beigefügten Karte bezeichnet, und zog sich von Kufstein, längs dem Inn, durch Wasserburg, Mühldorf, Markl, Pfarrkirchen, Osterhofen, Deggendorf, Viechtach und Waldmünchen, an die böhmische Gränze; finde man daher die Ueberlassung und bezüglich Austauschung dieses Distrikts von Bayern annehmbar, so werde er mit Vergnügen die Unterhandlungen nach der vorgeschlagenen Berechnungsart fortsetzen; wenn aber auch diese nicht als zulässig erachtet werde, sich neue Instruktion von seinem Hofe ausbitten.

Unerachtet der in dieser lezten Note bezeichnete Distrikt Bayerns ungleich kleiner, als der früher verlangte war, so erfolgte doch die Erklärung der preußischen Bevollmächtigten, daß solcher nicht abgetreten

werden könne, weil er einen Theil der Donau nebst dem Inn und die Salzach, und selbst die, Bayern so nöthigen, Salinen von Reichenhall in sich fasse, wodurch Oesterreich nicht etwa eine bloße Kommunikations-Linie zwischen seinen Staaten, welche unabhängig von der gewünschten neuen Erwerbung ohnehin bestehen, sondern vielmehr eine zu beträchtliche Vergrößerung ohne rechtliche Ansprüche erhalten würde. Daher erklärten die preußischen Bevollmächtigten wiederholt: es bleibe nichts anders übrig, als günstigere Umstände für den Erfolg der Unterhandlungen abzuwarten.

Damit endigten sich solche am dritten Tage nach ihrer Eröffnung, und die Bevollmächtigten gingen aus einander.

Gleich beym ersten Anfange der Unterhandlung in Welsdorf theilte Graf Görtz der Herzogin Marianne und dem Freiherrn von Leyden die Nachricht von den abermals eröffneten Unterhandlungen mit, und deren Unruhe und Besorgnisse kennend, suchte er sie über die Folgen davon zu beruhigen. Aber die Herzogin konnte der Unruhe, die sie fühlte, nicht gebieten; sie erschrack vor dem Gedanken, daß ein Theil Bayerns abgetreten werden könnte, und ging so weit, den Herzog von Zwei-brücken aufzufodern, sich mit ihr in das Hauptquartier des Königs zu begeben. Hiezu erbat sie sich in einem durch Kourier an den König überschickten Schreiben

ken zu bleiben, sie wollte Alles, selbst das Aeußerste, wagen. Dahin gehört auch die Absicht, eine Legion patriotischer Bayern für den König zu errichten. Graf Finkenstein, dem Görtz den Brief der Herzogin mitgetheilt hatte, fand dieses zu gewagt, und die Herzogin zu eifrig für die ihr so sehr am Herzen liegende Sache.

Vierter Abschnitt.

Unterhandlungen und Friedensschluß zu Teschen, am 13. Mai 1779.

Indessen man in München zwischen Furcht und Hoffnung schwebte, waren von Frankreich und Rußland bereits die entscheidenden Schritte geschehen, um dem fernern Blutvergießen vorzubeugen, und die kämpfenden Parteien mit einander zu versöhnen.

Frankreich hatte dem Könige von Preußen, gleich nach Abbrechung der Unterhandlungen von Braunau, seine Ansicht darüber mitgetheilt und sich geäußert, die von Oesterreich gemachten großmüthigen und uneigennützigen Anträge haben die angeblichen Ursachen und die Beweggründe des Krieges gehoben und Deutschlands Besorgnisse beruhigt; daher könne der Kampf, der bei seinem Beginnen als ein der Gerechtigkeit halber unternommener Krieg angegeben worden sey, nur mehr als ein Rivalitätskrieg angesehen werden.

Rußland hingegen erklärte Oesterreich: es könne bei seinen Verbindungen mit den meisten deutschen Fürstenhäusern und der engen Allianz mit Preußen in

seiner bisherigen schonenden Stellung nicht länger verbleiben, noch sich ferner einer Prüfung der Ansprüche an die bayerische Verlassenschaft entziehen; es finde sich daher veranlaßt, die Kaiserin einzuladen, den gegenwärtigen Mißhelligkeiten ein Ende zu machen und mit dem Könige von Preußen sowohl, als mit den andern Betheiligten, über eine gesetzliche und gütliche Ausgleichung derselben übereinzukommen *).

Diese Erklärung veranlaßte Frankreich, den österreichischen Hof zu vermögen, solche zu beachten. Daher ersuchte Maria Theresia die russische Kaiserin um Vermittlung oder Verwendung; gleichzeitig aber, der Unbefangenheit des russischen Kabinets nicht vertrauend, erbat sie sich auch die Mitwirkung des französischen Hofes. Dieser, dazu bereit, ließ seinem Gesandten, dem Baron Breteuil, in Wien die nöthige Instruktion zugehen, und verständigte zugleich die Höfe von Petersburg und Berlin von seiner Theilnahme an der Vermittlung.

Um nun seine Vermittlung zu beginnen, theilte der französische Hof Oesterreich sowohl, als Preußen einen Ausgleichungsplan mit, dessen Hauptbedingungen waren: Oesterreich solle den zwischen der Donau, dem Inn und der Salzach gelegenen Theil des Rentamts Burghausen behalten, Preußen aber ermächtiget

*) Flassan a. a. O. S. 223.

seyn, die fränkischen Fürstenthümer mit der Primogenitur seines Hauses zu vereinigen; über die Jülich-Bergische Erbfolge solle zwischen Preußen und Pfalz eine Uebereinkunft geschlossen werden.

Mit diesem Plane war der Wiener-Hof sogleich einverstanden, und nahm solchen am 11. Jäner an; der preußische Hof aber sezte sich darüber mit jenem zu St. Petersburg in's Benehmen, und gab in den ersten Tagen des Februars sein Ultimatum im Wesentlichen dahin ab: die Abtretung des erwähnten Theils des Rentamts Burghausen werde zugegeben, jedoch gegen Verzicht Oesterreichs auf irgend einen Theil der bayerischen Verlassenschaft, und Garantie derselben für das ganze pfälzische Haus und namentlich die zweibrückische Linie; es solle auf geeignete Art dahin gewirkt werden, daß dem Hause Pfalz die in Bayern und Schwaben gelegenen Reichslehen wieder verliehen werden; der Wiener-Hof solle zwar von dem früher verlangten Betrage einer Million Thaler zu Befriedigung der sächsischen Allodial-Ansprüche enthoben bleiben, der König aber erwarte, daß der kaiserliche Hof sowohl, als die vermittelnden Mächte andere Mittel, den Kurfürsten von Sachsen auf billige Art zu befriedigen, in Antrag bringen werden, wozu vielleicht auch die Abtretung der Herrschaft Mindelheim beitragen könnte; Oesterreich solle auf die Lehensrechte über die Grafschaft Schönburg und andere Lehen in Sachsen, mit Aus-

nahme der Lausitz verzichten; dem Hause Meklenburg solle die Befreiung von dem Gerichtsstande der Reichsgerichte ertheilt — und Preußen keine Schwierigkeit erregt werden, die fränkischen Fürstenthümer mit seiner Primogenitur zu vereinigen; die Jülich-Bergische Erbfolge, rücksichtlich welcher der König mit Kurpfalz die Uebereinkunft vom Jahre 1741 zu erneuern keinen Anstand nehme, gehöre nicht zu den gegenwärtigen Unterhandlungen.

Auch dieses Ultimatum nahm der Wiener-Hof an. Diese vorläufigen Unterhandlungen fanden in Breslau statt, wohin der König seine Kabinetsminister Herzberg und Finkenstein berufen hatte.

Nachdem sowohl die kriegführenden als die vermittelnden Mächte in der Hauptsache einverstanden waren, ward die Stadt Teschen zum Orte der eigentlichen Friedensnegotiation bestimmt, wo solche am 13. März eröffnet wurde. Die Bevollmächtigten waren: von Seite Rußlands der Fürst Repnin, von Seite Frankreichs der Baron von Breteuil, beide als Minister der vermittelnden Mächte; von Seite Oesterreichs der Graf von Cobenzel; von Seite Preußens der Freiherr von Riedesel. Der Kurfürst von Pfalzbayern hatte den Grafen von Törring-Seefeld, und jener von Sachsen den Grafen von Zinzendorf, der Herzog von Zweibrücken aber den Herrn von Hofenfels bevollmächtiget.

Sowie die Nachricht, daß neue Unterhandlungen unter russischer und französischer Vermittlung beginnen sollten, in München anlangte, wurden dort alle Besorgnisse der antiösterreichischen Partei wieder rege. Gegen Rußlands Vermittlung fand man nichts zu erinnern, aber gegen jene von Frankreich; auch glaubte man dort, daß gar keine entsprechende Unterhandlung statt finden könne, würde nicht vor allem die Zurückgabe Bayerns festgesezt.

Die überhaupt damals in München vorherrschende Stimmung ist aus der Thatsache abzunehmen, daß dort von einem Nachdruck der zwei lezten königlich preussischen Schriften in wenig Stunden 400 Exemplarien verkauft, und viele andere, nachdem der Verkauf verboten war, mit Gewalt errungen wurden.

Graf Görtz, wenn gleich an den Unterhandlungen keinen Theil nehmend, verwendete sich mit Wärme für den Herzog von Zweibrücken, dessen Interesse er den Staatsministern Finkenstein und Herzberg auf's Angelegenste empfahl. Der Herzog verdiente nach des Grafen Ansicht, daß man ihm sogleich bei Abschluß des Friedens persönliche Vortheile zuwende, z. B. eine jährliche Pension von 150.000 bis 200.000 fl., mit deren Bezahlung man den Kurfürsten schon aus dem Grunde belasten könnte, weil dieser dem Herzoge ohnehin die Rettung des zurückerhaltenen Theils von Bayern schuldig sey.

Dieß wurde nicht für unbillig erachtet; insbesondere sicherte der Minister von Herzberg seine kräftige Mitwirkung in dem Falle zu, als er einen unmittelbaren Einfluß auf die Unterhandlungen erhalten würde. Daß dieß aber geschehe, daran zweifelte er, wenn nicht die bisherige Art, über den Frieden zu unterhandeln, abgeändert werde. Bis dahin wurde nämlich schriftlich unterhandelt, womit er gar nicht einverstanden war.

Als man durch die eingeleitete diplomatische Korrespondenz sich im Wesentlichen, nämlich darüber verstanden hatte, daß zwar die bekannte Uebereinkunft vom 3. Jäner zurückgenommen, aber ein Distrikt von Bayern an Oesterreich abgetreten werden solle, erfüllte Görtz die für ihn sehr schwere Obliegenheit, die Herzogin davon in Kenntniß zu setzen. Er that dieses in Ausdrücken, welche sein eigenes schmerzliches Gefühl darüber unumwunden zu erkennen gaben.

Dieses Gefühl theilte auch Herzberg, der, anstatt selbst zu dem Kongresse bevollmächtigt zu werden, nur den dahin vom Könige bestimmten Freiherrn von Riedesel nach Grundsätzen instruiren mußte, die nicht die seinigen waren.

Auch für den Herzog von Zweibrücken konnte sonach die Verwendung des Ministers von keiner entscheidenden Wirkung seyn, und überhaupt war derselbe mit den vermittelnden Ministern nicht zufrieden; denn von

diesen

diesen beschuldigt er den französischen, nach den Ansichten und im Interesse des Wiener-Hofes zu handeln, und den russischen, immer nur für die Würde der Kaiserin zu sprechen. Wenn Herzberg denn auch die Würde seines Königs geltend machen wollte, so fragten ihn beide: ob er sich für die Abbrechung der Unterhandlungen verantwortlich zu machen gedenke.

Kein Wunder daher, wenn Herzberg über das wahrscheinliche Resultat der Unterhandlungen beunruhigt war! „Man glaube viel zu thun“ — sagt er in einem Schreiben an Görtz vom 10. März — „wenn „man die Ansprüche von Sachsen auf vier Millionen „herabsetze, und dem Herzoge von Zweibrücken den „Bevollmächtigten zur Unterstützung seiner besondern „Vortheile und Sicherstellung der bayerischen Erbfolge „empfehle. Der König habe zwar den Fürsten Repnin, „bei dessen Abreise von Breslau nach Teschen, versichert, „er wolle nicht weiter nachgeben, er glaube aber voraus„zusehen, daß es doch geschehen werde, was der Fall „nicht seyn würde, wenn er (Herzberg) zu dem Kon„gresse wäre bevollmächtigt worden.“

Gleich im Anfange der Unterhandlungen verursachte die Abfindung Kur-Sachsens große Schwierigkeit; Preußen hatte solche auf vier Millionen Thaler beantragt, und der französische sowohl als der österreichische Bevollmächtigte machten dagegen keine Einwendungen, während von Seite Kurpfalz, sowohl in

Teschen, als in München gesagt wurde, Freiherr von Lehrbach habe ihnen gerathen, nicht mehr als Eine Million Gulden anzubieten; dieses widersprechende Benehmen flößte dem Könige Zweifel ein, und er ließ erklären: man müsse entweder die von ihm verlangten vier Millionen geben, oder auf den Frieden verzichten. Darauf aber äußerten die Minister der vermittelnden Mächte sowohl, als jene Oesterreichs: sie vermögen nicht genug über den Kurfürsten von Pfalzbayern, um ihn dazu zu bewegen, und erwarten vom Könige von Preußen kräftige, doch keine gewaltsamen Mittel, um solches zu erreichen. Herzberg, darüber befragt, gab den Rath: man solle dem Kurfürsten erklären, wenn er nicht darauf eingehe, werde man den Verzicht auf Jülich und Berg zurücknehmen, und einen verhältnißmäßigen Theil von dem Distrikt Straubing an den Herzog von Zweibrücken unter der Bedingniß abtreten, daß er die Befriedigung von Sachsen übernehme. Dieser Vorschlag erhielt den Beifall des Königs, der lieber über andere, als über diesen Punkt nachgeben wollte.

Als sich dessen unerachtet keine bestimmte Aussicht zeigte, die verlangten vier Millionen für Sachsen zu erhalten, und der Kurfürst von der Pfalz nur die Hälfte dieser Summe bezahlen wollte, wurde der König dadurch so sehr entrüstet, daß er entschlossen schien, eine Verlängerung des Waffenstillstandes nicht zuzu-

gehen, ehe sich nicht die Höfe von Wien und München über die verlangten vier Millionen bestimmt erklärt haben würden. Wirklich war er auch nur mit Mühe zu bewegen, die zur Fortsetzung der Unterhandlungen nöthige Waffenstillstands-Verlängerung bis 28. April zu bewilligen. — Dem Münchner-Hofe wurde jedoch zugleich eröffnet, würde derselbe in Ansehung der vier Millionen nicht nachgeben, so könnte wohl dem Kurfürsten von Sachsen ein verhältnißmäßiger Distrikt von Niederbayern abgetreten werden.

Nun erfolgte zwar die mit Ungeduld erwartete Erklärung des Münchner-Hofes, aber nur auf die Bezahlung der für Sachsen verlangten vier Millionen in Gulden, statt in Thalern. Dieses verursachte einen weitern sehr mißbeliebigen Aufenthalt, der jedoch bald durch die Einwilligung Bayerns, zu Bezahlung von sechs Millionen Gulden in unverzinslichen Jahresfristen zu 500,000 fl., gehoben wurde.

Einen andern Anstand erregte die Erwähnung der Uebereinkunft vom 3. Jäner in dem Eingange des abzuschließenden Vertrags. Die Minister der vermittelnden Mächte, vorzüglich jener von Rußland, nahmen solche als Grundlage an. Dagegen behauptete Herzberg, Preußen könne dieses, ohne sich zu kompromittiren, nicht thun, und veranlaßte dadurch Einwendungen, welche dem Wiener-Hofe mitgetheilt wurden. Aber ohne von daher eine Antwort abzuwarten,

gab man dem russischen Vermittler zu verstehen, man könnte am Ende darüber nachgeben, weil sich das Haus Pfalz, und nicht der König, auf jene Uebereinkunft beziehe.

Fürst von Kaunitz ließ jedoch dem Uebergewichte der von Herzberg vorgelegten Gründe Gerechtigkeit widerfahren, und so wurde dann der Uebereinkunft vom 3. Jäner keine Erwähnung gemacht.

Für den Herzog von Zweibrücken verlangte dessen Bevollmächtigter verschiedene Vortheile, namentlich: die Abtretung der Grafschaft Falkenstein und die Steuerfreiheit seiner böhmischen Herrschaften von Oesterreich, von dem Kurfürsten von Pfalzbayern aber eine Appanage von 300,000 Thalern. Die Sache fand gleich Anfangs die Hauptschwierigkeit darin, daß Preußen gegen Herzbergs Rath die Berücksichtigung der Interessen des Herzogs nicht zur Bedingniß der frühern Zugeständnisse gemacht hatte, und daher sich nicht getraute, darauf zurückzukommen. Im Laufe der Unterhandlungen schlug zwar Herzberg vor: die Bewilligung einer Appanage von 200,000 Thalern von dem Münchner-Hofe eben so kategorisch zu verlangen, als die vier Millionen für Sachsen; allein man fand Anstand, es zu thun, und veranlaßte den zweibrückischen Bevollmächtigten, sich deshalb bittlich an den Kurfürsten von Pfalz selbst zu wenden, dessen Antwort die Minister der vermittelnden Mächte abwarten wollten, um

einzuschreiten. Inzwischen aber schrieb der Herzog an den König von Preußen, Hofenfels habe den Auftrag, Alles zu unterschreiben, was Se. Majestät für gut fänden; eine Aeußerung, die des Herzogs Mäßigung und Klugheit um so mehr zur Ehre gereicht, als die Herzogin Marianne Alles anwendete, um ihn davon abzuhalten.

Noch eine andere Schwierigkeit ergab sich wegen Garantie der pfalzbayerischen Familien-Verträge von 1766 und 1774. Der österreichische Bevollmächtigte wollte solche nicht zugeben, aber Freiherr von Riedesel bestand mit so vielem Nachdruck darauf, daß der österreichische Bevollmächtigte endlich nachgab.

Ueberhaupt war bei diesen Friedensunterhandlungen, neben der Schwierigkeit, mancherlei, zum Theil entgegengesezte, Interessen zu schlichten, auch ein gewisser Geist von Mißtrauen und Bitterkeit zu besiegen, welcher sich der streitenden Theile bemächtiget hatte, und den die verbreiteten zahllosen offiziellen und nichtoffiziellen Schriften hervorgerufen hatten. Man stritt sich oft um Worte und Ausdrücke, die im Grunde einerlei sagen wollten und ganz unverfänglich waren. So z. B. erregte einen großen Anstand, ob, wie der Wiener-Hof verlangte, gesagt werden solle: *er trete Mindelheim an Kurpfalz ab*, oder ob es nach dem preußischen Projekt heißen solle: *er entsage seiner Rechte auf Mindelheim*. Auch an Rang-

streitigkeiten fehlte es nicht. Sachsen verlangte mit Pfalz zu alterniren, was lezteres nicht zugeben wollte, und wobei es von Preußen gegen Sachsen unterstüzt wurde. Um diesen Streit zu heben, wählte man den Ausweg, die zwischen beiden Kurhäusern geschlossene Konvention nur von einem Bevollmächtigten derselben unterschreiben zu lassen. Der verstorbene König von Preußen hatte die Alternation mit Frankreich behauptet; Friedrich II konnte dieses bei den gegenwärtigen Verhandlungen nicht durchsetzen, und gab nach.

Endlich gelang es, alle Schwierigkeiten zu überwinden, und am 13. Mai wurden die verschiedenen Konventionen und Urkunden, aus welchen der Teschener Friedensschluß zusammengesezt ist, unterzeichnet.

Es scheint, daß man aus einer besondern Aufmerksamkeit einen Frieden, den die Kaiserin Marie Theresie so sehr gewünscht hatte, an ihrem 62sten Geburtstage unterzeichnen wollte. Denn Herzbergs Vorstellungen über einige Förmlichkeiten wurden nicht mehr beachtet, und die Ausfertigung der Urkunden mit ungewöhnlichem Eifer betrieben.

Durch die verschiedenen Traktate und Konventionen, aus welchen der Teschener Friedensschluß besteht *),

*) Diese sind: 1) Der Friedens-Traktat zwischen der Kaiserin-Königin und dem Könige von Preußen, mit beigefügter Garantie der vermittelnden Mächte und einem

wurde der Friede zwischen Oesterreich und Preußen wieder hergestellt, der Kurfürst von der Pfalz der Verpflichtungen entbunden, die er durch die Uebereinkunft vom 3. Jäner 1778 eingegangen hatte, und die Erbfolge in seinem Hause gesichert. Oesterreich erwarb von den bayerischen Landen den schönen Distrikt zwischen den Flüssen Donau, Inn und Salzach; das Kurhaus Pfalz erhielt dagegen alle in Bayern und der Oberpfalz von Oesterreich besezten Distrikte zurück, dessen Entsagung auf die Ansprüche an die Herrschaft Mindelheim, die lehensherrlichen Rechte der Krone Böhmen auf die gräflich schönburgischen Herr-

---

Separat-Artikel, durch welchen der Kurfürst von Sachsen diesem Traktate beitritt. — 2) Konvention zwischen der Kaiserin-Königin und dem Kurfürsten von der Pfalz, mit der Beitritts-Akte des Herzogs von Zweibrücken. — 3) Konvention zwischen dem Kurfürsten von der Pfalz und von Sachsen, mit einem Separat-Artikel, die Titulatur betreffend, und der Beitritts-Akte des Herzogs von Zweibrücken. — 4) Separat-Artikel zwischen dem Kurfürsten von der Pfalz und dem Herzoge von Zweibrücken, die genaue Befolgung der Familien-Verträge von 1766, 1771 und 1774 betreffend. — 5) Beitritts-Akte des Kaisers Joseph, in der Eigenschaft als Mitregent und Erbe der österreichischen Staaten, zu dem zwischen seiner Mutter und dem Könige von Preußen geschlossenen Traktate, mit der Acceptations-Akte des Königs von Preußen. — 6) Garantie-Akte der vermittelnden, und Acceptations-Akte der kontrahirenden Mächte.

schaften Glaucha, Waldenburg und Lichten-
stein, die Belehnung mit den Lehen, welche der Kro
Böhmen nach Erlöschen des bayerischen Stammes
der Oberpfalz heimgefallen waren, und Oesterreich
und Preußens Zusicherung gemeinschaftlicher Verwe
dung für die Belehnung mit den durch den Tod des le
ten Kurfürsten von Bayern eröffneten Reichslehe
Sachsen entschädigte für seine Allodial-Ansprü
der Kurfürst von der Pfalz durch Ueberlassung der v
Oesterreich abgetretenen lehensherrlichen Rechte üb
die schönburgischen Herrschaften, und durch die zuge-
sicherte fristenweise Bezahlung einer Summe von sechs
Millionen Gulden; und dem Herzoge von Mecklen-
burg sollte durch Oesterreichs und Preußens Vermitt-
lung das jus de non appellando ertheilt werden.

Der König von Preußen aber fand für seine
große Anstrengung in dem bald geendigten Kampfe den
Lohn nicht in der Anerkennung des Rechts, die fränki-
schen Fürstenthümer mit der Primogenitur seines Hauses
vereinigen zu können, noch in der Erwerbung wenig be-
deutender Gerechtsame, welche die Krone Böhmen in
denselben ausgeübt oder behauptet hatte, sondern in
dem Vertrauen, welches er sich durch die Unterstützung
der Ansprüche eines minder mächtigen Reichsstandes
erworben hatte, und in der Beruhigung, Kaiser Jo-
sephs Vergrößerungsplanen in Deutschland Schranken
gesezt zu haben. Denn Friedrichs Scharfblick blieb nicht

verborgen, welche Aussicht das durch seine Handlungsweise im deutschen Reiche begründete Vertrauen ihm und seinen Nachfolgern eröffne *).

Auf den Teschener Frieden gründete Rußland in der Folge seine Theilnahme an den deutschen Angelegenheiten, und Preußens Interesse war es, wie wir bald sehen werden, dieses System anzuerkennen und zu unterstützen.

*) Der Teschnische Friedensschluß vom Jahre 1779, mit Anmerkungen von J. J. Moser. Frankfurt a. M. 1779. 1 Band in 4.

Fünfter Abschnitt.

Sendung des Grafen von Görtz nach St. Petersburg. Kurze Uebersicht der vorzüglichsten Verhandlungen und Geschäfte des Grafen von Görtz während seiner Mission in Petersburg.

Während des Königs Abwesenheit bei der Armee wurde Graf Görtz in seine neue Stelle in Berlin eingewiesen; dorthin war ihm seine Familie gefolgt. Aber nur von kurzer Dauer war sein Aufenthalt daselbst; denn bald nach Beendigung des bayerischen Erbfolgekrieges ernannte ihn der König zum Gesandten am Petersburger-Hofe. Mit großer Auszeichnung hatte diese Stelle der Graf von Solms durch siebenzehn Jahre bekleidet, nun aber nöthigten ihn seine Gesundheits-Umstände, um die Entlassung von derselben nachzusuchen, die ihm auch, wenn gleich nicht gerne, ertheilt wurde.

Ehrenvoll war die Ernennung des Grafen von Görtz, und bei dem hohen Werthe, den der König auf seine enge Verbindung mit dem russischen Hofe legte,

ein ausgezeichnetes Merkmal von Vertrauen auf den Fremden, der sich erst seit so kurzer Zeit in preußischen Diensten befand. Aber dem Grafen konnte seine neue Bestimmung nicht willkommen seyn, weil er weder hinlänglich bezahlt, noch reich genug war, um den Gesandtschafts = Posten in Petersburg ohne Nachtheil für sein Vermögen antreten zu können. Nur zehntausend Thaler Gehalt waren vom Könige bewilliget, und nicht viel höher, als auf die Hälfte dieser Summe, berechneten sich des Grafen eigene Einkünfte.

Diese Mittel reichten schon damals zur Bestreitung eines anständigen Hausstandes für einen Gesandten mit Familie in Petersburg bei weitem nicht hin. Auch für die erste Einrichtung wurden nicht mehr als zwölfhundert Thaler angewiesen; eine Summe, welche auch nur einen kleinen Theil der nothwendigsten Ausgaben deckte. Um unter solchen Umständen die Pflichten gegen seinen Monarchen mit jenen gegen seine Familie zu vereinigen, und jenem auf den wichtigsten Posten, wohin er berufen wurde, dienen zu können, ohne das Vermögen der leztern empfindlich zu schmälern, sah sich der Graf in die Nothwendigkeit versezt, die Gesandtschaft in Petersburg mit Zurücklassung seiner Familie in Berlin anzutreten; eins der schwersten Opfer, wie er sich selbst ausdrückt, welches er dem Dienste bringen konnte.

Vor seiner Abreise hielt sich der Graf noch drei Wochen in Potsdam auf. So wollte es der König,

der sehr genau mit den Verhältnissen des russischen Hofes bekannt, den Grafen von solchen selbst zu unterrichten für gut fand, und dazu alle Tage, gewöhnlich nach Tische, drei bis vier Stunden verwendete.

Alles, was von den Ereignissen jener und der kurz vorhergegangenen Zeit, von dem frühern und gegenwärtigen Systeme des russischen Kabinets, von der Größe und den Schwachheiten Katharinens, von den Grundsätzen und der Handlungsweise ihrer Günstlinge und Minister dem Grafen zu wissen nöthig war; Alles, was ihm über seine Stellung am Petersburger-Hofe, über sein dortiges Benehmen, über die besten Mittel, den Zweck seiner Sendung zu erreichen, Aufklärung geben konnte, erfuhr er hier aus seines Königs eigenem Munde. Auch seine Aufträge ertheilte Friedrich dem Grafen größtentheils unmittelbar, doch ließ er ihm auch eine Instruktion vom Ministerium ausfertigen.

Vor Allem lag dem Könige daran, daß seine mit Rußland bestehende Verbindung und Freundschaft nicht nur erhalten, sondern auch noch enger geschlossen werde. Solche gründete sich auf den im Jahre 1768 für die Zeit von acht Jahren geschlossenen, und 1772 für die nämliche Zeit erneuerten Vertrag, dessen Vortheile für Preußen sich bei dem Kriege wegen der bayerischen Erbfolge bewährt hatten.

Kaiser Josephs, durch Thatsachen erwiesene, Ruhmbegierde, und die weitaussehenden Plane, welche seine

ersten Regentenhandlungen anzudeuten schienen, flößten dem Könige Besorgnisse ein, und machten ihm das Bedürfniß fühlen, sich von Rußland Freundschaft und Beistand auch für die Zukunft zu versichern. Daher war die Fortsetzung und Befestigung des bisherigen Bündnisses ein Hauptgegenstand seiner Aufmerksamkeit und seines Bestrebens.

Nach Friedrichs Ueberzeugung konnte Katharine keinen Anstand finden, ja, sie mußte selbst den Wunsch hegen, ein Bündniß zu erhalten, dessen Vortheile auch sie bereits erprobt hatte, und welches ihr die Aussicht auf noch mehrere eröffnete. Denn seit dessen Errichtung war der König durch eine Reihe von Jahren der Kaiserin getreuester Verbündeter, und hatte vielfach seine Thätigkeit, seinen Eifer in Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen bewiesen, und nicht weniger als sein eigenes, Rußlands Interesse befördert. Solches geschah in den Angelegenheiten von Polen, in den Zwistigkeiten der Pforte, in den Irrungen wegen der bayerischen Erbfolge, wo Katharine eine glorreiche Rolle spielte, welche sie der Verbindung mit dem Könige verdankte. Durch die geographische Lage seines Landes, beinahe im Mittelpunkte von Europa, an zwei Meere sich anlehnend und Meister von vier großen Strömen, durch die Kräfte seines Staates, durch den Charakter seiner Völker, durch die Energie seiner Verwaltung erschien der König von Preußen als ein wich-

tiger Verhinderter, im Stande, das Gleichgewicht im Norden und in Deutschland zu erhalten, und, unterstüzt von Rußland, jeder andern Macht die Spize zu bieten, welche den Plan haben könnte, solches zu stören. Mit Preußen im Bunde konnte Rußland auf die polnischen, und selbst auf die deutschen Angelegenheiten einen entscheidenden Einfluß behaupten, und solchen dadurch auch auf andere europäische Staaten ausdehnen.

So schien sich denn kein Hinderniß dem Verlangen des Königs entgegen zu setzen, dessen Erreichung das sicherste Mittel zu seyn schien, um eine Verbindung Rußlands mit Oesterreich zu verhindern. Eine solche erachtete Friedrichs gegen den Wiener-Hof mißtrauische Politik dem preußischen Interesse ganz entgegengesezt, aus Besorgniß, sie könnte wohl in dem bisherigen Systeme eine nachtheilige Veränderung hervorbringen.

Aber noch weiter ging des Königs Absicht! Er wollte selbst den Versuch machen, ob nicht Frankreich zu einer Verbindung mit Rußland und Preußen zu vermögen sey. Nicht nur wünschte er durch diesen Beitritt seine eigene Verbindung mit Rußland zu verstärken, sondern er hoffte auch auf diesem Wege Oesterreich die seit dem Versailler-Vertrag bestehende Allianz mit Frankreich zu entziehen. Des Königs Staatsklugheit verkannte jedoch die großen Schwierig-

keiten nicht, welche der nur erwähnte Vertrag und die Familien-Verbindung der Höfe von Wien und Versailles dem Gelingen eines solchen Versuches entgegensetzten. Daher erhielt der Graf von Görtz den Auftrag, vorerst nur die Annäherung des russischen Hofes an den französischen auf kluge Art zu bewirken, und dadurch eine Verbindung derselben unter sich und mit Preußen auf den Fall hin vorzubereiten, wenn Ereignisse und Zeitumstände die Hindernisse heben würden. Unter diese zählte der König auch noch eine Allianz zwischen Rußland und England, weil er voraus zusehen glaubte, eine solche würde bei der Stellung Englands zu Frankreich das gewünschte Bündniß dieser Macht mit Rußland nicht nur erschweren, sondern selbst unerreichbar machen. Görtz erhielt daher den Auftrag, durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zu verhüten, daß in den bisherigen Verhältnissen Rußlands zu England eine Veränderung stattfinde.

Als Graf Görtz in Petersburg ankam (September 1779), hatte Katharine II den höchsten Gipfel ihres Ruhmes und ihrer Größe erreicht. Alle Mächte Europa's bewarben sich um ihre Freundschaft und ihren Beifall, alle Gelehrten und Schriftsteller streuten ihr Weihrauch, alle Monarchen und deren Thronerben überboten sich in Merkmalen der Bewunderung und hohen Achtung, die ihnen Katharinens großer Geist einflößte, und um der seltenen Eigenschaften willen, die

sie als Regentin an den Tag legte, vergaß man die Fehler und Schwachheiten ihres Privatlebens.

„Sie ist eine Frau von ausgezeichnetem Verstande „und Charakter" — äußert sich Görtz kurze Zeit nach seiner Ankunft in Petersburg — „aber bei der hohen „Stufe, auf der sie steht, muß es bloß der Nach„kommenschaft vorbehalten bleiben, dann ein unpar„teiisches Urtheil über sie zu fällen, wenn sie nicht mehr „ist; Katharine besizt einen außerordentlichen Grad „von Eitelkeit, hervorgebracht und genährt durch die „an sie verschwendeten Schmeicheleien; sie ist Meisterin „in der Verstellungskunst, und man möchte beinahe „sagen, Alles an ihr sey Verstellung; selbst ihre Feinde „müssen ihrem großen Verstande Gerechtigkeit wider„fahren lassen; sie leitet und entscheidet selbst alle „wichtigen Angelegenheiten; ihr Wille ist das Macht„gebot für ihre Minister, die nie demselben entgegen „zu handeln wagen, und dessen treue Vollstrecker sie „stets sind."

Graf Görtz, der Nachwelt das Urtheil über diese als Regentin so große Frau überlassend, enthielt sich, ein vollständiges und zusammenhängendes Bild von ihr zu entwerfen. Aber die in seinen hinterlassenen Schriften enthaltenen Nachrichten und Beobachtungen sind reich an höchst schätzbaren Materialien, um Katharinens große Eigenschaften und noch größere Pläne, ihre politischen Ansichten, ihre Handlungsweise,

und die leitenden Grundsätze ihres Benehmens in den innern und äußern Angelegenheiten ihres unermeßlichen Reichs kennen und beurtheilen zu lernen.

Gewöhnlich handelte die Kaiserin nach ihren eigenen Ansichten, und nur höchst selten zog sie Jemand über das, was sie zu thun vorhatte, zu Rathe. Selbst ihren Ministern sagte sie nur, was sie für gut fand. Sie erließ Befehle, sie ertheilte ihren Gesandten an fremden Höfen Instruktionen — und erhielt von ihnen Depeschen, sie korrespondirte mit andern Monarchen und deren Staatsmännern; sie hatte mit denselben Zusammenkünfte, und von allem dem erhielten die Minister weder vorher noch nachher eine vollständige Kenntniß. Sie ließ, wie wir in der Folge sehen werden, bei einem gewissen Anlaß die Flotte in Kronstadt durch ein Kabinetsschreiben, und ohne das Kriegs- und Marine-Departement davon zu unterrichten, ausrüsten, und hatte mit dem englischen Gesandten, Ritter Harris (in der Folge Lord Malmesbury), an einem dritten Orte heimliche Zusammenkünfte, wovon Niemand etwas wußte, um eine, dem Systeme ihres Ministeriums ganz entgegengesezte, Allianz mit Großbritannien anzuknüpfen. Nicht nur Selbstherrscherin, sondern auch selbstständig wollte Katharine seyn, und dafür im In- und Auslande gelten; denn dieses heischte ihre unbezähmbare Ruhmbegierde. Aber eben diese Sucht nach Selbstständigkeit gab ihr Blößen, die Panin mehr

als einmal mit großer Schlauheit zu benützen wußte; dieß war der Fall, als er sie zur mehrmals erwähnten Erklärung gegen Oesterreich bewog; dieß war ferner der Fall, als er ihr, wie wir an seinem Orte sehen werden, glauben machte, die ihr vorgelegten Grundsätze über Schifffahrt und Seehandel der Neutralen seyen den Wünschen des Londner-Hofes ganz entsprechend, obgleich sie ganz das Gegentheil waren.

Immer aber blieb eine schwere, beinahe gar nicht zu lösende, Aufgabe, von einem Tage zum andern vorauszusehen, was geschehen werde; dieses sezte alle fremden Diplomaten in Petersburg, und darunter vorzüglich den Grafen von Görtz, nur zu oft in die größte Verlegenheit.

Selbst Potemkin erfuhr, unerachtet der Kaiserin Gunst und Vertrauen, nicht immer Alles, was sie beschlossen hatte, und es kam darüber einst (März 1782) zwischen beiden zu einem lebhaften Auftritt. Katharine hatte einen Ukas an das Kriegsministerium erlassen, und solchen zu vollziehen befohlen, ohne dem Fürsten vorher davon Kenntniß zu geben. Auf Potemkins beschwerende Vorstellung darüber erwiederte die Kaiserin: sie wolle selbst regieren und Europa soll es wissen. Mit Bitterkeit erlaubte sich Potemkin, zu entgegnen; die Kaiserin sey sehr weit vom Ziele, und Niemand werde, im Inlande noch im Auslande, glauben, was sie wünsche, daß geglaubt werde; man

sehe vielmehr den Ukräner (Woronzow?) und einen Emporkömmling (damit Besborodko bezeichnend) als diejenigen an, welche regieren. Ueber diese unziemliche Aeußerung entrüstet, bedeutete Katharine dem Fürsten: er möge sich erinnern, was er selbst sey, nämlich nicht weniger Emporkömmling, als der andere. Potemkin, fühlend, daß er sich im Eifer des Gespräches gegen seine Monarchin vergessen habe, betheuerte derselben: er wisse, daß er ihr Alles verdanke, er sey sich aber auch nichts bewußt, wodurch er sich ihrer Gnade unwürdig gemacht haben könnte u. s. w. Katharine warf hierauf dem Fürsten vor: er vernachlässige das ihm anvertraute Departement, die Armee befinde sich in schlechtem Zustande, und sie sey versichert, es gebe Regimenter, von denen er nicht einmal sagen könne, wo sie liegen. Diese Unterredung hatte keine andern Folgen, als daß Potemkin auf der Kanzlei den Stand der Armee entwerfen ließ, und solchen nach ein paar Tagen der Kaiserin vorlegte.

Was Katharine ihren Ministern und Umgebungen an Vertrauen entzog, ersezte sie denjenigen, die sie manchmal zu Rathe zog, oder deren sie zur Ausführung ihrer Pläne bedurfte, durch eine an Verschwendung gränzende Freigebigkeit, und sie wußte in solchen Fällen sie durch Reichthümer und Ehrenstellen vor jedem Reize der Verführung zu bewahren. Wenn es dann auch manchmal gelang, einen untergeordneten dürftigen

[illegible] oder gewinnsüchtigen Kommis durch Geld zu gewinnen, so konnte man wohl Kenntniß von dem erhalten, was geschehen war, aber keinen Einfluß auf das gewinnen, was geschehen sollte.

Ohne das Beispiel des Fürsten Potemkin anzuführen, der sich in der doppelten Eigenschaft als der Kaiserin Günstling und vertrautester Staatsmann ungeheure Schätze erwarb, darf man sich nur auf den Grafen Besborodko beziehen, der, ohne Günstling Katharinens zu seyn, und früher wenig ausgezeichnet, nachdem er sich derselben Vertrauen erworben hatte, im Laufe von fünf Jahren zu hohen Würden befördert, mit mehreren Orden geziert, von Joseph II in den Grafenstand erhoben, und von seiner Monarchin so mit Geschenken überhäuft wurde, daß er außer seiner Besoldung von 25,000 Rubeln, noch an eigenen Einkünften 60,000 Rubel jährlich zu genießen hatte, und im Stande war, sich einen der schönsten Paläste in Petersburg mit einem Aufwande von mehr als 300,000 Rubeln zu erbauen.

Mit so einer Handlungsweise, mit so einer gänzlichen Hintansetzung des kleinlichen pekuniären Interesse, da, wo es sich um Erreichung höherer Staatszwecke handelte, war es einer Frau von Katharinens hohem Geiste und furchtloser Politik leicht, sich den Ruhm zu erwerben, nach dem sie so sehr strebte.

Zunächst der Kaiserin, zunächst der Mutter, sollte der Thronfolger, der Sohn, stehen; dieses war, wie wir in der Folge sehen werden, keineswegs der Fall bei Katharinen mit ihrem Sohne und Thronfolger, dem Großfürsten, nachherigem Kaiser Paul. Und doch wie vortheilhaft ist nicht die Schilderung, die Storch einige Zeit nach seiner Ankunft in Petersburg von diesem Fürsten entwirft! „Unterwürfig und ehrerbietig „als Sohn" — sagt er von ihm — „zärtlich, zuvorkommend, gefällig als Gatte, aufrichtig, beständig und beschei„den als Freund, vereinigt Paul alle Eigenschaften, „die Liebe und Vertrauen einflößen können. Mit einem „regen Gefühle für Wahrheit und Gerechtigkeit verbin„det er Verstand, richtiges Urtheil, Bescheidenheit, „Kenntnisse, und das größte Verlangen, sein Volk „einst glücklich zu machen. Er fängt an, seine frühere „Heftigkeit und manche jugendliche Unbesonnenheit ab„zulegen, und seine Strenge, weit entfernt bei einem „Prinzen von so vortrefflichem Charakter ein Fehler zu „seyn, erscheint als nothwendig, um nicht schwach „zu seyn." *)

*) Auch ein neuerer Schriftsteller, der im Fall war, den Großfürsten sehr genau und in mancherlei Verhältnissen zu beobachten, der Graf von Segür (Mémoires ou souvenirs et anecdotes. T. 2. p. 226 u. f.) läßt dem Geiste und Charakter des Prinzen volle Gerechtigkeit widerfahren; aber diese um einige Jahre später, als jene des Grafen

Diesem Rußland von der Vorsehung bestimmten Herrscher stand zur Seite ein Engel an Geist und Gestalt, seine Gemahlin, die nachherige Kaiserin Marie. „Sie besitzt“ — dieß sind des Grafen von Görtz eigene Worte — „Alles, was glücklich machen kann, „Schönheit und Verstand, einen sehr gebildeten Geist „und ein vortreffliches Herz; sie ist ihres Gemahls „erste Freundin und Vertraute, eine zärtliche und gefällige Gattin, eine sorgsame, liebevolle Mutter, ein „erhabenes Bild von Tugend und Reinheit an dem „verdorbenen Hofe ihrer Schwiegermutter.“

So schilderte Görtz, nicht lange nach dem Antritt seines Postens, dieses erhabene Fürstenpaar, dessen Hof man, im Gegensatz von jenem der Kaiserin, den jungen Hof nannte, der aber mehr eine Vereinigung von einer ausgezeichneten und gewählten Gesellschaft bildete, in welcher der größte Anstand und der feinste Ton herrschten, und die durch die Liebenswürdigkeit des Großfürsten und seiner Gemahlin gegen jene Personen, welche in derselben Zutritt hatten, den höchsten Reiz erhielt.

Mit voller Zuversicht konnte Friedrich II bei des Grafen von Görtz Abordnung nach Rußland auf die

von Görtz entworfene Schilderung, enthält schon Züge von einer Mißstimmung, welche durch das Betragen seiner Mutter gegen ihn hervorgebracht wurde, und welche manche seiner spätern Handlungen erklärt und entschuldigt.

persönlichen Gesinnungen des Großfürsten und seiner Gemahlin zählen; beide waren ihm aufrichtig ergeben, und der erste von den Vortheilen des durch seinen ehemaligen Erzieher, den Grafen Panin, begründeten Systems so sehr überzeugt, daß er diesem auch dann noch anhing, als die Kaiserin bereits ein entgegengesetztes angenommen hatte. Aber in dem Benehmen gegen dieses Fürstenpaar und ihre nächsten Umgebungen war alle Klugheit des Grafen von Görtz nöthig, um es nicht bei der Kaiserin und bei Potemkin zu verderben; denn erstere gestattete dem Thronfolger nicht den geringsten Einfluß auf die Geschäfte, und wollte selbst, daß man davon sich überzeuge; und dieser, des Großfürsten Abneigung gegen ihn kennend, sah jeden als seinen Gegner an, welcher mit der Gunst oder dem Vertrauen des Prinzen beehrt wurde.

Bei der Ankunft des Grafen in Petersburg stand dort, der Form nach, an der Spitze der politischen Geschäfte Graf Panin. Er hatte im Jahre 1747 als Gesandter in Kopenhagen seine Geschäftslaufbahn angetreten, und wurde schon im folgenden Jahre bei dem schwedischen Hofe bevollmächtiget, weil dort die vorherrschende Stimmung gegen Rußland die Gegenwart eines Mannes von seinem Geiste und seiner Gewandtheit nöthig machte, um die Gemüther zu beruhigen und einen neuen Krieg mit Rußland abzuwenden. Beides gelang ihm, und er erwarb sich während eines

Aufenthaltes von beinahe 12 Jahren in Schweden das volle Vertrauen des Hofes sowohl, als der Nation, und die höchste Zufriedenheit seines Monarchen. Nach seiner Zurückkunft aus Stockholm im Jahr 1759 erhielt Graf Panin die Stelle eines Erziehers des Großfürsten Paul, welche er bis zur Vermählung seines erhabenen Zöglings beibehielt. Im Jahre 1763 wurde dem Grafen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertragen, an deren Spitze er durch zwanzig Jahre stand. Das russisch-preußische System, welches beiden Staaten seiner Zeit so unverkennbar große Vortheile brachte, war seine Schöpfung, und er blieb nicht nur demselben stets getreu, sondern wußte auch den Großfürsten demselben ergeben zu machen und zu erhalten. Panin genoß das unbeschränkte Vertrauen Friedrich II., und Görtz erhielt den besondern Auftrag, sich in allen Vorfallenheiten an diesen Minister zu wenden, dessen Abnahme an Kräften und Einfluß der König damals noch nicht kannte.

Von den wichtigen Ereignissen im Laufe von Panins langjährigem Ministerium, während dessen es ihm gelang, dem russischen Hofe in Europa eine vorher nie gehabte Achtung zu verschaffen, fällt nur noch die bewaffnete Neutralität in den Zeitraum, wo Görtz am russischen Hofe beglaubigt war. Geschwächt durch Alter und Arbeit, daher jezt ohne Energie und Thätigkeit, ohne Gefälligkeit und Nachgiebigkeit gegen die Kaiserin,

die er eben so wenig liebte und schätzte, als er von ihr geliebt und geschätzt wurde; und unfähig, die gegen ihn angelegten Intriguen zu vereiteln; erhielt er sich schon bei des Grafen von Görtz Ankunft in Petersburg nur noch durch den früher erworbenen Ruhm und durch den stoischen Eigensinn, womit er den vielen Unannehmlichkeiten seiner Lage Trotz bot. Er hatte sie vorzüglich dem vereinten Bestreben Potemkins und des englischen Gesandten, Ritter Harris, zuzuschreiben. Dieser, ein Mann von ausgezeichneter Gewandtheit, und nie über die Mittel verlegen, wenn es sich um Erreichung eines Endzweckes handelte, kannte Panins Abneigung gegen eine Allianz zwischen Rußland und England, die so sehr in dem Interesse und in den Wünschen des Londner-Hofes lag, und glaubte durch Panins Entfernung das Haupthinderniß zu beseitigen. Daher schilderten Harris, Potemkin und die andern Gegner des Grafen Panin, diesen als den eifrigsten Anhänger des Großfürsten und des Königs von Preußen, als einen Mann, dessen Unbiegsamkeit und Vorliebe für das von ihm geschaffene System ihn stets jenem abgeneigt machen werde, welches Katharinens Weisheit den jetzigen Verhältnissen angemessen finde, und als das vorzüglichste Hinderniß eines neuen Aufschwunges der russischen Politik und ihres entscheidenden Einflusses auf die andern europäischen Kabinete.

Bis zu seinem, im Frühjahr 1783 erfolgten, Tode

genoß Graf Panin das ausgezeichnete Wohlwollen und Vertrauen des Großfürsten, der seine tiefe Trauer über dessen Verlust selbst im öffentlichen Leben nicht verbergen konnte oder wollte.

Mit vielen Orden war Panin geziert, aber Schätze scheint er nicht gesammelt zu haben.

Durch seine Stelle als Vice-Kanzler des Reichs und nach Panins Entfernung von den Geschäften, an die Spitze des auswärtigen Ministeriums gestellt, war Graf Ostermann, ohne durch Geistesgaben oder Kenntnisse besonders ausgezeichnet zu seyn, ein Mann von großer Wichtigkeit; nicht, weil er selbst, sondern weil er genau so handelte, wie die Kaiserin wollte, weil er mit der größten Pünktlichkeit seiner Monarchin Alles, was von Geschäften an ihn gebracht wurde, unterlegte, und mit eben so großer Pünktlichkeit die Entschließungen darüber bekannt machte und vollzog. Die fremden Minister konnten sich mit voller Zuversicht darauf verlassen, daß das, was er ihnen mündlich äußerte, die Gesinnung der Kaiserin sey. Dieser mußte er über Alles, was ihm die Gesandten, in den Zusammenkünften mit ihm, sagten, schriftlich Bericht erstatten, und so erhielt er auch über wichtige Gegenstände der Kaiserin Befehle, ohne daß ihm die Gelegenheit gegeben ward, ihr persönlich eine Sache vorzutragen und gründlich zu erörtern; daher konnte er auch auf solche nicht einwirken. Ostermann nahm

zuweilen gegen fremde Gesandte einen zutraulichen und gemüthlichen Ton an, sagte ihnen manchmal, er spreche nicht als Minister, sondern nur als Graf Ostermann, er lud sie ein, sich auch nicht nach den Ansichten ihres Hofes, sondern nach ihren persönlichen Ansichten vertraulich zu äußern; er versicherte dann auf Ehre, er habe keinen Auftrag, dieses oder jenes zu sagen oder zu fragen; er verlangte darüber das strengste Stillschweigen, und erklärte im Voraus, er werde den Läster strafen, der davon Gebrauch machen wollte. Aber Alles dieses waren Kunstgriffe, und man durfte überzeugt seyn, daß er selbst in solchen Augenblicken nichts anderes sprach, als wozu er von der Kaiserin Auftrag hatte, und daß er derselben Alles, was man gegen ihn vertraulich äußerte, pünktlich hinterbrachte. Graf Görtz hatte Gelegenheit, sich selbst davon zu überzeugen, und er wußte sich darnach zu benehmen und Gleiches mit Gleichem zu vergelten.

Hoch ragte vor allen, die Katharinens Thron umgaben, der Fürst Potemkin hervor. Bei des Grafen von Görtz Ankunft in Petersburg stand derselbe auf der höchsten Stufe seines Glücks, und Alles beugte sich vor diesem Günstlinge; denn er hatte sich eine unbeschränkte Gewalt verschafft, und man durfte erwarten, er werde solche zu behaupten wissen. Görtz beurtheilte ihn günstiger, als dieses von mehreren Schriftstellern (namentlich Dohm und den von ihm in den Denkwür-

digkeiten 2. Theil S. 406 angeführten Autoren) geschehen ist. Folgendes ist die Schilderung, die Görtz einige Zeit nach seiner Ankunft in Petersburg von Potemkin entworfen, und die er nie zurückgenommen hat. „Vor „allen andern zeichnet sich am Hofe der Fürst Potem„kin aus, nicht nur, weil er sich die sicherste Einwir„kung auf die Kaiserin zu verschaffen wußte, sondern „auch, weil er derjenige ist, der am meisten Talente, „Geschicklichkeit und Gewandtheit besizt, um „solche beizubehalten. Es ist bekannt, daß er sich den „Weg zuerst durch die Liebe erwarb, aber sowohl durch „seinen Geist, als durch seine Gewandtheit über alle „seine Umgebungen erhaben, hat er sich der Kaiserin so „zu bemächtigen gewußt, daß sich Alles vor ihm beugt. „Weit entfernt, ein gewöhnlicher Mensch „zu seyn, ist er unstreitig in seinem Vaterlande ein „ausgezeichneter Mann, und dieß würde er auch in „jedem andern Lande seyn, wenn seine natürlichen An„lagen durch eine gute Erziehung die richtige Leitung „erhalten hätten."

Wie schwer es selbst für Gesandte befreundeter Höfe war, mit diesem Günstlinge in nähere Berührung zu kommen, ergibt sich aus dem, was Görtz ungefähr zur nämlichen Zeit von ihm sagt; „Man findet ihn „beinahe niemals weder am Hofe, noch in Gesellschaf„ten; und zu Hause sind seine Vorgemächer mit Höf„lingen angefüllt, unter welche sich zu mischen, einem

„fremden Gesandten nicht geziemt; er steht selten vor
„11 Uhr auf, und dann harren hundert bis zweihundert
„Personen in seinem Vorzimmer auf Gehör. Nach Ti-
„sche ruht er wieder bis fünf Uhr, wo bei seinem Er-
„wachen sein Vorzimmer wie Vormittags überfüllt ist.
„Vergebens sucht man ihn in Gesellschaften auf, denn
„er kommt in keine; er hat zwar Aufmerksamkeit für die
„Gesandten fremder Mächte, welche ihn um eine Stunde
„ersuchen lassen, allein ohne besondere Aufträge zu ha-
„ben, will man solche nicht verlangen."

Der König, die Nothwendigkeit fühlend, sich die-
ses allmächtigen Günstlings zu versichern, war nicht
nur geneigt, dessen kund gewordene Absichten auf das
Herzogthum Kurland zu unterstützen, sondern selbst
dem ihm damals beigemessenen geheimen Plan, sich auf
Polens wankenden Thron zu schwingen, nach Um-
ständen und Kräften förderlich zu seyn. Aber bald
nahm Görtz wahr, daß des Fürsten Absicht auf Kurland
gerichtet sey, und daß er zu deren Erreichung der Kai-
serin Unmuth gegen den Herzog von Biron zu be-
nützen suche. Schon im Herbst 1779 äußerte sich Po-
temkin in einer Anwandlung übler Laune gegen die in
Polen herrschende mißmuthige und unruhige Stim-
mung: „Das einzige Mittel, allem diesem abzuhelfen,
„wäre, Polen ganz zu vernichten; dieses hätte
„gleich anfänglich geschehen sollen; man würde darüber
„nicht mehr geschrien haben, als jezt." — Potemkin

ersuchte selbst den Grafen, die Aufmerksamkeit des Königs auf diesen Gegenstand zu leiten und ihm dessen Gesinnungen hierüber mitzutheilen. „Die Polen“ — fügte Potemkin bei — „sind nichts und werden nie „etwas werden; sie ermüden durch ihre Klagen, sie „werden nie vergessen, daß man sie getheilt hat, und „nie die Idee verlieren, daß man sie noch einmal zu „theilen beabsichtige.“

Der Eifer, womit der Fürst, wie wir bald sehen werden, der Kaiserin Riesenplan gegen die Pforte unterstüzte, gab zur Vermuthung Anlaß, es seyen ihm bei dessen Gelingen besondere Vortheile zugesichert; man wollte wissen, die Fürstenthümer Moldau und Wallachei sollten in einen unabhängigen Staat vereinigt und ihm zugetheilt werden. Sein Benehmen zur Zeit, als die Ausführung jenes Planes beginnen sollte, deutete darauf hin, daß er eine nahe gänzliche Veränderung seiner Verhältnisse erwarte. Er verkaufte seine weitläufigen, durch die Freigebigkeit der Kaiserin erworbenen Güter in Alt-Rußland, mit Ausnahme von 3000 Bauern, die er jedoch auch zum Kauf anbot, um ungefähr 8 Millionen Rubel; dagegen kaufte er in Weiß-Rußland, nahe an der Gränze von der Moldau, 40,000 Bauern, und bestärkte dadurch die Sage, daß dieses Land ihm bestimmt sey. Auch seinen prächtigen Palast zu Petersburg veräußerte er um 250,000 Rubel, so daß er in Petersburg nichts mehr besaß, als seine nahe bei Hof

gelegene Wohnung; er wolle, sagte er, ein milderes Klima bewohnen, und sich einen neuen Palast auf seinen neuakquirirten Gütern erbauen.

Man hat den Fürsten beschuldigt, selbst von fremden Mächten große Geldsummen angenommen zu haben, und es gab seiner Zeit Leute, welche den Verdacht äußerten, er habe von einer derselben bei einer gewissen Gelegenheit 300,000 Dukaten erhalten. Aber diejenigen, die ihn genau kannten, und selbst unter solchen, die seine Feinde waren, und die ihn eines jeden Verbrechens fähig hielten, wenn er dadurch seine Habsucht oder seinen Ehrgeiz befriedigen könnte, behaupteten immer, er sey zu stolz, um von einer fremden Macht Geld anzunehmen, und es können nur etwa des Fürsten Favorit-Sultanin und Umgebungen durch solches gewonnen worden seyn.

Nie gelang dem Grafen von Görtz, sowie Harris, Cobenzel, Segur, in den engern und vertrauten Zirkel Potemkins aufgenommen zu werden; aber dessen ungeachtet gab ihm der Fürst stets nicht nur Beweise hoher Achtung, sondern selbst, wie wir in der Folge sehen werden, von Zutrauen und Theilnahme.

Potemkins Verhältnisse mit dem Grafen Panin waren feindseliger Art; und doch sollte Görtz des leztern Freundschaft und Mitwirkung fortwährend erhalten, und jene des erstern sich erwerben! Es gehörte eine nicht gewöhnliche Gewandtheit dazu, um diesen Zweck

bei zwei Männern zu erreichen, die beide auf so manche wichtigen Unterhandlungen Einfluß behauptend, ihre gegenseitige Abneigung und Verschiedenheit in den Grundsätzen nicht verbargen. Zwar war damals schon Panin in dem früher bei der Kaiserin genossenen Kredit gesunken, dessen ungeachtet leitete er noch zum Theil die politischen Geschäfte, und sah jede Bewerbung, um durch Potemkins Einwirkung etwas durchzusetzen, mit eifersüchtigen Augen an.

Diese wenigen Züge der Hauptpersonen, mit welchen Görtz bei dem Antritte seiner Sendung in Petersburg in Berührung kommen mußte, werden zur Verständlichkeit des Nachfolgenden genügen; es sind dabei fast durchaus die eigenen Worte des Grafen von Görtz gebraucht worden. Wer eine vollständigere Kenntniß derjenigen erlangen will, welche ungefähr zur nämlichen Zeit eine mehr oder weniger wichtige Rolle in Rußland spielten, kann sich solche aus den bereits vorhandenen Werken verschaffen *), mit Manchem derselben werden wir in der Folge noch bekannter werden.

Graf

*) In Dohms Denkwürdigkeiten, zweiter Theil, findet sich unter den Zusätzen und Berichtigungen zum ersten Theil ein französisches Mémoire abgedruckt, welches Graf Görtz dem Prinzen von Preußen bei seiner Reise nach Petersburg im Jahre 1780 übergab. Mehrere Personen finden sich darin geschildert. Graf von Ségur gibt darüber ebenfalls in dem oben angeführten Werke interessante Aufschlüsse.

Graf Görtz war über sechs Jahre (vom September 1779 bis Oktober 1785) Preußens Gesandter am russischen Hofe. Reich war diese Periode an großen und interessanten Ereignissen, reicher noch an wichtigen und folgereichen Verhandlungen, worüber Görtz entweder Aufschlüsse und Nachrichten mittheilt, oder an denen er selbst Theil nahm. Um im Stande zu seyn, die einzelnen Gegenstände während jener Periode im Zusammenhange zu kennen und zu beurtheilen, scheint nothwendig, vorerst einen flüchtigen Blick auf dieselben im Allgemeinen zu werfen.

Die erhaltene Instruktion, alle gesammelten Notizen, die öffentliche Meinung berechtigten den Grafen von Görtz bei seiner Ankunft in St. Petersburg, Rußland als den getreuen und zuverlässigsten Alliirten Preußens anzusehen; als solchen hatte sich der russische Hof in der jüngst vergangenen Zeit noch in dem bayerischen Erbfolgekriege und während der Friedens-Unterhandlungen zu Teschen bewiesen.

Aber dessen unerachtet hatte Katharine schon damals für Preußen nicht mehr die nämlichen Gesinnungen, und — was freilich erst in der Folge kund ward — nur mit Mühe konnte sie bewogen werden, die bekannte Deklaration an den Wiener-Hof in dem bayerischen Erbfolgestreite zu unterzeichnen. Ganz andere Plane beschäftigten schon vorzüglich seit dem Frieden von Kutschuk-Kainardgi den Geist dieser großen Frau; nach

dem Orient waren ihre Blicke, war ihr ganzes Streben gerichtet; Alles, was ihr darin förderlich seyn mochte, hatte bei ihr den höchsten Werth; Alles, was ihre Absichten hemmen oder erschweren konnte, fand Abneigung. Seitdem bestand, wenn auch nicht im russischen Kabinet, doch bei Katharinen selbst, eine entschiedene Vorliebe für Oesterreich; und es scheint sogar, der Gesandte dieses Hofes habe von ihr unmittelbar vertrauliche Eröffnungen und Zusicherungen erhalten. Denn als sie, den überwiegenden Gründen des Grafen Panins nach langer Weigerung nachgebend, jene Erklärung an den Wiener-Hof unterzeichnet hatte, fand sich dadurch Niemand mehr betroffen und überrascht, als der österreichische Gesandte, weil solche, seiner Aeußerung nach, im offenbaren Widerspruche mit den wenige Tage zuvor von der Kaiserin erhaltenen Zusicherungen stand. Auch war diese keineswegs gesonnen, zu den Waffen zu greifen; denn sie äußerte sich: vergeblich werden ihre Minister sich bemühen, sie zu bewegen, thätig an dem Kriege in Deutschland Theil zu nehmen.

So war denn Katharinens Freundschaft für den König von Preußen schon zu einer Zeit erkaltet, wo noch beinahe ganz Europa den Wahn hatte, sie bestehe auf festem, unerschütterlichem Grunde; und während man glaubte, Friedrich behaupte auf das Ka-

binet von St. Petersburg einen entscheidenden Einfluß; erhielt er einen solchen nur noch auf den Grafen von Panin, der aber bei der Ankunft des Grafen von Görtz das Vertrauen und die Gunst der Kaiserin schon beinahe ganz verloren hatte. Eigentlich bestanden damals in Petersburg zwei Systeme statt eines, nämlich das System des Ministeriums und jenes der Kaiserin. Das Ministerium, dessen Seele Graf Panin war, hing der Allianz mit Preußen aus Grundsätzen und aus Gewohnheit an, und hielt eine enge Verbindung mit jenem Hofe und mit Dänemark für hinreichend, um Rußlands Einfluß in Deutschland und auf andere Höfe zu sichern; es erachtete jeden, ohne die mächtigsten Beweggründe unternommenen Krieg für Rußlands Wohlfahrt verderblich, und entsagte daher dem von ihm selbst als möglich erkannten Plane einer Allianz mit England, weil er dadurch Rußland in einen Krieg verwickelt zu sehen befürchtete.

Die Kaiserin dagegen, mit dem Riesenplane, die Türken aus Europa zu vertreiben und ein griechisch-orientalisches Kaiserthum zu gründen, beschäftigt, strebte nach Verbindungen, wodurch sie bei dessen Ausführung Beistand erhalten konnte. Dazu war ihr die Allianz mit Oesterreich und auch mit England nothwendig, und von einer, wie von der andern Macht durfte sie eine ungleich thätigere und

thätigere Mitwirkung und Unterstützung erwarten, als von Preußen.

Den ersten Auftrag, den Graf Görtz von seinem Hofe erhielt, war, eine Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte vorzuschlagen. Man denke sich, welchen Eindruck so ein Vorschlag auf Katharinen hervorbringen mußte! Auf eine nicht nur für das Interesse seines Hofes, sondern auch für ihn persönlich nachtheiligere Art hätte wohl Görtz seine Sendung nicht eröffnen können.

Bei Kaiser Josephs persönlicher Zusammenkunft mit Katharinen wurde der erste Grund zu ihrer schon lange beabsichteten Allianz gelegt. Auch jene mit England wäre wahrscheinlich zu Stande gekommen, hätte nicht des Grafen Panin bewunderungswerthe Gewandtheit derselben, durch die bewaffnete See-Neutralität, ein nicht zu beseitigendes Hinderniß in den Weg gelegt.

Des Prinzen von Preußen Besuch in Petersburg war nicht vermögend, den vortheilhaften Eindruck zu verwischen, den jener des Kaisers Joseph, und seine Bereitwilligkeit, in Katharinens große Plane einzugehen, hervorgebracht hatte. Vergebens waren alle Bemühungen, die Erneuerung der Allianz zwischen Rußland und Preußen zu erzielen; vergebens Friedrichs Versuche, eine Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen

und England zu Stande zu bringen; vergebens endlich alle Versuche, die nähere Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich zu verhindern. Unerachtet ganz entgegengesetzte und von jedem Theile mit Beharrlichkeit vertheidigte Ansichten über den Rang des deutschen Kaisers von dem russischen dem förmlichen Abschlusse eines Allianz-Traktates zwischen den Höfen zu Wien und Petersburg hinderlich waren, so kam doch dieselbe zu Stande. Bald äußerte sich ihr Nachtheil für Preußen in mehrfacher Art, besonders in den Verhältnissen zum deutschen Reiche und zu Polen. Im erstern hatte Rußland, auf Preußens Veranlassung, die Rolle eines Garanten der Verfassung übernommen; allein anstatt Preußens System zu befolgen, unterstützte es Oesterreichs Plan, die Niederlande gegen die pfalzbayerischen Besitzungen zu vertauschen; in Polen aber erlag Preußens Einfluß jenem der vereinigten Höfe von Wien und Petersburg, und in den mancherlei Irrungen mit dem Hofe von Warschau, und sonderlich mit der Stadt Danzig, war Katharinens rücksichtsloses Benehmen gegen ihren alten Verbündeten sehr bemerkbar.

Bei solchen ungünstigen Verhältnissen mußten alle Bemühungen des Grafen von Görtz scheitern, und unerachtet seiner Staatsklugheit und Gewandtheit ge-

lang es ihm nicht, die Plane der wirklichen oder nur vermeintlichen Gegner seines Königs zu vereiteln, oder dessen eigene durchzusetzen. So sehr waren am Ende seiner Sendung die frühern Bande zwischen Rußland und Preußen erschlafft, daß sich beide über wichtige Gegenstände im offenbaren Widerspruche, und daher in einer unfreundlichen Stellung gegen einander befanden.

Glücklich pries sich daher Göltz, als er die wiederholt, aber lange vergeblich nachgesuchte Entlassung von seiner Stelle endlich erhielt, in der sein eifrigstes Streben an der Gewalt der Umstände scheiterte.

Sechster Abschnitt.

Projekt einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte. — Rußlands System rücksichtlich des deutschen Reichs.

Der erste, in der Instruktion nicht vorgesehene Auftrag, den Graf Görtz von seinem Hofe erhielt, war von einer eben so sonderbaren als delikaten Natur, und man kann denselben als einen Grund der nachher erfolgten unangenehmen Lage des Grafen ansehen. Dieser Auftrag betraf die Unterhandlung einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte. Den Plan dazu hatte der Reis-Efendi entworfen, und durch einen vertrauten Unterhändler dem preußischen Geschäftsträger Gaffron in Konstantinopel im größten Geheimniß und mit einer nur in despotischen Staaten gewöhnlichen Aengstlichkeit mitgetheilt.

Der Reis-Efendi nämlich, mit Unruhe auf des feurigen, thatenlustigen Kaisers Joseph nicht sorgsam genug verborgene Plane hinblickend, dachte sich den Fall

möglich, derselbe könnte, um solche auszuführen, eine Verbindung mit Rußland eingehen, und das ohnehin schon mit diesem eng verbundene Preußen sich mit beiden Mächten vereinigen, um mit ihnen gleiche Vortheile zu erzielen. Dieser drohenden Gefahr glaubte er dadurch zuvorzukommen, daß er eine Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte zu Stande brächte. Deren Zweck sollte seyn: Gegenseitige Hülfsleistung, wenn eine der kontrahirenden Mächte in ihren europäischen Staaten von einer andern Macht, unter was immer für einem Vorwande, angegriffen würde; diese Hülfe könnte entweder durch ein Hülfskorps, dessen Stärke näher zu bestimmen wäre, oder durch eine mächtige, gegen den gemeinschaftlichen Feind zu unternehmende Diversion, worüber sich die drei Höfe einverstehen würden, geleistet werden.

Aber der Reis-Efendi, unerachtet seiner Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit dieses Planes, getraute sich nicht, solchen weder dem russischen Hofe, noch dem Divan mitzutheilen; nicht dem erstern, weil er besorgte, Religions-Vorurtheile könnten dort eine Abneigung dagegen hervorbringen; nicht dem leztern, weil sein Kopf auf dem Spiele stand, im Fall die Ausführung dieses von ihm selbst entworfenen Planes nicht zu Stande kommen sollte. Diese beiden Gefahren hoffte er zu vermeiden, wenn der König von Preußen den Plan, als den seinigen, zugleich Rußland und der

Pforte mittheilte. Dann würden bei jenem die Religions-Vorurtheile nicht zu besorgen seyn, und bei dieser seine Verantwortlichkeit aufhören, sollte der von einer fremden Macht in Vorschlag gebrachte Plan nicht Beifall finden.

Gaffron weigerte sich, seinem Könige den Plan vorzutragen, ohne solchen vorher von dem Reis-Efendi selbst vernommen zu haben, und eben so wenig wollte er die Kosten eines Kuriers nach Wien oder Warschau übernehmen, weil er sich der Gefahr aussetze, solche könnten ihm persönlich zur Last bleiben. Der Reis-Efendi ließ sich aber mit der Unmöglichkeit entschuldigen, mit Gaffron zusammen zu kommen, ohne daß solches bekannt werde und man daraus Folgerungen ziehe, die nicht nur unangenehm seyen, sondern selbst gefährlich werden könnten. Dagegen aber erbot er sich, auf eigene Kosten die Depesche Gaffrons von Konstantinopel nach Chotzyn abzuschicken, und den Pascha daselbst zu beauftragen, solche durch einen seiner Tataren an den preußischen Residenten in Warschau zu befördern. Auf diese Art gelangte auch wirklich die Depesche an den König.

Man siehet aus dieser Erzählung, wie sehr diejenigen irren, welche Friedrich II als den Urheber dieses Plans ansahen, und behaupten, dieser habe solchen zuerst Rußland und der Pforte mitgetheilt.

Zur nämlichen Zeit, als Gaffrons Depesche in Berlin ankam, befand sich dort auf der Durchreise nach Rußland ein von Paris kommender Franzose, Namens Dezoteux, der durch seine Aeußerungen die Vermuthung erregte, die Pforte sey durch Frankreich veranlaßt worden, diese Allianz vorzuschlagen. Da Friedrich II schon länger den Wunsch hegte, sich mit der lezten Macht zu verbinden, und sie von der Allianz mit Oesterreich abzuziehen, so fand er darin einen Beweggrund mehr, auf die projektirte Tripel-Allianz einzugehen. Denn nun glaubte er in derselben nicht nur ein Mittel zu finden, den wohl mit zu vieler Aengstlichkeit besorgten Vergrößerungsplanen des Kaisers Joseph den gewünschten Damm entgegen zu setzen und Europa's Ruhe zu sichern, sondern auch ein Bündniß zwischen Preußen und Frankreich zu erleichtern. Diese geheime Absicht war wohl der Hauptbeweggrund des dem Grafen von Görtz ertheilten Auftrags.

Panin sowohl als Ostermann nahmen den Plan sehr beifällig auf; sie sahen die vorgeschlagene Allianz für Rußland noch ungleich zuträglicher, als für Preußen an, und besorgten, wenn solche nicht zu Stande käme, möchte wohl die Pforte sich mit Oesterreich verbinden, und dadurch Rußland in eine nachtheilige Stellung versetzen; sie verlangten die Mittheilung der Depesche des Geschäftsträgers Gaffron, um solche der Kaiserin vorlegen und deren Entschließung erholen zu

können. Hätte Graf Panin statt dessen die ihm wohlbekannten Absichten seiner Monarchin gegen die Pforte dem Grafen von Görtz zu erkennen, oder ihm doch zu verstehen gegeben, daß die Kaiserin gegen ein Projekt dieser Art einen unbezwinglichen Widerwillen hege, oder hätte er sich endlich geradezu geweigert, dasselbe zu ihrer Kenntniß zu bringen, so wäre die Sache auf sich liegen geblieben. Aber statt dessen übernahm er, der Kaiserin eine Proposition vorzulegen, von der er überzeugt war, daß sie nicht nur keinen Eingang finden, sondern selbst das höchste Mißfallen erregen mußte. Ja, was noch mehr ist, er sezte noch als eigene Idee bei: wenn sich auch jezt der König von Preußen allein mit der Pforte in eine Allianz einlasse, so könnten sich vielleicht in der Folge Umstände ergeben, welche die Kaiserin vermögen dürften, auch daran Theil zu nehmen. Sey es nun, daß der Minister, des Vertrauens seiner Monarchin beraubt, wirklich glaubte, sie habe den früher entworfenen Plan gegen die Pforte aufgegeben; sey es, daß er durch Uebernahme der Proposition einer Allianz mit derselben im Namen des Königs von Preußen die Gesinnungen Katharinens erforschen wollte, oder daß er sich schmeichelte, durch eine Verbindung Preußens mit der Pforte die nach seiner Ueberzeugung dem Reiche gefährlichen Plane der Kaiserin scheitern zu machen, so bleibt immer wahr, daß er bei dieser Gelegenheit nicht mit Geradheit gegen Görtz handelte, und

dem Interesse des Königs, sowie dem Kredit des Grafen bei der Kaiserin grossen Nachtheil brachte.

Wenige Tage nach der Mittheilung des Planes erklärte Panin dem Grafen im Namen seiner Monarchin: „Sie fühle Abneigung gegen die vorgeschlagene „Allianz mit der Pforte, und ersuche den König, solche „auf die bestmögliche Art abzulehnen; sie sey über„zeugt, das Bündniß zwischen Rußland und Preußen „werde hinreichen, um gefährlichen Vergrößerungs„Absichten zu begegnen, und besorge sogar, eine Ver„bindung der Art, wie solche nun vorgeschlagen werde, „könne nicht zu berechnende Folgen haben." Panin und Ostermann ertheilten dem Grafen den Rath, deshalb keine Schritte mehr zu thun.

Das Nämliche rieth Potemkin, den Görtz für das Projekt zu gewinnen suchte. „Die Kaiserin" — sagte er — „habe gegen die vorgeschlagene Allianz einen so „entschiedenen Widerwillen gezeigt, daß er überzeugt „sey, sie werde auf keine anderen Gesinnungen zu brin„gen seyn; dieser Widerwille gründe sich auf ihre per„sönlichen Gesinnungen, auf die öffentliche Meinung „und auf die Ueberzeugung, daß die Nation aus Re„ligions-Vorurtheilen so eine Verbindung laut tadeln „würde. Schweden habe einst eine ähnliche mit der „Pforte gegen Rußland eingegangen, und sie erinnere „sich sehr wohl, wie die Nation darüber geurtheilt „habe; so einem Tadel wolle sie sich nicht aussetzen."

Der Graf gab daher eine Unterhandlung auf, deren Zweck zu erreichen er als unmöglich ansah. Mit der Kaiserin geheimen Absichten unbekannt, schrieb er ihre Abneigung einer der beiden Ursachen zu: entweder Katharine hege die Besorgniß, sie könnte durch eine Allianz der Art das Ansehen einer unbefangenen Macht, und mit demselben die ihrer Eitelkeit schmeichelnde Rolle einer Vermittlerin in den europäischen Angelegenheiten verlieren; — oder die religiösen Vorurtheile hielten sie von einem Bündnisse mit einem ungläubigen Volke ab. Die Folge bewies dem Grafen, daß weder die eine, noch die andere dieser Ursachen bestand, und daß der Grund des Mißlingens in dem Plane lag, mit dem sich Katharine seit Jahren schon beschäftigte.

Bei Friedrichs II System, Oesterreichs Einfluß auf das deutsche Reich und dessen einzelne Stände den möglichsten Widerstand entgegen zu setzen, fühlte er die Nothwendigkeit der Mitwirkung einer andern großen Macht; denn ohne solche fand er sich nicht kräftig genug, um jenes System behaupten zu können. Auf Frankreich war, während des Fortbestandes des Versailler-Vertrags, nicht zu rechnen, und diese Macht — wenn gleich Garant des westphälischen Friedens — auswärts, vorzüglich mit England, zu sehr beschäftiget, um den deutschen Angelegenheiten eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Schweden, ein anderer Garant jenes Friedens, hatte von seiner frühern

Macht zu viel verloren, als daß es die ihm zustehende Einwirkung auf Deutschland hätte behaupten können oder wollen. Von diesen beiden Mächten, den einzigen, denen, vermöge eines völkerrechtlichen Vertrages das Recht zustand, sich in Deutschlands Angelegenheiten einzumischen, durfte daher Preußen keine Unterstützung erwarten, und von allen andern Staaten konnte nur Rußland, in Folge des Teschener Friedens, ein solches Recht der Einmischung in Anspruch nehmen, und daher bei Preußens Streben gegen Oesterreichs Uebergewicht im deutschen Reiche in Berechnung kommen. Es bestätiget aber der Friede von Teschen den von Westphalen, der deutschen Verfassung Grundstein; feierlich war ihm das gesammte deutsche Reich beigetreten, und hatte ihn eben dadurch als ein für jezt und für die Zukunft geltendes Grundgesetz erklärt. Indem Rußland seine Garantie übernahm, hatte es auch die des westphälischen Friedens übernommen.

Außer dem Vortheile, in seinem Systeme durch diese große Macht unterstüzt zu werden, durfte Friedrich II davon noch den weitern erwarten, der Kaiserin persönlich ihre Verhältnisse zu Preußen angenehm zu machen. Dieser Monarchin hoher Sinn strebte nämlich nach dem Ruhme, auf die Angelegenheiten aller europäischen Mächte Einfluß zu gewinnen, und als Schiedsrichterin eines Welttheils zu gelten, zu dem vor nicht viel über einem halben Jahrhundert die Staaten ihrer

Verfahren noch gar nicht gezählt wurden. Leicht schien es, dieser ruhmsüchtigen, auf das bisherige Gelingen ihrer Unternehmungen stolzen Frau begreiflich zu machen, welche Glorie sie, welches Gewicht ihr Reich erlangen werde, wenn sie auf das in der Mitte von Europa gelegene Deutschland, dessen Verfassung alle grossen Mächte interessire, weil von deren Erhaltung das europäische Gleichgewicht abhange, und dessen Regenten-Familien mit beinahe allen Monarchen Europa's in Verbindungen der Verwandtschaft oder Freundschaft stünden, einen entscheidenden Einfluß erlange. Dieses der Verbindung mit Preussen verdankend, mußte die Kaiserin deren Fortbestand höchst wünschenswerth finden. Friedrich aber beförderte seinen Hauptzweck, das Band der Freundschaft mit Rußland noch enger zu schliessen.

Graf Görtz wollte seinem Hofe das Nichtgelingen der ersten Unterhandlung in Petersburg dadurch weniger fühlbar machen, daß er die Aufmerksamkeit des russischen Ministeriums auf einen Gegenstand zu leiten suchte, bei dem Katharinens Eitelkeit Nahrung finden, und den von Görtz gewünschten Erfolg erleichtern konnte; daher richtete er nun seine ganze Aufmerksamkeit auf Rußlands Verhältnisse zum deutschen Reiche. Mehrere Unterredungen hierüber hatte Görtz sowohl mit Panin, als mit Ostermann; aber zu seinem Befremden bemerkte er sehr bald, daß diesen beiden Ministern

die deutschen Angelegenheiten beinahe ganz unbekannt und sie darin wahre Fremdlinge waren. Deßwegen bemühte er sich, ihnen die nöthigste Kenntniß derselben beizubringen, und sie zu überzeugen, welche großen Vortheile sich für Rußland ergeben würden, wenn es auf das deutsche Reich Einfluß gewinne. Dieß geschah nicht nur in persönlichen Besprechungen, sondern auch in einer Denkschrift, worin der Graf jene Vortheile mit vieler Feinheit und großer Schonung der verschiedenen, bei diesem Gegenstande zu beachtenden Interessen auseinandersezt.

„Frankreich und Schweden" — heißt es in dieser Denkschrift. — „seyen seit anderthalb Jahrhun-„derten die Garanten der deutschen, durch den west-„phälischen Frieden festgesezten, Verfassung gewesen; „dieser Eigenschaft verdanken beide Kronen den für eine „große Macht so ruhmvollen Vortheil, die Beschützer „und oft die Wohlthäter minder mächtiger Fürsten zu „seyn; noch andern Gewinn habe Frankreich daraus „gezogen, während Schweden durch die seit Anfang „des Jahrhunderts erlittenen Revolutionen zu viel an „Macht verloren habe, um seiner Garantie einiges Ge-„wicht zu geben; seit fünfzig Jahren habe daher Deutsch-„land im Grunde nur eine fremde Macht zum Garan-„ten seiner Konstitution. Der Teschener Frieden, das „Werk des Wohlwollens der russischen Monarchie für „Deutschland, habe diesem einen neuen Garanten ge-geben,

„geben, dessen Macht, Politik und Lage grösseres Ver„trauen einflösse, als die beiden ursprünglichen Ga„ranten, wovon der eine wegen Entkräftung, der „andere wegen des Andenkens an die Regierung Lud„wigs XIV, und an seine für Deutschland so nachthei„ligen Projekte sowohl, als wegen der Nachbarschaft, „nie das unbegränzte Vertrauen genießen könne, wel„ches Rußland erwarten dürfe, und wodurch diese „Macht, als Garant des westphälischen Friedens, Ge„legenheit erhalte, seinen ganzen wohlthätigen Einfluß „auf das deutsche Reich zu entwickeln, was vielleicht „schon im Plane Peter des Großen gelegen, aber nun „Katharine II vorbehalten scheine. Um jedoch sich in „eine Stellung zu versetzen, in welcher man mit vollem „Grunde die Wünsche und Bitten zu beurtheilen ver„möge, welche die deutschen Fürsten ihrer Beschützerin „vortragen könnten, und um diese in ihrem Vertrauen „zu bestärken, sey es nothwendig, daß nicht, wie bis„her, nur am Sitze des deutschen Reichstags, sondern „im Mittelpunkte von Deutschland ein russi„scher Minister bei den Kurfürsten und Fürsten un„mittelbar akkreditirt werde, damit dieser an Ort und „Stelle selbst von allen Verhältnissen urtheilen, und „seinem Hofe darüber Aufklärung geben könne; durch „so eine Ernennung werde Rußland den sprechendsten „Beweis seiner Theilnahme an Deutschlands Wohl ge„ben, das Vertrauen der deutschen Fürsten erwerben,

„und zu ihrem Besten im Stande seyn, gleich beim
„Entstehen manche Irrungen und Mißverständnisse,
„welche in der Folge bedeutend werden könnten, bei-
„zulegen, sich selbst aber durch so ein Uebergewicht in
„Deutschland einen noch größern Einfluß auf die er-
„sten, mit den deutschen Fürsten in mannigfaltigen
„freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Verhält-
„nissen stehenden Höfe Europa's verschaffen. Frank-
„reich habe beinahe an allen vorzüglichen deutschen
„Höfen, und selbst in bedeutenden Städten Gesandte
„oder Residenten: nämlich zu Mainz, Koblenz, Bonn,
„München, Kassel, Lüttich, Nürnberg und Frankfurt;
„Großbritannien, die Republik Holland, Dänemark
„haben deren drei oder vier an verschiedenen Orten
„Deutschlands; da aber Frankfurt oder Mainz als der
„Mittelpunkt des deutschen Reichs zu betrachten sey,
„so haben alle jene Mächte, sowie Oesterreich und
„Preußen, gewöhnlich einen Gesandten an einem dieser
„beiden Orte, der zugleich an mehreren Höfen bevoll-
„mächtiget, und folglich im Stande sey, sich immer
„an denjenigen zu begeben, wo seine Gegenwart am
„nützlichsten seyn könne."

Die in dieser Denkschrift entwickelten Ansichten überzeugten die russischen Minister von den Vortheilen, und die Kaiserin von dem Ruhme, den die Uebernahme und Geltendmachung der Garantie von Deutschlands Verfassung bringen dürfte, und es wurde sogleich der

Entschluß gefaßt, die dazu dienlichen Einleitungen zu treffen. Aber bald nahmen wichtigere und dringendere Geschäfte die ganze Aufmerksamkeit des russischen Kabinets in Anspruch, und die Sache kam erst im September 1781 in Ausführung, als der Graf Nikolaus Romanzow, Sohn des Feldmarschalls, zum russischen Gesandten in Deutschland ernannt wurde. Solcher erhielt die Weisung, seinen Aufenthalt in Frankfurt zu nehmen, und wurde an den Höfen der drei geistlichen Kurfürsten, bei den Direktoren des ober- und niederrheinischen, schwäbischen und fränkischen Kreises akkreditirt, und erhielt noch besondere Beglaubigungsschreiben an die Herzoge von Würtemberg und Zweibrücken, die Markgrafen von Baden und Ansbach, und die Landgrafen von Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt; er wurde zugleich beauftragt, dem kurpfälzischen Hofe zu erkennen zu geben, die Kaiserin sey geneigt, einen eigenen Gesandten an demselben zu bevollmächtigen, wenn der Kurfürst einen Gesandten in Petersburg ernennen würde. Denn die in Bezug auf das deutsche Reich von Preußen geleitete Politik des russischen Kabinets machte es räthlich, am Hofe des mächtigsten deutschen Fürsten, von dem die persönliche Hinneigung und Ergebenheit für Oesterreich bekannt war, einen besondern Gesandten zu bevollmächtigen, um die österreichische Einwirkung zu beobachten, und

da, wo es nöthig schien, solcher entgegen zu arbeiten.

Am niedersächsischen Kreise ernannte die Kaiserin Herrn von Groß zu ihrem Gesandten, wies solchem Hamburg zur Residenz an, und gab ihm noch besondere Beglaubigungsschreiben an die Herzöge von Braunschweig und Mecklenburg.

Die dem Grafen von Romanzow, unter Mitwirkung des Grafen von Görtz, ertheilte Instruktion verbreitet sich zuerst über die durch den Teschener Frieden begründete Garantie der deutschen Verfassung, und die daraus hergeleitete Theilnahme der russischen Kaiserin an den Angelegenheiten des deutschen Reichs und seiner Stände; dann wird fortgefahren: „Die erste Pflicht „des Gesandten ist: den wahren Geist und Sinn jener „beiden Traktate sich eigen zu machen; eine gründ„liche Kenntniß dieser Fundamental-Gesetze wird den „Gesandten in Stand setzen, Angelegenheiten von eini„ger Wichtigkeit richtig zu beurtheilen, und durch seine „Berichte die gerechten Absichten seiner Monarchin und „ihres Ministeriums zu leiten. Zu diesem Ende wird „er auch nicht unterlassen, eine ganz genaue Kenntniß „der kaiserlichen Wahl-Kapitulation, eines andern „Grundgesetzes, wodurch die Gewalt und die Verpflich„tungen des Reichs-Oberhaupts, und die Vorzüge „und Pflichten der Kurfürsten und anderer deutschen „Stände bestimmt werden, sich eigen zu machen.“

„Indem der Gesandte seine Mission bei den Kur-„fürsten, Kreisen und Ständen des deutschen Reichs „damit beginnt, daß er ihnen die Absicht seiner Monar-„chin, die durch Uebernahme der Garantie der deut-„schen Verfassung eingegangenen Verbindlichkeiten zu „erfüllen, erklärt, wird er ihnen Vertrauen und Dank-„barkeit gegen eine Macht einflößen, welche so groß-„müthig ihr Beschützer und Wohlthäter wird."

„Der Gesandte wird ein aufmerksames Auge auf „alle bei den Höfen, an denen er akkreditirt ist, verhan-„delte wichtige Geschäfte richten, in so weit diese nur „einigermaaßen auf die so verwickelte deutsche Verfas-„sung Bezug haben können, und darüber pünktlich und „unbefangen berichten. Er wird sich mit den Grund-„sätzen und dem Systeme eines jeden Hofes, den wah-„ren Gesinnungen der Fürsten sowohl, als ihrer Mi-„nister und derjenigen, welche auf die Geschäfte Ein-„fluß haben, sowie mit den Verbindungen, worin sie „mit einer oder der andern Macht stehen, bekannt zu „machen suchen und darüber ausführlich berichten. „Sein ganzes Bestreben soll dahin gerichtet seyn, das „beste Einverständniß zwischen dem Oberhaupte und „den verschiedenen Ständen des Reichs zu erhalten, „und durch stets unparteiische Rathschläge jedes Miß-„verständniß unter denselben zu verhüten."

„Er wird nichts unterlassen, um den „Mächtigen Mäßigung und Rücksicht, den

„Mindermächtigen Vertrauen und Beruhi-
„gung einzuflößen. Indem der Gesandte jederzeit
„auf's Unbefangenste die Gerechtigkeit einer Sache unter-
„sucht, wird er in seinen Aeußerungen und in seinem
„Benehmen die unveränderlichen Grundsätze dieses all-
„gemeinen Gesetzes für alle Staaten zum Leitfaden
„nehmen."

Am Schluß der Instruktion wird dem Gesandten die Weisung ertheilt, sich alle Jahre wenigstens einmal an diejenigen Höfe zu begeben, bei welchen er akkreditirt wurde, ihm aber die Bestimmung der Zeit, in der dieses zu geschehen, sowie die Dauer des Aufenthalts anheimgestellt.

Neu war zwar die Erscheinung russischer Gesandten in Süd- und Nord-Deutschland, und die Ansichten der deutschen Regenten und Staatsmänner über die von der russischen Kaiserin in Anspruch genommene Garantie des westphälischen Friedens sehr getheilt. Daß Rußland hiezu durch Friedrich II veranlaßt worden sey, und als dessen Verbündeter nach seinen Grundsätzen und in seinem Interesse handeln würde, darüber konnte kein Zweifel obwalten; es war daher sehr natürlich, daß der Wiener-Hof und die ihm ergebenen deutschen Stände Rußlands offen angekündigte Einmischung in die Angelegenheiten des deutschen Reichs und seiner Stände nicht gern sahen. Inzwischen konnte weder die Instruktion der russischen Gesandten, noch ihr Benehmen

einen gegründeten Anlaß zu Besorgnissen geben, und bald gelang es Kaiser Josephs tief durchdachten Politik, die Waffe, die sich Friedrich II gegen Oesterreich zu verschaffen geglaubt hatte, gegen Preußen zu kehren. Nach der durch Katharinens große Plane und Kaiser Josephs erfolgreiches Bestreben bewirkten Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich, war es eben der russische Gesandte, der unter des Grafen von Görtz Mitwirkung eine dem preußischen Systeme so angemessene Instruktion erhalten hatte, der zuerst (1784) im Interesse Oesterreichs gegen das von Preußen öffentlich handelte, indem er den Herzog von Zweibrücken zur Einwilligung in die Vertauschung der pfalzbayerischen Länder gegen die österreichischen Niederlande zu bewegen suchte.

Siebenter Abschnitt.

Die bewaffnete See-Neutralität. — Kaiser Josephs Zusammenkunft mit der Kaiserin. — Reise des Prinzen von Preußen nach Petersburg. — Reise des Großfürsten und seiner Gemahlin.

Ein an sich wenig bedeutendes Ereigniß würde im Anfange des Jahres 1780 durch die geschickte Art, in der es der englische Gesandte in Petersburg zu benützen wußte, eine gänzliche Veränderung in Katharinens politischem Systeme herbeigeführt haben, hätte nicht Graf Panin mit einer seltenen Gewandtheit in den Bemühungen des Ritters Harris selbst die Mittel gefunden, um dessen Absichten scheitern zu machen.

Der Hof zu Madrid, in der Besorgniß, die neutralen, nach dem mittelländischen Meere bestimmten, Schiffe könnten Gibraltar mit Mund- und Kriegs-Vorräthen versehen, hatte den Befehl ertheilt, solche aufzubringen, nach Cadiz zu führen, und dort ihre Ladungen ohne Einwilligung und Theilnahme der Eigenthümer und selbst der fremden Konsuln zu verkaufen.

Ehe noch die Kaiserin über eine für den Handel ihrer Unterthanen so nachtheilige Maaßregel bei der spanischen Regierung Klage erheben konnte, wurde das von dem Handlungshause Ruitgens und Kompagnie zu Archangel, in Gemeinschaft mit dem Handlungshause Hoppe in Amsterdam, mit Getreide nach dem mittelländischen Meere befrachtete Schiff Concordia von einer spanischen Schaluppe aufgebracht, und seine Ladung in Cadiz um eine bedeutende Summe geringer verkauft, als in Barcellona erlöst worden wäre, wo es auf die erhaltene Nachricht von dem dort herrschenden Getreidemangel seine Ladung absetzen wollte. Ein anderes mit Getreide nach Malaga und Livorno bestimmtes russisches Kauffahrteischiff, der heilige Nikolas, hatte ein ähnliches Schicksal.

Sowie dieses zur Kunde der Kaiserin kam, ließ sie sogleich gegen Ende Jäners 1780 durch den Grafen von Panin dem spanischen Geschäftsträger, Herrn von Normandes, in Petersburg zwei sehr eindringende Noten zustellen und Genugthuung und Schadloshaltung verlangen.

Sehr geschickt wußte zugleich der englische Gesandte, Ritter Harris, den Unwillen der Kaiserin über das Benehmen des spanischen Hofes zu steigern, in der Hoffnung, dadurch den gewünschten Zweck einer Verbindung zwischen England und Rußland zu erreichen. Wirklich ward die Kaiserin über Spaniens Benehmen so

erbittert, daß sie sogleich selbst, und ohne ihre Minister vorher zu Rathe zu ziehen, den Befehl nach Kronstadt ergehen ließ, fünfzehn Linienschiffe und fünf Fregatten auszurüsten.

Graf Panin, über diese Maaßregel und deren Folgen sehr beunruhigt, faßte den Entschluß, Alles aufzubieten, um sein bisheriges System zu behaupten. Sicher wäre dieses dem durch Jahre und Krankheit geschwächten, in dem Kredit bei seiner Monarchin sehr gesunkenen Minister nicht gelungen, hätte er sich mit der Ansicht seiner Monarchin in Widerspruch gesezt. Solches wohl einsehend, schien er also derselben ganz beizustimmen, ihren Unwillen gegen Spanien zu theilen, und den Entschluß, sich eine angemessene Genugthuung zu verschaffen, vollkommen zu billigen. Zugleich aber machte er bemerklich, es dürfte ihrer Würde angemessen seyn, sich nicht darauf zu beschränken, sondern eine, über den Handel der Neutralen während eines Seekrieges im See-Völkerrecht befindliche Lücke auszufüllen; dadurch würde sie sich um ihre und um anderer europäischer Mächte Unterthanen ein unsterbliches Verdienst und den Ruhm erwerben, ihren weisen und gerechten Grundsätzen alle andern Mächte Europa's huldigen zu sehen.

Sehr gern ging Katharine auf einen Plan ein, dessen Ausführung für ihre Ruhmbegierde so reizend

erschien, sie auf die Stufe einer Gesetzgeberin in Sachen des See=Völkerrechts erheben mußte, und zugleich der russischen Flagge vor jeder Beleidigung Sicherheit gewährte. Nun entwickelte der Minister das mit klugem Vorbedacht entworfene System, und bewog seine Monarchin, demselben gemäß jene berühmte Erklärung vom 28. Februar 1780 an die kriegführenden Mächte zu erlassen, wodurch während des Seekriegs die Grundsätze zur Sicherstellung des Handels der neutralen Staaten festgesezt wurden.

26 Feb
6 März

Diese Grundsätze sind:

1) Daß jedes Schiff frei von einem Hafen zum andern und an den Küsten der kriegführenden Nationen segeln könne.

2) Daß die den Unterthanen der kriegführenden Mächte zugehörigen Waaren auf neutralen Schiffen frei seyn sollen, Contrebande=Waaren ausgenommen.

3) Als Contrebande=Waaren werden jene angesehen, welche in den Artikeln 10 und 11 des Handelsvertrags zwischen Rußland und Großbritannien *) als solche bezeichnet sind (eine Bestimmung, die auf alle kriegführenden Mächte ausgedehnt ward).

4) Daß man unter einem blokirten Hafen nur einen solchen verstehe, welcher durch die Veranstaltungen der Belagerer dergestalt eingeschlossen ist, daß man

*) Martens recueil T. 1. p. 395.

in selbigen nicht ohne augenscheinliche Gefahr einlaufen kann.

5) Diese Grundsätze sollen in dem Verfahren und den Erkenntnissen über die Rechtmäßigkeit der Prisen zur Richtschnur dienen.

Dieser Erklärung fügte die Kaiserin noch bei, daß sie zu Aufrechthaltung der darin ausgesprochenen Grundsätze, zur Ehre ihrer Flagge und zur Sicherheit des Handels ihrer Unterthanen, gegen wen immer, einen beträchtlichen Theil ihrer Flotte ausrüsten lasse, daß aber diese Maaßregel nicht den geringsten Einfluß auf die strengste Neutralität habe, welche von ihr bisher beobachtet worden sey, und welche sie in so lange zu beobachten gedenke, als sie nicht gezwungen werde, aus den Gränzen der Mäßigung und der vollkommensten Unparteilichkeit herauszutreten.

Es verdient hier als ein Beweis von Panins Feinheit sowohl, als seiner Dreistigkeit bemerkt zu werden, daß er die Kaiserin zu bewegen wußte, diese Erklärung allen in Petersburg anwesenden Gesandten der fremden Höfe zu verheimlichen, daß er ihr glauben machte, solche sey ganz den Wünschen des englischen Hofes angemessen, daß die Kaiserin davon so überzeugt war, daß sie ein Paar Tage vor Bekanntmachung jener Grundsätze sich gegen den englischen Gesandten äußerte,

sehr bald werde ein Kurier nach London ihre, den bourbonischen Höfen gemachte, den Wünschen und der Erwartung des englischen Kabinets vollkommen entsprechende, Erklärung überbringen: daß sie selbst den Ritter Harris aufforderte, im Voraus diese seinem Hofe gewiß angenehme Nachricht zu berichten.

Dieß geschah denn auch noch am nämlichen Tage; aber man urtheile, welche Empfindung es dort erregen mußte, als kurz nach jener erfreulichen Kunde die vorangeführte, unerwartete, gegen Englands Interesse laufende Erklärung erfolgte!

Wirklich ward durch dieselbe Frankreich offenbar begünstiget, weil es sowohl als Spanien unter dem Schutze der von Rußland aufgestellten Grundsätze während des gegenwärtigen und der künftigen Kriege alle zum Unterhalt der Marine nöthigen Erzeugnisse aus dem Norden beziehen konnte. Auch fühlte der Hof zu Versailles die Vortheile davon so sehr, daß er sich beeilte, den Madrider-Hof zu veranlassen, wegen der in Beschlag genommenen russischen Schiffe die gewünschte Genugthuung zu geben.

Sogleich, als Katharine jene Grundsätze angenommen und ausgesprochen hatte, wurden Kuriere an die russischen Gesandten in London, Paris und Madrid mit der Weisung abgeschickt, den dortigen Höfen

zu erkennen zu geben, die Kaiserin sey fest entschlossen, solche standhaft zu behaupten. Andere Kuriere gingen nach Stockholm und Kopenhagen ab, um beide Höfe einzuladen, eine gleichlautende Erklärung an die kriegführenden Mächte zu erlassen.

Ritter Harris hatte nicht so bald sich überzeugt, wie sehr er durch die angeführte Erklärung persönlich kompromittirt werde, als er darüber in Petersburg bittere Beschwerde führte; aber es war nun eine geschehene Sache, und Harris sah zu spät ein, daß dieser in den Geschäften ergraute Minister, wenn gleich die Zeit seines entscheidenden Wirkens vorüber war, sein System, selbst gegen die Absichten seiner Monarchin und ihres allgewaltigen Günstlings, zu behaupten und durchzuführen wußte.

So sehr aber auch Großbritanniens Interesse durch die von Rußland aufgestellten Grundsätze der bewaffneten Neutralität gefährdet wurde, so vermied dennoch der Londner-Hof, sie zu bekämpfen; und ohne irgend etwas zu thun oder zu äußern, woraus deren Anerkennung gefolgert werden konnte, beschränkte er sich auf die Versicherung, daß die bestimmtesten Weisungen ertheilt und wiederholt worden seyen, die russische Flagge und den Handel der russischen Unterthanen nach dem Völkerrechte und den bestehenden Verträgen mit der größten Gewissenhaftigkeit zu respektiren.

Dieß ist der Ursprung der bewaffneten Neutralität, wovon die Ehre der ersten Idee von Schweden und Dänemark in Anspruch genommen wird, deren Ausführung aber unstreitig Rußland zu verdanken ist.

Mehrere Erklärungen der kriegführenden und der andern beim Seehandel betheiligten Mächte, besondere Edikte, Ordonnanzen, Konventionen über den Handel der Neutralen während eines Seekriegs, waren die Folge des von Rußland aufgestellten Systems, und dadurch erhielt ein wichtiger, bisher zweifelhafter Punkt des See-Völkerrechts eine Bestimmung, deren Nothwendigkeit schon lange gefühlt wurde.

Aber um diese Vortheile bleibend zu machen, wäre erfoderlich gewesen, daß man die Verbindlichkeit der aufgestellten Grundsätze nicht nur für den damaligen, sondern auch für die künftigen Kriege durch einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen den dabei interessirten Mächten anerkannt hätte.

Kaiser Joseph schlug auch bei der, wenn gleich nur auf eine bloße Förmlichkeit zurückgeführten Vermittlung Oesterreichs und Rußlands zwischen England und den bourbonischen Höfen der Kaiserin vor, diesen Anlaß zu benützen, um sich über ein allgemein verbindliches, völkerrechtliches Gesetz wegen der Schifffahrt der Neutralen zu vereinigen; er zweifle nicht, fügte er bei, die Kaiserin, welcher die Ehre gebühre, ein solches zuerst entworfen zu haben, werde geneigt

seyn, sich den Ruhm zu erwerben, auch dessen Anerkennung von den andern Mächten für jezt und für die Zukunft zu bewirken. Sogleich ließ Katharine den bereits fertigen sehr umfassenden Entwurf jener Artikel, welche die Schifffahrt der Neutralen betrafen, eiligst an ihren Gesandten in Paris mit dem Auftrage abgehen, Unterhandlung zu deren Anerkennung anzuknüpfen; auch Oesterreich that das Nämliche seiner Seits. Aber England erklärte: es würden aus der von Rußland und Oesterreich in Antrag gebrachten Anerkennung der Grundsätze der bewaffneten Neutralität nur neue, den Abschluß des Friedens verzögernde Diskussionen entstehen, und man wünsche wohl, der Formalität halber, von den vermittelnden Mächten die Mitunterfertigung des Friedensschlusses, nicht aber Anlaß zu neuen Verzögerungen zu erhalten. So unterblieb dann die allgemeine Anerkennung jener Grundsätze. Aber indem Katharinen II der Ruhm, die Schöpferin eines neuen See-Völkerrechts zu seyn, nicht zu Theil werden konnte, kann Niemand dem Grafen von Panin die Ehre streitig machen, die Grundsätze desselben mit großer Klugheit entworfen zu haben, wenn gleich seine erste Idee der bewaffneten See-Neutralität und die Kühnheit, womit er solche ausführte, weniger ein Werk tiefer Politik, als des Unmuths über des Ritters Harris unkluges und rücksichtsloses Benehmen gegen ihn seyn mochte.

Preußen

Preußen trat der bewaffneten Neutralität durch eine am 8. Mai 1781 unterzeichnete förmliche Uebereinkunft mit Rußland bei. Eine bloße Accessions-Akte, wie solche von andern Mächten ausgestellt wurde, hätte im Grunde zum Zwecke hingereicht; allein Graf Görtz sowohl, als der dem Interesse Preußens aufrichtig und eifrig ergebene Graf Panin erachteten für gerathen, daß eine förmliche Konvention abgeschlossen werde, um den andern Mächten zu beweisen, die durch so lange Jahre fortgesezte Freundschaft und Verbindung zwischen Preußen und Rußland bestehe noch fort.

Ehe wir uns mit andern wichtigen Gegenständen beschäftigen, wird es nicht undienlich seyn, einiger Reisen zu erwähnen, welche zum Theil auf dieselben großen Einfluß hatten.

Im Anfange des Jahres 1780 war Kaiser Josephs Plan einer persönlichen Zusammenkunft mit der Kaiserin Katharine zur Reife gediehen. Manche Schriftsteller, und unter diesen Castera *), behaupten, Katharine sey es gewesen, welche zuerst dem Kaiser eine Zusammenkunft vorgeschlagen habe, um ihn für ihren Plan der Wiederherstellung des griechischen Kaiserthums zu gewinnen; andere dagegen, darunter Dohm **), schreiben die erste Einleitung Joseph II zu, in der Ab-

*) Histoire de Catharine II. T. 3. p. 91.

**) Denkwürdigkeiten 1. Bd. S. 314.

sicht, eine Annäherung zwischen Oesterreich und Rußland zu erzielen, und die Kaiserin seinen Absichten in Deutschland geneigt zu machen. Das eine wie das andere ist ziemlich gleich wahrscheinlich, weil sowohl der Kaiser als die Kaiserin jedes für sich Plane entworfen hatten, zu deren Ausführung sie gegenseitiger Beistimmung und Unterstützung bedurften.

Panin war der erste, welcher den Grafen von Görz von der beschlossenen Zusammenkunft unterrichtete, und, wenn gleich dem Anscheine nach über die Folgen derselben für das bisherige System nicht sehr beunruhiget, dem Grafen zu verstehen gab, es dürfte gut seyn, wenn auch der Prinz von Preußen zu gelegener Zeit einen Besuch bei der Kaiserin abstatte.

„Man habe gegenwärtig den Plan“ — sagte Graf Panin — „einer Zusammenkunft des römischen Kaisers „mit der Kaiserin in ihren neuen Besitzungen in Weiß-„Rußland; dieß sey eine Folge der neuen Grundsätze, „nach welchen die Monarchen sich persönlich kennen und „eben so ihre Geschäfte erledigen sollen; er glaube „nicht, daß daraus nachtheilige Folgen für das gegen-„wärtige System entstehen dürften; das beste Mittel, „denselben entgegen zu wirken, möchte aber wohl seyn, „wenn der König dem Prinzen von Preußen erlaubte, „nach jener Zusammenkunft, gegen den Herbst zu, sich „nach Petersburg zu begeben. Würde der König jetzt „gleich, und ehe der Plan derselben bekannt werde,

„die Kaiserin auf eine für sie schmeichelhafte Art um die „Erlaubniß zu einem Besuche des Prinzen bitten, so „werde dadurch die Vermuthung, es geschehe blos in „der Absicht, den Planen der Feinde des gegenwärtigen „Systems entgegen zu arbeiten, entfernt, und eben „dadurch der Kaiserin Eitelkeit um so mehr geschmei- „chelt werden; der kurze Aufenthalt des Prinzen von „ein Paar Wochen in Petersburg werde gewiß in den „gegenwärtigen Umständen von großem Nutzen seyn."

Den nämlichen Rath ertheilte zur nämlichen Zeit auch Fürst Potemkin dem Grafen, jedoch scheinbar aus einer andern Veranlassung. „Es wäre mir wohl sehr „lieb gewesen" — sagte er, als zufällig von seinem Regimente die Rede war — „wenn ich dasselbe dem „Könige hätte zeigen können, was geschehen seyn würde, „hätte der Krieg fortgewährt; jezt muß man darauf ver- „zichten. Aber vor dem Prinzen von Preußen wünschte „ich solches manövriren zu lassen, und dieß wäre sehr „möglich, wenn der König demselben erlaubte, eine „Reise hieher zu unternehmen. Legen sie" — fuhr er fort — „diesen Vorschlag dem Könige vor, und im „Fall er denselben genehmiget, bitte ich, mir es zu „sagen, um das Glück zu haben, die Kaiserin davon „in Kenntniß setzen zu können. Es möchten selbst" — schloß der Fürst — „Gründe vorhanden seyn, „welche eine solche Reise rathsam, und so- „gar nothwendig machen könnten."

Görtz säumte nicht, dem Könige sowohl Panins als Potemkins in der Hauptsache übereinstimmende Aeußerungen zu berichten, und erhielt sehr bald die Weisung, der Kaiserin Bewilligung zur Reise des Prinzen von Preußen nach Petersburg durch den Fürsten Potemkin nachzusuchen. Eben dieser Auftrag war es, welcher dem Grafen die größte Verlegenheit verursachte. Er konnte nämlich nun nicht umhin, Panin davon, und folglich auch von der lezten Unterredung mit dem Fürsten, deren er bisher nicht erwähnt hatte, in Kenntniß zu setzen. Mit sichtbarer Bewegung und Empfindlichkeit erklärte ihm der alte Minister: „Da „Sie nun mit Potemkin auf dem Fuße stehen, so habe „ich Ihnen nichts weiter zu sagen; Sie können nun „weder meine Rathschläge ferner befolgen, noch zu„rückgehen. Alles, um was ich Sie bitte, ist, Jeder„mann zu verschweigen, daß ich darum wisse; ich habe „keine Verbindungen mit dem Fürsten, ich weiß nicht, „was am Hofe vorgeht.“ — Vergeblich versicherte Görtz dem Minister, die Sache wäre durch Potemkin selbst eingeleitet worden, er habe dessen unerachtet vom Könige den Befehl, sich über diesen, sowie über alle andern Gegenstände mit ihm als Preußens bewährtestem Freunde zu benehmen u. s. w. Panin beharrte darauf, daß, sowie die Sache jezt stehe, Görtz nichts anderes zu thun habe, als die Instruktion des Königs zu befolgen.

Die Lage, worin sich nun Görtz befand, war wirklich höchst unangenehm. Einer Seits verdiente Panin durch seine persönlichen Eigenschaften, durch seinen bisherigen Einfluß auf den Großfürsten, durch Alles, was er gethan hatte, um die Allianz mit Preußen zu Stande zu bringen und zu erhalten, besonderes Vertrauen und die größte Rücksicht; anderer Seits nöthigten sein Alter, seine Kränklichkeit, seine außerordentliche Unthätigkeit, eine Folge derselben, sich um Potemkins Unterstützung zu bewerben, und so wie Panin dieses bemerkte, zeigte er darüber die größte Empfindlichkeit.

Unter diesen Umständen entschloß sich Görtz, dem Fürsten die angemessene Eröffnung zu machen, und dieser ertheilte ihm nach ein Paar Tagen im Namen der Kaiserin die Versicherung: sie sey sehr erfreut, die Bekanntschaft des Prinzen zu machen, und ersuche den Grafen, dieses dem Könige in ihrem Namen zu versichern.

Somit war die Einleitung zu des Prinzen von Preußen Reise nach Petersburg ungefähr zur nämlichen Zeit getroffen, als jener zu Kaiser Josephs Zusammenkunft mit Katharine.

Katharinens vielbesprochene Reise fand endlich statt, und die Monarchin traf am 30. Mai in Mohilew ein, wo sich bereits Kaiser Joseph unter dem bescheidenen Namen eines Grafen von Falkenstein befand. Die Kaiserin hatte den Fürsten Potemkin, und

ein zahlreiches und glänzendes Gefolge, darunter mehrere Verwandte des Fürsten, bei sich; der Kaiser nur eine wenig zahlreiche und einfache Begleitung; Graf Cobenzel fand sich von Petersburg aus bei demselben ein.

Alles, was auf diese Zusammenkunft, auf die Reise des Kaisers nach Moskau, und auf dessen Aufenthalt in Petersburg Bezug hatte, beobachtete und beurtheilte Görtz mit steter Aufmerksamkeit und erprobtem, richtigem Blicke. Ueber Josephs Benehmen in Mohilew, Moskau, Petersburg, über den Eindruck, den er gemacht hatte, über die Urtheile, welche über ihn gefällt wurden, wußte sich der Graf zahlreiche Notizen aus den besten Quellen zu verschaffen.

Viel sprach man von der Leutseligkeit des Monarchen; aber man fand zugleich, daß er mit Höflichkeitsbezeigungen und Versicherungen von Freundschaft zu verschwenderisch sey, und diese dadurch an Werth verlieren. Der Kaiser wußte sich den vollen Beifall Katharinens zu erwerben; sein Umgang, sein Benehmen gefiel ihr; er verstand es, seine Würde zu behaupten, und benahm sich gegen Jedermann gleich höflich, gleich gefällig, ohne sich herabzulassen, die kleinen Günstlinge der Kaiserin besonders auszuzeichnen. Ja, er that sogar etwas, was dem Fürsten Potemkin missfallen mußte; er bewies nämlich vor allen andern, und selbst vor dem Fürsten, dem Feldmarschall Romanzow eine ganz vorzügliche Aufmerksamkeit und Achtung, und bat die

Kaiserin, demselben zu erlauben, für die Zeit seines Aufenthalts in Petersburg dahin zu kommen.

Es wurde als eine Sonderbarkeit bemerkt, daß der Kaiser, welcher inkognito reiste und bei seinem Minister wohnte, doch nicht bei ihm, sondern im Wirthshause essen wollte. So hielt er es auch während der ganzen Reise. In der Ukräne speiste er nie, weder bei, noch mit dem Feldmarschall Romanzow; das Nämliche geschah in Moskau. Auch in Petersburg nahm er keine Tafel bei den Ministern oder Großen an, was diesen sehr mißfiel, weil ihnen dadurch die Gelegenheit entging, ihre Pracht und ihren Reichthum zur Schau zu stellen. Die Kaiserin besuchte er stets in Stiefeln und Spornen; auf der Reise war er allein in seiner Kalesche, und schlief auf einem Strohsacke.

Nur eine Stunde nach seiner Ankunft in Petersburg begab sich der Kaiser zu Fuß, von einem einzigen Bedienten begleitet, in einen Gasthof, dessen Besitzer ein Preuße war, und wo mehrere Personen wohnten, die Görtz von Allem, was dort vorging, unterrichteten. Hier suchte ihn der Hofmarschall Fürst Variatinsky auf, um ihm der Kaiserin freudige Theilnahme an der glücklichen Ankunft zu bezeigen. Als der Lohnlaquai den Fürsten eintreten ließ, sagte der Kaiser zum erstern so laut, daß es der leztere vernehmen konnte: „Warum „führt Ihr Jedermann herein? Ich habe Euch schon „gesagt, daß ich heute Niemand sehen will!" —

Nur wenige Worte sprach er mit dem Fürsten und entließ ihn.

Cobenzels Haushofmeister hatte es übernommen, für die Tafel des Kaisers und seines Gefolges die nöthigen Mundvorräthe zu liefern. Als aber eines Tages die Ausgaben dafür auf 400 Rubel angesezt wurden, entzog man ihm diese Lieferung, und der Kaiser ließ Alles durch seine eigenen Leute einkaufen.

Unerachtet dieser Sparsamkeit war Joseph II doch, nachdem er von dem russischen Hofe nähere Kenntniß erlangt hatte, in seinen Geschenken zu Mohilew, Moskau und Petersburg sehr freigebig, und solche betrugen in Prätiosen und Nippen große Summen. Der Fürst Potemkin, die Feldmarschalle Romanzow und Czernitscheff, Graf Panin, Graf Ostermann, der Oberstallmeister Narischkin u. s. w. erhielten reich mit Brillanten besezte Tabatieren, Ringe von Brillanten u. dgl. Der Dienerschaft des Grafen Cobenzel wurden 2000 Rubel, jener des Großfürsten 1000 Dukaten, einem Stallknechte, welcher dem Kaiser bei dem Manöver in Moskau das Pferd hielt, 100 Dukaten, in die kaiserliche Küche und für die Hoflivree 2000 Dukaten gegeben; allenthalben, wo der Kaiser etwas besah, ließ er Geschenke von 40, 50 bis 100 Dukaten austheilen.

Bei Besichtigung der Merkwürdigkeiten, worauf die russische Nation sehr stolz ist, schien er nicht nur

öfters unaufmerksam zu seyn, sondern er erlaubte sich auch manchmal Ironie und sonderbare Fragen. So z. B. fragte er auf der Bank: ob man wohl im Stande sey, all ihr Papiergeld gegen baares auszuwechseln? Und auf der Münze, wo er einen großen Vorrath von Silber wahrnahm: ob davon immer so viel vorhanden sey?

Für den König von Preußen zeigte Joseph II bei jeder Gelegenheit die größte Achtung, und äußerte sich: derselbe sey durch sein großes Genie über alle Sterblichen erhaben.

Besonders bewarb sich der Kaiser um die Freundschaft des damaligen Großfürsten, nachherigen Kaisers Paul, und seiner Gemahlin, und es gelang ihm, beide für sich zu gewinnen, ohne jedoch in den Gesinnungen des Großfürsten für Preußen eine Aenderung hervorzubringen.

Mehr als diese Hof= und Salons=Anekdoten interessirten den Grafen von Görtz die geheimen Unterhandlungen des Kaisers. Daß Cobenzel und Potemkin auf der Reise schon unaufhörlich mit einander Konferenzen hielten, erfuhr der Graf aus zuverlässiger Quelle, aber zugleich erhielt er auch aus eben jener Quelle die Versicherung, solche haben die Politik nicht betroffen. Dieß war nicht ganz richtig. Denn wenn gleich, wie man in der Folge erst erfahren hat, eigentlich die Vermählung

des Prinzen Franz von Toskana mit der Schwester der Großfürstin der Hauptgegenstand jener Unterhandlungen war, so wurde doch dadurch eine Abänderung in Rußlands politischem Systeme vorbereitet, welche dem Grafen Panin und Ostermann eben so wohl, als die projektirte Heirath selbst, damals unbekannt blieb. Beide glaubten also nach ihrer eigenen Ueberzeugung Görtz beruhigen zu können, und behaupteten: alle Höflichkeits= und Freundschafts=Bezeigungen zwischen ihrer Monarchin und dem Kaiser werden auf die Verbindung zwischen Preußen und Rußland keinen Einfluß haben; eine Versicherung, welche Panin dem Grafen auch später noch während des Kaisers Anwesenheit mit der merkwürdigen Aeußerung wiederholte: es sey nicht einmal versucht worden, solche zu erschüttern.

Während seines Aufenthalts in Petersburg hatte der Kaiser mehrere Unterredungen mit dem Grafen Panin, theils allein, theils in Gegenwart der Kaiserin. Er überhäufte dabei diesen alten Minister mit Lobeserhebungen auf Kosten seines eigenen Ministers, des Fürsten Kaunitz. Graf Panin benützte eine dieser Unterredungen, um dem Kaiser die Bemerkung zu machen: nach seiner Ueberzeugung werde Europa der Allianz der Höfe von Wien und Petersburg mit Frankreich und Preußen seine Ruhe zu verdanken haben; daher sey es Pflicht der großen Mächte, diese Wohlthat der Mensch=

heit zu verschaffen. Weit entfernt, zu widersprechen, erkannte Joseph die Richtigkeit dieser Bemerkung. Ja, bei einer nachfolgenden Unterredung kam er selbst auf diese Grundsätze zurück; Rußlands und Preußens Allianz, versicherte er, sey zur Aufrechthaltung der Ruhe Europa's nothwendig, hinzufügend jedoch: sein einziger Zweck sey, sich Rußlands Freundschaft zu erwerben.

Auch des Fürsten Potemkins Versicherungen konnten den Grafen über des Kaisers Plane und deren Erfolg vollkommen beruhigen. Es sey sehr natürlich, sagte Potemkin, daß man sich durch so einen Besuch geschmeichelt finde; dieß aber ändere an dem bisherigen Systeme nichts.

Unerachtet dieser übereinstimmenden Versicherungen hatten doch zwischen Katharinen und dem Kaiser persönlich vertrauliche Unterhandlungen und selbst Verabredungen stattgefunden, worüber man aber erst später Aufschlüsse erhielt. Joseph II wollte die Allianz Rußlands mit Preußen trennen, und sich der erstern Macht gegen die leztere versichern; Katharine II suchte Oesterreichs Allianz, um ihren Plan gegen das osmanische Reich auszuführen. Der erstere machte der Kaiserin den Antrag, er wolle die Pforte in den gehörigen Schranken halten, und ihr die Mittel nehmen, den Frieden und die Ruhe ihrer Nachbarn zu stören;

dagegen hätte die Kaiserin die nämliche Verpflichtung gegen Preußen zu übernehmen. Auf diesen Antrag ging die Kaiserin nicht ein, weil solches ihrer Allianz mit Preußen zuwider sey, vielleicht auch, weil sie besorgte, sie könnte dadurch in einen Krieg in Europa verwickelt, und in ihrem Vorhaben gegen die Pforte gehindert werden. Aber Katharine, welche allein und ohne Jemand zu Rathe zu ziehen, die Politik leitete, beschäftigte sich von nun an mit dem Plane, zu gleicher Zeit mit beiden Höfen alliirt zu seyn.

Es kam zwar während des Kaisers Aufenthalt in Rußland kein Traktat zu Stande, wohl aber eröffnete die Kaiserin ihrem Gaste die Aussicht auf Italien, wenn ihr gestattet werde, ihren Plan gegen die Pforte auszuführen; jedoch darüber, sowie über Oesterreichs Wunsch, Bayern durch einen Tausch gegen die Niederlande zu erwerben, wurden nur im Allgemeinen gegenseitige Zusicherungen wörtlich ertheilt *).

Mit des Kaisers Abreise von Petersburg nahte sich der Zeitpunkt, wo nach der genommenen Abrede Friedrichs II Neffe und Thronfolger, der Prinz, nachheriger König Friedrich Wilhelm, die Reise dahin antreten sollte.

Bei dieser Reise war der dabei nöthige Aufwand ein Gegenstand vorzüglicher Aufmerksamkeit für den Kö-

---

*) Dohms Denkwürdigkeiten. Erster Theil. S. 420.

nig, dessen Sparsamkeit zu jener Zeit den höchsten Grad erreicht hatte. Er ließ sich die Rechnungen über die früher vom Prinzen Heinrich nach Petersburg unternommene Reise vorlegen, und fand nun auf einmal, daß die Ausgaben auf derselben übertrieben hoch waren. Daher fing er damit an, alle Posten auf die Hälfte oder den vierten Theil herabzusetzen, und endigte damit, daß er für die ganze Reise dreißigtausend Thaler bestimmte.

Der Prinz, der schon dreißigtausend Franken nach Paris geschickt hatte, um für diese Sendung an einem prunkvollen Hofe seine Garderobe, und was dazu gehörte, in den seiner Würde angemessenen Stand zu setzen, sah das Unzulängliche der vom Könige bestimmten Summe ein, und entschloß sich, den unvermeidlichen größern Aufwand durch Anlehen auf eigene Rechnung zu decken. Mit einmalhunderttausend Thalern, erachtete der darüber befragte Graf Görtz, ließe sich derselbe, aber ohne die nöthigen Geschenke, bestreiten, doch sey außer jener Summe noch ein guter Kreditbrief nöthig, um auf unvorgesehene Ausgaben gefaßt zu seyn. Die Geschenke aber sah der Graf als einen Gegenstand an, bei dem lediglich keine Sparsamkeit stattfinden könne; denn jezt noch sage man, selbst ihm, jene, welche Prinz Heinrich gemacht habe, seyen kleinlich gewesen. Kaiser Joseph habe, nach seiner bekannten Sparsamkeit, anfänglich auch Geschenke von geringem

Werthe gegeben, z. B. dem General Soritz, welcher ihm auf seinen Gütern glänzende Feste gab, einen Ring von 3000 Rubeln u. s. w.; er habe jedoch auf erhaltene Winke sich bald freigebiger gezeigt, und dadurch einen sehr guten Eindruck gemacht.

Diese Bemerkungen veranlaßten den Prinzen, dem Rathe des Grafen von Görtz gemäß, ein Anlehen von einmalhunderttausend Thalern aufzunehmen, sich mit einem Kreditbriefe zu versehen, und außerdem mit dem Juwelier Baudisson der zu Präsenten nöthigen Prätiosen wegen eine billige Uebereinkunft zu treffen. Somit waren alle Vorbereitungen vollendet, um den Prinzen in den Stand zu setzen, die ihm zugedachte Sendung mit dem gehörigen Anstande übernehmen zu können.

Alles dieses geschah von dem Prinzen auf die bloße, jedoch aus zuverlässiger Quelle erhaltene Nachricht, daß ihm der König jene Sendung übertragen werde; denn dieser sprach mit ihm erst gegen Ende Junius davon. Aber auch dann noch beobachtete er gegen seine Minister darüber ein gänzliches Stillschweigen, so zwar, daß Graf Finkenstein, mit welchem der Prinz deßhalb sprechen wollte, sich mit der Versicherung entschuldigte, der König habe ihm lediglich noch nichts gesagt.

Zu des Prinzen Begleiter hatte der König den Herrn von Wittinghoff, und wahrscheinlich aus einer

zarten Aufmerksamkeit für den Grafen von Görtz, dessen Bruder, den General, ernannt.

Die Ankunft des Prinzen in Petersburg sollte im September, alten Styls, erfolgen; allein durch Verwechselung des alten mit dem neuen Kalender geschah es, daß der König den Prinzen zu früh abreisen ließ.

Als die Kaiserin davon Nachricht erhielt, äußerte sie, ihn erst gegen den 25. August (6. September) zu erwarten. Die Ursache war, weil sie erst bis dahin vom Lande in die Residenz zurückkam, auch die dem Prinzen bestimmte Wohnung nicht früher zu seinem Empfange hergerichtet werden konnte. Daher mußte derselbe einige Zeit unterwegs verweilen, und Graf von Görtz, der ihm bis Narva entgegenreiste, benützte die Zeit, um denselben theils mündlich, theils schriftlich von Allem zu unterrichten, was ihm bei seinem Aufenthalte in Petersburg zu wissen nöthig oder nützlich seyn konnte.

Nicht unvorbereitet, sondern ganz bekannt mit allen Verhältnissen des russischen Hofes, kam also der Prinz an demselben an. Bei seiner ausgezeichneten Gestalt, in der Kraft des männlichen Alters, begabt mit einem gebildeten Geiste und einem sehr angenehmen Umgange im gesellschaftlichen Leben, in seinem ganzen Benehmen berathen und geleitet durch Görtz, war es dem Prinzen leicht, die Geneigtheit der Kaiserin und den Beifall ihrer Umgebungen zu erwerben. Alle Gro-

ßen überboten sich in Bezeigung ihrer Verehrung und Aufmerksamkeit für den erhabenen Gast. Dieser aber benahm sich gegen sie mit mehr Gefälligkeit, als Kaiser Joseph, indem er ihnen sogar Besuche in ihren Wohnungen abstattete, was der Kaiser, wenn gleich unter dem Inkognito eines Grafen von Falkenstein, nicht gethan hatte.

Die Kaiserin bezeigte dem Prinzen ein ausgezeichnetes Wohlwollen und großes Vertrauen; sie äußerte sich bei jeder Gelegenheit und laut über ihn auf die schmeichelhafteste Art, und gab durch persönliche Auszeichnungen und glänzende Feste zu erkennen, wie sehr sie sich seines Besuches freue.

Mit dem Großfürsten Paul, der von früher Jugend an durch den Grafen Panin in dem Interesse Preußens gebildet und bestärkt ward, und mit dessen Gemahlin, welche die Ergebenheit ihrer Familie für den König und sein Haus theilte, wurde eine sehr enge Freundschaft geschlossen, die auch in Zukunft Preußen die günstigsten Aussichten eröffnete.

Sehr schwierig war es, bei Potemkins und Panins persönlichen Verhältnissen diese beiden Männer gleich für sich zu gewinnen; bei des erstern und der Seinigen Anmaßung, und bei des leztern zu großen Reizbarkeit konnte man leicht unverschuldet sich dem einen oder dem andern abgeneigt machen, und dem Prinzen von Preußen mußte vorzüglich daran liegen, beide zugleich in

einer

einer guten Stimmung zu erhalten. Solches gelang auch durch kluges und würdevolles Benehmen; Potemkin bewies ihm nicht nur die größte Verehrung und Ergebenheit, sondern betheuerte ihm auch bei der Abreise, wie sehr er wünsche, seinen Beifall sich für die Zukunft zu erhalten; Panin aber versicherte, er betrachte die persönliche Bekanntschaft des Prinzen als eines der glücklichsten Ereignisse seines Lebens.

Unerachtet der großen Auszeichnungen, welche dem Prinzen zu Theil wurden, und unerachtet des allgemeinen Beifalls, den er sich zu erwerben wußte, konnte er doch den Hauptzweck seiner Reise nach Petersburg nicht erreichen; denn die Kaiserin hatte bereits in Geheim ein anderes, dem bisherigen entgegengeseztes System angenommen. Zwar beobachtete sie noch alle Formen des vorigen, und bezeigte die nämliche Freundschaft, wie früher, für den König von Preußen; aber des Prinzen Anwesenheit vermochte nicht, den Eindruck, den Kaiser Joseph gemacht hatte, zu schwächen, noch die Absichten der Kaiserin zu ändern. Sie war daher nicht zu bewegen, den im Jahre 1764 auf acht Jahre geschlossenen Allianz-Vertrag, wie solches im Jahre 1772 geschehen war, zu erneuern, unerachtet eben der Zeitpunkt dazu wieder vorhanden war. Ja, sie gab sogar bald zu erkennen, daß ihr der Besuch des Prinzen lästig falle, indem sie ihm unerwartet sagen ließ, alle Anstalten zu seiner Rückreise seyen bereits ge-

troffen, so daß derselbe nicht einmal, wie er gewünscht hatte, den nahen Geburtstag der Großfürstin noch am russischen Hofe zubringen durfte *).

So hatte denn der Prinz von Preußen, weniger glücklich als Kaiser Joseph, den Hauptzweck seiner mit großem Aufwand unternommenen Reise nicht erreicht. Nicht minder freigebig als der Kaiser zeigte sich der Prinz in Geschenken an Prätiosen und baarem Geld, und sie mußten sich schon deswegen um viel höher als jene des Kaisers belaufen, weil der Prinz nicht inkognito reiste, und ein zahlreiches Hofpersonal zu seiner Bedienung erhielt, **) wovon allen Individuen nach ihren verschiedenen Abstufungen Geldgeschenke im Betrag von 400 bis auf 20 Rubel gereicht wurden.

Bei des Prinzen Zurückkunft nach Potsdam bezeigte sich der König mit dessen Reise äußerst zufrieden, mehr zuverlässig aus Politik als aus Gefühl. Ne-

---

*) Dohms Denkwürdigkeiten. 2ter Theil, Zusätze und Berichtigungen XIX. XX.

**) Einen Hoffourier, einen Haushofmeister, einen Mundschenk, zwei Zuckerbäcker, einen Kellermeister, einen Küchenschreiber, einen Kaffeeschenk, zwei Kammerlaquaien, zwölf Hoflaquaien, vier Heiducken, zwei Laufer, einen Tafeldecker, fünf Köche, zwei und dreißig Bäcker- und Küchengehülfen, ein und dreißig andere Gehülfen, ein Kastellan, zehn Wäscherinnen, zehn Frotteurs u. s. w.

her 2 Stunden unterhielt er sich mit demselben, befahl den Offizieren der Garnison, ihm die Aufwartung zu machen, um ihm zu seiner Rückkehr ihre Glückwünsche abzustatten, was für eine ungewöhnliche und sehr schmeichelhafte Auszeichnung galt, und entließ ihn erst am zweiten Tag.

Eine andere etwas später bekannt gewordene Reise des Großfürsten Paul von Rußland und seiner Gemahlin an verschiedene Höfe, und darunter insbesondere nach Wien, gab den Politikern neuen Stoff zu Konjekturen, und dem Grafen Görtz zu Besorgnissen. Manchem der ersten fiel der Name eines Grafen von Norden auf, worunter der Großfürst das Inkognito auf dieser Reise beobachten sollte, und das Siegel, welches zu dem Ende gefertiget wurde, den Polarstern enthaltend; sie zogen daraus die Folge, daß derselbe wohl auch eine ähnliche Bedeutung haben könnte wie der Morgenstern auf der bei des Großfürsten Konstantin Geburt geschlagenen Medaille. Den Grafen von Görtz aber beunruhigte die Entfernung des Großfürsten von dem Grafen von Panin, der noch dessen ganzes Vertrauen genoß, unerachtet er jenes der Kaiserin schon lange ganz verloren hatte; die Katharinen ganz ergebene Begleitung des Prinzen und seiner Gemahlin; derselben Aufenthalt in Wien, wo Kaiser Joseph voraussichtlich Alles anwenden würde, um sich des Geistes beider eben so gut zu bemächti-

gen, wie es ihm gelungen war, diese Absicht bei der Kaiserin zu erreichen; die vorherrschende Anhänglichkeit der andern Höfe, welche der Prinz zu besuchen gedachte, an den Wienerhof und deren Verbindungen mit demselben. Selbst die nachdrücklichsten Versicherungen, welche der Großfürst und dessen Gemahlin über die Unveränderlichkeit ihrer Gesinnungen für Friedrich II und ihre Anhänglichkeit an das bisherige System vor ihrer Abreise dem Grafen von Görtz ertheilen ließen, konnten denselben nicht ganz beruhigen, und der freilich erst in der Folge bekannt gewordene Umstand, daß die Kaiserin dem Großfürsten untersagt habe, auf ihrer Reise den König von Preußen zu besuchen, bestätigte die Richtigkeit der deshalb gehegten Besorgnisse.

Noch während des Aufenthaltes des Prinzen von Preußen in Petersburg war der bei der Reise des Kaisers verabredete Plan einer Vermählung des Prinzen, nachherigen Kaisers Franz von Toskana, mit der Prinzessin Elisabeth von Würtemberg, Schwester der Großfürstin von Rußland, bekannt geworden; auch von einer Vermählung des Herzogs von Würtemberg mit einer Prinzessin aus dem österreichischen Haus war die Rede. Kaiser Joseph wollte nämlich auch durch Bande der Verschwägerung die mit der Kaiserin von Rußland in Geheim verabredete Verbindung verstärken und befestigen. Katharine, gleiche Gesinnungen

hegend, hatte die Absicht, dem Großfürsten und seiner Gemahlin durch die Entfernung von Petersburg, und durch einen längeren Aufenthalt in Wien und an den mit Oesterreich verwandten oder verbündeten Höfen jene Vorliebe für das neue System einzuflößen, von welcher sie sich selbst durchdrungen fühlte. Nach einigen, wenn gleich nicht ganz zuverlässigen, Nachrichten wollte die Kaiserin überdieß noch den Großfürsten aus dem Grunde auf einige Zeit aus Rußland entfernen, damit sie sich um so ungehinderter mit ihrem Plan gegen die Pforte beschäftigen könne, der, wie sie wohl wußte, den Beifall des Prinzen keinesweges hatte.

Eben deswegen erregte diese Reise in dem Grafen von Görtz sehr gegründete Besorgnisse, und er sammelte daher sorgfältig alle über die hohen Reisenden nach Petersburg mitgetheilten Nachrichten. Was des Grafen Besorgnisse in etwas verminderte, war die noch im Jäner und Hornung 1782 von Panin wiederholt erhaltene Versicherung, der Großfürst bestehe auf dem Entschluß, seine Rückreise über Berlin zu nehmen; denn Görtz hielt sich überzeugt, seines Königs überwiegendes Genie werde dann alle für Preußen nachtheiligen Eindrücke, welche Paul auf seiner Reise erhalten haben könnte, zu verlöschen wissen.

Aber unerachtet der bei jeder Gelegenheit wiederholten Versicherungen des Grafen von Panin über die

Unabänderlichkeit der Gesinnungen des Großfürsten, wollte man doch in Berlin eine Erkaltung derselben bemerken, und schon im März schrieb Herzberg an Görtz, Niemand glaube mehr an den Besuch des Großfürsten in Berlin. Später erhielt Friedrich II über die Gesinnungen der Kaiserin, und über deren genaue Kontrole aller Schritte des Prinzen Aufschlüsse, welche ihn bewogen demselben zu erkennen zu geben: so sehr ihn sein Besuch freuen würde, so verzichte er doch auf dieses Vergnügen, weil er voraussehe, wie schwierig des Prinzen Stellung bei seiner Zurückkunft nach Petersburg seyn würde. Mit voller Ueberzeugung theilte der Prinz diese Ansicht und ließ dem König die oft wiederholte Versicherung erneuern: nie werde er von den angenommenen Grundsätzen abweichen.

So sehr und so laut sprach der Großfürst seine Gesinnungen noch auf seiner Rückreise nach Petersburg in Warschau aus; (November 1782) so bestimmt waren die Aufträge, die er noch dort dem preußischen Residenten Buchholz gab, daß dieser selbst fand, der Prinz habe sich zu weit herausgelassen, und er könnte sich deshalb sehr leicht mit seiner Mutter entzweien.

Wie aufmerksam die Kaiserin auf den Großfürsten während seiner Reise war, und wie genau sie von Allem unterrichtet seyn wollte, was ihm während derselben von Petersburg aus zukam, erhellt daraus, daß alle an ihn abgehenden Briefe eröffnet und ihr vorge-

legt werden mußten, und mit welcher großen Strenge darob gehalten wurde, mag folgende Anekdote beweisen.

Der Oberst Bibikof, Adjutant der Kaiserin, aber auch zugleich ein von dem Großfürsten durch Vertrauen und Wohlwollen besonders ausgezeichneter Offizier, vertrauter Freund des Grafen Panin und ihm ganz ergeben, wohl wissend, wie alle an den Großfürsten abgehenden Briefe behandelt wurden, suchte es immer dahin einzuleiten, daß die an denselben abgeschickten Kouriere aus den Offizieren seines Regiments genommen wurden, wozu er jedesmal diejenigen auswählte, auf welche er sich ganz verlassen konnte. Dieß war der einzige Ausweg, um mit dem Großfürsten und seinem Gefolge eine vertrauliche Korrespondenz zu unterhalten. Bibikofs Benehmen erregte endlich Verdacht und man wartete daher ab, bis ein dessen besonderes Vertrauen genießender Offizier von seinem Regiment an den Großfürsten abgeschickt wurde. Es wurde bemerkt, daß sich dieser Offizier vor der Abreise einige Stunden in dem Hause des Grafen von Panin aufhielt, und man ließ ihn dann ohne allen Anstand seine Kourierreise antreten. Der Gouverneur von Riga hatte aber bereits den Befehl, ihn bei seiner Ankunft durchsuchen zu lassen, und ihm Bibikofs Briefe abzunehmen und nach Petersburg einzuschicken. Sowie diese der Kaiserin vorgelegt wurden, erging der Befehl den Oberst festzusetzen, und in die Festung

zu bringen. Bibikofs Verbrechen bestund vorzüglich in einem Schreiben an den Fürsten Kurakin, worin von zwei Parteien die Rede ist, welche sich das Gleichgewicht halten, und worüber man lachen könnte, wenn nicht das Vaterland darunter litte; ferner in dem Beisatz: man könne sich nur der Hoffnung einer bessern Zukunft überlassen, und endlich in der Bitte, dem Großfürsten und seiner Gemahlin zu versichern, er sey zu jeder Stunde bereit, sein Blut für sie zu vergießen.

Bibikof, hierüber befragt, versicherte, unter den beiden Parteien habe er Potemkin und Lanskoy, und unter der bessern Zukunft den Zeitpunkt verstanden, wo die Kaiserin den Fürsten Potemkin von sich entfernen werde. Dieser Erklärung ungeachtet verlor er seine Adjutantenstelle und sein Regiment, und wurde nach Astrachan unter dem Befehl eines Obersten geschickt; der als Kourier abgeschickte Offizier aber, ein geborner Mömpelgarder, und von der Großfürstin protegirt, gab unter der Knute seinen Geist auf, weil Bibikof in seinem Brief sich auf dessen mündliche Ausrichtungen bezogen hatte, und man sich vergeblich bemühte, ihn zu einem Geständnisse zu bringen.

Achter Abschnitt.

Rußland und die Pforte.

Unter allen Planen, welche Katharinens großer Geist entwarf, war wohl keiner riesenhafter als jener der Vertreibung der Osmanen aus Europa und der Gründung eines griechisch-orientalischen Kaiserthums auf den Trümmern ihrer Besitzungen.

Ob dieser Plan ein Vermächtniß Peters des Großen war, ob er zuerst vom Feldmarschall von Münch entworfen und Katharinen vorgelegt wurde, oder ob er dieser Monarchin selbst sein Daseyn zu verdanken hatte, kann dahin gestellt bleiben; daß er aber wirklich bestand, daß er ein steter Gegenstand der Wünsche und des Strebens der Kaiserin war, daß sie dessen Gelingen durch alle ihrer Macht und Politik zu Gebote stehenden Mittel zu sichern suchte, daß sie den Werth der bestehenden und abzuschließenden Bündnisse vorzüglich nach dem Beistand abwog, der ihr dadurch in Ausführung desselben zu Theil werden könnte — unterliegt keinem Zweifel. Der Erfolg ihrer bisherigen Unternehmungen, die sichtbare und zunehmende

Schwäche der Pforte, der National- und Religions-Haß der Russen gegen die Türken, die übereinstimmenden Gesinnungen und der öffentliche Beifall von Staatsmännern und Gelehrten ermunterten und bestärkten Katharinen in ihrem Vorhaben. Von jenen hatte Herzberg schon bei der ersten Theilung Polens den Vorschlag gemacht, das griechische Kaiserthum unter der Garantie der großen Mächte herzustellen; unter die Gelehrten, welche Katharinens Plan hoch anpriesen und ihr für dessen Ausführung im Voraus die Krone der Unsterblichkeit verhießen, gehören vorzüglich: Voltaire und Choiseul Gouffier. Mehr jedoch als durch jede andere Betrachtung mochte sich die Kaiserin zur Ausführung jenes großen Plans durch ihre eigene Ruhmbegierde und durch die ihrer Eitelkeit schmeichelnde Aussicht, die Wiederherstellerin des orientalischen Kaiserthums zu werden, hingezogen fühlen. Sie wollte zwei ihrer Enkeln als Kaiser auf den Thronen großer und mächtiger, von ihr begründeter und erweiterter Reiche zurücklassen; Alexander sollte das russische, Konstantin das griechische Kaiserthum erhalten, und die Verbindung beider Brüder Rußlands Uebergewicht in Europa und Asien sichern und mehren.

Nach und nach wurde der Kaiserin anfänglich geheim gehaltener Plan bekannt, vorzüglich bei der

Geburt ihres Enkels Konstantins; und Katharine schien eben sowohl auf die Sorglosigkeit und Schwäche der Türken, als auf die aus Gefälligkeit, aus Interesse oder aus Achtung für Rußlands Macht zu erzielende Beistimmung der übrigen Monarchen Europa's zu zählen.

Außer den bekannten zum Theil in Dohms Denkwürdigkeiten angeführten Thatsachen, welche Katharinens Vorhaben kund gaben, dürften noch ein paar andere der Erwähnung werth seyn, da sie merkwürdig genug scheinen, um gekannt zu werden.

Im Jahre 1780 ließ Katharine eine Medaille schlagen, auf welcher ein Blitzstrahl die große Moschee zu Konstantinopel zerschmettert, und dem Titel der Kaiserin beigefügt ward: propugnatrix fidei. — Gleich bei der Geburt des Prinzen Konstantin wurde eine andere Medaille geschlagen, jedoch bald zurückgenommen, auf deren einen Seite sich die Büste der Kaiserin, und auf der andern ein kleiner aufgehender Stern, in der Mitte Rußland mit dem Kind, zwischen der Hoffnung, welche auf den Stern hindeutet, und der Religion, im Hintergrunde aber die Sophienkirche zu Konstantinopel abgebildet sind. Unten ist der Tag der Geburt des Prinzen, und oben in russischer Sprache ein Motto angebracht, welches so viel sagen will als: die Verbindung von Dreien. Der Kaiserin Absicht auf die europäischen Besitzungen der

Pfot e ergibt sich insbesondere aus einer im Jahr 1783 verfaßten, wenn gleich nicht öffentlich erschienenen Karte, welche Katharine einem von ihr selbst für den Unterricht ihrer Enkel unter dem Titel: Fortsetzung der Grundsätze der Studien, verfaßten Werk in russischer Sprache beifügte. Unterhalb der Karte rechts siehet man ein Piedestal, welches mit dem russischen, von Lorbeeren umgebenen Wappen geziert ist, und auf dem die Worte: Griechenland und der Archipel zu lesen sind. Ein zur Seite des Piedestals aufrecht stehender Genius stüzt mit der rechten Hand den russischen Wappenschild, und hält in seiner Linken einen Pfeil, Pferdeschweife, Fahnen mit dem Halbmond und andere Trophäen; in der Ferne ist ein russisches Schiff abgebildet, wie es ein türkisches in den Grund bohrt. Die Art, wie die auf der Karte dargestellten Länder durch Farben bezeichnet wurden, scheint anzuzeigen, welche derselben, das neugriechische Kaiserthum bilden sollten. Die Karte selbst fängt nordwestlich bei dem Gebiet von Ragusa an, und ist nördlich durch eine Linie vom venetianischen Meerbusen durch Scopia, Sophia, Philippopolis, Adrianopel bis an das schwarze Meer begränzt. Von dieser Linie bis an die südliche Spitze von Morea ist die Karte gelb illuminirt: die nämliche Farbe haben auch die jonischen Inseln, jene des Archipels, mit Einschluß von Mytilene und Samos, wenn gleich diese

lezten beiden von den Geographen zu Asien gerechnet werden. Gegen Abend sieht man einen kleinen Theil von Neapel und Sizilien grün bezeichnet; gegen Morgen einen Theil von Natolien, begränzt durch eine andere Linie, welche ein wenig nördlich von Pendaraschi (ehemals Heraklea) anfängt und in dem Meerbusen von Syrien endigt. Dieser Theil von Kleinasien und die an dessen Küste befindlichen Inseln sind roth illuminirt, desgleichen Candia, Lemnos und drei andere in dessen Nähe liegende kleine Inseln. „Die Karte" — schrieb Herzberg an Görtz, der solche dem Ministerium beschrieben hatte — „gilt uns so viel als die „Kenntniß des Theilungs-Vertrags."

So weit aussehend waren Katharinens Plane, daß sie mit Kaiser Josephs Hülfe in Europa zwei große Kaiserreiche, das orientalische und das occidentalische, errichten wollte. „Die Kaiserin" — sagte dieser bei seinem Aufenthalte in Petersburg dem Großfürsten — „hat große Projekte; sie will mir Rom überlassen und „Konstantinopel für sich nehmen, um die alten Kai„serthümer des Orients und des Occidents wieder her„zustellen; dieß wäre sehr gut, wenn wir allein Herr „auf dieser Welt wären."

Seit dem Frieden von Kutschuk Kainardgi war Katharine mit den Mitteln zur Ausführung ihres großen Planes vorzüglich beschäftigt.

Rußland hatte zwar durch diesen Frieden der

Compare

Pforte ganz Beßarabien, die Städte Akierman, Kilia, Ismael und die Feste Bender nebst der Moldau und Wallachei und den in Besitz genommenen Inseln im Archipel zurückgegeben, allein die Festung Kinburn am Ausfluß des Dniepers, mit einem gut gelegenen Landstrich, die Stadt Aßow mit dem dazu gehörigen Gebiete, die große und kleine Kabardei war Rußland geblieben. Was daher dieses Reich gegen Westen der Pforte zurück gab, ward durch die vortheilhafteste Ausdehnung seines Gebiets gegen Osten hin reichlich ersezt. Meister der Ausflüsse des Dniepers in das schwarze und des Dons in das asowsche Meer, befugt innerhalb der neuen Gränze, wo es für gut erachtet ward, Festungen und Niederlassungen zu begründen, wurde dadurch Rußlands Schiffahrt und Handel auf dem schwarzen Meer noch besser als durch die ausdrücklichen Bedingnisse des Traktats gesichert. Auch umzingelten diese neuen Erwerbungen Rußlands einen Theil der östlichen Gränze der türkischen Staaten und versezten die russische Macht in die Nachbarschaft kriegerischer, die Oberherrschaft der Pforte nur mit Widerwillen ertragender Völker und Fürsten Asiens und des auf die Pforte stets eifersüchtigen persischen Reichs.

Sehr klug benüzte Katharine diese Vortheile. Kerson ward durch sie begründet, der Schiffsbau am schwarzen Meere mit großem Eifer und Aufwand be=

trieben, und bald bedeckten nicht nur russische Handelsschiffe, sondern auch Kriegsschiffe jenes Meer. In Georgien knüpfte Katharine mit dem Fürsten Heraklius von Kartalinien und Kachet, und mit dem Sultan Salomon von Imirette Verbindungen an, wußte von ihnen die Aufnahme russischer Truppen zu erhalten, versicherte sich ihres Beistandes gegen die Türken, und endigte damit, daß sie beide bewog, sich freiwillig dem russischen Scepter zu unterwerfen. Dafür wurden sie durch russische Orden und Uniformen gelohnt, auch mit reichen Kronen von Gold und Edelsteinen für die von den Vorfahren ererbten Zeichen ihrer Würde und Unabhängigkeit, worauf sie verzichteten, beschenkt.

Persiens nördliche Gränzen waren von den Tataren des Kaukasus und Dagestan bewohnt, einer unruhigen und raublustigen Nation, die von jeher an der russischen Gränze, insbesondere gegen die Karavanen von Astracan Unordnungen begangen hat. Seit dem Tod des Kerim Chan, wo Persien allen Gräueln einer gänzlichen Anarchie Preis gegeben war, wagten jene Völker häufigere Einfälle in das russische Gebiet.

Nach der Meinung aller, der Lokalitäten kundigen Militär-Personen würde ein Korps von 3 bis 4000 Mann hingereicht haben, diese Räuber im Zaum zu halten; man fand aber für gut, eine ganze Ar-

mee gegen sie zu schicken, die nöthigen Falls im Stande gewesen wäre, ganz Persien zu erobern. Die Veranlassung dazu war folgende:

Die Professoren Gmelin und Pallas, vor einigen Jahren beauftragt, den physischen und politischen Zustand der am kaspischen Meer gelegenen Provinzen zu untersuchen, glaubten wichtige Bemerkungen über die Möglichkeit einer Verbesserung jenes Zustandes gemacht zu haben, und legten solche der Regierung vor. Pallas insbesondere, ein gewandter und geschickter Mann, entwarf aus diesen Bemerkungen einen Plan, worin er unter Anderm darthut, daß, weil die erwähnten Tataren genöthigt seyen, mehrere Gegenstände des ersten Bedürfnisses wie z. B., Salz, aus Rußland zu beziehen, und solche bisher sich durch Einfälle mit bewaffneter Hand verschafften, es gut wäre, in jenen Gegenden Militärkolonien zu errichten, theils um sich gegen derlei Einfälle zu schützen, theils um die Naturprodukte jener Länder zu kultiviren oder zu benützen, und die Tataren durch ihre eigenen Bedürfnisse zu einem friedfertigen Benehmen zu zwingen; es sey jedoch nothwendig, die Ansiedlungen dieser Kolonie, ehe sie zu einem gewissen Bestand gelangt seyen, durch ein zahlreiches Truppenkorps zu decken, welches im Stande sey, den ganzen Lauf des Flußes Terek, welcher von dieser Seite die Gränze ausmacht, zu vertheidigen. Nun glaubte man die

Ueber-

Ueberzeugung erlangt zu haben, daß die zur Sicherung der Gränze verwendeten Truppen für den angeführten Zweck nicht genügten, wenn gleich das Beispiel des Generals Medem, der während eines mehrjährigen Krieges mit weniger als 4000 Mann diese Tataren im Zaum gehalten hatte, das Gegentheil bewies. Aber nach den Behauptungen unterrichteter Personen fanden die russischen Kommandirenden, welche jenem General nachfolgten, ihrem Interesse angemessener, die Einfälle dieser Völkerschaften zuzulassen und mit ihnen zu unterhandeln, als solche durch Gewalt zu verhindern.

Fürst Potemkin, dem als General-Gouverneur von Astrachan Pallas sein Projekt vorlegte, bewirkte, daß die Kaiserin die unnütze und kostspielige Maaßregel genehmigte, in jener Gegend eine zahlreiche Armee zu unterhalten. Dieß geschah ohne alle Mitwirkung des Ministeriums, welches davon nicht anders als durch öffentliche Nachrichten unterrichtet wurde.

Außer dieser Maaßregel schlug Pallas auch noch vor, eine kleine Flottille an die westlichen Küsten des kaspischen Meeres abzuschicken, um einen Stapelplatz für den russischen Handel mit Persien aufzusuchen. Auch diese Maaßregel erhielt die Genehmigung der Kaiserin. Bald zeigte der die Flottille kommandirende Offizier an, daß er zu Astrabath, südöstlich am kaspischen Meer, an's Land gegangen sey, und die

Bewilligung erhalten habe, dort ein Fort zu erbauen und eine Besatzung hinein zu legen.

Man wollte dem Fürsten Potemkin die Absicht beimessen, die von Pallas vorgeschlagene Maaßregel zu dem Zwecke begünstigt zu haben, um den Handel auf dem kaspischen Meere für eigene Rechnung zu betreiben und sich das Monopol desselben zu verschaffen. Dem sey aber, wie ihm wolle, so erschien doch der Unterhalt einer großen Armee in jenen Gegenden, wenn man nicht den Beweggrund davon in größern Planen aufsuchte, um so unüberlegter, als dadurch jährlich ein beträchtlicher Aufwand, und wegen des ungesunden Klima's ein großer Verlust an Mannschaft verursacht wurde.

Katharine benuzte aber ihre dort aufgestellte Mannschaft nicht nur zur Beförderung des Handels nach Persien und nach dem übrigen Orient, sondern auch zur Begründung ihrer Oberherrschaft über das kaspische Meer, an dessen westlichem Ufer sie sich während der, nach dem Tod des Kerim Chans entstandenen innern Unruhen festsezte, um dem Abul-Fat-Chan zu Erlangung des persischen Throns zu verhelfen.

Dankbar dafür machte der neue Schah bald darauf die schon lange obschwebenden Gränzstreitigkeiten mit der Pforte wieder rege, und begünstigte Rußlands geheime Absichten gegen die Türken. So bedrohte Katharine die osmanischen Staaten von einer

Seite, wo man solche am meisten gesichert glauben konnte, und erregte der Pforte Feinde unter ihren Glaubensgenossen, von denen sie vielmehr Beistand erwarten durfte.

Auch einer andern Seite knüpfte Katharine geheime Verbindungen mit den Montenegrinern, den Albanesen und im ganzen Archipel an; in allen diesen Ländern verbreitete und unterhielt sie mit grossem Aufwand Konsuln und Emissäre.

Unter den europäischen Mächten war zur Ausführung ihres grossen Plans vorzüglich Oesterreichs Beihülfe nöthig; daher errichtete Katharine, wie wir an seinem Orte sehen werden, mit dem Kaiser Joseph ein enges Bündniß und opferte demselben die frühere Verbindung mit Preußen auf. Wie nahe die Kaiserin daran war gegen den Rath ihrer Minister, um des nämlichen Endzweckes willen, eine Allianz mit England zu schließen und dadurch sich in einen Krieg mit Frankreich und Spanien verwickelt zu sehen, wird unten erzählt werden; zwar durfte sie unter den damaligen Umständen von England einen thätigen Beistand nicht erwarten, aber sie hatte doch von dieser Seite auch keine Hindernisse zu besorgen, denn England, schon länger nach einer Allianz mit Rußland trachtend, erblickte in dem Vorhaben Katharinens und der durch dessen Ausführung bewirkten Umgestaltung des politischen Systems Europa's die Aussicht auf die

seinem Interesse sehr zusagende Erwerbung der Inseln des Archipels.

Mit Dänemark seit Jahren enge verbündet, war der Kaiserin, um eine Flotte nach dem mittelländischen Meere auslaufen zu lassen, noch ein Einverständniß mit Schweden nöthig, und auch dieses zu Stande zu bringen, war ihr, wiewohl vergebliches, Bestreben; nicht glücklicher waren der Kaiserin Unterhandlungen an den Höfen von Versailles und Madrid, um deren Einwendungen gegen das Erscheinen einer russischen Flotte im mittelländischen Meere zu beseitigen. Die Möglichkeit, daß diese in den Fall kommen könnte, in den Hafen von Lissabon einlaufen zu müssen, bewog Katharine mit Portugal diplomatische Verhandlungen anzuknüpfen und einen Gesandten dort zu akkreditiren.

Weiter noch gingen der Kaiserin Absichten mi[t] den italienischen Staaten, denn sie strebte nac[h] dem Besitz eines Hafens im mittelländischen Meer[e]. Zuerst wurde bei der Republik Genua wegen de[m] Hafen Sechia unterhandelt, der gewünschte Zwec[k] aber durch Frankreich vereitelt. Venedig schon frü[-] her einmal (1661 und 1662) mit dem Papst, Oesterreich, Frankreich und Spanien zum großen Bündniß gege[n] die Türken berufen, war auch jezt von Rußland un[d] Oesterreich ausersehen, an der Ausführung des gege[n] die Pforte entworfenen Plans Theil zu nehmen, zeigt[e]

sich aber nicht sehr geneigt, dieser Aufforderung zu entsprechen; der Turiner Hof aber wies solche ganz von sich. Es beruhte daher Katharinens Hoffnung, einen Hafen im mittelländischen Meere zu erlangen, vorzüglich noch auf den Unterhandlungen mit dem Hofe von Neapel, dessen Minister dem Kaiser Joseph, als dem Bruder ihrer Königin, ganz ergeben waren.

Diese Unterhandlungen waren theils wirklich schon eingeleitet, theils beschlossen, als Ereignisse in der Krimm Katharinen einen erwünschten, vielleicht durch sie selbst in Geheim herbeigeführten Anlaß gaben, den ersten ernstlichen Schritt zur Ausführung des großen Plans zu unternehmen.

Die durch den dritten Artikel des Friedens von Kutschuk Kainardgi festgesezte Unabhängigkeit der Tataren der Krimm, des Kubans und der Insel Taman entzog der Pforte weit ausgedehnte, am schwarzen Meer gelegene Landstriche und die Oberherrschaft über zahlreiche und kriegerische Völkerschaften, welche bisher einen Wall für die nördlichen Gränzen des osmanischen Reichs und in dessen Kriegen den rechten Flügel des Hauptheeres mit 100,000 Mann bildeten. Dieser Verlust wurde noch empfindlicher und folgenreicher dadurch, daß Rußland in der Krimm die Festungen Kertsch und Jenikale erwarb, und von diesen zwei wichtigen Punkten aus durch Unterhandlungen oder durch Gewalt auf die Tataren einwirken

konnte. Die Nachtheile dieser Stipulationen wa
für die Pforte so unverkennbar, daß diese sich d
selben zu entziehen wünschte, und daher im Jahr 17
verschiedene Anstände über die Auslegung einiger Fr
dens-Artikel erregte, um deren Vollzug wenigste
zum Theil zu vermeiden. Es gelang ihr selbst du
geheime Intriguen im genannten Jahre zu bewirk
daß der Tatar-Chan der Krimm, Sahim Gerai,
Anhänger des russischen Hofes, verjagt und statt des
ein anderer der Pforte ergebener Chan gewählt wur
Mit der Gewalt der Waffen sezte Rußland den v
triebenen Chan wieder in seine Stelle ein, und siche
sich dadurch dessen Dankbarkeit und Ergebenheit. S
ches erheischte Katharinens Politik, um das Ha
jener Völkerschaften vorerst in ihr Interesse zu
hen, und dann, so wie es möglich wurde, vom r
sischen Reich abhängig zu machen, denn durch j
Länder ging der nächste und leichteste Weg n
Konstantinopel.

Frankreichs Vermittlung verhütete den nahen Au
bruch eines Krieges zwischen Rußland und der Pfo
und bewirkte die Konvention von 1779, welche
wenigen, dem Großsultan besonders als Kalifen
seine Glaubensgenossen in der Krimm und im Ku
früher belassenen Rechte genauer bestimmte und
noch mehr beschränkte. Im nämlichen Verhältni
der Einfluß der Pforte auf diese Völkerschaften

mindert wurde, mußte nothwendig jener von Rußland vermehrt werden, welches in dem Lande festen Fuß gefaßt und den Chan zum Anhänger hatte.

Sahim Gerai hatte von Petersburg, wo er früher des Tatar-Chans Gesandter war, in seine Steppen Vorliebe zu verfeinerten Sitten so wie die Bedürfnisse und Genüsse des Luxus gebildeter Nationen zurück gebracht, er hatte aber auch während seines Aufenthalts in der Hauptstadt des russischen Reichs die Vortheile und Wohlthaten der Civilisation kennen gelernt. Als ein lebensfroher Mann von ruhiger und sanfter Gemüthsart wollte er jener Genüsse sich freuen und diese Vortheile seinen Völkern verschaffen.

Daher nahm er viele Europäer in seine Residenz und in sein Gefolge auf; seinen Palast ließ er nach europäischer Art einrichten und verzieren; seine Küche wurde durch einen russischen Koch besorgt und seine Speisen in Silber aufgetischt. Anstatt wie seine Vorfahren in Begleitung seiner Mursen sich zu Pferde zu zeigen, sah man ihn in einer prächtigen, mit sechs Pferden bespannten Berline fahren, und seine Bedienung in Livree.

Aus seinen ungeregelten Horden zog er hinlängliche Mannschaft, um vier reguläre Regimenter zu errichten, welche alle zu Pferde dienten, und auf europäische Art gerüstet, exercirt und gekleidet waren; diese bildeten seine Leibgarde, unter der Benennung Beschlis.

Eine Kompagnie Artilleristen, Topschis, wurde in a
len Kriegsübungen durch europäische Offiziere in ru
sischer Sprache unterrichtet, und durch Erbauung e
ner großen Fregatte machte er den Anfang zum Schiff
bau. Er ordnete die Volkszählung an, und li
von seinen Unterthanen Kopfgeld, jedoch mit Berü
sichtigung ihrer Vermögensumstände, erheben; aus d
alten tatarischen Münzen wurde in der neu angele
ten Münzstätte Silber- und Kupfergeld nach russische
Gehalt geprägt; in den Schulen lehrte man europä
sche Sprachen, besonders die russische u. s. w.

Solche Neuerungen mißfielen den rohen, an d
alten Sitte der Väter hängenden Tataren; mehr no
die dadurch kund gegebene Vorliebe für die Russe
welche sie seit Jahrhunderten als ihre Feinde betrac
teten. Am meisten Mißvergnügen erregte es, als d
Chan, seine Würde vergessend, um einen russischen M
litärcharakter nachsuchte, und jenen eines Ober
lieutenants der Preobaschinskischen Lei
garde erhielt, in deren Uniform, mit dem St. A
nen-Orden geziert, er sich seinem betroffenen Vo
zeigte.

Im Mai 1782 brachen die ersten Unruhen au
und der Chan sah sich genöthiget, mit dem bei ih
befindlichen russischen Minister nach Taganrog z
flüchten. Nicht nur die Tataren des Kubans, so
dern beinahe die ganze Nation, wenigstens sechs oder

sieben ihrer stärksten Horden, waren im offenbaren Aufstand gegen ihren Beherrscher.

So wie die Nachricht hievon in Petersburg anlangte, wurden sogleich große Rüstungen veranstaltet; mehrere Regimenter auf den Marsch nach der Krimm beordert, und deren Anzahl bald vermehrt; die Kaiserin ernannte den Generallieutenant Grafen von Balmain zum Befehlshaber gegen die Kubanischen Tataren, und General Suwarow sollte als solcher gegen die Tataren der Krimm kommandiren.

Unerachtet man argwöhnte, die Pforte habe an den Unruhen in der Krimm geheimen Antheil, so wurde doch ein Kourier nach Konstantinopel abgefertigt, um sich mit dem Divan deshalb zu benehmen, und ihn aufzufordern, gemeinschaftlich mit Rußland zur Wiederherstellung der Ordnung und Unterstützung des Chans gegen seine rebellischen Unterthanen mitzuwirken.

Gleich in der ersten Konferenz des russischen Gesandten Bulgakof mit dem Reis-Effendi erklärte dieser: die Pforte nehme an den Vorfällen in der Krimm keinen Theil, sie schmeichle sich aber auch die Kaiserin werde sich mit solchen nicht befassen; denn die Beschwerden der Tataren gegen ihren Chan rühren daher, weil dieser ihre bürgerlichen und religiösen Gesetze verlezt habe, und die Kaiserin könne sich vermöge des Friedensschlusses in nichts mischen, was

die innere Verfassung der Tataren und ihrer Reli-
gionsangelegenheiten betreffe; die Pforte werde e
gleichfalls unterlassen.

Mit dieser Erklärung war die Kaiserin, welch
den Chan als ihre Kreatur und als ein blindes Werk-
zeug ihrer weitaussehenden Plane ansah, nicht zufrie-
den. Im Kabinet aber herrschten zweierlei Ansichten
einige riethen den Weg der Güte, andere gewaltsam
Maaßregeln an; Potemkin war dieser leztern Mei-
nung, und sie blieb die überwiegende.

Inzwischen waren die Tataren zur Wahl eine
neuen Chans geschritten, und man erhielt in Peters-
burg Nachricht, daß sie eine Deputation an die Kai-
serin abzusenden im Begriffe ständen, um derselben di
Eröffnung davon zu machen und sich ihre Beistim-
mung zu erbitten. Sogleich ging durch Kouriere di
Erklärung ab, die Kaiserin werde die Deputatio
nicht annehmen, sondern es solle vielmehr solche an
Gränzen zurückgewiesen und ihr bedeutet werden,
Kaiserin verlange die Wiedereinsetzung des alten Cha
den sie mit ihrer ganzen Macht zu unterstützen entschl
sen sey. Potemkin selbst äußerte sich: es würde ge
die Ehre der Kaiserin und des Reichs laufen, we
Sahim Gerai seinem Schicksal überlassen werden soll

Daraus folgerte man, die Kaiserin sey nicht
entschlossen, den Chan zu unterstützen, sondern auch
Ereignisse in der Krimm zu benützen, um die Ausf

rung ihres Lieblingsplans zu beschleunigen, und zu dem Ende die Pforte dahin zu bringen, mit ihr zu brechen.

Es war daher natürlich, daß sich die Kaiserin über diese Vorfälle mit dem Kaiser Joseph in's Benehmen sezte, um zu erfahren, was er zu thun gedenke, wenn es wirklich zum Bruch mit der Pforte kommen sollte.

Dieser versicherte in einem eigenhändigen Schreiben der Kaiserin seine unwandelbare Freundschaft, aufrichtige Ergebenheit und Bereitwilligkeit, in allen Gelegenheiten in Uebereinstimmung mit ihr zu handeln, und ihr in Ausführung ihrer Plane beizustehen, hinzufügend: sie möge ihn als einen ihrer Generale ansehen, der stets bereit sey, ihren Feinden entgegen zu rücken.

Gegen das, was sonst üblich war, erhielt Graf Cobenzl kein Schreiben vom Kaiser, sondern nur ein Billet vom Kabinetssekretär, in welchem als Ursache davon eine Unpäßlichkeit des Monarchen angeführt und zugleich bemerkt ward, es sey ein besonderes Schreiben um so weniger nöthig, als des Grafen Instruktion ihn ohnehin anweise, alle Anlässe zu benützen, um die zwischen beiden Höfen bestehende Freundschaft zu befestigen.

Aber durch den nämlichen Kourier erließ der Fürst Kaunitz eine sehr lange und sehr wichtige Depesche an den Grafen, welche ganz mit des Kaisers Schreiben im Widerspruch stund. Darin ward gesagt: „nachdem

„die Verbindung der beiden Kaiserhöfe ruchbar gewor-
„den sey und ganz Europa denselben ehrgeizige Plane
„beimesse, so sehe er sich bewogen, darüber eine umfas-
„sende Erklärung abzugeben, und der Graf habe das,
„was er nun sagen werde, als die wahren und unver-
„änderlichen Grundsätze seines Hofes zu betrachten.
„Oesterreichs Verbindung mit Frankreich sey als das
„vortheilhafteste System anerkannt, man habe sich bei
„demselben immer gut befunden, der Kaiser selbst habe
„sich von dessen Nutzen überzeugt; wenn daher dieser
„Rußlands Freundschaft und selbst die Allianz mit die-
„ser Macht vielleicht aus Absichten wünsche, die ihm
„(Kaunitz) unbekannt seyen, so werde er doch
„nie das gegenwärtige System zum Opfer
„bringen, welches geschehen müßte, wenn sich Oester-
„reich in die weitaussehenden Projekte der Kaiserin
„einlassen wollte; Projekte, die selbst dem Interesse
„Rußlands entgegen seyen und Europa in eine gänz-
„liche Verwirrung bringen würden, da es ohne solche
„nicht möglich sey, das türkische Reich zu zerstören
„und ein orientalisches Kaiserthum zu errichten; er
„bemerke ihm (Cobenzl), daß der Kaiser das Interesse
„seiner Staaten zu gut kenne, um sich in Projekte
„einzulassen, welche eben so gefährlich für sie als
„unverträglich mit dem gegenwärtigen System und
„der Ruhe Europa's seyen; er zweifle zwar nicht, es
„werde dem Kaiser gelingen, die Kaiserin davon abzu-

„halten, sollte es aber auch nicht seyn, so werde er
„sich doch gewiß nie weiter einlassen, als das wahre
„Interesse seines Reichs ihm gestatte; nach vierzig=
„jährigen, dem Staat zu dessen Nutzen und zur Zu=
„friedenheit des Kaisers selbst geleisteten Diensten,
„glaube er erwarten zu dürfen, daß man ihm (Kau=
„nitz) Gehör schenken und sich nicht von Grundsätzen
„entfernen werde, die er als die einzigen betrachte,
„welche dem Wohl der Monarchie angemessen seyen;
„daher trage er, als Minister und als Freund dem
„Grafen auf, in seinem Benehmen, in seinen Aeuße=
„rungen, in Allem, was er mit den russischen Mi=
„nistern über diesen Gegenstand zu verhandeln haben
„dürfte, mit größter Umsicht zu Werke zu gehen,
„und sich nichts zu erlauben, was dieselben
„zu dem Glauben berechtigen könnte, Oester=
„reich habe sich in die Plane der Kaiserin
„hineinziehen lassen."

Man denke sich Cobenzls Verlegenheit über den Widerspruch in dem Schreiben seines Monarchen an die Kaiserin und in der Instruktion des Ministers! Ihm selbst, so wie den Wenigen, denen es gelang, diese wichtigen, sich so ganz widersprechenden diplomatischen Aktenstücke zu lesen — und darunter waren Ritter Harris und Graf Görtz — mußte sich nothwendig der Gedanke aufdringen, entweder seyen der Kaiser und sein alter Minister mit einander im Widerspruch oder

beide einverstanden, um nach Umständen handeln zu können.

Bald erhielt jedoch die erstere Meinung durch die Ankunft eines andern Kouriers die Oberhand, welcher ganz bestimmte, den Wünschen der Kaiserin entsprechende Versicherungen mit sich brachte, und seit dessen Eintreffen der Fürst Potemkin und Graf Cobenzl beinahe unausgesezt Konferenzen hielten.

Nun ordnete die Kaiserin so große Rüstungen an, daß es augenscheinlich war, sie fänden nicht um der Tataren willen statt, sondern es liegen denselben feindselige Absichten gegen die Pforte zu Grunde. Man sprach auch damals schon davon, es sey der Plan, die Tataren ganz auszurotten, oder sie in die entferntesten Gegenden Siberiens zu versetzen, und die Krimm mit Rußland zu vereinigen.

Zur nämlichen Zeit reiste Fürst Potemkin nach Kerson ab, und da dieses in der ungünstigsten Jahrszeit, bei ganz grundlosen Straßen, und während der Todeskrankheit seiner Lieblings-Nichte geschah, da man wußte, daß die Kaiserin auf seiner schleunigen Abreise bestanden, und die leztern Tage vor derselben, ja nur ein paar Stunden vorher, geheime und lange andauernde Unterredungen mit ihm gehabt habe, so war es natürlich, daß man bei dieser Reise einen wichtigen und geheimen Endzweck vermuthete. Potemkin aber versicherte, er unternehme solche nur um sein Gouver-

nement zu besuchen, und er werde in 29 Tagen zurück seyn; allerdings versammelten sich Truppen in der Ukraine, aber außer dem Tatar=Chan und den krimmischen Tataren werde sich Niemand dadurch beunruhigt finden. Man brachte indessen in Erfahrung, daß Fürst Potemkin, kaum wenige Tage vor seiner Abreise, gegen einige Vertraute von der Belagerung Oczakows als einer möglichen Sache gesprochen, demjenigen aber, der darauf bemerkte, daß folglich ein Krieg mit den Türken beschlossen scheine, erwiedert habe: o nein! dieß folgt keineswegs daraus, denn Oczakow liegt im Gebiet der krimmischen Tataren, und die Türken können nichts dagegen haben, wenn wir uns dieses Platzes bemächtigen. Allgemein war aber die Meinung, man werde mit den Tataren anfangen, um mit den Türken endigen zu können.

Die Kaiserin selbst suchte jedoch dem beinahe allgemein verbreiteten Gerücht von einem bevorstehenden Krieg den Glauben zu benehmen, indem sie unter Andern an öffentlicher Tafel sagte: man glaube in der Stadt, der Krieg sey unvermeidlich, ihre Meinung sey aber, man müsse sich zum Kriege rüsten, um den Frieden beizubehalten.

Wirklich kam auch Fürst Potemkin am Ende Oktobers wieder nach Petersburg zurück, und sogleich wurde ein Kourier nach Wien abgeschickt, um den Kaiser von der gegenwärtigen Lage der Angelegenheiten in

der Krimm in Kenntniß zu setzen, und zu erfahren, was derselbe nun für Rußland zu thun gedenke.

Inzwischen hatten die russischen Truppen die Linie von Perekop passirt und unter deren Schutz war der Chan Sahim Gerai wieder in seine Staaten zurückgekommen.

Von Konstantinopel erhielt man ungefähr zur nämlichen Zeit durch den Gesandten Bulgakof die Bestätigung der friedlichen Gesinnungen des Sultans und seines Divans, welche, so viel es von ihnen abhinge, den Frieden beizubehalten wünschten und sich geneigt erklärten, Rußland die Angelegenheiten der Krimm allein zu überlassen, daß jedoch die Ulemas und der Pöbel ganz andere Gesinnungen hegten, und es leicht geschehen könnte, daß durch sie der Großherr und der Divan zum Krieg gezwungen würden, sonderlich wenn in der Religion oder der Regierung jenes Landes irgend Veränderungen vorgenommen werden sollten. Uebrigens berichtete Bulgakof, daß nach Allem, was er habe in Erfahrung bringen können, der französische Gesandte die Pforte in ihren friedlichen Gesinnungen bestärke, und sie zu vermögen suche, sich mit den Angelegenheiten der Krimm nicht zu befassen.

Dieses bestätigten die einige Wochen später von Bulgakof eingelaufenen Nachrichten. Da die Depesche an den Vizekanzler adressirt war, und dieser solche öffnete, erhielt er die erste Kenntniß von den Noten,

welche

welche Bulgakof aus Auftrag der Kaiserin und der österreichische Inter-Nuntius im Namen seines Monarchen übergeben hatten, und wovon früher weder er, noch Jemand von seinem Ministerium Kenntniß hatte. Der Gesandte versicherte, die Pforte sey durch den hohen und drohenden Ton der Kaiserhöfe sehr betroffen und werde Alles, was nur immer möglich sey, thun, um einen Krieg mit denselben zu vermeiden. Die bald darauf erfolgte Absetzung des kriegerisch-gesinnten Großveziers bewies, wie sehr die Pforte den Frieden beizubehalten wünsche, und erregte in Petersburg sehr verschiedene Empfindungen; Fürst Potemkin verbarg gar nicht, wie unangenehm ihm die friedliche Stimmung des Divans sey.

Man glaubte dessen unerachtet so wenig an Beibehaltung des Friedens, oder stellte sich doch so, daß die Rüstungen mit verdoppeltem Eifer betrieben wurden. Sogar aus Liefland wurden unermeßliche Vorräthe von Fourage und Lebensmitteln aufgekauft, und wegen deren schnellen Verführung nach den südlichen Gegenden Rußlands Anordnung getroffen; man unterhandelte mit Kaufleuten um die Miethe von 50 Transportschiffen auf ein halbes Jahr, ohne sagen zu wollen, wohin solche bestimmt seyen; Artillerie, Fuhrwesen, Truppenabtheilungen, Offiziere vom Generalstabe, sogar die Kanzlei des Fürsten Potemkin erhielten den Befehl sich zur Armee zu begeben.

Jezt hatten die Angelegenheiten der Krimm ein so ernste Wendung genommen, daß sie die Aufmerksamkeit der europäischen Kabinete, denen Katharinens Absicht nicht verborgen war, erregen mußten. Diese glaubten das Benehmen der Kaiserin als den Anfang zu der Ausführung ihres großen Plans betrachten zu können, weil unerachtet der Nachgiebigkeit des Divans und unerachtet der Wiedereinsetzung des Chans die Rüstungen und Truppenmärsche eifriger als vorhin fortgesezt wurden.

Unter allen Mächten Europa's fand sich vorzüglich Frankreich durch seine Politik und durch das Interesse seines Handels aufgefodert, sich der Zertrümmerung des osmanischen Reichs zu widersetzen. Geschwächt durch den kaum beendigten Krieg, konnte aber das Kabinet von Versailles jene ernstlichen Maaßregeln nicht nehmen, die es vielleicht unter günstigeren Verhältnissen ergriffen hätte, und es mußte daher durch kluge Nachgiebigkeit auf der einen und durch geschickte Unterhandlungen auf der andern Seite seinen Endzweck zu erreichen suchen.

Der erste Wunsch desselben war: die Staaten des osmanischen Reichs ungeschmälert zu erhalten und dahin richtete es zuerst sein Bestreben. In dieser Absicht wurden vor Allem Unterhandlungen mit Oesterreich und Preußen eröffnet; mit ersterem, um ihm friedliche Gesinnungen gegen die Pforte einzuflößen, mit beiden,

um sie zu bewegen, gemeinschaftlich mit Frankreich die russische Kaiserin von einem feindseligen Unternehmen gegen die Pforte abzuhalten. *)

Ganz anders als die französischen Diplomaten betrachtete der Kabinetsminister Herzberg Rußlands und Oesterreichs Plan gegen die Pforte; freilich nahm er dabei vorzüglich das Interesse seines Hofes zum Augenmerk. In einem Schreiben an Görtz vom 28. Dezember 1782 äußert er sich in folgenden Ausdrücken: „Ich „gestehe, daß ich es als kein Unglück für uns ansehen „kann, wenn die beiden Kaiserhöfe ihr großes Projekt „gegen die Pforte ausführen, und zwar aus folgenden „Gründen. Wenn denselben ihr Unternehmen nicht „gelingt, und sie vielmehr von den Türken geschlagen „werden, wie ich von den Hülfsmitteln, der natürli„chen Tapferkeit und dem Fanatismus dieser Nation „und von den Schwierigkeiten sie anzugreifen erwarte, „so werden beide Mächte geschwächt, ihre gegenseitige „Freundschaft wird erkalten, und Rußland um so frü„her wieder zur Verbindung mit uns zurückkehren. „Gelingt es im Gegentheil dieser Macht, Griechenland „zu erobern und dort eine neue regierende Linie fest„zusetzen, so ist zu erwarten, daß früh oder spät der

*) Flassan a. a. O. 7ter Bd. S. 376 u. f. gibt über die Unterhandlungen des französischen Hofes sehr interessante Aufschlüsse.

„neue Souverän Preußens Freund und Alliirter und „Oesterreichs natürlicher Feind wird, weil diese Macht „ihm weit gefährlicher als die Pforte ist, und daß „der Wienerhof, von allen Seiten von Rußland und „Preußen umgeben, sich in einer ungleich weniger „vortheilhaften Lage befinden wird als früher; selbst „wenn derselbe die entvölkerten Provinzen von Ser„vien, Bosnien, Dalmatien und selbst Bulgarien „erhalten sollte. Dieß ist ganz unbezweifelt und „scheint auch der Grund zu seyn, warum der Fürst „Kaunitz sich der Ausführung des Projekts widersezt, „was seiner Staatsklugheit Ehre macht. Es kann „endlich noch ein dritter Fall eintreten, nämlich daß „die beiden Kaiserhöfe, wenn sie einmal begonnen ha„ben, zum gänzlichen Erfolg die Hülfe Preußens nö„thig finden, wie dieses bei der Theilung Polens ge„schah, und folglich uns Vortheile einräumen müs„sen, um Oesterreichs Vergrößerung zu kompensiren, „welche im Grunde von dieser Seite doch immer nur „scheinbar und für uns keineswegs gefährlich seyn „wird.“

Mit dieser Ansicht war Graf Görtz ganz einverstanden; „es sey selbst“ — äußerte er sich gegen Herzberg — „wünschenswerth, daß Rußland und Oester„reich nicht zögern, Hand an's Werk zu legen, denn „es möchten bald zwei Fälle eintreten, wo es für „Preußens Interesse sehr wünschenswerth wäre, ent-

„weder, daß die Allianz zwischen den beiden Kaiserhöfen „schon gebrochen sey, oder daß sie anderswo zu sehr „beschäftiget seyen, um auf solche ihre ganze Auf„merksamkeit zu richten; der eine dieser Fälle sey der „Tod des Kurfürsten von Pfalzbayern, der andere „jener des Königs von Polen; beide Fälle dürften bei „dem Alter und der Hinfälligkeit dieser Regenten „nicht weit entfernt seyn, und dann müsse man mit „Grund besorgen, das eine oder das andere dieser „Ereignisse könnte die verbündeten Kaiserhöfe in eine „feindselige Stellung, vielleicht gar in den Kriegs„zustand gegen Preußen, versetzen. Das Erstere, weil „Oesterreich dann zuverlässig den nur verschobenen, „nicht aufgegebenen Plan eines Ländertausches aus„zuführen trachten werde; das Letztere, weil Rußland „und Oesterreich den Einfluß Preußens auf die neue „Königswahl verhindern, und einem ihm ergebenen „Kandidaten zum Throne verhelfen werden."

Frankreichs dem Kaiser Joseph gemachte Eröffnung verfehlte bei demselben die gewünschte Wirkung nicht; denn er besorgte, käme es zum Krieg zwischen Rußland und der Pforte, so möchte es ihm wohl unmöglich werden, sein Bündniß mit Rußland beizubehalten, ohne jenes mit Frankreich aufzugeben, und beide erachtete er seinem Interesse angemessen. So sehr er auch mit Katharinens großem Plan einverstanden war, weil er durch dessen Gelingen Vergrößerung

seiner Staaten und andere Vortheile erwartete, so sehr mußte er wünschen, daß der Friede beibehalten werden möchte. Daher bemühte er sich, Katharinen zu bewegen, die Ausführung ihres Vorhabens günstigeren Zeiten vorzubehalten, und jezt auf ein Unternehmen zu verzichten, das schon bei dem ersten Beginnen so große Schwierigkeiten finde, die sich in dem Verhältnisse vergrößern würden, als sie in dessen Verfolg voranschritten.

Diese Vorstellungen verfehlten ihren Zweck nicht, und Katharine faßte nun den Entschluß, sich vorerst auf Erwerbung der Krimm und des Kuban zu beschränken; aber bei dessen Mittheilung an den Kaiser sprach sie ihre Hoffnung aus, er werde zu Erreichung ihres Endzweckes nach allen Kräften beiwirken.

Fest und unabänderlich auf ihrem Entschlusse bestehend, ordnete nun die Kaiserin mit größter Anstrengung Alles an, was sie den Verhältnissen angemessen erachtete.

Daher zogen sich immer zahlreichere russische Heerhaufen in der Krimm und am Kuban zusammen; auch in der Gegend von Chotzien und Bender sammelten sich Armee-Korps und neuerdings sprach man von dem Vorhaben, Oczakow zu belagern. In den ersten Tagen Aprils 1783 reiste endlich Potemkin von Petersburg nach Kerson ab. Von fremden Gesandten

ſich er nur noch jenen Oeſterreichs und Englands, 1783
gegen welche er ſich äußerte: es dürften zwar ſchwer-
lich Feindſeligkeiten ſtattfinden, indeſſen werde doch
eine Art von Hauptquartier beſtehen, wohin er ſeine
Nichten einzuladen gedenke.

Bisher war den am Petersburger Hofe bevoll-
mächtigten Geſandten über die Vorfälle in der Krimm,
über Rußlands Zurüſtungen und Plane von dem ruſ-
ſiſchen Miniſterium noch keine Eröffnung gemacht wor-
den. Die erſte geſchah am $^{6}/_{17}$ Mai an die Geſand-
ten Preußens und Dänemarks, wegen der mit
dieſen Höfen beſtehenden Allianz, und mit dem aus-
drücklichen Erſuchen, ſolche den Geſandten ande-
rer Höfe nicht mitzutheilen. Ans Auftrag
der Kaiſerin gab der Vicekanzler dem Grafen von
Görtz nachfolgende offizielle Erklärung:

„Nach den Unruhen, welche im verfloſſenen Jahre
„die Pforte durch einen damals in Kuban ſich auf-
„haltenden Paſcha habe erregen laſſen, ſey es der
„Wunſch der Kaiſerin geweſen, Mittel zu finden, um
„die Angelegenheiten dieſer Völker nach den Beſtim-
„mungen des Friedens von Kainardgi zu ſchlichten,
„damit dem Kaiſerreich der Friede möge erhalten wer-
„den; ſie habe daher vom Divan die bekannten drei
„Punkte gefordert, welche auch bewilliget worden ſeyen.
„Aber die Pforte habe ſich auf die bloße Zuſicherung
„beſchränkt, ohne bisher weder die Fermans ausferti-

„gen zu lassen, noch ihre Neigung, diese Punkte wirk=
„lich zu erfüllen, zu bethätigen. Inzwischen seyen
„nicht nur die bisherigen Ränke von einem der türki=
„schen Pascha's in Kuban fortgesezt, *), sondern auch
„in der nämlichen feindseligen Absicht Leute nach Ta=
„man geschickt worden. Als der Chan Sahim Gerai
„einen der Seinigen an diesen Ort abgeordnet habe,
„um die Einwohner in der Unterwürfigkeit zu erhal=
„ten, sey solcher in Ketten und Banden geworfen
„und dann sagar hingerichet worden. Ein Benehmen
„der Art, welches so augenfällig den deutlichen Be=
„stimmungen des Friedens von Kainardgi und den von
„Seite der Pforte ertheilten Zusicherungen entgegen=
„laufe, überzeuge die Kaiserin, daß sie den Unru=
„hen, welche seit jenem Frieden ihr nicht nur das
„kostbare Blut ihrer Unterthanen, sondern auch bereits
„über zwölf Millionen Rubel kosten, nicht anders
„ein Ende machen könne, als indem sie die entschei=
„dende, ihr abgenöthigte, Maaßregel ergreife, die
„Krimm, den Kuban und Taman ihrem
„Scepter zu unterwerfen; zu diesem Ende seyen
„dem mit der Ausführung beauftragten Fürsten Po=

*) Es wurden zu jener Zeit Auszüge aus verschiedenen auf=
gefangenen Briefen eines türkischen Pascha an den Cadi
von Taman und die angesehensten Tataren den Gesand=
ten in Petersburg mitgetheilt, welche dieses zu bestät=
tigen schienen.

„temkin die nöthigen Befehle zugegangen. Inzwischen
„habe sich ein Ereigniß zugetragen, wovon Ihre kai-
„serliche Majestät vorgestern durch einen Kourier die
„Nachricht erhalten haben, und welches wie voraus-
„gesehen erscheine. Es habe nämlich der Chan Sa-
„him Gerai bei den fortwährenden, sein Leben steter Ge-
„fahr aussetzenden, Unruhen die Partei ergriffen, sei-
„ner Souveränität zu entsagen und sich
„Rußland in die Arme zu werfen; Ihre kai-
„serliche Majestät hofften, die Pforte werde sich dem
„Schritt nicht widersetzen, wozu Sie keineswegs durch
„die Absicht, ihr Reich zu vergrößern, bewogen sey, son-
„dern durch die Umstände und durch das Verlangen, des
„immerwährenden großen Aufwandes enthoben zu seyn,
„und Ihre Staaten vor den Ungelegenheiten zu
„schützen, denen sie sicher wieder ausgesezt seyn
„würden, wenn Sie Ihre Truppen aus der Krimm
„zurückziehen wollte. Sie wünsche und hoffe den Frie-
„den mit der Pforte zu erhalten und jeden Anlaß zu
„beseitigen, wodurch solcher in Zukunft gestört wer-
„den könnte; da indessen nicht vorauszusehen sey, wel-
„che Folgen sich ergeben möchten, so beeile sich die
„Kaiserin, bei den zwischen ihr und dem Könige be-
„stehenden Banden der Freundschaft und Allianz dem-
„selben die Eröffnung hievon zu machen, überzeugt,
„daß derselbe an Allem, was sie und ihre Staaten be-
„treffe, aufrichtigen Antheil nehme. Blos die Hoff-

„nung, daß sich diese wichtige Angelegenheit im Wege
„der Güte ausgleichen lasse, habe die Kaiserin ab=
„gehalten, diese Eröffnung früher zu machen, sie glaube
„aber nun nicht länger zögern zu sollen, dieselbe zur
„Kenntniß ihrer Alliirten zu bringen. Sie schmeichle
„sich, ihre Freunde und besonders der König werden
„die Schritte, welche sie zu thun genöthiget worden,
„gerecht finden, wobei Sie außer den angeführten
„Beweggründen noch die Absicht leite, nach der für
„die östlichen Provinzen ihres Reichs erzielten Ruhe
„und Sicherheit, ihren wahren Freunden und Ver=
„bündeten, worunter Sie stets den König zähle, mehr
„nützlich seyn zu können."

„Nun" — fuhr Graf Ostermann fort — „bis=
„her habe ich zu Ihnen aus Auftrag der Kaiserin ge=
„sprochen; jezt will ich zu Ihnen auch als Freund spre=
„chen. Ich fühle wohl, daß diese Sache große Sen=
„sation machen kann, daß die Feinde unseres Hofes
„darüber schreien und ungehalten seyn werden; und
„da Frankreich immer Alles gethan hat, was es
„konnte, um uns zu kränken, so wird diese Macht
„sicher den größten Lärm schlagen. Aber Frank=
„reich sollte wohl erwägen, daß wir ihm
„in dem Kriege, durch den es England seine
„Kolonien entzog, freie Hand ließen,
„und daß es daher dem Hof von Versailles
„übel anstehen würde, gegen das, was die

„Kaiserin jezt thut, etwas einwenden zu
„wollen; da wir keine Vergrößerung, son=
„dern nur Sicherheit gegen einen Nachbar
„suchen, auf dessen Treue und Glauben
„man sich nicht verlassen darf."

Bald bewährte sich, daß Ostermann Frankreichs Benehmen richtig vorausgesehen habe. Denn durch einen am 18. Junius von Paris an den Marquis von Verac abgeschickten Kourier, erhielt derselbe den Auftrag, dem russischen Hofe zu erklären: „mit Be=
„dauern vernehme der König, daß die Kaiserin ge=
„sonnen sey, sich der Krimm und des Kubans zu be=
„mächtigen, welches nicht zu berechnende Folgen bei
„der Pforte haben würde. Se. allerchristlichste Majestät
„seyen dadurch um so mehr betroffen, als sie geglaubt
„hätten, alle Irrungen zwischen Rußland und der
„Pforte seyen ausgeglichen, nachdem diese, Frank=
„reichs Rath befolgend, Alles, was Rußland verlangt,
„bewilliget und durch den lezten Frieden die Krimm
„für unabhängig erklärt habe. Die Veränderungen,
„welche Rußland nun mit diesem Land vorzunehmen
„gedenke, seyen nothwendig für die Pforte eine un=
„versiegbare Quelle von Besorgnissen; der König
„erbiete sich daher, die Zwistigkeiten zwi=
„schen beiden Mächten durch seine Verwen=
„dung auszugleichen. Dieses Anerbieten habe den
„nämlichen Grund, durch den sich die Kaiserin bewo=

„gen gefunden habe, ihre Vermittlung den Mächten „des Südens, welche nun Frieden geschlossen haben, „anzutragen."

Graf Ostermann erwiederte: „ohne nöthig zu ha„ben, über die Antwort auf diese Eröffnung die Be„fehle der Kaiserin einzuholen, beschränke er sich auf die „Bemerkung, daß der Entschluß seiner Monarchin, sich „der Krimm und des Kubans zu bemächtigen, fest „bestehe, daß in diesem Augenblick die Krimm wahr„scheinlich bereits unterworfen und die Huldigung „geleistet sey, daß die Kaiserin, ohne ihre Würde zu „vergeben, keinen Schritt zurück thun könne, und „daß sie folglich genöthiget sey, über die„sen Gegenstand die angebotene Vermitt„lung abzulehnen."

Durch den nämlichen Kourier, welcher dem Marquis von Verac den erwähnten Auftrag überbrachte, hatte der französische Gesandte in Berlin Mittheilung davon mit der Weisung erhalten, dem preußischen Hofe Kenntniß davon zu geben, und ihn zu ersuchen, in diesem Sinn auf die russische Kaiserin einzuwirken; indem man von der Weisheit des Königs erwarte, derslebe werde die in Katharinens weittaussehendem Plane liegende Zerstörung des osmanischen Reichs in Europa nicht gleichgültig ansehen. Der König ließ darauf blos erwiedern: bei der dermaligen Lage der Sache würde es vergeblich seyn, der Kaiserin Vor-

stellungen gegen ihr Vorhaben zu machen, weil dessen Ausführung bereits zu weit gediehen sey.

In dem nämlichen Sinne wie in Petersburg ließ der französische Hof auch am Wienerhof eine Erklärung übergeben, und eben so seine Vermittlung anbieten; aber der österreichische Hof antwortete: „der „Kaiser erachte zwar seinem persönlichen und politi„schen Verhältnisse mit dem Könige von Frankreich „angemessen, gemeinschaftlich mit demselben der Kai„serin von Rußland die Vermittlung zu Ausgleichung „der Zwistigkeiten mit der Pforte anzubieten, allein „auf dem Punkte, wohin dieselben nun gediehen seyen, „würde solches vergeblich seyn; was daher der „Kaiser zum Besten der Pforte wünsche, „sey, daß Frankreich und alle mit ihr be„freundeten Mächte sie bewegen ruhig zu „bleiben, um ein ihr drohendes größeres „Unglück zu vermeiden.“

Seine vorläufige Aeußerung bestätigte wenige Tage hernach Graf Ostermann dem französischen Gesandten auf erhaltenen Befehl der Kaiserin. „Diese“ — sagte er — „erkenne in dem Anerbieten der Ver„mittlung einen Beweis der Freundschaft des Königs „von Frankreich, aber eben dieser Beweis gebe ihr „auch die Ueberzeugung, daß der König, von den Be„weggründen ihres Benehmens inzwischen unterrichtet, „solches unmöglich mißbilligen könne, indem sie selbst

„erst nach deren Prüfung beschlossen habe, sich die
„Tataren zu unterwerfen; dieß sey bereits geschehen
„und der Besitz ergriffen, welches schon den alliirten
„Höfen angezeigt worden, und wovon die Kaiserin
„nicht mehr abgehen könne. Diese unabhängigen ta=
„tarischen Fürsten seyen keineswegs Angehörige
„der Pforte gewesen, und gehen sie nichts an;
„sie habe daher nur sich ruhig zu verhalten, und dann
„werde nach dem eigenen Wunsch der Kaiserin der
„Friede aufrecht erhalten werden."

Der französische Gesandte verlangte diese Aeuße=
rungen schriftlich, was auch Ostermann zusicherte, je=
doch bemerkte, daß dieses mehr Zeit erfodere, weil
die Beweggründe auseinandergesezt werden müssen,
daß er aber einstweilen das, was er ihm gesagt habe,
seinem Hof als die Antwort der Kaiserin einberichten
könne. Auf Verac's verschiedene Bemerkungen und
Einwendungen gegen die geäußerten Grundsätze sagte
Ostermann: „der Entschluß der Kaiserin sey unver=
„änderlich; sie betrachte die Sache als eine solche,
„die nur allein sie und ihr Kaiserreich und keine an=
„dere Macht betreffe; sie habe sich weder in die An=
„gelegenheiten Frankreichs gemischt, als es England
„den Verlust seiner Kolonien in Amerika zugezogen
„habe, noch sich der Erwerbung von Korsika wider=
„sezt; der beste Rath, den man den Türken geben
„könne, sey, sich ruhig zu verhalten."

Der Marquis von Verac bemerkte darauf: keiner von diesen beiden Fällen könne als ein Präjudiz angeführt werden; Frankreich habe Amerika nicht genommen, und sey nicht wie Rußland gegen die Tataren, durch einen Traktat in Ansehung des politischen Zustandes der Kolonien gebunden gewesen; Korsika aber habe der Republik Genua gehört, deren Rechte Frankreich durch Kauf erworben habe.

Während dieser verschiedenen Ereignisse und Unterhandlungen war es Rußland gelungen, unerachtet seiner feindseligen Stellung gegen die Pforte, den schon lange gewünschten Handelsvertrag mit derselben zu Stande zu bringen, der am 21. Junius 1783 unterzeichnet wurde. Durch denselben erhielt Rußland die freie Schifffahrt auf dem schwarzen Meere und allen Flüssen des türkischen Gebiets, freien Handel zu Wasser und zu Land und solche Begünstigungen, wie sie noch keinem andern Staate bewilliget waren. Der russische Gesandte Bulgakof, der ihn unterhandelt hatte, äußerte sich selbst gegen den Grafen von Stakelberg: der Vertrag gleiche eher einem Handelskodex, den ein Souverän in seinen Staaten publizire, als einem Traktat zwischen zwei unabhängigen Mächten. Der Abschluß dieses Vertrags machte einen angenehmen Eindruck auf die Kaiserin, welche dabei bemerkte, daß es blos von der Pforte abhange, den Frieden beizubehalten.

Was Frankreich und andere Mächte vorzüglich beunruhigte, war, daß man in Erfahrung brachte, Rußland und Oesterreich haben in ihrer Allianz die vollkommenste Gleichheit ihrer beiderseitigen neuen Erwerbungen festgesezt, und als Grundsatz aufgestellt, daß eine Macht nicht mehr als die andere zu erwerben befugt seyn solle. Daraus wurde denn der Schluß gezogen, auch Oesterreich dürfte für die Vergrößerung Rußlands durch die Krimm und den Kuban türkische Provinzen als Aequivalent fodern, und dadurch die Pforte sehr empfindlich geschwächt werden.

So sehr Frankreich dieses zu verhindern wünschte, so sah es doch aus dem bisherigen Nichterfolg seiner Schritte die Unmöglichkeit davon ein. Wenn indessen durch solche Opfer weitere Unternehmungen gegen die Pforte gehemmt wurden, so war doch Zeit gewonnen; das türkische Reich bestand dann noch immer, wenn gleich etwas geschwächt fort, und in dem europäischen Staatensystem ging keine wesentliche Veränderung vor. Aber die Erhaltung des Gleichgewichts schien dann zu erheischen, daß Frankreich und Preußen auch ein verhältnißmäßiger Zuwachs an Macht zu Theil würde; Preußen einen solchen zu verschaffen, schien wegen dessen Angränzung an Oesterreich und Rußland nicht schwer, und für Frankreich würden die österreichischen Niederlande eine angemessene und gut gelegene Erwerbung bilden.

Die=

Diesem Systeme gemäß erklärte Frankreich (am .. September) dem russischen Hofe: „man beruhige sich mit der Versicherung der Kaiserin, daß sie ihre Ansprüche nicht weiter ausdehnen wolle, als auf die Erwerbung der Krimm und des Kuban, um so mehr, als man hoffen dürfe, die Kaiserin werde bei dem Wunsch, den Frieden beizubehalten, eben nicht strenge auf dem ganzen Umfange der neuen Besitzungen beharren und der Pforte die Bedingnisse zugestehen, welche mit der Sicherheit jener Besitzungen vereinbarlich seyen; der König habe daher seinem Gesandten in Konstantinopel den Auftrag gegeben, gemeinschaftlich mit den russischen zu Erreichung dieses Zweckes mitzuwirken."

Die Erklärung des französischen Hofes war für Katharine um so erwünschter, als auch Kaiser Joseph erklärte: er sey bereit, für sich auf jede Vergrößerung zu verzichten, wenn die Pforte die russischen Bedingungen annehme. Daher konnte nun Katharine nicht länger, durch ihren Gesandten Bulgakof in Konstantinopel dem Divan eröffnen zu lassen: sie sehe die Krimm und die in Besitz genommenen Provinzen als unwiderruflich mit dem russischen Kaiserreich vereiniget an, sie wünsche jedoch den Frieden mit der Pforte beizubehalten, und sey daher ... geneigt, als natürliche Gränze dieser Erwerbungen den Fluß Kuban zu betrachten und keine Hoheit über die

jenseits desselben wohnenden Völkerschaften zu behaupten, ja selbst den Ansprüchen, welche der ehemalige Chan der Krimm auf dieselben haben konnte, zu entsagen.

Der Kaiserin Erklärung wurde von dem englischen und französischen Hofe zwar unterstüzt, man fing aber doch bald an, in die Aufrichtigkeit des leztern Zweifel zu setzen und denselben zu beschuldigen, er verwende sich nicht mit genugsamem Nachdruck, um die Pforte zur Annahme der russischen Vorschläge zu bewegen. Eine dem französischen Gesandten zu Petersburg in den lezten Tagen des Jahres 1783 zugekommene Depesche des Ministers Vergennes schien den Verdacht zu bestätigen. Es war darin klar gesagt, so sehr der König sein Herr wünsche, der Krieg mit der Pforte möge vermieden werden, so erwarte denn Rußland von ihm zu viel, wenn es sich schmeichle, er werde der Pforte rathen, blindlings und ohne Modifikation die russischen Bedingnisse anzunehmen; das vom Gesandten Bulgakof dem Divan übergebene Memoire sey mit einem Stolz und einer Härte abgefaßt, welche wenig geeignet sey, ein freundschaftliches Einverständniß herbei zu führen, was man auch dem russischen Gesandten in Paris habe zu erkennen gegeben, und gleich es zu spät sey, der Sache abzuhelfen.

Dessen unerachtet ward der Friedensschluß am 8. Jäner 1784 zu Konstantinopel unterzeichnet. Rußland erwarb durch denselben auf ewige Zeiten die

Krimm; die Insel Taman und den Kuban; die Trak-
tate und Konventionen von 1774, 1775 und 1779, so
wie der Handelsvertrag von 1783 wurden, mit Aus-
nahme der drei Artikel der Konvention von 1779, welche
sich auf die Unabhängigkeit der Tartaren beziehen, be-
stätiget; der Fluß Kuban sollte in Kuban die Gränzen
beider Staaten bilden, und Rußland entsagte allen An-
sprüchen auf die jenseits desselben gelegenen Tartaren,
so wie auf jene, welche der Chan vormals auf die Festung
Otzakow und Sudžak behauptete.

Schon im Anfange Februars eröffnete Graf Oster-
mann den fremden Gesandten die Nachricht von dem
abgeschlossenen Frieden. Nicht minder groß als in
Konstantinopel war darüber die Freude in Petersburg.
Denn die neuen Erwerbungen boten Rußland große und
unverkennbare Vortheile dar, theils wegen des Umfangs
der von der Pforte abgetretenen Provinzen, theils wegen
der Sicherheit der Gränzen, theils wegen der dadurch
eröffneten neuen Handelsquellen. Man freute sich der
Schwäche, welche die Pforte bei dieser Unterhandlung an
den Tag gelegt hatte, und fand darin die Zuversicht,
sie werde sich auch bei künftigen, mit gehörigem Nach-
druck und durch gemeinsame Unterstützung der beiden
Kaiserhöfe an sie ergehenden Anfoderungen eben so
nachgiebig bezeigen.

Katharine überhäufte diejenigen, welche an den Un-
terhandlungen Theil genommen hatten, mit Beweisen

ihrer Freigebigkeit. Fürst Potemkin wurde zum Feld-
marschall und General-Gouverneur von Katharinos[illegible]
und Taurien (der ehemaligen Krimm) ernannt, und [illegible]
hielt ein Geschenk von 100,000 Rubeln; Besborod[illegible]
erhielt außer der Geheimrathswürde den St. Alexan[illegible]
Newski-Orden, und wurde mit 3000 Bauern, [illegible]
40,000 Rubeln, seine Kanzlei mit einer Gratifikation [illegible]
5000 Rubeln beschenkt; der Gesandte zu Konstantin[illegible]
Bulgakof wurde zum Staatsrath ernannt, erhielt [illegible]
Geschenk von 1500 Bauern, nebst 15,000 Rubeln Gra-
tifikation für seinen Dollmetscher und 10,000 für [illegible]
Kanzlei u. s. w. Auch die Minister und Geschäftsträ[illegible]
ner fremder Staaten überhäufte Katharine mit Aus-
zeichnungen und Geschenken. Dem österreichischen In-
ternuntius Freiherrn von Herbert zu Konstantin[illegible]
machte die Kaiserin ein Geschenk von 20,000 Rub[illegible]
eine reich mit Brillanten besetzte Tabatiere mit ih[illegible]
Portrait, eine Brillanten-Schnur, einen Ring [illegible]
großem Werth und einen Zobelpelz für seine Gemah[illegible]
dem Grafen Cobenzl 12,000 Rubel und Präsente [illegible]
köstlichem Pelzwerk für seine Gemahlin; dem franzö[illegible]
sischen Gesandten St. Priest und dem englischen Gesa[illegible]
ten Ainslie in Konstantinopel sehr reiche Tabatie[illegible]
mit Portrait.

Die Kaiserin überzeugte sich nun, [illegible]
den großen Vortheilen ihres Bündnisses mit Oest[illegible]
reich, und fand sich dadurch in ihrem Systeme befestig[illegible]

ter, auch in ihrem, mit dem Kaiser Joseph gemein-
schaftlich entworfenen, grossen Plane wurde sie dadurch
stärkt. Denn nun hatte sie die Schwäche der Pforte
nen gelernt, indem diese eben jene Provinzen an
ßland abtrat, deren Besitz die Ausführung dessel-
n am meisten erleichtern konnte; auch Frank-
ichs, der Pforte treuesten Verbündeten, bewiesene,
 dessen ersten Eröffnungen in Widerspruch stehende
fälligkeit, den Divan zu den von Rußland verlang-
 Zugeständnissen zu bewegen, vermehrte der Kaiserin
bstvertrauen, und Hoffnung auf den erwünschten
gang ihres bei erster Gelegenheit zu erneuernden Un-
ehmens gegen die Türken.

Die Anzeigen davon waren, daß die nördlichen
 westlichen Provinzen des Reichs auch nach ge-
ossenem Frieden von Truppen beinahe ganz enblößt
ben, daß sowohl die russischen als die österreichischen
ppen an den türkischen Gränzen, unter dem Vor-
nde stehen blieben, die dort aufgehäuften Magazine
verzehren, und die bekannt gewordene Absicht Ka-
inens auch in der Folge immer 50,000 Mann
der Krimm stehen zu lassen; daß die Kaiserin selbst
 äußerte, sie müsse ihre Truppen dort belassen, weil
e nicht wissen könne, wie lang der Frieden bestehen
rde, und weil sie den lezten Traktat mehr für ei-
n Waffenstillstand, als für einen Friedensschluß an-
he; daß Befehle ertheilt wurden, Kriegsschiffe in den

Häfen der Krimm und der dortigen Gegend zu
bauen, und daß die Kaiserin die Aufsicht und
Betrieb nicht etwa dem Marine-Departement, wel-
chem solche eigentlich angehörten, sondern dem Für-
sten Potemkin übertrug u. s. w.

Lange mit Ausführung eines Planes zu zögern,
lag an und für sich nicht in Katharinens Charakter,
besonders wenn sie davon einen Zuwachs an Ruhm
erwarten durfte, und der Pforte Schwäche, Frank-
reichs Erschöpfung, Englands Gefälligkeit und Oester-
reichs Mitwirken zeigte ihr den Zeitpunkt, wo sie
dem, mit so gutem Erfolge begonnenen Unternehmen
gegen die Türken fortfahren könnte, als sehr nahe,
den auch Katharine um so mehr zu benützen entschlos-
sen war, als ihr des Großfürsten Abneigung gegen
ihren Plan nicht verborgen war.

Nach geschlossenem Frieden mit der Pforte un-
terstützte Katharine die Schritte des Wienerhofs, um
seine Gränzen gegen die Türken berichtigt und ge-
sichert zu sehen, mit großem Nachdruck, aber ohne Er-
folg. Denn die Strecke Landes, welche Oesterreich
in Anspruch nahm, enthielt eine Bevölkerung von
70,000 Seelen, und wenn gleich der Divan, im Ge-
fühle seiner Schwäche der österreichischen Foderung kei-
nen Widerstand leisten konnte, so hielt ihn doch die
Furcht vor dem gemeinen Volk ab, solche zu bewilli-

...; daher wurden die Unterhandlungen im Septem-
...r aufgehoben.

Im Frühjahre 1785 verbreitete sich das Gerücht, ... beiden Kaiserhöfe beschäftigen sich neuerdings mit ...er Ausführung des großen Plans; verschiedene An-stalten rechtfertigten den Glauben daran.

Man bemerkte eine außerordentliche Thätigkeit in ...s Fürsten Potemkin geheimer Kanzlei, einen unun-terbrochenen Kurierwechsel mit Wien; man brachte ... Erfahrung, daß die Kaiserin die Foderungen des Wienerhofes, worüber die Unterhandlungen aufgeho-ben wurden, als höchst billig ansehe, und solche kräf-tig unterstützen zu wollen, sich erkläre, daß selbst der russische Gesandte dieses bereits dem Divan erklärt habe; Potemkins baldige Abreise nach der Krimm war zum Tagsgespräche geworden, und gewann im-mer mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit; die Flotte zu Kronstadt wurde in segelfertigen Stand gesezt, und einundzwanzig Linienschiffe nebst sechs Fregatten hat-ten den Befehl, sich zum Auslaufen bereit zu halten und auf sechs Monate Lebensmittel einzunehmen; mit verschiedenen Fürsten Asiens, sonderlich mit Persien wurden Verbindungen unterhandelt; eine Armee von 50,000 Mann wurde zu Bezwingung der wilden und kriegerischen Völkerschaften am Kaukasus und Kuban verwendet; Fürst Potemkin, die Haupttriebfeder der gegen die Türken entworfenen Unternehmung, erhielt

einen kaiserlichen Ukas, wodurch ihm in seinem, an di Staaten der Pforte angränzenden Gouvernement bei nahe souveräne Gewalt eingeräumt und zur frei Verwendung, theils für die innere Verwaltung, theil für Beförderung des Schiffbaues auf dem schwarz Meere, sechs Millionen Rubel angewiesen wurden.

Unerachtet dieser Maaßregeln bestanden doch no während des Aufenthalts des Grafen von Görtz i Petersburg die friedlichen Verhältnisse mit der Pfort fort, welche erst durch den im Jahr 1787 entstand nen Krieg unterbrochen wurden.

Neunter Abschnitt.

Rußland. Preußen. Oesterreich. Projekt eines bayerischen Ländertausches. Deutscher Fürstenbund.

Mehr vielleicht als die Staatsklugheit bewog Katharinen II persönliche Leidenschaft, die Allianz mit Friedrich II zu schließen. Dem Günstling der Kaiserin, Stanislaus Poniatowsky, war der Thron der Piasten bestimmt, und des Königs Gefälligkeit diese Absicht zu unterstützen, führte, unter des Grafen Panin eifriger Mitwirkung, das Bündniß zwischen Rußland und Preußen (11. April 1764) herbei.

Durch diesen auf acht Jahre geschlossenen Traktat, *) welcher zu jener Zeit die Grundlage des politischen Systems zwischen Rußland und Preußen bildete, versprachen sich beide Theile aufrichtige Freundschaft, gegenseitige Hülfsleistung und Garantie ihrer europäischen Besitzungen; vermöge eines geheimen Artikels verbanden sich die Kontrahirenden, das freie Wahl-

*) Wenck cod. jur. gent. rec. T. III. p. 481.

recht in Polen aufrecht zu erhalten, und die dortigen Dissidenten gegen die herrschende Kirche zu unterstützen. In Folge dieses Vertrags wurde Poniatowsky, von Rußland und Preußen gemeinschaftlich unterstüzt, am 7. September 1764 zum König von Polen erwählt, dann als solcher ausgerufen. Dadurch ward das neue Bündniß besiegelt.

Bald nach Abschluß des Traktats drangen Rußland und Preußen auf Wiederherstellung der polnischen Dissidentenrechte, nahmen die Konföderation des dissentirenden polnischen Adels und der Städte in Schutz, schlossen drei Jahre hernach (1767, 23. April) eine geheime Uebereinkunft wegen der Dissidenten, und nach mancherlei Ergebnissen fünf Jahre später (3. August 1772) im Einverständnisse mit Oesterreich den ersten Theilungstraktat von Polen. Bei dem im Jahr 1768 (Oktober) ausgebrochenen heftigen Krieg zwischen Rußland und der Pforte, versuchte Preußen, wiewohl vergeblich, auf dem Kongresse zu Fokschani (Juli 1772) als Friedensvermittler zu wirken, und während der Krieg mit erneuerter Wuth fortgesezt wurde, verbreitete im Innern des russischen Reichs Pugatschews Aufruhr Schrecken und Gefahr.

Bei diesen verschiedenen, größtentheils für Rußland sehr schwierigen Verhältnissen, bewies sich Preussen immer als Rußlands aufrichtigster und getreuester Verbündeter, und Katharine fühlte eben sowohl den

Werth ihrer Verbindung mit Friedrich II, als die Nothwendigkeit solche beizubehalten.

Als aber (1774 10/21 Juli) der Friede von Kutschuck Kainardgi geschlossen und beinahe zu gleicher Zeit Pugatschews höchst gefährlicher Aufruhr unterdrückt ward, nahm Katharine, stolz auf den glücklichen Erfolg ihrer Unternehmungen und dadurch in dem oben entwickelten Plane gegen die Pforte bestärkt, einen andern Ton und ein anderes Benehmen gegen Friedrich II, ihren getreuesten und erprobtesten Verbündeten, an; die Beweise davon findet man in den verschiedenen seit jener Zeit zwischen beiden Höfen statt gefundenen Verhandlungen wegen Polen und der Stadt Danzig, und vorzüglich in der Abneigung der Kaiserin, den Allianz=Vertrag vom Jahr 1764 bei dessen Ablauf im Jahr 1777 zu erneuern. Vergebens waren durch mehrere Monate des Königs Schritte, vergebens Panins Mitwirken; längere Zeit verfloß im fruchtlosen Zuwarten, und nicht ohne Mühe gelang es endlich, die Erneuerung des Vertrags auf acht folgende Jahre zu erzielen.

Ueber die Verhandlungen wegen Polen und der Stadt Danzig, ist es aus dem Grunde nothwendig, etwas umständlicher zu seyn, weil man daraus am richtigsten das damalige Verhältniß und die in Katharinens Gesinnungen gegen den König vorgegangene Veränderung entnehmen kann.

Gleich in der ersten Zeit der Anwesenheit des Gra=

fen Görtz in Petersburg gaben die Oesterreich beigemessenen geheimen Absichten auf den polnischen Thron, Preußen einen Anlaß zu Besorgnissen, und Görtz erhielt den Auftrag, deshalb sowohl, als über Oesterreichs Bestreben, Unruhe und Unzufriedenheit in Polen zu erregen, dem russischen Kabinet eine Denkschrift zu übergeben, und die Nothwendigkeit fühlen zu machen, sich wegen dieses in den Verträgen zwischen Rußland und Preußen nicht vorgesehenen Falls durch eine neue Uebereinkunft zu verständigen. Darauf ging aber Katharine nicht ein, sondern sie erklärte sich vielmehr auf eine etwas bittere Art in einem eigenhändigen Billet (6/17 Dezember 1779) an den Grafen von Panin.

„Nichts kann" — so lautet dasselbe, „alle „Kabalen und Umtriebe in Polen so leicht „scheitern machen, als wenn der König von „Preußen den Klagen der Polen über die „Beeinträchtigung ihres Handels abhel„fen wird. Graf Panin kann diese Wahrheit dem „Grafen von Görtz nicht fühlbar genug machen, denn „das Wohl beider Höfe ist dabei betheiligt."

Diese Beschwerden waren von mehrfacher Art, und es läßt sich nicht verkennen, daß Friedrich II sowohl gegen seine, durch die erste Theilung Polens erworbenen, neuen Unterthanen, als gegen das noch bestehende Königreich Polen selbst, mit einer Strenge

und Anmaßung verfuhr, welche die vielfältig darüber entstandenen Klagen rechtfertigen.

Vor allem fand sich Danzig beschwert. Diese Stadt verdankte es blos dem Interesse, welches sie Katharinen II einzuflößen gewußt hatte, daß sie nicht schon in der ersten Theilung Polens an Preußen überlassen wurde; auch nach derselben fuhr die Kaiserin fort, vorzüglich wegen des Handels ihrer Unterthanen an dem Schicksale Danzigs lebhaften Antheil zu nehmen und dieser Stadt ein besonderes Wohlwollen zu beweisen; Friedrich II. hingegen beeinträchtigte sie in ihren theuersten Interessen. Sogleich als er den ihm angefallenen Theil von Polen in Besitz nahm, bemächtigte er sich auch des noch allein fahrbaren Theils des Danziger Hafens, welcher auf einem dem Kloster Oliva gehörigen, von diesem an die Stadt abgetretenen Gebiet angelegt war; Katharine ließ es damals, unerachtet der gegründeten Gegenvorstellungen von Danzig, geschehen. Nun fing aber der König auch an, die bisher von der Stadt Danzig bezogenen Zoll- und Hafengefälle zu erheben und selbst die Zollsätze zu erhöhen; die Stadt jedoch fuhr fort, auch ihrer Seits jene Abgaben zu beziehen, sah aber dessen unerachtet ihre Einkünfte und den Handel der eigenen und fremden Kaufleute durch Preußens Maaßregeln sehr beeinträchtiget. Der König, wohl fühlend, daß bei den Gesinnungen der Kaiserin für die Stadt

Danzig wiederholte Beschwerden, womit sich wegen beeinträchtigten Handels auch jene der russischen Unterthanen vereinigten, auf das gute Einverständniß mit Rußland einen ungünstigen Einfluß haben konnten, hatte dem Grafen von Görtz den Auftrag ertheilt, diesen Stein des Anstoßes zu beseitigen; allein er wollte dabei eben so wenig nachgeben als etwas verlieren.

Eine andere Beschwerde verursachte der König durch Anlegung eines Zolles zu Fordon an der Weichsel, wo alle nach Danzig gehenden Schiffe zwölf Prozent entrichten mußten, dagegen denjenigen, welche nach Elbing gingen, nur zwei Prozente abgenommen wurden. Durch den Zoll zu Fordon litt die Schiffahrt auf der Weichsel den empfindlichsten Schaden; und der überspannte Tarif desselben war nicht nur Preussens Politik, sondern selbst dessen Interesse entgegen, weil das Getreide, welches bisher auf der Weichsel verführt wurde, mit geringern Kosten auf der Achse und auf dem Dniester verführt werden konnte. Auch verminderten sich die Zollerträgnisse so sehr, daß der König die Ursachen davon untersuchen ließ, welche ihm dann der Wahrheit gemäß vorgelegt wurden.

Zu vielen andern Klagen gab des Königs Benehmen gegen jene polnischen Gutsbesitzer und Grundeigenthümer Anlaß, welche in dem Königreich Polen, und in dem davon an Preussen gefallenen Antheil zu-

gleich begütert waren, und welche von ihm sowohl wegen der persönlichen Unterthans-Verhältnisse, als im Bezuge ihrer Einkünfte auf mancherlei Art gedrückt und beeinträchtigt würden. Mehreren Privaten hatte der König sogleich bei der Besitznahme seines Antheils von Polen ihre Güter eingezogen, unter dem Vorwand, es seyen Starosteien, obschon sie diese Eigenschaft nicht hatten. Dadurch entstand die harte, aber nicht ungegründete Beschuldigung: der König habe nicht einmal Achtung für Privat-Eigenthum.

Mit vieler Freimüthigkeit machten sowohl der preußische Geschäftsträger Buchholz in Warschau, als Graf Görtz dem König über dieses sein Benehmen Vorstellungen, und riethen zu dessen Abänderung; aber es gelang ihnen erst in der Folge, ihren Anträgen Rücksicht zu verschaffen.

Graf von Görtz, höchlich bestürzt über die Art, wie sich die Kaiserin aus Veranlassung dieser Beschwerden auf seinen wiederholten Antrag, den bestehenden Allianz-Traktat auf einen in demselben nicht vorhergesehenen Fall auszudehnen, äußerte, sprach darüber sogleich mit dem Fürsten Potemkin, dessen Gesinnungen gegen die Polen ihm schon früher bekannt waren.

Der Fürst beruhigte den Grafen über das Bild der Kaiserin, welches er der Einwirkung des Fürsten Repnin zuschrieb, der Verbindungen in Polen habe,

und sich wichtig zu machen bestrebe; er versprach, die Kaiserin von ihrer vorgefaßten Meinung über die Beschwerden der Polen zurück zu führen. Ueber die Erneuerung und Erweiterung der Allianz beider Höfe versicherte der Fürst: er habe deshalb die Kaiserin gesprochen und sie ganz damit einverstanden gefunden; er glaube daher Graf Panin habe aus Trägheit und Arbeitsscheue die Sache auf sich liegen lassen; gut würde seyn, wenn der König seine Ideen hierüber an Görtz gelangen ließe, um bei guter Gelegenheit sogleich Gebrauch davon zu machen; er hoffe auf diese Art solche ausführen zu können.

Nie hatte sich bisher der Fürst Potemkin mit so vieler Offenheit gegen den Grafen geäußert, und dieser schöpfte daraus neue Hoffnung, den Zweck des Königs zu erreichen, aber das Billet der Kaiserin hatte ihm deren persönliche Gesinnungen auf eine Art enthüllt, die ihm gegründete Besorgnisse einflößte, und er fühlte die Nothwendigkeit, Katharinen in dem bisherigen Systeme zu erhalten, so lebhaft, daß er den König dringend bat, ihm die Mittel dazu an Handen zu geben.

Drei Jahre nach der Erneuerung des Traktats von 1764 (nämlich 1780) wurde bei der Zusammenkunft des Kaisers Joseph mit der russischen Kaiserin der erste Grund zum Bündniß zwischen Oesterreich und Rußland gelegt. Die Bewegursache dazu haben wir aus dem vorhergehenden Abschnitte kennen gelernt.

Von

Von dem Augenblicke an, wo Oesterreichs Monarch der Kaiserin seine Zustimmung und Mitwirkung zu ihrem großen Plan versicherte, betrachtete sich Katharine eben sowohl mit Oesterreich als mit Preußen verbündet. Aber durch die zwischen Joseph II und Friedrich II vorherrschende feindliche Stimmung fand sie sich gewissermaaßen in einer gezwungenen, mehrmal an Verlegenheit gränzenden Stellung gegen beide, und wünschte daher, um den oben erwähnten Zweck zu erreichen, deren gegenseitige Gesinnungen geändert zu sehen. Wie dieses zu bewirken seyn dürfte, war nicht nur ein Gegenstand ihres eigenen Nachdenkens und Bestrebens, sondern sie foderte auch über die Art, wie zwischen beiden Monarchen ein gutes Einverständniß hergestellt werden könnte, im Frühjahr 1782 von einem Staatsmann schriftlichen Vortrag.

Dem zwischen Katharine und Joseph persönlich verabredeten Bündnisse fehlte noch die nöthige Förmlichkeit. Der wenige Monate nach des Kaisers Zurückkunft aus Rußland erfolgte Tod seiner Mutter (29. November 1780) ließ ihm freie Hand in den fernern Unterhandlungen mit Rußland, und Graf Cobenzl ward damit beauftragt.

Dieser übergab in der ersten Hälfte Jäners 1781 eine Note, worin im Wesentlichen gesagt ward: „Seit „dem Zeitpunkte, wo seinem Monarchen das Glück „zu Theil geworden sey, die russische Kaiserin per-

„sönlich kennen zu lernen, habe sich seine hohe Ach-
„tung für dieselbe noch vermehrt, und ihm den Wunsch
„eingeflößt, mit ihr durch einen Traktat in nähere
„Verbindung zu treten; wohl sey dem Kaiser
„die zwischen ihr und Preußen bestehende
„Allianz und der Entschluß, solche beizu-
„behalten, bekannt; aber auch von seiner
„Seite bestehe ein Vertrag mit Frankreich,
„den er ebenfalls als unauflöslich betrach-
„te und nie aufzugeben gedenke; jedoch
„glaube er ein bloßer Freundschaftsver-
„trag zwischen ihm und der Kaiserin, wel-
„cher eine gegenseitige Garantie der bei-
„derseitigen Staaten enthalte, werde je-
„nen Allianzen keinen Eintrag thun, und
„die Kaiserin so wenig als ihn verhindern,
„die dadurch übernommene Verbindlich-
„keiten zu erfüllen."

Katharine nahm diesen Antrag mit Wohlgefallen auf, und sah keine Ursache, welche sie hindern konnte, darauf einzugehen. Sie sprach zuerst mit Ostermann darüber, und dieser gestand selbst, daß kein wesentliches Hinderniß dagegen bestehe, daß jedoch so eine Allianz dem König von Preußen nicht angenehm seyn könne, und daß sich derselbe dadurch wahrscheinlich beunruhigt finden dürfte. Auf dieses erwiederte die Kaiserin: „sie sey fest entschlossen, ihrer

„Verbindung mit Preußen eben so unver-
„änderlich treu zu bleiben, als der Kaiser
„der seinigen mit Frankreich treu bleiben
„zu wollen sich erklärt habe; sie glaube
„selbst, durch die vorgeschlagene Allianz
„können ihm die Hände gebunden werden,
„und solche werde zugleich für Rußland den Vortheil
„haben, daß dessen Gränzen gegen die Pforte ge-
„sichert seyen; übrigens könne ja auch Preußen zum
„Beitritt eingeladen werden."

Anders sah Graf Görtz die Sache an. Er be-
sorgte nämlich, des Kaisers Absicht sey nur, mit Ruß-
land eine Verbindung einzugehen, um dadurch vor-
erst jene, die zwischen dieser Macht und Preußen be-
stehe, zu schwächen, bis sich Zeit und Umstände er-
geben, solche ganz zu zerstören; er fand, wenn gleich
nicht mit Grund, daß streng genommen eine Allianz
zwischen Rußland und Oesterreich mit dem zweiten
Artikel des Vertrags zwischen Rußland und Preußen
vom Jahre 1764 nicht vereinbarlich sey, weil darin
festgesezt werde, keine der beiden kontrahirenden Mächte
könne Verbindungen eingehen, welche jenem Vertrag
entgegenlaufen; er besorgte endlich, Kaiser Joseph
dürfte ein Bündniß mit Rußland benützen, um über
die Türken, Venedig, den Papst und alle Staaten
herzufallen, die für seine Erwerbungslust einen Reiz
haben könnten. Nicht einmal des Königs Beitritt zu

so einer Allianz wollte dem Grafen gefallen; denn er glaubte vorauszusehen, daß dadurch das Mißtrauen aller Mächte gegen die neue Allianz vergrößert, und der König das Ansehen verlieren würde, welches er sich durch sein Benehmen in der baierischen Erbfolge-Angelegenheit erworben hatte. Daher meinte Görtz, für den Fall, als doch jene Allianz zu Stande kommen sollte, dürfte es rathsamer seyn, wenn aus Veranlassung derselben eine geheime Uebereinkunft zwischen Katharine und Friedrich geschlossen würde, in welcher man sich über die Maaßregeln verstünde, um den neuen Vertrag für Preußen so wenig nachtheilig als möglich zu machen, und zu verhindern, daß derselbe der seit 1764 bestehenden Allianz zwischen Rußland und Preußen nicht schade.

Panin und Ostermann suchten die Besorgnisse des Grafen von Görtz zu beschwichtigen; ersterer insbesondere versicherte demselben, „daß Oesterreichs Ab„sichten, weit entfernt den bestehenden Verhältnissen „zwischen Rußland und Preußen zu schaden, vielmehr „zur Anerkennung führen werden, solche seyen auf so „dauerhafte Grundlagen gestüzt, daß sie nichts erschüt„tern könne; unerachtet Katharinens Vorliebe für „Oesterreich gedenke sie doch keineswegs die Verbin„dung aufzugeben, welche seit dem Anfange ihrer Re„gierung zwischen Rußland und Preußen bestanden „habe, von deren Nutzen sie in mehrern Fällen über-

„zeugt worden sey, und welcher sie die schöne Rolle, „die sie bisher in den Angelegenheiten Europa's im „Allgemeinen, und Deutschlands insbesondere gespielt „habe, verdanke; aber ihre Eitelkeit dürfte wahrschein„lich eine neue Nahrung in der an sich so wenig ver„träglichen gleichzeitigen Verbindung mit Oesterreich „und Preußen finden, welche voraussichtlich beide Höfe „veranlassen möchte, sich in Gefälligkeiten gegen sie „zu überbieten; so befolge Katharine ihre Grundsätze „und Handlungsweise im Privatleben, auch in der „Politik, seitdem sie diese allein zu leiten übernom„men habe. Es sey nicht zu mißkennen, daß Jo„seph II und seine Minister sich keineswegs gewöhn„licher Waffen bedienen, um Rußlands Verbindung „mit Preußen aufzulösen, es sey jedoch am gerathen„sten, im Bewußtseyn des eigenen Werths und der „treuen Erfüllung der übernommenen Verbindlichkei„ten, ruhig das Weitere abzuwarten, in dem bisheri„gen Betragen nichts zu ändern, und sonderlich keine „Besorgnisse zu zeigen, weil dadurch nur der Kaiserin „Eitelkeit vermehrt werden könnte. Vielmehr solle „eben jezt der König das größte Vertrauen in die Ge„sinnungen der Kaiserin und auf ihre Gewissenhaftig„keit die bisherige Verbindung fortzusetzen, beweisen, „weil sie dadurch am zuverläßigsten in dem bisherigen „System erhalten werden könne."

Auch der Großfürst drückte seine Gesinnungen

auf eine sehr bestimmte Art aus; er gestand zwar, daß er sich gegenwärtig nur auf Wünsche zu beschränken vermöge, daß er aber in der Folge mehr thun zu können hoffe; „er sey jezt“ — sagte er — „27 Jahr „alt und werde wahrscheinlich noch eben so viele Jahr „leben, um solche ganz der Freundschaft, die er für „den König hege, zu widmen, und dadurch die Standhaftigkeit in seinen Gesinnungen zu bethätigen; die „Idee, eine glorreiche Rolle zu spielen und sich in „die Mitte zwischen Preußen und Oesterreich zu stellen, um in gewisser Art die „Schritte beider Mächte zu leiten, und der „romanhafte aber unausführbare Plan eines griechischen Kaiserthums liege dem Vorhaben der Kaiserin, sich auf ein Bündniß mit Oesterreich einzulassen, vorzüglich zu Grunde.“

Alles dieses vermochte nicht, den Grafen von Görtz zu beruhigen; das, was der Großfürst äußerte, nicht, weil sich die Wirkung seiner Vertröstung erst in einer ungewissen, wahrscheinlich sehr entfernten Zukunft zeigen konnte, indem Katharine ihrem Sohn nicht den mindesten Einfluß auf die Gegenwart einräumte, und selbst eifersüchtig darauf war, daß ihm ein solcher von Niemand beigemessen werde; das aber, wodurch die Minister des Grafen Besorgnisse zu beseitigen suchten, aus dem Grunde nicht, weil die Kaiserin seit einiger Zeit gewohnt war, nach eigener Ansicht zu

handeln, und ihre Minister weder im voraus zu fragen, noch sie von dem, was geschehen war eher, als sie es für gut fand, in Kenntniß zu setzen.

Selbst Potemkin hatte keinen entscheidenden Einfluß auf die Politik im Allgemeinen, und jener war eigentlich blos auf das beschränkt, was der Kaiserin Lieblings-Projekt, die Gründung eines griechisch-orientalischen Kaiserthums, betraf. Dadurch glaubte er wahrscheinlich seinen Hauptzweck zu erreichen, und ihm schienen alle übrigen politischen Verhältnisse ziemlich gleichgültig zu seyn, weniger vielleicht, weil er sich nicht Talent genug zutraute, um darauf einzuwirken, als weil er, vorzüglich mit Gründung seines und der Seinigen Glück beschäftigt, solche für seinen Zweck von untergeordnetem Interesse erachtete.

Bei diesen Verhältnissen und bei Katharinens Stimmung sah Görtz voraus, daß seine Ansichten, so richtig sie auch seyn mochten, den gewünschten Eindruck nicht machen, und folglich die Abschliessung einer Allianz mit Oesterreich nicht verhindern würden. Die einzige Hoffnung eines Erfolges beruhte nun noch darauf, wenn es gelänge, der Kaiserin die Ueberzeugung beizubringen, daß ein Bündniß mit Oesterreich weder Rußland einigen Vortheil bringen, noch für die Ausführung ihres Lieblings-Plans förderlich seyn werde. „Es

sey" — äußerte sich der Graf, da wo er es zweck
dienlich fand, besonders gegen Potemkin und Oster-
mann — „es sey eine der Politik der mächtigen Mo-
„narchin des größten Reichs nicht angemessene Be-
„hauptung, die Verbindung mit Oesterreich wäre für
„Rußland vortheilhaft, um ihre Staaten gegen die
„Unternehmungen der Türken zu sichern. Rußlands
„eigene Kräfte seyen ohne allen fremden Beistand
„mehr als hinreichend, um es mit der ganzen Macht
„der Pforte aufzunehmen. Bei dem verheerten Zu-
„stand der Krimm könne solche voraussichtlich lange
„nicht mehr zum Kriegsschauplatz dienen, und es ge-
„nüge Kertsch und Jenikale in Vertheidigungs-
„stand zu erhalten, um von jener Seite sicher zu seyn.
„Eine einzige Armee von fünfzigtausend Mann regel-
„mäßiger Truppen, bei Eröffnung eines Feldzuges ge-
„gen Oczakow, und in der Folge gegen die Moldau
„vorgerückt, könne alle Streitkräfte der Osmanen im
„Zaum halten. Vergeblich erwarte die Kaiserin, daß
„ihre Verbindung mit Oesterreich allein sie in den
„Stand setzen werde, ihren Lieblingsplan gegen das
„osmanische Reich auszuführen, vergeblich, daß sie
„dadurch den andern Staaten Europa's, welche ein
„Interesse haben sich ihren Absichten zu widersetzen,
„imponiren könne, denn gerade so eine Verbindung
„müsse deren Eifersucht und Besorgnisse in einem
„Grade erregen, welcher der Ausführung jenes Plans

„unübersteigliche Hindernisse entgegensetzen werde. Und „wer würde am Ende gewinnen, wenn die Trümmer „des türkischen Reichs mit einer Macht getheilt wer„den sollten, welche für Rußland furchtbarer sey, als „es die Türken je werden könnten?"

„Wolle man auch unbeachtet lassen, welche Fol„gen eine Verbindung mit Oesterreich auf den Ein„fluß Rußlands in Polen und anderswo herbeifüh„ren dürfte, so sey doch unverkennbar, daß jeder Zu„wachs an Macht des Wienerhofes das Fortschrei„ten des russischen Uebergewichts hemmen werde. Und „darauf sey eben Kaiser Josephs tief durchdachter „Plan gerichtet, er wolle sich eines Bündnisses mit „Rußland bedienen, um Katharinen die erhabene „Rolle einer Schiedsrichterin von Europa zu entreis„sen, und sich selbst solche zuzueignen."

Aber auch diese Gründe brachten die gewünschte Wirkung nicht hervor. Denn Katharine, die ganze Politik nach ihren eigenen Ansichten leitend, hatte schon länger den ihrem hohen Geist angemessenen aber schwer auszuführenden Plan entworfen, die Eifersucht und Abneigung zwischen Oesterreich und Preußen zu heben, und beide Mächte aufrichtig mit einander auszusöhnen. Sie fand dazu kein sicherer's Mittel, als sich mit beiden zu verbinden, um beiden als Vertraute und Vermittlerin zu gelten, und die eine wie die andere Macht

durch die mit ihr eingegangene Allianz in den Schran[ken]
halten zu können. Dadurch sicherte sie deren g[e]
genseitiges gutes Einverständniß, sich aber in vo[r]
kommenden Fällen den Beistand beider, selbst [in]
Ausführung ihres Planes gegen die Pforte. Bei d[ie]
ser geheimen Absicht konnten alle gegen ihre Verbi[n]
dung mit Oesterreich vorgebrachten Gründe auf [sie]
keinen Eindruck machen, sondern solche mußten [sie]
vielmehr in ihrem Vorhaben bestärken, weil sie in de[s]
sen Ausführung das sicherste Mittel zu Erreichun[g]
ihres Endzweckes wahrzunehmen glaubte.

In dem ersten, von dem Grafen Cobenzl über
gebenen Entwurf wurde der Vertrag von 1746 al[s]
Grundlage der neuen Allianz zwischen Oesterreich un[d]
Rußland vorgeschlagen, jedoch mit der ausdrückliche[n]
Erklärung, daß solche auf keine Weise den zwische[n]
Rußland und Preußen bestehenden Verbindungen, de
ren Fortbestand anerkannt werde, präjudizirlich seyn
solle. Die mit der Unterhandlung beauftragten ruf
sischen Minister Panin und Ostermann bemerkte[n]
dem Grafen Cobenzl: sie hätten nach seinen erste[n]
Eröffnungen nicht erwartet, daß der Kaiser den Ver
trag von 1746 dermal, wo das System von Europ[a]
geändert sey, zur Grundlage einer Defensiv-Allian[z]
vorschlagen würde, und sie sähen sich daher auße[r]
Stande, darüber der Kaiserin einen Vortrag zu ma
chen. Aber Graf Cobenzl erwiederte: er habe hier

aber so bestimmte Instruktion erhalten, daß er davon nicht abgehen könne, und die russischen Minister legten nun den ersten Entwurf der Kaiserin vor.

Diese fand solchen keineswegs nach ihrer Erwartung, sie war vielmehr mit demselben unzufrieden, nicht nur weil sie glaubte, Oesterreich suche sie weiter zu führen, als in ihrer Absicht lag, sondern auch, und zwar vorzüglich, weil der Entwurf nichts enthielt, was ihr Oesterreichs Beistand gegen die Türken sicherte. Hier die eigenen Worte der Kaiserin: „Diese Vorschläge sind sehr verschieden von denjenigen, „die ich erwartete. Meine Absicht war eine freund„schaftliche Verbindung zu schließen, die an und für „sich gleichgültig wäre, und wobei ich höchstens die Ab„sicht hatte, dieselbe nöthigenfalls gegen die Türken „zu benützen. Es scheint aber, man habe die Absicht „mich weiter zu führen, und zugleich mir darüber be„stimmte Verpflichtungen festsetzen zu wollen; wann „dem also ist, so wird aus der Sache nichts.“

Daher erklärte die Kaiserin die gemachten Propositionen für unannehmbar, trug jedoch ihren Ministern auf, einen Gegenentwurf zu verfassen und vorzulegen.

Dieß geschah und zwar in der Art eines gewöhnlichen Freundschafts-Vertrags, worin jedoch bestimmt ausgesprochen ist, daß solcher den ältern Verbindungen und Verträgen Rußlands mit andern Höfen keineswegs präjudiziren solle.

des Allianz-Vertrags von 1746 durfte keine Erwäh-
nung geschehen, und die Dauer des Vertrags war
nicht wie Oesterreich vorgeschlagen hatte, auf ewige Zei-
ten, sondern nur auf acht Jahre festgesezt. Ver-
möge eines auf der Kaiserin ausdrücklichen Befehl beige-
fügten geheimen Artikels sollte Oesterreich Ruß-
land alle seine Traktate mit der Pforte
und namentlich den lezten Friedensschluß
garantiren, und sich verpflichten, in dem
Fall, wo die Pforte einen Artikel desselben
in seiner ganzen Ausdehnung zu erfüllen
sich weigern würde, seine Streitkräfte mit
jenen Rußlands zu vereinigen, und sie durch
die Gewalt der Waffen dazu zu zwingen;
dagegen verpflichte sich Rußland, den Belgrader Frie-
den Oesterreich zu garantiren. Mit diesem Gegenent-
wurf schickte Graf Cobenzl im Anfange des Februars
einen Kurier nach Wien ab.

In Erwartung neuer Instruktionen aber mach-
Cobenzl vorläufig einen Ceremonielstreit reg-
der den Diplomaten viel zu schaffen gab, und in d-
Folge auch dem formellen Abschluß des Vertra-
hinderlich war. Er äußerte sich nämlich gleich na-
Abgang des Kuriers, daß bei Ausfertigung d-
Traktats keine Alternation beobachtet werden dürf-
sondern daß durchaus dem Kaiser der Rang vor d-
Kaiserin eingeräumt werden müsse. Diese, sehr en-

pfindlich über einen Anspruch dieser Art, ließ dem Grafen Cobenzl erklären: solcher sey ganz und gar unzulässig, und sie werde nur dann die Unterhandlungen fortsetzen lassen, wenn eine vollkommene Gleichheit beobachtet werde; er solle darüber an seinen Hof Bericht erstatten und sich andere Instruktionen ausbitten, bis zu deren Einlangung bleiben alle fernern Unterhandlungen suspendirt.

In der zweiten Hälfte des Monats März kam der, vom Grafen Cobenzl nach Wien geschickte Kurier zurück. Außer einem langen Schreiben des Kaisers an die Kaiserin überbrachte derselbe dem Gesandten die Instruktion: den russischen Gegenentwurf ohne alle Einwendung anzunehmen, aber zugleich auch zu erklären, es sey dem Kaiser unmöglich wegen des Vorrangs nachzugeben, weil dieß ihn gegen das deutsche Reich verantwortlich machen, und ein Präjudiz rücksichtlich aller andern Mächte nach sich ziehen würde.

Diese Erklärung sezte die Kaiserin in eine sichtbare Verlegenheit; ihrer Eitelkeit widerstrebte es nachzugeben, und ihrem Interesse, ihre Plane aufzugeben. Daher ließ die Kaiserin alle Gründe aufsuchen und zusammenstellen, welche beweisen sollten, daß der Kaiser den Vorrang nicht behaupten könne.

Einige dieser Gründe waren von sonderbarer Art. So wurde behauptet: „die katholischen Könige räumen

„dem Kaiser den Vorrang nur um deßwillen ein, weil
„er Schutzherr ihrer Kirche sey, und vom Papst als
„das weltliche Oberhaupt derselben angesehen
„werde; daher habe Frankreich beim westphälischen
„Frieden dem Kaiser den Vorrang bestritten, weil
„er vom Papst nicht gekrönt worden sey; einen auf
„diesen Grund gestüzten Vorrang könne die Kaiserin,
„als Oberhaupt der griechischen Kirche, welche keinen
„Papst zulasse, nicht anerkennen. Der Kaiser habe
„von der Pforte nie erlangt, anders als auf den Fuß
„der vollkommensten Gleichheit behandelt zu werden und
„die Kaiserin könne ihm nicht mehr einräumen als
„der Großherr; so gut als dieser die vormaligen grie-
„chischen Kaiser, könne Rußland das griechische Reich
„vorstellen, und es finden sich einige Beispiele, daß
„der gleiche Rang der russischen Czaare und der grie-
„chischen Kaiser anerkannt worden sey, was auch schon
„einer der Vorfahren Peters des Großen behauptet
„habe.“ Außer diesen und andern Gründen der Art
bezog sich die Kaiserin auf ihre Erklärung bei Gele-
genheit der mit Frankreich wegen des Kaisertitels ent-
standenen Irrung, nämlich: sie anerkenne den
gleichen Rang aller gekrönten Häupter,
werde aber auch selbst keinem derselben nach-
stehen; darauf müsse sie auch jezt, um sich selbst nicht
zu widersprechen, fest bestehen.

Diese Gründe ließ die Kaiserin zur Hälfte Aprils

nach Wien abgehen, und fügte denselben ein eigenhändiges Schreiben an den Kaiser bei. Darin wurde als Auskunftsmittel vorgeschlagen, der Kaiser solle den Vertrag mit Hinweglassung des Kaisertitels, als König von Ungarn und Böhmen unterschreiben, was schon Kaiser Leopold bei dem im Jahr 1683 mit Polen geschlossenen Vertrag gethan habe. Durch den nämlichen Kurier sendete auch die Kaiserin ein großes mit eigener Hand geschriebenes und besiegeltes Packet an ihren Gesandten in Wien, den Fürsten Gallitzin, ab. Von dessen Inhalt konnte man nichts Zuverläßiges erfahren, vermuthete aber, solcher beziehe sich auf das Lieblingsprojekt der Kaiserin, weil sie sich einige Tage zuvor alle auf die Pforte Bezug habenden Papiere und die Karten und Plane der türkischen Provinzen hatte vorlegen lassen.

Der zu Beseitigung des Rangstreites beantragte Ausweg fand in Wien keinen Beifall, und nun wurde dem Kaiser vorgeschlagen, jeder Theil solle eine besondere Urkunde ausstellen. Inzwischen hatte man in den russischen Archiven neue Gründe aufgefunden, um auf der vollkommenen Gleichheit mit dem kaiserlichen Hof zu bestehen. Schon der Czaar Iwan Basilowitsch behauptete gegen denselben und gegen die Pforte, Rußland repräsentire das griechische Kaiserthum und nahm daher eine vollkommene Gleichheit des Ranges in Anspruch; man wollte einen Vertrag

wo der Wienerhof diese Gleichheit wirklich beobachtet hatte und einen Fall aufgefunden haben, wo durch die Weigerung es zu thun, Unterhandlungen zwischen beiden Höfen abgebrochen wurden.

Aber Kaiser Joseph bestand, unerachtet aller Gründe Katharinens, auf dem Vorrang. Der im Anfange des Monats Junius von Wien zurückgekommene Kurier brachte im Wesentlichen folgende Aeußerung des Kaisers mit: „er könne unmöglich einem Vorrang „entsagen, welcher von allen Mächten anerkannt sey, „und welchen alle seine Vorfahren in den verschiedenen „mit Ludwig XIV geschlossenen nachtheiligen Friedens„traktaten stets behauptet haben; er würde sich daher „dem Tadel aussetzen, wenn er jezt bei einer der gegen„seitigen Konvenienz willen freiwillig abzuschließenden „Uebereinkunft darauf verzichten wollte."

Während dieser Ungewißheit und der Unruhe über den Fortbestand der engen Verbindung zwischen Preußen und Rußland ergab sich ein Zufall, den Graf Panin sehr geschickt, wenn gleich vergeblich, zu einem Versuch, um die Kaiserin in dem bisherigen Bündniß mit Preußen zu bestärken, zu benützen wußte. Der Chef der deutschen Kanzlei, Namens Krook, hatte seine Pension genommen, und fand bei den geheimen Papieren des Grafen Panin ein räsonnirendes Memoire dieses alten Ministers, welches er der Kaiserin bei Anfang ihrer Regierung übergeben hatte, und worin sich

alle

Gründe gesammelt und entwickelt finden, welche eine Allianz des russischen Hofes entweder mit Oesterreich oder mit Preußen sprechen, und woraus der Schluß gezogen wird, daß es gegen Rußlands Interesse sey, sich in eine Allianz mit Oesterreich einzulassen. Krook aus alter Anhänglichkeit an den Grafen Panin fragte denselben, was er mit dem Memoire thun solle, und dieser gab ihm den Rath, bei der Kaiserin durch Besborodko darüber anfragen zu lassen. Solches geschah und Krook erhielt den Auftrag, die Denkschrift Besborodko einzuhändigen, welcher solche mit ihm aufmerksam durchlas und deren Gründlichkeit das größte Lob ertheilte. Die Kaiserin selbst erhielt Kenntniß davon und ließ Krook für die Aufbewahrung danken. Doch eine Aenderung in ihren Ansichten wurde nicht bewirkt.

Durch die verschiedenen Nachrichten über die Unterhandlungen zwischen Rußland und Oesterreich und die fortgesezte Weigerung der Kaiserin den Traktat mit Preußen zu erneuern, wurde der König über seine eigene Stellung zu Rußland so sehr in Zweifel gesezt, daß er dem Grafen von Görtz den sonderbaren Auftrag gab: ihm zu berichten, ob er mit Rußland noch in Allianz stehe oder nicht? worauf dieser die nicht weniger sonderbare Antwort ertheilte: man fahre fort, ihn dessen zu versichern.

Durch den Rangstreit, von Oesterreich, vielleicht

zur Unzeit erregt, wurden zwar die ministeriellen Unter-
handlungen zu Abschließung einer Allianz unterbrochen,
aber die Bedingnisse derselben blieben dessen unerachtet
durch beiderseitiges Einverständniß auf die angeführte
Art festgesezt, und es fehlte nur die Förmlichkeit des
Abschlusses und die Ausfertigung. Diese ersezte das
fortwährende vertrauliche Benehmen zwischen dem Kai-
ser Joseph und der Kaiserin Katharine durch unmit-
telbare, ohne Mitwirkung, selbst ohne
Wissen der russischen Minister, geführte
Korrespondenz; und die Verbindung beider Höfe,
die ihrem ganzen Inhalte nach bisher nirgends bekannt
gemacht worden ist, bestand schon im Sommer 178[illegible].
Aber erst im Junius 1783 machte Graf Ostermann
über deren Absicht und Bedingungen dem russischen Ge-
sandten Fürsten Dolgoruki in Berlin und dem Grafen
von Görtz nachfolgende ministerielle Eröffnung:

Nachdem im Eingange derselben kurz der Unter-
handlungen erwähnt wird, welche im Jahre 178[illegible]
zwischen beiden Höfen statt fanden, und wegen eines
Rangstreits ohne Erfolg blieben, wird fortgefahren:
„Unerachtet dieses Hindernisses des wirklichen und for-
„mellen Abschlusses haben die kaiserlichen Minister den
„Auftrag erhalten, die beiden Höfe als durch Freund-
„schaft und persönliche Verbindungen alliirt zu be-
„trachten; beide Höfe haben von dieser gegenseitigen
„Freundschaft und Verbindung für ihre Reiche die

„vortheilhaftesten Folgen wahrgenommen, und durch „die unmittelbare Korrespondenz beider Souveräne „sich endlich über eine Allianz folgenden wesentlichen „Inhaltes vereiniget: daß durch die unmittel= „bare Korrespondenz Ihrer Kaiserlichen „Majestäten die alten, zwischen den Höfen „von Wien und Petersburg bestandenen „Verbindungen in Ausdrücken erneuert „worden seyen, welche die gegenseitige „Garantie ihrer Besitzungen und eine De= „fensiv=Allianz in der Art, wie zwischen „Rußland, Preußen und Dänemark be= „stehe, festsetzen; daß diese Verträge so „wie der Traktat von Teschen in ihrer „ganzen Integrität aufrecht erhalten wer= „den; daß endlich die Stipulationen der „russischen Allianz mit Oesterreich sich dar= „auf beschränken, die ottomanische Pforte „in den gebührenden Schranken zu halten, „und ihr die Mittel zu benehmen, den „Frieden und die Ruhe ihrer Nachbarn zu „stören."

Graf Görtz bemerkte dem Vicekanzler: diese Er= öffnung sey von so hoher Wichtigkeit, daß er sich nicht erlauben könne solche zu erwiedern, sondern die Aufträge seines Hofes erwarten zu müssen glaube; inzwischen nehme er sich doch die Freiheit zu fragen:

ob, da von Erneuerung alter Verbindungen zwischen den Höfen von Wien und Petersburg die Rede sey, der Traktat von 1746 darunter verstanden werde, indem, so viel ihm bekannt, derselbe die Grundlage jener Verbindung ausgemacht habe, übrigens aber offensiv gewesen sey? Der Vicekanzler versicherte: die neue Allianz sey keinesweges offensiv, sondern nur defensiv, seine Monarchin habe ausdrücklich ihre Allianz mit Preußen und Dänemark vorbehalten, und sich dieses in der neuen Verbindung ausbedungen; der Kaiser aber, der diese Allianz kenne, habe es zugegeben.

Sonach bemühte sich Ostermann, den Grafen von Görtz durch alle erdenklichen Gründe zu überzeugen, daß beide Allianzen sehr wohl mit einander verträglich seyen, und äußerte sich: er wünsche, es möge ihm gelungen seyn. Görtz aber entgegnete: er müsse dem König überlassen darüber zu urtheilen; er aber könne nicht bergen, daß dieß ein ganz neuer Fall sey, daß es öfter Verlegenheiten erregen könnte, sich in Allianz mit zwei Höfen zu befinden, deren Interessen manchmal im Widerspruch stehen, und daß Veranlassungen möglich seyen, wo selbst bei der größten Unparteilichkeit eine Vorliebe für den einen oder den andern dieser Höfe eintreten dürfte. — Der Fall einer Allianz mit zwei Mächten, welche ein

verschiedenes System haben, sey nicht neu, entgegnete Ostermann, denn Rußland sey schon zu gleicher Zeit mit Schweden und mit Dänemark verbündet gewesen. — Wahrscheinlich, bemerkte Görtz darauf, habe dann doch die eine oder die andere dieser Mächte mehr Begünstigung erhalten. Schlüßlich fragte er: ob die neue Allianz auf eine bestimmte Zeit geschlossen sey? worauf aber Ostermann antwortete, dieß könne er nicht sagen, indem Alles durch die unmittelbare Korrespondenz der Souveräne verabredet worden sey.

Weder der englische noch der französische Gesandte in Petersburg hatten von dieser Allianz Kenntniß, und sie waren höchlich verwundert, als Görtz ihnen solche vertraulich eröffnete.

In der Folge fragte Görtz den Vicekanzler, ob der Vertrag zwischen beiden Kaiserhöfen ein Datum habe, wie dieses bei Traktaten gewöhnlich sey? Auch darauf, versicherte der Vicekanzler, könne er nicht antworten, denn er wisse nicht mehr, als er bereits gesagt habe; er fügte nur noch bei, der Kaiser habe es übernommen, Frankreich, dessen Allianz er sich ebenfalls vorbehalten habe, von der Verbindung mit Rußland in Kenntniß zu setzen; daß derselbe übrigens der Kaiserin seinen Vertrag mit Frankreich eben so wenig mitgetheilt habe, als die Kaiserin jenen mit Preußen dem Kaiser.

Besborodko, an den Görtz einige Tage später sich wendete, um das Datum des Vertrags zu erfahren, versicherte solches nicht sagen zu können, gab jedoch zu verstehen, daß derselbe einige Monate nach der zuerst abgebrochenen Unterhandlung dürfte geschlossen und zu Stande gekommen seyn; eine Aeußerung, die das Ministerium, als es davon Kenntniß erhielt, Besborodko aus dem Grund zum Vorwurf machte, weil es wünschte glauben zu machen, die Allianz mit Oesterreich sey erst ganz kürzlich geschlossen worden.

Auf diese Art bestand also dieses auf eine ganz eigene Art und mit Nichtbeachtung aller diplomatischen Formen geschlossene Bündniß schon eine geraume Zeit, ehe die russischen und vielleicht auch die österreichischen Minister davon Kenntniß hatten!

Der Großfürst gab dem Grafen Görtz über den Fortbestand der Allianz zwischen Rußland und Preußen, und über die Unveränderlichkeit seiner persönlichen Gesinnungen stets die beruhigendsten Versicherungen. Sogar aus Katharinens eigenem Munde vernahm Graf Görtz Worte, die den Werth, welchen sie auf die Verbindung mit seinem König legte, klar zu erkennen gaben. Als er nämlich ihr gegen Ende Jäners in einer erhaltenen Audienz das Notifikationsschreiben des Königs von der Geburt des dritten

Sohnes des Prinzen von Preußen überreichte, trug sie dem Grafen auf, dem König in ihrem Namen zu versichern: „ihre Freundschaft für ihn sey unveränderlich, und noch eben so, wie im Anfange ihrer „Regierung, und sie werde immer die nämliche treue „Freundin und Verbündete bleiben; sie wünsche nur“ — fügte sie mit besonderm Nachdruck bei — „daß „der König dessen vollkommen überzeugt seyn möge.“

Auf die vorerwähnte Eröffnung des Grafen Ostermann erhielt Görtz vom König die Weisung zu erforschen und bestimmt zu berichten: ob der Traktat von 1746 unter jenen ältern Verträgen begriffen sey, deren Erneuerung Rußland und Oesterreich sich gegenseitig zugesichert haben? Ostermanns Antwort auf die hierüber wiederholt an ihn gestellte Frage war ausweichend; „die damaligen Verhältnisse“ — erwiederte er — „seyen von den gegenwärtigen ganz verschieden gewesen, wenn daher auch die Stipulationen jenes Traktats gegen Preußen gelautet haben, „so können solche nicht in der erneuerten Verbindung „beider Höfe begriffen seyn, weil in diesem ausdrücklich festgesezt werde, daß die Allianz zwischen „Rußland und Preußen so wie der Teschner Friede „aufrecht zu erhalten, und daß dieses geschehe, der „feste Entschluß der Kaiserin sey.“

Diese fuhr auch fort dem König Versicherungen

ihrer stets gleichen Gesinnungen für ihn zu geben, die ihn beruhigen konnten. So ließ die Kaiserin den König ihre aufrichtige Theilnahme an den Unannehmlichkeiten bezeigen, welche der Statthalter der vereinigten Niederlande und seine Gemahlin, Nichte Friedrichs II, von ihren Gegnern zu ertragen hatten, und wünschte zu wissen, in welcher Art sie den König in den deshalb unternommenen Schritten unterstützen könne? — Bald darauf erklärte bei einem andern Anlaß der Vicekanzler dem Grafen von Görtz auf ausdrücklichen Befehl der Kaiserin: „sie könne „nie die Idee haben, irgend etwas dem Interesse „Preußens Zuwiderlaufendes zu unternehmen; schmer„zen würde es sie, wenn der König sie dessen fähig „glauben könnte, denn während ihrer ganzen Regie„rung habe sie stets mit Vergnügen jede Gelegenheit „gesucht und benützt, um ihm Beweise ihrer Freund„schaft und der Anerkennung des Werthes der mit „ihm bestehenden Allianz zu geben, welcher stets treu „zu bleiben sie entschlossen sey; sie hoffe durch diese „offene Erklärung werde alles Mißtrauen in die „Aufrichtigkeit und Unveränderlichkeit ihrer Gesin„nungen gegen den König verschwinden und dieser „von dem Gewicht überzeugt seyn, das sie seiner „Allianz und Freundschaft beilege."

Aber dessen unerachtet gelang es dem Grafen von Görtz nicht, die Erneuerung des Vertrags zwi-

schen Rußland und Preußen zu erzielen. *) Daher war ihm die Abschließung der vorerwähnten besondern Konvention mit Rußland wegen des Seehandels der Neutralen so sehr erwünscht, weil sie doch sich auf die innige Freundschaft und Verbindung beider Höfe ausdrücklich bezog und solche als fortwährend bestehend bezeichnete.

Gegen Ende des Jahres 1784 und im Anfange des folgenden Jahrs äußerte sich die Erkaltung Katharinens gegen den König von Preußen bei verschiedenen Anlässen auf eine sehr auffallende Art. Das Benehmen der russischen Minister gegen den Grafen von Görtz war kalt; man vermied beinahe jede Unterredung mit ihm, selbst, so zu sagen, sich ihm zu nähern, und behandelte ihn als den Gesandten einer Macht, mit der man voraus siehet, nicht mehr lange in den bisherigen freundschaftlichen Verhältnissen zu bleiben; man verweigerte Preußen die früher auf jedesmaliges Ansuchen zugestandene Erlaubniß,

---

*) Herr von Leutsch behauptet a. a. O. S. 339, solches sey am 30. August 1781 geschehen. So eine bestimmte Versicherung mag ihren Grund haben; indessen findet sich in den Papieren des Grafen von Görtz keine Spur davon; auch Martens und Schöll schweigen hierüber, und Herr von Dohm sagt (a. a. O. I. Th. S. 428), jener Traktat sey nicht erneuert worden, weil Katharine wußte, daß dessen Erneuerung dem Wiener-Hof mißfallen würde.

Remontpferde in den russischen Provinzen aufkaufen zu dürfen; man bewies eine unter befreundeten Höfen nicht gewöhnliche Gleichgültigkeit auf die Beschwerde wegen des beleidigenden Betragens des russischen Gesandten Simolin in London gegen den preußischen Gesandten Lusi, wo ersterer gegen diesen äußerte: Preußen habe kein Recht sich auf Verträge zu berufen: indem es keine zu halten gewohnt sey. Dem Grafen von Görtz sagten seine vertrauten Freunde: sie müßten sich von ihm entfernt halten, um sich nicht zu schaden.

Bald aber geriethen die seit so langen Jahren verbündeten beiden Höfe, wegen eines Gegenstandes, worüber unten das Nöthige vorkommen wird, in eine offenbare Opposition, und dieß war der gefährlichste Zeitpunkt für das ohnehin schon so sehr geschwächte gute Einverständniß, der jedoch vorüberging, ohne jenes noch der Form nach aufzuheben.

Unter diesen Umständen hatte der Graf von Görtz die einzige Beruhigung, daß der Großfürst seinen Grundsätzen und Gesinnungen rücksichtlich dieser Allianz treu bleibe. Aber mit der größten Behutsamkeit mußte Görtz fortwährend eine geheime Verbindung mit diesem Prinzen unterhalten, damit davon nicht das Mindeste bekannt wurde. Auch mit dem König unmittelbar stand der Großfürst im vertraulichen Briefwechsel, wodurch sich Friedrich über

seine Stellung zu Rußland besonders der Zukunft halber ungleich mehr beruhiget fand, als durch die Versicherungen der Kaiserin und ihrer Minister.

Von der österreichisch-russischen Allianz hatte, wie wir oben gesehen haben, in den mit der Pforte entstandenen Irrungen Katharine allein Vortheil gezogen, weil Kaiser Joseph, unter der Bedingung, daß die Pforte in die von Rußland verlangten Gebietserwerbungen einwillige, für sich auf jede Vergrößerung Verzicht leistete. Da in jener Allianz der Grundsatz festgesezt war, daß eine Macht nicht mehr als die andere zu erwerben befugt seyn solle, was durch den Verzicht des Kaisers bestätiget wird, so konnte kein Zweifel obwalten, daß sich Kaiser Joseph durch ein geheimes Einverständniß mit Katharinen, einen Ersatz dafür bedungen hatte. Worin dieser bestehen sollte, darüber waren die Kabinete anderer Mächte in Ungewißheit; denn daß er auf die Unterstützung der österreichischen Unterhandlungen wegen der Gränzberichtigung beschränkt seyn möchte, hatte keine Wahrscheinlichkeit, weil dieser Gegenstand zu unverhältnißmäßig war, und auch zu leicht aufgegeben wurde, als der Divan auf Oesterreichs Ansprüche nicht eingehen wollte. Man vermuthete daher, es bestehe eine geheime Verabredung zwischen der Kaiserin und dem Kaiser, um diesem anderwärts einen angemessenen Ersatz zu verschaffen.

Als gegen Ende des Jahres 1784 bekannt wurde, Kaiser Joseph suche sein nie aufgegebenes Projekt eines Ländertausches mit Bayern auszuführen, und es sey darüber bereits eine Uebereinkunft mit dem Kurfürsten Karl Theodor getroffen worden, da wollte man darin jenen Ersatz finden, und diese Vermuthung wurde durch das Benehmen des russischen Gesandten Grafen von Romanzow in Zweibrücken bestärkt. Dieser unterstüzte nicht nur im Jäner 1785 aus Auftrag der Kaiserin jenes Tauschprojekt bei dem Herzog nachdrücklich und zwar mit der Drohung, daß im Fall derselbe seine Einwilligung binnen acht Tagen nicht gebe, man dessen unerachtet voranschreiten werde, sondern er ersuchte auch denselben, die gemachte Eröffnung vor dem König geheim zu halten.

Man glaubte nun, der Tausch der vom Hauptstaat getrennten Niederlande gegen die demselben angränzenden bayerischen Staaten sey, was Joseph II durch seine Gefälligkeit gegen seine neue Verbündete zu erzielen gesucht und worüber sich beide während der lezten Unterhandlungen verstanden hätten. Eben jezt schienen die Umstände Oesterreich zur Ausführung mehr als je günstig; der Kaiser konnte durch seine Allianz mit Rußland auf die kräftige Unterstützung dieser, zum Garanten des westphälischen und des Teschner-Friedens erhobenen Macht, und wo nicht auf

jene der mit ihr verwandten oder verbündeten deutschen Höfe, doch auf deren Passivität rechnen. Im deutschen Reich hingen ohnehin die meisten geistlichen Stände Oesterreich an; unter den weltlichen war von dem bei so einem Tausch vorzüglich betheiligten, auf die Stimme des südlichen Deutschlands einen großen Einfluß behauptenden Würtemberg kein Widerspruch zu besorgen, und die andern bedeutenden Stände vereinzelt und ohne gesetzlichen oder konventionellen Vereinigungspunkt war man gewiß, entweder zu gewinnen oder zu paralysiren.

Kein völkerrechtlicher Vertrag steht — so dachten wenigstens die, welche den Austausch wollten — dem freiwilligen Austausch Bayerns gegen die Niederlande entgegen, einem Austausche, der schon durch den 18. Artikel des Badner-Friedens (7. September 1714) als möglich vorausgesehen wurde, und wogegen sich Frankreich jedes Widerspruchs begeben hat. Wenn Oesterreich im Teschner-Frieden gegen die darin festgesezten Erwerbungen auf alle Ansprüche an Bayern verzichtete, so liegt darin kein Verzicht auf die Erwerbung der bayerischen Staaten durch freundschaftliches Einverständniß oder Tausch, worüber sich der Kaiser sowohl als der Kurfürst die Hände nicht binden ließen, noch solche sich binden zu lassen je gesonnen seyn konnten. Die pfalzbayerischen Hausverträge sichern zwar diesem Hause seine sämmt-

lichen Besitzungen, sie behalten aber dem jeweiligen Regenten die Veräußerung in Nothfällen oder zur Verschaffung bessern Nutzens vor. Wenn nun Karl Theodor ohne im vorgesehenen Nothfall zu seyn, sich durch den Tausch seiner Besitzungen einen bessern Nutzen verschaffen kann, oder verschaffen zu können glaubt, wer vermag gegen so einen Tausch, vorausgesezt, daß dabei alle gesetzlichen Rücksichten beachtet werden, rechtlich eine Einwendung zu machen? Niemand als nur der Nachfolger.

Es schien daher, nachdem der Kaiser Joseph und der Kurfürst Karl Theodor über die Hauptbedingnisse des Tausches einverstanden waren, nur noch darauf anzukommen, die Genehmigung des Herzogs von Zweibrücken als des präsumtiven Nachfolgers in die bayerischen Staaten zu erhalten. Die Hauptbedingnisse aber waren: die Abtretung von ganz Ober- und Nieder-Bayern, der Oberpfalz, der Landgrafschaft Leuchtenberg und der Herzogthümer Neuburg und Sulzbach an Oesterreich, wogegen dieses an das Haus Pfalzbayern die österreichischen Niederlande, mit Ausnahme des Herzogthums Luxemburg und der Grafschaft Namur, und zugleich alle von der Republik Holland (wegen verschiedener ältern Ansprüchen) zu erwartende Vortheile überlassen würde. Außerdem versprach Oesterreich dem Kurfürsten, dem Herzog und dem Prinzen Maximilian von Zweibrücken

bedeutende Geldsummen im Betrage von drei Millionen auszahlen zu lassen, für den auf eine Million Gulden jährlich berechneten Mehrertrag der abgetretenen Niederlande keinen Ersatz zu fordern, und sich zu verwenden, daß mit deren Besitz der Titel eines Königs von Burgund verbunden und anerkannt werde. Der Austausch selbst sollte unter Garantie von Rußland und Frankreich geschehen. Auf solche Art glaubte man alle Interessen befördert, alle Hindernisse beseitigt zu haben.

Aber der Herzog von Zweibrücken verweigerte nicht nur auf die vorerwähnte Eröffnung des russischen Gesandten dem Tausch altväterlicher Erblande gegen andere seinem Hause fremde Besitzungen die Zustimmung, sondern besorgend, seine Weigerung könnte nicht beachtet werden, suchte er Preußens Unterstützung nach, der er schon so viel verdankte.

So wie das neue Tauschprojekt Oesterreichs in Berlin bekannt wurde, schickte Herzberg, der sich beinahe nicht mehr getraute, dem König etwas vorzuschlagen, auf eigene Kosten den Legationssekretär Ganz von Regensburg nach München, um sich mit der Herzogin Marianna zu besprechen, für welche er ihm ein Schreiben mitgab. In Berlin selbst war die Stimmung über diese Nachricht sehr verschieden; Herzberg und diejenigen, die mit ihm gleich dachten, behaupteten, die Ehre des Königs und das Ansehen des Staats for-

dern, daß man sich dem Tausch auf's Aeußerste widersetze und sich durch keine Nebenbetrachtung davon abbringen lasse; Andere sprengten aus, die ganze Nachricht sey eine Erfindung von Herzberg und Hofenfels, um den König gegen Oesterreich aufs Neue zu reizen; der König selbst benahm sich bei der Sache mit großer Mäßigung, und ließ dem Herzog von Zweibrücken für sein Vertrauen mit der Versicherung danken, daß er Alles thun werde, um Frankreich und Rußland die Augen zu öffnen.

Eben die Gründe, aus welchen Friedrich II sich, bei Eröffnung der bayerischen Erbfolge, der Zerstücklung der bayerischen Staaten, und bei den stattgefundenen Unterhandlungen einem Austausch derselben widersezt hatte, bewogen ihn auch jezt Alles aufzubieten, um Oesterreichs Absichten zu vereiteln.

Diesem zufolge erhielt Graf Görtz die Weisung, dem russischen Hof gegen den Tausch die dringendsten Vorstellungen zu machen. Das Nämliche geschah von dem Herzog von Zweibrücken durch Schreiben an die Kaiserin unmittelbar und durch eine ihrem Ministerium überschickte Denkschrift, worin die Folgen dieses Tausches für das pfälzische Haus so wie die Gründe des Herzogs sich ihm zu widersetzen, ausführlich dargestellt wurden.

Der erhaltenen Instruktion gemäß entwickelte Görtz dem Ministerium in Petersburg den nachtheiligen

ligen Einfluß, welchen die Ausführung des österreichischen Projekts für Deutschlands, Preussens und selbst Rußlands Interesse haben würde, und erklärte dann: der König hoffe, die Kaiserin werde sonach, unerachtet der Schritte ihres Gesandten in Zweibrücken, den vorgeschlagenen Tausch nicht billigen; der König sey entschlossen, sich solchem mit allem Nachdruck zu widersetzen und er beschwöre die Kaiserin, einen Plan nicht gut zu heissen, welcher den von ihr so glorreich vermittelten Teschner Frieden zerstören würde.

Diese Erklärung mißfiel dem russischen Hof, und Graf Görtz, welcher solche dem Vizekanzler noch persönlich wiederholte, wurde von diesem äußerst kalt aufgenommen und behandelt. „Es sey nicht einzu„sehen“ — sagte Ostermann — „warum der Herzog „von Zweibrücken über eine bloße Proposition, „die er annehmen oder zurückweisen könne, „so beunruhigt seyn möge; der Teschner Frieden werde „übrigens keineswegs gebrochen werden, noch können „die Garanten desselben eine Einwendung machen, „wenn durch ein freundschaftliches Einverständniß „ein Tausch zwischen Oesterreich und Bayern statt„finde.“ Darauf entgegnete Görtz: „wohl mit Grund „sey der Herzog in Erinnerung an das, was bereits „geschehen, beunruhigt, weil man ihm nicht nur zur „Abgabe seiner Einwilligung einen Termin gesezt, „sondern selbst gedroht habe, nach dessen Umfluß auch

„ohne solche zu handeln; ein Kurfürstenthum könne „nicht veräußert, noch vertauscht werden, und dieses „sey in Ansehung Kurbayerns durch die im Teschner „Frieden garantirten Familien-Verträge dieses Hauses „noch insbesondere als unzulässig erklärt worden; da- „her wäre solches eine offenbare Verletzung des Teschner „Friedens, zu dessen Aufrechthaltung der König ver- „pflichtet sey; voll Vertrauens in die Versicherung der „Kaiserin, daß deren Bündniß mit Oesterreich in den „Stipulationen des Teschner Friedens und den durch „denselben übernommenen Verpflichtungen der Kaiserin „keine Veränderung hervorbringe, zweifle der König „keineswegs, die Kaiserin werde bei einsichtsvoller Wür- „digung der vorwaltenden Verhältnisse sich mit größ- „tem Nachdruck verwenden, den Kaiser von seinem „Vorhaben zurückzuführen."

Diesen Vorstellungen begnügte sich Ostermann zu entgegnen: „Der Herzog habe die ganze Sache „zu ernst genommen, und sich zur Unzeit dar- „über beunruhigt gefunden; es sey schwer zu „begreifen, wie man dem bloßen Vorschlag eines Tau- „sches eine so große Wichtigkeit beimessen könne; man „dürfe ja nur sagen, man wolle nicht tauschen, und „dann sey Alles vorüber; man habe den Herzog übel be- „rathen, so großen Lärmen zu schlagen, und dadurch „sich und andern Unruhe und Mühe zu verursachen."

Mit mehr Offenheit äußerte sich Besborodko ge-

gen den Grafen von Görz: „man habe“ — sagte er — „das ganze Projekt blos aus dem Gesichts„punkte betrachtet, daß solches sämmtlichen Be„theiligten annehmbar seyn könnte; wäre aber die„ses nicht, so ändere sich Alles.“ Dabei bezeigte Besborodko eine große Verwunderung, wie Graf Romanzow sich erlauben durfte gegen den Herzog von Zweibrücken die Sprache zu führen, deren er beschuldiget werde, und äußerte endlich, daß, nachdem der Tausch keinen Beifall finde, man solchen als nicht vorgeschlagen betrachten müsse.

Unerachtet dieser Aeußerungen eines Mannes, der damals den entscheidendsten Einfluß im russischen Kabinet hatte, glaubte Graf Görz vorauszusehen, daß die Kaiserin Katharine sowohl, als Kaiser Joseph entschlossen seyen, das Vorhaben, wäre es auch mit Gewalt, auszuführen, wobei erstere vorzüglich auch beabsichtige, Oesterreich von der französischen Gränze zu entfernen, wo dessen Staaten für den Fall bedroht seyn möchten, als es Rußland in Ausführung des großen Projektes gegen die Pforte, wogegen man Frankreichs Abneigung kannte, behülflich seyn würde.

Um so mehr drang Graf Görz, unerachtet der beruhigenden mündlichen Aeußerungen Ostermann's und Besborodko's, auf eine bestimmte und offizielle

Erklärung des russischen Ministeriums. Aber diese ward ihm nicht zu Theil, sondern der russische Hof gab solche durch seinen Gesandten in Berlin, den Fürsten Dolgoruki, ab. Dadurch wurde dem Grafen von Görtz die amtliche Einwirkung auf diesen wichtigen, ihm wegen früherer Verhältnisse persönlich am Herzen liegenden Gegenstand entzogen; mit Recht deshalb entrüstet, stellte er bei diesem Anlaß (2. (13.) Februar) dem König anheim, ob es dessen Interessen angemessen seyn könne, ihn, nachdem er am Petersburgerhof kein Vertrauen mehr habe, länger dort zu belassen.

Die Erklärung, welche der Fürst Dolgoruki in Berlin abgab, lautete im Wesentlichen wie folgt:

„Ihre Kaiserliche Majestät können nicht umhin, „dem König die Bemerkung zu machen, daß, nachdem „der Vorschlag des Tausches einerseits dem freiwil„ligen Einverständnisse der betheiligten Par„teien anheimgestellt, andererseits auf unverkennbare „Vortheile gegründet sey, welche der Kaiser dem „pfälzischen Hause durch ein beträchtliches Opfer an „Einkünften zugedacht habe, die Kaiserin keineswegs „gegen ihre aufhabenden Verpflichtungen zu handeln „glauben konnte, wenn sie auf der einen Seite ihren „Alliirten, auf der andern ihren Schutzgenossen in „Ausführung eines, beiden Theilen vortheilhaft schei„nenden und dem Fortbestand der übernommenen Ga-

„rantie keineswegs nachtheiligen Vorhabens eben so
„behülflich wäre, wie dieses bei dem Teschner
„Frieden durch gütliche Verwendung zu
„Gunsten Preußens und für die Vereini=
„gung der beiden Markgrafthümer in Fran=
„ken mit der kurbrandenburgischen Primo=
„genitur geschehen sey. Da aber der Herzog
„von Zweibrücken die Sache anders ansehe, so ver=
„stehe sich von selbst, daß von solcher nicht wei=
„ter die Rede seyn werde; auch Oesterreich
„werde darauf nicht ferners bestehen.“

In der Fassung dieser Erklärung läßt sich eine gewisse Empfindlichkeit des russischen Hofes nicht verkennen.

Nicht so bestimmt wie in Petersburg gab Friedrich II dem französischen Hof seine Gesinnungen über den Ländertausch zu erkennen, sondern es fand darüber nur eine Erklärung in allgemeinen Ausdrücken gegen den französischen Gesandten in Berlin, Grafen von Esterno statt, wovon der preußische Gesandte Freiherr von Golz in Paris durch eine kurze Depesche verständiget wurde. Von diesem erhielt man bald die vorläufige Nachricht, daß der Minister Vergennes den Tausch für das Haus Pfalz sowohl als für Frankreich, als vortheilhaft ansehe. Erst am 8. Februar las Graf von Esterno den königlich preußischen Kabinetsministern eine vom französischen Ministerium erhaltene Depesche vor, des Inhalts: „der Graf von

„Mercy habe dem Grafen von Vergennes das Pro=
„jekt eines bayerischen Ländertausches oberflächlich er=
„öffnet und beigefügt, Frankreichs Einwilligung dazu
„sey bereits durch den Badner Frieden von 1714
„ertheilt, vermöge dessen es sich des Widerspruches be=
„geben habe, wenn das Haus Bayern einen Länder=
„tausch für gut finden sollte; Graf Vergennes Ant=
„wort hierauf sey ausweichend gewesen, und er habe
„geäußert, Frankreich könne sich über die Sache nicht
„erklären, ehe es nicht die Gesinnungen der bei der=
„selben interessirten Theile, besonders Rußlands und
„Preußens, wisse." — Graf von Esterno verlangte
nun solche vom Berlinerhof, und erhielt zur Antwort:
zu so einem Tausch setze der Badner Frieden die Ein=
willigung aller Glieder des bayerischen Hauses vor=
aus, übrigens sey aber jener durch den Frieden von
Teschen, welcher die Unveräußerlichkeit Bayerns fest=
setze, außer Anwendung gekommen. Da bald darauf
der Kaiser sich erklärte, er gebe das Vorhaben
auf, so bezog sich der französische Hof blos darauf,
ohne sich über die Sache selbst weiter gegen den
preußischen zu äußern. Doch las einige Zeit hernach
Graf von Esterno den preußischen Ministern noch
eine Depesche seines Hofes vor, in welcher dieser ein=
gesteht, nicht ganz sicher zu seyn, daß der Kaiser
nicht auf sein Vorhaben zurückkomme, daß aber die
Grundsätze, welche Frankreich angenommen habe, dem

König von Preußen Bürge seyn könnten, daß der französische Hof seine ganze Aufmerksamkeit und Bemühung dahin richten werde, daß der gegenwärtige Zustand Deutschlands unverändert bleibe."

So erwarb sich denn der Herzog von Zweibrücken zum zweitenmal den Ruhm, durch sein muthvolles Betragen mit Hintansetzung seines persönlichen und peculiären Interesses, unter Friedrichs II nachdrücklicher Unterstützung, Bayern seinem alten Herrscherstamm erhalten zu haben! Und Graf Görtz war so glücklich, dazu wie das erstemal in Bayern selbst, so jezt in Petersburg mitwirken zu können.

Hätte Kaiser Joseph, die unfreundliche Stimmung Katharinens gegen Preußen benützend, ohne sich durch des Königs Widerspruch und dessen bei mehrern deutschen Höfen bewirkte Bewegungen zurückhalten zu lassen, sein Vorhaben verfolgt, so würde Katharine, nachdem sie sich nicht nur für dasselbe erklärt, sondern es auch bereits öffentlich unterstüzt hatte, in den Fall gekommen seyn, mit Oesterreich gemeinschaftlich gegen Preußen zu handeln, und die ohnehin mehr dem Schein als der Wirklichkeit nach bestehende Allianz zwischen Preußen und Rußland wäre dadurch ganz aufgelöst worden. *)

*) Ein neuer Schriftsteller, Graf Segür, bezweifelt in seinen wiederholt angeführten Memoiren, daß es Katharine wirklich Ernst gewesen sey, den Kaiser Joseph in seinem

Oesterreichs erneuerter Versuch, Bayern durch Tausch zu erwerben, wenn gleich nun aufgegeben, erregte bei dem König von Preußen Besorgniß, ein solcher Plan könnte bei der ersten günstigen Gelegenheit wieder erneuert werden; selbst des französischen Hofes vertrauliche Aeußerung, deren oben erwähnt ist, bestärkte ihn in dieser Besorgniß. Daher beschäftigte sich Friedrich nun ernstlicher als früher mit Ausführung eines Vorhabens, welches bereits seit länger als einem Jahr ein Gegenstand seiner besondern Aufmerksamkeit war, nämlich mit Errichtung des, unter der Benennung deutscher Fürstenbund seiner Zeit so bekannten Bündnisses deutscher Reichsstände zu Aufrechthaltung der deutschen Reichsverfassung.

Schon im März 1784 hatte der König, fort-

Tauschplan zu unterstützen, weil sie besorgen mußte, die Ausführung desselben werde Oesterreichs Uebergewicht im deutschen Reich vergrößern, und Rußland verhindern, dort den gewünschten Einfluß zu behaupten. — Flassan behandelt diesen Gegenstand kürzer und oberflächlicher als es seine Gewohnheit ist, und führt an, der Tausch sey vom Kabinet zu Versailles eben so sehr den Interessen Frankreichs als jenen Deutschlands und Italiens entgegen gesezt erachtet worden. Dieß war aber wenigstens Anfangs nicht die Meinung Vergennes, wie seine oben angeführte Aeußerung beweist. — Dohm in seinen Denkwürdigkeiten bezweifelt die Angabe Flassans und behauptet dagegen, der französische Hof habe nie seine dem Tausch ertheilte Zustimmung in Abrede gestellt, sondern nur seine Gesinnungen darüber geändert.

während beunruhigt über Kaiser Josephs Plane und zunehmenden Einfluß auf Deutschland, seinen Ministern aufgetragen, auf die Mittel zu denken, wie unter den deutschen Ständen ein Bund nach dem Beispiel jenes, der seiner Zeit zu Schmalkalden geschlossen wurde, zu Stande gebracht werden möge. Herzberg stellte damals vor, die Zeit sey gegenwärtig dazu nicht günstig, weil die österreichische Partei in Süd-Deutschland zu stark sey, und wenn des Königs Absicht zu früh bekannt würde, man einen mächtigen Gegenbund zu besorgen habe, wie zur Zeit Gustav Adolphs und Ferdinands II. Nach Herzbergs Ansicht würde Preußen immer Freunde und Verbündete im deutschen Reich finden, sobald es sich in bedenklichen Fällen darnach umsehen wollte, ohne daß es nöthig wäre, seine Nebenbuhler aufzureizen. Er fand aber auch, daß derlei wichtige Geschäfte nicht durch Residenten, die der König zu Ersparung der Kosten in Deutschland unterhielt, und denen es zum Theil an den nöthigen Eigenschaften, durchaus aber am erforderlichen Gewicht fehle, zu behandeln seyen, sondern daß man dazu eines geschickten, thätigen und gut besoldeten Ministers bedürfe.

Der Fall, den Herzberg zu Unterhandlung eines Bundes mit andern deutschen Fürsten als geeignet ansah, war mit Oesterreichs Absicht auf einen Länder-

tausch eingetreten, und sogleich hatte sich der König mit einigen derselben sowohl über jene Absichten als über das Mittel, die deutsche Verfassung gegen die dem Kaiser Joseph beigemessenen weitaussehenden Pläne zu schützen, vertraulich benommen. Dieses Benehmen wurde auch fortgesezt, nachdem der Tauschplan wirklich aufgegeben war; denn Preußen befand sich eben damals rücksichtlich aller europäischen Höfe in einer zweifelhaften, man möchte sagen, in Bezug auf die politischen Verhältnisse gegen dieselben in einer isolirten Lage, und der König fühlte daher die Nothwendigkeit, sich in Deutschland um einen Stützpunkt umzusehen, den ihm nur ein Bündniß mit dessen mächtigsten Ständen gewähren konnte. Es war folglich nicht etwa nur Friedrichs Sorge für die Erhaltung der deutschen Verfassung und Unabhängigkeit, es war seine eigene höhere Politik, die ihn bewog, den Abschluß des Fürstenbundes auch dann noch mit dem größten Eifer zu betreiben, nachdem die erste Veranlassung dazu bereits gehoben war.

Preußens politische Verhältnisse in dieser lezten Zeit, sowie der geheime Gang der damaligen Unterhandlungen, lassen sich am besten aus einem vertraulichen Schreiben entnehmen, welches der Minister von Herzberg am 1. April 1785 an den Grafen von Görtz erlassen hat, und worin es heißt:

„Ich schreibe E. E. nichts über unsere Verhält-

„nisse mit dem russischen Hof, weil Sie bereits „Alles wissen, was ich Ihnen darüber sagen könnte, „und darf also unterlassen, Ihnen Bemerkungen über „die gegenseitige Stellung beider Höfe mitzutheilen."

„Der Hauptzweck des Königs unter den gegen„wärtigen Umständen ist, zu verhindern, daß der „Kaiser seine Absichten auf Bayern, worauf er sicher „nur zum Schein und ad tempus verzichtet hat, nicht „ausführen könne."

„Die Verhandlungen mit Frankreich über den „bayerischen Ländertausch kennen E. E. Der König „erwartet von Frankreich nichts weiteres, vielmehr „wird die Verbindung dieser Macht mit Oesterreich „noch enger geschlossen werden, er rechnet auch wenig „auf die Allianz mit Rußland, und glaubt nicht, „daß England sobald auf den Kontinent „einzuwirken im Stande seyn werde. Da„her will er ganz bestimmt ein Bündniß im deut„schen Reich zu Stande bringen, und er hat mich „deshalb nach Potsdam berufen. Ich habe ihm ei„nen, in allgemeinen Ausdrücken verfaßten Entwurf „vorgelegt, gegen den im Grund der Kaiser selbst „keine Einwendung machen könnte. Der König hat „sich darauf kalt geäußert, der Entwurf sey ganz „gut, und man könne solchen schicken, wohin man „für gut finde, aber man müsse auf den bald mög„lichsten Abschluß des Bündnisses dringen. Wir ha-

„ben sonach das Projekt zuerst dem Kurfürsten von
„Sachsen übersendet, der sich aber vorläufig ent=
„schuldigte, indem er gegenwärtig neutral bleiben,
„aber auf unsere Vorschläge eingehen wolle, wenn
„der Kaiser auf das Projekt zurück kommen sollte;
„ob der Kurfürst durch die wiederholten dringenden
„Vorstellungen auf andere Gesinnungen gebracht wer=
„den dürfte, stehet dahin. Der König von England
„als Kurfürst von Hannover zeigt sich ganz be=
„reit, unsern Plan anzunehmen, und legt den größten
„Patriotismus an den Tag, gestehet jedoch, England
„könne für den Augenblick nichts thun. Herr von
„Seckendorf ist bereits in Gotha, Weimar, Ans=
„bach gewesen, und wird an andere deutsche Höfe
„gehen, wir können beinahe auf alle weltlichen Reichs=
„fürsten rechnen, und haben selbst einige Hoffnung
„rücksichtlich des Kurfürsten von Mainz und ande=
„rer geistlichen Fürsten. Ihr Herr Bruder ist
„nach Kassel geschickt worden, hat aber bisher nur
„unbestimmte Aeußerungen berichten können."

„Während wir uns bemühen, eine Vereinigung
„zu erzielen, befiehlt uns der König, von dem Her=
„zog von Zweibrücken zu verlangen, daß er öffentlich
„gegen einen Ländertausch reklamiren und den Bei=
„stand sämmtlicher Reichsfürsten gegen den Anschlag
„des Kaisers auf Bayern anrufe. Wir haben dage=
„gen vorgestellt, dieser Schritt sey zu voreilig, er

„werde zu früh unser Vorhaben verrathen, der Her-
„zog von Zweibrücken könne gegen keinen Anschlag re-
„klamiren, den der Kaiser nach Frankreichs Versiche-
„rung aufgegeben habe, er würde dadurch ohne Nu-
„tzen dem Unwillen des Kaisers und Frankreichs aus-
„gesezt, unser Projekt habe die nämliche Wirkung,
„weil es deutlich gegen den Tausch gerichtet sey. Al-
„les dieses hat auf den König keinen Eindruck gemacht,
„und er hat uns ernstlich befohlen, den Herzog zu
„dieser Reklamation aufzufordern. Man muß nun
„sehen, welche Folgen es haben wird. Auch den
„französischen Hof haben wir über den Plan des Für-
„stenbundes befragt, und darauf zur Antwort erhal-
„ten: er könne ein reichsverfassungsmäßiges Bünd-
„niß nicht mißbilligen, allein da er mit dem Kaiser
„verbündet sey, so habe er seinem Minister befohlen,
„sich neutral zu verhalten und unsere Unterhandlun-
„gen nicht zu durchkreuzen. Dieß ist die allgemeine
„Darstellung der neuen Lage, in der wir uns hier be-
„finden.“

Die ungewisse Stellung des Kurfürsten von Sach-
sen und des Landgrafen von Hessen-Kassel war schon
in der ersten Hälfte Aprils gehoben; der erstere erklärte
sich bereit, in den beabsichtigten Bund zu treten, und
der leztere, dem Beispiel Hannovers folgen zu wollen.

Von diesem Hof ging nun der Vorschlag aus,
zuerst einen Verein zwischen den drei Kurfürsten von

Brandenburg, Sachsen und Hannover zu schließen, und dann die andern deutschen Fürsten und Stände zum Beitritt einzuladen; zu dem Ende schlug Hannover einen Zusammentritt Bevollmächtigter in Nordhausen vor; Preußen aber wünschte, daß solcher in Berlin statthaben möchte. Dieß geschah dann auch, und dort wurde am 23. Julius der Bundesvertrag von den Ministern der vorerwähnten drei Kurfürsten unterzeichnet. *)

Der Petersburgerhof konnte einen Bund, der so offenbar gegen seinen Alliirten gerichtet und Rußlands Einfluß auf das deutsche Reich nachtheilig war, unmöglich gerne sehen, und er wendete in Verbindung mit dem österreichischen Hof Alles an, um ihn zu hintertreiben. Mit dem Grafen von Görtz wurde darüber in Petersburg nichts verhandelt, aber mit den Gesandten von England und von Sachsen.

So wie die Nachricht von den Negoziationen in Berlin zu Petersburg ankam, und ehe solche noch beendigt waren, sprach Graf Ostermann mit dem englischen Gesandten Fitzherbert, wenn gleich angeblich ohne besondern Auftrag und nur aus persönlichem An-

*) Da Dohm, Herzberg, Müller u. a. m. über den deutschen Fürstenbund ausführliche Notizen geben, so glaubt man über diesen Gegenstand sich auf sie berufen zu dürfen.

trauen, und äußerte sein großes Befremden, daß das hannöverische Ministerium sich bereit zeige in ein Bündniß zu treten, welches gegen den Kaiser gerichtet zu seyn scheine, und wovon weder die Nothwendigkeit noch der Nutzen einzusehen sey. Aber darauf erwiederte der englische Gesandte ebenfalls ohne Instruktion seines Hofes und nur aus persönlicher Ueberzeugung: er habe von der Sache keine Kenntniß, müsse aber zugleich gestehen, daß der König von England als Kurfürst von Hannover gar wohl Verbindungen eingehen könne, wovon man dem englischen Gesandten keine Kenntniß gebe; seine persönliche Ueberzeugung sey übrigens, das Interesse Rußlands sowohl, als jenes von England erheische, daß weder das Projekt des bayerischen Ländertausches, noch irgend ein anderes, welches der deutschen Verfassung Eintrag thun könnte, zur Ausführung komme.

Bestimmter als gegen Fitzherbert äußerte sich der Vicekanzler gegen den kursächsischen Gesandten von Sacken, dem er unter ausdrücklicher Berufung auf den Befehl der Kaiserin mit einem gewissen Ton von Bitterkeit sagte: „Die Kaiserin hätte erwartet, der Kurfürst würde eine „weniger unbestimmte und mehr befriedigende Antwort „auf die ihm zugegangene Erklärung wegen des bayerischen Ländertausches und der deutschen Angelegenheiten geben, und diese Erklärung, welche in „der Absicht ertheilt worden sey, um den

Zehnter Abschnitt.

Rußland und Großbritannien. — Unterhandlungen zu Abschließung einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Großbritannien und Preußen. — Rußland, Dänemark und Schweden.

Großbritannien, seit dem Versailler Frieden (17 außer besonderer Verbindung mit den Kontinentalmächten, fühlte in dem Krieg, den es gegen Frankreich und Spanien und gegen seine insurgirten Kolonien in Amerika zu führen hatte, mehr und mehr das Bedürfniß eines mächtigen Verbündeten. Der Erreichung dieses Endzweckes stand aber bei Oesterreich die Verbindung mit Frankreich, und bei Rußland jene mit Preußen entgegen, und selbst abgesehen davon wär es höchst schwierig eine Allianz in einem Zeitpunkte zu unterhandeln, in dem sie die Theilnahme an Englands noch unentschiedenem schweren Kampf zur Folge haben konnte. Unter allen Mächten des Kontinents schienen Rußland und Oesterreich diejenigen zu seyn, deren Allianz am vortheilhaftesten wäre; da aber durch

Versailler Vertrag Oesterreich Frankreichs Verbündeter war, so blieb vorerst und bei dem damaligen System des englischen Ministeriums gegen Preußen nur auf eine Allianz mit Rußland einige Aussicht und Hoffnung übrig.

Daher erhielt der englische Gesandte in Petersburg, Ritter Harris, den Auftrag, den Versuch dazu zu unternehmen, und als ein eben so gewandter als unternehmender Diplomat, dem außerdem auch alle zum Zweck führenden Mittel zu Gebote standen, suchte er den erhaltenen Auftrag zu erfüllen.

Sehr bald überzeugte sich Harris, daß er dabei auf Panin's Beifall und Unterstützung nicht rechnen könne, weil dessen persönliche Gesinnungen, seine Anhänglichkeit an die Allianz Rußlands mit Preußen, seine Ueberzeugung von den Vortheilen, welche daraus seinem Hofe zufließen, seine natürliche Vorliebe für ein System, als dessen Schöpfer er sich ansah, endlich sein persönlicher Charakter, sein Alter, die Scheue vor Arbeit, und vielleicht mehr, als alles dieses, das Verlangen, Rußland den Frieden zu erhalten, den er für dessen erstes Bedürfniß hielt, mit dem Wunsche des Londnerhofes im Widerspruch stehen mußten.

Allein diese Schwierigkeiten schreckten den Ritter nicht ab; sie feuerten vielmehr seinen Eifer an, und wahrnehmend, daß Panin's Einfluß und mit demselben Katharinens Vorliebe für die bisherigen Verhältnisse

19 *

mit Preußen abgenommen habe; daß die Kaiserin im Widerspruch mit dem friedliebenden System ihres Ministers sich mit einem Angriffsplan gegen das osmanische Reich beschäftige, dessen Ausführung höchst wahrscheinlich einen weitaussehenden Krieg zur nothwendigen Folge haben dürfte; daß endlich Potemkin der Kaiserin Absichten theile und sie darin bestärke, suchte Harris mit Katharinen und ihrem mächtigen Günstling und Vertrauten unmittelbar, und mit Beseitigung des Ministers zu unterhandeln.

Bald wußte sich Harris mit dem Fürsten Potemkin auf einen freundschaftlichen und vertrauten Fuß zu setzen, und es gelang ihm in seinem engern, andern fremden Gesandten beinahe ganz unzugänglichen Cirkel Zutritt zu erhalten. Ohne Zweifel hatte er es dem Fürsten zu verdanken, daß die Kaiserin ihm im Sommer 1779 zwei geheime Zusammenkünfte, die eine in Petershof, die andere in dem Landhaus der Gräfin Narischkin bewilligte. Mit vieler Feinheit und Beredtsamkeit benützte Harris solche, um der Kaiserin Weihrauch zu streuen ihrem Riesenplan die höchste Bewunderung zu zollen, und ihr die Aussicht auf Englands Beistand in Ausführung desselben auf den Fall hin zu eröffnen, als eine enge Allianz zwischen beiden Höfen zu Stande kommen würde. Die Kaiserin, den Werth jeder Verbindung nach dem Nutzen, der daraus für ihren großen Plan hervorgehen könnte, beurtheilend, erklärte bei der

zweiten Zusammenkunft ihre Geneigtheit, mit England in's Bündniß zu treten, und foderte den Ritter auf seinem Hof zu berichten: „wenn derselbe ein Bündniß mit „ihr gegen die Pforte und auf die Angele„genheiten des Orients ausdehnen wolle, „so wünsche sie, daß Harris ermächtiget werde, ihr „den förmlichen Antrag einer Allianz zu machen und „damit jenen einer bewaffneten Vermittlung Rußlands „in dem Krieg Englands mit Frankreich, Spanien und „den Kolonien in Amerika zu verbinden, welche sie, „die Kaiserin, anzunehmen keinen Anstand finden „werde."

Diese unmittelbare Eröffnung war den Wünschen des Lond'nerhofes so angemessen, daß Ritter Harris sehr bald die verlangte Instruktion erhielt. Er theilte solche sogleich durch den Fürsten Potemkin der Kaiserin mit, und sie ward beiden Wünschen entsprechend gefunden. Aber da nun die wirkliche Unterhandlung und Abschließung des beabsichtigten Vertrags in der gehörigen Form geschehen mußte, so war es nöthig, solche durch das Ministerium gehen zu lassen. Daher übergab der Gesandte dem Grafen Panin eine Note, worin dem russischen Hof der förmliche Antrag einer Allianz gemacht, und derselbe um seinen Beistand in dem für England so verderblichen Krieg ersucht wird. „Rußland und England" — so heißt es im Eingang der Note — „fest überzeugt, daß sie

„durch gleiche Interessen und durch eine natürliche
„Vorliebe mit einander vereiniget sind, haben stets
„in allen Angelegenheiten ein Benehmen beobachtet,
„welches ein gegenseitiges Vertrauen und eine auf=
„richtige Freundschaft bezeichnen; wenn daher zur
„Zeit noch keine Allianz abgeschlossen worden sey, so
„liege die Ursache davon keineswegs in Abneigung
„oder Widerwillen gegen eine solche, und beide Höfe
„haben sich auch stets bestrebt, die Schwierigkeiten
„zu heben, welche sich der Erreichung dieses so wün=
„schenswerthen Zweckes entgegen sezten; während der
„ganzen Dauer der gegenwärtigen Regierung Ruß=
„lands haben alle englischen Minister diesem Grund=
„satze angemessene Instruktion erhalten, und jene,
„womit der dermal am russischen Hofe beglaubigte
„Gesandte versehen sey, laute eben so; ihm aber sey
„auch noch besondere Vollmacht zugekommen, Alles
„zu unterschreiben, was die Verbindung bei=
„der Kronen befestigen könne, und es sey be=
„kannt, daß er davon im lezten Winter, wiewohl
„vergeblich, Gebrauch gemacht habe."

„England habe stets so zuversichtlich auf die gu=
„ten Gesinnungen der Kaiserin gerechnet, als wenn
„beide Höfe durch die feierlichsten Verträge vereini=
„get wären; daher habe der Lond'nerhof sich zuerst
„an die Kaiserin gewendet, als die Empörung in Ame=
„rika ausgebrochen sey, und Frankreich sich zu Gun=

„sten der Rebellen erklärt habe, und wenn auch von
„Ihrer kaiserlichen Majestät nicht für dienlich erach=
„tet worden, England den gewünschten Beistand zu
„leisten, so verlasse sich doch dieses dessen unerachtet
„auf die freundschaftlichen Gesinnungen der Kaiserin,
„und schenke denselben vollkommenes Vertrauen, über=
„zeugt, daß nur besondere Staatsursachen sie zu die=
„sem Benehmen bewogen haben und daß England im
„Augenblick der Gefahr bei dem Petersburgerhof stets
„eine Unterstützung finden werde, welche es, in Ver=
„bindung mit den eigenen Kräften, über alle Ereig=
„nisse erheben müsse.“

Nach diesem wird die kritische Lage, in welcher sich England gegenwärtig befinde, geschildert, und dann die Note in folgenden Ausdrücken geschlossen:

„Rußland ist die einzige Macht, welche England
„aufrecht erhalten kann; alle andern Mächte, entwe=
„der durch Drohungen abgeschreckt oder durch Frank=
„reichs verfängliche Sprache gewonnen, scheinen dem
„gränzenlosen Ehrgeiz dieses Hofes keine Hindernisse
„entgegen setzen zu wollen. Es ist einer eben so
„mächtigen als erleuchteten Regentin würdig, andern
„mit dem Beispiel voranzugehen, und sie kann nie
„auf eine ihrer Seelengröße angemessenere Art han=
„deln, als indem sie durch ihre Dazwischenkunft
„die Uebel abwendet, wodurch Europa in dem Fall be=
„droht ist, wenn dem Haus Bourbon gestattet bleibt,

„länger einen Krieg fortzusetzen, der, wenn er den „von ihm gewünschten Ausgang hat, eine gänzliche „Veränderung in den Verhältnissen dieses Welttheils „hervorbringen muß."

Man sieht, daß diese Note eben sowohl in dem Sinn der Kaiserin abgefaßt war, als sie für die Unterhandlung selbst den nöthigen Spielraum darbot. Die Versicherung, ermächtiget zu seyn, Alles zu unterschreiben, was die Verbindung beider Kronen zu befestigen vermöge, bezog sich auf die Angelegenheiten der Pforte und des Orients, und die nachgesuchte Dazwischenkunft der Kaiserin auf deren bewaffnete Vermittlung. Auf diese Art war denn der Auftrag, welchen diese dem Ritter Harris ertheilt hatte, ohne daß es kund gegeben wurde, erfüllt, und die Grundlage der Unterhandlungen angegeben.

So wie die Sache zum Ministerium kam, nahm sie eine dem Ritter Harris, nach den von der Kaiserin und vom Fürsten Potemkin erhaltenen Versicherungen, höchst unerwartete Wendung. Graf Panin entwickelte die Folgen, welche eine Allianz mit England in den gegenwärtigen Umständen haben müßte, und den Nachtheil, welcher dadurch Rußland zugehen würde, mit so großem Scharfsinn, er sezte die Gründe, welche die Kaiserin bewegen sollten, das bisherige System nicht aufzugeben, so überzeugend auseinander, daß sie densel-

den ihren Beifall nicht versagen konnte, und ihren Minister ermächtigte, nach seiner Ansicht die Note des englischen Gesandten zu erwiedern.

Dieser erhielt nun eine ganz andere Antwort, als er sich versprochen hatte. Panin erklärte im Namen der Kaiserin: „bei den freundschaftlichen Gesinnungen „für den König von England und die englische Nation „bedaure sie sehr, daß sie sich außer Stand sehe, die „Eröffnungen und Anträge des Lond'nerhofs mit ihrer „Denkungsart und ihrem Verlangen nach baldiger Wie„derherstellung des Friedens zu vereinigen; sie sey über„zeugt, daß die Schritte, welche in der leztern Absicht „von der englischen Regierung vorgeschlagen werden, „sicher eine ganz entgegengesezte Wirkung hervorbrin„gen, England noch mehrere Feinde zuziehen, und den „Krieg über den ganzen Kontinent verbreiten würden. „Was die vorgeschlagene Allianz betreffe, so werde der „König nicht mißkennen, daß der Kriegszustand, wor„in sich Großbritannien befinde, zum Abschluß einer „solchen kein schicklicher Zeitpunkt sey. Wenn übrigens „der Lond'nerhof eine Grundlage zur Aussöhnung der „kriegführenden Theile vorzuschlagen wisse, und die „Mitwirkung der Kaiserin seinem Interesse angemessen „finde, so werde diese solche mit der größten Bereit„willigkeit eintreten lassen, und dabei den Eifer und „die Aufrichtigkeit einer Freundin und natürlichen Ver„bündeten des Königs an den Tag legen.“

Diese Rückäußerung würde jeden andern weniger thätigen Unterhändler, als Ritter Harris, und vielleicht auch ihn entmuthiget haben, wenn er nicht vom Fürsten Potemkin, und wahrscheinlich von der Kaiserin selbst deßhalb beruhigende Zusicherungen erhalten hätte. Daher gab er die Hoffnung nicht auf, bei irgend einem günstigen Ereigniß dennoch zum Ziel zu gelangen, aber da er nun überzeugt war, daß Panin demselben entgegen strebe, und dieser Minister unerachtet seines Alters, seiner Kränklichkeit, seines abnehmenden Kredits bei der Kaiserin, und Potemkins Abneigung gegen ihn, noch immer einen großen Einfluß auf die Geschäfte ausübe, so verdoppelte er seine Bemühungen, demselben bei der Kaiserin zu schaden, und ihm wo und wie er konnte, Unannehmlichkeiten und Gegner zu erregen.

Wir haben (oben 7ter Abschnitt Seite 153) gesehen, mit welcher Gewandtheit der Ritter Harris das unkluge Benehmen Spaniens rücksichtlich einiger russischen, nach den Küsten des mittelländischen Meeres bestimmten Schiffe zu benützen wußte, um die Kaiserin zu Maaßregeln zu bewegen, welche, ohne Panin's Dazwischenkunft, die Erreichung Großbritanniens lang ersehnten Endzweckes herbeiführen konnten. Dieser wurde zwar für damals vereitelt, aber er blieb doch fortwährend der Wunsch und das Streben Katharinens sowohl als des englischen Kabinets.

Seit der im englischen Ministerium vorgegangenen Veränderung benahm sich der englische Minister Harris in Petersburg gegen den Grafen von Görtz auf eine Art, die zum Beweis diente, daß derselbe bereits unterrichtet sey, seine Regierung habe ihr System gegen Preußen geändert. Denn er fing an den Grafen aufzusuchen, und mit ihm von Geschäften zu sprechen, was er die ganze Zeit hindurch, sonderlich seit der Reise des Kaisers sorgfältig vermieden hatte. Ostermann und Bakumin gaben dem Grafen zu verstehen, sie erwarten, das neue Ministerium werde sich eifrig bestreben, Verbindungen auf dem Kontinent anzuknüpfen, und sonderlich trachten, Preußens Freundschaft zu erwerben.

Graf Görtz sah eine Allianz Preußens mit England nicht nur für vortheilhaft, sondern selbst für nothwendig an, und eröffnete seine Ansicht darüber dem Grafen von Herzberg. So wichtig es für Preußen sey, sagte er, die enge Verbindung mit Rußland beizubehalten, so widerrathe doch die Klugheit, mit dieser Macht allein alliirt zu seyn, weil man die möglichen Ereignisse nicht vorauszusehen vermöge, welche entweder Rußlands Allianz aufheben, oder sie für Preußen unnütz machen könnten. Daher werde es nöthig, sich noch um die Allianz mit einer großen Macht umzusehen, und dieß könnte nur Frankreich oder England seyn. So groß aber die Vortheile wären, die man

sich von einer Allianz mit Frankreich versprechen dürfte, so sey Frankreich bereits mit demjenigen Hof verbunden, wegen dessen Preußen einen Alliirten nöthig habe, mit Oesterreich nämlich, und außerdem dürfte auch nach allem Anschein diese Allianz mit der russischen nicht verträglich seyn. Es bliebe also nur England übrig, welches zwar durch den gegenwärtigen Krieg erschöpft, aber doch noch mächtig und Rußland für seinen Handel wichtig sey, und folglich biete eine Verbindung zwischen Preußen und England den weitern Vortheil dar, daß eben dadurch auch jene zwischen Rußland und Preußen befestiget werde. England aber könnte wohl auf dem ganzen Kontinent keine Macht finden, deren Allianz ihm vortheilhafter wäre, als jene mit Preußen, wovon es bereits die Erfahrung gemacht habe; davon liefere seine Geschichte den Beweis, denn sie enthalte keine ruhmvollere Epoche, als jene, wo England mit Preußen verbunden war.

Mit diesen Ansichten stimmten jene des englischen Ministeriums überein, und es fanden nicht nur darüber Eröffnungen desselben an den preußischen Gesandten in London statt, sondern Ritter Harris erklärte dem Grafen: er habe den Auftrag erhalten, sich um die Freundschaft des preußischen Ministers zu bewerben, indem Preußen unter den Kontinentalmächten diejenige sey, für welche der König und die Nation die höchste Achtung und das größte

Vertrauen haben, und deren Allianz für England am wünschenswerthesten erscheine; in Folge dieser Gesinnungen sey er angewiesen, Preußen so viel als möglich am russischen Hof nützlich zu seyn, indem England die Allianz Rußlands mit Preußen für sich selbst als sehr vortheilhaft ansehe.

In Petersburg sah man das freundschaftliche und vertrauliche Benehmen der Minister von Preußen und England sehr gerne, und selbst Potemkin äußerte sich darüber auf eine Art, die bewies, wie erwünscht Rußland eine Annäherung der Höfe von London und Berlin sey.

Jezt entstand bei Friedrich II der Gedanke an eine Tripel-Allianz zwischen Preußen, Rußland und England. Denn die Absicht, seine Verbindung mit Rußland durch Frankreichs Beitritt zu verstärken und dadurch die Allianz dieser Macht mit dem Wienerhof wo nicht aufzulösen, doch wenigstens zu schwächen, war durch die Verbindung Rußlands mit Oesterreich und durch die Abneigung Frankreichs, der Kaiserin Plan gegen die Pforte zu unterstützen, unausführbar geworden. Ehe jedoch der König Schritte thun wollte, trug er dem Grafen von Görtz auf, darüber seine Ansicht zu äußern.

Dieser erachtete so eine Verbindung für Preußens Interesse äußerst vortheilhaft und sah sie als das sicherste Mittel an, Katharine von ihrer Vorliebe zu Oester-

reich zurückzubringen. England, durch die Verbindung mit Preußen in eine unfreundliche Stellung zu Oesterreich versezt, würde dann — so meinte er — ein größeres Interesse haben, Rußlands engerer Verbindung mit dieser Macht, als Frankreichs Alliirten, entgegenzuarbeiten und jene zwischen Preußen und Rußland zu befestigen. Um aber diesen Zweck zu erreichen, hielt Görtz für nothwendig, daß sich der König zuerst mit England verstehe und dann erst gemeinschaftlich mit diesem Alliirten die Kaiserin zum Beitritt einlade. Außerdem, besorgte Görtz, würde Oesterreich von des Königs Absicht zu frühe Kenntniß erhalten, und Alles aufbieten, um die Erreichung derselben zu verhindern. Uebrigens bemerkte der Graf dem König wiederholt: nach der erlangten genauen Kenntniß des russischen Hofs wäre es nicht gut, sich auf solchen als einzigen Alliirten zu verlassen.

Dieser Ansicht schenkte Friedrich II seinen Beifall, und ertheilte seinem Gesandten, dem Grafen Lusi in London, den Auftrag, den Minister Fox über eine nähere Verbindung zwischen beiden Höfen, und insbesondere darüber auszuforschen, ob die zwischen Rußland und Preußen bestehende Allianz als ein Hinderniß des Abschlusses einer solchen zwischen England und Preußen angesehen werden dürfte? — „Weit entfernt“ — antwortete darauf Fox dem Grafen — „daß solche ein Hinderniß wäre, mache sie vielmehr

„England eine Allianz mit Preußen wünschenswerth,
„denn alle Vortheile, die man sich von solcher verspre=
„chen könne, werden durch den Beitritt Rußlands
„vergrößert; eine Tripel=Allianz zwischen diesen bei=
„den Höfen sey unstreitig der gegenwärtigen Lage Eu=
„ropa's am angemessensten; die Verhältnisse, worin
„sich der König von Preußen befinde, seine Allianz
„mit Rußland, die große Klugheit, die ihn so sehr
„auszeichne, Alles vereinige sich, England das Ver=
„langen einzuflößen: es möge daher dem König ge=
„fällig seyn, die nöthigen Einleitungen zu treffen,
„um ein für die drei Höfe so wünschenswerthes Er=
„eigniß herbeizuführen."

Der König, sich durch diese Aeußerungen über=
zeugend, daß England noch eifriger als er selbst die
vorgeschlagene Tripel=Allianz wünsche, wollte sich mit
der ersten Einleitung zu derselben am Petersburger=
hofe nicht befassen, sondern ließ dem Minister Fox er=
wiedern, England möge dieselbe übernehmen.

Ungefähr zur nämlichen Zeit benützte Görtz eine
Unterredung mit dem Grafen Ostermann, um dessen
Ansichten von der Sache zu erforschen. Ostermann
sprach nämlich mit Görtz über die Vermittlung des
Friedens zwischen den bourbonischen Höfen und Eng=
land; er äußerte sich bei dieser Gelegenheit: da der
Lond'nerhof Preußens Freundschaft zu suchen scheine,
so zweifle er nicht, der König werde den Wunsch he=

gen, es möchten England die möglichst geringen Opfer auferlegt werden. Görtz nahm keinen Anstand dieses zu bejahen, und äußerte zugleich als eine persönliche [illegible] und als eigene Idee, daß eine Tripel=Allianz zwischen Rußland, Preußen und England nicht nur für diese Staaten, sondern für ganz Europa von großem Nutzen seyn könnte; er fragte hiebei Ostermann: ob er glaube, die Kaiserin könnte geneigt seyn, auf diese Idee einzugehen? Ostermann erwiederte: außer Stand zu seyn hierüber etwas zu sagen, wenn nicht verlangt werde, hierüber die Gesinnungen der Kaiserin einzuholen, denn seine persönlichen Ansichten von der Sache [illegible] nichts.

Bald nach dieser Unterredung erhielt aber, in Folge der vorerwähnten Aeußerung des preußischen Hofes, der Ritter Harris die Weisung, in Petersburg zu sondiren, wie man dort über die beabsichtete Tripel=Allianz denke.

Dieß geschah dann auch in der Hälfte des Monats Julius. Harris erklärte dem Grafen Ostermann: „England bringe durch Anerkennung der Grundsätze der „bewaffneten Seeneutralität ein Opfer, welches der „Nation schwer falle, daher wünsche sein Hof, Ruß„land möge dieses durch Beweise von Freundschaft „erwiedern.“ — Auf Ostermanns Frage: worin solche bestehen könnten? erwiederte Harris: „darin, daß man

suche,

[illegible] in Europa ein System herzustellen, an dem „es seit zwanzig Jahren ganz mangle; das beste Mit„tel hiezu könnte seyn, wenn sich Rußland deshalb „mit seinen Alliirten Preußen und Dänemark „benähme; England sey bereit, sich zu Allem, was man „verlangen könne, herbei zu lassen; dadurch würde der „Norden ein System erhalten, welches derselbe der Kai„serin zu verdanken hätte, und wodurch sich diese mit „Ruhm bedecken würde." — Graf Ostermann bemerkte [dag]egen: „es sey schwer, in Kriegszeiten Systeme zu „bilden, man müsse, um solches zu thun, Friedenszei„ten abwarten;" worauf Harris erwiederte: „die in „Friedenszeiten geschlossenen Allianzen werden meistens „beim Ausbruch eines Kriegs vergessen."

Auch dem Fürsten Potemkin machte Harris unge[f]ähr die nämlichen Eröffnungen, und erhielt von ihm die unumwundene Aeußerung: das vortheilhaf[t]este System für Rußland sey eine Allianz mit England und Preußen, die man noch durch Dänemark verstärken könnte; diese drei [Mä]chte seyen die wahren Verbündeten Rußlands, da [sie] ihm von Nutzen seyn können, ohne daß man be[f]ürchten dürfe, sie würden solches zu hintergehen oder [zu] gefährlichen Schritten zu verleiten suchen; überzeugt [sey er], werde er recht gern Alles thun, um die Kai[serin zur] Annahme dieses Systems zu vermögen; er [kenne] jedoch wohl seine, keineswegs aber seiner Mo-

[illegible] Gesinnungen [illegible]; ihren [illegible] Minister Harris ja selbst bekannt sey.

Einige Zeit hernach kam Harris von seinem H[illegible]
die Instruktion zu, Alles aufzubieten, um die freu[nd-]
schaftlichen Gesinnungen Rußlands zu erhalten und
befestigen, und diesen Hof zu überzeugen, wel[chen]
unschätzbaren Werth England auf dessen Freunds[chaft]
lege. Damit solle Harris aber auch die Versiche[rung]
verbinden, wie sehr England, nach Vollendung
gegenwärtigen Kriegs, wünsche, mit Preußen
Allianz zu schließen, darauf die Gemüther vorbe[rei-]
ten und versuchen, den russischen Hof zu ver[mö-]
gen, Preußen diese Allianz vorzuschlag[en,]
und selbst Rußland zu einer Quadripel-Allianz
Preußen, England und Dänemark geneigt
machen. Durch so eine Allianz würde die Kais[erin]
im Stande seyn, für die Zukunft ein Achtung ge[bie-]
tendes System zu begründen und dadurch den hö[ch-]
sten Gipfel des Ruhms erreichen.

Als der Ritter Harris diese Instruktion [illegible]
hatten die Ereignisse in der Krimm bereits [illegible]
Verhältnisse herbeigeführt, daß er nicht für gera[then]
fand, die Absichten und Wünsche seines Hofes [illegible]
ziel bekannt zu machen; daher beschränkte er sich [illegible]
auf, nur den Fürsten Potemkin darüber zu sprechen,
der ihm versicherte: er habe fortwährend die [illegible]

Überzeugung von den großen Vortheilen einer Allianz dieser Art; auch die Kaiserin finde, dieses System könne nach dem Frieden festgesezt werden, weil dadurch eine mächtige Allianz im Norden gebildet werde; daß sie aber dabei sich geäußert habe, sie könne für den Augenblick nichts thun, weil sie gegenwärtig in Unternehmungen verwickelt sey, deren Ausgang sie selbst nicht vorauszusehen vermöge. — Potemkin sagte bei diesem Anlasse dem Gesandten die merkwürdigen Worte: „Sie sehen, auf welchem Punkte wir stehen, wenige Wochen werden entscheiden; benützen Sie diese Zeit, um uns zu schmeicheln; sind wir dann im Kampfe begriffen und es finden widrige Ereignisse statt, so können England und Preußen mit uns machen, was sie wollen.“

Somit blieb es bei den bisherigen Unterhandlungen, und solche hatten keinen Erfolg.

Seit Katharinens Thronbesteigung bestand zwischen Rußland und Dänemark eine enge Verbindung, denn mit Peter III waren des russischen Hofes feindselige Gesinnungen und Plane gegen Dänemark erloschen, und beide Höfe fanden sich seit 1765 durch mehrere, zum Theil nicht bekannt gewordene Verträge verbunden. Das Geheimniß, womit einige derselben umhüllt blieben, gab zur Vermuthung Anlaß, es bestehe in solchen Bedingungen, welche die Kontrahi-

[illegible] der öffentlichen Kenntniß zu entziehen, [illegible] sondere Ursachen haben. Als derlei Bedingungen glau[illegible] ten einige, wohl unterrichtete Personen jener Zeit (d[illegible] unter, auch Graf Görtz) die von Dänemark Rußla[illegible] im Falle des Angriffes von einer andern Ma[illegible] zugesicherte Hülfe von zwölf Linienschiffen und se[illegible] zehntausend Mann Truppen annehmen zu dürfen; [illegible] andere, daß Dänemark in Anerkennung der gro[illegible] ihm von Rußland in den kund gewordenen Tr[illegible] taten eingeräumten Vortheile, sich durch unauflö[illegible] che Bande an diese Macht geknüpft und insbeson[illegible] die Verpflichtung übernommen habe, ohne deren [illegible] stimmung mit keiner andern Verbindungen einzu[illegible] hen. Ein neuerer Schriftsteller *) hingegen behaup[illegible] tet, der Traktat von 1773 sey von dem dänisch[illegible] Hof durch Intriguen und Nebenwege erzielt worden. Jeden Falls, und selbst abgesehen von den Gebiet[illegible] erwerbungen, welche der dänische Hof dem Verzicht [illegible] russischen auf Schleswig und Holstein verdankte, konn[illegible] Dänemark bei seiner geographischen Lage, dem Ma[illegible] gel an hinreichenden eigenen Kräften, seinem Hasse ge[illegible] gen Schweden und seinen Besorgnissen über des [illegible] nigs Gustav III unruhigen und unternehmenden Ge[illegible] — die Vortheile und selbst das Bedürfniß einer Allianz mit dem mächtigen Rußland nicht verkennen. Dieses

*) Coxe a. a. O. III Th. 3. S. 64.

[illegible]von überzeugt, wußte sich zu jener Zeit auf den Hof von Koppenhagen einen so entscheidenden Einfluß zu verschaffen, daß solcher mehr von Rußland abhängig, als mit solchem verbündet zu seyn schien.

Ganz anders und von schwieriger Art waren die Verhältnisse Schwedens zu Rußland; Karls XII und Peters I feindliche Gesinnungen waren nicht nur auf ihre Nachfolger, sondern selbst auf ihre Nationen übergangen, und von Gustav III durfte man nicht erwarten, daß er vergessen würde, sein Anherr sey Peters Lehrer in der Kriegskunst gewesen, und habe darüber vier seiner schönsten Provinzen verloren.

Als daher 1782 die Unruhen in der Krimm vorfielen, erregte Schweden die besondere Aufmerksamkeit, sogar das Mißtrauen der Kaiserin. Denn sie erfuhr, Frankreich habe dem Könige drei Millionen Livres außerordentliche Unterstützung, und zwar einen Theil davon zur Vollendung des Festungsbaues in Finnland, auszahlen lassen. Deswegen besorgte sie, Frankreich, mit der Pforte und mit Schweden verbündet, könnte sich der leztern Macht bedienen, um zu Gunsten der erstern bei Ausbruch eines Krieges mit Rußland eine Diversion zu machen. Die Reise des Herzogs von Südermanland nach Finnland, um den neuen Festungsbau einzusehen, die Arbeiten zu betreiben und die Gränze zu besichtigen, vermehrte die Besorgniß. Daher ließ

Katharine im September die bereits aus Liefland nach der Krimm beorderten Regimenter plötzlich und in lange Halt machen, bis sie durch andere in jener Provinz ersezt waren.

Einige Monate später erhielt man in Petersburg die Nachricht, der König versammle in Finnland ein Lager, und werde sich in Person dahin begeben; nun zweifelte man nicht mehr an dessen feindseligen Absichten gegen Rußland. Dieses bestätigte sich jedoch keineswegs und der König äußerte sich selbst darüber auf eine ganz beruhigende Art gegen den Fürsten Gallitzin, welcher sich eben damals in Stockholm befand, um das Beileid des russischen Hofs über den Tod der Königin zu bezeigen. Gustav bediente sich dabei einiger, für die Kaiserin sehr schmeichelhaften Ausdrücke, wodurch er den Wunsch, Katharine wieder einmal zu sehen, zu erkennen gab.

Es bedurfte nicht mehr, um diese bei des Fürsten Gallitzin Zurückkunft in Petersburg zu veranlassen, eine persönliche Zusammenkunft mit dem König einzuleiten, denn lange schon hegte sie den Wunsch, ein gutes Benehmen mit Schweden zu begründen, um von dieser Seite bei ihren Unternehmungen gegen die Pforte gesichert zu seyn.

Gegen Ende Junius fand die Zusammenkunft in Friedrichshamm statt, wo Katharine ihren königlichen Gast mit großer Pracht und Eleganz empfing

ung bewirthete. Weder Schmeicheleien, noch Ueberredungskünste, wurden hier gespart, um den Kaiserin Zweck zu erreichen; selbst pekuniäre Opfer soll Katharine dem Könige gebracht haben, wovon dieser bald hernach einen Theil zu Unternehmung einer Reise nach Italien verwendete. Für die Stellung von 10 Schiffen im Falle des Ausbruches eines Krieges gegen die Pforte, sicherte die Kaiserin dem Könige bedeutende Subsidien zu, auch wurde demselben die freie Ausfuhr einer ansehnlichen Menge Getreides aus Liefland und Kurland zur Verproviantirung Schwedens auf zwei Jahre eingeräumt. — Sogar Gustavs Lieblingsplan, Norwegen von Dänemark abzureißen und mit Schweden zu vereinigen, kam bei dieser Zusammenkunft zur Sprache, und der König erhielt der Kaiserin Zusage, sie wolle ihm in seinem Vorhaben nicht hinderlich seyn. Daher auch unmittelbar nach Gustavs Zurückkunft von Friedrichshamm große Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Land, die nur Dänemark gelten konnten, und worüber dieses auch sehr beunruhigt war.

Jezt glaubte die Kaiserin, den König ganz für ihr Interesse gewonnen und von der bisherigen Allianz mit Frankreich zurückgebracht zu haben. Um ihn nun noch enger in ihre Verbindung zu ziehen, ließ sie eine Unterhandlung zum Abschluß eines Allianz-Traktats zwischen Rußland, Schweden und Dänemark, welche als ein Familien-Vertrag der Souveräne

aus dem Hause Hölstein betrachtet werden sollte, beginnen. Dabei bezeigte zwar Dänemark die größte Bereitwilligkeit, allein als die Unterhandlung ihrem Ende zugeführt werden sollte, erklärte der König von Schweden: gern wolle er sich mit Rußland in eine Verbindung einlassen, nicht aber solche auf Dänemark ausdehnen.

Als sonach dieses Vorhaben der Kaiserin mißglückt war, versuchte sie den König in die Allianz zwischen ihr und Oesterreich aufzunehmen; aber auch dieses gelang nicht. Denn gleich im folgenden Jahre 1784 vergaß Gustav seine der Kaiserin ertheilten Zusicherungen und das von ihr empfangene Geld; er begab sich persönlich nach Paris, um seine Verbindung mit Frankreich zu erneuern, von dem er gegen einige, dem französischen Handel eingeräumte Begünstigungen die Insel St. Barthelemi, die Garantie seiner Staaten in Europa, das Versprechen eines wirksamen Beistandes im Fall eines Angriffes einer andern Macht, und abermals eine bedeutende Summe baaren Geldes zu erhalten wußte. *)

Katharinen war des Königs Sinnesänderung und Zweideutigkeit in Zeiten bekannt geworden, und sie

---

*) Flassan a. a. O. 6ter Th. S. 370 u. f. bestätiget dieses.

wußte nun, was sie sich von demselben zu versprechen habe. Als sie daher ein Schreiben des Kronprinzen von Dänemark erhielt, in welchem sie von seinen Besorgnissen über die Kriegsrüstungen Schwedens unterrichtet wurde, so ließ sie sogleich dem schwedischen Gesandten durch den Grafen Ostermann eröffnen: „sie „habe zwar bisher aus Vertrauen auf des Königs fried„liche Gesinnungen den Nachrichten von Kriegsrüstun„gen und feindlichen Absichten gegen Dänemark keinen „Glauben beigemessen, indessen seyen ihr nun durch „den dänischen Hof solche Nachrichten zugekommen, „welche ihr nicht erlauben, das bisherige Stillschwei„gen länger zu beobachten; daher werde der Gesandte „ersucht, den König seinen Herrn von dem großen „Interesse in Kenntniß zu setzen, welches die Kaiserin „an Erhaltung der Ruhe des Nordens nehme, und wie „sehr es ihr leid thun würde, solche getrübt zu sehen; „dabei könne man zugleich nicht bergen, daß zwischen „Rußland und Dänemark Verbindungen bestehen, „welche von der Art seyen, daß Rußland bei einem „Angriff auf Dänemark nicht gleichgültig bleiben, noch „demselben seinen ganzen Beistand versagen könnte.“

Dabei blieb aber Rußland nicht stehen, sondern es wurde sogleich nach Kronstadt der Befehl erlassen, mit der größten Eilfertigkeit die dort befindlichen Kriegsschiffe und Fregatten auszurüsten, womit man noch eine Anzahl Galeeren zu vereinigen sich vornahm.

Durch solche ernstliche Sprache und Vorkehrungen wurden die Besorgnisse, die Ruhe des Nordens gestört zu sehen, bald wieder gehoben; die Vereinigung Norwegens mit Schweden blieb einer spätern Zeit vorbehalten.

Eilfter Abschnitt.

Friedens-Vermittlung zwischen den bourbonischen Höfen und England, und zwischen dieser Macht und Holland. — Oesterreich, Holland und Frankreich.

Seit Anfang des Jahres 1775 war England in einen schweren Krieg mit seinen insurgirten Kolonien in Nordamerika verwickelt, an welchem in der Folge die bourbonischen Höfe und später Holland gegen England Theil nahmen.

Oesterreichs bald nach dem Teschner Frieden geäußerter Wunsch, durch seine Vermittlung den Frieden zwischen Großbritannien und Frankreich wieder herzustellen, war ohne Erfolg. Aber gegen Ende des Jahrs 1780 bot Katharine II beiden Mächten ihre Vermittlung an, und der Kaiser, im Jäner des folgenden Jahrs davon in Kenntniß gesezt, äußerte das Verlangen dazu mitzuwirken. Großbritannien erklärte sich sogleich bereit, das Anerbieten der beiden Kaiserhöfe anzunehmen; aber Frankreich mit der vorgeschlagenen

Hauptgrundlage, nämlich, daß es den insurgirten Kolonien keinen Beistand mehr leisten solle, unzufrieden, und stolz auf die errungenen Vortheile, die ihm eine fremde Dazwischenkunft entbehrlich machten, wußte die Sache dahin zu halten.

Bei diesen Zögerungen versuchte Großbritannien, das Bedürfniß eines baldigen Friedens immer mehr und mehr fühlend, mit dem Versailler Hof unmittelbar zu unterhandeln, und schickte daher am Ende des Jahres 1781 und im Anfange des Jahres 1782 wiederholt geheime Unterhändler nach Paris. Auch mit Holland knüpfte zu gleicher Zeit der Londnerhof Unterhandlungen zur Abschließung eines Separatfriedens an, und wurde darin von Rußland nachdrücksam unterstüzt, welches behauptete, die von England vorgeschlagenen Bedingnisse seyen so, daß Holland deren Zurückweisung nicht zu rechtfertigen vermöge.

Doch die Verbindung dieser Republik mit Frankreich sezte der Erreichung dieses Endzwecks ein großes Hinderniß entgegen, und dieses wünschte der russische Hof gehoben zu sehen. Demselben waren die persönlichen freundschaftlichen Verhältnisse des Grafen von Görtz mit dem Gesandten von Frankreich sowohl als mit jenem von Holland bekannt, und da man ihm auf beide Einfluß beimaß, so wurde er von dem russischen Ministerium ins Vertrauen gezogen, um in dessen Sinn auf beide Gesandten einzuwirken.

Der Graf machte bei dieser Veranlassung den russischen Ministern bemerklich: Kaiser Joseph habe durch die Schleifung der festen Plätze in den Niederlanden (wovon in der Folge das Nöthige vorkommen wird) und vorzüglich, weil er seine Verbindung mit Holland durch Vernichtung des Barriere-Traktats aufgehoben habe, diese Republik in die größte Verlegenheit gebracht, und sie nicht nur jezt, sondern auch für die Zukunft und so lange Oesterreichs Allianz mit Frankreich bestehe, in die Unmöglichkeit versezt, sich mit der Rivalin dieser Macht, England, zu verbinden; daher sey es der Kaiser Joseph, welcher der gegenwärtigen Unterhandlung eines Separatfriedens zwischen England und Holland die größte Schwierigkeit errege, und dadurch das System des europäischen Gleichgewichts erschüttere. Aber dabei blieb Görtz nicht stehen, sondern er übergab dem Vicekanzler eine schriftliche Darstellung aller der unglücklichen Folgen, welche Kaiser Josephs Benehmen gegen Holland für das europäische System schon dermal hervorbringe und noch künftig hervorbringen werde. — Graf Ostermann, Frankreich persönlich abgeneigt und für England gutgesinnt, gab Görtz für die Zukunft Recht, bemerkte aber, daß gegenwärtig die Republik sich gegen Rußland verfehle, wenn sie nach der stets gewünschten, und durch dessen Bestreben erlangten Handelsfreiheit, den Frieden mit England zurückweise.

So sehr lag Rußland daran, diesen zu erzielen, daß man den französischen Gesandten Marquis von Verac zu Petersburg ersuchte, dahin mitzuwirken, und am 29. April (10. Mai) ein ministerielles Schreiben durch einen Kurier nach Versailles abgehen ließ, um den dortigen Hof zu vermögen, Holland im Abschluß seines Separatfriedens mit England nicht hinderlich zu seyn. Rußland hatte dabei die geheime Absicht, Holland von der Allianz mit Frankreich abzubringen, und es in der Folge zu bewegen, sich mit England zu verbinden, um dem Uebergewichte der bourbonischen Höfe besser die Wage halten zu können.

Das größte Interesse Rußlands, den Frieden zwischen Holland und England zu Stande zu bringen, ergibt sich aus der offiziellen Eröffnung, welche Graf Ostermann 2. (13.) Junius dem Grafen von Stormont machte.

„Die Kaiserin," — äußerte sich Ostermann — „unterrichtet von dem Interesse, welches der König „von jeher an der Wiederherstellung des Friedens und „vorzüglich an der besondern Vermittlung zwischen „England und Holland genommen habe, schmeichle „sich, der König werde ihr die Gerechtigkeit widerfah„ren lassen, weder Mühe noch Sorgen gespart zu ha„ben, um alle Schwierigkeiten zu beseitigen, endlich „es ihr gelungen sey, von England die Anerkennung „der Freiheit der Schiffahrt, so wie Holland solche ge-

„wünsche, und ganz nach den in der Declaration vom
„28. Februar 1780 enthaltenen Grundsätzen zu schlie-
„ßen; aber gegen den Wunsch und die Erwartung der
„Kaiserin scheine es, als wenn diese der Republik so
„vortheilhaften Bedingnisse durch einen der Partei
„Frankreichs zu sehr ergebenen Theil der Regierungs-
„mitglieder nicht angenommen werden dürften; da-
„durch finde sich die Kaiserin gehindert, das gute Ein-
„verständniß zwischen zwei früher so lange Zeit be-
„freundeten Mächten herzustellen, und sie könne dabei
„nicht mißkennen, daß von Seite Englands seit der im
„Ministerium vorgegangenen Veränderung Alles ge-
„schehen sey, um diesen Zweck zu erreichen. In der
„Erwartung jedoch, daß dieses noch möglich sey, und
„in der Voraussetzung, daß weder Preußen noch die
„andern Mitglieder der See-Association bei der Sache
„gleichgültig seyn werden, wende sich die Kaiserin zuerst
„an den König, ihren alten Alliirten und Mitglied jener
„Association, um ihn zu ersuchen, ihr vertraulich seine
„Ansicht mitzutheilen, wie am leichtesten und ohne sich
„von den Grundsätzen der strengsten Neutralität zu ent-
„fernen, durch die Mitglieder derselben der so wün-
„schenswerthe und beiden Staaten gleich zuträgliche
„Partikular-Frieden herbeigeführt werden könnte? —
„Auch in Bezug auf den allgemeinen Frieden sey von
„England durch Anerkennung der Unabhängigkeit der
„vereinigten Staaten von Nordamerika Alles geschehen,

„was Frankreich verlangt habe, und die Kaiserin ver-
„möge nicht einzusehen, wie durch Gegenstände von
„untergeordnetem Interesse, als die Abtretung von
„Gibraltar an Spanien ꝛc. der Abschluß des allgemei-
„nen Friedens länger verzögert werden könne; Eng-
„land fühle nach dem eigenen Geständnisse seines vor-
„maligen Ministeriums das Bedürfniß des Friedens,
„aber die neutralen Mächte müssen wünschen, daß die-
„ser der Gerechtigkeit und Billigkeit angemessen sey;
„die Kaiserin wende sich an den König mit der Bitte,
„ihr zu eröffnen, welche Mittel und Wege er für die
„zweckmäßigsten erachte, um den allgemeinen Frieden
„zu erzielen, und Großbritannien nicht unterdrücken zu
„lassen; die Kaiserin habe ungefähr die nämlichen Er-
„öffnungen den Höfen von Dänemark und Schweden
„machen lassen, doch dem leztern nicht so ausführlich;
„vorzugsweise aber erwarte sie von des Königs Ein-
„sichten und Weisheit Rath, und wünsche sich mit
„demselben über die zu unternehmenden Schritte einzu-
„verstehen; solches könne sie sich um so mehr verspre-
„chen, als nicht nur zwischen beiden Höfen enge Bande
„der Freundschaft bestehen, sondern sie auch mit Ver-
„gnügen wahrnehme, daß seit der im englischen
„Ministerium vorgegangenen Veränderung der Lond'-
„nerhof das größte Vertrauen gegen den König bezeige
„und das gute Einverständniß zwischen beiden herge-
„stellt zu seyn scheine.“

Graf

Graf Görtz erwiederte darauf unter herkömmlichen Höflichkeitsbezeigungen, er werde nicht säumen, diese schmeichelhaften Beweise der Freundschaft und des Zutrauens der Kaiserin seinem Monarchen zu berichten, und sich dessen Weisung darüber zu erbitten.

Auf der Kaiserin Eröffnung ließ der König durch Görtz erwiedern: „er sey durch die vertrauliche Mittheilung des russischen Hofes sehr geschmeichelt, und „nehme an Englands Schicksal warmen Antheil, sowohl „wegen des Interesses, welches Rußland daran bethätige, als wegen jenes, welches Englands Erhaltung „um des politischen Systems willen, einflöße; der „König glaube jedoch die Gesinnungen der übrigen „Mächte der See-Association abwarten zu müssen, um „sich über die zu verabredenden Maaßregeln zu äußern."

Diese Erklärung entsprach der Erwartung des russischen Hofes nicht ganz; denn obgleich Graf Ostermann dem Grafen von Görtz die Versicherung ertheilte, die Kaiserin sey sehr erfreut über die freundschaftlichen Ausdrücke des Königs, und man werde nun die Aeußerungen der andern Mitglieder der See-Association abwarten, so fügte er doch bei: er könne nicht unterlassen zu bemerken, daß wenn alle Aeußerungen so wie jene Preußens ausfallen, man dadurch nicht weiter komme.

Wäre Herzbergs Rath befolgt worden, so würde der russische Hof mit der Antwort des preußischen zufrieden gewesen seyn; denn dieser hatte gerathen: der

[illegible] ohne sich zu sehr einzulassen, der Kaiserin den Vorschlag machen, in Gemeinschaft mit andern Mächten der Conföderation den bourbonischen Höfen zu erkennen zu geben, man wünsche, sie möchten ihre Friedensliebe bethätigen, nachdem durch Englands Bereitwilligkeit, die Unabhängigkeit seiner Kolonien in Amerika und die Grundsätze der Seeneutralität anzuerkennen, die Hindernisse gehoben seyen; Herzberg erhielt aber zur Antwort: dieß könne seiner Zeit geschehen, jetzt müsse man sich in nichts übereilen, und man hoffe, die ertheilte Antwort werde den Kaiser in Verlegenheit setzen; Herzberg vermochte dieses nicht einzusehen, aber deshalb doch auch die Befolgung seines Rathes nicht zu erreichen.

Ungefähr zur nämlichen Zeit fand Oesterreich in der Sendung des Herrn Grenville einen Anlaß zum Mißvergnügen. Mit ausgedehnterer Vollmacht vom Londner Hof versehen, als die früher nach Paris geschickten geheimen Unterhändler, hätte er bald anfangs mit dem französischen Ministerium die von seinen Vorgängern in Geheim angeknüpften Unterhandlungen fortzusetzen. Oesterreich glaubte darin ein Mißtrauen wahrzunehmen, England suche die österreichisch-russische Vermittlung zu umgehen und mit Frankreich unmittelbar zu unterhandeln, und nahm daraus Anlaß sich nicht nur darüber, sondern überhaupt über Eng-

[illegible]s Benehmen mißfällig in Petersburg zu äußern. Grenville's Sendung nach Paris wurde als eine Beleidigung für die zwei vermittelnden Kaiserhöfe dargestellt und England beschuldiget, es suche das gute Einverständniß zwischen denselben zu untergraben, indem es gegen einen jeden derselben eine verschiedene Sprache führe, denn die Herrn Simolin gemachten Eröffnungen seyen vertraulicher als jene, welche gegen den Grafen Belgioso statt haben; den englischen Gesandten Keith in Wien lasse man ohne Nachrichten und Instruktionen, während, wie man wohl wisse, der Gesandte Harris in Petersburg von Allem unterrichtet werde.

Der Petersburgerhof sah diesen Gegenstand als nicht von Bedeutung an und äußerte sich: es scheine hier ein bloßes Mißverständniß obzuwalten, welches daher rühren möge, daß sich vielleicht der Londnerhof über die unmittelbare Unterhandlung mit Frankreich in Wien nicht eben so bestimmt geäußert habe, als in Petersburg, wo deutlich erklärt worden sey: diese Unterhandlung sey nur vorbereitend und derselben liege keineswegs die Absicht zu Grund, die Mediation zu umgehen, wie man in Wien irrig zu glauben scheine.

Bald langten aber auch Beschwerden des Londnerhofs gegen den Wienerhof in Petersburg an. „Dieser" — äußerte Harris in Folge erhaltener In-

struktion — zeige eine auffallende Partheilichkeit für „Frankreich, keine Aufrichtigkeit gegen die andern „Mächte und die Absicht, die Schwierigkeiten bei dem „Abschluß des Friedens und die Verlegenheit Eng„lands zu vermehren. Daher sey der Wunsch dieser „Macht, von Oesterreichs Vermittlung ent„hoben zu werden.“ Harris bemühte sich, der Kaiserin persönliche Abneigung gegen diese mit dem Wienerhof gemeinschaftlich übernommene Vermittlung dadurch einzuflößen, daß er ihr die Ueberzeugung beizubringen suchte, derselbe räume ihr ohnehin bei solcher nur eine untergeordnete Rolle ein. In Erwartung des Erfolges gab England auf die lezten mündlichen Vorschläge der Vermittler keine andere Antwort, als: man habe eine Menge Aufschlüsse nöthig, und wolle auch erwarten, welche Wendung die eingeleitete unmittelbare Unterhandlung nehme. Zugleich aber legte Harris dem russischen Kabinet als Beweis des unbegränzten Vertrauens seines Hofes Alles, was auf die Verhandlung Bezug hatte und deren gegenwärtigen Stand darthun konnte, vollständig vor.

Am 10. Jäner 1783 wurden endlich in Paris die Präliminarien zwischen Großbritannien und Frankreich und zwischen der ersten Macht und Spanien unterzeichnet; und nun fingen die Unterhandlungen über den Definitiv-Traktat an. Mit den Nordamerikanern war der Friede schon früher (30. Nov. 1782)

ohne Theilnahme oder Mitwirkung Frankreichs zu Stande gekommen.

Der englische Gesandte in Berlin, Ritter Stepney, sezte das preußische Ministerium am 15. März von dem Abschluß der Präliminarien in Kenntniß. Auf den Bericht, den hierüber die Kabinetsminister Finkenstein und Herzberg an den König erstatteten, trug dieser denselben auf, seine Theilnahme darüber dem englischen Gesandten zu bezeigen: England habe sich durch den Kampf mit so vielen Feinden einen unsterblichen Ruhm erworben, der wohl einigen kleinen Verlust aufwiege, welchen übrigens die Weisheit der brittischen Regierung bald wieder gut zu machen Mittel finden werde.

Ritter Harris fand sich in einiger Verlegenheit, weil er besorgte, der Abschlaß der Präliminarien ohne Mitwirkung des Petersburgerhofes dürfte auf diesen einen unangenehmen Eindruck machen; er bemühte sich daher dieses zu verhüten. England habe, sagte er zu Potemkin, nichts gethan als den Rath der Kaiserin selbst, den Krieg auf's Bäldeste zu beendigen, befolgt; sey der Frieden einmal ganz geschlossen, dann dürfe man hoffen, daß der Augenblick nicht mehr fern seyn könne, eine nordische Allianz zu Stande zu bringen und dadurch ein festes System zwischen Rußland, England und Preußen zu begründen. Die Art, wie Potemkin diese Aeußerung aufnahm, deutete an, daß

er solches für wohl ausführbar ansah; aber die Kaiserin zeigte Mißfallen an dem unerwarteten Abschluß der Präliminarien; denn sie besorgte, Frankreich könnte sie in Ausführung ihres Lieblingsplans gegen die Pforte, womit sie eben zu beginnen entschlossen war, hindern. Bald wurde sie indessen darüber durch die von Wien erhaltenen Nachrichten beruhiget; denn Fürst Gallitzin berichtete ihr, der Kaiser setze seine Rüstungen mit dem größten Eifer fort, und derselbe erwarte, unerachtet des Friedens zwischen England und Frankreich, von dieser Macht keine ernstlichen Hindernisse bei dem Unternehmen gegen die Pforte; Frankreich sey nach des Kaisers Ueberzeugung durch den Krieg so erschöpft, daß es sich auf längere Zeit außer Stand befinde, etwas Entscheidendes zu unternehmen, und die zuverlässig gleich im ersten Feldzug zu erringenden Vortheile werden Oesterreich und Rußland in Stand setzen, es nöthigen Falls nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit andern Mächten, welche ihnen hinderlich seyn wollten, aufzunehmen.

Als England und die bourbon'schen Höfe die geschlossenen Präliminarien den Höfen von Wien und Petersburg mittheilten, wurden diese von beiden bisher im Krieg begriffenen Theilen ersucht, ihre Gesandten in Paris mit den nothwendigen Vollmachten zu versehen, um als Gesandte der vermittelnden Mächte den abzuschließenden Vertrag zu unterfertigen. Ka-

theilte wohl diese Ansicht ziemlich gleichgültig auf, schien jedoch die nachgesuchte Bevollmächtigung ihrer Gesandten mit der Bemerkung zu: es sey ihr ganz gleichgültig, ob der Friede zu Wien, London oder zu Paris geschlossen werde.

Gegen Görtz verhehlten die Gesandten von England und Frankreich nicht, daß sie diese, wenn gleich nur scheinbare, Vermittlung der Höfe von Petersburg und Wien nicht gerne sähen; Harris besorgte, Rußland werde diese Gelegenheit benützen, um mit seinem Kodex eines Seevölkerrechts aufzutreten und der Marquis von Verac meinte, sein Hof dürfte bei der Vermittlung der beiden Kaiserhöfe, in dem nämlichen Zeitpunkte, wo sie im Begriffe stehen, die Feindseligkeiten gegen eine Macht zu beginnen, an deren Erhaltung Frankreich so viel gelegen sey, leicht in Verlegenheit gerathen.

Wir haben an seinem Ort gesehen, wie England der Aufnahme des Seekodexes auszuweichen, und Frankreich den Frieden mit der Pforte zu erhalten wußte.

Die Unterzeichnung der Definitiv-Friedens-Verträge zwischen den bisher im Krieg begriffenen Mächten, mit Ausnahme von Holland, erfolgte am 3. September. Im Namen der vermittelnden Mächte fügten Graf Mercy-Argenteau für Oesterreich, dann Fürst Bariatinsky und Herr von Markoff im Namen Rußlands ihre Unterschriften bei; darauf war auch ihre

Vermittlung beschränkt und sie erhielten von dem Vertrag erst bei dessen Unterzeichnung genaue Kenntniß.

Zwischen Holland und England wurde zwar durch Verwendung des französischen Hofs unterm 20. Jäner ein Waffenstillstand geschlossen, allein der Friede zwischen beiden Mächten fand verschiedene Schwierigkeiten, theils durch die Dazwischenkunft Rußlands, welches sich Mühe gab, denselben zwischen Holland und England ohne Mitwirkung Frankreichs zu Stande zu bringen, theils durch die Beharrlichkeit, womit die Republik nicht nur die Zurückgabe alles desjenigen, was ihr die Engländer abgenommen hatten, sondern auch eine Entschädigung für den ihrem Handel durch Englands unerwartete Kriegserklärung zugefügten Schaden verlangte. Doch wurden die Preliminarien zwischen England und Holland am 2. September, also einen Tag früher als die Definitiv-Traktate der andern Mächte, unterzeichnet; aber erst am 20. Mai des folgenden Jahres kam zwischen beiden Mächten der Haupttraktat zu Stande. *)

Oesterreich befand sich wegen seiner Niederlande in mancherlei Berührungen mit Holland, weshalb unerachtet der Bestimmungen des westphälischen

*) Umfassende Aufschlüsse über die Unterhandlungen zwischen sämmtlichen Krieg führenden Mächten findet man in Schöll a. a. O. 3. Bd.
Flassan a. a. O. 7. Bd.

Friedens und der spätern Verträge zwischen beiden Staaten mehrere Irrungen stattfanden, die im Jahre 1784 eine ernste Wendung zu nehmen begannen.

Die erste Veranlassung dazu gab Kaiser Joseph, indem er am 7. November seinen Entschluß erklärte, den größten Theil der Festungen in den Niederlanden schleifen zu lassen, und in Folge dessen die General-Staaten der vereinigten Niederlande aufforderte, ihre Truppen aus jenen, von denselben als Barriere-Plätze vermöge früherer Verträge besezten Festungen zurückzuziehen.

Diesem Ansinnen sezten die General-Staaten die bestehenden völkerrechtlichen Traktate *) entgegen; aber ohne Erfolg. „Jeder Vertrag" — behauptete Fürst Kaunitz — „dessen Veranlassung und Grundlage nicht „mehr bestehe, höre von selbst auf verbindlich zu „seyn." — Oesterreich, zu jener Zeit im engen Bunde mit Frankreich, hielt solchen für unauflöslich, daher die Barriere-Traktate für zwecklos, und die Gränzfestungen für eine unnütze Last, deren es sich durch deren Schleifung entledigen wollte. Die Folge hat bewiesen, wie sehr sich oft große Politiker in ihren Berechnungen irren können.

Holland, in einem schweren Krieg mit England

---

*) Schöll a. a. O. 4. Th. S. 59. und die dort angeführten Sammlungen und Quellen.

vermittelt, fügte sich in Oesterreichs Verlangen, be-
wahrte jedoch seine, auf Traktate gegründeten Rechte;
die holländischen Garnisonen wurden sonach aus den
Barriere-Plätzen zurückgezogen und diese größtentheils
zerstört.

Dieß schien Preußen nicht gleichgültig zu seyn;
denn es behauptete: dadurch werden bestehende Trak-
tate vernichtet und die Bande zwischen Oesterreich
und Holland zerrissen, dieses aber Frankreichs Willkür
Preis gegeben; der Kaiser habe keine andere Absicht
gehabt als sich der holländischen Garnisonen zu entle-
digen, und denke nicht daran, alle Festungen, welche
sie besetzt hielten, zu schleifen, welches namentlich bei
Namur der Fall sey. Graf Görtz wurde beauftragt,
diese Ansicht dem russischen Hof zu eröffnen; dieser
aber theilte solche nicht, sondern betrachtete die Sache
als gleichgültig und durch gütliches Benehmen der
Betheiligten bereits abgethan.

Die Leichtigkeit, womit Kaiser Joseph seine Ab-
sichten mit den Barriere-Plätzen erreicht hatte, er-
munterte ihn 1783, mit andern Ansprüchen gegen Hol-
land aufzutreten, die von größerer Wichtigkeit und
bedeutenderen Folgen waren. Auf den Grund älte-
rer, nicht zum Vollzug gekommener Verträge von
1664 und 1673 verlangte nun der Kaiser die Schlei-
fung einiger holländischen Forts, Berich-
tigung der Gränze, Zurückgabe einiger Ge-

[illegible]theile, namentlich von Mastricht, die Bezahlung großer Summen u. d. g. — Diesen Foderungen sezten die General-Staaten andere entgegen, als: wegen Arrerágen für die auf die Zitadelle von Namur verwendeten Summen, für verschiedene, dem Hause Oesterreich dargeliehene und auf Schlesien versicherte Kapitalien u. d. g.

Darüber fand denn zuerst ein Notenwechsel, und im Mai 1784 ein Zusammentritt beiderseitiger Bevollmächtigten in Brüssel statt. Bald zeigte sich aber, daß Kaiser Joseph bei seinen Foderungen an Holland einen ungleich wichtigern geheimen Endzweck hatte, als solche anfänglich anzudeuten schienen. Dieser war kein anderer, als: die Eröffnung der Schelde, und Freiheit des Handels und der Schiffahrt nach beiden Indien. Denn mit Bedauern hatte der Kaiser auf seiner Reise durch die Niederlande bemerkt, welche Vortheile seine Unterthanen dadurch entbehren mußten, daß jener Fluß für ihren Handel gesperrt war.

Um diesem Uebelstand abzuhelfen, ließ der Kaiser (23. August) die Erklärung abgeben: er verzichte mit Ausnahme einiger wenig bedeutenden Foderungen auf alle Ansprüche an die Republik, wenn diese die Schelde der Schiffahrt und dem Handel seiner Unterthanen eröffne, welche dann solche von den holländischen Hä-

fen aus nach Ost= und Westindien ungehindert tre[...]
mögen. Ganz kategorisch wurde aber beigef[...]
diese Bedingniß werde als lezter Entschluß [...]
Kaisers den General=Staaten vorgelegt, der Ka[...]
zweifle nicht, sie werden sich beeilen, solche als [...]
besonderes Merkmal des kaiserlichen Wohlwollens a[...]
zunehmen; in dieser zuversichtlichen Erwartung se[...]
der Kaiser von jezt an die Schelde als geöffne[...]
und frei an, und habe daher beschlossen, die Schif[...]
fahrt auf derselben herzustellen; sollte der kaiserliche[...]
Flagge die mindeste Beleidigung zugefügt werden, so
gelte dieses für eine Kriegserklärung.

Dagegen beriefen sich die Holländer (30. August)
auf den Friedensschluß zu Münster, welcher die Sper[...]
rung der Schelde gegen Holland festsetze, und auf den
Vertrag vom Jahr 1731, geschlossen zu Aufrechthal[...]
tung der pragmatischen Sanktion, in welcher Oester[...]
reich für immer auf Handel und Schifffahrt seiner
Niederlande nach Ostindien verzichtet habe, beifügend,
sie halten sich an diese völkerrechtlichen Bestimmun[...]
gen und können keine Zugeständnisse einräumen, wel[...]
che die Unabhängigkeit, die Sicherheit und den Wohl[...]
stand der Republik bedrohen würden.

Zugleich ordneten die General=Staaten an, was
sie für nöthig erachteten, um die Schelde wie bisher
den österreichischen Schiffen geschlossen zu halten. Als
aber dessen unerachtet zwei derselben im Oktober die

...fahrt auf diesen Strom erzwingen wollten, so
...en sie mit Gewalt daran gehindert, indem die
...änder auf sie feuerten und die Schiffe aufbrach-
... bald aber sie wieder frei gaben. Nach so einer
...althandlung und Beleidigung der österreichischen
...ge, schien der Krieg unvermeidlich; Oesterreich
... seinen Gesandten aus dem Haag zurück, die Kon-
...nzen zu Brüssel wurden abgebrochen und von beiden
...iten Kriegsrüstungen mit großem Eifer und Auf-
...d betrieben.

Sogleich wendete sich Oesterreich sowohl als Hol-
...d an die fremden Mächte, jedes, damit es diesel-
... für sich gewinnen möge. Oesterreich erklärte den-
...n, das Vorhaben, seine Staaten von dem Joch,
...ches ihnen der Friede von Münster aufgelegt habe,
... befreien, weil dessen, die Schelde betreffenden Sti-
...tionen bei der dermaligen ganz verschiedenen Lage
... öffentlichen Angelegenheiten Europa's ohnehin keine
...endung mehr finden; und zudem die Sperrung
... Schelde wegen des Nichtvollzugs und der Verle-
... bestehender Verträge durch die Holländer schon
... aufgehört habe, für die österreichischen Nieder-
...de eine verbindliche Servitut zu seyn. — Die Ge-
...staaten aber wiesen ihre Gesandte im Ausland
... einer weitläufigen Instruktion (3. November) an,
... sie das auf Verträge gegründete Recht der Repu-
...k, und insbesondere das Benehmen gegen Oester-

reich bei den neuesten Vorgängen zu rechtfertigen h[illegible]
Oesterreich rechnete, vorzüglich von Rußland, [illegible]
land aber von Frankreich auf Beistimmung, und [illegible]
es nöthig sey, Hülfe zu erhalten. In Petersburg [illegible]
die erste Nachricht von den Thätlichkeiten der Ho[illegible]
der gegen die österreichische Flagge am 8/16 Okt[illegible]
an; der russische Geschäftsträger im Haag hätte [illegible]
solcher einen Kurier an seinen Hof geschickt.

Groß, und für die Holländer ungünstig war [illegible]
Eindruck, den ihr Benehmen in Petersburg er[illegible]
sie hätten sich nicht, äußerte sogleich Ostermann [illegible]
Gespräch, so eine gewaltthätige Handlung gegen Oe[illegible]
reich erlauben sollen; sey ihnen so viel an der [illegible]
rung der Schelde gelegen, so hätten sie ja ihre [illegible]
rechtsame durch eine Verwahrung sichern können, [illegible]
Durchfahrt von ein Paar Schiffen würde dann [illegible]
keinen Eintrag gethan haben, und durch Unte[illegible]
lungen hätte man sich einverstehen können, wa[illegible]
beinahe unmöglich seyn werde; denn der Kaise[illegible]
die Thathandlung der Holländer als eine gro[illegible]
leidigung an und werde ihnen nun ungleich [illegible]
Bedingungen auflegen als außerdem geschehen [illegible]
mit Ungrund rechnen vielleicht die Holländer [illegible]
Frankreichs Beistand; dieses habe stets zur [illegible]
gung gerathen und müsse sich durch Nichtbea[illegible]
seines Raths gekränkt finden; zudem sey es ja [illegible]
Oesterreich alliirt.

Bald nach der ersten, aus dem Haag erhaltenen Nachricht überbrachte ein Kurier aus Wien dem Grafen Cobenzl die Bestätigung derselben, die Ansichten seines Hofes und dessen Entschluß, die erlittene Beleidigung durch die Waffen zu rächen; der Kaiser erklärte: er sehe die Handlung der Holländer als eine Kriegserklärung an, habe daher seinem Gesandten in Holland Befehle, das Haag ohne Abschied zu verlassen, gegeben, und lasse achtzig tausend Mann in die Niederlande marschiren. Graf Cobenzl setzte sogleich nicht nur die russischen Minister, sondern auch die fremden Gesandten von dem Inhalte der erhaltenen Depesche in Kenntniß; Graf Görtz war jedoch davon ausgenommen.

Dieser benahm sich, so lange er von seinem Hof über die Vorgänge keine Instruktion erhielt, ganz passiv, und äußerte sich darüber weder auf eine billigende, noch auf eine mißbilligende Art. In der ersten Hälfte Novembers kam ihm aber die Weisung zu, dem russischen Kabinet zu erkennen zu geben: „wie sehr das Benehmen des Kaisers gegen „Holland ganz Europa in Staunen setze, da solches „offenbar eine Verletzung des Friedens von Münster „sey; daß dadurch insbesondere die deutschen Fürsten „sehr beunruhigt werden, weil jener Frieden die Un„abhängigkeit Hollands begründe, und sie sich daher „nicht für sicher halten, daß der Kaiser nicht ebenso

„den Osnabrücker Frieden, die Grundlage der deut-
„schen Freiheit und Verfassung, bei der ersten Ver-
„anlassung zu verletzen Willens seyn konnte; der Kö-
„nig wünsche daher die Gesinnungen der Kaiserin
„seiner grossen Alliirten, über diesen wichtigen
„folgereichen Gegenstand zu erfahren."

Der Vizekanzler äußerte sich hierauf gegen
Grafen von Görtz: „die Kaiserin werde in dieser
„traulichen Eröffnung ein neues Merkmal der
„währenden Freundschaft des Königs wahrneh-
„er werde nicht säumen, solche seiner Monarchin
„zutragen und dem Grafen die Antwort, wozu
„ermächtiget werde, mitzutheilen; inzwischen
„er den Grafen versichern, die Kaiserin, welche
„Beibehaltung des Friedens und die Ruhe Eur-
„wünsche, habe mit großem Leidwesen vernom-
„daß die Sache auf's Aeußerste gekommen sey
„hoffe aber, solche werde sich dessen unerachtet
„beilegen lassen, wozu sie ihrer Seits mit Vergn-
„beizutragen bereit sey; die Holländer hätten
„nicht gleich Gewalt brauchen, sondern sich auf
„Unterhandlung beschränken sollen; was wohl
„die Meinung des französischen Hofs seyn dürfte."

Diesem entgegnete Görtz, aber nur als
Privatansicht: „da der Kaiser eigenmächtig und
„die Beistimmung Hollands abzuwarten, die Oeff-
„der Schelde erklärt und sogar in Vollzug

hab-

„habe, so seyen die Holländer zu dem Glauben be-
rechtiget worden, er wolle darüber gar keine Unter-
handlung zulassen; daher wäre zu wünschen gewesen,
der Kaiser hätte den Holländern wenigstens Zeit gelas-
sen, um sich zu erklären, und dann würde die der
österreichischen Flagge zugefügte Beleidigung unter-
blieben seyn.“ — „Aber wenn man einmal A
sagt!“ erwiederte Ostermann! — „Eben dieses A
hätte man nicht sagen sollen“ — antwortete Görtz.
„Wenn man es denn doch gesagt hat!“ — schloß
...erer.

Nun ging der Vizekanzler auf die dem Kaiser
zum Vorwurf gemachte Verletzung des Friedensschlus-
ses von Münster über und bemerkte, der Kaiser ver-
lange die Oeffnung der Schelde nur als ein Aequi-
valent für seine anderen Foderungen an die Republik;
worauf Görtz bemerkte: ebendeswegen wäre es sehr
wesentlich gewesen, daß der Kaiser, ehe er sich in den
Besitz eines solchen Aequivalents zu setzen suchte, die
Holländer gefragt hätte: ob sich dessen Bewilligung
mit ihrem Interesse vertrage?

In Bezug auf die Besorgnisse der deutschen Für-
sten sagte Ostermann: der Friede von Münster mit
den Holländern habe mit dem Frieden, welcher die
Grundlage der deutschen Freiheit und Verfassung aus-
mache, nichts gemein, und es scheine gar nicht, als
wenn der Kaiser Absichten hege, wodurch sich die

deutschen Fürsten beunruhiget finden könnten. „Wenn „übrigens nicht andere Mächte sich in den „gegenwärtigen Streit einmischen" — fügte der Vizekanzler nicht ohne Bedeutung bei — „so wird „sich derselbe ausgleichen lassen, wahrscheinlich durch „Mitwirkung des französischen Hofs, dem sich Hol„land in die Arme geworfen hat."

„Wohl" — erwiederte Görtz — „haben die „deutschen Fürsten Ursache beunruhiget zu seyn, wenn „ein mächtiger Monarch sich nicht mehr durch einen „alten Vertrag gebunden zu seyn erachtet; denn eben „so kann er sich auch durch einen andern für nicht „gebunden halten. Wenn man also auch zur Zeit „annehmen will, Europa sehe ruhig zu, wie der „gegen den klaren Inhalt eines völkerrechtlichen, die „Unabhängigkeit Hollands sichernden Vertrags vom „Kaiser erregte Streit sich ende, was wird dann ge„schehen, wenn der Kaiser nach den nämlichen Grund„sätzen gegen irgend einen deutschen Fürsten zu ver„fahren für gut findet, dessen Erhaltung von keiner „besondern Bedeutung und den großen Mächten nicht „von der Wichtigkeit scheinen dürfte, um deßhalb ei„nen Krieg anzufangen? Ich erlaube mir zu fragen: „was wird in einem solchen Falle aus der deutschen „Verfassung werden?" „In dem Fall sind wir ja noch „gar nicht" — endete Graf Ostermann — „und „tritt solcher ein, dann kommt Zeit, kommt Rath."

Graf Görtz verlangte eine bestimmte Antwort auf die im Namen des Königs gemachte Eröffnung, und als solche nach mehreren Tagen noch nicht erfolgte, so brachte er sie um so dringender in Erinnerung, als er Nachricht hatte, es sey am 30. November ein Kurier an den russischen Gesandten im Haag abgeschickt worden, daß folglich die Kaiserin in der Sache bereits ein System gefaßt haben müsse. „Außer den wiederholten Weisungen des Königs" — sagte Görtz dem Vizekanzler in der Unterredung mit demselben am 3. Dezember, — „habe er noch zwei Beweggründe, sich eine einstmalige Aeußerung über die Art, wie der Gegenstand von dem russischen Hof betrachtet werde, zu erbitten; davon sey der eine, damit der König dadurch die Ueberzeugung erhalte, seine Eröffnung werde als ein Beweis von fortwährenden freundschaftlichen und vertrauensvollen Gesinnungen gegen die Kaiserin aufgenommen und erwiedert; der andere aber sey, damit der König nicht durch das längere Ausbleiben einer Antwort auf die Vermuthung gerathe, solche dürfte nicht genugsam betrieben worden seyn."

Ohne auf den ersten Beweggrund etwas zu erwiedern, begnügte sich Ostermann dem Grafen von Görtz das Kompliment zu machen, sein Diensteifer und seine Thätigkeit werde zu sehr anerkannt, als daß sein König je so einer Vermuthung Raum geben

könnte. Zugleich aber äusserte sich der Vizekanzler über die Sache selbst auf eine Art, welche bewies, daß er alles Recht dem Kaiser und alles Unrecht Holland zuschreibe. Görtz ergriff diesen Anlaß, um die in der vorhergegangenen Unterredung zu Gunsten der Holländer vorgebrachten Gründe zu wiederholen und weiter auszuführen. Ostermann begnügte sich darauf zu äussern: „Holland muß seine Kräfte kennen „und wissen, ob es den Kaiser auf die Art, wie es „geschah, herausfodern könne!“ — Diesem entgegnete Görtz: „er wisse, daß der Graf ein zu rechtlicher und „zu kluger Mann sey, um nicht einzugestehen, daß „bisher Stärke oder Uebermacht keine Handlung ge„rechtfertiget haben; unmöglich könne man glauben, „daß Holland, welches sich seine Barriere und seine „Festungen habe nehmen lassen, welches seit ungefähr „zwei Jahren eine Menge Bedrückungen erlitten habe, „und nur suche, das zu behalten, was ihm vermöge „Traktaten zustehe, als angreifender Theil betrachtet „werden könne; ganz Europa sey vielmehr der ent„gegengesezten Meinung.“ — „Ich kenne die Mei„nung von ganz Europa nicht“ — äusserte sich Graf Ostermann — „aber die meinige ist, so wie ich gesagt „habe.“ Dann fügte er bei: „Aber der König, „Ihr Herr, steht, wie ich glaube, in keinem „Bündniß mit Holland?“ — „Nein“ — erwiegnete Görtz, auf das Verhältniß Rußlands zu Oestr-

reich anspielend — „wie ich bereits früher versichert „habe, und hiemit wiederhole; denn wäre dieses, so „würde der König treu seinen Verpflichtungen „und den bestehenden Verträgen Rußland „davon in Kenntniß setzen; übrigens ver- „mag ich nicht zu glauben, daß es eine Macht „gebe, welche vermöge ihrer Verbindungen „mit Oesterreich verpflichtet seyn könnte, „eine so grundlose Sache zu vertheidigen."

Diese verschiedenen Unterredungen mit dem Vize-kanzler ließen über die Gesinnungen der Kaiserin keinen Zweifel übrig, und der Umstand, daß man gegen Görtz von der Absendung eines Kuriers keine Erwähnung that, bestätigte den Mangel an Aufrichtigkeit und Offenheit, der seit längerer Zeit am russischen Hof gegen Preußen nicht zu mißkennen war. Zugleich aber überzeugte sich auch der Graf, daß die Gesinnungen der Kaiserin nicht jene der Mehrheit unbefangener und aufgeklärter Staatsmänner sey, sondern daß diese das Benehmen des Kaisers höchlich mißbilligten.

Erst am 27. Nov. (10. Dez.) erhielt Graf von Görtz die verlangte ministerielle Rückäußerung, folgenden Inhalts: „Ihre Majestät die Kaiserin erkenne mit „Vergnügen in der geschehenen vertraulichen Eröffnung „einen Beweis der fortwährenden freundschaftlichen „Gesinnungen des Königs; so wie dieser habe sie mit „Bedauern den Vorgang auf der Schelde vernommen,

„und die Erhaltung des Friedens und der Ruhe in „Europa wünschend, verlange sie nichts so sehr, als „daß ein Krieg zwischen beiden Theilen vermieden wer„den könne; aufrichtig bereit dazu beizutragen, habe „sie sich entschlossen, einen Kurier an ihren Gesandten „im Haag mit dem Auftrag zu schicken, den General„staaten Vorstellungen zu machen, und sie einzuladen, „den Weg der Versöhnung zu betreten, eine gütliche „Beilegung herbei zu führen und die Unterhandlungen „wieder anzuknüpfen, welche durch die zu große Eile, „womit die Republik zu Thätlichkeiten geschritten, un„terbrochen worden seyen, ein Benehmen, wodurch „der Kaiser sich beleidiget und seine Würde verlezt an„sehe; mit dem größten Vergnügen würde die Kaiserin „wahrnehmen, wenn dieser Schritt Holland zur Aus„gleichung bewegen könnte und weniger erfolglos wäre „als jener, den sie während des lezten Kriegs der „Republik mit England versucht habe, und dann „schmeichle sie sich, daß dieser Streit im Weg der Güte „beigelegt werden könne, wovon der Gegenstand, näm„lich die Schiffahrt auf der Schelde, nicht von der „Wichtigkeit zu seyn scheine, daß man um deswillen „einen Krieg wagen sollte.“

Nach dieser ministeriellen Eröffnung, welche Graf Görtz in Erwartung der weitern Weisung des Königs in allgemeinen höflichen Ausdrücken erwiederte, kam der Vizekanzler im Gespräch wiederholt auf den Gegen=

stand selbst zurück, und behauptete insbesondere, durch die Schiffahrt auf der Schelde könne nur die Stadt Amsterdam einigen Nachtheil erleiden, was wohl kein Blutvergießen werth sey. Görtz bemerkte darauf, nicht nur der Stadt Amsterdam, sondern der ganzen Provinz Seeland Wohlstand sey dabei betroffen; was Ostermann, ihm nicht bekannt zu seyn, versicherte. „Wenn nur „Holland nicht glaubt" — fuhr der Vizekanzler fort — „es erhalte die Unterstützung an„derer Mächte, und vielmehr sieht, daß es allein „dem Kaiser gegenübersteht, so wird es sich schon ge„nöthiget sehen mit diesem übereinzukommen." — „O „ja!" — erwiederte Görtz, in dieser wiederholten Aeußerung eine Anspielung auf die Gesinnungen seines Königs über diesen Gegenstand wahrnehmend — „wenn „die Republik sich ganz verlassen sieht, so wird sie al„lein gegen einen so übermächtigen Feind nicht kämpfen „können, und dieser leichtes Spiel haben."

Die von dem russischen Gesandten im Haag übergebene Note *) ist im Wesentlichen von dem oben angeführten Inhalt, nur in gewählteren Ausdrücken; die

*) Martens Erzählungen merkwürdiger Rechtsfälle 1ster Thl. S. 134 sezt das Datum derselben auf den 10. November, was aber auf einem Irrthum beruht, da erst am 30. November die Instruktion von Petersburg an den russischen Gesandten im Haag abging.

Generalstaaten werden durch solche im Namen der Kaiserin eingeladen, so lange es noch Zeit sey, in ihrer Weisheit auf Mittel zu denken, um die so unglückliche Weise unterbrochenen Unterhandlungen wieder anzuknüpfen, dadurch dem Fortschreiten eines Mißverständnisses vorzubeugen, welches in einen offenbaren Krieg auszuarten drohe; die Kaiserin, wird beigefügt, hoffe die Generalstaaten werden dieser, durch die reinsten und achtungswerthesten Beweggründe veranlaßten Einladung den verdienten Grad von Aufmerksamkeit und Rücksicht schenken und einen ihrer Klugheit angemessenen Entschluß fassen.

Es ist nicht zu mißkennen, daß Rußland bei seiner Handlungsweise in dieser Sache zweierlei Motive hatte; erstens: den Krieg zwischen Oesterreich und Holland zu verhindern, weil ein solcher dem Plan der Kaiserin gegen die Pforte hinderlich seyn konnte; zweitens: die Vermittlung des Streites zu erlangen, wodurch die Eitelkeit Katharinens und das Interesse der russischen Geschäftsleute gleich gewinnen mußten.

Während diese Verhandlungen und Schritte von Seite des Petersburgerhofes statt fanden, wendeten sich die Generalstaaten an Frankreich und erhielten dessen Vermittlung *). Da auch Kaiser Joseph, durch die energische Sprache des französischen Hofes aufmerk-

*) Flassan a. a. O. 7ter Thl. S. 401.

sam gemacht, dieselbe annahm, so wurden zuerst am 20. September 1785 die Präliminar-Artikel zu Paris zu Stande gebracht, der Haupttraktat aber unter Frankreichs Garantie am 10. November in Fontainebleau unterzeichnet *).

Damit endigte sich auf eine für beide Theile erwünschte Art eine Streitigkeit, welche die Ruhe Europa's auf's Neue zu stören drohte. Denn Frankreich, ungeachtet seiner Allianz mit Oesterreich, konnte nicht zugeben, daß Holland eine Wunde geschlagen werde, welche für den Wohlstand und die Macht dieser Republik von den nachtheiligsten Folgen seyn, und auch auf die Handelsverhältnisse mit derselben, worüber eben damals Unterhandlungen angeknüpft waren, einwirken mußten, und Preußens Gesinnungen über diesen Gegenstand unterlagen keinem Zweifel. Rußland aber machte ernstliche Anstalten, nöthigen Falls Oesterreich mit den Waffen zu unterstützen, indem es Befehle zu Truppenmärschen und zur Ausrüstung eines Theils seiner Flotte gab. Wäre Frankreichs Vermittlung ohne Erfolg geblieben, und der Krieg zum Ausbruch gekommen, so würde Oesterreich sowohl als Rußland, um ihrer neuen Allianz willen, jedes gegen seinen früheren Alliirten in denselben verwickelt worden seyn.

---

*) Martens a. a. O. 2ter Thl. S. 60.

Zwölfter Abschnitt.

Reise der Kaiserin Katharine im Innern ihres Reichs. — Urlaub und Abberufung des Grafen von Görtz von Petersburg. — Bemerkungen über die Finanzen und die Kriegsmacht Rußlands in der Periode von 1774 bis 1786.

Im Anfange des Sommers 1785 unternahm die Kaiserin eine Reise an den Kanal von Wischnei Wolodzok, um die an demselben angeordneten Bauten und Verbesserungen zu besichtigen. Sie verließ Czarskoe Zelo am 3. Junius, und kam am 28. dahin zurück, nachdem sie nicht nur den Hauptzweck ihrer Reise erreicht, sondern auch Moskau auf einige Tage mit ihrer Gegenwart erfreut hatte *).

Die Gesandten von Oesterreich, England und Frankreich erhielten die für ihre Höfe und für ihre

---

*) Segür a. a. O. 2ter Bd. S. 328 u. f. gibt eine kurze Beschreibung von dieser Reise.

A. d. H.

Personen sehr schmeichelhafte Auszeichnung, von der Kaiserin zu dieser Reise eingeladen zu werden, welche ihnen Gelegenheit verschaffte, sich während derselben im engern Zirkel der Monarchin und in steter ungezwungener Gesellschaft ihrer vertrautesten Umgebung zu seyn.

Es konnte dem Grafen von Görtz als dem Gesandten desjenigen Hofs, mit welchem seit vielen Jahren eine so enge Verbindung bestanden hatte und dem Anscheine nach noch wirklich bestand, nicht anders als empfindlich fallen, zu dieser Reise nicht eingeladen zu seyn, und wenn er gleich dieses in Petersburg auf keine Art zu erkennen gab, so glaubte er doch dem König seine Empfindung darüber nicht verhehlen zu dürfen. „Entweder" — drückt er sich in dem Bericht, worin er diese Reise anzeigt, aus — „wird der Gesandte Euer „Majestät hier nicht mehr als der Gesandte einer verbündeten Macht angesehen, oder meine Person ist „dem hiesigen Hof unangenehm."

Daß die Gesandten Oesterreichs und Englands von der Kaiserin vor den Gesandten anderer Höfe ausgezeichnet wurden, fand man den bestehenden politischen Verhältnissen ganz angemessen, konnte jedoch auch keinen Grund finden, warum dem Gesandten Preußens nicht das Nämliche widerfuhr. Aber bei dem Gesandten Frankreichs bestanden lediglich keine dergleichen Ver-

hältnisse; die Kaiserin wußte im Gegentheil, wie sehr diese Macht dem Plan gegen die Pforte entgegen sey, und was von ihr in jüngstvergangener Zeit geschehen war, um Spaniens Widerspruch gegen die Absendung einer russischen Eskadre nach dem mittelländischen Meere, und Genua's Weigerung in Ansehung des Hafens von Sechia zu bewirken.

Man konnte daher den Grund der dem Grafen Segür zu Theil gewordenen Auszeichnung nur in seiner Persönlichkeit auffinden. Kaum ein Paar Monate zuvor in Petersburg angekommen, hatte dieser junge Diplomat, der noch nicht lange das Alter von drei Dezennien zurückgelegt hatte (er war am 10. Dezember 1753 geboren und trat seinen Gesandtschaftsposten im Anfange 1785 an), durch seine Jugend und angenehme Gestalt, durch das Liebenswürdige seiner Sitten und seines Umganges, und durch seine Bildung für die Gesellschaft sowohl als für die Geschäfte, sich nicht nur eine besondere Achtung bei den russischen Ministern und Günstlingen, so wie auch bei den Gesandten fremder Höfe, sondern auch das besondere Wohlwollen der Kaiserin zu erwerben gewußt. Er ward daher sehr bald mit einer ungleich größern Auszeichnung behandelt, als je einer seiner Vorfahren. Fürst Potemkin insbesondere überhäufte ihn mit Beweisen persönlicher Achtung und besonderer Aufmerksamkeit, suchte ihn in den Gesellschaften auf, behandelte ihn im eigenen Haus und

in den engern Zirkeln auf die freundschaftlichste und zuvorkommendste Art, und bat ihn, für immer einen Platz an seiner Tafel anzunehmen. Der Kaiserin Benehmen gegen den Grafen war von der Art, daß man demselben weniger ein politisches als ein persönliches Motiv unterstellen konnte, und man suchte selbst in der sorgfältiger als ehemals gewählten Toilette der Monarchin Gründe auf, diese Meinung zu rechtfertigen. Man sprach selbst bald davon, was wirklich auch geschah, der Graf werde ein besonderes Appartement in Czarskoe-Zelo erhalten, wo sich auch, um solches weniger auffallend zu machen, Cobenzl und Fitzherbert von Zeit zu Zeit aufhalten würden.

Graf Segür war bei seiner Durchreise durch Berlin von dem König sowohl als von dem Prinzen Heinrich von Preußen mit besonderm Wohlwollen empfangen und behandelt worden, und zeigte gleich bei dem Antritt seiner Mission in Petersburg ein vorzügliches Vertrauen gegen den Grafen von Görtz, dem er sogar die wesentlichen Punkte der von seinem Hof erhaltenen Instruktionen mittheilte. Die wichtigsten derselben waren: Alles aufzubieten, um einen Handelsvertrag zwischen Frankreich und Rußland zu Stande zu bringen, und England so viel möglich die Vortheile des Handels in der Levante und auf dem schwarzen Meere zu entziehen, um solche Frankreich zuzuwenden. Graf Segür hatte ferner den Auftrag,

sich genaue Kenntniß von den Absichten der Kaiserin gegen die Pforte zu verschaffen, und insbesondere zu erforschen, ob sie noch auf dem Plan der Errichtung eines griechischen Kaiserthums bestehe, oder ob sie denselben aufgegeben habe? Ein für Preußen besonders interessanter Punkt der Instruktion war jener, welcher die Allianz zwischen beiden Kaiserhöfen betraf. Der französische Hof verlangte zu wissen: ob diese Allianz noch in ihrer vollen Kraft bestehe, und ob es keine Mittel gebe, Rußland zur Verbindung mit Preußen zurückzubringen, wozu Segür, wenn es nur irgend möglich wäre, nach Kräften beitragen solle. Bald nach seiner Ankunft in Petersburg erhielt er noch den Auftrag, sich genau zu erkundigen: ob Rußland entschlossen sey, den Kaiser in dem vorhabenden Ländertausch mit Bayern ernstlich zu unterstützen oder nicht?

Alle diese Instruktionspunkte zeigten besonders freundschaftliche Gesinnungen des französischen Hofes für den preußischen an, und deswegen begründete sich auch bald zwischen den Gesandten dieser beiden Höfe ein gegenseitiges vertrauliches Benehmen. Daher wendete sich Görtz nach der Rückkehr der Kaiserin von der Reise sogleich an Segür, um von ihm zu erfahren, ob und was während derselben von Geschäften verhandelt oder gesprochen worden sey? Segür versicherte, es sey davon lediglich nichts vor-

gekommen *), er habe aber bemerken können, daß beide Kaiserhöfe sehr friedliche Gesinnungen hegen, was vorzüglich der erlangten Ueberzeugung von dem guten Einverständniß zwischen Frankreich und Preußen zuzuschreiben sey; daß man daher die Beibehaltung des Friedens noch wenigstens auf ein Jahr hoffen dürfe; daß übrigens die Allianz zwischen Oesterreich und Rußland inniger und fester bestehe als jemals.

Im Anfange des Herbstes benützte Graf von Görtz eine eingetretene Ruhe in den Geschäften, um bei dem König einen Urlaub zur Reise nach Berlin anzusuchen, den er auch sogleich erhielt. Mit Anfang Oktobers verließ er Petersburg und kam am 3. November, nach einer Abwesenheit von sechs Jahren und beinahe drei Monaten, bei seiner Familie in Berlin an. So wie er dem König solches gemeldet hatte, wurde er nach Potsdam berufen, wo ihn der König sehr gnädig aufnahm und mehrere Tage bei sich behielt.

*) Wir haben seitdem von Ségur a. a. O. 2ter Bd. S. 337 u. f. erfahren, daß er diese Reise und die üble Laune Potemkins über den Beitritt des Königs von England als Kurfürsten von Hannover zum Fürstenbund benützte, um die folgenreichen Einleitungen zum Handelsvertrag zwischen Rußland und Frankreich zu treffen.

Für den Grafen von Görtz war die Gesandtschaft in Petersburg mit Unannehmlichkeiten aller Art verbunden gewesen. Er fühlte sich bald nach deren Uebernahme nicht an der rechten Stelle. — Denn schon am 2. November 1779 schrieb er dem Prinzen, nachherigen König von Preußen, mit welchem er in einem fortwährenden Briefwechsel stand: „Was meine Persönlichkeit anbetrifft, so schmeichle ich mir zwar, daß „ich wahrscheinlich hier an den mir anvertrauten Ge„schäften nichts verderben werde, allein ich schäme „mich nicht zu bekennen, daß für das Beste des Staats „die Wahl des Königs nicht auf mich hätte fallen „sollen. Zu der mir hier übertragenen Stelle hätte „eher ein junger Mann von Talent, aber keck, un„ternehmend und einschmeichelnd, gewählt werden sol„len, welcher unter dem Schutz seiner Jahre manch„mal einen Schritt hätte wagen können, welchen ein „Mann, der wie ich schon im Abnehmen ist und der „außer der hiesigen Gesandtschaft noch mit einer eh„renvollen Stelle im Staate bekleidet ist, aus Furcht „sich zu kompromittiren nicht unternehmen darf. An„gefeuert durch den gnädigen Beifall, den E. K. H. „der Wahl des Königs zu ertheilen geruhten, und „durch das eifrige Verlangen, dem Staate, dessen „Dienste ich mich gewidmet habe, nach dem vollen „Maaße meiner Kräfte nützlich zu seyn, werde ich „Alles aufbieten, um diesen Zweck zu erreichen; ich

wage

wage aber zu hoffen, daß Sie, gnädigster Herr! es als einen Beweis meines regen Diensteifers ansehen werden, wenn ich, in dem Fall, als sich meine Vermuthung, außer Stande zu seyn, hier nützliche Dienste zu leisten erwahren sollte, den König bitte, meine Stelle durch einen Andern, welcher mehr für solche geeignet ist, ersetzen zu lassen, und daß dann diese meine Bitte mir weder in den Gesinnungen des Königs noch E. K. H. Nachtheil bringe. Indem ich eine so wichtige Sendung antrat, nahm ich das Beste des Staats zum Zweck und die Wahrheit zur Grundlage meiner Handlungen; ich würde den erstern verfehlen und die leztere verletzen, wenn ich mich anders benehmen wollte."

Bald machte Görtz in Petersburg mehrere unangenehme Erfahrungen; er sah sich in der Erwartung getäuscht, die er nach seiner Instruktion und nach seines Königs persönlichen Versicherungen von dem Systeme des Petersburgerhofes haben durfte; gleich das erste ihm übertragene Geschäft, die Unterhandlung einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Preußen und der Pforte, bewies, wie wenig der König von den Gesinnungen und Absichten der Kaiserin unterrichtet sey, und daß selbst Panin bei diesem Anlasse nicht offen gegen ihn handelte; seine eifrigsten Bemühungen, Rußlands Bündniß mit Preußen zu erneuern und eine Allianz zwischen dem Petersburger- und Wienerhof

zu verhindern, scheiterten, und während nicht zu verkennen war, daß Kaiser Joseph den geheimen Endzweck seiner Zusammenkunft mit Katharinen erreicht hatte, mußte er sich überzeugen, daß des Prinzen von Preußen Reise nach Petersburg nicht von dem gehofften Erfolg gewesen sey. Die Sinnesänderung der Kaiserin gegen den König offenbarte sich auch in ihrem und ihrer Minister Benehmen gegen den preußischen Gesandten, und gab diesem eine gezwungene und unangenehme Stellung. Die Ausgaben in Petersburg waren sehr groß und mit des Grafen verhältnißmäßig geringen Besoldung konnte er nicht ohne große Opfer auskommen. Dadurch entgingen ihm an einem Hof, wo der größte Luxus herrschte und wo sich der Adel und die Gesandten anderer großen Höfe in dem vielfältig bis zur Verschwendung gesteigerten Aufwand überboten, mancherlei Gelegenheiten sich beliebt und geltend zu machen. Denn so sehr der Graf durch seine gründlichen Kenntnisse, durch seine Geistesbildung, durch die Richtigkeit seiner Ansichten, durch die Klugheit und Feinheit in seinem Betragen sich auszeichnete und allgemeine Achtung erwarb, so fühlte er doch, daß er ungeachtet eines, mit seinem Vermögen unverhältnißmäßigen Aufwandes gegen andere Gesandte, welche durch üppige Tafeln, glänzende Gesellschaften und Feste die Minister und Großen zu unterhalten und zu gewinnen wußten, zurückgesezt wurde. Von geheimen und

gehen, um irgend einen Endzweck zu erreichen, konnte immerhin wie eine Mehr seyn, denn selbst die außerordentlichen Aufrechnungen, wozu der Graf nach seiner Instruktion berechtiget war, unterlagen einer strengen Prüfung und durften ohne des Königs unmittelbare Genehmigung nicht bezahlt werden. Fiel dann einmal eine etwas stärker aus, als die früheren, so bedurfte es, um eine solche zu rechtfertigen, einer besondern Ausführung, und nicht ohne des Königs üble Laune zu erregen, konnte man zum Ersatz des baar ausgelegten Geldes gelangen. So schrieb Friedrich unter einen Antrag seines Kabinetsministeriums, eine solche Rechnung zu bezahlen, eigenhändig: il faut donc payer; mais nous n'avons pas d'argent.

Ungeachtet der König dem Grafen von Görz durchaus die verdiente Gerechtigkeit widerfahren ließ, so mußte dieser doch sehr oft des Königs Mißvergnügen mit dem Gang der öffentlichen Angelegenheiten empfindlich fühlen, und manche der erhaltenen Depeschen waren für den Grafen eben so kränkend, als unverdient. Denn der König ertheilte immer am Tage selbst, wo ihm die Berichte seiner Gesandten zukamen, seine Entschließung darauf, und ohne sich vorher weder mit Finkenstein noch Herzberg zu benehmen, welchen solche gewöhnlich erst nach der Expedition mitgetheilt wurden. Wenn sich auch der König manchmal mit dem einen oder dem andern über die einge-

laufenen Berichte im Gespräche unterhielt, so fragte er sie ebenso wenig um Rath als er irgend eine Vorstellung anhören wollte. So ward denn gar oft die üble Laune, die eine entweder unerwartete oder unangenehme Nachricht in dem König erregte, in seine Entschliessungen übertragen und das, was eigentlich der Sache galt, schien der Person gelten zu sollen.

Manchmal wollte der König, daß seinen Gesandten ein Geheimniß aus Vorfällen oder Angelegenheiten gemacht werde, die sie entweder wissen sollten oder deren Kenntniß sie doch von einer andern Seite her nothwendig erlangen mußten. So z. B. untersagte der König dem Grafen Nachricht zu geben, daß der französische Hof ihm seine Erklärung an den russischen wegen dessen Unternehmen gegen die Pforte, im Jahr 1783, mitgetheilt habe, was Görtz durch den Marquis von Verac ungefähr zur nämlichen Zeit erfuhr.

Mit den beiden Kabinetsministern Finkenstein und Herzberg, besonders aber mit dem letzteren, stand Görtz in sehr freundschaftlichen und vertraulichen Verhältnissen, und erhielt oft von ihnen durch Privatbriefe Aufschlüsse und Mittheilungen, welche in den amtlichen Depeschen nicht aufgenommen werden durften. So eigenwillig war Friedrich in den letzten Jahren seiner Regierung, daß sich Herzberg in einem Schreiben an Görtz (24. Januar 1784) äußert: die

Mensch dürfe ihm irgend einen Vorschlag machen, aus Besorgniß zu mißfallen und selbst die beste Absicht scheitern zu machen.

Herzberg selbst befand sich in einer unangenehmen Lage und war mit dem Benehmen und der Geschäfts-Behandlung seines Königs nicht zufrieden. — „Ich habe" — schreibt er an Görtz unterm 28. Dezember 1784 — „den lebhaftesten Antheil an der „für Sie unangenehmen Depesche vom 25. d. Mts. „genommen. Dieses widerfährt allen, die sich mit „Energie und Patriotismus aussprechen, Eigenschaf-„ten, denen unsere hiesigen Politiker die Benennung „Heftigkeit und Uebereilung beilegen. Man sollte hier „schlechterdings keine eigene Meinung mehr haben. „E. E. würden getröstet seyn, wenn Sie die Antwor-„ten lesen könnten, die ich auf Alles erhalte, was „ich in der besten Absicht vorschlage und was denn „doch öfters einige Tage später befolgt wird."

In einem, einige Wochen später (25. Jäner 1785) an den Grafen von Görtz erlassenen Schreiben beruhiget dieser denselben über die Gesinnungen des Königs, indem er ihm sagt: „Sie dürfen überzeugt seyn, „daß der König nicht im mindesten in einer ungünstigen „Stimmung gegen Sie, sondern im Gegentheil mit „Ihren Berichten sehr zufrieden ist, obschon er solches „nicht äußert, weil die Erkenntlichkeit am wenigsten „seine Tugend ist."

Zu den mancherlei Unannehmlichkeiten, welche Graf Görtz während seiner Gesandtschaft in Petersburg zu ertragen hatte, gesellte sich noch eine beträchtliche Abnahme seiner Gesundheit, besonders eine große Schwäche und immerwährende Leiden der Augen, welche befürchten ließen, ein fortgesetzter Aufenthalt in jenem rauhen Klima könnte wohl gar den Verlust des Gesichts zur Folge haben. Der Graf hatte daher sehr gegründete Ursachen, den König um die Abberufung von dem bisherigen Posten zu bitten; dieß geschah im Anfange des Jahres 1786. Ungerne und erst nach wiederholter dringender Vorstellung bewilligte der König diese Bitte.

Sogleich bei seiner Zurückkunft legte der Graf eine, von ihm verfaßte Denkschrift über Rußland dem preußischen Kabinetsministerium vor. In dem ersten Abschnitte derselben schilderte er das System und die Grundsätze des russischen Hofes, sowie die Ursachen, welche am Wesentlichsten zu deren Abänderung beigetragen haben; hierauf geht er im zweiten Abschnitte zur Darstellung desjenigen Systems über, welches in der Folge und bis zu seiner Abberufung von Petersburg dieser Hof sowohl gegen Preußen als gegen andere europäische Höfe annahm; im dritten Abschnitt entwirft er ein Gemälde aller derjenigen, welche an der Spitze der russischen Regierung stehen, oder auf solche einigen Einfluß haben; der vierte und letzte Abschnitt

endlich enthält Bemerkungen über die Art, wie sich Preußen gegen den russischen Hof zu benehmen habe und wie der künftige preußische Gesandte an demselben instruirt werden dürfte. Diese höchst interessante Denkschrift wurde mit dem größten Beifall aufgenommen und der Verfasser erhielt darüber das schmeichelhafteste Lob.

Die Muße, welche Graf Görtz nach seiner Zurückkunft in Berlin genoß, sezte ihn in Stand, die während seines sechsjährigen Aufenthalts in Petersburg gemachten Beobachtungen und Erfahrungen zu Papier zu bringen. Sie umfassen beinahe alle Zweige der Staatsverwaltung, und liefern höchst merkwürdige Beiträge zur Kenntniß derselben in jener Periode. Hier mögen einige davon Platz finden, welche die Finanzen und die Armee betreffen.

Rußlands finanzieller Zustand in jener Periode bietet kein erfreuliches Bild dar.

Die jährlichen Einkünfte des Reichs wurden auf 34 Millionen Rubel berechnet. Davon aber flossen 6 Millionen aus den Erträgnissen der Bergwerke von Koliwan, der Münze, des Salzes und aus den Abgaben der Bauern, welche Privateigenthum des Souveräns waren, in die Privatkasse der Kaiserin, welche die Summe ganz nach Gutdünken verwendete. Es blieben daher für den eigentlichen Staatshaushalt nur noch 28 Millionen übrig, und von diesen mußte man

2 wegen Rückständen, Uneinbringlichkeit mancher Einnahmen, Nachlässen u. d. g. abrechnen, so daß man die wirklich in den Staatsschatz fließenden Einkünfte nur auf 26 Millionen Rubel jährlich berechnen konnte.

Eben so hoch beliefen sich auch die gewöhnlichen Staatsausgaben, wovon die Hauptrubriken waren: 1 Million für den Unterhalt des Hofes, 12 Millionen für die Armee, 2½ Millionen für die Marine, 6 Millionen für die neu errichteten Gouvernements, 4½ Millionen für den Senat, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, verschiedene andere Dikasterien, die Geistlichkeit, Pensionen, Interessen von Passiv-Kapitalien u. s. w.

Außerordentliche Ausgaben, als: bei großen Rüstungen oder im Fall eines Kriegs, mußten daher entweder durch Anlehen im Ausland oder durch Vermehrung des Papiergeldes gedeckt werden. Die erstern hatten keinen besondern Erfolg, und die ganze Staatsschuld Rußlands im Auslande betrug etwa 10 Millionen. Daher nahm man bei Deckung außerordentlicher Ausgaben vorzüglich zur Vermehrung des Papiergeldes Zuflucht, welche dann auch von Jahr zu Jahr in der Art statt fand, daß durch solche für die Zukunft große Besorgnisse erregt wurden.

Nach einer zuverlässigen Berechnung betrug gegen Ende des Jahres 1784 alles im Umlaufe befindliche

baare Geld in Gold und Silber 31,599,180 Rubel, das Kupfergeld aber 40, und das Papiergeld 83 Millionen. Da hievon immer 20 bis 24 Millionen bei den Banken in Petersburg und Moskau hinterlegt seyn mußten, so belief sich daher zu jener Epoche alles im Umlaufe befindliche Geld, in Gold, Silber, Kupfer oder Papier, höchstens auf 145 bis 150 Millionen.

Vom Jahre 1774 an waren die Staatsausgaben dergestalt erhöhet worden, daß solche gegen Ende der Mission des Grafen von Görtz um 10,607,724 Rubel mehr betrugen als zuvor. Die Errichtung der neuen Gouvernements allein vermehrte solche um 6 Millionen; das auswärtige Ministerium kostete 300,000, die Armee 500,000 Rubel mehr, als solche im Jahr 1774 gekostet hatten.

Um diese vermehrten Ausgaben zu decken, ergriff man verschiedene neue Maaßregeln. Man führte die Kopfsteuer in der Ukräne, und in den von Schweden abgerissenen Provinzen, und in Polen das russische Abgabesystem ein; man vermehrte die Abgaben der Kronbauern um einen Rubel und wähnte nun im Ganzen die Einkünfte um 8 Millionen vermehrt zu haben, fand aber in der Folge, daß man durch diese Maaßregeln den Staatsschatz nur um 4 Millionen jährlich bereichert habe.

Von den verschiedenen Rubriken der Verwaltungs-

Ausgaben und deren Vermehrung werden hier jene des auswärtigen Ministeriums angeführt.

Im Jahr 1779 kostete dasselbe im Ganzen 532,[illegible] Rubel, nämlich: 1. Das eigentliche Ministerium oder, wie solches damals genannt wurde, das Reichskollegium der auswärtigen Geschäfte im Ganzen 84,800 Rubel. Davon bezog der Kanzler oder ohne diese Benennung der dirigirende Minister der auswärtigen Geschäfte, Präsident des Kollegiums, 7,000 Rubel Gehalt und 12,000 Rubel Tafelgelder; der Vizekanzler 6,000 Rubel Gehalt und 6,000 Rubel Tafelgelder; 13 bei dem Ministerium in der geheimen Expedition angestellte Staats-Kanzlei- und Hofräthe an Besoldungen von 3,000 bis 800 Rubeln zusammen 23,500 Rubel; 1 Obersekretär und 14 Sekretärs aus der 8ten (Majors) und 9ten Klasse mit einem Gesammtgehalt von 10,000 Rubel. Die Besoldungen der Translateurs, Aktuarien, Registratoren, Kanzellisten u. s. w. betrugen 23,000 Rubel. — Außer diesen Summen kostete noch die Expedition in publicis und das Zeremonien-Departement 18,163 Rubel. — Das Comptoir und Archiv in Moskau 8,870 Rubel; verschiedene bei dem Ministerium nöthigen Individuen (darunter 1 Oberoffizier, 8 Unteroffiziere und 50 Soldaten, 1 Staabschirurg, 1 Architekt, Kanzleidiener, dann Ruderknechte für die Schaluppen) 3,850 Rubel. Endlich wurden für Bestreitung der Kanzlei-Unkosten und für Unterhal-

tung der Gebäude 12,000 — und für Reisegelder der Kuriere und Kanzleibeamten 30,000 Rubel angesezt. Also betrug die ganze Ausgabe des eigentlichen Ministeriums 157,680 Rubel. 2. Die Gesandten, Geschäftsträger, Residenten und Konsuln im Auslande bezogen 277,983 Rubel an Gehalt; für Ergänzung des niedrigen Wechselkurses wurden für dieselben 50,000 und für die außerordentlichen Ausgaben 30,000 Rubel in Ansatz gebracht. Im Ganzen also 357,983 Rubel. — Im Jahr 1779 waren folgende russische Gesandte u. s. w. im Auslande bevollmächtigt: In Warschau ein Botschafter mit 20,000 Rubeln Gehalt und 24,000 Rubeln Tafelgeldern, und verschiedene demselben beigegebene Räthe und Angestellte, so daß sich die Ausgaben im Ganzen auf 51,500 Rubel beliefen. In Wien, Konstantinopel, Paris, Madrid, Lissabon, Neapel, Dresden, im Haag, in London, Regensburg, Berlin, Kopenhagen und Stockholm befanden sich Minister zweiten Ranges: jeder dieser Gesandtschaftsposten mit Ausnahme jenes zu Konstantinopel, wofür 37,373 Rubel bestimmt waren, kostete von 18,100 bis 10,700 Rubel jährlich. In Hamburg, Eutin, Mietau, Danzig, Venedig waren Residenten oder Geschäftsträger und jeder dieser Posten kostete von 5,400 bis 4,150 Rubel. Für Italien und für den Archipelagus bestan-

den Generalkonsuln, und in Helsenbr, Smyrna, Sinope, in den Dardanellen Konsuln; wovon jeder von 4100 bis 1200 Rubel kostete. 3. Die Privatkapellen der Gesandten im Auslande kosteten 17,300 Rubel.

Diese Ausgaben wurden beträchtlich dadurch vermehrt, daß dem zum Botschafter in Wien ernannten Fürsten Gallizin 10,000, dann dem Gesandten zu London 4000, und dem Gesandten zu Paris 2000 Rubel Zulage ertheilt wurden. Daß ein Gesandtschaftsposten in Turin, Florenz und Venedig jeder mit 10,800 R; in München und Frankfurt mit 10,700 Rubeln geschaffen und ein Geschäftsträger in Genua angestellt wurde. Am unverhältnißmäßigsten aber wurden die Konsulate, und zwar bis auf 47 vermehrt, worunter sich 17 Generalkonsulate befinden; die Ausgaben darauf wurden allein auf 100,000 Rubel angeschlagen, und so ergibt sich denn, daß der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten allein von 1779 bis 1786 um 169,800 Rubel vermehrt und im Ganzen auf 702,763 Rubel gesteigert wurde.

Der Tapferkeit und Ausdauer der russischen Armee konnte schon in jener Periode das verdiente Lob nicht versagt werden; sie hatte sich in den verschiedenen, kurz vorhergegangenen Kriegen mit Ruhm bedeckt. Aber ihre innere Organisation und Montur

stution ließ sehr viel zu wünschen und zu verbessern übrig.

Die Ergänzung der Armee fand durch Aushebung von Rekruten statt; gewöhnlich wurde von 500 Mann einer ausgehoben, in unvorhergesehenen oder dringenden Fällen aber deren mehrere; so während des im Jahr 1774 beendigten Türkenkriegs einmal von 150 Mann einer, und sogar einmal einer von 100 Mann. Die Regimenter wurden nicht aus besondern Kantonen ergänzt, jedoch in jene der Kavallerie vorzüglich die Bewohner von Klein-Rußland eingereiht; die Seesoldaten nahm man aus den am Meer oder an großen Seen und Flüssen gelegenen Gegenden.

Die größten Mißbräuche fanden bei den Rekrutirungen statt, besonders in den entfernten Provinzen des Reichs, wo die Bewohner der Habsucht untergeordneter Beamten, die, um ihren Erwerb zu sichern solchen mit ihren Vorgesezten theilten, Preis gegeben waren. Immer traf die Aushebung nur diejenigen, die nicht im Stande waren, sich loszukaufen, und auch diese mußten noch zum Gewinn jener Beamten beitragen. Denn, um an den zum Transport bestimmten Summen zum eigenen Vortheil Ersparungen zu machen, wurde an der Verpflegung und am Fuhrlohne so viel als nur immer möglich in Abzug gebracht; die Rekruten erhielten anfangs nur die Hälfte

der [illegible] Unterhalt bestimmten Lebensmittel, [illegible] dem größten Elende Preis gegeben und kamen mit Lumpen bedeckt und im bejammernswürdigsten Zustand bei den Regimentern an. Eine große Anzahl dersel-ben ging auf dem Transport zu Grunde, und jene welche Gelegenheit fanden, desertirten; man rechnete, daß aus entfernten Gegenden von 500 Rekruten kein 400 bei den Regimentern, welchen sie einverleibt wer-den sollten, ankamen.

Jeder Oberste betrachtete sein Regiment als eine [illegible], aus welcher er so viel Nutzen als nur im-mer möglich ziehen konnte. Daher war für ihn die Beförderung zum General, wo er keine solche Gele-genheit hatte, ein wahrer Nachtheil. Die Mittel, welche die Obersten anwendeten, um sich zu bereichern, waren sehr zahlreich; sie wußten aus Allem Nutzen zu ziehen, am meisten jedoch von dem inkompleten Zu-stand ihres Regiments, den sie auf alle mögliche Art zu verbergen suchten, damit die Ersparniß davon nicht dem Staate, sondern ihnen zu gut käme. Am mei-sten geschah dieses bei der Reiterei, wo der [illegible] Regiment seinem Obersten, wenn er die Sache ver-stand, [illegible] Dukaten eintragen konnte. Man hat [illegible] von einem Obersten eines Dragoner-Regiments selbst gehört, daß sein Einkommen jähr-lich [illegible] bis 1[illegible] Rubel betrage. Auch war ein [illegible] Kavallerie-Regiment, mehr an Mannschaft [illegible]

Pferden, vollständig. So wußte man, daß das in Polen liegende Karabinier-Regiment Narva nur [illegible] Pferde hatte, wovon vielleicht der vierte Theil dienstmöglich war; dafür hatte sich auch sein Proprietär ein Vermögen von 180,000 Rubel erworben.

Alle Monate schickte der Oberste eines jeden Kavallerie-Regiments dem Kriegskommissariat ein von dem Magistrat des Orts, wo er in Garnison lag, unterzeichnetes Attestat über den Preis der Fourage ein; diese Attestate wurden immer so ausgestellt, wie der Oberste es wünschte, und so kam es, daß die Regierung die Fourage gewöhnlich nach den Marktpreisen von Petersburg zahlen mußte; z. B. für das Pud Heu 14 oder 15 Kopeken, indessen solches in den Provinzen höchstens vier Kopeken kostete. Selbst die Regimenter, welche die Linie vom Dniester bis zur Wolga besezt hielten und das Heu aus den dortigen Gegenden unentgeldlich bezogen, ließen sich solches bezahlen.

Ein Infanterie-Regiment sollte an dienstthuender Mannschaft aus 1886 Mann bestehn, hatte aber meistens nur 13 — 1400. Man berechnete, daß, wenn eine russische Armee ins Feld rücken sollte, man ein Regiment nur auf 1000 Streitende zählen könne, weil von denselben zwey Kompagnien im Depot bleiben mußten.

Vor allen Waffengattungen zeichnete sich die Ar-

tillerie aus, für welche auch die Nation eine gewisse Vorliebe zeigte.

Jedes Regiment, selbst jede Kompagnie bildete eine Art von Republik, deren Anführer eine Ehre darin suchte, Neuerungen einzuführen, ohne im Stande zu seyn, über den Werth zu urtheilen; daher ein auffallender Unterschied nicht nur zwischen einem Regiment und dem andern, sondern auch unter den verschiedenen Theilen des nämlichen Korps; keine Gleichförmigkeit, keine allgemeinen Grundsätze! man verglich eine russische Armee der damaligen Zeit einer deutschen Reichsarmee. Die Kavallerie war noch in einem ungleich üblern Zustand als die Infanterie, weil die Obersten ihren Nutzen dabei fanden, die Pferde so lange als immer möglich beizubehalten, und die für die Remonte bestimmten Summen sich zuzueignen. Davon machte jedoch das Regiment Großfürst eine ehrenvolle Ausnahme, war sehr gut beritten und befand sich überhaupt im besten Zustande.

Peter der Große hatte die Verordnung erlassen, daß jene, welche sich dem Militärstande widmen wollten, in ihn als gemeine Soldaten eintreten und nach einander alle Dienstgrade durchlaufen müßten, ehe sie zu höhern Stellen gelangen konnten. Dieses Gesetz bestand auch damals noch und ein russischer Feldmarschall war Soldat, Korporal, Sergeant u. s. w. gewesen. Da aber der Dienst eines Gemeinen oder

Unter-

Unteroffiziers Leuten vom Stand beschwerlich und die Montur unter ihrer Würde schien, so wußten sie ihren zum Militär bestimmten Söhnen, wenn sie kaum die Wiege verlassen hatten, die Aufnahme in den Graden zu verschaffen, so daß man eine Menge Korporäle und Sergeanten von 7 und 8 Jahren sehen konnte, welche dann nach und nach, ohne das väterliche Haus zu verlassen oder sich die nöthigen Dienstkenntnisse zu verschaffen, zu Offiziersstellen gelangten.

Wenn man den damaligen Zustand Rußlands in Bezug auf die Finanzen und die Armee mit demjenigen vergleicht, zu welchem beide in der Folge in einem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum emporgehoben wurden, so wird man zur Bewunderung über die Weisheit und Energie der Regenten hingerissen, denen Rußland so rasche Fortschritte zu verdanken hat.

Ende des ersten Bandes.



Historische und politische
Denkwürdigkeiten
des
königlich preußischen Staatsministers
Johann Eustach Grafen von Görtz,
aus
dessen hinterlassenen Papieren
entworfen.

Zweiter Theil.

Stuttgart und Tübingen,
in der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.
1828.

Historische und politische

Denkwürdigkeiten

des königl. preuß. Staatsministers

Johann Eustach Grafen von Görtz,

aus

dessen hinterlassenen Papieren



Zweiter Theil.

Stuttgart und Tübingen.
in der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.
1828

Inhalt.

Seite

Erster Abschnitt.

Gedrängte Darstellung der Zwistigkeiten und innern Unruhen in der Republik der vereinigten Niederlande in den Jahren 1782 bis 1786. —

Bei seiner Zurückkunft von Petersburg fand der Graf von Görtz das preußische Kabinet vorzüglich mit den innern Unruhen in den vereinigten Niederlanden beschäftiget. Denn dadurch wurde nicht nur diese benachbarte Republik mit einer gänzlichen Zerrüttung sondern auch das mit dem preußischen Königshause so enge verbundene und nahe verwandte Haus Oranien mit dem Verlust der erblichen Statthalterwürde oder doch deren vorzüglichen Prärogative bedroht.

Beinahe eben so alt als die Befreiung der vereinigten Niederlande von Spaniens Oberherrschaft war der Streit zwischen dem Haus Oranien und seinen Gegnern; öfters wurde derselbe zwar unterdrückt oder beigelegt, aber er erneuerte sich bei jedem auch geringfügig scheinenden Anlasse wieder. Der Einfluß der Prinzen, die mit der Statthalterwürde bekleidet

waren, auf die Regierung und die inneren sowohl als äußeren Verhältnisse der Republik, durch die Stelle eines Generalkapitäns und Oberadmirals vergrößert und gesichert, war ein fortwährender Gegenstand des Mißvergnügens und der Eifersucht der freisinnigen Holländer. So wie daher das Haus Oranien bei günstiger Gelegenheit seine Vorrechte nicht nur geltend machte, sondern auch sie auszudehnen suchte, ebenso strebten seine Gegner, solche einzuschränken und zu schwächen.

Umstände, Glück oder Zufall waren bald den Absichten des einen, bald jenen des andern Theils förderlich. Daher sehen wir durch das ewige Edikt vom Jahr 1674 die Statthalterwürde zu Gunsten des Hauses Oranien als erblich erklärt, nachdem sie, wenige Jahre zuvor, durch ein früheres auch ewig genanntes Edikt, wenigst in einem Theil der Republik war aufgehoben worden; daher sehen wir nach Wilhelms III. kinderlosem Tode (1702) die Würde eines Statthalters abermals für ewige Zeiten abgeschafft, und solche um fünf und vierzig Jahre später dem Prinzen Wilhelm IV. von Oranien nicht nur für sich und seine männlichen Nachkommen, sondern sogar bei deren Ermangelung für seine weibliche Descendenz übertragen und versichert.

Von nun an schien diese Würde für immer das Erbtheil des Hauses Oranien zu seyn, und dieses

suchte sich in derselben durch enge Verbindungen mit den Regentenhäusern mächtiger Staaten dauerhaft zu befestigen. Wilhelm IV. war mit einer Tochter Georg II., Königs von England, und sein Sohn Wilhelm V. mit einer Prinzessin von Preußen, Nichte Friedrich des Großen und Schwester seines Thronfolgers, vermählt.

Doch eben diese Verbindungen waren es, welche die auf ihre Unabhängigkeit und republikanische Verfassung eifersüchtigen Patrioten, und darunter Männer von Gewicht und Talent, vorzüglich beunruhigten. Denn sie sahen solche als den Hauptstützpunkt des Statthalters, und als ein Mittel zu Erweiterung seiner Gerechtsame und seines Einflusses an, sie besorgten dabei noch, der Republik wahres und eigentliches Interesse dürfte in vorkommenden Fällen weniger berücksichtiget werden als das Familien-Interesse des Hauses Oranien, und ahneten selbst, es könnten wohl dessen Verbindungen zu allmähliger Begründung einer unumschränkten Gewalt führen.

Wirklich hatte sich auch die Wittwe Wilhelm IV., als Statthalterin während der Minderjährigkeit ihres Sohnes, bei mehreren Anlässen auf eine Art benommen, welche ihr die Beschuldigung zuzog, ihr Benehmen sey mehr jenes einer Prinzessin von England als einer Statthalterin von Holland. Auch erregten mancherlei willkürliche Handlungen der Prinzessin in der

innern Verwaltung der Republik und heftige Streitigkeiten mit verschiedenen Provinzen die Abneigung der nie ganz unterdrückten antioranischen Partei aufs Neue, und verschafften ihr starken Zuwachs. Viel trug auch dazu bei das Benehmen des Herzogs Ludwig von Braunschweig. Von der Prinzessin zum Generalkapitän ernannt behielt er auch nach deren Tod diese Stelle bei, und übernahm mit derselben jene eines verwaltenden Vormunds. Lauter und zum Theil ungegründeter und leidenschaftlicher Tadel wurde dem Prinzen von seinen und des Hauses Oranien zahlreichen Gegnern zu Theil, der sich in öffentlichen Schriften auf eine schonungslose Art kund gab, und endlich in eine heftige Verfolgung überging.

Gleichzeitig ungefähr mit Wilhelms V. Großjährigkeit und Uebernahme der Statthalterschaft nebst den mit derselben verbundenen Würden (1766) begannen die Streitigkeiten zwischen den englischen Kolonien in Nordamerika und dem Mutterstaate, die bald in einen drohenden Aufstand und endlich in eine allgemeine Empörung übergingen. Dieses Unternehmen, des Beispieles wegen in der Folge für Europa so verderblich, fand vorzüglich in Holland bei der dort vorherrschenden Stimmung der Gemüther Beifall und Theilnahme. Dort galt es für den erlaubten Widerstand eines hart gedrückten und mißhandelten Volkes gegen seinen tyrannischen Oberherrn, und erregte mancher-

lei Erinnerungen an den Zustand der Niederlande unter Spaniens despotischer Herrschaft und an die mit unsäglichen Opfern errungene Befreiung von derselben. Man verglich die Unionsakte der vereinigten Staaten von Nordamerika mit der Utrechter Union, und fand, daß jene mit dieser große Aehnlichkeit habe; man verglich die untergeordnete Stellung des ersten Beamten der neuen Freistaaten mit den Vorzügen, der Macht und dem überwiegenden Einfluß des Statthalters, und erachtete erstere der Freiheit des Volks und der republikanischen Verfassung ungleich angemessener als leztere; man sezte endlich die Einkünfte des Präsidenten der vereinigten Staaten jenen des Statthalters entgegen, und berechnete wie viel die Republik gewinnen würde, wenn die leztern den ersten gleichgestellt würden.

Dadurch wurde der Wunsch, die Würde eines Statthalters wo nicht ganz abzuschaffen, doch wenigst deren Attribute ungefähr auf jene eines Präsidenten der vereinigten Staaten von Nordamerika zurück zu führen, in den meisten Provinzen der Republik aufs Neue rege, und unter der Mehrzahl aller Klassen der Einwohner verbreitet. Denn das, was in öffentlichen Schriften jener Zeit, vorzüglich von französischen Autoren zum Ruhm und Lob des Unternehmens der Nordamerikaner gesagt wurde, mußte in Holland um so grössern Eindruck machen, als sich hier leichter als

in andern Staaten Vergleichungen anstellen ließen, deren Resultate, konnten sie erreicht werden, den republikanisch gesinnten oder berechnenden Holländern die Aussicht auf wünschenswerthe politische und pekuniäre Vortheile zu eröffnen schien. Dazu kam noch, daß in jener Zeit die Grundsätze von Volkssouverainetät, von Freiheit und Gleichheit, von Unverjährbarkeit der Menschenrechte und andere derlei neue Theorien in Umlauf gebracht wurden, und in allen denjenigen, welche mit den bestehenden Verfassungen und Regierungen unzufrieden waren, große Hoffnungen erregten, und ihren Muth und das Streben, die neuen Institutionen von Nordamerika nach Europa zu verpflanzen, belebten.

Von nun an sprachen sich die zwei Parteien, in welche Holland von jeher getheilt war, offener und kühner als früher aus.

Die Gegner des Hauses Oranien — auch die aristokratisch-republikanisch oder anti-anglikanische Partei oder Patrioten genannt — waren den Anhängern dieses Hauses an der Zahl, so wie an Energie und moralischen sowohl als andern Hülfsmitteln weit überlegen, und in der ganzen Republik verbreitet, am zahlreichsten und mächtigsten aber in den Provinzen Holland, Gröningen und Ober-Yssel; dort hatten sie entschieden die Oberhand und den größten Einfluß auf alle Regierungs- und Verwaltungs-Beschlüsse

und Maaßregeln. Das System dieser Partei war: die Befreiung von Nordamerika auf alle mögliche Art zu befördern, die Verbindung mit England aufzugeben, statt derselben ein enges Bündniß mit Frankreich zu schließen, und die Macht des Statthalters zu brechen.

Die Anhänger des Hauses Oranien und die Freunde der bisherigen Verfassung der Republik, am zahlreichsten in der Provinz Geldern, die von dem Statthalter angestellten obrigkeitlichen Personen, der Adel, so wie der größte Theil der Land- und Seemacht, die Mehrheit der Mitglieder der Generalstaaten, und der ganze Staatsrath konnten dem Interesse der Republik nicht für angemessen erachten, daß England, deren alter und getreuer Verbündeter, durch den Verlust seiner reichen Kolonien in Nordamerika geschwächt und durch einen langwierigen und schweren Krieg erschöpft und beinahe zu Grunde gerichtet werde, dagegen aber das benachbarte, für Holland stets gefährliche Frankreich an Macht und Einfluß auf andere Staaten noch mehr gewinne; eben so wenig wollten sie zugeben, daß die verfassungsmäßigen oder hergebrachten Vorrechte des Erbstatthalters eine ungesetzliche Beschränkung erleiden.

Ganz diesen entgegengesezten Systemen angemessen, folglich eben so entgegengesezt, war das Beneh-

men und Streben beider Parteien, was sich aber eigentlich erst nach dem Ausbruch des Kriegs mit England (1781) und dessen für die Republik so unglücklichen Folgen in seiner ganzen Ausdehnung, und zwar von Seite der Antioranier, mit einer unerhörten Heftigkeit offenbarte.

Um ihr System zu behaupten und ihre Absichten auszuführen, eröffneten die holländischen Patrioten bedeutende Geldanleihen für die insurgirten Kolonien, unterhielten mit denselben ein ununterbrochenes freundschaftliches und vertrauliches Benehmen, und brachten sogar den Entwurf eines eventuellen Vertrags zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Republik zu Stande; die Verbindung mit England war schon in den vor dem Ausbruche des Krieges erschienenen Flugschriften als für Holland nachtheilig geschildert worden, und nun nach Ausbruch desselben wurde schonungslos alles Gehässige gegen jenen alten Verbündeten Hollands hervorgesucht und verbreitet, und die Wiederanknüpfung der vorherigen Verhältnisse als der Würde der Republik entgegenlaufend dargestellt. Nur ein enges Bündniß mit Frankreich, wurde behauptet, sey für Holland vortheilhaft, und vermöge den Fortbestand der Republik zu sichern; da überdieß zwischen den Bourbonen und dem Haus Oranien eine Familienverbindung nicht bestehe, auch bei der Verschiedenheit der Religion wohl nie zu Stande

kommen dürfte, so werde das leztere an den erstern keine Unterstützung in versuchter Ausdehnung seiner Vorrechte wie bei England finden.

Mehrere Provinzen, namentlich Seeland, Holland und Friesland, trugen bei den Generalstaaten förmlich darauf an, mit Frankreich ein enges Bündniß zu schließen.

Nicht nur bei den höhern, sondern auch bei den niedrigen Klassen sollte in allen Provinzen der Haß gegen England und zugleich Mißtrauen und Abneigung gegen das Haus Oranien verbreitet werden. Zu Erreichung dieses Endzweckes wurde mit eben so großer Unverschämtheit als gewünschtem Erfolg die Preßfreiheit benüzt. Eine Legion von Schriftstellern und Pamphletarien überschwemmten die Provinzen mit Flugschriften, verfaßt im System der Partei, der sie angehörten, und angefüllt mit Beschuldigungen und Verläumdungen des Statthalters, seines Hauses und seiner Anhänger *). Ungescheut wurde das Volk auf alle Art gegen den Prinzen aufgereizt, und ermuntert einen eben so gefährlichen als kostspieligen Staatsbeamten entweder ganz zu entfernen, oder doch unschädlich zu machen.

*) Siehe: Jakobi, vollständige Geschichte der siebenjährigen Verwirrung und darauf erfolgten Revolution in den Niederlanden 1r Thl. S. 263., wo einige dieser Schriften angeführt und analysirt werden.

Aber nicht mit der Feder allein sollte das entworfene System vertheidiget, sondern auch, bedürfenden Falls, mit den Waffen durchgesezt werden können. Daher wurden in allen Theilen der Republik patriotische Vereine gebildet, Bürgermilizen aus der Partei ganz ergebenen Individuen errichtet, bewaffnet, in den Waffen geübt und in schlagfertigen Stand gesezt. Bald warfen sich diese bewaffneten Corps zu Stimmführern für ihre Mitbürger und zu Verfechtern ihrer Freiheit auf, und übergaben in deren Namen Vorstellungen und Wünsche. Denselben zum Theil entsprechend, zum Theil aus eigenem Antrieb begannen nun einzelne Provinzen und Städte dem Statthalter verschiedene bisher genossene Rechte und Prärogative zu entziehen, um dadurch dessen Ansehen und Macht zu vermindern, die eigene aber zu vermehren.

Der Prinz hatte keineswegs hinlängliche Gewalt und Befugniß, um die drohenden Schritte seiner Gegner wirksam hemmen zu können, denn er durfte weder die Preßfreiheit unterdrücken, noch die Errichtung der Bürgermilizen und deren Waffenübungen untersagen. Unter seiner Würde achtend, den leidenschaftlichen und ungesitteten Ton der Schmähschriften seiner Gegner nachzuahmen, vertheidigte er seine freilich nicht durchaus gleich gegründeten Gerechtsame in öffentlichen Schriften mit Mäßigung und Anstand; allein dieses vermochte auf die aufgereizte und leidenschaftliche

Menge den Eindruck nicht hervorzubringen, den die Gegenpartei durch ihre schamlose Schreibart zu bewirken wußte. England als seine und seines Hauses vorzügliche Stütze ansehend, dem Könige persönlich ergeben und mit demselben durch die engsten Bande der Blutsverwandtschaft verbunden, suchte der Prinz Englands Interesse soviel als möglich zu schonen, und glaubte Alles zu thun, was Hollands Wohl fordere, wenn er unerachtet des zwischen beiden Staaten bestehenden Bündnisses England keine thätige Hülfe leiste, sondern eine strenge Neutralität beobachte. Mehr von den innern stets drohender werdenden Gegnern und von Frankreich als von England besorgend, drang er vorzüglich darauf, die Landmacht zu verstärken und die Festungen in Vertheidigungsstand zu setzen. Darauf gründeten in der Folge seine Feinde die Beschuldigung, er habe die Marine vernachlässiget und dadurch den Handel und das Seewesen der Republik den Engländern preisgegeben, eine Beschuldigung, die unverdient und grundlos ist; denn die den Generalstaaten von 1766 an übergebenen jährlichen Petitionen *) beweisen, daß, wenn auch der Prinz vorzüglich die Landmacht zu vermehren trachtete, er doch zugleich die Erhaltung und Vermehrung der Marine stets zu ei-

*) Sie finden sich in Jakobi a. a. O. im 1sten Theil unter den Beilagen.

nem Gegenstand seiner Aufmerksamkeit machte, daß er aber auch hierin nicht in allen Provinzen gleiche Bereitwilligkeit und Unterstützung fand.

Es war im Jahr 1782, daß die innern Zwistigkeiten und der Kampf der Parteien auf eine eben so ärgerliche als beunruhigende Art zunahmen, und sich in allen Theilen der Republik, vorzüglich aber in der Provinz Holland, offenbarten. In dem Sendschreiben an das niederländische Volk (An het Volk van Nederland), einer der heftigsten Schriften gegen den Prinzen und sein Haus, wurde mit einer auffallenden Frechheit der von den Pensionärs einiger Städte jener Provinz entworfene Plan einer neuen Verfassung der Republik bekannt gemacht, und, um demselben unter allen Ständen Anhänger und Theilnehmer zu verschaffen, in vielen tausend Exemplaren unentgeldlich unter dem Volk verbreitet.

Diesem Plan zufolge sollte zwar die bisherige Form der Regierung durch Staaten und einen Statthalter beibehalten, aber verbessert werden. Dieses hätte dadurch zu geschehen, daß der Einfluß des Statthalters möglichst beschränkt, und daher ihm eigentlich nur die Vollziehung der von den Staaten ausgehenden Befehle und Anordnungen belassen würde; demselben sollte ferner die Vergebung von Aemtern und Stellen entzogen, ihm der Sitz in der Versammlung

der Staaten und in anderen Kollegien verwehrt, und dessen bisher als Generalkapitän und Oberadmiral genossene Rechte und Befugnisse den Weisungen und der Kontrolle der Repräsentanten der Staaten bei der Armee und auf der Flotte untergeordnet werden; so lange der Statthalter den Befehlen der Staaten Folge leisten würde, möge ihm und seinem Hause die Würde eines Statthalters belassen, außerdem aber zur Wahl eines andern geschritten werden.

Zugleich mit diesem Plan wurden auch die Mittel denselben auszuführen bekannt gemacht, wovon einige bereits theilweise angewendet waren. Diese Mittel bestanden im Wesentlichen darin: in allen Städten Freicorps zu errichten und in solche nur Gegner des Hauses Oranien und der bisherigen statthalterischen Verfassung aufzunehmen; so wie sich diese Corps in einem Zustande befinden, daß man sich von denselben hinlängliche Unterstützung versprechen könne, die Kaufleute und Bürger zu bewegen, daß sie die Entfernung jener Regenten, welche Freunde des Statthalters sind, und die Befugniß statt deren andere zu wählen, verlangen und behaupten.

Noch verdient bemerkt zu werden, daß in diesem Plan festgesezt wurde, sich in keine mit demselben nicht übereinstimmende Ausgleichung oder Uebereinkunft mit

dem Statthalter einzulassen, noch irgend einer Vermittelung Gehör zu geben.

Bei der überwiegenden Anzahl der Gegner des Hauses Oranien, bei der Neuerungssucht und dem gereizten Zustand der Gemüther, mußte dieser Plan in allen Provinzen der Republik Beifall und Theilnahme finden.

Sehr bald äußerten sich diese durch Vermehrung bereits bestehender und durch Errichtung neuer bürgerlicher Freicorps, durch deren Bewaffnung und Waffenübungen, welche in den ansehnlichsten und bevölkertsten Städten mit Eifer betrieben, grossen Fortgang hatten, besonders in Amsterdam, Leyden, Utrecht, Dortrecht u. a. m. — In Seeland und in der Provinz Holland wurden sogar die Bauern, in lezterer nicht ohne Widersetzlichkeit, bewaffnet; in Friesland verlangten die Bürger mehrerer Städte Waffen, und erboten sich alle Militärdienste selbst zu verrichten. Bald fanden sich Redner und Schriftsteller, welche behaupteten, diese neuen Corps reichen allein zur Vertheidigung und zum Schutz der Republik hin, und es bedürfe deßhalb für die Zukunft keiner Vermehrung der regulären Truppen. Dichter besangen im Voraus das goldene Zeitalter, wo durch die allgemeine Bewaffnung des Volks jeder Bürger in Stand gesezt werde, sein Vermögen und seine Freiheit gegen alle Arten von Feinden zu vertheidigen, und kein Tyrann sich dem freien Vaterlande

zu nähern wagen dürfe. In Dortrecht legte sich die Bürgerkompagnie den Namen Freiheit bei.

Kaiser Josephs Foderungen und Rüstungen vergrößerten den Eifer in Vermehrung, Ausrüstung und Waffenübungen der Bürger und des Volks, und gaben einem Unternehmen, welches seinem Ursprung nach den Umsturz der bisherigen Verfassung bezweckte, den Anschein eines patriotischen Aufschwungs zu Rettung des Vaterlandes. Durch die Errichtung einer Nationalmiliz, wurde in öffentlichen Schriften behauptet, lasse sich eine Armee von 150,000 Landesvertheidigern zusammen bringen, die einem jeden Feind einen um so hartnäckigeren Widerstand zu leisten im Stande sey, als dieselbe aus Männern bestehen werde, welche, des Landes kundig, dessen Beschaffenheit zu benützen geschickt seyen, und bei der Vertheidigung desselben durch die mächtigsten Motive geleitet würden.

Durch solche Angaben getäuscht, zeigten sich die Geistlichen und Landprediger besonders eifrig in Beförderung einer allgemeinen Bewaffnung; manche gestatteten die Waffenübungen an Gott geweihten Orten, und man sahe einige derselben die Kanzel verlassen, um an den Waffenübungen persönlich Theil zu nehmen. So war der Prediger Grönemann zu Drogeham in Friesland der Exerziermeister seiner ganzen Gemeinde, und

mehr denn fünfzig friesische Dorfprediger traten unter die Waffen, ungeachtet sie ihr Stand davon eximirte. *)

Als sich die antioranisch gesinnten Städte und Stände durch die Fortschritte der Errichtung und Ausrüstung der freiwilligen Bürgercorps im Stande zu seyn erachteten, dem bisherigen Ansehen des Statthalters Trotz zu bieten, fingen mehrere derselben, darunter Dortrecht und Alkmaar zuerst an, die früher von dem Satthalter ernannten oder empfohlenen Magistratspersonen ihrer Stellen zu entsetzen, und diese an andere ihren

*) Der Prinz von Oranien war so wenig ein Feind der Volksbewaffnung, daß er selbst einen Aufruf an die Landesbewohner erließ, um sie aufzufodern die Waffen zu ergreifen, um das mit einem feindlichen Einfall bedrohte Vaterland zu vertheidigen. Als sich an einigen Orten die Renittenten mit der Farbe von Oranien zierten, und orangefarbene Fahnen auf den Kirchthürmen aufsteckten, so erklärte der Prinz er könne jene nicht als seine Freunde betrachten, welche sich der Farbe seines Hauses als eines Zeichens von Empörung und Ungehorsam bedienen; er warne und bitte daher sämmtliche Angehörige der Republik sich aller aufrührischen Reden und Schriften zu enthalten, und sich als ruhige und gehorsame Bürger gegen ihre Obern zu betragen. — Sollte man glauben, daß die Staaten von Holland diesen Aufruf, wovon ihnen der Prinz eine Abschrift zuschickte, nicht nur ausdrücklich mißbilligten, sondern solchen sogar zur Untersuchung an eine Kommission verwiesen? Und dieß geschahe!

ihren Absichten und Wünschen geneigte Personen zu übertragen.

Von nun an erschienen eine Menge Denk= und Beschwerdeschriften von Städten und Ständen, angefüllt mit Klagen und Beschuldigungen gegen den Statthalter. Die Verzögerung der Bresterexpedition und die Unthätigkeit der Marine im Krieg gegen England waren die Hauptgegenstände derselben, und es wurde deßhalb strenge Untersuchung verlangt. Die Denkschrift der Stadt Leyden zeichnete sich besonders durch Heftigkeit aus, und fand bei den Staaten von Holland, Seeland und Friesland großen Beifall; diese leztere Provinz verlangte auch die Vorlage des Bestands und der Verwendung des öffentlichen Schatzes, und drohte bei der Verweigerung keine fernern Beiträge zu leisten. Der schlechte Vertheidigungsstand der Gränzfestungen, welcher bei Kaiser Joseph's Anfoderungen an Holland und der Besorgniß eines nahen Krieges bekannt wurde, veranlaßte bittere Beschwerden gegen den Statthalter und den Staatsrath, und die Beschuldigung, daß die zu Unterhaltung jener Festungen bewilligten großen Summen nicht ihrem Zweck gemäß verwendet worden seyen. Ein neuer, den Gegnern des Prinzen willkommener Anlaß, um gegen denselben und die bisherige Verwaltung Mißtrauen zu erregen und zu bestärken! Herzog Ludwig von Braunschweig war fortwährend der Gegenstand des Hasses der antioranischen Partei, und

dieser erreichte den höchsten Grad, als die Konsulentschafts-Akte vom 3. Mai 1766 bekannt wurde. Die Deputationen mehrerer Provinzen verlangten die Entfernung des Herzogs, und dieser der Kränkungen und Verfolgungen überdrüssig legte seine Stelle nieder, und verließ den Staat, dem er durch eine lange Reihe von Jahren seine Dienste gewidmet hatte.

Der Adel und die Ritterschaft, in einigen Provinzen dem Statthalter und seinem Hause im Allgemeinen mehr ergeben als der Bürger- und Handelsstand, waren überall, wo dieser die Oberhand hatte, der Verfolgung und der Schmälerung ihrer Rechte ausgesezt. So wurden in der Provinz Oberyssel durch die Mehrheit der Städtestimmen die Drost- oder Frohndienste abgeschafft, ohne auf die Rechte der Ritterschaft oder deren Entschädigung Bedacht zu nehmen; auch die Jagd war ein Gegenstand der Irrungen zwischen Ritterschaft und Städten. In Deventer, Campen und Zwoll fügte die Bürgerschaft dem Adel und der Ritterschaft solche Kränkungen zu, daß diese die Staaten von Holland um Vermittelung ansuchten, sie aber nicht erhielten. Die Deputirten der Stadt Dortrecht äußerten sich in der Versammlung der Staaten von Holland, daß sie gar nichts mehr mit der Ritterschaft zu thun haben mögen, weil es eben so viel wäre, als wenn man einen Mohren weiß waschen wollte; eine Aeußerung die auf die Anhänglichkeit der Ritterschaft an die bis-

herige Verfassung und an die darauf gegründeten Vorrechte des Hauses Oranien hindeutet, in welcher allein der Grund der in einigen Provinzen der Ritterschaft zugefügten Kränkungen zu suchen ist.

Es war nicht genug, daß dem Prinzen die bisher ausgeübten Rechte in Besetzung von Civildiensten entzogen wurden, auch die Ernennung zu Militärstellen und überhaupt der Einfluß auf die Land- und Seemacht der Republik sollte ihm genommen werden. Man fing damit an, ihm das Recht der Ernennung von Flaggenoffiziers streitig zu machen; Ausländer sollten in den Truppen nicht bis zum Oberoffizier avanciren können; der große Kriegsrath wurde aufgehoben, der Eid der Truppen in einigen Provinzen abgeändert, in andern die Verfügung darüber von den Gewalthabern usurpirt, die Aufnahme von Garnisonen verweigert, das Recht des Generalkapitäns, durch Patente Truppen in Städte zu verlegen und die Garnison eines Platzes zu vermehren oder zu vermindern, widersprochen, und überhaupt Alles gethan, um das gesetzliche Ansehen des Statthalters als Generalkapitän und Oberadmiral bei den ihm untergegebenen Land- und Seetruppen zu schwächen. Endlich erfolgte (1785 8. September) der entscheidendste Schritt gegen den Statthalter, indem ihm der Oberbefehl über die Garnison im Haag, seiner gewöhnlichen Residenz, von den Staaten von Holland wegen eines höchst unbedeutenden Vorgangs

faktisch entzogen und dem General Sandoz übertragen wurde. Vergeblich protestirte die Ritterschaft von Holland gegen diese Verfügung, vergeblich führte der Statthalter selbst gerechte Beschwerde dagegen; es blieb ohne Erfolg. Der Prinz verließ hierauf den Haag, um sich nach Breda zu begeben, und mußte noch die Kränkung erfahren, daß seine Leibwache, welche ihn dahin begleiten sollte, ihm nicht folgen durfte, weil die Staaten ihren Abmarsch nicht zugeben wollten.

Neben diesen wichtigen und folgereichen Eingriffen in die Gerechtsame des Statthalters und die dadurch immer mehr und mehr sich offenbarende Absicht ihm dieselben ganz zu entziehen, äußerte sich der Haß und die Erbitterung seiner Gegner manchmal auf eine zwar leidenschaftliche, aber kleinliche und lächerliche Art. Dahin gehört, daß die Staaten von Holland und Westfriesland durch ein öffentliches Plakat jede bisher üblich gewesene öffentliche Freudensbezeugung an dem Geburtstag des Prinzen untersagen und für ein Verbrechen erklären ließen, das Verbot die Orangefarbe zu tragen, und die Erklärung derselben für ein Aufruhrzeichen. Dieses Verbot wurde so streng gehandhabt, daß selbst die aus Paris erhaltenen Modebänder, à la revolte genannt, nicht getragen werden durften, weil sich orangefarbene Streifen auf solchen befanden, und daß ein Kaufmann, welcher seine Waaren in orangefarbenes Papier gewickelt verkaufte, auf ein Jahr zum Gefäng-

niß verurtheilt wurde. Härter, nämlich mit Auspeitschen, Landesverweisung oder Zuchthaus wurden Bauern bestraft, welche eine Orangeflagge auf dem Thurm ihres Dorfes aufgepflanzt und Oranie boven de Staaten onder gerufen hatten. Die holländische Fußgarde, die am Geburtstag des jüngsten Prinzen von Oranien (15ten Febr.) gewöhnlich mit weißen Kamaschen auf die Wache zog, mußte mit schwarzen aufziehen u. d. g.

Es war sehr natürlich, daß bei dieser aufgereizten Stimmung der Parteien die Zügellosigkeit der Presse nach und nach den höchsten Grad erreichte. Oeffentliche, in allen holländischen Schenken und unter dem gemeinen Volk verbreitete Flugschriften enthielten die Auffoderung, dem Statthalter die Ernennung zu allen und jeden Aemtern zu nehmen, um ihm dadurch die Mittel zu entziehen, sich Freunde und Anhänger zu machen; die Statthalterwürde stellten derlei Schriften als der Natur einer freien Staatsverfassung zuwiderlaufend dar, und behaupteten, ein freies Volk habe das Recht, die sich gegebene Institution wieder aufzuheben, und es könne folglich auch die Würde eines Statthalters abschaffen. In einigen Schriften wurde der Statthalter nur een nederlandsch Edelmann genannt; in einigen andern wurden die großen Kosten berechnet, welche der Prinz der mit Schulden überhäuften Republik verursache; in mehreren endlich wurde selbst die Per-

sönlichkeit des Statthalters und seiner Gemahlin angegriffen, und diese beiden erlauchten Personen zur Zielschribe beißenden Spottes und der frevelhaftesten Verläumdung gemacht.

Aus dem Kampf der zwei Parteien, in die Holland getheilt war, nämlich der patriotischen und der oranischen, erhob sich eine dritte, die sich bald so vermehrte, daß sie beiden ältern gefährlich wurde. Es war dieses die demokratische Partei, die Frucht der zuerst durch die patriotische in Umlauf gebrachten Grundsätze, des öffentlichen Tadels, der Entwürdigung desjenigen, was früher bestand, des widerrechtlichen Umsturzes der ererbten Verfassung. Das Volk und die gemeinen Bürger durch die in zahlloser Menge verbreiteten aufwieglerischen Schriften von den neuen Freiheitslehren und dem Grundsatze der Unverjährbarkeit seiner Rechte unterrichtet, waren es nicht mehr zufrieden, daß ihnen die Aussicht eröffnet wurde von dem Einfluß des Statthalters befreit zu seyn, sondern sie behaupteten, auch die Staaten und die Magistrate dürfen die ihnen zustehenden oder von ihnen angemaaßten Rechte nicht dazu benützen, um die bürgerliche Freiheit zu unterdrücken, und dem Volke noch schwerere Bande anzulegen als jene, deren es sich zu entledigen strebe. Die Bürgerschaften, Schützengesellschaften und Freicorps, besonders jene der kleinern Städte, traten sehr zahlreich zu dieser neuen Partei

über, und erregten gegründete Besorgnisse bei der Partei, der sie früher angehört hatten. Es zeigte sich bald, daß diese Besorgnisse nicht ungegründet waren. In Utrecht veranlaßte die von dem Magistrat vorgenommene, der Bürgerschaft oder vielmehr dem Freicorps mißfällige Wahl eines neuen Rathsherrn tumultuarische Auftritte, und der Magistrat wurde nicht nur gezwungen seine Wahl selbst wieder aufzuheben, sondern auch der Bürgerschaft in der Folge andere Rechte einzuräumen. In Amersfort zwang die Bürgerschaft den Magistrat eine Kommission niederzusetzen, um mit den von ihr ernannten Bevollmächtigten über ihre Beschwerden und Wünsche in Unterhandlung zu treten. Die Stadt Haarlem stellte in der Staaten-Versammlung selbst den Grundsatz auf, daß die Bürgerschaft in den Städten einen schicklichen und billigen Einfluß auf die Regierung, die eigentlich nur ihr Stellvertreter sey, haben solle.

Bei dieser innern Zerrüttung, bei den von Außen drohenden Gefahren, bei den leidenschaftlichen Angriffen, denen sich der Statthalter und sein Haus ausgesezt sahe, bei den täglich zunehmenden Unannehmlichkeiten und der Schwierigkeit seiner Lage, war des Prinzen Haltung ruhig, klug und gemäßigt. Da, wo er es mit seiner Würde verträglich fand, vertheidigte er sich gegen grundlose und ungerechte Beschuldigungen, und rechtfertigte seine Handlungen; persönlichen

Angriffen und Verläumdungen sezte er ein verachtendes Stillschweigen entgegen; die Beeinträchtigung seiner Gerechtsame suchte er durch gründliche Ausführung derselben zu verhindern, und wo es nicht gelang, solche für die Zukunft durch Verwahrungen zu sichern; da wo es mit seiner Ueberzeugung übereinstimmte, vereinigte er sich gerne mit den ihm bekannt gewordenen Ansichten Anderer, im entgegengesezten Fall bekämpfte er sie offen; er suchte den Eifer seiner Anhänger zu mäßigen und den Haß seiner Gegner zu entwaffnen; um sich von der Stimmung des Volks in den Provinzen zu überzeugen und seine Wünsche und Bedürfnisse kennen zu lernen, wohl auch in der Absicht sich Anhänger zu verschaffen, unternahm er (1785) mit seiner Gemahlin eine Reise durch einen Theil der Republik, auf der er an den meisten Orten, wo die wahren Gesinnungen der Einwohner sich äußern durften, Beweise von Ergebenheit und Anhänglichkeit empfing. Dieses bestärkte dann den Prinzen in der Hoffnung, daß die erregten Unruhen und Zwistigkeiten noch auf eine für alle Theile billige Art friedlich beigelegt werden könnten, und flößte ihm für die Zukunft Beruhigung ein.

Vermählt mit einer Nichte des großen Friedrichs und Gränznachbar seiner Staaten erwartete der Prinz im äußersten Fall Vertretung und Hülfe von Preußen; denn dessen Regenten durfte es nicht gleichgül-

tig seyn, welche Grundsätze im Nachbarstaate aufgestellt und durchgeführt würden, und dem Oheim mußte das Schicksal seiner Nichte, ihrer Familie und eines mit ihm enge verbundenen Hauses Theilnahme einflößen.

Aber Preußen war auch der einzige Staat, von dem der Statthalter aus den angeführten zwei Gründen Hülfe und Unterstützung erwarten konnte. Denn auf den Beistand Englands, seines Hauses und der Republik alten Verbündeten, konnte er nicht rechnen; der Krieg hatte die Verbindung beider Staaten zerrissen und ihrer Politik eine entgegengesezte Richtung gegeben. So sehr war dadurch die schon früher geringe Anzahl der Anhänger und Freunde Englands vermindert worden, daß, welches auch die persönlichen Gesinnungen und das persönliche Interesse des Prinzen seyn mochten, er es doch nicht wagen durfte auf seine frühern Verhältnisse mit England einige Hoffnung zu bauen. Von Oesterreich als einem feindlich gegen Holland gesinnten Gränznachbar konnte der Statthalter weder für sich noch für die Republik etwas Gutes erwarten, und Frankreichs Absicht, sich durch Begünstigung der in der Republik vorherrschenden Partei und folglich durch Aufopferung der Rechte und Ansprüche des Statthalters einen überwiegenden Einfluß zu verschaffen, lag zu offenbar am

Tage, als daß der Prinz nicht von dieser Macht mehr Uebel als Gutes erwarten mußte *).

Gar bald erwahrte sich dieses. — Sehr geschickt und mit gewünschtem Erfolg wußte Frankreich die Unzufriedenheit in der Republik mit Englands Benehmen und das allgemeine Mißvergnügen über die für sie so unglücklichen Ereignisse des Krieges zu benützen. Der französische Gesandte, Herzog von Vauguyon, im Haag fand es dem Interesse und den Absichten seines Hofs angemessen, dieses Mißvergnügen, diese Mißstimmung gegen England nicht nur zu unterhalten, sondern auch zu steigern. Denn davon durfte er als Resultat erwarten, daß die früher bestandene Verbindung zwischen England und Holland nicht etwa nur vorübergehend, sondern auf lange Zeit hinaus vernichtet, und Frankreich nebst dem mit ihm verbündeten Spanien durch Hollands Beitritt eine Macht zur See gewinnen würde, welcher England die Spitze zu bieten außer Stand wäre. Das Uebergewicht der antioranischen Partei über jene des England ergebenen Prinzen und seine Anhänger kennend, schloß sich der Gesandte der erstern an, weil er nur dadurch die Absicht seines Hofs

*) In der Biographie universelle T. XXVI.. p. 241. wird mit trockenen Worten gesagt, der Graf Maillebois sey 1784 nach Holland geschickt worden, um die demokratische Partei gegen Preußen zu unterstützen.

zu erreichen im Stande war. Daher versäumte er nichts, was ihn zum Ziel führen konnte, und indem er dem Statthalter kaum die gewöhnliche und schuldige Höflichkeit und Aufmerksamkeit bezeigte, erschöpfte er sich in Beweisen von Gefälligkeit und Aufmerksamkeit gegen dessen und seines Hauses Gegner, billigte deren Plane, bestärkte sie in der Vorliebe für die mit Frankreich verbündeten Freistaaten von Nordamerika, so wie in ihrer Abneigung gegen England, und eröffnete ihnen die Aussicht auf große, für die Republik aus einer engen Allianz mit Frankreich entspringende Vortheile.

Die Häupter der antioranischen Partei fanden sich durch das vertrauliche mit ihren Planen übereinstimmende Benehmen des französischen Gesandten sehr geschmeichelt, und maßen das, was er zu Erreichung der Absichten seines Hofes that, dessen Billigung ihrer Grundsätze und ihrer Absichten bei.

So kam denn der Traktat zwischen Frankreich und Holland *) vom 10ten November 1785, gerade zwei Tage nach jenem zwischen dem Kaiser und Holland, zu Stande.

Durch diesen Vertrag versprachen sich Frankreich und die Republik immerwährende aufrichtige Freundschaft und gutes Einverständniß, gegenseitige Garantie

---

*) Martens recueil T. V. p. 615.

ihrer dermaligen Besitzungen, Befreiungen
Freiheiten, (franchises et libertés), und Sch
gegen alle feindlichen Angriffe; ausdrück
und namentlich werden die Traktate von Münster
1648 und von Aachen von 1748 bestätiget; jed
unbeschadet der inzwischen in beiden Traktaten statt
fundenen oder künftig noch stattfindenden Veränder
gen. Im Fall eines Angriffes werden sich beide Sta
ten sowohl zu Land als zu Wasser gegenseitig beisteh
Frankreich der Republik mit 10,000 Mann Infanter
2000 Mann Kavallerie, zwölf Linienschiffen und se
Fregatten; die Republik aber Frankreich zur See m
sechs Linienschiffen und zwei Fregatten, zu Lande m
5000 Mann Infanterie und 1000 Mann Kavalleri
es soll jedoch dieses Kontingent an Landtruppen na
einem bestimmten Maaßstabe in Geld reluirt werde
können. Sollte diese Hülfe nicht hinreichend seyn,
wird der requirirte Theil dieselbe nach und nach de
Bedürfnisse des requirirenden gemäß vermehren, un
diesem, wenn es die Umstände erheischen, endlich mi
seiner ganzen Macht beistehen, doch soll sich in keine
Fall das Kontingent der General-Staaten an Land
truppen über 20,000 Mann zu Fuß und 4000 Man
zu Pferd belaufen.

Dieser Traktat, ein Meisterstück der französische
Politik, entriß einerseits England einen Alliirten, au
den es seit mehr denn einem Jahrhunderte rechne

nte, und benahm andererseits dem Statthalter die
herige Stütze seines Ansehens und seiner Vorzüge,
n denen er öfters zum Vortheil des Londnerhofs Ge=
uch gemacht hatte. *)

Jubel erregte daher der Abschluß des neuen Bünd=
ses bei der in allen Theilen der Republik überwiegen=
n Mehrzahl der antioranischen Partei. Denn nun
lt sie sich von Frankreichs Billigung der beabsich=
en Veränderung in der Verfassung und selbst von
sen traktatmäßiger Hülfe im Fall eines Angriffes
n Außen versichert. Noch kühner als bisher wurde
her der gegen den Statthalter entworfene Plan ver=
gt.

---

*) Flassan histoire de la diplomatie française. Seconde édition T. VII. p. 409 nennt diesen Traktat selbst: un coup de force politique.

Zweiter Abschnitt.

Preußens System und Benehmen. — Ernennung des Grafen von Görtz zum außerordentlichen Gesandten im Haag. — Instruktion. — Allgemeine Bemerkungen.

Geraume Zeit hindurch blieb Friedrich der Große ein stiller Beobachter der Vorgänge in der Republik. Denn so sehr auch dieselben seine Theilnahme erregten, so hielt ihn doch einerseits die Besorgniß, seine Intervention könnte die erhizten Gemüther zu noch heftigern Maaßregeln gegen den Statthalter veranlassen, andrerseits seine Stellung zu Frankreich, dessen Grundsätze und Absichten er kannte, zurück, seine Verwendung eintreten zu lassen. Er beschränkte sich also vorerst darauf, seinen Gesandten im Haag, Herrn von Thulemeier, anzuweisen, sich vertraulich mit den einflußreichen Mitgliedern der Generalstaaten zu benehmen, denselben den Wunsch des Königs zu erkennen zu geben, die Ruhe in der Republik wieder hergestellt, und

die konstitutionellen Rechte des Statthalters geachtet zu sehen, und zu trachten, sie zu gemäßigten Gesinnungen zurückzuführen.

Als aber dieses keinen Erfolg hatte, als die Unruhen und innern Spaltungen von Tag zu Tag zunahmen, und die sich immer mehr entwickelnden Plane der Gegner des Statthalters und ihre wachsende Erbitterung für denselben und sein Haus das Schlimmste besorgen ließen, da fand sich der König bewogen, sich theils mit eigenen Schreiben, theils mittelst officieller Noten seines Gesandten sowohl bei den Generalstaaten als bei den Staaten von Holland und Westfriesland, nachdrucksam für die Wiederherstellung der Ruhe in der Republik und für Aufrechthaltung der mit der Würde des Statthalters verbundenen Rechte und Vorzüge zu verwenden. Dieses geschah zuerst, als (gegen Ende des Jahres 1782) die Absicht, dem Prinzen von Oranien den Oberbefehl über die Truppen und folglich die erste Prärogative eines Generalkapitäns zu entziehen, bekannt wurde.

Bei diesem Anlaß so wie in der Folge war die Sprache des Königs immer gemäßigt, versöhnend und den politischen Verhältnissen Preußens angemessen. Die innere Ruhe und die Aufrechthaltung der Verfassung der Republik, wovon ihr Glück und ihre Sicherheit abhange, versicherte der König, liege ihm als deren Gränznachbar und Freund besonders nahe; die

Neuerungen, die theils schon ausgeführt, theils noch beabsichtiget werden, so wie die Herabwürdigung des Ansehens und die Entziehung der vorzüglichen Rechte des Statthalters rühren nur von Menschen her, die einen Privathaß gegen denselben oder besondere Absichten haben, und können unmöglich den Gesinnungen und Wünschen der Nation und ihrer Repräsentanten angemessen seyn, die überzeugt seyn müssen, daß die Statthalterschaft von der Verfassung der Republik unzertrennlich sey; die Geschichte bewahre die Verdienste des Hauses Nassau um Begründung der Freiheit und Unabhängigkeit der Republik; sie beweise auch, daß wenn die Statthalterschaft zuweilen aufgehoben wurde, doch ihre Wiedereinführung immer wieder zum Wohl der vereinigten Staaten für nöthig erachtet worden sey; die Gesinnungen und Grundsätze des dermaligen Statthalters seyen allgemein und dem König insbesondere bekannt, und Bürge, daß er nie etwas gegen die öffentliche Freiheit oder das Wohl der Republik unternehmen werde, sondern vielmehr von denselben sein und seiner Familie Glück und eigenes Wohl als unzertrennlich erachte; wenn über einige Rechte des Statthalters oder die Art ihrer Ausübung Zweifel oder Anstände vorwalten, so scheine die natürliche Billigkeit zu erfodern, daß ihm solche nicht sogleich faktisch entzogen werden, sondern daß man darüber sich zu verständigen trachte. Der König habe keineswegs

wegs die Absicht, sich in die innern Angelegenheiten der Republik zu mischen, oder auf irgend eine Art der eben sowohl erworbenen als befestigten Freiheit des Staates nahe treten zu wollen, aber er wünsche sehr, daß die Generalstaaten dasjenige in ernstliche Berathung ziehen, was er ihnen als Freund und Nachbar sage, daß sie wirksame Maßregeln ergreifen, um der Frechheit der Zeitungsschreiber und Libellisten Einhalt zu thun, und vorzüglich um die bestehenden Irrungen mit dem Prinzen von Oranien auf eine billige und dauerhafte Art auszugleichen u. s. w.

Die Antworten auf derlei Vorstellungen waren ausweichend oder unbefriedigend. Die Generalstaaten beriefen sich auf die Verfassung der Republik, die ihnen keinen Einfluß auf die Regierung und Verwaltung der einzelnen ganz unabhängigen Provinzen gestatte; sie führten an, daß die Versammlung der Generalstaaten aus den Deputirten einer jeden einzelnen Provinz bestehe, welche von ihren Kommittenten mit Instruktion versehen und diese zu befolgen verpflichtet seyen; daß jede Provinz vollkommen unabhängig und keineswegs gehalten sey, über irgend Etwas weder ihren Mitverbündeten noch den Generalstaaten Rechenschaft zu geben. Die Staaten von Holland und Westfriesland, an die sich der König wegen des dem Prinzen von Oranien abgenommenen Kommando's über die Garnison im Haag in einem besondern Schreiben ge-

wendet hatte, versicherten, daß, wenn sie gleich in die Nothwendigkeit versezt worden seyen, verschiedene zum Nachtheil des Landes gereichende Mißbräuche abzuschaffen, sie dennoch nie zu demjenigen die Hände geboten haben, was wider die gesetzliche Verfassung oder wider die gültigen Rechte des Prinzen oder Anderer vorgenommen worden seyn möchte; sie seyen vermöge der ihnen zustehenden Souveränetät berechtigt gewesen, zu ihrer eigenen Sicherheit und zu Abwendung aufrührerischer unter ihren Augen vorgefallener Bewegungen, die Versammlung ihrer kommittirten Räthe zu bevollmächtigen, die in der Stadt (Haag) befindlichen Truppen, die größtentheils aus ihrer Leibgarde bestanden, zu verwenden, und sie die zu Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit nöthigen Patrouillen verrichten zu lassen; sie glauben auch, daß der Prinz ihre Verfassung und die Verbindungen, in welchen er mit ihnen stehe, zu gut kenne, um derlei Beschwerden über sie zu führen; bei einem Fürsten, der, wie der König, die wahren mit der Souveränetät verbundenen Rechte so vollkommen kenne, würden die Staaten sicher in der Achtung verlieren, wenn sie nicht die ihnen zukommenden Rechte ernstlich bewahren, oder sie im Geringsten auf irgend eine Art würden schwächen lassen u. s. w. *)

*) Die hierher gehörigen Aktenstücke können in Herzbergs

So hatte denn die Korrespondenz des Königs und die Verwendung seines Gesandten keinen Erfolg, und die Gegner des Prinzen aus dem Ton, den Preußen angenommen hatte, schließend, daß es dem durch Alter und körperliche Gebrechen geschwächten König wohl nicht Ernst seyn könne, seiner Verwendung den gehörigen Nachdruck zu geben, ließen sich in dem angenommenen Systeme nicht irre machen.

Inzwischen scheint das französische Kabinet, nachdem es vorzüglich durch Hülfe der antioranischen Partei den gewünschten Endzweck einer Allianz mit der Republik erreicht hatte, es selbst seinem Interesse nicht angemessen gefunden zu haben, die innern Zwiste und Unruhen in Holland noch mehr und bis zu einem Grad vermehren zu lassen, daß die Republik weder ihren Freunden nützlich noch ihren Feinden furchtbar seyn könnte.

Die Richtigkeit dieser Behauptung gehet aus dem Umstand hervor, daß der französische Hof sich gegen Friedrich II. bereit erklärte, gemeinschaftlich mit demselben eine billige Ausgleichung der Irrungen zwischen den Parteien in Holland zu versuchen.

Dabei wurde jedoch zugleich förmlich darauf ange=

recueil etc. 2ter Theil Seite 394 u. f., und in Jacobi's oben angeführtem Werke nachgelesen werden.

tragen, daß der preußische Gesandte im Haag, Herr von Thulemeier, von dort abberufen werde, weil er das Vertrauen aller Parteien verloren habe, und Frankreich daher Anstand finde, seinen Gesandten in Holland mit demselben zu Erreichung jenes Endzwecks ins Benehmen treten zu lassen; daher möchte statt seiner ein anderer mit den zu so einer Unterhandlung nöthigen Eigenschaften begabter Mann ernannt werden. Der französische Gesandte in Berlin erhielt sogar den Auftrag, dahin zu wirken, daß der Graf von Görtz an Thulemeiers Stelle nach dem Haag geschickt werde, indem derselbe nicht nur hiezu vollkommen geeignet sey, sondern man noch zudem von den freundschaftlichen Verhältnissen, in denen er mit dem daselbst befindlichen französischen Gesandten Marquis von Verac während beider Mission in Petersburg gestanden, erwarten könne, daß sie beide gemeinschaftlich und im guten Einverständniß auf den nämlichen Endzweck hin, nämlich auf Wiederherstellung der Ruhe unter den aufgereizten Parteien, arbeiten werden.

Aber Friedrich II. erklärte auf diesen Antrag: er werde den Herrn von Thulemeier, mit dem er vollkommen zufrieden sey, nicht abberufen, und folglich unterblieb die Verwendung des französischen Gesand-

ten für Absendung des Grafen von Görtz. — Dieser wollte ohnehin nicht an die Wahrheit und Aufrichtigkeit der von Frankreich geäußerten Gesinnungen und am allerwenigsten an die Bereitwilligkeit des französischen Hofes, in den holländischen Angelegenheiten einverständlich mit Preußen zu handeln, glauben; er hielt sich vielmehr für überzeugt, daß man nur durch eine feste und energische Sprache, die man weder von den Jahren, noch von dem Gesundheitszustand des Königs erwarten dürfte, zum gewünschten Endzweck gelangen könne.

So verschlimmerte sich denn die Lage des Hauses Oranien von Tag zu Tag, und Friedrich II. hatte noch kurz vor seinem Tode die Kränkung zu erfahren, daß unerachtet seiner nachdrucksamen Verwendung, unerachtet der triftigsten Gegenvorstellungen des Statthalters, und unerachtet der Magistrat von Amsterdam durch den Einfluß des klugen und wahrhaft patriotischen Bürgermeisters Rendorp mit 20 gegen 15 Stimmen den Beschluß gefaßt hatte, daß dem Prinzen das Kommando über die Garnison im Haag wieder zurückzugeben sey, dennoch die oben angeführte frühere Verfügung in Ansehung desselben unterm 28. Juli 1786 durch einen Beschluß der Staaten von Holland mit 10 gegen 9 Stimmen bestätiget wurde.

Bei diesem Anlaß benahm sich der Marquis von Verac auf eine Art, welche nicht minder als der er-

wähnte Beschluß selbst von dem französischen Hof laut mißbilliget wurde, der auch zugleich wiederholt seine Bereitwilligkeit erklärte, sich mit Preußen zu Beilegung der vorwaltenden Zwistigkeiten zu benehmen.

Diese wiederholten Erklärungen des französischen Hofes flößten dem Nachfolger Friedrich des Großen die Hoffnung ein, daß sich durch gemeinschaftliche Mitwirkung der gewünschte Endzweck werde erreichen lassen. Unter den vielen Beeinträchtigungen der Rechte und Vorzüge des Statthalters war die Abnahme des Kommando's im Haag die kränkendste, und schon um deßwillen von nachtheiligen Folgen, weil sie den Statthalter von dem Sitz der Generalstaaten und seiner gewöhnlichen Residenz entfernt hielt, und folglich dessen Kommunikation, sowohl mit deren Mitgliedern als mit den ebenfalls im Haag sich aufhaltenden fremden Gesandten, hinderlich war. Dieses veranlaßte den König, diesem Gegenstand zuerst seine Aufmerksamkeit zu schenken, und er ertheilte daher, gleich als er auf Preußens Thron gelangte, seinem Gesandten in Paris, dem Baron von Golz den Auftrag, dem französischen Ministerium zu erkennen zu geben, daß die Absicht, den Erbstatthalter bei seinen Gerechtsamen und vorerst bei dem ihm wie seinen Vorfahren gebührenden Kommando über die Garnison im Haag zu erhalten, ohne den oben erwähnten Beschluß der Staaten von

Holland vom 28. Juli förmlich umzustoßen, dadurch erreicht werden könnte, wenn Frankreich und Preußen gemeinschaftlich dahin wirken: daß die Staaten der Provinz Holland dem Erbstatthalter das Kommando im Haag unter dem Vorbehalt zurückgeben, daß daraus keine Konsequenz gezogen werde, und daß die Staaten selbst und unmittelbar der Garnison im Haag jene Befehle ertheilen können, welche sie in außerordentlichen und dringenden Fällen für das allgemeine Beste nothwendig erachten. Wenn diese Idee den Beifall des französischen Hofes habe, so soll (heißt es in der angeführten Weisung) Baron Golz veranlassen, daß der französische Gesandte im Haag den Auftrag erhalte, gemeinschaftlich mit dem preußischen deren Ausführung zu bewirken, „wo man sodann unter den Auspizien und der Leitung der Gesandten von Frankreich „und Preußen an einer für beide Theile gerechten „und billigen Ausgleichung arbeiten könne; der König „übernehme es, den Prinzen von Oranien zu allen „jenen Modifikationen der Statthalterwürde zu bewegen, welche nur einigermaßen annehmbar und mit seiner Ehre sowohl als dem Fortbestand und der Wesenheit dieser Würde vereinbarlich seyen; der „König dürfe im Voraus versichern und

„selbst sich dafür verbürgen, daß der Prinz
„von Oranien Alles, worüber man sich ver=
„einige, so wie jenes, was die alte Verfas=
„sung der Republik vorschreibe, pünktlich
„beobachten, daß er nie die Vorrechte der
„Statthalterschaft mißbrauchen, nie solche
„auszudehnen suchen, sondern genau das
„von der Republik angenommene System
„befolgen, und pünktlich und ohne alle
„Ausflüchte die Beschlüsse und konstitutio=
„nellen Maaßregeln der höchsten Gewalt
„einer jeden Provinz befolgen werde; durch
„diese Versicherungen glaubte der König Alles erschöpft
„zu haben, was man vernünftigerweise von dem Prin=
„zen fodern könne; die Staaten von Holland werden,
„wenn sie aufrichtig gemeint seyen, die Statthalter=
„schaft in ihrem konstitutionellen und erblichen Zu=
„stand zu erhalten, sich so einem Arrangement nicht
„entziehen können, und es würde nur eine leere
„Ausflucht seyn, wenn sie etwa jede fremde
„Dazwischenkunft ablehnen wollten; der
„König sey eben so wenig als Seine Allerchristlichste
„Majestät als Bundesgenosse der Republik gesonnen,
„die Souveränetät und Freiheit der Staa=
„ten im Mindesten zu beeinträchtigen, aber
„man werde es doch auch nicht zu tadeln finden, daß
„der König ein wesentliches Interesse an der Erhal=

„tung einer erlauchten, ihm so nahe angehörigen Fa„milie nehme, und gemeinschaftlich mit dem „Bundesgenossen der Republik sich ver„wende, dieselbe mit ihren Gegnern auszu„söhnen; der König schmeichle sich, Seine Aller„christlichste Majestät werde die Richtigkeit dieser „Ansichten erkennen, und da er aufrichtig gesonnen „sey, mit Frankreich die nämliche Freundschaft und „das nämliche gute, selbst innige Einverständniß bei„zubehalten, welches sein Vorfahrer zu unterhalten „das Glück gehabt habe, so hoffe er, daß Seine „Allerchristlichste Majestät auf ihn die nämlichen Ge„sinnungen übertragen, und ihm ihre Freundschaft in „dem nämlichen Grade, wie solche bisher bestanden „habe, schenken werden; wenn Seine Allerchristlichste „Majestät hiezu geneigt seyen, so können Sie davon „bei dieser Gelegenheit den überzeugendsten Beweis „dadurch geben, daß Sie kräftig zu dem mitwirken, „was hier vorgeschlagen werde; der König werde Den„selben dafür höchlich verbunden seyn und nicht erman„geln, bei jedem Anlaß einen eben so vollkommenen als „aufrichtigen Dank zu bethätigen."

Ehe noch auf diesen, der Staatsklugheit und Mäßigung des Königs zur Ehre gereichenden Antrag eine Antwort erfolgen konnte, fanden in Holland neue Ereignisse statt, welche nicht nur die gänzliche Abschaffung der dem Statthalter noch belassenen Rechte, sondern

auch den nahen Ausbruch eines Bürgerkriegs befürch-
ten ließen. In den Städten Utrecht, Wyk, Hat-
tem, Elburg entstanden Unruhen, die in Widerse-
lichkeit gegen die Obrigkeit und zum Theil in wirkliche
Aufstand übergingen, insbesondere aber in den Städ-
chen Hattem und Elburg einen sehr bedrohlichen Cha-
rakter annahmen, und eine gefährliche Tendenz an den
Tag legten.

Das erste Schreiben, welches Friedrich Wilhelm II
nach seiner Thronbesteigung von seiner Schwester d
Prinzessin von Oranien empfing, enthielt die Bitte
nun, da er Macht dazu habe, seine stets bezeugte Thei
nahme an ihrem und der Ihrigen Schicksal werkthät
zu beweisen, und zu dem Ende einen außerordentlich
Gesandten nach Holland zu schicken, der allen Theile
gleich angenehm, eine Aussöhnung zu erwirken fäh
sey, wozu sich Herr von Thulemeier nicht eigne. Zu
gleich ging dem holländischen Gesandten in Berli
Baron von Reede, der Auftrag zu, sich für schne
Erreichung dieses Endzwecks zu verwenden, und de
Kabinetsminister Herzberg den Wunsch zu äußern, da
Graf Görtz zu dieser Gesandtschaft ernannt werde
möge.

Hievon sowohl durch Herzberg als durch Reede in
Kenntniß gesezt, äußerte Görtz wiederholt seine Ab-
neigung, diese Sendung anzunehmen, weil sie an und
für sich äußerst schwierig sey, und deren höchst zweife

...ster Erfolg auf die öffentliche Meinung von dem ...uen Regenten Einfluß haben müsse. Aber die Kabi...tsminister hatten dem König schon den Antrag ge...acht, dem Grafen diese Mission zu übertragen, und ...eser Antrag hatte auch die königliche Genehmigung ...reits erhalten.

Nun wurde Görtz (24. August) zum König berufen, ...m dessen Aufträge aus seinem eigenen Munde zu ver...ehmen. In sehr gnädigen Ausdrücken bezeigte der ...onarch demselben gleich beim Eintritt seine Zufrie...enheit, daß er sich einer eben so wichtigen als schwie...igen Mission unterziehen wolle. Nachdem Görtz seinem ...euen Herrn die Versicherung eines unbegränzten Ei...ers für seinen Dienst und sein Interesse dargebracht ...atte, äußerte er sich: Allerdings betrachte er eben ...o wie seine Majestät den erhaltenen Auftrag als wichtig und schwierig, und daher bitte er im Voraus, ...n nicht für dessen Erfolg verantwortlich zu machen. ...er König ertheilte dem Grafen deßhalb eine beruhi...ende Zusicherung und fragte ihn dann, ob er diese ...ngelegenheit wirklich für so wichtig und schwierig ...trachte?

Görtz benuzte diese Frage, um seine Ansichten um...ständlich und offen dem König vorzutragen. „Seiner „Majestät,“ sagte er, „sey nicht unbekannt, in welch „hohem Grad die Sache verwickelt sey, und in was für „einem hoffnungslosen Zustande sie sich befinde; er be-

„trachte daher dieselbe als wichtig, weil der König seit
„seiner Throngelangung nun den ersten öffentlichen
„Schritt zu thun im Begriffe stehe, von dessen Erfolg
„und der Art, wie er behauptet werde, die Achtung Eu
„ropa's für seine Regierung abhangen könne. Schwie
„rig sey die Unterhandlung und schwer sey es einen
„Erfolg zu erzielen, weil es der Würde des Königs,
„seinen Grundsätzen, seinen Gesinnungen für seine er
„lauchte Schwester und deren Familie, endlich dem
„Interesse des preußischen Staats entgegenlaufe, den
„Prinzen von Oranien und die ganze Republik Frank
„reich preiszugeben, und dessen Absichten zum Nach
„theil Englands zu begünstigen; er sehe die holländi
„schen Angelegenheiten als ein Mittel an, im ge
„genwärtigen System Preußens den deutschen Für
„stenbund zu befestigen, da sich nun eine Ge
„legenheit für Preußen darbiete, durch Verhinderung
„der gänzlichen Abhängigkeit Hollands von Frankreich,
„England einen angenehmen Dienst zu erweisen, des
„sen König in seiner Eigenschaft als Churfürst so we
„sentlich zu Errichtung jenes Bündnisses beigetragen
„habe. Frankreich werde nicht wohl zu bewegen seyn,
„die dem Grafen übertragene Unterhandlung zu un
„terstützen und zur Wiedereinsetzung des Erbstatthal
„ters in den Genuß seiner erblichen und konstitutio
„nellen Rechte mitzuwirken. Das einzige Mittel die
„ses zu erzielen dürfte seyn, daß der König die größte

„Unparteilichkeit zeige, und für den Statthalter seinen Schwager nichts verlange, als was ihm nach der Verfassung gebühre, nicht aber jenes, was er durch Mißbrauch oder bloße Gefälligkeit erhalten haben könnte; daß der König selbst bereit sey, sich bei dem Prinzen von Oranien dafür zu verwenden, er möge von diesem Lezteren abstehen, sobald er das Erstere wieder erlangt haben werde; daß der König endlich den Prinzen auffodere, sich in allen seinen Handlungen weder dem preußischen, noch englischen, noch französischen, sondern einzig und allein nur dem holländischen Interesse und System ergeben zu zeigen. Es sey aber dann auch nothwendig, auf solchen billigen Grundsätzen fest und unabweichlich zu bestehen, und sich bereit zu zeigen, solche, wenn es nöthig seyn sollte, mit der Gewalt der Waffen durchzusetzen."

Der König äußerte sich darauf: er sehe die Sache nicht ganz aus diesem Gesichtspunkte an, und glaube, vor Allem erheische das Wohl seiner Staaten, Uneinigkeiten mit andern Höfen zu vermeiden, um seinen natürlichen Feind, Oesterreich, nicht in Vortheil zu versetzen.

Hierauf stellte Görtz dem Könige vor: „So wie er die Sache ansehe, halte er nicht für wahrscheinlich, daß die Festigkeit, womit Seine Majestät nur

„das verlangen, was gerecht sey, einen Krieg he
„beiführen könne; da aber solches doch möglich wär
„so erachte er als unumgänglich nöthig, für dies
„äußersten Fall hin die Gesinnungen Sr. Majestät
„kennen; denn ohne darüber Gewißheit zu habe
„könnte er in Gefahr gerathen, sich zu kompromitt
„ren, und er wüßte sich auch einigen Erfolg nicht
„versprechen; gewiß werde er Alles anwenden, um
„nicht zum Aeußersten kommen zu lassen; aber
„glaube auch, nur durch Festigkeit zum Ziel gelang
„zu können. So sehr übrigens Frankreich wünsch
„möge, seinen ganzen Einfluß auf Holland zu b
„haupten, so sehr sey es auch dessen Interesse a
„gemessen, die Freundschaft Preußens beizubehalte
„um die beiden Kaiserhöfe an Ausführung ihrer eh
„geizigen Plane zu hindern; wenn daher Frankre
„sich von dem festen Entschluß des preußischen Hof
„überzeuge, so sey es wahrscheinlich, daß es nach
„ben werde. Auf diese Art glaube er das nöthi
„Vertrauen aller Theile gewinnen, und, wenn es d
„Umstände erheischen, auch mit dem Statthalter ei
„bestimmte Sprache führen zu können. Englands
„Einmischung in die Sache könnte, sowol
„wegen der Parteilichkeit des Londoner Hof
„für den Statthalter, als wegen der Eifer
„sucht gegen Frankreichs Einfluß auf di
„Republik, den Absichten des Königs hin

„lerlich werden; durch eine offene und vertrau„liche Mittheilung dieser Grundsätze könne auch dieses „vermieden und England veranlaßt werden, seinem „Gesandten im Haag, Ritter Harris, den Auftrag zu „ertheilen, sich bei der Sache ganz ruhig zu verhal„ten und daran keinen Theil zu nehmen; um jedoch „die Gewißheit zu erlangen, daß im äußersten Fall „Preußen nicht allein dastehe, möchte es vielleicht gut „seyn, zu sondiren, ob der König in diesem „Fall auf England zählen könne?“

Unerachtet aller Gründe gelang es dem Grafen nicht, den König von der Richtigkeit seiner Ansichten ganz zu überzeugen. Demnach erlaubte sich Görtz dem König zu sagen: da er sich nicht getraue zu beurtheilen, ob das höhere Staatsinteresse zugebe, jene Festigkeit und Entschlossenheit zu zeigen, die allein den Erfolg der Unterhandlung sichern könne, so wage er den König zu bitten, im Fall dieses nicht seyn sollte, die beabsichtete außerordentliche Sendung nach Holland ganz aufzugeben, weil außerdem seine Würde und sein Ansehen im Auslande, wofür sonderlich im Anfange einer Regierung die größte Sorge zu tragen sey, empfindlich darunter leiden könnten. „Nie!“ — entgegnete darauf der König — „Sie können dessen „versichert seyn, werde ich meine Schwester verlassen.“

Bald nach dieser Unterredung kam der Obrist und Kammerherr von Larrey in Berlin an, um dem Kö-

nig die Glückwünsche des Prinzen von Oranien und seiner Gemahlin zur Thronbesteigung zu überbringen. Die von ihm mitgebrachten Nachrichten bestärkten in der Besorgniß, daß durch die Vorgänge in Hattem und Elburg die in der Republik herrschenden Zwistigkeiten in einen Bürgerkrieg übergehen könnten. Die Bewohner dieser beiden unbedeutenden Städtchen nämlich, wovon sich jene des erstern vom Tabacksbau, die des leztern vom Wildentenfang und vom Fischen nähren, hatten sich den Befehlen der Staaten von Geldern, zu welcher Provinz sie gehören, hartnäckig widersezt, und anstatt, wenn sie sich wirklich beschwert fanden, im Wege der Ordnung Beschwerde zu führen und Vorstellungen zu machen, ein eigenmächtiges und tumultuarisches Benehmen eingeschlagen, sich zu eigenen selbstständigen Regenten erhoben, zu den Waffen gegriffen, und verschiedene Vertheidigungs-Anstalten gemacht. Dadurch fanden sich die Staaten von Geldern, nachdem sie vergebens alle gemäßigten Mittel erschöpft hatten, um die Widerspenstigen zum Gehorsam zurückzuführen, bewogen, dieses durch Gewalt zu erzielen. Daher wurde von ihnen beschlossen, den Erbstatthalter als Generalkapitän aufzufodern, Truppen gegen die beiden Städtchen anrücken zu lassen. Kaum war dieser Beschluß bekannt, und ehe er noch vollzogen werden konnte, so äußerte sich alsbald in verschiedenen Theilen der Republik, vorzüglich in der

Pro-

Provinz Holland, eine sehr große und lebhafte Theilnahme an dem Schicksal der beiden Städtchen; die Staaten von Holland gaben über das Benehmen der Staaten von Geldern die größte Mißbilligung zu erkennen, es fanden selbst kriegerische Bewegungen zu Unterstützung der bedrohten Städtchen statt, und in Amsterdam, Delft und andern Städten schickten sich die bewaffneten Freicorps an, denselben gegen die Exekutionstruppen, wenn es wirklich zur Gewalt kommen sollte, zu Hülfe zu eilen.

Diese von dem Herrn von Larrey mitgebrachten Nachrichten wurden ein Paar Tage nach seiner Ankunft in Berlin durch eine dort eingetroffene Estaffete bestätiget. Die Prinzessin von Oranien sah die Gefahr als so dringend an, erachtete die Maaßregeln, welche die Machthaber der Provinz Holland, und jene, welche mit denselben gleiche Grundsätze und Absichten hatten, den Staaten der Provinz Geldern entgegenzusetzen drohten, für so folgenreich, daß sie den König dringend bat, ein Truppencorps an der Gränze zusammen zu ziehen.

Graf Herzberg war geneigt auf die Gewährung dieser Bitte anzutragen, und auf diese Art die Unterhandlung des Grafen von Görtz durch eine kriegerische Demonstration zu unterstützen. Diese Meinung fand jedoch Widerspruch, und der König selbst sah eine Maaßregel der Art für voreilig und gewalthä-

tig an: Daher wurde beschlossen, solche zu unterlassen, dagegen aber den französischen Hof von des Grafen Sendung in Kenntniß zu setzen, und wiederholt dessen wirksame Dazwischenkunft und Beistand nachzusuchen. Diesem zufolge ging dem königlichen Gesandten in Paris unter Berufung auf den Inhalt des Rescripts vom 22. Aug. am 1. September von dem König die angemessene Weisung zu, an deren Schluß es heißt: „Sie können auch gleichsam als von Ihnen selbst herrührend „und auf eine zarte und nicht anstößige Art zu verstehen geben, daß das fernere Benehmen des französischen Hofs in dieser Angelegenheit der Probierstein seiner Gesinnungen für mich seyn werde, und „daß, wenn er fortfahren sollte, den Gegnern der „Statthalterschaft ihre Vernichtung zu gestatten, und „nicht vielmehr mit mir zu ihrer Rettung mitwirken würde, er es nicht übel aufnehmen könne, „wenn man um deren Auflösung und gänzlichen Untergang zu verhindern, am Ende alle möglichen Mittel aufsuche und anwende, woraus nothwendig für „alle Parteien nachtheilige Folgen entstehen würden."

Graf Görtz von dem König befragt: ob er wohl glaube, daß kriegerische Demonstrationen räthlich seyen? erwiederte: „Weit entfernt dieses zu glauben, erachte er vielmehr eine solche Maaßregel für voreilig und unzweckmäßig, we

„sie dem Endzweck der beschlossenen Sen-
„dung, welche als durchaus friedlicher Na-
„tur zu seyn angegeben werde, offenbar
„entgegenlaufe, und dem französischen Hof,
„den man doch zu schonen alle Ursache habe,
„höchlich mißfallen würde. Eine feste, gleiche
„und ruhige Sprache werde zuverlässig von weit bes-
„serer Wirkung seyn als Drohungen, die man gegen
„eine große Macht beinahe nie in Anwendung brin-
„gen soll." Der König entgegnete: dieser Meinung
sey er ebenfalls; übrigens habe er auch in jener Gegend
weder Kavallerie noch Infanterie. Dergleichen, äußerte
der Graf, sey auch gar nicht nöthig, „denn wenn
„eine kriegerische Demonstration stattfinden sollte, so
„könnte dieses schon dadurch und ohne sich zu kom-
„promittiren geschehen, wenn der regierende
„Herzog von Braunschweig den Auftrag
„erhalte die Gränzen gegen Holland zu be-
„reisen, woraus man nicht ermangeln werde, zu
„folgern, dieß sey eine Rekognoscirung, was allein
„schon hinreichen dürfte, um zu imponiren." Diese
Idee schien dem König zu gefallen.

Nun erhielt der Graf den Befehl, seine Reise
möglichst zu beschleunigen, und sich zuerst nach Loo,
wo sich seit den Vorfällen im Haag der Erbstatthal-
ter mit seiner Familie aufhielt, und von dort nach dem
Haag zu begeben.

Als dem Grafen seine Kredentialien an die Generalstaaten mitgetheilt wurden, ersahe er daraus, daß in denselben nicht nur im Allgemeinen der Endzweck, sondern auch, gegen die gewöhnliche Form solcher Schreiben, noch die besondern Gegenstände seiner Sendung angegeben wurden.

Damit war er nicht einverstanden, denn er besorgte, der Großpensionär könnte unter dem Vorwand, die Kredentialien enthalten Gegenstände, welche die besondern und innern Angelegenheiten der Provinz Holland betreffen, und folglich außer der Kompetenz der Generalstaaten liegen, die Annahme derselben verweigern. Daher machte er Vorstellungen dagegen, und bat um Ausfertigung der Kredentialien in gewöhnlicher Form, und um Aufnahme der einzelnen Gegenstände in eine Denkschrift, welche er übergeben würde, wenn einmal die Republik seinen öffentlichen Charakter anerkannt habe. Aber diese Ansicht wurde von dem Minister Herzberg nicht getheilt, auch wurden nicht — wie Görtz wünschte — zweierlei Kreditive ausgefertigt, damit er von demjenigen Gebrauch machen könne, welches der Erbstatthalter für das zweckmäßigste erachten würde.

Der Graf erhielt seine Instruktion am 2ten September. In deren Eingang wird historisch der kritischen Lage erwähnt, worin sich der Prinz von Oranien und seine Gemahlin durch die Feinde ihres Hauses, wel-

che sich die Benennung von Patrioten anmaaßen, versezt sehen, und welche den König bewege, den Grafen in Folge des in seinen Eifer, seine Fähigkeiten und seine Klugheit gesezten Vertrauens als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister nach Holland zu senden. „Es sey unmöglich" — wird in der Instruktion fortgefahren — „dem Grafen bei der Unter„terhandlung, womit er beauftragt werde, einen be„stimmten Gang vorzuschreiben; der König überlasse „es seiner Klugheit, sich durchaus nach den Um„ständen zu benehmen, wobei er auch darauf „zähle, daß es dem Grafen bei seiner ehemaligen „Verbindung mit dem Marquis von Verac „in Petersburg nicht schwer fallen werde, dessen Ver„trauen wieder zu gewinnen und ihn zu bewegen, „gemeinschaftlich mit ihm ernstlich für den Statt„halter thätig zu seyn; es handle sich gegen„wärtig bloß darum, dem Ausbruch eines „Bürgerkriegs in den vereinigten Provin„zen vorzubeugen, und die Rückkehr des „Prinzen von Oranien nach dem Haag da„durch zu bewirken, daß ihm das Komman„do der Garnison zurückgegeben werde; „dieses könne am besten und ohne die Staaten von „Holland zu kompromittiren durch das dem französischen „Hof vorgeschlagene Auskunftsmittel geschehen; sollte „aber etwa noch ein anderes gefunden werden, so sey

„es auch zu ergreifen; habe man einmal die Zurückgabe „des Kommando's an den Prinzen von Oranien, und „dessen Rückkehr nach dem Haag erzielt, dann „könne man an einer gänzlichen Ausglei„chung der Parteien arbeiten, worüber es nicht „nöthig sey, den Grafen im Voraus zu instruiren, „da er in Holland selbst die richtigsten Ansichten hier„über erhalten werde; der ganze Erfolg der Un„terhandlung hange von der aufrichtigen „und thätigen Mitwirkung des französi„schen Hofes ab, welcher seit der neuesten Allianz „mit der Republik dort einen entschiedenen Einfluß „gewonnen habe, daher solle der Graf Alles anwen„den, um den Marquis von Verac für den erwähnten „Plan zu gewinnen; inzwischen soll der Graf nicht un„terlassen, die alten Freunde und Anhänger „des Hauses Oranien zu schonen, zu beruhigen „und sie durch die Versicherung der kräfti„gen Dazwischenkunft des Königs zu ermu„thigen, ohne ihnen jedoch, wie sie vielleicht „verlangen würden, eine bewaffnete Hülfe „zu versprechen; der Graf soll dabei trachten „den zu großen Eifer des englischen Ge„sandten Ritter Harris zu mäßigen, ihm „jede Idee einer Revolution zu benehmen, und alle ge„waltthätigen Maaßregeln zu verhüten suchen, welche „in der gegenwärtigen Lage nur zum größern Nachtheil

„der Partei des Statthalters ausschlagen könnten;
„das Wesentliche sey jezt, die Statthal-
„terwürde vor einem gänzlichen Vernich-
„tung zu bewahren, und solche für eine
„andere Zeit zu erhalten.“

Graf Görtz wird insbesondere angewiesen, —
„sich soviel als möglich mit der Prinzessin von
„Oranien und dem Herrn von Thulemeier zu
„benehmen, und zu suchen, mit diesem Minister im
„besten Einverständniß zu leben; denn derselbe kenne
„vollkommen alle Verhältnisse, und habe die Geschäfte
„seiner Sendung sehr gut geführt, obschon er sich durch
„seinen Eifer die Unzufriedenheit und das Mißtrauen
„des französischen Hofes zugezogen habe; was den
„Prinzen von Oranien betreffe, so werde der
„Graf bereits wissen, und noch mehr erfahren, daß
„sein Benehmen nicht immer seinem wah-
„ren Interesse angemessen sey, und daß
„er manchmal Blößen gebe; der Graf solle
„daher sich bemühen, sein Vertrauen zu gewinnen,
„sich aber überhaupt mit der Prinzessin von Oranien
„benehmen, um denselben in der rechten Bahn zu
„erhalten.“

Es genügt den Inhalt dieser Instruktion mit eini-
ger Aufmerksamkeit zu erwägen, um sich zu überzeugen,
welche schwere Aufgabe dem Grafen von Görtz zu lö-
sen vorbehalten war. Außer einigen Weisungen über

das Benehmen gegen den Erbstatthalter, den französischen und englischen Gesandten und Herrn v. Thulemeier, die sich am Ende wohl von selbst verstanden; enthält die Instruktion eigentlich nichts, als das Bekenntniß, man sey außer Stande eine zu ertheilen, und die Ermächtigung des Grafen nach Umständen zu handeln. Diese aber waren, theils wegen der Stellung und Erbitterung der Parteien gegen einander, theils wegen der Individualität der Personen, mit denen der Graf in mannigfaltige Berührung kommen mußte, von sehr schwieriger Art, und selbst die Mäßigung, welche der preußische Hof bei seinen Vorschlägen zeigte, mußte deren Annahme erschweren, weil sie keine Partei befriedigten.

Der Statthalter, in dessen Interesse der Graf eigentlich handeln sollte, handelte selbst nicht immer darnach; er war, gegen die Gesinnungen der grossen Mehrheit der Nation, man kann sagen, aller derjenigen, die nicht zu seinen wenig zahlreichen Anhängern gehörten, dem englischen Hof und seiner Politik seit zu langer Zeit eifrig ergeben gewesen, als daß er Frankreich und den seit dem Bündniß mit diesem Staate bestehenden neuen Verhältnissen geneigt seyn konnte; er hatte seine Vorliebe für England schon früher auf mancherlei, nicht immer der Klugheit angemessene Art an Tag gelegt, sich dadurch bei den Hol-

ländern, besonders seit dem Kriege mit England, de= popularisirt, und ihr Vertrauen noch mehr als früher schon verloren. Von diesem Zeitpunkte an äußerte sich auch die öffentliche Stimmung gegen ihn lauter und rücksichtsloser als zuvor; denn vielfachen Schaden hatte der Krieg der Republik verursacht, und schon deßhalb meinten die patriotisch gesinnten Holländer, und zwar nicht ohne Grund, sollte der Erbstatthalter seine Vorliebe und seine Anhänglichkeit an England abgelegt haben. Allein das Haus Oranien hatte vorzüglich durch die Freundschaft und Unterstützung des Londoner Hofs zu große Vortheile erworben, als daß es dem englischen System nicht aufrichtig ergeben seyn sollte. Das durch Gegner dieses Hauses herbeigeführte Bündniß der Republik mit Frankreich und die vorzüglich von diesem Zeitpunkte an vermehrten Eingriffe und Beeinträchtigungen der dem Prinzen bisher zugestandenen Vorzüge und Gerechtsame mußten nothwendig dessen Mißtrauen und Abneigung gegen Frankreich vermehren, und ihn im Vertrauen und in der Anhänglichkeit an England bestärken. Von Preußen konnte der Erbstatthalter vorzüglich nur wegen der engen Familienverbindung, von England aber wegen dessen eigenen Staatsinteresse Beistand und Unterstützung erwarten. Wie schwer mußte es daher seyn, das System dieses Prinzen auch nur insofern, als es zum Gelingen der Unterhandlungen nöthig war, ab=

zuändern, besonders da von ihm zugleich Nachgiebigkeit gegen seine größten Feinde und Verzichtleistung auf manche bisher besessene Rechte und Vorzüge erlangt werden sollte!

Görtz hatte den Auftrag, die Anhänger des Hauses Oranien durch die Versicherung der kräftigen Dazwischenkunft des Königs zu ermuthigen, jedoch ohne ihnen eine bewaffnete Hülfe zu versprechen. Aber Friedrich II. hatte dieses schon versucht, und trotz des Ruhms, der ihn umgab, die Erfahrung gemacht, daß von einer Dazwischenkunft, wie sie der König zusicherte, kein Erfolg zu erwarten sey. Wie konnten sich die Anhänger des Hauses Oranien versprechen, ihre durch das neue Bündniß mit Frankreich kühner gewordenen Gegner würden, wenn nicht ernstliche Maaßregeln statt finden, nun der Dazwischenkunft eines Königs, der erst ganz kürzlich den Thron bestiegen hatte, eine Rücksicht schenken, die sie in Zeiten, wo sie die neue Stütze noch nicht hatten, der Verwendung seines mit Ruhm bedeckten Vorfahrers versagt hatten?

Görtz sollte die Mitwirkung des französischen Gesandten Marquis von Verac zur Ausgleichung der bestehenden Irrungen, durch Wiedereinräumung oder Aufrechthaltung der dem Statthalter zustehenden Gerechtsame, erzielen. Und gerade dieser Gesandte war es, der sich den Gegnern des Statthalters mehr er-

geben bewiesen hatte, als selbst das französische Ministerium billigen konnte.

Den zu großen Eifer des englischen Gesandten, Ritter Harris, sollte Görtz zu mäßigen suchen; allein wie schwer mußte dieses fallen, da sich die Eingriffe in die Zuständigkeiten des Statthalters und die Kränkungen des englischen Interesse täglich vermehrten?

Zwar waren beide vorerwähnten Diplomaten dem Grafen von der Mission in Petersburg her persönlich bekannt, und er hatte dort, wie wir im ersten Theil dieser Denkwürdigkeiten gesehen haben, mit beiden, besonders aber mit dem Marquis von Verac im besten Einverständniß gelebt. Allein Görtz war zu sehr Staatsmann, als daß er auf vormals bestandene persönliche, gute Verhältnisse mit fremden Diplomaten die Hoffnung eines Erfolges unter ganz veränderten Umständen und Staatsinteressen bauen möchte. Uebrigens waren ja eben in der Angelegenheit, welche der Graf zu behandeln hatte, die Interessen und Plane Englands und Frankreichs eben so entgegengesezt, als jene des Statthalters und der sogenannten Patrioten.

Es war daher diese dritte Sendung des Grafen nicht weniger schwierig als die beiden frühern, und bei derselben kam noch der besondere Umstand hinzu, daß der König auf deren Gelingen, wegen der seiner Schwester gewidmeten Liebe und Theilnahme, persönlich den größten Werth legte.

Dritter Abschnitt.

Ankunft des Grafen in Holland. — Aufenthalt in Loo. — Abreise nach dem Haag. — Uebergabe des Kreditivs.

Görtz trat seine Reise am 3ten September 1786 an. Schon in Hannover erfuhr er, daß die Staaten von Geldern den gefaßten Beschluß vollzogen, und den Erbstatthalter als Generalkapitän requirirt haben, gegen Hattem und Elburg Truppen anrücken zu lassen. Diese Nachricht vermehrte die Besorgniß des nahen Ausbruches eines Bürgerkrieges, und veranlaßte den Grafen, seine Reise möglichst zu beschleunigen; je mehr er sich Hollands Gränze näherte, desto beunruhigender wurden die im Umlaufe befindlichen Gerüchte, desto lebhafter seine Besorgnisse.

In Deventer fand der Graf die Staaten der Provinz Oberyssel versammelt, und unter denselben einen seiner Jugendfreunde als Mitglied. Dieser war der Drost Baron Palland von Zuithem, ein entschiedener Gegner des Erbstatthalters und seines

Hauses. Görtz hatte mit demselben und einem ihm gleichgesinnten Freunde, Baron Voß, eine lange Unterredung, von welcher hier das Wesentliche zum Beweise angeführt wird, wie grundlos der dem Grafen in der Folge von seinen Feinden gemachte Vorwurf sey, er habe einer jeden Unterredung oder Unterhandlung mit den Gegnern des Hauses Oranien auszuweichen gesucht, und sich nie anders, als mit Bitterkeit und Verachtung über sie geäußert.

Nach dem ersten freundlichen Bewillkommen zweier Männer, die sich seit ihrer Jugend nicht mehr gesehen hatten, äußerte sich der Graf, wie schmerzlich es ihm falle, erfahren zu müssen, daß in dem Augenblicke, wo er die ihm von seinem Monarchen übertragene wichtige Sendung antreten, und in Uebereinstimmung mit dem französischen Hofe trachten solle, die in der Republik bestehenden Zwiste beizulegen, der Degen schon wirklich gezogen sey; er beschwöre daher seinen ehemaligen Jugendfreund, den er stets als einen Jüngling von edlen Gesinnungen und ächter Vaterlandsliebe gekannt habe, ihm aufrichtig und offen zu sagen, ob denn alle Hoffnung, die unbefangenen und heilsamen Absichten des Königs zu erreichen, verloren sey?

Baron Palland brach hierauf in bittere Klagen gegen den Erbstatthalter aus; er tadelte seine Grundsätze und sein Betragen, beschuldigte ihn eines immerwährenden Strebens nach größerer Macht, selbst auf Un-

kosten der Verfassung, einer despotischen Denkungsart, des Eigensinns u. s. w., und seufzte über die hoffnungslose Lage des Vaterlandes, welche der Prinz durch sein neuerliches Benehmen herbeigeführt habe, und wodurch er zu erkennen gebe, wie wenig es ihm koste, Bürgerblut zu vergießen.

„Wie auch immer die Umstände seyn mögen," entgegnete Graf Görtz dem Baron Palland — „so beschwöre er ihn, sogleich Alles anzuwenden, um jede „Thätlichkeit zu verhindern; noch sey es an der Zeit, „größeres Unglück zu verhüten, und solches werde ge„schehen, wenn alle Theile ihm, dem Grafen, ein Ver„trauen schenken, welches die reinen und edelmüthigen „Absichten seines Monarchen verdienen; er nehme kei„nen Anstand zu bekennen, daß seine Sendung an die „Generalstaaten durch die zärtliche Theilnahme des „Königs an dem Schicksale seiner geliebten Schwester „und ihrer Familie veranlaßt worden sey; er dürfe „aber zugleich auch versichern, daß diese Theilnahme, „so lebhaft sie auch seyn möge, nie den König bewe„gen werde, sich von den Grundsätzen der Gerechtig„keit und Billigkeit zu entfernen, die er sich bei seiner „Thronbesteigung zum unverbrüchlichen Gesetz gemacht „habe; diesem zufolge sey der Graf beauftragt, den „Prinzen von Oranien vor Allem zu rathen: er möge „auf jenes verzichten, was er oder seine Vorfahren „nur durch Mißbrauch ihres Ansehens und ihrer Macht

„erlangt haben, und sich mit jenem begnügen, was
„ihm rechtmäßig und vermöge der Verfassung zustehe;
„er möge ferner als erster Bürger des Staats seine
„hohen Aemter nur zum wahren Wohl des Vaterlandes
„ausüben, sich stets mit getreuer Erfüllung seiner
„Pflichten beschäftigen, nie weder englisch, noch fran=
„zösisch, noch preußisch, sondern immer nur holländisch
„gesinnt seyn, und einzig und allein das System der
„Republik befolgen. Indem der Graf keinen Anstand
„nehme, hier das Wesentliche seiner Instruktion offen
„mitzutheilen, überlasse er nicht nur seinem Freund,
„sondern er bitte ihn sogar inständigst, seine Freunde
„davon in Kenntniß zu setzen; er eile nun nach Loo,
„um bei dem Erbstatthalter seinen Auftrag zu erfüllen
„und allen weitern Gewaltschritten vorzubeugen; dann
„werde er sich nach dem Haag begeben, dort bei den
„Generalstaaten seinen öffentlichen Charakter annehmen
„und sich eifrigst bestreben, den Zweck seiner Sendung
„zu erreichen."

Großen Eindruck machte diese mit Offenheit und Würde geführte Sprache auf die beiden Freunde; sie bezeigten sich dadurch sehr beruhiget und erfreut, versicherten dem Grafen, sogleich ihre Freunde und Bekannte von dem, was sie vernommen, in Kenntniß setzen zu wollen, um auch ihnen gleiche Beruhigung einzuflößen; und Baron Palland fügte noch insbesondere bei, er gedenke sich demnächst nach dem Haag zu

begeben, wo er sogleich den Grafen besuchen und sich bestreben werde, demselben das Vertrauen seiner Freunde zu verschaffen, und sie zu bewegen, sich mit ihm ins Benehmen zu setzen.

So endigte sich diese Unterredung zur vollkommenen Zufriedenheit derjenigen, welche daran Theil nahmen, und der Graf versprach sich von dieser ersten mit den erklärten Gegnern des Hauses Oranien getroffenen Einleitung den besten Erfolg. Mit dieser angenehmen Erwartung sezte er seine Reise fort, und kam am 9ten September Vormittags in Loo an, wo man ihm bei Hofe seine Wohnung anwies; sogleich nach seiner Ankunft hatte er Audienz bei dem Prinzen und seiner Gemahlin.

Um die Stellung des Grafen bei dem Antritt seiner Sendung richtig beurtheilen zu können, ist es nöthig, einen Blick auf die ungefähr gleichzeitig mit derselben stattgefundenen Ereignisse zu werfen. Die Vorfälle in Hattem und Elburg verdienen hier zuerst Erwähnung, weil sie die Unruhen in der Republik vermehrten, die Parteien noch mehr erbitterten, die Staaten von Holland zu den äußersten und verfassungswidrigsten Schritten verleiteten, und selbst dem französischen Hof die scheinbare Veranlassung gaben, sein früheres System in Ansehung der holländischen Angelegenheiten zu ändern.

Wenige

Wenige Tage vor des Grafen Ankunft waren die beiden aufrührerischen Städtchen durch die gegen sie angerückten Truppen ohne Blutvergießen zum Gehorsam gebracht worden, das erstere nach einigen gewechselten Schüssen, das leztere ohne daß auch nur ein Schuß geschehen wäre. In Hattem waren die Bürger auf einen ernstlichen Widerstand vorbereitet und entschlossen, mit den ihnen zur Hülfe herbeigeeilten Freiwilligen aus Amsterdam, Leyden, Zwoll und andern Orten die Stadt hartnäckig zu vertheidigen. Allein es traf eben noch zur rechten Zeit ein Schreiben einiger als sehr eifrige Patrioten bekannter Männer ein, welches den Rath enthielt, die Stadt zu übergeben, weil dadurch nicht allein die gute Sache befördert, sondern auch größere Gefahr vom Vaterlande abgewendet werden könne. Da dieses Schreiben auch von dem Baron Palland von Zuithem unterzeichnet war, so ist es wahrscheinlich, daß er und sein bei der Unterredung mit Görtz anwesender Freund es waren, welche dasselbe veranlaßt haben. Die Bürger von Hattem befolgten den ihnen ertheilten Rath, und so wurde das Blutvergießen verhütet.

Und was war denn die eigentliche Veranlassung zu diesen so ernsthaften Vorfällen, welche die ganze Republik mit den traurigsten Folgen bedrohten?

Die Staaten von Geldern fanden zu Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ord-

nung in ihrer Provinz, wozu beide Städtchen gehörten, für nöthig, eine Verordnung zu erlassen. Diese Verordnung wurde verfassungsmäßig von der betreffenden Behörde den Verwaltungsbeamten und Magistraten zugeschickt, um solche in den Distrikten oder Städten anheften zu lassen. Dieß geschah allenthalben, nur in dem Städtchen Elburg nicht, obschon dessen Deputirte bei der Staaten-Versammlung für die Erlassung der Bekanntmachung gestimmt hatten, und die große Mehrheit des Magistrats sich für Affigirung derselben erklärte. Nun rufen zwei damit nicht einverstandene Magistratsmitglieder die Gemeinde zusammen, um gemeinschaftlich mit dem Magistrat über diesen Gegenstand zu berathen, und sie erzielen dadurch gegen die Mehrzahl des Magistrats eine ganz illegale Stimmenmehrheit für den Beschluß, daß die Verordnung nicht bekannt gemacht werden solle. Von diesem Augenblick an betragen sich die Bürger, als wäre ihre Stadt ganz frei und unabhängig, verachten alle Ermahnung der Staaten, ihres Souveräns, zeigen dadurch die strafbarste Widersetzlichkeit gegen denselben, und erlauben sich, um ihre verfassungswidrigen Anmaaßungen zu behaupten, die kriegerischen Anstalten, deren schon oben erwähnt worden ist.

In Hattem verlangen mehrere Bürger und Ein-

mehreren, aufgereizt durch die Gegner des Statthalters und erhitzt durch die in öffentlichen Blättern enthaltenen Schmähungen und Beschuldigungen gegen denselben und sein Haus, der Magistrat solle einigen vermeintlichen Beschwerden abhelfen, ihnen ihre Privilegien zurückgeben, und verweigern einer von dem Prinzen ernannten Magistratsperson die Annahme unter der Behauptung, den Bürgern wäre die Wahl derselben zugestanden. Dadurch wurde nichts Anderes bezielt, als die Grundgesetze der Provinz aufzuheben. Als nun die Rede davon ist, die Staaten werden eine Garnison in die Stadt legen, um dem Magistrat die Freiheit in der Berathung und in Ausübung seiner gesetzlichen Obliegenheiten wieder zu geben, weiß die Bürgerschaft denselben in Angst zu setzen, und ihn zu zwingen an die Staaten zu schreiben, es werde keine Garnison in die Stadt aufgenommen werden, und die Bürger seyen entschlossen, sich bis auf den letzten Mann zu vertheidigen.

Diese ganz kurze aber wahre Darstellung genügt, darzuthun, auf welcher Seite das Recht, auf welcher das Unrecht war. Es fand nicht nur ein strafbarer Ungehorsam, es fand selbst eine offenbare Empörung mit den Waffen in der Hand, von Unterthanen gegen ihre souveräne Obrigkeit statt; diese durfte nicht bloß, sie war sogar verpflichtet, den Aufstand der Meuterer zu unterdrücken. Wollte nun die Provinz

Geldern nicht durch Nachgiebigkeit gegen ihre rebelli-
schen Unterthanen, die Bürger der beiden Städtchen,
ihren Souveränitätsrechten entsagen und ein höchst
verderbliches Beispiel aufstellen, so mußte sie, nach-
dem alle versuchten gütlichen Mittel ohne Erfolg waren,
zur Gewalt schreiten, und zu dem Ende von dem
Erbstatthalter als Generalkapitän Truppen verlangen.

Die Provinz Holland, welche sich deßhalb so
auffallende und ungesetzliche Schritte erlaubte, hatte
nicht lange zuvor auf ihrem Gebiet ihre Truppen
und selbst jene, welche der Provinz Geldern angehör-
ten, gegen widersetzliche Unterthanen verwendet, um
sie zum schuldigen Gehorsam zurückzuführen. Dieses
geschahe namentlich gegen die Bewohner des flachen
Landes, als sie sich weigerten für den Militärdienst
zu loosen, und von den Staaten durch bewaffnete
Macht dazu gezwungen wurden.

Die Requisition der Staaten von Geldern an den
Prinzen um Absendung von Truppen war daher
nicht nur ihren Rechten, sondern selbst ihren Pflichten
gemäß; der Prinz hatte aber dieses nicht zu unter-
suchen, sondern als Generalkapitän der Provinz nur
die Obliegenheit, den von denselben souveränen Staa-
ten erlassenen Anfoderungen zu entsprechen. Sie han-
delten daher sowohl als der Prinz ganz nach ihren
verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten.

Ganz anders benahmen sich die Staaten der [illegible]

vinz Holland. Denn auf den Befehl und unter dem Schutz derselben eilten die bewaffneten Freicorps dieser Provinz und jener von Oberyssel zum Beistand der rebellischen Städtchen gegen deren rechtmäßige Oberherrschaft herbei, und erlaubten sich mit den Waffen in der Hand in das Gebiet der Provinz Geldern einzufallen; sie kränkten dadurch nicht nur die Souveränetätsrechte dieser Provinz, sondern verlezten auch offenbar die Verfassung der Republik. Nachdem die beiden Städtchen bezwungen waren, flüchtete sich der größte Theil der Bürger derselben in die Provinzen Holland und Oberyssel, wo sie Theilnahme und Unterstützung fanden. Einige dieser Flüchtlinge gingen so weit, daß sie sich mit einer förmlichen Beschwerde gegen die Staaten von Geldern an jene von Holland wendeten, und diese beachteten die konstitutionelle Unabhängigkeit einer Provinz von der andern so wenig, daß sie die Staaten von Geldern zur Rechenschaft über das Vorgefallene auffoderten, und sich sogar Drohungen gegen dieselben erlaubten. Durch diese unbefugte Anmaaßung entrüstet verlangten die Staaten von Geldern hierüber eine Erklärung, und fügten die Aeußerung bei; es lasse sich keine unangenehmere Lage denken, als wenn man sich von einem Mitbundesgenossen sollte Gesetze vorschreiben lassen. Zugleich erließen die Staaten von Geldern am 11.

September ein Manifest, um die Veranlassung und Gesetzlichkeit ihres Verfahrens gegen die aufrührischen Städtchen allgemein bekannt zu machen.

Dieses gemäßigte Benehmen verfehlte jedoch seinen Zweck in der Provinz Holland. Denn die Staaten derselben, von wahren Revolutions-Männern geleitet, verlangten nun von dem Erbstatthalter, unter bedrohlicher Anberaumung eines Termins von 24 Stunden Rechtfertigung, daß er auf Requisition der Staaten von Geldern Truppen gegen Hattem und Elburg beordert habe. In der vorgeschriebenen Frist antwortete der Prinz auf dieses Schreiben, er sey als Generalkapitän der Provinz Geldern verpflichtet, den Befehlen der Staaten derselben zu gehorchen, und ihm stehe nicht zu, die Beweggründe davon zu untersuchen.

Diese Vorgänge und die Art, wie sich aus deren Veranlassung zum Theil ganze Provinzen der Republik und die zahlreichen Gegner des Hauses Oranien in allen Theilen derselben benahmen, gaben zu erkennen, daß die Faktionsmänner sich nicht damit zu begnügen gedachten, dem Prinzen einige Vorzüge und Rechte zu schmälern oder zu entziehen, und dadurch seine Macht und seinen Einfluß zu schwächen, sondern daß ihre Absicht dahin gehe, die ganze Verfassung der Republik umzustürzen, der Provinz Holland eine Suprematie über die andern Provinzen einzuräumen und die Statthalterwürde ganz abzuschaffen.

Um auf alle Fälle Hülfe und Unterstützung zu haben, und die bereits gewagten Schritte nöthigen Falls mit den Waffen durchzuführen, riefen die Staaten von Holland nicht nur alle jene Truppen zurück, die in andern Provinzen vertheilt waren, sondern auch jene, welche in den Generalitätslanden lagen, und sich in den Festungen Breda, Bergopzoom, Mastricht u. s. w. als Garnison befanden; sie entbanden dieselben ihres dem Generalkapitän geleisteten Eides, und drohten ihnen mit der Einziehung des Soldes, wenn sie säumen würden, den gegebenen Befehl zu befolgen. Die eigenmächtige Abberufung der Truppen aus den Generalitätslanden war eine offenbare Verletzung der Verfassung, weil die daselbst liegenden Truppen ihre Garnisonen nicht anders als auf Befehl der Generalstaaten verlassen durften.

Auch weigerte sich der größte Theil dieser Truppen dem Befehl zu gehorchen, und wendete sich deßhalb an den Prinzen. Dadurch geriethen die Faktionschefs in große Verlegenheit, aus welcher sie sich aber durch einen kühnen Schritt retteten. Es begaben sich nämlich die Staaten von Holland in Corps in die Versammlung der Generalstaaten, und drohten sich von der bisherigen Verbindung zu trennen, wenn der Abberufung ihrer Truppen Hindernisse in den Weg gelegt würden. Durch diese Drohung erschreckt hatten die Generalstaaten die Schwachheit, die Abberufung jener Truppen, welche

ungefähr die Hälfte der in den Generalitätslanden gelegenen bewaffneten Macht der Republik ausmachten, zuzugeben, und dadurch der Provinz Holland die Mittel zu Erreichung ihres Endzweckes zu erleichtern.

Diese Begebenheiten, die sich theils unmittelbar vor der Ankunft des Grafen von Görtz in Loo, theils während seines kurzen Aufenthaltes daselbst ereigneten, genügten, um denselben zu überzeugen, daß sich der Erbstatthalter in einer sehr gefährlichen Lage befinde, und daß die Erreichung des Zweckes seiner Sendung die größten Anstände finden werde. Bereits hatten sich die Provinzen Holland, Oberyssel und Gröningen laut und öffentlich gegen den Statthalter erklärt, und Seeland war im Begriffe es zu thun. Von den übrigen Provinzen konnte derselbe eigentlich nur auf Geldern und Utrecht zählen; denn auch von Friesland war er nicht sicher, obschon sich dort noch Anhänglichkeit an die Verfassung und gute Gesinnungen für den Prinzen äußerten. Allein diese Provinzen bedurften und verlangten thätigen Beistand, und wie sollte ihnen dieser werden, ohne zum Aeußersten zu schreiten?

So kannte man in Berlin die Verhältnisse nicht, als dort die Instruktion für den Grafen ausgefertiget wurde, und dieser faßte also vorerst den Entschluß den Zustand der Republik so wie die Absichten und Mittel der verschiedenen Parteien auf das Genaueste zu erfor-

ſehen, und einſtweilen durch ein ruhiges aber feſtes Benehmen das Fortſchreiten des Uebels möglichſt zu verhindern. Dazu verwendete der Graf vorerſt die wenigen Tage ſeines Aufenthaltes in Loo (9—12. September), und er verdankte die meiſten eben ſo wichtigen als belehrenden Aufſchlüſſe der Gemahlin des Statthakters, einer Frau von den vortrefflichſten Eigenſchaften, von einem durchdringenden Verſtand, klaren Anſichten, richtiger Beurtheilungskraft und einer männlichen Entſchloſſenheit; in ihr ſchien der Geiſt des großen Friedrichs, ihres Oheims, fortzuleben.

Von ihr erhielt Graf Görtz eine charakteriſtiſche Schilderung aller Perſonen von Bedeutung in den ſieben vereinigten Provinzen; er fand ſolche unerachtet ihres großen Umfangs und der Menge der geſchilderten Individuen bei den in der Folge ſtattgehabten Unterhandlungen eben ſo richtig als belehrend, und mit einer Beſtimmtheit und Zartheit abgefaßt, die einem in den Geſchäften ganz bewanderten Miniſter Ehre gemacht haben würde. In den verſchiedenen Audienzen bei der Prinzeſſin beſtrebte ſich der Graf, ihre Anſichten von den gegenwärtigen und künftigen Ereigniſſen, ſo wie ihre Wünſche und Erwartungen, zu erfahren. Die Prinzeſſin äußerte ſich über die wichtigſten Punkte auf eine Art, die gekannt zu werden verdient.

Görtz fragte ſie: ob ſie ſich entſchließen könnte nach dem Haag zu gehen, im Falle er ihre Anweſenheit

daselbst als nützlich oder nothwendig ansehe? Er be-
merkte, daß er sich nicht von dem Gedanken zu trennen
vermöge, eine Fürstin von so erhabenen Eigenschaften —
umgeben von liebenswürdigen Kindern, von Söhnen,
welche zu den größten Hoffnungen berechtigen — müsse
die Liebe des Volkes wieder erwecken, und könne selbst
zum Theil die Häupter ihrer Gegenpartei für sich
gewinnen.

„Der Graf", entgegnete die Prinzessin, „ha-
„eine zu vortheilhafte Idee von ihr und ihren Eigen-
„schaften; bei dem gegenwärtigen Stand der Sa-
„schmeichle sie sich keineswegs, daß ihre Gegenwa-
„irgend einen guten Erfolg hervorbringen könne, u-
„sie halte sich für überzeugt, der Graf werde, we-
„er einige Zeit sich im Haag aufgehalten habe, d-
„nämlichen Meinung seyn; ja sie wolle nicht berge-
„daß so ein Schritt, nach dem Benehmen der Staa-
„von Holland gegen den Prinzen, ihren Gemahl, e-
„er unternommen werde, große Ueberlegung foder-
„aber entschlossen Alles zu thun, was nur immer da-
„beitragen könne, Ruhe und Ordnung im Lande wie-
„herbeizuführen, werde sie sich durch keine Betrachtu-
„abhalten lassen, nach dem Haag zu gehen, sobald d-
„Graf es anrathe, jedoch nur sie allein, aber keinesw-
„mit ihren Kindern, denn für ihre Person sey sie au-
„Sorgen, aber ihre Kinder wolle sie keiner Gefa-
„aussetzen, da sie die Bosheit ihrer Gegner kenne, u-

„besorgen müsse, sie würden dieselbe als Geisel zurück„behalten."

Nun bemerkte der Graf: es sey ihm wohl bekannt, daß der französische Hof einigemal dem verstorbenen König habe zu verstehen geben lassen, das beste Mittel, den Unruhen in Holland ein Ende zu machen, wäre, wenn der Prinz von Oranien die Statthalterschaft sammt den damit verbundenen Würden seinem ältesten Sohn abträte, und sodann die Regentschaft und Vormundschaft der Prinzessin übertragen würde; er wisse auch wohl, daß sie es sey, welche diesen Vorschlag verworfen habe, dessen unerachtet wage er doch sie zu fragen: ob bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge ihre Gesinnungen die nämlichen wären, wenn so ein Vorschlag erneuert werden sollte?

„Ich werde mich" — erwiederte die Prinzessin mit Wärme und edler Entschlossenheit — „stets einem eben „so demüthigenden als arglistigen Vorschlag widersetzen, „durch den ich, wenn ich ihn je annehmen könnte, die „Pflichten der Gattin und Mutter verletzen würde."

Wenn gleich durch so eine Aeusserung von Bewunderung durchdrungen, machte doch der Graf die Bemerkung: es scheine ihm, hier dürften die Pflichten der Mutter den Vorzug verdienen, und er erlaube sich daher die Frage, ob, wenn dieses Aeusserste das einzige

Mittel seyn sollte ihre Familie zu retten, die Prinzessin sich weigern würde dasselbe zu ergreifen?

„Ja, Herr Graf!“ entgegnete die Prinzessin mit großer Ruhe und Festigkeit, „ich werde mich „dessen stets und unabänderlich weigern; ich werde „dieses nicht nur aus dem Grunde thun, weil ich es an „nichts, was ich meinem Gemahl, meinen Kindern und „mir selbst schuldig bin, will ermangeln lassen, sondern „auch weil ich innig überzeugt bin, daß dieses nur ein „Fallstrik ist, den mir die Feinde meines Hauses legen „wollen, um, wenn ich schwach genug wäre, so einen „Vorschlag anzunehmen, sich meiner und meiner Kinder „zu bemächtigen, die Familie zu entzweien, und mich „der Liebe der Nation zu berauben, die ich unfehlbar „verlieren würde, wenn ich mich entschließen könnte, „mich von dem Prinzen zu trennen. Hätte ich mich „dann auf diese Art meinen Feinden selbst überliefert, „so würden sie nicht zögern, mich der Nation als eine „Fremde, als ein ehrgeiziges und pflichtvergessenes „Weib zu schildern, und der Theil derselben, welchem „der Name Oranien noch theuer, welcher mehr, als „Sie glauben, dem Prinzen ergeben ist, würde sich „mit unsern Feinden gegen mich vereinigen.“

Diese erhabenen Gesinnungen, diese seltene Beurtheilungskraft durchdrangen den Grafen mit Bewunderung, und müssen auch allgemeine Anerkennung finden.

So sehr Görtz überzeugt war, daß bei dem hoff-

wungslosen Zustand, in welchem sich die Republik, insbesondere aber das Haus Oranien befand; die ihm übertragene Unterhandlung ohne die früher von ihm angerathenen Maaßregeln von keinem Erfolg seyn könne, so that er doch von dem Augenblicke seiner Ankunft in Loo an Alles, was in seinen Kräften stand, um die dem Hause Oranien ergebene Partei von allen fernern Thathandlungen abzuhalten. Der Prinz selbst sahe die Zweckmäßigkeit dieses Bestrebens ein, allein er fand sich zugleich durch unerwartet eingetretene Umstände in die größte Verlegenheit versezt, dasselbe zu unterstützen, oder mit demselben in Uebereinstimmung zu handeln.

Es wendeten sich nämlich die Staaten von Utrecht, um die in den Städten Utrecht und Wick entstandenen Unruhen zu dämpfen und die Widerspenstigen zur Ordnung und zum Gehorsam zurückzuführen, an denselben und verlangten von ihm, daß er die in ihrem Sold stehenden, aber in der Provinz Geldern befindlichen Truppen in die Provinz Utrecht einrücken lasse. Sollte der Prinz dieser Auffoderung entsprechen? — sollte er sie zurückweisen? — Im erstern Fall würden sich die Vorgänge von Hattem und Elburg erneuern, und die Patrioten einen neuen Anlaß finden, über einen sogenannten Gewaltstreich zu klagen; im leztern Falle handelte er nicht nur im Widerspruch mit seinem Benehmen auf die frühere Auffoderung der Provinz Geldern, son-

dern er setzte sich auch noch der Gefahr aus, daß die Staaten von Utrecht sich als von ihm ihren rebellischen Unterthanen preisgegeben betrachten und zu seinen Gegnern übertreten dürften.

Auf den Rath des Grafen antwortete der Prinz den Staaten, er ersuche sie von ihrem Begehren abzustehen, und unterstützte dieses Ersuchen durch alle erdenklichen Gründe; ja als dessen ungeachtet die Staaten ihre Auffoderung erneuerten, schickte er denselben einen Vertrauten, um sie durch mündliche Vorstellungen zu bewegen, keine Truppen-Sendung zu verlangen. Aber weit entfernt diesen Zweck zu erreichen, brachte der Vertraute ein Schreiben der Staaten zurück, worin sie ihr früheres Begehren mit der Drohung wiederholten, daß sie, wenn demselben nicht entsprochen werde, entschlossen seyen, sich der Provinz Holland in die Arme zu werfen.

Nun freilich konnte der Prinz keinen Anstand nehmen, die verlangten Truppen nach der Provinz Utrecht zu beordern; der Graf aber fand sich bewogen, sogleich nach dem Haag abzureisen, um, wenn es möglich wäre, dem üblen Eindruck, den diese Nachricht dort hervorbringen dürfte, vorzubeugen.

Vor seiner Abreise that der Graf noch Alles, was er vermochte, um die Prinzessin von Oranien zu bewegen, mit ihrem Gemahl und ihrer Familie einen andern Ort als Loo zum Aufenthalt zu wählen. Er

besorgte nämlich, es könnte dort wohl ein Angriff auf die persönliche Freiheit der statthalterischen Familie gemacht, vielleicht gar die Entführung derselben versucht werden, und schlug daher vor, sich an einen Ort zu begeben, wo man gegen ein Unternehmen der Art gesichert seyn könne. Diese Vorstellungen fanden Eingang, und sogleich wurde der Befehl ertheilt, das Schloß von Nimwegen zur Aufnahme des Statthalters und seiner Familie in Bereitschaft zu setzen.

Der Graf berichtete von Loo aus dem König, was er erfahren und beobachtet hatte, und bat sich über verschiedene in der Instruktion nicht vorgesehene Punkte Weisung aus. Diese Punkte waren:

1. Wie er sich zu benehmen habe, wenn die Provinz Holland sich von der Union trenne? Ob er in diesem Fall mit derselben besonders oder etwa nur durch den französischen Gesandten unterhandeln und dann die andern Provinzen als die eigentlichen Generalstaaten anerkennen solle? —

2. Welche Sprache er mit der erwähnten Provinz zu führen habe, wenn sie sich so weit vergessen sollte, den Erbstatthalter zu suspendiren oder gar abzusetzen? —

3. Wenn die Provinzen Utrecht und Geldern sich genöthigt sehen sollten, den schleunigen und werkthätigen Schutz des Königs gegen die Gewaltthaten

der Provinz Holland nachzusuchen, ob ihnen derselbe zugesichert werden dürfe?

4. Welcher Rath dem Prinzen und seiner Familie zu ertheilen sey, wenn deren persönliche Sicherheit noch mehr gefährdet werde? Der Graf fügte bei, er habe einstweilen das Schloß von Nimwegen zum Aufenthalt derselben vorgeschlagen.

Nun verließ er Loo, um sich nach dem Haag zu begeben. Auf der Reise dahin kam er durch Amersfort, wo eben die Staaten von Utrecht versammelt wären. Der Graf fand Gelegenheit mit mehreren Mitgliedern derselben zu sprechen, und sie mit dem Endzweck seiner Mission bekannt zu machen; dieses geschah hier gegen die Anhänger des Hauses Oranien mit eben der Offenheit, mit welcher er einige Tage zuvor in Deventer zu den Gegnern desselben gesprochen hatte.

„Ohne besondere Verhaltungsbefehle in Bezug auf „die gegenwärtige Lage der Provinz Utrecht zu haben," äußerte sich der Graf, „sey er angewiesen, die „Unterstützung seines Hofes allen denjenigen zuzusichern, „deren Streben dahin gehe, die Verfassung der Repu„blik aufrecht, und dem Erbstatthalter seine konstitu„tionellen Rechte zu erhalten, und beauftragt dieses „unter Mitwirkung des französischen Hofes zu erzielen; „es scheine ihm aber, daß in dem gegenwärtigen „Augenblick, wo die Faktion, welche die Provinz

„Hol-

„Holland beherrsche, die Maske abgenommen und
„die Vorrechte der andern Provinzen nämentlich jene
„von Geldern und Utrecht angegriffen habe;
„diese durch eigene Standhaftigkeit mehr als
„durch alles Andere zur Rettung der Republik beitragen
„könne; ihnen stehe daher zu, sich zu diesem Endzweck
„zu vereinigen, Muth zu zeigen und mit Entschlossen-
„heit zu handeln; erst dadurch werden die fremden
„Mächte eine gerechte Veranlassung finden, sich für
„sie zu interessiren; ihm scheine auch, da Frankreich
„eben so gut der Verbündete der Provinzen Geldern
„und Utrecht als der Provinz Holland sey, daß sie
„sich dahin wenden und die Dazwischenkunft dieses
„Alliirten verlangen sollen; würden sie dann auch zu
„gleicher Zeit das nämliche Vertrauen dem König von
„Preußen als Freund und Nachbar bezeigen, so glaube
„er, ohne jedoch hierüber zur Zeit die Gesinnungen
„seines Hofes zu kennen, hoffen zu dürfen, Se. Ma-
„jestät werden den Staaten ebenfalls ihre mächtige und
„unbefangene Dazwischenkunft angedeihen lassen."

Diese Worte schienen den Muth der Anwesenden
neu zu beleben, und sie sicherten dem Grafen, als er
sie verließ, die größte Thätigkeit und eine unerschüt-
terliche Standhaftigkeit zu.

Im Haag in der Nacht vom 13. auf den 14. Sep-
tember angekommen, war das Erste, was Graf Görtz
that, sich schon frühe Morgens eine Stunde bei dem

Marquis von Verac zu erbitten, der sie demselben um 1 Uhr Mittags gab. Da der Erfolg der zwischen beiden stattgefundenen Unterredung mit dem System und Benehmen des französischen Hofs zusammenhängt, so findet sich derselbe im nächsten Abschnitte dargestellt.

Um die Zeit bis zur bestimmten Stunde nicht zu verlieren, benützte der Graf dieselbe zu einem ersten Besuch bei Herrn von Thulemeier und bei dem gleich neben demselben wohnenden englischen Gesandten Ritter Harris und bei dem Geheimrath v. Larrey, Kabinetssekretär des Prinzen von Oranien.

Gleich in der ersten Unterredung mit Herrn v. Thulemeier hatte Görtz durch ein offenes und vertrauliches Benehmen den Beifall und das Vertrauen desjenigen Mannes gewonnen, dem seine Sendung persönlich nicht angenehm seyn konnte. Herr v. Thulemeier sicherte dem Grafen seine eifrige und aufrichtige Mitwirkung zu Erreichung des Zwecks seiner Sendung zu, setzte ihn von allen Verhältnissen in Kenntniß, und berathschlagte sich mit demselben über die nun einzuleitenden Schritte.

Vom Ritter Harris wurde der Graf mit der Freude und Herzlichkeit eines alten Freundes und Bekannten empfangen, und es war ihm daher ein Leichtes, sogleich bei dem ersten Wiedersehen von ihm das Versprechen zu erlangen, sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen ruhig zu verhalten. So hatte denn der

Graf gleich in den ersten Stunden seines Aufenthaltes im Haag zwei seiner Absichten erreicht, und dieses vielleicht, wenn gleich zu frühe, als eine gute Vorbedeutung angesehen.

Das Erste, was nun geschehen mußte, war die Legitimation des Grafen. Da eben jezt die Provinz Holland, welche so oft die gebührende Achtung und Rücksicht gegen den König von Preußen hintansezte und an der Spitze der Gegner des Hauses Oranien stand; in der Versammlung der Generalstaaten den Vorsitz hatte, dieser aber in der folgenden Woche an die Provinz Seeland überging, so wurde er und Herr von Thulemeier mit einander einig, daß mit Ueberreichung seines Kreditivs bis dahin zugewartet werden solle. Außerdem daß sich die Provinz Seeland durch diesen Aufschub geschmeichelt finden durfte, hätte auch deren erster Adelige von Linden, welcher dann Präsident seyn würde, sehr gute Gesinnungen und Grundsätze.

Die Uebergabe des Kreditivs erfolgte also erst am 18. September in die Hände des Großpensionärs Bleiswik, dem der Graf dabei im Wesentlichen sagte: „In„dem Se. Majestät ihm einen Auftrag an die Gene„ralstaaten ertheilt haben, worüber er gegenwärtig das „Beglaubigungsschreiben zu übergeben die Ehre habe, „bestrebe sich der König Ihren Hochmögenden auch „noch diesen unzweideutigen Beweis zu geben, wie

6 *

„aufrichtig Se. Majestät verlangen, die bisher zwi-
„schen seinen erlauchten Ahnen und der Republik be-
„standene Freundschaft beizubehalten, und zweifeln
„nicht, diese werde gleiche Gesinnungen hegen. Der
„besondere Gegenstand, worüber er zu unterhandeln
„bevollmächtiget sey, liege zwar dem Herzen Sr. Ma-
„jestät sehr nahe; allein Allerhöchstdieselben werden
„dessen unerachtet nur der Gerechtigkeit und Billigkeit
„Gehör geben, welche allein die Basis aller Regie-
„rungshandlungen Sr. Majestät ausmachen, und in
„der Art, wie die Republik dieses Benehmen erwie-
„dere, den Beweis finden, welchen Werth sie auf
„die Freundschaft des Königs lege."

Herr v. Thulemeier, welcher hiebei gegenwärtig war, bemerkte während dieser mit festem Ton gesprochenen Rede des Grafen eine sehr verlegene Haltung an dem Großpensionär, der als ein entschiedener Feind des Hauses Oranien bekannt war, und auf die Rede halbstammelnd bloß erwiederte: „Ihre Hochmögenden werden über dieses Merkmal des Wohlwollens Sr. Majestät sehr gerührt seyn."

Von dem Großpensionär verfügten sich beide Minister zu dem Staatssekretär Fagel, der seinen Schmerz und seine Besorgnisse über den Zustand des Vaterlandes mit vieler Offenheit äußerte, und dann zu dem Präsidenten der Woche, Baron v. Linden, von dem sie die Versicherung der aufrichtigsten Mit-

wirkung zum Erfolg der anzuknüpfenden Unterhand=lungen erhielten. Es waren sonach alle Formalitäten beobachtet, und der Graf wurde von den Generalstaaten ohne allen Anstand in seiner Eigenschaft anerkannt.

Vierter Abschnitt.

Diplomatische Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich in Bezug auf die Angelegenheiten der Republik.

Um sich einen richtigen Begriff von der Schwierigkeit der dem Grafen von Görtz übertragenen Sendung und von dem Unangenehmen seiner Lage machen zu können, ist vorerst die Uebersicht derjenigen diplomatischen Verhandlungen nöthig, welche unmittelbar nach seiner Abreise zwischen den Höfen von Berlin und Versailles in Bezug auf die holländischen Angelegenheiten statt fanden. Wir geben solche nun der Verständlichkeit willen bis zu dem Zeitpunkte im Zusammenhang, wo die Sendung des Herrn von Rayneval nach dem Haag eine Aenderung in dem System Frankreichs zu erkennen gab, müssen jedoch zuvor noch Einiges, was schon früher geschehen, hier anführen.

Wir haben aus dem bisher Gesagten ersehen, daß sich der französische Hof noch bei Lebzeiten Friedrich II. bereit erklärte, gemeinschaftlich mit demselben,

eine billige Ausgleichung der Zwistigkeiten in der Republik zu versuchen; daß schon damals durch den französischen Gesandten in Berlin dahin unterhandelt wurde, den Grafen von Görtz von Seite Preußens dazu zu ernennen, weil er mit dem französischen Gesandten im Haag, Marquis von Verac, im freundschaftlichen Vernehmen stehe und sich daher erwarten lasse, es werde ihrem gemeinschaftlichen Bestreben gelingen, den gewünschten Endzweck zu erreichen, daß aber aus den angeführten Ursachen die beabsichtete Intervention bei Lebzeiten des Königs nicht zu Stande kam.

Bald hernach (21. April) äußerte der Marquis von Verac in einer den Generalstaaten übergebenen Note: „der König wünsche in Folge seiner der Republik „gewidmeten Gesinnungen, daß es gelingen möge, „die Mißbräuche abzuschaffen, welche die innern Zwi„stigkeiten in derselben veranlaßt haben, und daß ihre „Ruhe nach den aus der Wesenheit ihrer wahren „Verfassung geschöpften Grundsätzen hergestellt werde; „indem der König diese Wünsche ausdrücke, sey er „weit entfernt sich in die innern Angelegen„heiten der Republik mischen zu wollen, „sondern vielmehr, wenn es nothwendig „seyn sollte, bereit, seine thätigste Sorg„falt anzuwenden, um zu verhüten, daß „Ihre Hochmögenden darin weder von „Innen noch von Außen gestört werden.“

Auch der preußische Gesandte erklärte in einer Note vom 15. Mai den General-Staaten: der König „gedenke sich nicht in die innern Angelegenheiten der Republik einzumischen, „wovon sein bisheriges Benehmen den Beweis liefere; „aber als deren Freund und nächster Nachbar, und „als solcher wesentlich bei ihrem Wohle bethätiget, „werde er recht gerne seine Verwendung, seinen Rath „und seine Intervention allenthalben eintreten lassen, „wo dieses dazu beitragen könne, die innere und äußere „Ruhe der Republik zu befestigen."

Was für Schritte Friedrich Wilhelm gleich nach seiner Thronbesteigung bei dem französischen Hofe that, um ihn zu bewegen, dessen eignem frühern Anerbieten gemäß, eine gemeinschaftliche Dazwischenkunft zu Beilegung der fortwährenden Unruhen in der Republik eintreten zu lassen, und welche Instruktion Graf Görtz bei seiner vor Einlangung einer Antwort des französischen Hofes angetretenen Sendung erhielt, ist bereits angeführt worden.

Bis auf die Vorfälle zu Hattem und Elburg scheint in den Gesinnungen des französischen Hofes keine Veränderung vorgegangen zu seyn, und wenn es gleich offenbar war, daß er mehr die Patrioten als den Statthalter begünstige, so äußerte er doch gegen diesen keine Abneigung oder feindselige Stimmung. Denn kurz ehe sich jene Vorfälle ereigneten, sagte Graf

Vergennes dem Baron von Golz; man könnte wohl bewirken, daß der Prinz von Oranien unter gewissen eben nicht unbilligen Bedingnissen das Kommando im Haag zurückerhielte; aber ganz anders war Vergennes Sprache gleich nach jenen Vorfällen. Die Lage des Prinzen äußerte er, scheine ihm nun hülflos zu seyn, er habe jezt nicht bloß die Majorität, sondern auch die Minorität der Staaten von Holland gegen sich aufgebracht, denn man wisse nur zu sehr, daß die Staaten von Geldern, mit deren Requisition er sich rechtfertigen wolle, seine Kreaturen seyen, und nach seinem Wunsche gehandelt haben; das Benehmen des Prinzen sey aber die Folge seiner Berathungen mit dem englischen Gesandten, den er zu sich nach Loo habe kommen lassen; der Prinz sey sehr irrig daran, wenn er glaube, die Engländer nehmen an seiner Person aufrichtigen Antheil; ihnen sey nur darum zu thun, Frankreichs Einfluß in der Republik auf alle mögliche Art zu hemmen, oder gar zu vernichten, und ganz gleichgültig, auf welche Art dieses geschehen könne; auch habe er, Graf Vergennes, die Beweise in Händen, daß die Engländer, um die Patrioten zu gewinnen, vor einiger Zeit sich bereit erklärt haben, mit Allem einverstanden zu seyn, was zum Nachtheil des Statthalters unternommen werde. Graf Vergennes erklärte sonach, es könne

unter diesen Umständen von Zurückgabe des Kommando im Haag gar keine Rede seyn, jedoch werde sein Monarch aus Freundschaft für den König von Preußen, und um eine billige Ausgleichung zu erleichtern, dem Marquis von Verac auftragen, die Flamme nicht noch mehr anzublasen; es dürfte aber bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge wohl kaum ein anderes Mittel geben, die Ordnung und Ruhe wieder herzustellen, als daß der Prinz sich nach seinen deutschen Staaten begebe und sein Sohn die Statthalterschaft unter der Vormundschaft seiner Mutter, von welcher die ganze Nation eine sehr gute Meinung habe, übernehme. Baron von Golz fragte den Grafen, ob dieser Vorschlag ministeriell gemacht werde, — worauf dieser erwiederte: nein! Jedoch erlaube er ihm davon jenen Gebrauch zu machen, den er dienlich finden würde. Dieser berichtete darüber dem Könige, der solches nach seiner Zurückkunft aus Preußen, am 27. September, dem Grafen von Görtz zuschloß, um davon den Prinzen von Oranien zu verständigen.

Die förmliche Aeußerung des Kabinets von Versailles auf die von dem preußischen Hof erhaltenen Eröffnungen erfolgte jedoch erst am 10. September in einer Depesche des Grafen von Vergennes an den Grafen von Esterno in Berlin. Diese ist so interessant und deren Kenntniß zur richtigen Beurtheilung

des Systems des französischen Hofes und des Benehmens seiner Gesandten im Haag so nöthig, daß die eigenen Worte derselben, in so weit sie nämlich die holländischen Angelegenheiten betrifft, hier angeführt werden müssen.

Nachdem im Eingang die in der bekannten preußischen Depesche an den Baron von Golz enthaltenen Versicherungen von freundschaftlichen Gesinnungen und andern Höflichkeitsbezeigungen erwiedert werden, fährt Graf von Vergennes fort:

„Was die Angelegenheiten des Herrn Statthalters „anbetrifft, so ist der König immer, wie bisher, „bereit, seinen Einfluß in Holland dahin geltend zu „machen, daß sie auf eine für Se. Majestät den „König von Preußen befriedigende Art in Ordnung „gebracht werden. Aber die Mittel, dieses zu er„zielen, erheischen um so größere Behutsamkeit und „Vorsicht, als es in den Grundsätzen des Königs „liegt, sich nicht in die innern Angelegen„heiten der Republik einzumischen. Dieses „erscheint zudem noch um deßwillen nöthig, weil „der Londoner Hof durch ein anderes Benehmen die „Gemüther in Holland sich abgeneigt gemacht und „jene Revolution herbeigeführt hat, wodurch es die „Allianz mit den vereinigten Provinzen verlor. Es „liegt dem König, auch abgesehen von dem so eben „angeführten Beweggrund, um so mehr daran, sich

„mit der größten Umsicht zu benehmen, als der Her[r]
„Fürst von Nassau nie unterlassen hat, alle Gelege[n]
„heiten zu ergreifen, um seine unüberwindlich[e]
„Abneigung gegen Frankreich an den Ta[g]
„zu legen, und jenen Mitbürgern, welch[e]
„von dem wahren Interesse des Vaterla[n]
„des besser unterrichtet als er, seine A[n]
„sicht nicht theilten, Merkmale von Ha[ß]
„oder Verachtung zu geben. Kann wohl b[ei]
„diesem Stande der Dinge der König Interesse f[ür]
„einen Fürsten zeigen, dessen System ist, der Fein[d]
„Frankreichs und der Verfolger seiner Anhänger [zu]
„seyn? Und wenn Se. Majestät dieses thun wollte[n,]
„würden sie nicht Gefahr laufen, das Vertrauen d[er]
„leztern zu verlieren, und dadurch die Allianz,
„welche sie mit der Republik geschlossen
„haben, auf das Spiel setzen."

„Diesen Betrachtungen, mein Herr, muß ich n[och]
„eine beifügen, welche von Sr. Majestät dem Kö[nig]
„von Preußen erwogen zu werden verdient. De[r]
„Herr Statthalter ist der Schwager dieses Monarch[en]
„und dieses Band, und zwar nur dieses ist es
„welches die ganze Theilnahme dieses Souverä[ns]
„erregt. Wenn wir aber von diesem, in der Polit[ik]
„nur untergeordneten, Beweggrund Umgang nehmen,
„was für eine Ursache kann Friedrich Wilhelm haben,
„die Ansprüche des Erbstatthalters zu unterstützen?

„Offenbar will der Prinz zwei Sachen. 1) Vorrechte, welche für die Freiheit der Republik gefährlich sind, beibehalten; 2) Holland zu einer für nachtheilig angesehenen Allianz zurückführen. Nun frage ich im Vertrauen, ob der König von Preußen ein Interesse haben könne, die eine oder die andere dieser Absichten zu unterstützen? Wir vermögen nicht dieses zu vermuthen, weil wir nicht zu vermuthen vermögen, daß dieser Fürst einerseits ein der Unabhängigkeit der vereinigten Provinzen und andererseits ein den Banden, die sie gegenwärtig mit Frankreich vereinigen, entgegengeseztes System habe. Daraus geht hervor, daß die erste Empfindung des Königs für die Republik und jene, die er für den Fürsten von Nassau hat, derselben ganz untergeordnet seyn muß, und aus dieser lezten Wahrheit ziehen wir den Schluß, daß das für den Herrn Statthalter zu treffende Arrangement mit der Unabhängigkeit und Sicherheit der Republik zusammenhängen muß."

„Wenn wir, wie wir uns schmeicheln, über diese Basis einverstanden sind, so wird es uns ein Leichtes seyn, uns über die für den Herrn Fürsten von Nassau zu treffenden Maaßregeln einzuverstehen, und ich will Ihnen nun die Gesinnungen des Königs hierüber deutlich auseinandersetzen."

„Der Herr Statthalter war bisher im Besitz dreier sehr wichtigen Vorrechte, nämlich: 1) des Kom=

„mando's im Haag; 2) des Reglements von
„1674; 3) des Patentrechtes. Ich glaube zu
„erst mich über den Punkt, das Reglement betreffend
„äußern zu sollen, weil dieser der wichtigste ist."

„Das Daseyn dieses Reglements ist, was
„auch immer die Anhänger des Statthalters sagen
„mögen, ein Mißstand in einer Republik
„weil die Magistrate die Verstände der Städte, weil
„die Städte die Provinzialstaaten bilden, weil folglich
„derjenige, welcher die Magistrate ernennt, Herr der
„Staaten ist, was so viel heißt, daß der Herr Statt-
„halter, welcher nur der erste Beamte einer jeden Pro-
„vinz seyn soll, in der That deren Souverän ist.
„Diese Wahrheit ist eben so unumstößlich als für die
„Anhänger der alten Verfassung der Republik zurück-
„schreckend."

„Daher glauben wir, mein Herr, daß die Patrio-
„ten aus guten Ursachen der Meinung sind, es liege
„für die Aufrechthaltung der Republik viel daran, daß
„das Reglement von 1674 abgeschafft werde.
„Dieses scheint um so wesentlicher für den Herrn Statt-
„halter selbst, als dadurch die Besorgnisse, welche sein
„Ansehen den Patrioten nothwendig einflößen muß,
„verschwinden, und die über alle andern von ihm an-
„gesprochenen Vorrechte zu treffenden Arrangements
„erleichtert werden."

„Unter diesen Vorrechten scheint jenes, welches

„diesem Fürsten am meisten am Herzen liegt das Kom=
„mando im Haag zu seyn. Dieses ist ihm abge=
„nommen worden, und nach allem Anschein wird er es
„nicht anders als durch eine Revolution wieder erhal=
„ten können, auf die er jedoch wenig rechnen darf.
„Der König glaubt, mein Herr, daß der Fürst von
„Nassau, anstatt zu behaupten, dieses Kommando klebe
„seiner Würde an, eingestehen solle, daß er es nur
„vom Souveräne erhalten könne. Dieses
„Eingeständniß wird die erste Schwierigkeit beseitigen,
„und es ist viel Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß sich
„die Staaten (die Abschaffung des Reglements vor=
„ausgesezt) dadurch bestimmt finden dürften, den
„Statthalter in das Kommando im Haag
„wieder einzusetzen, und ihm selbst das modifi=
„zirte Patentrecht ferner zuzugestehen."

„Der König von Preußen scheint über das Wesent=
„liche dieses Punktes mit dem König einverstanden zu
„seyn, aber derselbe ist der Meinung, daß die Zurück=
„gabe des Kommando's voraus geschehen müsse, und
„daß die andern Punkte, erst wann solche erfolgt ist,
„verhandelt und in Ordnung gebracht werden können."

„Ich habe über diesen Vorschlag nur eine Bemer=
„kung zu machen, die aber entscheidend zu seyn scheint,
„nämlich daß der Herr Statthalter, um das Regle=
„ment aufrecht zu erhalten, sich nicht scheine
„die Republik den Gräueln des Bürger=

krieg...

„Kriegs auszusetzen. Kann man vermuthen, er „werde freiwillig dieser widerrechtlichen Prärogative „entsagen wollen, wenn er die Militärautorität in „der Provinz Holland wieder erlangt haben wird? „Muß man nicht vielmehr fürchten, er werde eben „diese Autorität anwenden, um alle seine Ansprüche „zu behaupten?"

„Der König von Preußen schlägt allerdings ein „Mittel gegen diese Besorgnisse vor; er ist nämlich „bereit, die Garantie des Vollzugs Alles desjenigen „zu übernehmen, was nach Zurückgabe des Kommando's werde festgesetzt werden."

„Nichts ist in der That so achtungswerth als „dieses Anerbieten, und nichts könnte das persön„liche Vertrauen in dasselbe vermehren. Aber hier „handelt es sich nicht von dem Vertrauen Sr. Ma„jestät, es handelt sich von jenem der Patrioten, und „dieses ist um so schwerer zu erlangen, als sie ein „gränzenloses Mißtrauen in den Herrn Fürsten von „Nassau haben; nie werden sie an etwas Anderes „glauben, als an das, was geschehen ist, keineswegs „an das, was man sie hoffen läßt."

„Indessen, mein Herr, ist das Verlangen des „Königs, dem Könige von Preußen gefällig zu seyn, „so lebhaft, so aufrichtig, daß Sr. Majestät es über„nehmen werden, die Patrioten zu ermahnen, die „Wünsche Sr. Majestät des Königs zu erfüllen,

„wenn

„wenn der Punkt des Reglements nach ihren „Wünschen geordnet seyn wird, und wenn „dieser Monarch die Garantie davon über= „nimmt; der König wird selbst, wenn es nöthig ist, „seine Garantie zu jener Sr. Majestät von Preußen „hinzufügen.“

„Dieses ist der Punkt, mein Herr, von dem je= „ner des Kommando's, und die innere Beruhigung „der Republik abhängt. Wir verlangen vom König „von Preußen von zwei Sachen eine, nämlich „entweder daß er den Herrn Statthalter „bewege, von selbst auf das Reglement zu „verzichten, oder daß er sich verpflichte, „denselben in dem Streite darüber nicht zu „unterstützen. In einem wie in dem andern Falle „wird der König mit Wärme sein ganzes Ansehen „und seinen ganzen Einfluß verwenden, daß dasselbe „dem Herrn Fürsten von Nassau unter dem erwähn= „ten Vorbehalt zurückgegeben und ihm der Genuß „aller andern mit seiner Würde verbundenen Vor= „rechte gesichert werde.“

„Der König wünscht um so aufrichtiger, daß die „vorgeschlagene Auskunft dem Könige von Preußen „zusage, als er einen großen Werth darein legt, zu „Beilegung eines Streites beizutragen, welcher diesem „Prinzen unangenehm seyn muß, und die erste sich „darbietende Gelegenheit zu benützen, um diesem Mo=

„narchen die ihm gewidmete Freundschaft, so wie das
„offenherzige und aufrichtige Verlangen zu beweisen,
„sie durch alle in seinen Kräften stehenden Mittel zu
„erhalten."

„Es bleibt mir nun noch übrig, mein Herr, Ih-
„nen von der gemeinschaftlichen Mitwirkung, wovon
„in der an den Baron von Golz gerichteten Depesche
„Erwähnung geschieht, zu reden."

„Gewiß wären Se. Majestät sehr geneigt, sich mit
„dem Könige von Preußen über die angemessenen
„Mittel, in den vereinigten Provinzen die Ruhe wie-
„der herzustellen, einzuverstehen; Se. Majestät ziehen
„aber in Betrachtung, daß nur von innerlichen
„Unruhen die Rede ist, und daß sowohl von
„ihrer Seite als von Seite des Königs von Preußen
„die Unabhängigkeit der Republik beeinträchtiget würde,
„wenn man sich in Sachen mischen wollte, welche
„einzig und allein ihre innere Verwaltung betreffen;
„beide Souveräns können es um so weniger thun, als
„sie sich in diesem Bezuge durch die in ihrem Namen
„den Generalstaaten abgegebenen Erklärungen die
„Hände gebunden haben."

„Aber die Unmöglichkeit im Haag gemein-
„schaftlich zu handeln, wird uns nicht hindern,
„uns über die Mittel, eine Ausgleichung herbeizu-
„führen, einzuverstehen. Der König wird mit Ver-
„gnügen dem Könige von Preußen die Schritte be-

„kannt machen, zu welchen er seinen Botschafter im „Haag ermächtiget, und Se. Majestät sind überzeugt, „daß dieser Fürst auch seinerseits geneigt seyn „werde, ihn von seinen Ansichten und Absichten, so „wie von den Weisungen an Herrn von Thulemeier „in Kenntniß zu setzen."

Dieser Erklärung folgte in wenigen Tagen eine zweite nicht minder merkwürdige, ebenfalls in einer Depesche an den Grafen von Esterno vom 14. September, veranlaßt durch die Vorfälle in Hattem und Elburg. Sie ist folgenden Inhalts:

„Die Umstände, mein Herr, haben sich seit mei„nem Schreiben vom 10. dieß sehr geändert. Sie „werden bereits erfahren haben, daß der Herr „Statthalter selbst die Brandfackel des „Bürgerkriegs angezündet hat."

„Wir wissen eben so wenig, welcher Beweggrund „den Herrn Statthalter zu so einem Schritte bringen „konnte, als wir die Personen kennen, welche es „gewagt haben, ihm denselben anzurathen. Alles, „was wir wissen, ist die Thatsache und die Wirkung, „welche sie hervorgebracht hat."

„In dem Zustand von Aufruhr, in welchen der „Herr Statthalter die Republik versezt hat, muß „man in Berlin fühlen, daß keine Rede mehr „davon seyn könne, etwas zu thun, um „ihm das Kommando im Haag wieder

„zu verschaffen, und daß das Einzige, womit „wir sowohl als der Berliner Hof, uns zu beschäf„tigen haben, ist, zu verhindern, daß das Feuer nicht „um sich greife. Der König kennt nur ein Mittel, „um dieses, wo möglich, zu erzielen, nämlich: daß „wir von der einen wie von der andern „Seite uns enthalten, in diesen Streit „uns einzumischen. In dieser Absicht hat der Kö„nig befohlen, dem Herrn Marquis von Verac zu er„öffnen, sein bestimmter Wille sey, daß er sich sorgfäl„tiger als je enthalte, daran selbst auf eine indirekte „Art Theil zu nehmen, und daß Se. Majestät sehr ent„schlossen seyen, sich nur insoweit darein zu mi„schen, als Sie dazu durch die Natur ihrer „Verpflichtungen gezwungen würden, wel„che nicht weniger die Unabhängigkeit der „vereinigten Provinzen als die Sicher„heit ihrer Besitzungen umfassen."

„Der König, mein Herr, wünscht, daß der Kö„nig von Preußen seinen beiden Gesandten im Haag „die nämliche Instruktion ertheilen möge, und daß „dieser Monarch, wenn er glaubt, derselben etwas „beisetzen zu sollen, sie anweise, den Herrn Statt„halter seinen Fehler und die unumgäng„liche Nothwendigkeit fühlen zu lassen, „ihn durch eine schnelle Rückkehr zu seiner „Pflicht vergessen zu machen."

„Baron von Golz war über die ihm von mir mit„getheilten Neuigkeiten um so mehr erstaunt, als die „Instruktionen, die er eben erhalten hatte, voraussez„ten, daß der Herr Statthalter sich in der Noth be„finde, und irgend einem auffallenden Unternehmen der „Patrioten ausgesezt sey, während dieser Fürst selbst „es ist, welcher dergleichen unternimmt. Ich habe „Herrn v. Golz in Kenntniß gesezt, daß der Ge„sandte des Königs im Haag auf jenes, was von „Außen geschehe, aufmerksam sey, und daß Se. „Majestät sich schmeicheln, der König von Preußen „werde bei der gegenwärtigen Lage der Sache mehr „das Interesse und die allgemeine Ruhe, „als seine Neigung für die Frau Prinzessin, seine „Schwester, in Betrachtung ziehen.“

„Ich kann Ihnen, mein Herr, nicht bergen, daß „dieser ärgerliche Auftritt auf den König einen sehr „lebhaften Eindruck gemacht hat, weil Seine Maje„stät in der vollen Ueberzeugung waren, der Herr „Statthalter werde den Erfolg des Inter„esse abwarten, welches der König von „Preußen an seiner Sache nimmt, und weil „Seine Majestät sich ein wahres Vergnügen gemacht „haben würden, den Wunsch dieses Monarchen nach „Kräften zu unterstützen. Aber nun schreiben die „Ereignisse uns Gesetze vor, der gute Wille des Kö„nigs ist unvermögend geworden, und wir müssen

„nur von dem Punkte ausgehen, auf dem die Sa-
„chen stehen, um Alles anzuwenden, daß sie sich
„nicht verschlimmern. Ohne Zweifel befindet sich der
„Herr Statthalter in der größten Verlegenheit, und
„es ist selbst schwer vorauszusehen, wie er aus der-
„selben herauskommen wird; aber am Ende kann
„doch seine Lage nicht mehr in Betrachtung kommen,
„als die Uebel, welche einen Bürgerkrieg und seine
„Folgen herbeiführen könnten."

Da dasjenige, was in diesen Depeschen von Re-
glements und Patenten gesagt wird, unver-
ständlich wäre, wenn nicht eine kurze Erläuterung
darüber beigefügt würde, so geben wir diese nachfol-
gend.

Die Reglements waren die Grundlagen der
Verfassung und Verwaltung jener Provinzen, in de-
nen sie eingeführt wurden; solche bezeichneten die
Rechte und Zuständigkeiten des Statthalters sowohl
als der Provinzialstaaten, und sind als Verträge zwi-
schen beiden anzusehen. Das Reglement von 1674,
wovon in der Depesche des Grafen von Vergennes
die Rede ist, bestand nur in der Provinz Utrecht;
in den Provinzen Geldern, Oberyssel und
Friesland kamen dergleichen erst später in der
Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu Stande. Diese
Reglements waren keineswegs von gleichem Inhalte;
aber alle wurden im Jahre 1755 durch die Ver-

mundschaftsakte, und im Jahre 1766 bei der Großjährigkeit des Prinzen feierlich und einhellig bestätiget.

Patente bezeichneten das Recht, Garnisonen in die Städte und festen Plätze zu verlegen, und solche zu wechseln. Die Utrechter Union schreibt vor, daß sich keine Stadt weigern dürfe, die ihr durch die Generalität zugeschickten Truppen aufzunehmen, vorausgesezt, daß dieselben im Sold der Generalität stehen, daß sie den hergebrachten Eid leisten, und daß die Patente mit Zustimmung des Gouverneurs der Provinz ertheilt worden.

Das Patentrecht wurde einige Zeit nachher von den Generalstaaten, dem Prinzen Moriz, Generalkapitän der Union, bis auf Widerruf dieses Rechts ertheilt; eben so genossen es seine Nachfolger bis nach dem Tod Wilhelm II. im Jahre 1651, und zur Zeit, wo kein Generalkapitän bestand, kam eine sehr komplicirte Verordnung darüber zu Stande, welche auch bis 1766, dann aber nicht mehr beobachtet wurde.

Wenn man den Ton dieser nur wenige Tage nach einander erlassenen Depeschen mit einander vergleicht, so überzeugt man sich, welch einen widrigen Eindruck die Vorfälle von Hattem und Elburg auf den französischen Hof gemacht haben, und daß nicht nur dessen Abneigung gegen den Statthalter vermehrt und bis zum Unmuth gesteigert, sondern sogar ein der

Sache nachtheiliges Mißtrauen gegen Preußen erregt wurde. Nicht nur das französische Ministerium, sondern der König selbst und das ganze Publikum hielten sich, wie aus der Korrespondenz des Baron von Golz mit dem Grafen von Görtz hervorgeht, überzeugt, daß bei den Vorfällen in Geldern die Requisition der Staaten den Statthalter nicht rechtfertige; ziemlich allgemein wurde behauptet, es liegen Anzeigen vor, dieser habe durch seinen Einfluß in Geldern jene Requisition selbst veranlaßt. Auf eine sehr boshafte Art wurde zugleich das Gerücht verbreitet, Preußen werde demnächstens seine mit England verabredete Dazwischenkunft eintreten lassen.

Der König von Preußen, der einerseits auf die Gesinnungen des französischen Hofes den größten Werth legte, und Alles vermeiden wollte, was das gute Einverständniß mit demselben stören könnte, und andrerseits überzeugt war, daß nur durch dessen Mitwirkung möglich werden dürfte, die Lage des Statthalters zu verbessern, säumte nicht, diesen Grundsätzen gemäß (Anfang Oktobers) durch sein Ministerium die ihm mitgetheilten Depeschen des Grafen v. Esterno beantworten zu lassen.

In dem Eingang wird das Vergnügen des Königs über die ihm bezeigten freundschaftlichen Gesinnungen Sr. Allerchristlichsten Majestät ausgedrückt, und deren Erwiederung aufs Bündigste zugesichert, dann

beigefügt, der König habe zwar vor Allem für nöthig erachtet, die erhaltenen Eröffnungen dem Prinzen von Oranien, welcher dabei am meisten interessirt sey, mitzutheilen, um seine Aeußerung darüber zu vernehmen; dessen unerachtet könne er nicht umhin, dem französischen Hof vorläufig einige Bemerkungen und Zweifel freundschaftlich zu erkennen zu geben.

„Der König," wird fortgefahren, „sehe wohl „ein, daß, wenn bei dem Standpunkte, auf welchem „sich gegenwärtig die Angelegenheiten in Holland be„finden, eine billige und dauerhafte Ausgleichung er„zielt werden solle, man nothwendig von der einen, „wie von der andern Seite nachgeben müsse; er „glaube aber auch, daß dieses auf eine Art geschehen „soll, welche für den Statthalter nicht gar zu drü„ckend sey. Die gänzliche Abschaffung des Regle„ments von 1674, welches die wesentlichen Vorrechte „der Statthalterwürde enthalte, scheine dem König „von der Art zu seyn, daß dieselbe die größten An„stände finden müßte, wenn sie nicht durch Modifi„kationen gemildert und dadurch die Beistimmung „des Statthalters erzielt werde. Es scheine, daß „dieses Reglement nur in denjenigen Provinzen geän„dert werden möge, welche es verlangen, und daß „auch sodann diese Aenderung nicht anders, als mit „Modifikationen geschehen könne."

„Seine Majestät wünschten, daß gegenwärtig ein

„Stillstand zwischen der Republik und dem „Statthalter zu Stande gebracht werden könnte, wo„durch jede Thathandlung verboten würde, „um die nöthige Zeit zu gewinnen, auf einer dauer„haften Grundlage an dem Plan einer für beide „Theile befriedigenden Ausgleichung zu arbeiten. Der „König habe keineswegs die Absicht, sich in die in„nern Angelegenheiten der Republik zu mischen; aber „die gegenwärtigen Angelegenheiten schei„nen ihm nicht bloß innere Angelegenhei„ten derselben, wie Frankreich sie betrach„te, zu seyn, und es dünke ihm, daß, wenn es „nicht gelinge, den Bürgerkrieg zu verhüten, daraus „verdrießliche, die andern Mächte Europa's beunru„higende Umstände entstehen könnten."

„Die Vorfälle in Geldern wären nicht auf den „Punkt gediehen, welchen Se. Allerchristlichste „Majestät dem Fürsten Statthalter abge„neigt zu machen scheine, wenn seine Gegner „nicht die Flamme des Aufruhrs in den Städtchen „Elburg und Hattem angefacht hätten, der Prinz „aber habe sich nicht weigern können, Truppen mar„schiren zu lassen, ohne sich dem Befehle der Pro„vinz, welche dieses für ihre Sicherheit, und um das „Uebel gleich im Entstehen zu ersticken, für nöthig „hielt, zu widersetzen. Da übrigens diese Sache in „den benachbarten Provinzen keine Folgen gehabt

„habe, und in dieser Beziehung Alles ruhig scheine,
„so schmeichle sich der König, daß dieses Se. Aller-
„christlichste Majestät nicht abhalten werde, ihre
„Sorgfalt für Beilegung der innern Unru-
„hen fortzusetzen, und daß sie sich zu dem
„Ende mit dem König verstehen werden.“

„Der König nehme keinen Anstand sich über diese
„verschiedenen Punkte mit dem Vertrauen zu äußern,
„welches ihm die Freundschaft und die billigen und
„gerechten Gesinnungen Seiner Allerchristlichsten Ma-
„jestät einflößen. Se. Maj. seyen weit entfernt, im
„Allermindesten dem System und den Verbindungen,
„welche zwischen Frankreich und der Republik der
„vereinigten Provinzen bestehen, hinderlich seyn zu
„wollen; Sie bäten Se. Allerchristlichste Maj., über-
„zeugt zu seyn, daß Sie bei allen Schritten, welche
„Sie bereits gemacht haben oder noch machen dürften,
„keinen andern Zweck haben, als die Wiederherstel-
„lung der Ruhe im Staate, und die Erhaltung
„der Statthalterwürde in ihren wesentli-
„chen Theilen; Sie glauben, daß Ihre Eigen-
„schaft als Nachbar, und jene als Schwa-
„ger des Prinzen Statthalters Ihnen das
„Recht gebe, sich für den einen wie für den
„andern dieser Punkte zu verwenden; und
„daß die Republik weit entfernt, darin einen Eingriff
„in ihre Unabhängigkeit wahrzunehmen, vielmehr die

„freundschaftlichen Gesinnungen erkennen sollte, wel-
„che Se. Majestät, gleich ihren Vorfahrern, dersel-
„ben zu beweisen mit Vergnügen bereit seyen.“

„Der König hoffe, daß Se. Allerchristlichste Ma-
„jestät belieben werden, Ihnen ihre weiteren
„Ideen über eine Angelegenheit von dieser
„Wichtigkeit mitzutheilen, und werde sich ein
„Vergnügen daraus machen, denselben seinerseits mög-
„lichst entgegen zu kommen.“

Dem Grafen von Görtz wurden diese diplomati-
schen Aktenstücke unterm 29. September mit dem Auf-
trag zugeschlossen, solche dem Prinzen und der Prinzes-
sin von Oranien mitzutheilen und sie zu ersuchen,
dem König hierüber ihre Ansichten zu eröffnen.

„Sie werden von selbst begreifen,“ hieß es in
dem Erlaß an den Grafen vom 29. September und
empfangen 6. Oktober, „wie nothwendig es sey,
„daß der Prinz in seiner Antwort alle Mäßigung
„zeige, deren dieser Gegenstand empfänglich ist, da-
„mit ich davon in meiner Antwort an den französi-
„schen Hof Gebrauch machen kann. Es werden Ih-
„nen auch die Ursachen nicht entgehen, die mich zu
„einer so höflichen Antwort an diesen Hof bewogen
„haben. Es schien mir nöthig, das gute Benehmen
„zu erschöpfen, um zu sehen, ob es nicht möglich
„sey, den Grafen von Vergennes von dem betrete-
„nen Weg abzubringen. Ich habe mich zu nichts

„verpflichtet, und wenn ich darauf bestand, daß der
„Plan wegen der Reglements von 1674 nur mit
„Modifikationen, welche der Prinz annehmbar finden
„würde, ausgeführt werden könne, so geschah es,
„weil ich wirklich glaube, dieses sey das einzige
„Mittel, ihn zu retten und ihm die wesentlichsten
„Attribute seiner Würde zu erhalten. Nach der Art
„zu urtheilen, wie der Graf Esterno diese Antwort
„aufgenommen hat, sollte man glauben, daß er sich
„von derselben eine sehr gute Wirkung verspreche,
„aber ich verschiebe mein Urtheil darüber, bis ich die
„weitere Antwort von Frankreich werde erhalten ha=
„ben u. s. w."

Wirklich brachte die gemäßigte Sprache des Königs auf den französischen Hof einen sehr guten Eindruck hervor; nicht nur Graf Esterno bezeugte dieses in Berlin, sondern der Graf von Vergennes äußerte sich hierüber gegen den Herrn von Golz in Paris auf eine Art, welche bewies, wie sehr durch diese Note das Kabinet von Versailles — was nach dessen frühern Erklärungen kaum zu erwarten war — sich den Ansichten des preußischen zu nähern anfing.

„Der König von Frankreich," versicherte Graf von Vergennes den Baron von Golz am 16. Oktober, „sey durch die Weisheit des Königs von Preußen in „dem Wunsch, die Zwistigkeiten in Holland auf eine „billige Art beizulegen, bestärkt worden, und entschlos=

„sen, dem Könige von Preußen einen sichern Beweis
„seiner Freundschaft dadurch zu geben, daß er zur
„Beruhigung des Herrn Statthalters mitwirke, und
„ihm den beständigen Genuß aller Vor-
„theile und Prärogativen verschaffe, wel-
„che mit der Unabhängigkeit der Republik
„vereinbarlich seyen."

In dem nämlichen Sinne äußerte sich der Graf von Vergennes auch gegen den holländischen Gesandten von Bransen in Paris, den er als einen in seinem Vaterlande einflußreichen Mann auffoderte, zu Wiederherstellung der Ruhe in demselben kräftigst mitzuwirken, ihm aber auch zugleich erklärte, daß der König aus Freundschaft für den König von Preußen wünsche, dieselbe möge von dem Prinzen von Oranien auch nicht durch das kleinste in der Konstitution nicht gegründete Opfer erkauft werden.

Auch das Gerücht eines Einverständnisses zwischen Preußen und England, welches am französischen Hof so viel Aufsehen gemacht, und dort einen so nachtheiligen Eindruck hervorgebracht hatte, wurde durch das kluge Benehmen des preußischen Hofs niedergeschlagen, und Graf von Vergennes äußerte sich deßhalb offen gegen den Baron von Golz, dem er unter Anderm sagte: eigentlich habe nun Preußen und Frankreich in Ansehung Hollands einerlei

Interesse, mit der einzigen Verschiedenheit in der Ansicht über einen größern oder geringern Grad des Einflusses des Statthalters: eine Verschiedenheit, worüber man sich uneingestellt einverstehen werde, wo im Gegentheil England ein ganz entgegengeseztes Interesse habe, nämlich die Unruhen in Holland zu unterhalten, um Frankreich so lange als möglich den Nuzen seiner Allianz mit dieser Republik zu entziehen.

Dieser vorläufige gute Erfolg der vom König geäußerten billigen und gemäßigten Gesinnungen bestärkte denselben in der Hoffnung, daß durch Frankreichs Mitwirkung die Zwistigkeiten in Holland zur Zufriedenheit aller Theile ausgeglichen werden könnten. Dessen unerachtet unterließ der König nicht Schritte zu thun, durch die er auch andere Mächte für die Sache des Statthalters gewinnen zu können glaubte.

Daher wendete er sich vor Allem an Rußland, jedoch ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen. Denn die Kaiserin ließ zwar erklären, daß sie wohl einsehe, daß dem Prinzen von Oranien große Kränkungen zugefügt werden, und daß sie, wie alle anderen Mächte wünschen müsse, denselben ein Ziel gesezt zu sehen, daß sie aber, nachdem die Republik schon zweimal (nämlich einmal im Krieg mit England und das andermal in den Streitigkeiten mit Oestreich) ihre Vermittelung abgelehnt habe, es unter ihrer Würde halte, dieselbe zum drittenmal anzubieten.

Entsprechender war die Aeußerung Spanien
denn der Graf von Florida Blanca versicherte d
preußischen Geschäftsträger, der König sehe wohl ei
daß die Verfolgung gegen den Statthalter zu we
getrieben werde, und habe daher dem Kabinet v
Versailles seinen Wunsch eröffnet, daß solcher E
halt geschehen und der Zwist beigelegt werden mög

Wegen Oestreich war der König nicht unbesorg
obgleich der Kaiser die Maaßregeln gegen den Sta
halter laut mißbilligte. Der König dachte sich näm
lich den Fall möglich, daß der Kaiser nicht nur e
Wohlgefallen daran haben dürfte zu sehen, wie sei
Bemühungen mißlingen, sondern auch daß er dur
Begünstigung der antioranischen Partei bei der Grän
berichtigung mit der Republik Vortheile erzielen könn

Von Englands Bereitwilligkeit, die Sache de
Statthalters zu unterstützen, war nicht nur kein Vo
theil, sondern der größte Nachtheil zu erwarten. S
wie daher der König dem Statthalter die Theilnahme
anderer Mächte zu verschaffen suchte, eben so sucht
er England von jeder Bethätigung einer solchen zu
rück zu halten.

Dieß waren im Allgemeinen Preußens Verhältniss
in dieser Sache zu andern Mächten, als endlich (in
der Mitte Oktobers) die in Berlin mit Verlangen er
wartete Erklärung des Statthalters auf die Eröffnung
des französischen Hofes, eintraf. Mit Hinweglassung
des

desjenigen, was nicht wesentlich scheint, folgt deren In=
halt wörtlich:

Nachdem der Prinz im Eingange dieser Denkschrift
in Bedauern ausdrückt, daß unerachtet so mancher
Beweise seiner wahren Gesinnungen das Kabinet von
Versailles dieselbe noch immer verkenne, und ihm nicht
ur eine Abneigung gegen Frankreich, sondern auch so
ine entschiedene Neigung für England beimesse, daß
r sich bestrebe, die vereinigten Niederlande wieder zur
frühern Allianz mit dieser Macht zurück zu führen, er=
klärt er sich zu jeder billigen Uebereinkunft mit seinen
Gegnern und zu allen mit seiner Ehre und mit sei=
nen Pflichten gegen diejenigen, welche nach der Kon=
stitution zur Statthalterwürde berufen werden können,
vereinbarlichen Zugeständnissen bereit, und geht dann
auf die drei Prärogative über, deren Frankreich be=
sonders erwähnt.

„Die Reglements," wird fortgefahren, „von
„1674, deren Aufhebung Frankreich anrathet, sind
„nur die Grundlage der Regierung in der Provinz
„Utrecht, das Reglement von Geldern ist vom
„Jahr 1750, jenes von Oberyssel vom Jahr 1748,
„das von Friesland vom nämlichen Jahr, und je=
„nes von Gröningen von 1749.

„Man kann nicht umhin zu bemerken, daß diese Re=
„glements in den verschiedenen Provinzen, wo sie be=

„stehen, keineswegs mit einander gleichlautend sind,
„daß sie nur ihre innere Verwaltung betreffen, und
„daß, da jede Provinz in ihrem Bereich die Souveräne-
„tät besizt, keine das Recht habe, sich in die innern
„Angelegenheiten einer andern, und namentlich in
„Diskussionen über die Reglements zu mischen, ohne
„von den Staaten dieser Provinzen um Vermittelung
„ersucht zu werden. Dieß ist die Grundlage der öffent-
„lichen Freiheit und der wahren Verfassung, welche
„der Prinz von Oranien aufrecht zu erhalten geschwo-
„ren hat."

„Wenn man die Absicht hätte, hier auf den Ursprung
„der in ihren Folgen für die öffentliche Ruhe und das
„Wohl vieler guten Staatsbürger so nachtheiligen Ver-
„wirrung und des Geschreies gegen die Reglements zu-
„rückzugehen, so ist man der Meinung, es wäre ein
„Leichtes, zu beweisen, daß, weit entfernt solches einem
„aufrichtigen und überlegten Verlangen, Mißbräuche
„abzuschaffen und die Verwaltung der Republik auf
„eine solidere und besser erdachte Grundlage zu stützen,
„beimessen zu können, es vielmehr eine Wirkung der
„Leidenschaft und des Privatinteresses sey, welches mit
„Unbefangenheit weder untersucht noch urtheilt."

„Eben so leicht würde es seyn, Betrachtungen an-
„zustellen, um den Gesichtspunkt zu bekämpfen, aus
„welchem der Graf von Vergennes das Recht, die Ma-

„gistrate zu wählen, (welches dem Statthalter nicht nur
„in den Provinzen, wo Reglements bestehen, sondern
„auch in Holland und Seeland kraft des Kommis=
„sorialis der Provinzen und gemäß der Privilegien,
„gebührt) betrachtet. Dieses aber wird einer weitern
„Erörterung vorbehalten und man begnügt sich hier
„zu bemerken, daß der Statthalter mehrmal den Staa=
„ten von Holland seine Bereitwilligkeit erklärt hat,
„recht gerne die in ihrer Provinz zwischen ihm und den
„Städten deßfalls bestehenden Irrungen, der Entschei=
„dung eines Gerichtshofs unterwerfen zu wollen."

„Das Kommando im Haag ist ein anderer Gegen=
„stand, welcher in einem Lichte dargestellt wird, wo=
„durch der Zweifel entsteht, ob der französische Hof
„von der Sache gut unterrichtet sey. Man scheint
„sagen zu wollen, es sey durch eine verlezte Prärogative
„der Staaten, daß der Prinz eine von denselben unab=
„hängige Gewalt zu erwerben suche, wo doch dieses
„Kommando nicht für sich besteht, sondern eine natür=
„liche Folge der Funktionen eines Generalkapitäns und
„dem Oberbefehl anhängig ist, welcher ihm unter der
„Autorität des Souveräns übertragen wurde. Da der=
„selbe dem Generalkapitän der Provinz, wie dieses hier
„der Fall ist, ohne Vorbehalt ertheilt wurde, so folgt
„nothwendig, daß die im Haag garnisonirenden Trup=
„pen darunter begriffen sind."

„Der Prinz ist weit entfernt, ein von Souveränen

„unabhängiges Ansehen behaupten zu wollen; allein
„er glaubt, die Dienstordnung bringe es mit sich, daß
„der Souverän den Truppen seine Befehle durch ihren
„Kommandanten zugehen lasse, es wäre denn, dieser
„habe sich seines Vertrauens unwürdig gemacht."

„Was die Patente betrifft, so ist es schwer sich
„davon einen rechten Begriff zu machen, ohne die Lan=
„desverfassung genau zu kennen. Wenn nach reifer
„und unbefangener Ueberlegung die verschiedenen Pro=
„vinzen glauben, daß dieses Recht für die öffentliche
„Sicherheit gefährlich sey, so ist er bereit, solches den
„Generalstaaten zu übergeben."

„Der Prinz vertheidigt sonach sein Benehmen ge=
„gen Hattem und Elburg mit den schon bekannten
„Gründen und erklärt sich bereit, zu Wiederherstellung
„der Ruhe im Vaterland alle persönlichen Opfer zu
„bringen, wodurch nicht die Wesenheit seiner verschie=
„denen Würden und das, was er dem Vaterland und
„seinen Nachfolgern schuldig sey, verlezt werde; daß
„er aber auch mit Vergnügen alle Vorschläge anhören
„wolle, wodurch eine unbefangene Untersuchung der
„streitigen Punkte erzielt und die Wahrheit ins Licht
„gestellt werden könne."

„Es wird der Billigkeit Sr. Majestät nicht ent=
„gehen," heißt es am Schluß dieser Denkschrift,

„daß die Aufhebung der Suspension von der
„Stelle eines Generalkapitäns von Hol=
„land, so wie die Wiedereinräumung des
„Oberbefehls über die Truppen und insbe=
„sondere des Kommando's im Haag, Präli=
„minärartikel seyn sollten, weil dieß ein sprechender
„Beweis wäre, daß man von allen Seiten aufrichtig
„verlange, das gute Einverständniß herzustellen und
„beleidigenden Argwohn aufzugeben. Indem der Prinz
„dieses vorstellt, glaubt er nicht nöthig beizufügen, daß
„er nur deßwegen wünsche, in Thätigkeit und in Aus=
„übung seiner Rechte wieder einzutreten, um solche
„zum Besten des Vaterlandes anzuwenden, keineswegs
„aber in einer der gehässigen Absichten, die ihm seine
„Feinde unterstellen. Er weiß, daß der König, sein
„Schwager, ihm Gerechtigkeit widerfahren läßt, und
„besorgt nicht von ihm mißkannt zu werden."

„Ein anderer Gegenstand, welcher eben so wirksame
„und schnelle Maaßregeln zu erheischen scheint, ist die
„Ausgelassenheit der Zeitungen und öffent=
„lichen Blätter, wovon die Frechheit auf einen
„unbegreiflichen Grad gestiegen ist, und welche die Na=
„tion in einer immerwährenden Gährung erhält; selbst
„die ruhigsten Gemüther werden dadurch irre geführt
„und auf gewisse Art der Fähigkeit die Wahrheit zu
„untersuchen beraubt. Niemand wird die unumgäng=
„liche Nothwendigkeit, dieser Ausgelassenheit, deren

„schändliche Folgen so begreiflich sind, Schranken zu
„setzen, mißkennen."

„Stets wird der Prinz lebhaft fühlen, was er der
„Güte Sr. Majestät des Königs von Preußen schuldig
„ist. Indem der König seine Regierung damit beginnt,
„sich als Vertheidiger einer gerechten Sache zu zeigen,
„gibt er einen ausgezeichneten Beweis, daß er in die
„Fußstapfen des Fürsten, der vor ihm regierte, ein-
„trete. — Es ist sehr vergnüglich für den Prinzen
„von Oranien, in ihm nicht nur einen Bruder und Be-
„schützer zu finden, sondern auch die Ueberzeugung zu
„haben, daß dieser König der erste seyn würde, ihn seiner
„Pflichten zu erinnern, wenn er andere Wünsche hegen
„könnte als jene, welche das Glück, den Ruhm und
„die Unabhängigkeit der Republik zum Gegenstand
„haben. Diese Ueberzeugung rechtfertiget vorzüglich
„das Vertrauen und die Freimüthigkeit, womit er die
„Eröffnungen erwiedert, welche Se. Majestät ihm mit-
„zutheilen geruht haben."

„Man sieht, wie weit von einander entfernt die
„Vorschläge des französischen Hofs und jene des Prin-
„zen zu Wiederherstellung der Ruhe in Holland waren.
„Dessen unerachtet ließ der König der Erklärung des
„Prinzen volle Gerechtigkeit widerfahren, nannte solche
„klug und beifallswerth, und schickte sie an Golz mit
„dem Auftrage, deren Inhalt nachdrucksamst zu unter-
„stützen. An einem erwünschten Erfolg zweifelte der

„König nicht, denn Graf Vergennes hatte sich kurz „vorher gegen Golz auf eine Art geäußert, welche zu „erkennen gab, daß er wirklich aufrichtig wünsche, die „Irrungen auf eine für beide Theile billige Art beigelegt „zu sehen."

„Auch über die Erklärung des Prinzen äußerte sich „Graf von Vergennes gegen Freiherrn von Golz auf „eine im Ganzen genommen beifällige Art. Nur be„merkte er (Depesche des Freiherrn von Golz vom „7. November), daß er gewünscht hätte, der Prinz „wäre nicht so oberflächlich über die Reglements und „über die Patente hinweggegangen, und derselbe hätte „die Zurückgabe des Kommando's im Haag nicht als „einen Ausfluß der Stelle eines General„kapitäns, sondern als ein Merkmal von „Vertrauen verlangt. Er fügte bei: da einige „Ausdrücke in den Memoiren enthalten seyen, welche, „nach seiner Kenntniß von dem Charakter der Men„schen, mit denen man in Holland zu thun habe, „dieselben reizen könnten, so werde er davon nur „einen Auszug nach dem Haag senden, und demsel„ben eine Wendung geben, die dort mehr Beifall „finden dürfte. Bei diesem Anlaß wiederholte Ver„gennes die Versicherung der aufrichtigen Gesinnun„gen seines Hofes, und bemerkte, daß im entgegen„gesezten Falle derselbe sich mit der ganzen Sache „nicht befassen, sondern Preußen vorschlagen würde,

„eben so wie Frankreich solche aufzugeben, und den
„Betheiligten zu überlassen, wie sie ihre Angelegen-
„heiten in Ordnung bringen wollen.“

„Wir werden im folgenden Abschnitt sehen, welche
„unerwartete Folge die Denkschrift des Prinzen her-
„vorbrachte.“

Fünfter Abschnitt.

Unterhandlungen des Grafen von Görtz im Haag, bis zur Ankunft des Herrn von Rayneval daselbst (November 1786).

Während dieser unmittelbaren Verhandlungen zwischen den Höfen von Berlin und Versailles eröffnete Graf Görtz, der ihm ertheilten Instruktion gemäß, seine Negociation im Haag, und er fand sich bald von allen Seiten in Verlegenheit, und dadurch in die unangenehmste Lage versezt, die einem Unterhändler zu Theil werden kann, der wie Görtz seinen Ruhm und sein Glück darin suchte, in allen Fällen dem in ihn gesezten Vertrauen zu entsprechen.

Die erste Verlegenheit verursachte dem Grafen gleich im Beginnen seiner Unterhandlung das Benehmen seines ehemaligen Freundes, des Marquis von Verac, auf den und dessen Hof er die größte Hoffnung eines glücklichen Erfolgs seiner Sendung gebaut hatte.

Schon am Tage seiner Ankunft in Loo schrieb Görtz dem Marquis von Verac nach dem Haag, vertraulich und im Ton eines alten Freundes, um ihn von seiner Ankunft und seinen Aufträgen vorläufig in Kenntniß zu setzen, und ihm die Freude zu bezeigen, ihn wieder zu sehen, und mit ihm gemeinschaftlich in einem eben so wichtigen als ehrenvollen Geschäfte verwendet zu werden. Die Antwort des Marquis war zwar auch sehr freundschaftlich, aber indem er den Grafen versicherte, daß er immer die nämlichen Gesinnungen für ihn hege und hegen werde, und seine große Freude bezeigte, seinen Freund wieder zu umarmen, äußerte er auch sein Bedauern, daß die Ereignisse, welche ihn nach dem Haag führen, diese Freude auf eine sehr empfindliche Art stören; daß diese unglücklichen Ereignisse der unklugen Unbiegsamkeit des Statthalters zuzuschreiben seyen u. s. w.

Diese Antwort und was Görtz außerdem noch während des Aufenthaltes in Loo von den Gesinnungen des französischen Hofes und von dem Benehmen des Marquis vernahm, erregte seine Besorgniß über die erstern, und schlug seine Hoffnung auf des leztern entsprechende und thätige Mitwirkung nieder. Und doch war diese unentbehrlich, wenn seine Unterhandlung den gewünschten Erfolg haben sollte. „Ich „werde,“ sagt der Graf in einem seiner von Loo aus an den König erstatteten Berichte, „Alles, was

meinen Kräften steht, anwenden, um die Mit-
wirkung dieses Gesandten und seines Hofes zu erlan-
gen. Sollte es mir aber nicht gelingen, wie man
hier allgemein dafür hält, so werden, Sire! alle
meine Bemühungen, wären sie auch von größern
Talenten als die meinigen unterstüzt, vergebens
seyn."

Der Marquis empfing den Grafen bei dem ersten
Besuche mit einer so auffallenden, bei dem ersten Wie-
dersehen zweier Freunde ungewöhnlichen Etiquette,
daß der leztere nicht umhin konnte, darüber seine Ver-
wunderung zu zeigen. Der Marquis gestand, er habe,
ungeachtet seines großen Vergnügens den Grafen wie-
der zu sehen, gewünscht, dieses möchte nicht im ge-
genwärtigen Augenblicke stattfinden, wo es ihm ganz
unmöglich scheine, daß sie Beide gemein-
schaftlich etwas Gutes wirken können.

Nun eröffnete der Graf dem Marquis umständlich
den vom König erhaltenen Auftrag, und versicherte
ihn, daß ungeachtet des lebhaften Antheils seines Mo-
narchen an dem Schicksale einer geliebten Schwester
und ihrer Familie dennoch diese Gesinnungen den
Rücksichten auf die Gerechtigkeit und dem Interesse un-
tergeordnet seyen, welches der König an dem Wohl der
Republik und an der Erhaltung ihrer Verfassung neh-
me; der König verlange nichts, als daß dem Statt-
halter seine auf dieselbe gegründeten Rechte erhalten

werden, er habe sich auch in diesem Sinne gegen den französischen Hof erklärt, und denselben ersucht, seinen Gesandten im Haag dahin anzuweisen, gemeinschaftlich mit ihm (Görtz) zu wirken; diese Weisung werde Verac entweder schon erhalten haben, oder zuverlässig noch erhalten, da es der französische Hof gewesen sey, welcher zuerst ein Mißtrauen gegen Herrn von Thulemeier gezeigt, und darauf angetragen habe, Preußen soll einen außerordentlichen Gesandten nach dem Haag schicken, um sich gemeinschaftlich mit dem französischen Gesandten mit der Wiederherstellung der Ruhe in der Republik zu beschäftigen u. s. w.

Mit sichtbarer Verlegenheit und Unruhe hörte Verac diese Aeußerungen an, und erwiederte darauf nur: Alles, was er antworten könne, bestehe darin, daß er in der lezten Nacht einen Kourier mit dem ganz bestimmten Befehl erhalten habe, sich, nachdem durch das Unternehmen des Statthalters gegen Hattem und Elburg der Stand der Sache ganz geändert worden sey, auf keinerlei Art in die Angelegenheiten der Republik einzumischen, sondern sich einzig und allein darauf zu beschränken, Alles zu beobachten und zu berichten, was sowohl die Verhältnisse derselben im Innern, als zu den fremden Mächten betreffe; daß der König sich eben so wenig mit den erstern befassen, als zugeben werde, daß solches von andern Mächten geschehe.

Durch diese Aeußerungen auf eine sehr unangenehme Art überrascht, bot der Graf Alles auf, um den Marquis zu bewegen, mit ihm in Uebereinstimmung und gemeinsam zu handeln; er bemühte sich demselben die Vorfälle von Hattem und Elburg im wahren Lichte darzustellen, und behauptete, daß dieselben, weit entfernt, die gemeinschaftliche Dazwischenkunft beider Höfe zu hindern, solche vielmehr befördern sollten, um Ruhe und Ordnung in einem verbündeten und befreundeten, seinem gänzlichen Verfalle zueilenden Nachbarstaate herzustellen.

Außer Stande, diese Wahrheiten durch Gründe zu bekämpfen, wollte der Marquis doch dieselben nicht anerkennen, und berief sich immer auf die so eben erhaltene ganz bestimmte Weisung; der Graf aber äußerte die Hoffnung, eine den Umständen und den freundschaftlichen Gesinnungen des Königs von Frankreich für seinen Monarchen angemessene Instruktion werde den Marquis bald ermächtigen, gemeinschaftlich nach dem übereinstimmenden System ihrer beiden Höfe zu handeln.

Bei des Grafen Ankunft im Haag war bereits bekannt, daß die Staaten von Holland nicht zufrieden, dem Prinzen das Kommando im Haag entzogen zu haben, entschlossen seyen, ihn auch von der Stelle eines Generalkapitäns zu suspendiren. Diese Nachricht war für den Grafen sehr niederschlagend, und

eröffnete ihm keine erfreulichen Aussichten auf den Er-
folg seiner Sendung. Sogleich versuchte er alle Mit-
tel und Wege, um diesen Entschluß zu hintertrei-
oder wenigstens dessen Ausführung so lange
möglich zu verschieben. Unerachtet des kalten Em-
pfangs, der ihm von dem Marquis von Verac wi-
fuhr, wendete er sich doch zuerst an ihn, um ihn zu
wegen, wenigstens in so lange, bis er von sei-
Hofe Instruktion erhalte, aus Rücksicht auf die
freundschaftliche Verhältnisse zu Preußen, sich da-
zu verwenden, daß ein Vorhaben unausgeführt blei-
welches eine neue Kränkung des Statthalters sey
und dem König äußerst empfindlich fallen würde.
Aber alle Gründe, Vorstellungen und Bitten wurd-
von Verac, unter Berufung auf die bereits vorliegen-
Instruktion, beharrlich zurückgewiesen.

Ueberzeugt, daß von dieser Seite nichts zu erwar-
ten sey, versuchte Görtz gemeinschaftlich mit Herrn
von Thulemeier auf andern Wegen zum Ziele zu ge-
langen, und Beide benahmen sich über die Mittel,
welche hiezu am dienlichsten seyn dürften, mit Män-
nern von Bedeutung und anerkannten guten Gesinnun-
gen. Allein diese ertheilten den Rath, alle und jede
Schritte zu unterlassen, weil solche voraussichtlich ohne
Erfolg bleiben, und selbst für die Würde des Königs
kompromittirlich seyn würden.

Die Richtigkeit dieser Ansicht erwahrte sich sehr

halb, denn am 22sten September wurde der Prinz durch Beschluß der Staaten von allen bisher ausgeübten militärischen Funktionen und der Stelle eines Generalkapitäns der Provinz Holland suspendirt; das Benehmen des Prinzen gegen Hattem und Elburg mußte diesem Beschluß zur Veranlassung und Beschönigung dienen. Aber dieselbe wurde nicht einstimmig gefaßt, denn die Ritterschaft und die Stadt Horn protestirten dagegen, und die Abgeordneten der Städte Delft und Briel nahmen den Gegenstand ad referendum.

So sah denn Görtz wenige Tage nach seiner Ankunft im Haag seine ersten Schritte zu Gunsten des Statthalters vereitelt, und unerachtet derselben diesem eine neue höchstempfindliche Kränkung zugefügt! Dadurch fand sich der Graf in seiner schon in Berlin ausgesprochenen Ueberzeugung, daß nur eine energische Maaßregel zum Ziele führen könne, bestärkt, und diese Ueberzeugung sprach er von nun an in beinahe allen seinen Berichten an den König unverholen aus.

Aber eine ganz andere Ueberzeugung hatte der König, der in seiner Abneigung gegen Alles, was ihn in Zwistigkeiten mit Frankreich oder wohl gar in einen Krieg verwickeln könnte, seit des Grafen Abreise noch mehr bestärkt ward. Schon die erste Depesche desselben aus Loo veranlaßte die wiederholte Weisung der größten Mäßigung und einer vorzüglichen Rücksicht auf Frank-

reich. Dem König misfiel besonders die Requisition der Staaten von Utrecht an den Statthalter als Generalkapitän, und er hielt es für ein gewagtes Spiel, derselben zu entsprechen; er drückte vielmehr den Wunsch aus, daß alle gewaltsamen Maaßregeln und Thätlichkeiten vermieden oder doch verschoben werden möchten, da solche bei dem in den vereinigten Provinzen vorherrschenden Schwindelgeist, bei der Schwäche der statthalterischen Partei, und bei den Gesinnungen des französischen Hofs, der allenthalben Intriguen Englands sehe, immer nachtheilige Folgen haben müssen.

Ein ganz eigenhändiges Schreiben, welches der König, noch ehe ihm die oben angeführten Depeschen an den Grafen von Esterno bekannt waren, unterm 19. September aus Königsberg an den Grafen erließ, verdient seinem vollen Inhalt nach hier aufgeführt zu werden; indem es die Grundsätze, nach welchen Görtz sich benehmen und unterhandeln sollte, auf eine sehr interessante Art enthält; es lautet wie folgt:

„Ich habe diesen Morgen Ihre Depesche vom 10. „d. M. aus Loo empfangen, und hoffe Sie werden nun „im Haag seyn, wo Ihre Gegenwart sehr nothwendig „ist. Schon vor meiner Abreise von Berlin bin ich „von dem Stand der Sache in Kenntniß gesezt „worden."

„Der

„Der Zweck Ihrer Sendung ist, die bestehenden „Irrungen friedlich beizulegen; die Mächte, welche „dieses zu erreichen wünschen, müssen sich als Freunde „betragen, die durch ihre Dazwischenkunft die innern „Unruhen in einem andern Staate beizulegen suchen. „Diese Dazwischenkunft mit Drohungen zu beginnen, „wäre nicht räthlich, weil dadurch die Unruhen ver„mehrt, und die Gemüther erbittert würden, und weil „Frankreich, dessen Interesse es ist Holland zu er„halten, dadurch bewogen werden könnte, auch seiner„seits Schritte zu thun, um seine Partei zu ver„stärken. Auf so eine Art könnte man in den Fall „kommen die Flamme des Kriegs anzuzünden, ohne „einen Alliirten zu haben, und selbst ohne sicher zu „seyn, was England und andere Mächte thun werden. „Gern würde der Kaiser sehen, wie, ohne daß es „ihm etwas koste, sein Nebenbuhler sich schwäche, „und einen günstigen Augenblick abwarten, um „ihm irgend einen empfindlichen Streich zu ver„setzen. Ich kann keinen Krieg bloß um des „Interesses der Familie des Statthalters „willen anfangen, und wollte ich mich auf bloße „Demonstrationen beschränken, so würden Frankreich „und die Opposition solche bald nach ihrem wahren Werth „anzuschlagen wissen, ich aber mir den größten Nach„theil zufügen, wenn ich nicht handelte, nach„dem ich Demonstrationen gemacht hatte."

„Indessen muß man sein Mögliches thun, um
„Ihre Sendung zu unterstützen und ihr Erfolg zu
„verschaffen. Vor Allem müssen Sie daher trachten,
„gemeinschaftlich mit Frankreich den Prinzen von
„Oranien wieder nach dem Haag zu bringen; wenn
„dieses auf angemessene Art geschehen kann, so ist
„schon viel gewonnen, und man könnte selbst dem
„Prinzen rathen, über Punkte, die von großer Be-
„deutung sind, nachzugeben. Durch ein offenes und
„aufrichtiges Benehmen mit der republikanischen
„Partei muß man diese dahin bringen, daß sie Ihnen
„ihre Beschwerden und das Ultimatum ihrer Ansprüche
„mittheile; vielleicht treten dann Viele zurück. Man
„muß dann sehen, welche Wirkung dieses hervorbringe,
„und auf welche Art Frankreich seine Verbindlichkeiten
„erfülle.“

„Zu gleicher Zeit aber muß man sich von den
„Absichten der statthalterischen Partei, ihren Kräf-
„ten, Hülfsmitteln und Aussichten, zum Zweck zu
„gelangen, Kenntniß verschaffen. Man muß sich der
„Provinzen, oder der Städte, auf deren Unterstützung
„und Beistand man sich verlassen könnte, wenn die
„Sache eine üble Wendung nehmen sollte, versichern.
„Dann ist sich alle Mühe zu geben, um dem Prinzen
„von Oranien Muth und Thätigkeit einzuflößen, um
„ihm die Mittel, in Gemäßheit zu handeln, dadurch zu
„erleichtern, daß man ihm Männer beigibt, auf die

„man sich verlassen kann, und die im Stande sind,
„ihm beizustehen, wobei ihm aber im Voraus zu
„bedeuten ist, daß man ihn verlassen werde; wenn er
„seine Handlungsweise nicht ändere. Es wäre zu
„wünschen, er hätte immer Jemand von unserer Seite
„um sich, der im Stande wäre ihn zu leiten.“

„Endlich muß man sich bestimmte Gewißheit über
„Englands Absichten verschaffen, mit welchen man
„unter der Hand einverständlich handeln
„könnte, um, wenn es zu Thätlichkeiten kommen sollte,
„mit demselben gemeinschaftliche Sache zu machen.
„Dieser Staat hat ein sehr großes Interesse, die
„Statthalterschaft zu erhalten und Holland von Frank-
„reich zu trennen; aber man muß hinsichtlich
„des lezten Punktes, vor der noch nicht
„eingekommenen Antwort des französi-
„schen Hofes, keinen entscheidenden Schritt
„thun.“

„Wenn Alles, was ich Ihnen hier sagte, so wie
„es seyn solle, vollzogen wird, so kann man besser
„beurtheilen, ob es rathsam sey eine bestimmte
„Sprache zu führen, vorzüglich wenn einige Provinzen
„der Republik England und Preußen um Bei-
„stand ersuchen sollten. Wenn man in diesem Fall
„erklärt, daß man keine Vergrößerungsabsichten habe,
„so könnte man mit vieler Wahrscheinlichkeit einen
„guten Erfolg hoffen, ohne daß es zu Thätlichkeiten

„käme, und Frankreich, welches Interesse hat, einen „Krieg zu vermeiden, dürfte vielleicht unsere Absichten „eher begünstigen, als denselben hinderlich seyn.“

„Sie werden nach diesen Ideen handeln; die Antwort „Frankreichs wird die weitern Maaßregeln an „Handen geben.“

Diesen Grundsätzen gemäß lauteten alle Entschließungen, alle Weisungen des Königs, besonders jene, die auf den Vortrag oder durch Mitwirkung des Ministers von Finkenstein gefaßt wurden, welcher ganz im Gegensatz von seinem Kollegen Herzberg, sich allenthalben mehr zu Frankreich als zu England hinneigte, und den König mit gutem Erfolg in seinem System bestärkte.

Aber eben dadurch waren alle Schritte des Grafen paralysirt; denn ihm war das einzige Mittel benommen, wodurch die Anhänger des Statthalters hätten können ermuntert oder deren Zahl vergrößert werden, weil ihm verboten war, denselben irgend eine Zusicherung zu geben, oder auch selbst nur Hoffnung auf eine thätige Unterstützung des Königs zu machen. Zwar sollte Görtz die Partei des Statthalters in ihren Gesinnungen bestärken, und ihr Energie und Vertrauen einflößen, allein es war ihm untersagt, ihnen etwas Anderes als den Beifall der Alliirten und wahren Freunde der Republik zuzusichern. Von so einer unbestimmten Zusicherung konnte sich einiger

Erfolg nicht versprochen werden, und Görtz äußerte sich darüber in seinen Depeschen mit großer Freimüthigkeit; allein er konnte, unerachtet Herzberg seine Ansicht theilte, und, wie er ihm vertraulich schrieb, dem König ganz andere, seinen Grundsätzen angemessene Vorschläge machte, doch keine Abänderung in dem einmal angenommenen System bewirken.

Auf diese Art war dem Grafen die Möglichkeit benommen, jene wirksame Thätigkeit zu entwickeln, wodurch allein den Angelegenheiten vielleicht eine andere Wendung hätte gegeben werden können. Dadurch ging denn auch die gewünschte Gelegenheit, die Stadt Amsterdam, deren Einfluß auf die Staaten von Holland so entscheidend war, auf die Seite des Prinzen zu bringen, verloren.

Die vorzüglichsten Mitglieder des Magistrats von Amsterdam, und darunter auch der Bürgermeister Rendorp, waren (in der Hälfte Oktobers) bereit, einen entscheidenden Schritt zu Aufrechthaltung der Verfassung und der Rechte des Statthalters zu unternehmen, und ordneten den Fiskal von der Hoop, einen dem Haus Oranien ganz ergebenen Mann, mit dem Görtz in steter Verbindung stand, an diesen ab, um ihm Kenntniß davon zu geben und zu fragen: ob die Stadt bei ihren Unternehmen in jedem Fall auf den Beistand des Königs rechnen könne? Der Graf mußte sich auf eine in allgemeinen und unbestimmten

Ausdrücken gefaßte Antwort beschränken. Allein keineswegs dadurch beruhiget bestand Rendorp auf einer, wenn auch nicht öffentlichen doch geheimen, aber bestimmten Zusicherung, daß die Stadt Amsterdam darauf zählen könne, der König werde bedürfenden Falls die Konstitution und das Haus Oranien kräftig unterstützen. Auch diese Erklärung getraute sich der Graf nicht ohne Verhaltungsbefehl abzugeben. Auf den dießfalls erstatteten Bericht erhielt er (30 Oktober) die königliche Entschließung dahin: er könne, in der Absicht die gutgesinnten Provinzen, in so weit als es, ohne den König zu kompromittiren, möglich sey, in ihren Gesinnungen zu erhalten, den Chefs derselben, jedoch ohne irgend eine Form einer ministeriellen Erklärung, die Versicherung seines Wohlwollens und Beifalls mit ihrer Standhaftigkeit bezeigen; er dürfe daher ihnen diese Versicherung, so oft er für nöthig erachte, wiederholen, aber er solle ja nicht weiter gehen, und er erinnere ihn ausdrücklich sich des Wortes Unterstützung nie zu bedienen, welches zu Thätlichkeiten und dem Bürgerkriege führen könnte; der Graf habe Alles zu vermeiden, was ihn in eine, seinem Interesse und seinem großen Prinzip, um Hollands willen keinen Krieg anzufangen, entgegenlaufende Verlegenheit bringen könnte.

Görtz glaubte durch ein anderes Mittel den immer weiter gehenden Anmaaßungen der Provinz Hol-

land und den mit ihr gleichgestimmten Provinzen Oberyssel und Groningen begegnen zu können, nämlich dadurch, daß er die Majorität in den Generalstaaten gewinne und dieselbe dahin vermöge, Frankreich und Preußen zu ersuchen, gemeinschaftlich Ruhe und gesetzliche Ordnung in der Republik herzustellen. Es war nicht ganz unwahrscheinlich diesen Endzweck zu erlangen, denn die Provinz Utrecht und Geldern waren entschieden oranisch gesinnt und von Seeland und Friesland hatte man Aussicht, sie für diesen Plan zu gewinnen. Indem der Graf denselben dem König vortrug und sich die Instruktion erbat, verband er damit den Antrag ihn und Thulemeier zu ermächtigen, im Falle auch dieses nicht gelänge, und im Gegentheil die gehässigen und heftigen Maaßregeln der antioranischen Partei fortgesezt werden sollten, den Haag ohne Urlaub verlassen zu dürfen. Der Plan erhielt zwar die Genehmigung des Königs, aber der lezte Antrag wurde nicht gebilliget, weil dadurch die Aussicht, im Weg der Güte zum Ziel zu gelangen, ganz vereitelt würde.

Diese Schonung war den Ansichten des Grafen eben so wenig angemessen, als die Grundsätze des Baron von Golz in Paris, mit welchem er einen ununterbrochenen Briefwechsel unterhielt. Denn Golz äußerte sich immer im Sinne und nach dem System des französischen Hofs, an dem er beglaubiget war, folglich

ganz im entgegengesezten Sinne des Grafen. Wenn daher dieser behauptete, die Würde ihres Königs leide darunter, wenn er nicht mit seiner ganzen Macht die Sache des Statthalters unterstütze, widersprach jener eine solche Behauptung, weil ihr König sich keineswegs ausgesprochen habe, daß die Gewalt des Statthalters in dem Stand, in welchem sie sich vor Ausbruch der Unruhen befand, beibehalten werden solle, sondern sich vielmehr erklärt habe, er wünsche sich über die Modifikation derselben mit Frankreich einzuverstehen. Auf die mehrmalige Darstellung des Ungrunds und der Gesetzlosigkeit der Unternehmungen der Patrioten gegen den Statthalter erwiederte Golz, nicht ihn solle der Graf davon überzeugen wollen, denn dieses sey er schon lange, sondern den französischen Hof, dem ganz verschiedene Ansichten von der Ausdehnung der Macht des Statthalters und den dagegen ergriffenen Maaßregeln der Patrioten eigen seyen, er seinerseits könne sich nur darauf beschränken, das Mißtrauen und Mißvergnügen, welches man gegen den Prinzen von Oranien hege, so viel möglich zu vermindern.

Dieses bestätigte Hofenfels, der sich zu jener Zeit in Geschäften seines Hofes in Paris aufhielt, und mit dem Grafen von Vergennes und andern Ministern und Staatsmännern in Verbindung stand, in freundschaftlichen und vertrauten Schreiben an Görtz. Frankreich, schrieb er ihm, sey geneigt mit dem jetzigen König

eben die Verhältnisse wie mit dem verstorbenen beizubehalten, und Preußen müsse Alles anwenden, um diese Gesinnungen zu erhalten. Daher dürfe ja nichts geschehen, was eine Erkaltung zwischen beiden Höfen herbeiführen könnte, welche nicht leicht wieder zu heben seyn und die Folge haben dürfte, daß die Versailler Allianz noch enger geschlossen und der Fürstenbund, wo nicht aufgelöst, doch unwirksam gemacht würde; keine Allianz, selbst jene mit England nicht, vermöge Preußen für den Verlust seiner freundschaftlichen Verhältnisse zu Frankreich schadlos zu halten; er beschwöre daher den Grafen, langsam und mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen, und bei seinen Unterhandlungen stets nur das Staats- nicht das verwandtschaftliche Interesse vor Augen zu haben, nicht immer von der geliebten Schwester des Königs, sondern von der Republik zu sprechen.

Aber eben diese geliebte Schwester des Königs war es, an die Görtz durch seine Instruktion in allen Vorfallenheiten angewiesen wurde; mit ihr sollte er sich benehmen, von ihr Aufschlüsse erholen, ihre Ansichten sich erbitten, in ihrem und der Ihrigen Interesse handeln. Es war ganz natürlich, daß diese Aufschlüsse und Ansichten, so wie bei besondern Anlässen geäußerten Klagen und Wünsche der Prinzessin dem aufgeregten Zustand angemessen waren, in welchen sie durch

die ihrem Gemahl zugefügten Unbilden und durch dessen und ihres Hauses leidenschaftliche Verfolgung versezt wurde; es war aber auch nicht weniger natürlich, daß jenes, was eine Prinzessin von so außerordentlichen Geistesgaben, und einem männlichen Charakter sagte und klagte, auf einen Mann, der wie Görtz von dem Unrecht und den verderblichen Planen der Patrioten überzeugt war, und welcher der Prinzessin sowohl wegen ihrer persönlichen Eigenschaften als ihrer unglücklichen Lage und ihres Vertrauens zu ihm innigst ergeben war, den lebhaftesten Eindruck machen mußte.

Dessen unerachtet bemühte sich der Graf so viel nur immer möglich, theils durch die Prinzessin selbst deren vollkommenstes Vertrauen er besaß, theils durch unmittelbares Einwirken auf den Statthalter, diesen zur Nachgiebigkeit und Entsagung auf alle nicht wesentlichen Rechte zu bewegen; er suchte demselben insbesondere den Vortheil begreiflich zu machen, abgesondert mit einer oder der andern Provinz sich auszugleichen, und die gegenseitigen Verhältnisse zu ordnen, wodurch seinen Gegnern der gewünschte Vorwand, sich in die Angelegenheiten anderer Provinzen einzumischen, entgehen würde. Dieser Plan erhielt (6. November) des Königs vollkommene Genehmigung.

Die Berichte des Grafen, in denen er sich immer mit

Wärme und manchmal mit großer Weitläuftigkeit als Anhänger der Prinzessin und Vertheidiger ihres Gemahls, so wie als Gegner der Patrioten zeigte, fingen an dem König zu mißfallen, und dieser schrieb ihm (27. Oktober 1786): „er könne sich nicht enthalten ihm „zu bemerken, daß seine Depeschen weitläuftigen Klag„libellen gleichen, deren meistens heftige und sophisti„sche Sätze ihn (den König) nie bewegen werden, die „Sache des Privatinteresses als eine Staatssache zu „betrachten.“ Der König versicherte bei diesem Anlaß den Grafen aufs Neue, daß er, was sich auch immer ereignen möchte, nie wegen der Angelegenheiten Hollands einen Krieg anfangen werde; wiederholt und aufs Nachdrücklichste empfahl er demselben die größte Mäßigung, und Vermeidung Alles desjenigen, wodurch die Gemüther noch mehr gereizt und erbittert werden könnten, und trug ihm auf, dem Prinzen von Oranien zu sagen: es handle sich gar nicht davon, Alles beizubehalten, sondern davon, nicht Alles zu verlieren.

Diese etwas bittere Zurechtweisung seines Monarchen machte einen so schmerzlichen Eindruck auf Görtz, daß er unterm 31. Oktober dem König seine Empfindungen darüber vortrug. Das Unglück, das Vertrauen seines Monarchen verloren zu haben, äußerte er, beraube ihn des einzigen Lohnes für Uebernahme von Staatsdiensten, auf den er nur den einzigen Werth

lege, nützlich seyn zu können. Er stelle sonach Sr. Maj. anheim zu entscheiden, ob er ferner die Ehre haben solle, Ihnen zu dienen? Wenn jedoch der König, unerachtet er dessen Vertrauen verloren habe, für gut finde, daß er noch im Haag bleibe, so werde er, jedoch mit dem Schmerz außer Stande zu seyn, demselben, so wie er wünsche, dienen zu können, gehorchen. Zugleich schrieb Görtz dem Grafen von Herzberg mit der ganzen Ergießung seines tiefgekränkten Herzens. Dieser antwortete ihm sehr theilnehmend, sagte ihm aber auch zugleich, obwohl er nicht wisse, was der König zu thun gedenke, indem er ihm des Grafen Depesche nicht mitgetheilt habe, so glaube er doch, er werde eben so wenig seine Entlassung als seine Abberufung erhalten. Uebrigens vermeide der König stets, ihn über die holländischen Angelegenheiten zu sprechen, und wenn es geschehe, so sey es nur sehr oberflächlich; denn man habe dem König die Idee beigebracht, er werde durch seine Grundsätze in einen Krieg verwickelt werden; man müsse unter solchen Umständen den Dingen seinen Lauf lassen, bis Zeit und Ereignisse die Augen öffnen. Vom König aber erhielt Görtz keine andere Entschließung, als: er sey zufrieden, wenn der Graf mit der Mäßigung, wie er berichte, zu handeln fortfahre.

Diese Entschließung diente jedoch dem Grafen kei-

neswegs zur Beruhigung und ohne die dringendsten Vorstellungen und Auffoderungen der Prinzessin von Oranien würde er sich derselben unerachtet von den Geschäften zurückgezogen haben. Auch sein Freund Herzberg rieth ihm, noch wenige Zeit sich zu gedulden, um zu sehen, was zum Besten des Staats sowohl als des Hauses Oranien geschehen könne. „Ich wollte," schrieb ihm Herzberg am 16 November eigenhändig „Sie wären, lieber Graf! eben so zufrieden, als man „es hier mit Ihnen ist; ich kann Ihnen gar nicht ge„nug sagen, wie sehr die Prinzessin Ihrem Eifer und „Ihrem klugen Benehmen Lob ertheilt, und sogar die „unmittelbar aus dem Haag eintreffenden Berichte „bestätigen die hohe Achtung und das Vertrauen, wel„ches Sie denjenigen eingeflößt haben, mit denen Sie „zu thun haben. Warum muß so ein Erfolg durch „Unannehmlichkeiten verbittert werden, die Sie gerade „von denjenigen, die Ihnen solche verursachen, am „wenigsten erfahren sollten! — Der König ist gerecht, „er ist weise und sein Herz ist gut. Aber es geschieht „öfters, daß die Zudringlichkeiten, denen er ausge„sezt ist, und die Fallstricke, die man ihm legt, ihn „in Verlegenheit bringen, oder wenigstens in seinen „Schritten noch vorsichtiger machen.

Es blieb sonach beim Alten und des Königs nachfolgendes Benehmen gegen den Grafen, so wie dessen ihm fortwährend bethätigtes Vertrauen beweisen, daß die

obigen kränkenden Aeußerungen nur durch eine augenblickliche und schnell vorübergegangene Einwirkung veranlaßt wurden.

Unerachtet dieser unangenehmen Erfahrungen ließ sich der Graf nicht zurückhalten, Alles, was in seinen Kräften stand, zu versuchen, um den Angelegenheiten des Prinzen eine bessere Wendung zu geben; immer aber fand er ein Haupthinderniß in der französischen Gesandtschaft.

Diese bestand damals außer dem Marquis von Verac in dem Herrn von Caillard, Gesandtschaftssekretär, dem Marquis de la Coste, Schwiegersohn des Gesandten, und dem Grafen von Coetluri, welcher sich ohne öffentlichen Charakter bei der Gesandtschaft befand.

Dieser leztere bediente sich des Juden Boas, um von Görtz eine geheime Zusammenkunft zu erlangen. Der Graf wußte zwar aus dem Briefwechsel mit Golz, daß Graf von Vergennes den Grafen von Coetluri nicht als zur Gesandtschaft gehörig anerkenne; auch Verac sowohl als Caillard äußerten sich bei einer Gelegenheit, Coetluri habe sich mit dem, was auf die holländischen Angelegenheiten Bezug habe, nicht zu befassen; allein nicht nur Boas behauptete das Gegentheil und daß Coetluri es sey, welcher die rechten Befehle des Ministers erhalte, und mehr als hundert Schreiben desselben in Händen habe, sondern auch der

Graf von Maillebois hatte früher bei irgend einem Anlaß dem Grafen ungefähr das Nämliche gesagt. Görtz nahm also die vorgeschlagene Zusammenkunft an, die bei nächtlicher Weile in dem Hause des Unterhändlers Boas statt fand.

Hier stellte sich Coetluri dem Grafen als denjenigen vor, der Alles, was bisher in Holland geschehen, ausgeführt habe; er sey es gewesen, durch den die Partei gegen den Statthalter vergrößert und ermuntert worden, durch den sie zu den gewaltsamsten Maaßregeln, zum Aufstand, zu Kränkungen und Verfolgungen gegen denselben getrieben worden; nicht Haß gegen den Prinzen, den er als gut und keineswegs als gefährlich erkenne, habe ihn dazu veranlaßt, sondern die Ueberzeugung, daß man die Konstitution der Republik ändern müsse, um die Allianz zwischen derselben und Frankreich zu sichern. Um dem Grafen von Görtz zu beweisen, daß er hiebei nach dem System der französischen Regierung gehandelt habe, und wie falsch die vom Grafen Vergennes dem Freiherrn von Golz ertheilte Versicherung sey, daß er den Coetluri nicht kenne, zeigte er ihm zwei von der Görtz wohl bekannten Hand des Herrn Caillard geschriebene Auszüge aus Depeschen des Grafen von Vergennes, vom 15. März und 26. April 1786, in der ersten heißt es: „Endlich, mein Herr, muß ich „schließen, indem ich Ihnen die vollkommene Geneh=

„migung des Königs derjenigen Mittel zu erkennen gebe, „welche Sie angewendet haben, um den Eifer der „Patrioten zu beleben, und um sie zu kräf„tigen Anstrengungen zu bewegen; der König „trägt Ihnen insbesonders auf, dem Grafen von Coet„luri zu erkennen zu geben, wie zufrieden er mit dessen „bei dieser Gelegenheit geleisteten Diensten ist, und ihn, „unter Versicherung, daß solche die gebührende Aner„kennung finden werden, zu ermuntern, dem König „mit dem bisherigen Eifer fortwährend zu dienen."

Das zweite Schreiben enthielt ungefähr das nämliche Lob und die nämlichen Versicherungen.

Der Zweck Coetluri's, den er durch die Zusammenkunft mit Görtz zu erreichen hoffte, war, durch dessen Einleitung zu bewirken, daß der König von Preußen dem französischen Hof den Wunsch zu erkennen gebe, ihn allein und mit einem öffentlichen Charakter in den holländischen Angelegenheiten zu verwenden, wogegen er verspreche, daß innerhalb eines Jahres Alles zum Vortheil des Prinzen von Oranien beigelegt seyn solle.

Görtz benüzte diese Eröffnungen, nicht zwar um den Plan eines kleinlichen Intriganten zu unterstützen, aber um durch deren Mittheilung den König von den wahren Gesinnungen und Absichten Frankreichs zu überzeugen; allein auch dadurch brachte er keine Aenderung in dem System seines Hofes hervor.

Die

Die Vertraulichkeit des Grafen von Coetluri war nicht der einzige Nutzen, den Görtz von der Verbindung hatte, die er, unerachtet des Benehmens des Marquis von Verac, mit dem Personal der französischen Gesandtschaft zu erhalten wußte. Durch den Gesandtschaftssekretär von Caillard erfuhr er, wohl gegen dessen Willen, die Ursache, warum Frankreich darauf bestand, daß der Statthalter auf die Reglements verzichte. Denn als Görtz demselben begreiflich zu machen suchte, daß die von Frankreich verlangte Aufhebung der Reglements nicht zulässig sey, weil dadurch die Statthalterschaft zu sehr herabgesezt würde, und daß überdieß diese Reglements nur die Provinzen Geldern, Utrecht und Oberyssel, keineswegs aber die Provinz Holland berühren, entgegnete Caillard: „dessen unerachtet können wir nicht zugeben, daß die Reglements „in jenen Provinzen ferner bestehen; denn dadurch „ist der Statthalter Herr in dreien Provinzen, und da es seyn könnte, daß er denselben durch seinen Einfluß Seeland oder eine „andere Provinz noch beifügte, so hätte er „dann die Majorität in den Generalstaaten, Frankreich würde dadurch die Früchte seiner „Allianz verlieren, und von der Republik keinen Nutzen „mehr haben."

Rücksichtsloser noch äußerte sich der Marquis de la Coste. Er gestand dem Grafen, daß er keineswegs die

Gerechtigkeit dessen, was geschehe, vertheidigen wolle, allein sein Hof habe ein Interesse, die Konstitution der Republik zu ändern und den Statthalter zu vertreiben (d'expulser le Stathoudre); er glaube auch nicht, daß eine andere Macht, welche nicht, wie Frankreich, mit der Republik alliirt, sondern nur deren Nachbar sey, wichtige Gründe haben könne, um die gegenwärtige Konstitution aufrecht zu erhalten; die erblichen Titel des Statthalters seyen noch neu genug, um ihm eben so genommen werden zu können, wie sie ihm seyen gegeben worden; was man endlich von Ansprüchen des Hauses Oranien auf den Dank der Republik spreche, verdiene in Staatsangelegenheiten in gar keinen Betracht zu kommen. Es verdient bemerkt zu werden, daß der Marquis de la Coste sich zwei Tage nach seiner Zurückkunft von Paris auf diese Art ausdrückte.

Die beiden Aeußerungen erklärte Graf Vergennes, durch den Baron von Golz davon in Kenntniß gesezt, als unschicklich und grundlos; Graf Görtz hätte darüber eine Erklärung von dem Gesandten fodern, und wenn diese nicht befriedigend ausgefallen wäre, sie durch Golz von ihm verlangen sollen, wo er dann nicht ermangelt haben würde, die sehr wenig bemessenen, der Instruktion der Gesandtschaft zuwider laufenden Reden dieser zwei Leute als grundlos zu ahnden. Der Marquis von Verac, bemerkte Vergennes, sey sehr unglück-

lich in der Wahl seines Gesandtschaftssekretärs gewesen, Caillard sey ein sehr mittelmäßiges Subjekt, und da Görtz ihn als solches schon in Rußland gekannt habe, so hätte er entweder gar nicht von Geschäften mit ihm reden, oder auf das, was von ihm gesprochen worden, keinen Werth legen sollen. Bei diesem Gespräche bezeichnete Graf von Vergennes auch den Grafen von Coetluri als einen zweideutigen Menschen, der sich ohne Auftrag in Alles zu mischen versuche, und den es ihm endlich gelungen sey durch den Generalkontroleur abberufen zu lassen. — Die Wendung, die Vergennes den Aeußerungen Caillards und la Coste's geben wollte, war für die Prinzessin sowohl als für Görtz weder überzeugend noch beruhigend.

Schonender und gemäßigter als Caillard und la Coste äußerte sich der mit dem leztern beinahe zu gleicher Zeit von Paris zurückgekommene General Graf von *Maillebois*; er gestand, es gebe der Leute sehr viele, welche dem französischen Hof glauben machen wollen, es könne seine Absichten in Holland sehr leicht erreichen; allein es gehöre große Klugheit dazu, um es dabei *nicht mit dem preußischen Hof zu verderben, auf dessen Freundschaft Frankreich einen Werth zu legen habe.*

Der Marquis von Verac, der Sache der Patrioten aus eigener Neigung mehr zugethan, als vielleicht

Pflicht und Instruktion gefodert hätten, blieb gegen den Grafen stets kalt und verschlossen. Im Oeffentlichen that er zwar nichts, was seine Parteilichkeit andeuten konnte, sondern affektirte eine gänzliche Passivität; in Geheim aber ermunterte und unterstüzte er die Patrioten in ihren Absichten und Unternehmungen, und berichtete alle, selbst geringfügigen Gegenstände, wenn er dadurch ihrer Sache nützen oder der Verwendung Preußens durch Görtz schaden zu können glaubte, an seinen Hof. Darunter gehört auch der zufällige, durch das, was oben gesagt ist, hinlänglich erläuterte Umstand, daß Görtz dem Ritter Harris früher als ihm einen Besuch abgestattet habe, und die grundlose Behauptung, der Graf thue nichts als gegen die Patrioten deklamiren und er behaupte sogar, es sey mit Frankreich nur durch Gewalt ans Ziel zu gelangen.

Selbst in den Unterredungen mit Görtz konnte sich Verac nicht enthalten, seine Grundsätze so wie seine entschiedene Abneigung gegen den Statthalter an den Tag zu geben. In einer Unterredung, die zwischen Beiden über die Verhandlungen ihrer Höfe statt fand, äußerte sich Verac: er hätte gewünscht, es wäre in der preußischen Note an den Grafen von Esterno nicht von einem Stillstand in den gegenwärtigen Irrungen die Rede gewesen, denn es sey nicht mit den Rechten des Souveräns verträglich, mit seinem Diener einen Stillstand einzugehen. Diese gegen-

über dem Grafen von Görtz bittere, durch denselben nicht veranlaßte Rede, die zudem auch keinen Zweck haben konnte, dient zum Beweise, daß, so sehr auch Verac Diplomat seyn mochte, er bei einem Anlaß, wo seine persönlichen Gesinnungen ins Spiel kamen, aus der Rolle des wahren Diplomaten fiel, und sich weniger nach den Grundsätzen seines Hofes als nach seinen individuellen Ansichten äußerte. Der König von Preußen fand auch diese Aeußerung eben so wenig schmeichelhaft für den Prinzen von Oranien als den konziliatorischen Gesinnungen des französischen Hofes angemessen; und befahl dem Grafen (10ten November) von derlei Gegenständen sogleich auch unmittelbar den Baron von Golz in Paris in Kenntniß zu setzen.

So sehr es auch der persönlichen Denkungsart des Grafen entgegengesezt war, mit denjenigen ins Benehmen zu treten, welche er als die Urheber und Beförderer der Unruhen und Zwistigkeiten kannte, wodurch das Haus Oranien so viel zu leiden hatte, so überwand er doch seinen Widerwillen, in der Hoffnung, vielleicht auf diesem Wege Etwas erzielen zu können, und ließ einigen derselben eine Besprechung vorschlagen. Diese fand auch wirklich mit den drei Hauptanführern der Patrioten von Berkel, Gizelaer und Seeberg, und einem vierten von Harlem im Hause des Erstern statt. Aber Alles, was

Görtz versuchte, um diesen heftigen Parteimännern gemäßigte Gesinnungen einzuflößen, und ihre Mitwirkung zur Herstellung der Ruhe zu erzielen, war vergebens; sie beschränkten sich darauf, dem Grafen zu versichern: bei ihnen herrsche die vollkommenste Ruhe, sie werden nicht nur dieselbe zu erhalten, sondern auch in andern Provinzen, wo sie nicht sey, herzustellen wissen; unmöglich könne ein Souverän mit seinem Diener sich in Unterhandlungen einlassen, auch der König von Preußen würde dieses nicht thun; sie haben vom Prinzen nichts zu begehren, sie haben ihn eben so wenig vertrieben, als sie seine Rückkehr verlangen, bedürfen auch eines Dieners nicht, der nie das Beste des Staats befördert habe, wollen ihm aber auch nicht verwehren, zurückzukehren, und ihm selbst seine Funktion wieder einräumen, mit Ausnahme jener des Generalkapitäns, deren ihn sein sträfliches Benehmen gegen den Souverän verlustig gemacht habe, und die man ihm nach dem darüber bestehenden Beschluß nicht zurückgeben könne; dann müsse aber der Anfang damit gemacht werden, die Reglements nicht etwa zu modificiren oder abzuändern, sondern ganz abzuschaffen; denn sie können in die Versammlung der Generalstaaten keine Sklaven aufnehmen, was Alle jene seyen, die von dem Prinzen zu ihren Aemtern ernannt werden; wie die Beamten und Magistrate

in Geldern, Seeland und Alle jene, die ihre Stellen vom Prinzen erhalten haben.

Es läßt sich denken, welchen Eindruck diese arroganten Aeußerungen auf einen Mann von des Grafen Charakter und Denkungsart machen mußten. Noch mehr, wo möglich als früher schon gegen die Partei, an deren Spitze diese Männer standen, nämlich der aristokratisch-patriotischen, erbittert, glaubte er ein Mittel, zu deren Unterdrückung und zu Rettung des Statthalters zu finden, daß sich dieser an die demokratisch-patriotische Partei anschließe und derselben Alles einräume, was mit seiner Würde und dem Wohle des Staates vereinbarlich sey. Der König selbst schenkte der Ansicht des Grafen (17ten November) Beifall, da diese Partei der erstern weit überlegen, und dieselbe zu unterdrücken stark genug sey. Wenn dem Prinzen das Recht eingeräumt werde, äußerte sich der König, die Magistrate, wäre es auch mittelst einer zweifachen Präsentation, zu ernennen, und wenn er die Patente nur den Generalstaaten, in denen er den Vorsitz habe, überlassen dürfe, so seyen zwei wesentliche Punkte gewonnen, durch die er sein Ansehen und seine Würde zu behaupten im Stande sey, und es könne dann in den andern Provinzen nicht von Abschaffung der Reglements die Rede seyn. Im Fall der Prinz und die Prinzessin diese Ansicht theilen, wie der König nicht zweifle, und wohin er, der Graf, aus

Auftrag des Königs zu wirken habe, so soll er sogleich gemeinschaftlich mit Thulemeier und den Anhängern des Hauses Oranien die schnellsten und wirksamsten Maaßregeln ergreifen, um die Chefs der demokratischen Partei für diesen Plan zu gewinnen und ihn auszuführen.

Diese demokratische Partei aber wurde durch den in Amsterdam seit 1783 bestehenden patriotischen Verein geleitet, der den größten Einfluß auf das Volk und die Freicorps ausübte; und wenn er für die Sache des Statthalters konnte gewonnen werden, derselben den Sieg zu verschaffen im Stande war. Görtz wußte sich daher mit einigen der vorzüglichsten Mitgliedern dieses Vereins eine Unterredung zu verschaffen. Der Erfolg davon war nun auch, daß sie ihre Bereitwilligkeit erklärten, die Irrungen mit dem Statthalter auf eine Art auszugleichen, daß ihm die vorzüglichsten Rechte belassen werden, daß aber in der Verfassung solche Abänderungen vorgenommen werden sollten, durch welche die bestehende Regierungsform umgestoßen, und dieselbe von einer aristokratischen in eine rein demokratische umgewandelt würde. Die Prinzessin von Oranien hatte sich schon früher gegen irgend ein Einverständniß mit diesem Verein erklärt, den sie als gesetzwidrig und unter den vorwaltenden Umständen als äußerst gefährlich ansehe. Es schien ihr von unüber-

sehbaren Folgen zu seyn, wenn so eine Veränderung stattfände, und die Gewalt in die Hände der bewaffneten Bürger käme, die nach dem Sieg über die aristokratische Partei, der ihnen durch den Statthalter erleichtert würde, ermuntert werden dürften, nach den damals schon immer mehr verbreiteten Grundsätzen der Volkssouveränetät auch diesem die belassenen Vorrechte zu entziehen. So hatte denn dieser Versuch keine Folge.

Noch einen andern Versuch machte der Graf, nämlich mit einigen vorzüglichen Mitgliedern der Staaten in den Provinzen einzeln zu unterhandeln, und sie zu bewegen, eine Art von Vermittelung in den vorzugsweise zwischen dem Statthalter und der Provinz Holland obwaltenden Zwistigkeiten eintreten zu lassen, und sich zugleich zur Aufrechthaltung der Verfassung zu verbinden. Dieser Versuch gelang sonderlich in den Provinzen Seeland und Friesland, aber sie wollten eine defensive Unterstützung von Preußen, das heißt, sie wollten, wenn die Provinz Holland und die mit derselben verbündeten Provinzen deßhalb feindlich gegen sie handeln sollten, versichert seyn, daß auf ihr Begehren Preußen ihnen Unterstützung geben, und im Fall eines Angriffes vertheidigungsweise ihre Verfassung aufrecht erhalten würde. Diese Versicherung zu erthei-

len war der König keineswegs geneigt, und er gab dem Grafen, der ihm darüber berichtet hatte, (11ten November) seine Verwunderung zu erkennen, in seinen Berichten die Vermuthung zu finden, er werde jemals die Konstitution der Republik mit den Waffen aufrecht erhalten.

Auch andere Anstände sezten sich dem Gelingen dieses Plans entgegen. Der Statthalter wollte in die von einigen Provinzen verlangte Modifikation der Reglements nicht einwilligen, und von diesen waren einige, namentlich die Provinz Friesland, nicht sehr nachgiebig.

Endlich gelang es doch die Provinz Seeland und den Magistrat der Stadt Amsterdam zu konziliatorischen Gesinnungen und zur Annahme von Vorschlägen zu bewegen, deren Ausführung jedoch durch die bald darauf erfolgten Ereignisse eine andere Wendung nahmen.

Ein in der Hälfte Novembers bei der französischen Gesandtschaft im Haag angekommener Kourier verbreitete unter dem ganzen Personal derselben eine Bestürzung, die auf allen Gesichtern zu lesen war. Gleich am folgenden Tage erhielt Görtz ein Billet vom Grafen von Coetluri, der ihm sagte, er würde am folgenden Tage nach Paris abreisen, und er wünschte vorher noch eine Unterredung mit ihm zu haben; diese fand noch in der nämlichen Nacht statt.

Da vertraute er dem Grafen: der Kourier habe die Nachricht überbracht, daß Graf von Vergennes den Herrn von Rayneval nach dem Haag schicke, um zu sehen, ob es nicht möglich sey, die streitenden Parteien zu vereinigen, daß der Gesandte dadurch aufs Aeußerste betroffen sey, und daß er, Coetluri, in der Weisung eines andern Ministers (den er nicht nannte, der aber wahrscheinlich der Generalkontroleur war), sich auf der Stelle nach Paris zurück zu begeben habe; dahin eile er nun, um zu sehen, ob es nicht möglich sey, die beabsichtete Sendung des Herrn von Rayneval zu hintertreiben, und den Grafen von Vergennes zu bewegen, ihm, Coetluri, mit einem öffentlichen Charakter dieses Geschäft zu übertragen, wozu er bei der vollkommenen Kenntniß der Personen und der Verhältnisse mehr als jeder Andere geeignet wäre; er bat zugleich den Grafen ihn dem Baron von Golz dahin zu empfehlen, daß dieser ihn in seinen Vorhaben thätigst unterstütze, bei dessen Gelingen er dem Statthalter die größten Vortheile zu verschaffen versprach.

Ohne Coetluri dieses geradezu zu verweigern, schrieb Görtz sogleich an Golz, um ihn von den Planen dieses intriganten und zweideutigen Menschen Nachricht zu geben, und ihn zu ersuchen, solche zu hintertreiben, und zu verhindern, daß er seinen Endzweck erreiche.

Die Sendung des Herrn von Rayneval schien ein

Beweis zu seyn, daß sich endlich der französische Hof ernstlich mit der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in den vereinigten Provinzen zu beschäftigen gedenke. Hier folgt die Art, wie Graf von Vergennes sich gegen den Baron von Golz über die Veranlassung und den Endzweck dieser Sendung ausdrückt, mit den eigenen Worten des Erstern. Drei Tage nach der im vorhergehenden Abschnitt angezeigten Unterredung über das Memoire des Statthalters, folglich in der ersten Hälfte des Novembers, ließ Graf von Vergennes den Baron von Golz zu einer Conferenz einladen, der auch Herr von Rayneval beiwohnte, und äußerte sich:

„Man habe nach reifer Ueberlegung gefunden, daß „das sehr geschickt abgefaßte Memoire des Statthalters „anfänglich Nachgiebigkeit über verschie„dene Punkte anzudeuten zeige, in der „That aber sich nirgend mit Bestimmtheit „ausdrücke, und daher wenig geeignet sey, „Vertrauen in die Gesinnungen des Statt„halters einzuflößen, und zur Grundlage „einer dauerhaften Ausgleichung zu dienen; „er, der Graf sey überzeugt, daß der Scharfblick „des Königs von Preußen dasselbe aus dem nämlichen „Gesichtspunkte betrachten, und daß seine richtige „Beurtheilung ihm nicht erlauben werde, zu mißbil„ligen, wenn durch diese Schrift das Mißtrauen des

„französischen Hofes in die Gesinnungen des Statt-
„halters einen neuen Zuwachs erhalte; wie dieß aber
„auch seyn möge, seyen Se. Allerchristlichste Majestät,
„bei ihrer stäten Absicht, dem König von Preußen durch
„Ordnung der holländischen Angelegenheiten gefällig
„zu seyn, weit entfernt gewesen, die wenige Befrie-
„digung, welche Ihrem Dafürhalten nach die Antwort
„von Loo gewähre, den Patrioten bemerklich zu machen,
„und daher sey denselben nur ein Auszug dieser Schrift
„mitgetheilt worden, in welchem man Alles jenes weg-
„gelassen habe, was sie mit Recht erbittern könnte,
„und welcher so abgefaßt sey, daß man diese Antwort
„geeignet halten dürfte, um sie als den Anfang einer
„Unterhandlung zu betrachten; daß Se. Allerchristlichste
„Majestät einen neuen Entschluß gefaßt haben, der
„die volle Ueberzeugung gebe, mit welcher Aufrich-
„tigkeit dieselben Alles zu thun entschlossen seyen, um
„Frankreichs und der mit ihm verbündeten Republik
„Interessen mit jenen, welche der König von Preußen
„in Schutz genommen habe, zu vereinigen; dieses sey,
„daß Se. Allerchristlichste Majestät auf die wiederholte
„Beschwerde, welche der Baron v. Golz im Namen seines
„Hofes gegen den Marquis von Verac erhoben, sich
„entschlossen haben, den Staatsrath Herrn von Rayneval
„in künftiger Woche nach dem Haag abzusenden, da
„er, Graf Vergennes, nicht selbst dahin gehen könne,
„um ohne vorgefaßte Meinung den Zustand der Dinge

„einzusehen, und sich zu bemühen, die Gemüther zu „einer Aussöhnung zu bewegen, wodurch die Unab= „hängigkeit der Republik, an welcher Frankreich um „seines politischen Interesses willen Theil zu nehmen „habe, gesichert, auf der andern Seite aber auch dem „Statthalter diejenigen Vortheile erhalten werden, „welche mit dieser Unabhängigkeit vereinbarlich seyen."

Der Baron von Golz erwiederte diese Eröffnung mit der Versicherung, daß es seinem Monarchen nicht anders als höchst erwünscht seyn könne, in dieser Angelegenheit einen Mann wie Herrn von Rayneval verwendet zu sehen, dessen ausgezeichnete Eigenschaften sich schon so rühmlich bewährt haben. Dem Grafen von Görtz aber ertheilte Golz sogleich von dieser Sendung Nachricht, von der er nach seiner Ueberzeugung die erwünschtesten Wirkungen erwartete; er fügte diesem bei, Herr von Rayneval habe zwar einen etwas unbiegsamen Charakter, aber durch gründliche Argumente und viel Schmeicheleien könne man bei ihm weit kommen; er sey in den Geschäften äußerst gewandt, und wisse sie, wenn er einmal den guten Willen habe, vollkommen zu leiten; man dürfe auch nicht zweifeln, er werde in dem Gegenstand der ihm nun übertragenen Mission den Zweck zu erreichen suchen, theils weil der französische Hof es wirklich wünsche, theils weil er sich Ehre dadurch machen könne, theils weil sein Minister,

dem er ganz ergeben sey, darauf einen großen Werth lege; was aber auch immer diese Sendung für einen Erfolg haben möge, so bringe sie doch den großen Vortheil, daß dadurch die Absichten der Unterhändler des Marquis von Verac, gegen die Herr von Rayneval sehr eingenommen sey, vereitelt werden.

Sechster Abschnitt.

Unterhandlungen des Grafen von Görtz und des Herrn von Rayneval; deren Nichterfolg und Abberufung beider Unterhändler.

Auf die Nachricht von der Sendung des Herrn von Rayneval nach dem Haag ermunterte der König den Grafen von Görtz durch ein in besonders gnädigen Ausdrücken verfaßtes Reskript (20. November) zu Fortsetzung der ihm übertragenen Unterhandlung, die nun zwischen ihm und Herrn von Rayneval im Haag eröffnet werden solle. „Ich bin," drückt sich der König bei diesen Anlaß aus, „von Ihrer Einsicht und von „Ihrem Diensteifer überzeugt, daß Sie dabei einen „Geist der Versöhnung äußern werden, worüber Ihnen „auch Graf von Vergennes Gerechtigkeit widerfahren „zu lassen anfängt; bestreben Sie sich gemeinschaftlich „mit Herrn von Thulemeier den Geist der Einigkeit „und der Standhaftigkeit in den gutgesinnten Provinzen „zu erhalten und zu bestärken, und zugleich den

Prin-

„Prinzen von Oranien durch Ihre Rathschläge zu be-
„wegen, daß er nicht zu sehr auf seinen Foderungen
„bestehe, sondern vielmehr das, was nicht wesent-
„lich ist, aufopfere, und Schritte thue, welche
„seine aufrichtige Bereitwilligkeit zu einer Aus-
„gleichung beweisen.“

Kaum war der dem Herrn von Rayneval zugegangene Auftrag im Haag bekannt, als sogleich die Häupter der Patrioten unter sich berathschlagten, auf welche Art sie die Geneigtheit dieses Unterhändlers für ihre Sache gewinnen könnten. Da wurde nun erachtet, daß, nachdem schon ein Beschluß vorliege, demselben wegen des Traktats mit Oesterreich ein Geschenk zu machen, dieses in einem Silberservice im Werth von 14,000 fl. bestehen solle. Von so einer augenscheinlichen und gemeinen Art, einen Staatsmann gewinnen zu wollen, versprach sich Görtz gleich Anfangs keinen Erfolg.

Dieser sah den Herrn von Rayneval noch am Tage seiner Ankunft (19. November) in einer Gesellschaft bei dem französischen Gesandten, und beide hatten Gelegenheit, sich einige Höflichkeiten zu sagen. Rayneval gestand, daß er sich erst mehr Kenntniß der Sache verschaffen müsse, bemerkte jedoch zugleich, der Statthalter habe viele Inkonsequenzen begangen, und der einzige Beweggrund des französischen Hofes, sich seiner anzunehmen, liege bloß in dem Wunsche, dem König

von Preußen seine aufrichtige Freundschaft zu bezeugen. Der Graf erwiederte diese [illegible] auf angemessene Art; und fügte bei: ohne zu widersprechen, daß der Prinz Fehler begangen habe, sey er doch versichert, daß ein so einsichtsvoller Mann, wie Herr von Rayneval, sich in Bälde auch von dem Unrecht und der Leidenschaftlichkeit der Gegenpartei überzeugen und nicht dieser allein Gehör schenken werde.

Die erste förmliche Unterredung zwischen beiden Unterhändlern fand ein Paar Tage später statt. Hier wiederholte und bestätigte Herr von Rayneval dasjenige, was über die Gesinnungen und Absicht seines Hofs bereits gesagt worden ist, und bemerkte zugleich, der gewünschte Endzweck werde sich, bei der Spannung der Parteien, durch ein offenes und unmittelbares Benehmen nicht erreichen lassen, und es dürfte das beste, vielleicht einzige Mittel, zum Ziel zu gelangen, seyn, daß er von seiner Seite auf die Regenten und die patriotische Partei wirke, um sie nachgiebig und zu einem Vergleiche geneigt zu machen, und daß der Graf im Namen des Königs bei dem Statthalter und seinen Anhängern das Nämliche zu erzielen trachte. Damit war Görtz ganz einverstanden, und beide versprachen sich ernstlich und aufrichtig, auf diesen Endzweck hin zu arbeiten. Herr von Rayneval wünschte, der Statthalter möchte die Bedingnisse der Ausgleichung mit den Patrioten artikuliren; Görtz aber erinnerte

zugegeben, man könne dem Prinzen nicht wohl zumuthen, daß er angebe, auf welche Rechte und Vorzüge er verzichten wolle, besonders da er nicht wisse, ob die Gegenparthei sich damit begnüge, vielmehr hätte diese die Bedingnisse anzugeben, unter denen sie sich mit dem Prinzen vergleichen wolle. Diesem konnte Herr v. Rayneval nicht widersprechen, und er versicherte daher, daß er sich dafür verwenden werde.

Ein anderer Anstand ergab sich gleich nach der zweiten vertraulichen Besprechung der beiden Unterhändler. Graf Görtz wollte, daß Freiherr von Thulemeier zu ihren Konferenzen beigezogen werde; Herr von Rayneval äusserte aber, daß er vor der Hand und in so lange nur vertrauliche Besprechungen statt haben, Herrn von Thulemeier nicht beigezogen zu sehen wünschte; was jedoch seiner Zeit, wenn einmal förmliche Konferenzen gehalten werden, geschehen könne. Görtz war nicht im Stande, den Herrn von Rayneval von dieser Meinung abzubringen, und folglich fanden die ersten Unterredungen und Unterhandlungen nur zwischen ihnen Beiden statt.

Herr von Rayneval sezte sich nun mit den vorzüglichsten und einflußreichsten Mitgliedern der patriotischen Partei ins Benehmen, um den vorerwähnten Endzweck zu erreichen, und gab dem Grafen fortwährend von seinen Schritten vertrauliche Nachricht. Görtz versäumte seinerseits nichts, um den Herrn von Ray-

neval in den bisher geäußerten gemäßigten Gesinnungen zu bestärken, und ihn vor dem nachtheiligen Eindrucke der heftigen und gehässigen Aeußerungen jener Parteimänner zu bewahren. Beide Unterhändler schienen auch über die wesentlichsten Punkte beinahe ganz einverstanden, es ward daher unter ihnen verabredet, Herr von Rayneval solle seine Ansichten und die Art, wie Hauptgegenstände zwischen den streitenden Parteien ausgeglichen werden könnten, dem Grafen in der Form eines vertraulichen Schreibens mittheilen, und dieser sich dann sogleich nach Nimwegen, dem Aufenthaltsort des Statthalters und seines Hofes, begeben, um deren Annahme zu bewirken. Es ward ferner verabredet, daß, wenn der Graf nicht für räthlich finden sollte, das vertrauliche Schreiben wegen darin etwa vorkommenden, verschiedenen, dem Statthalter vielleicht mißfälligen Bemerkungen diesem vollständig mitzutheilen, solches nur dem wesentlichen Inhalt nach geschehen möge. Doch wünschte Herr v. Rayneval, daß die Prinzessin das Schreiben vollständig lesen möge.

Als nun das erwartete Schreiben dem Grafen von Görtz zukam, so war dieser höchlich bestürzt, wahrzunehmen, daß in demselben die wesentlichsten Punkte, worüber sie sich einverstanden hatten, ganz abgeändert waren. Er säumte daher nicht, Herrn von Rayneval seinen Unmuth und sein

Befremden über ein so höchst unerwartetes Benehmen zu erkennen zu geben, dieser aber erklärte, er habe sich dazu durch die eindringlichen Vorstellungen der Patrioten genöthigt gesehen, und es sey nicht möglich, irgend eine Nachgiebigkeit über die im Schreiben enthaltenen Bedingungen zu erzielen, man gedenke übrigens keineswegs die mit der Statthalterwürde verbundenen Funktionen anzugreifen, und jene eines Generalkapitäns sollen nach dem ursprünglichen Kommissorium festgesezt bleiben.

Die Bedingungen selbst, welche dem Statthalter zur Annahme vorgelegt werden sollten, waren von der Art, daß deren Nichtannahme mit Zuverlässigkeit vorauszusehen war. Da in denselben die Veranlassung zu den nachfolgenden Ereignissen aufzusuchen ist, so glauben wir den Auszug des vertraulichen Schreibens des Herrn v. Rayneval, welches dieselben enthält, unsern Lesern mittheilen zu sollen *).

Nachdem im Eingange desselben die vorerwähnten Versicherungen wiederholt wurden, wird folgendermaaßen fortgefahren:

---

*) Die offiziellen Aktenstücke der Unterhandlung zwischen Görtz und Rayneval sind auch unter dem Titel: Pièces authenthiques relatives à la negociation confiée à

„Sie wissen, Herr Graf, daß im gegenwärtigen „Augenblick der Generalkapitän in der Provinz Holland von seinem Amt suspendirt ist, und Sie kennen „die Ursache davon. Es ist nun darum zu thun, „diese Suspension aufheben zu machen, und zu dem „Ende ein Mittel zu finden, die Staaten dazu zu bewegen."

„Ich will Ihnen die Mittel, dieses zu erzielen, „offen mittheilen."

„Die Suspension ist durch die Ereignisse in der „Provinz Geldern herbeigeführt worden; in diesen „nämlichen Ereignissen muß man auch die Mittel, „das Uebel zu heilen, aufsuchen. Da die Exekution gegen die Städte Hattem und Elburg die Suspension veranlaßt hat, so muß man vor Allem diese „Exekution aufheben. Der Prinz würde diesen Zweck „erreichen, wenn er die Staaten bewegte, diesen beiden Städten durch Abberufung der „dorthin verlegten Truppen die Freiheit „wieder zu geben, und den entflohenen Einwohnern die Rückkehr zu ihren Herden zu „gestatten."

Mr. le Comte de Goertz, Ministre d'Etat de S. M. le roi de Prusse et à Monsieur de Rayneval, Conseiller d'Etat de S. M. très Chrétienne, in französischer und holländischer Sprache zu Nimwegen 1787 durch den Druck bekannt gemacht worden.

„Aber, Herr Graf, dieser erste Schritt wird nicht „hinreichen, die Gemüther zu beruhigen, und eine „Uebereinkunft herbeizuführen. Sie wissen so gut als „ich, daß die Reglements der wahre Stein des „Anstosses sind; es ist daher nöthig diese Re„glements zu reformiren. Zweifelsohne wird „der Herr Statthalter eine große Abneigung dazu „finden; er kann sagen, daß er ein wohlerwor„benes Recht und keinen Beweggrund habe, „darauf zu verzichten. Diesen Beweggrund, „Herr Graf, schöpfe ich aus seinem Herzen. Er ist „Holländer; er muß sein Vaterland lieben; „dieß kann nur geschehen, wenn er zu sei„ner Ruhe beiträgt und sie durch Opfer zu „sichern sucht."

„In der Voraussetzung, Herr Graf, daß der „Prinz damit einverstanden sey, glaube ich, es wäre „angemessen, wenn er in seiner Eigenschaft als Statt„halter an die Staaten von Geldern ein Schreiben „erließe, um ihnen sein Mißfallen an den Unruhen „in dieser Provinz, und seinen Wunsch dieselben bald „aufhören zu sehen, auszudrücken, daß er in dieser „Absicht die Staaten einlade und selbst auffodere, „nicht nur die in Hattem und Elburg befindlichen „Truppen abzurufen, sondern auch jene, welche neuer„dings dahin bestimmt wurden, in ihre Standquar„tiere zurückzusenden; daß, nachdem auf diese Art

„die Provinz sich selbst wieder überlassen seyn werde, „die Staaten frei und ruhig über die Mittel berathen „können, denselben eine konstitutionelle und dauerhafte „Ruhe zu verschaffen; daß der erste Gegenstand, auf „den sie ihr Augenmerk zu richten hätten, die Re„glements seyn sollten, daß unerachtet der „Legitimität, welche das Recht ihm in Ansehung dieses Reglements ertheile, es ihm „genüge, daß dieses als gefährdend für die Freiheit, „welche die Grundlage der Konstitution und des Wohls „der Union sey, angesehen werde, um keinen Anstand „zu nehmen, die Staaten einzuladen diese Regle„ments zu revidiren, und gemeinschaftlich „mit ihm darin jene Abänderungen vorzu„nehmen, welche für nothwendig oder nütz„lich erachtet werden, um den großen End„zweck, das Beste des Vaterlandes, zu er„reichen."

„Aehnliche Schreiben, Herr Graf, müßten an die „andern Provinzen, wo Reglements bestehen, erlas„sen werden. So wie dieser patriotische Schritt ge„schehen ist, und die Staaten von Geldern und Utrecht „in dessen Folge einen Entschluß gefaßt und ihre „Truppen zurückgerufen haben, wird die Provinz „Holland ihrerseits keinen Anstand mehr finden, ihren „Kordon zurückzuziehen, und zur Aufhebung der „Suspension zu schreiten, wornach sie auf eine

„deutliche und billige Art die der Stelle
„eines Generalkapitäns anhängende Funk-
„tion bestimmen wird."

„Sie haben mich gefragt, worin diese konstitu-
„tionellen Funktionen des Generalkapitäns der Pro-
„vinz Holland bestehen werden? Ich kann Ihnen
„nicht besser hierauf antworten, als indem ich Sie
„auf das Kommissorium vom 27. Februar 1766 hin-
„weise, welches Ihnen, wie ich glaube, darthun wird,
„daß der Generalkapitän dem Willen des
„Souveräns unterworfen ist, und durchaus
„nichts thun oder befehlen kann, als mit
„Gutbefinden der deputirten Räthe."

„Diese Betrachtung, Herr Graf, führt mich zu
„Erörterung der drei Gegenstände, von denen Sie
„mit mir gesprochen haben; nämlich 1) das beson-
„dere Kommando über die Garnison im
„Haag, 2) die Ernennung zu Militärstellen,
„3) die Austheilung der Parole."

„Das Kommando in einer Stadt ist nicht die
„Funktion eines Generalkapitäns, sondern eines be-
„sondern Kommandanten; dessen unerachtet hat der
„Generalkapitän in Holland auf zweifache Art daran
„Antheil, nämlich einmal als erstes Mitglied der
„deputirten Räthe, denen alles Politische obliegt;
„das anderemal als Generalkommandant der Armee,
„indem ihm als solchem die Inspektion, die Discí-

„plin, die Oekonomie, die Waffenübungen und die „Musterungen zustehen. Verlieren Sie nie aus dem „Gesicht, Herr Graf, daß sich nur wegen der öffent„lichen Sicherheit im Allgemeinen und jener der Staa„ten insbesondere Truppen im Haag befinden, und „Sie werden dann eingestehen, daß Alles, was auf „diese Sicherheit Bezug hat, dem Souverän angehö„ren muß, und daß die Garnison, der dieselbe anver„traut ist, ganz von ihm abhangen müße. Dieses „ist nirgends anders."

„Die Ernennung zu den Stellen ist dem Statt„halter durch einen besondern Beschluß vom Monat „März 1766 übertragen worden. Die Staaten sind „Herr und Meister, dieselbe eben so zurückzunehmen, „als sie solche ertheilen konnten. Was zugegeben „werden kann, ist irgend eine Theilung, und eine „solche wird nicht verweigert werden."

„Die Austheilung der Parole ist kein militäri„scher Gegenstand, sondern blos Polizeisache, und „sie stehet in allen Ländern dem Souveräne zu, folg„lich muß sie im Haag von den deputirten Räthen „geschehen. Der Prinz wird als erster Repräsentant „des Souveräns daran Theil nehmen, und solche „demjenigen Offizier artikuliren, welcher sich im Rath „einfindet, um sie zu empfangen."

Die Annahme von Bedingungen dieser Art bei dem Statthalter zu erzielen schien dem Grafen von Görtz

höchst unwahrscheinlich, dessen unerachtet eilte er mit denselben nach Nimwegen, um den Versuch zu machen. Dort (8. Dezember) angekommen las er der Prinzessin von Oranien das Schreiben des Herrn von Rayneval seinem vollen Inhalte nach vor, und sezte sie von dem bisherigen Gange der Unterhandlung mit demselben in Kenntniß. Dieses Schreiben machte auf die Prinzessin einen schmerzlichen Eindruck und sie rieth dem Grafen, ihrem Gemahl nur den Auszug davon zu übergeben. Aber auch durch diesen wurde der Prinz höchlich entrüstet und er erklärte: daß er die gemachten Bedingungen nicht annehmen werde, weil dadurch seine Ehre verlezt und die theuersten Interessen seiner Familie aufgeopfert würden; lieber wolle er auf gar Alles verzichten, so können wenigst dereinst seine Kinder die Rechte wieder erringen, deren Verzicht man ihm zumuthe. Vergeblich waren die Vorstellungen und Gründe, wodurch Görtz den Unmuth des Prinzen zu bekämpfen suchte; Alles, was er anfänglich von ihm erzielen konnte, war das Versprechen, keinen raschen Schritt zu thun, sondern die Sache in Ueberlegung zu ziehen. Auch bei der Prinzessin vermochte der Graf ein Mehreres nicht zu bewirken, da sie von tiefem Kummer über die schweren Opfer, die man ihrem Gemahl und ihrer Familie auflegen wollte, ganz durchdrungen war.

Selbst der König fand, ungeachtet seiner bekannten nachgiebigen und konziliatorischen Gesinnungen, die

erwähnten Bedingungen sehr hart für den Statthalter; es schien ihm besonders verfänglich und gefährlich, daß der Prinz die Abänderung der Reglements der Diskretion und dem guten Willen der Staaten der verschiedenen Provinzen überlassen solle, da jene von Holland nicht ermangeln werden, sich auf dasselbe einen entschiedenen, dem Interesse der Statthalterschaft nachtheiligen Einfluß zu verschaffen; der König meinte auch, daß die in Ansehung des Militärs beabsichteten Veränderungen nur in der Provinz Holland stattfinden, und selbst in dieser die Offiziersstellen vom Major bis zum Lieutenant abwärts dem Prinzen zustehen, in den andern Provinzen aber die bisherige Ernennungsart beibehalten werden solle; er glaubte ferners die Ehre des Prinzen fodere, daß ihm als Ausfluß der Stelle eines Generalkapitäns das Kommando über die Garnison im Haag und die Austheilung der Parole überlassen bleibe.

Dessen unerachtet erhielt Görtz von seinem Monarchen den Auftrag, Alles anzuwenden, um den Prinzen zu den unter den gegenwärtigen Umständen nöthig gewordenen Opfern zu bewegen, damit das Wesentliche der Statthalterwürde erhalten werde; denn ihm oder seinen Nachkommen bleibe dann immer noch die Aussicht, seiner Zeit und unter günstigen Umständen das, was er jezt aufopfere, wieder zu erlangen.

Jezt aber sprachen sich die Staaten von Geldern,

den einzigen Provinz, auf deren Anhänglichkeit der Statthalter mit voller Zuversicht rechnen konnte, über die ihnen bekannt gewordenen Bedingungen der Patrioten in Holland auf eine Art aus, wodurch die begonnene Unterhandlung noch mehr erschwert wurde. Sie erklärten nämlich, daß sie sich von der Provinz Holland keine Gesetze werden vorschreiben lassen, daß sie daher auf das Bestimmteste verweigern irgend etwas zu thun, was ihren gegen Hattem und Elburg in Anwendung gebrachten Grundsätzen widerspräche; daß sie die in der Provinz liegenden Truppen nicht daraus entfernen werden, indem deren gegenwärtige Zahl die sonst gewöhnliche nicht übersteige, und deren Anwesenheit zu Aufrechthaltung der Ruhe nöthig sey; daß sie endlich während der gegenwärtig in der Republik herrschenden Unruhen die Reglements aufrecht erhalten werden, vorbehaltlich jedoch nach wiederhergestellter Ruhe diejenigen Abänderungen zu treffen, welche für dienlich erachtet werden möchten. Dieser Erklärung fügten sie die beinahe einstimmige Versicherung bei, daß sie entschlossen seyen, und auch die Mittel dazu haben, die Würde und Vorrechte der Statthalterschaft aufrecht zu erhalten, daß sie sich im Stande finden, der Provinz Holland Widerstand zu leisten, es wäre denn, dieselbe sollte fremde Hülfe erhalten, in welchem unwahrscheinlichen Falle sie aber dann doch nicht mit Unehre unterliegen, sondern

nur der Uebermacht weichen würden; sie stellten fer-
dem Statthalter anheim, ob es klug sey, sie
verlassen zu wollen, deren Anhänglichkeit
und gute Gesinnungen erprobt seyen, u
sich durch Annahme der vorgelegten Bedi-
gungen seinen Feinden in die Arme zu we-
fen?

Eine Erklärung, wie diese, konnte den Prin-
wohl nicht zur Nachgiebigkeit geneigt machen. D-
kam noch, daß seine Anhänger in andern Provinzen
Annahme der vorgelegten Bedingungen laut und
stimmt widerriethen. Dieß geschah insbesondere a
von dem Großpensionär der Provinz Seeland, von
Spiegel, einem Mann von allgemein anerkannten
mäßigten Gesinnungen und großer Klugheit, der
Prinzen aufmunterte dieselbe zurückzuweisen, u
standhaft zu bleiben. Auch aus andern Provinzen
gingen von angesehenen und einflußreichen Männern
ähnliche Rathschläge ein, und die englisch gesinnte
Partei, durch des Grafen Aufenthalt in Nimwegen
beunruhiget, schickte einen Vertrauten dahin, um den
Prinzen vor der Annahme der gemachten Bedingungen
zu warnen.

Die Prinzessin gab ihrem königlichen Bruder von
diesen Vorgängen Nachricht, und äußerte die Hoffnung,
daß durch die gutgesinnten Provinzen die Sache eine

[illegible] Wendung erhalten könnte. Aber der [König] zweifelte daran, und schrieb (23. Dezember) [an den] Grafen eigenhändig: „Ich wünsche, daß die Hoffnungen, welche meine Schwester auf die gutge[sinnten] Provinzen sezt, in Wirklichkeit übergehen [mö]gen, aber ich wünsche noch mehr, daß diese Hoffnungen, die schon so oft getäuscht wurden, und auf [die] ich gar kein Vertrauen habe, nicht die gegenwärtige Unterhandlung scheitern machen. Jezt ist [d]er entscheidende Augenblick, der, wenn er unbenüzt [vo]rübergeht, sich nicht mehr finden und zu einer [E]xtremität und dem Bürgerkrieg führen wird, wo[v]on die Folgen für den Prinzen um so trauriger [s]eyn werden, als Frankreich sowohl um seiner [E]hre als seines Vortheils willen den Patrioten Beistand leisten wird, während mein Interesse in „der gegenwärtigen Lage mir nicht erlaubt den „Prinzen mit bewaffneter Hand zu unter„stüzen. Man irrt sich in Nimwegen, wenn man „glaubt, die Unterhandlung lasse sich mit einem Un„terhändler in die Länge ziehen, der die Absicht da„von erräth, und sich dadurch nicht irre führen läßt. „Daher fodert das wahre Interesse des Prinzen, daß „er einen Schritt, um die Aufrichtigkeit seiner Ge„sinnungen zu beweisen, nicht verweigere, und die „Revision der Reglements jenen Provinzen „anbiete, wo dergleichen bestehen. Will die

„Provinz Geldern nicht darauf eingehen, so ist der
„Prinz außer Schuld; wenn die Provinz Utrecht
„damit einverstanden ist, so werden die Patrioten be-
„ruhiget werden, die Unterhandlung wird ihren Fort-
„gang haben, und der Prinz kann vielleicht durch
„die Standhaftigkeit der gutgesinnten Provinzen bessere
„Bedingungen erlangen."

Wenige Tage nach seiner Ankunft in Nimwegen (11. Dezember) ertheilte Görtz dem Herrn von Rayneval vertrauliche Nachricht von den gemachten Schritten, und von den Hindernissen, welche die Staaten von Geldern dem Erfolg der Unterhandlung entgegensezten; diese sey weder er noch der Prinz selbst zu heben im Stande, und dieser habe in jener Provinz den Einfluß nicht, den man ihm beimesse, es sey daher vorauszusehen, daß, wenn selbst der Prinz die Bedingungen annähme, die Staaten von Geldern sich nicht darauf einlassen würden, weil sie sich von der Provinz Holland keine Geseze wollen vorschreiben lassen, und weil sie das nämliche Schicksal wie die Provinzen Utrecht und Oberyssel besorgen. Um diesen Anstand zu heben machte der Graf dem Herrn von Rayneval den Vorschlag damit anzufangen, die Ruhe in der Provinz Utrecht herzustellen, denn sey dieses geschehen, so falle der von der Provinz Geldern angegebene Grund hinweg, und es sey schon viel gewonnen.

Aber

Aber der Herr von Rayneval widersprach in seinem Antwortschreiben (vom 18. Dezember) vor Allem die Behauptung, daß der Prinz keinen entschiedenen Einfluß in der Provinz Geldern habe; denn man kenne gar wohl die Anzahl derjenigen, welche in Diensten und Pflichten des Prinzen stehen, und Mitglieder der Staaten von Geldern seyen, in diesen machen sie die Mehrheit aus, und durch sie werde der gegenwärtige Zustand in dieser Provinz unterhalten; wenn man behaupten wolle, daß Personen, die von den Befehlen des Prinzen abhangen, seinen Willen nicht befolgen, so versuche man einer unglaublichen Sache Glauben zu verschaffen, und man würde ihn, Rayneval, für einen leichtgläubigen oder befangenen Mann ansehen und ihm alles Vertrauen entziehen, wenn er es versuchen wollte. Uebrigens war Herr von Rayneval nicht entgegen, daß Schritte zu Wiederherstellung der Ruhe in der Provinz Utrecht geschehen, aber zu gleicher Zeit hätten dergleichen auch bei den Staaten von Geldern stattzufinden, um sie zu bewegen, den geflüchteten Einwohnern von Hattem und Elburg die Rückkehr in ihre Heimath provisorisch zu gestatten, und die Truppen, mit Ausnahme der gewöhnlichen Garnison, zurück zu schicken. Ueberdieß bestand aber Herr von Rayneval noch auf der Abänderung der Reglements, worüber er eine ganz bestimmte

Zusage erwarte, um sich deßhalb verbürgen zu können; dagegen versicherte er, daß diejenigen Personen, mit welchen er und Herr von Verac im Benehmen stehen, ihren ganzen Einfluß und Kredit sowohl bei der Nation, als in den Berathungen über die Wiedereinsetzung des Prinzen nach den mitgetheilten Grundlagen werden geltend machen.

Diese Aeusserungen und Vorschläge konnten eben so wenig als die frühern bei dem Statthalter und seiner Gemahlin Eingang finden. Beide erblickten darin das feindseligste Bestreben, die bestehende Konstitution umzustürzen, und der Provinz Holland die andern Provinzen der Republik unterzuordnen; um diesen Endzweck zu erreichen, wollte man sich des Statthalters als eines Werkzeuges bedienen, ihn dadurch in den Augen der Nation herabwürdigen, und um Ehre und Achtung bringen. Sie erklärten daher Beide dem Grafen von Görtz, daß sie eher alles Mögliche über sich wollen ergehen lassen, als die vorgeschlagenen Bedingungen anzunehmen; sie seyen unabänderlich entschlossen, der Ehre und dem Vaterland treu zu bleiben, sich selbst, ihren Nachkommen und denjenigen, die ihnen ergeben seyen, nichts zu vergeben, und in der Standhaftigkeit und dem Bestreben ihrer Freunden Hülfsquellen aufzusuchen, überzeugt, daß, wenn sie auch unterliegen, es doch unverschuldet und ohne Verletzung ihrer Ehre geschehe.

Dieser Entschluß erregte das Mißfallen des Königs,

der nun einmal die Sache in Güte beigelegt sehen wollte, und daher wünschte, daß der Statthalter doch wenigst einen guten Willen, die bestehenden Irrungen beizulegen, werkthätig zeigen sollte; denn so, meinte der König, werde die Unterhandlung einmal abgebrochen, und kehre Herr von Rayneval nach Paris zurück, so lasse sich dieselbe nicht mehr anknüpfen, der Prinz spiele daher ein gefährliches Spiel, wodurch er nicht nur in der Provinz Holland, sondern auch in den andern Provinzen, wo die Patrioten zahlreiche Anhänger und großen Einfluß haben, die gänzliche Zerstörung der Statthalterschaft herbeiführen könnte; da die patriotische Partei die bewaffnete Macht in Händen habe, und benöthigten Falls auf Frankreichs Unterstützung rechnen könne; gerade jezt, wo sich die Provinzen gegenseitig das Gewicht halten, und der französische Hof gute Gesinnungen zeige, könnten noch erträgliche Bedingungen erzielt werden; aber diese günstigen Umstände können schnell verschwinden, und man müsse also nicht säumen, sie zu benutzen. Graf Görz erhielt also (29. Dezember 1786 und 1. Januar 1787) die erneuerte Instruktion, den Statthalter zur Nachgiebigkeit zu bewegen, und der König sezte der leztern Depesche eigenhändig die Worte bei: „wenn der Prinz von Oranien nicht „bald sein Benehmen ändert, so wird er „sicherlich den Hals brechen.“

Vergeblich waren aber alle Vorstellungen, alle

Bitten des Grafen bei dem Statthalter sowohl als bei seiner Gemahlin, und er wurde immer mehr und mehr überzeugt, daß es unmöglich sey, die Absicht des Königs zu erreichen; die Prinzessin erklärte dem Grafen ganz offen, er solle sich keine vergebliche Mühe machen, denn er werde nie weder ihren noch ihres Gemahls gefaßten Entschluß abzuändern vermögen. Diese geistreiche, mit allen Verhältnissen ganz vertraute Frau setzte endlich in einem eigenhändigen Schreiben an den Grafen (31. Dezember 1786) die Gründe, welche ihren Gemahl und sie verhindern, die gemachten Anträge anzunehmen, mit eben so vieler Stärke als Würde auseinander, und trug ihm auf, dasselbe dem Herrn von Rayneval mitzutheilen.

In diesem merkwürdigen Schreiben drückt sich die Prinzessin nach der Versicherung des aufrichtigsten Verlangens, die Ruhe und das gute Einverständniß in der Republik wieder hergestellt zu sehen, und der Erreichung dieses Endzwecks alle Opfer zu bringen, welche Ehre und Pflicht gestatten, folgendermaaßen aus:

„Die vorzüglichen Punkte, welche die Aufmerksamkeit des Herrn von Rayneval erregen, lassen sich, „wie mir scheint, auf nachfolgende zurückführen: 1) die „Suspension des Prinzen in seiner Eigenschaft als Ge„neralkapitän der Provinz Holland; 2) die Abänderung „der Konstitution in den Provinzen, wo Reglements „bestehen; 3) die Einschränkungen, welche man in

„die Funktionen eines Generalkapitäns der Provinz „Holland zu machen gedenkt, wenn man das Mittel „wird gefunden haben, die Suspension aufzuheben. „Ich werde diese drei Artikel kurz durchgehen."

„Vor Allem muß ich Ihnen bemerken, daß der „erste von sehr zarter Art ist. Die Ehre des Prinzen „ist dabei so sehr befangen, daß es unmöglich wird, in „dieser Hinsicht die mindeste Modifikation zuzulassen, „oder irgend ein Zugeständniß zu machen, woraus man „das stillschweigende Bekenntniß des Unrechts folgern „könnte, welches man dem Prinzen unverdientermaaßen „beimißt."

„Wenn Herr von Rayneval selbst ihn als schuldlos „ansähe, so könnte er ihm nicht rathen, sich für schuldig „zu erklären. Er muß daher selbst glauben, daß er „sich wirklich die Suspension zugezogen habe, oder, „um mich besser auszudrücken, man hat gesucht, ihn „dessen zu überreden. Will man das Gegentheil an- „nehmen, so kann man nicht glauben, Herr von Ray- „neval gebe zu, daß ein Souverän, der im Irrthume „war, die voreiligen auf falsche Darstellungen gegrün- „deten Entschließungen nicht zurücknehmen und so die „daraus entstandenen nachtheiligen Folgen beseitigen „könne; dadurch würde man mit andern Worten zuge- „ben, daß ein Souverän nicht Recht geben kann. „Wenn nun dieser dasselbe dem geringsten seiner Unter- „thanen schuldig ist, kann er es wohl demjenigen ver-

„weigern, der durch seine Geburt und die einhelligen
„Beschlüsse derjenigen, welche den Souverän bilden,
„ein Theil davon und mit den höchsten Würden im
„Staate bekleidet ist? Wird er allein eine Ausnahme
„von dieser allgemeinen Regel machen, oder muß man
„schließen, daß die Bürger in einem freien Lande die
„Gerechtigkeit nicht erlangen können, die sie selten ver-
„geblich in einem monarchischen Staate fodern? Dieses
„hieße den schönen Namen Freiheit, der in diesem
„Augenblicke die Köpfe erhizt, herabwürdigen, und
„gewiß würde ich bei Herrn von Rayneval am allerwe-
„nigsten eine solche Lehre suchen. Wenn ich selbst an-
„nehme, daß er von dem Unrecht des Prinzen über-
„zeugt sey, so getraue ich mir zu bemerken, daß wenig
„Verhältniß bestehe zwischen der Natur der Anklage
„und den Mitteln, die er angibt, um Gnade zu
„erhalten."

„Aber, Herr Graf, es ist nicht Gnade,
„was wir verlangen, sondern wir fodern
„Gerechtigkeit von den Souveränen! und
„ohne hier unser gutes Recht ausführen, oder über
„den Grund der Sache entscheiden zu wollen (welches
„mehr den Staaten von Geldern als uns zukommt), will
„ich nur eine einzige Bemerkung machen, welche, wie
„mir scheint, Alles widerlegt, was zu Vertheidigung
„der willkürlichen Handlung, wodurch die Staaten
„von Holland den Generalkapitän ihrer Provinz suspen-

„den haben, gesagt werden kann: Da der Prinz
„nun in der Eigenschaft eines Generalkapi-
„täns der Provinz Geldern, und auf den
„Befehl dieser Provinz gehandelt hat, so
„ist er für sein ganzes Benehmen in dieser
„Hinsicht nur den Staaten von Geldern
„verantwortlich. Dieß ist eine Wahrheit, die von
„Niemand, der nur die ersten Kenntnisse von der Ver-
„fassung der Republik besitzt, widersprochen werden
„kann, und ich denke nicht, daß Herr von Rayneval
„sie in Zweifel ziehe."

„Nach dem, was ich von unserm Entschluß gesagt habe,
„keine Modifikation in der Widerrufung der Suspension
„des Generalkapitäns eintreten zu lassen, die wir, so wie
„das Kommando im Haag, als Präliminar-Ar-
„tikel betrachten, von denen wir nicht abgehen können,
„werden Sie, Herr Graf, selbst fühlen, daß jeder Schritt
„des Prinzen, um die Ruhe in den Provinzen Gel-
„dern, Utrecht und Oberyssel auf den vorgeschlagenen
„Fuß wieder herzustellen, gegenwärtig nicht in Be-
„trachtung kommen kann. Der Prinz würde
„übrigens seine Pflichten auf eine sehr
„auffallende Art mißkennen, wenn er je-
„mals Verbindlichkeiten eingehen wollte,
„welche die innere Regierung einer Pro-
„vinz betreffen, ohne vorher die Zustim-
„mung der Staaten dieser Provinz erhalt

„zu haben. Man würde indessen sehr Unrecht haben,
„den Schluß zu machen, der Prinz beweise durch Ab-
„lehnung derlei Vorschläge seine Abneigung, sich auf
„konstitutionelle, zur Beilegung der Unruhen geeignete,
„Arrangements einzulassen; die bestimmtesten Erklä-
„rungen seines stäten Verlangens, mit den Staaten
„aller Provinzen zu jenem mitzuwirken, was zu Wieder-
„herstellung der innern Ruhe und zur Aufrechthaltung
„der Unabhängigkeit der Republik beitragen kann, be-
„weist hinlänglich das Gegentheil. Man wird auch,
„ohne ungerecht zu seyn, die Aufrichtigkeit dieser Er-
„klärungen nicht in Zweifel ziehen können, wenn man
„die Bereitwilligkeit betrachtet, welche der Prinz ge-
„zeigt und noch wirklich hat, die Konferenzen, welche
„in Utrecht angefangen, und ohne sein Verschulden
„abgebrochen wurden, wieder anzuknüpfen."

„Ich will mich hier nicht über die sehr in der
„Wirklichkeit vorhandene, aus der Stimmung
„einiger Staaten hervorgehende Unmöglichkeit ver-
„breiten, in welcher sich der Prinz befinden würde, das
„zu bewirken, was man von ihm in Bezug auf einige
„Provinzen begehrt, selbst wenn wichtige Gründe ihn
„nicht abhielten, sich dazu verbindlich zu machen, weil
„dieses hier nicht an seinem Orte wäre, und weil Sie
„ohnedieß im Stande sind, darüber zu urtheilen;
„ich kann mich dießfalls ohne Anstand auf Ihr Zeugniß
„berufen."

„In Ansehung des dritten Artikels will ich vor „Allem bemerken, daß es ganz richtig ist, daß ein „Souverän Herr und Meister ist, eine seinem „Gutbefinden unterliegende Entschließung zurück„zunehmen; es ist aber ebenfalls unbezweifelt, daß „ein gerechter Souverän dieses in keinem Falle von „einiger Wichtigkeit anders, als nach erlangter Ueber„zeugung, dieses sey zum Wohl des Vaterlandes „nöthig, und daß er nie wen immer der mit seiner „Stelle verbundenen Rechte und Vorzüge entsetzen „wird, es sey denn, es habe sich ein solcher deren un„würdig gemacht, oder das Wohl des Staates fo„dere es."

„Da der Prinz die erste Voraussetzung nicht zu„geben kann, indem ihm sein Gewissen keinen Vorwurf „macht, so erwartet er von der Gerechtigkeit des „Souveräns, daß dieser ihn, bei Aufhebung der „Suspension als Generalkapitän von Holland, wieder „in die volle Aktivität aller Funktionen „dieser Stelle einsetze; erst nachdem dieses ge„schehen ist, könnte es angemessen seyn, zu unter„suchen, ob diese Funktionen, so wie sie bisher aus„geübt wurden, Anständen unterworfen seyen, bei „denen das Wohl des Staates betheiliget ist."

„Ehe ich schließe, kann ich nicht umhin, noch einen „Irrthum zu bemerken, in den es scheint, daß Herr „von Rayneval versezt worden ist. Derselbe behauptet,

„der Prinz könne lediglich nichts thun oder befehlen,
„als mit Beistimmung der deputirten Räthe; wahr-
„scheinlich weiß er nicht, daß, weit entfernt diesen
„und zwar vorzüglich rücksichtlich des Kommando's im
„Haag untergeordnet zu seyn, ihnen in ihrer Instruk-
„tion ausdrücklich auferlegt ist, nichts zu thun, und
„keinen sich auf Militär-Angelegenheiten
„beziehenden Beschluß zu fassen, als
„gemeinschaftlich und mit Beistimmung
„des Statthalters und Generalkapitäns
„der Provinz."

„Ich hoffe, Herr Graf, durch diese Auseinander-
„setzung Ihrem Wunsche genügt zu haben. Wir bitten
„Sie, dem Herrn von Rayneval unsern Dank zu be-
„zeigen, daß er uns mit so vieler Offenheit jenes mit-
„getheilt hat, was man von uns verlangt; die gute
„Meinung, die Sie uns von ihm beigebracht haben,
„und der vortheilhafte Ruf, den er genießt, läßt
„mich hoffen, daß er den Empfindungen, welche uns
„zu diesen Bemerkungen veranlaßten, werde Gerech-
„tigkeit widerfahren lassen. Ich bin rc."

Am Tage des Empfanges übersendete Graf Görz
dieses Schreiben dem Herrn von Rayneval, und be-
gleitete dasselbe mit einem eigenen Schreiben, wodurch
er den unangenehmen Eindruck des erstern zu mildern
suchte. Er bezeigte sein aufrichtiges Leidwesen, daß
es seinen Bemühungen nicht gelungen sey, ihren ge-

meinschaftlichen Endzweck zu erreichen, und versicherte, daß der Statthalter und seine Gemahlin stets bereit seyen, auf alle mit ihrer Ehre verträglichen Bedingungen einzugehen, um Ruhe und Einigkeit in der Republik herzustellen. Er hatte sogar beigesezt, daß der Prinz geneigt sey, sich mit jeder einzelnen Provinz über die Reglements zu verstehen, um darin jene Modifikationen vorzunehmen, welche dem Wahl und der wahren Freiheit dieser Provinzen angemessen seyn. Diese leztere Zusicherung fand sich der Graf jedoch auf die dringende Gegenvorstellung des Baron von Linden (erstes Mitglied der Staaten von Geldern) bewogen, hinweg zu lassen, weil dadurch, wenn sie bekannt würde, die Ruhe dieser Provinz gefährdet werden könnte.

Der Eindruck, den das Schreiben der Prinzessin auf Herrn von Rayneval machte, war um so lebhafter, je mehr dieser Hoffnung zu schöpfen anfing, daß die begonnene Unterhandlung von Erfolg seyn könnte. Denn er hatte eben vom Grafen von Vergennes die Ermächtigung erhalten, bei den Gegnern des Hauses Oranien auf einer Modifikation aller von demselben vorgeschlagenen Bedingungen zu bestehen. Von nun an sah Herr von Rayneval seine Mission als geendigt an, und erwartete als unausbleibliche Folge des nach Versailles geschickten Schreibens der Prinzessin seine Abberufung.

Dem König mißfiel dieses Schreiben höchlich, weil dasselbe voraussichtlich die Abbrechung der Unterhandlung herbeiführen mußte, von deren Erfolg er allein die Wiederherstellung der Ruhe in der Republik und die Aufrechthaltung der wesentlichen Vorrechte der Statthalterschaft erwartete. Er bedauerte daher, daß man nicht in dem Schreiben des Grafen von Görtz an Herrn von Rayneval die Versicherung wegen der Modifikation der Reglements belassen habe, indem der französische Hof doch dadurch überzeugt worden wäre, daß der Prinz nicht eigensinnig jene Ausgleichung zurückweise, und trug (8 Jänner 1787) dem Grafen auf, sich mit der Prinzessin zu besprechen, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn jene Erklärung dem Herrn von Rayneval, wo nicht schriftlich, doch mündlich, und mit dem Ersuchen mitgetheilt würde, davon gegen die Patrioten keinen Gebrauch zu machen; es wäre überhaupt sehr gut, bedeutete der König dem Grafen, wenn man die Negociation wieder anknüpfen könnte, wenn daher Herr von Rayneval nicht schnell abreise, so solle er nach dem Haag zurückkehren, und auf alle Art die Wiederaufnahme der Unterhandlung zu bewirken suchen. Am Schlusse der Depesche fügte der König mit eigener Hand bei: „Da der Prinz von Oranien, und mehr „noch einige seiner Anhänger, nie haben einsehen „wollen, daß Opfer nicht zu umgehen seyen, so mußten „natürlich die vorgeschlagenen Bedingungen in Nie-

„wegen für sehr hart gehalten werden; aber man muß „sich an eine nicht weit zurückliegende Epoche erinnern, „wo der Prinz ein Spiel spielte, um Alles zu verlieren; „wo seine Feinde, sey es durch das Stillschweigen, „oder durch die Intriguen von Frankreich ermuthiget „wurden, wo diese Macht selbst den geringsten öffent„lichen Schritt zu seinen Gunsten verweigerte. Wenn „der Prinz die Sache aus diesem Gesichtspunkte be„trachtet, so sollte er fühlen, um wie viel sich seine Lage „verbessert, und daß er dieses nur meinen Bemühungen „und der Ueberzeugung des französischen Hofes, wie „sehr es seinen Interessen angemessen sey, Preußens „Freundschaft zu erhalten, zu verdanken habe."

Aber eben in diesem Zeitpunkte, wo man die Unterhandlung als abgebrochen zu betrachten anfing, veranlaßte eine vertrauliche Eröffnung des Herrn von Rayneval an Herrn von Thulemeier die Wiederaufnahme derselben. Der erstere hatte sich nämlich gegen den lezteren bereit erklärt, die Negociation fortsetzen zu wollen, wenn der Prinz die Grundlage der Ausgleichung vorschlagen würde, deren Annahme er zu bewirken sich bestreben werde. Graf Görtz benüzte diesen Umstand, um den Prinzen und seine Gemahlin zu bewegen, sich hierüber mit mehr Bestimmtheit als bisher zu erklären. Dieses geschah durch eine Note vom 10. Jänner, welche der Graf an Herrn von Rayneval überschickte.

In dieser mit grosser Umsicht und Mässigung entworfenen Note wird sich zwar auf das frühere Schreiben der Prinzessin bezogen, jedoch beigefügt, man wolle gegenwärtig trachten, sich bestimmter auszusprechen, und die nöthigen Erläuterungen beizufügen, um jeden Unbefangenen zu überzeugen, wie sehr dem Prinzen das Wohl seines Vaterlandes, seine Ehre und seine Pflicht am Herzen liegen. Es wird wiederholt die Zurücknahme der Suspension von der Stelle eines Generalkapitäns und von dem Kommando im Haag, als derjenige Präliminarpunkt angegeben, ohne dessen Zugeständniß es nicht möglich sey, weiter zu unterhandeln. Der Prinz habe zwar die im ersten Schreiben des Herrn von Rayneval gemachten Bedingungen nicht angenommen, aber es folge daraus keineswegs, daß er verweigere, mit jenen, welche dazu berechtiget seyen, die vorzunehmenden Verbesserungen in den Provinzen zu untersuchen, und sich darüber mit den betreffenden Staaten zu verständigen; er wünsche, daß die Konferenzen wegen der Provinz Utrecht wieder angefangen werden, und daß man Mittel finden möge, um die Zwistigkeiten in denselben zu beruhigen; aus eigener Bewegung thue er seit langer Zeit Alles, was in seinen Kräften stehe, zu Gunsten der flüchtig geword-

benen Einwohner von Hattem und Elburg, und auf seine Einladung haben zwar die Staaten von Geldern die Amnestie bekannt machen lassen, aber nicht für gut gefunden, solcher jene Ausdehnung zu geben, welche er gewünscht hätte; er werde auch sich nicht weigern, den Staaten von Oberyssel in den Arrangements, welche das Beste des Staates zu fodern scheinen, seine Aufmerksamkeit zu schenken; er könne sich aber darüber nur mit den Regenten der Provinzen, welche dieses angehe, benehmen; so wie man ihm die freie Ausübung der Funktionen eines Generalkapitäns, mit Einbegriff des Kommando's über die Garnison im Haag, zurückgebe, so werde er sich nach dem Haag verfügen, um mit den vorzüglichsten Regenten jenes zu verabreden, was zum Wohl der Republik im Ganzen und zu jenem ihrer einzelnen Theile beitragen könne.

Mit dieser Erklärung war der König einverstanden, und er trug (15ten Jänner) dem Grafen von Gört auf, dem Prinzen und der Prinzessin von Oranien seine Zufriedenheit darüber zu bezeigen.

Ganz anders urtheilte Herr von Rayneval von dieser Erklärung; er fand, daß dieselbe nichts ent-

halte, was der Unterhandlung eine neue Thätigkeit geben könne; er versicherte, daß seine lezten Aeußerungen keineswegs durch den Wunsch seines Hofes, dem Prinzen entgegen zu kommen, sondern nur durch sein Verlangen, sich in Gemäßheit der erhaltenen Instruktion gegen den König von Preußen gefällig zu bezeigen, veranlaßt worden, und daß die von dem Prinzen vorgeschlagene Grundlage der Ausgleichung ganz und gar unannehmbar sey. Sonach schickte sich der Herr von Rayneval sogleich an, den Haag zu verlassen, und begab sich auch ohne Verzug auf die Rückreise nach Paris.

So wie Görtz dieses erfuhr, bat er den König (16ten Jänner) um seine Abberufung und um die Erlaubniß, sein Rekreditiv im Haag durch den Gesandschaftssekretär Bisinger überreichen zu lassen, um nicht in die Nothwendigkeit versezt zu werden, sich noch einmal dahin begeben zu müssen. Um die Zeit bis zu deren Empfange nicht zu verlieren, wollte er seinen Aufenthalt in Nimwegen dazu benützen, um den Prinzen zu bewegen, sich aus Personen, die der Nation angenehm wären, einen Rath zu bilden, damit auf diese Art in der Folge die gewünschte Ausgleichung erleichtert und endlich erzielt werden könnte.

Der König bewilligte (22sten Jänner) das Erstere, und schenkte dem Leztern nicht nur seinen Beifall, sondern

dern foderte auch den Grafen auf, den Prinzen und die Prinzessin ebenfalls dazu zu bewegen, und ihnen zu rathen, nach seiner Abreise eine ununterbrochene Korrespondenz mit Herrn von Thulemeier zu unterhalten und ihm alle Mittel an Handen zu geben, um durch ein zweckmäßiges Benehmen des Baron von Golz mit Herrn von Rayneval eine Aussöhnung herbeizuführen, und den Bürgerkrieg zu vermeiden, der voraussichtlich die nachtheiligsten Folgen für das Haus Oranien haben müßte.

Dieses sicherte auch der Prinz und seine Gemahlin dem Grafen von Görtz bei seiner, nach erhaltenem Rekreditiv der Generalstaaten angetretenen Rückreise zu, und damit endigte sich seine eben so unangenehme als erfolglose Sendung. Wenn ihn darüber etwas trösten konnte, so war es das ehrenvolle Zeugniß, welches ihm bei seiner Abreise die Schwester seines Königs ertheilte: „Ich gestehe,“ sagt sie in ihrem Schreiben an ihren Bruder vom 7ten Februar, „daß mich die Abreise des Grafen empfindlich schmerzt; er wußte sich „die Achtung und das Vertrauen der ehrlichen „Leute aller Parteien zu erwerben; es ist genug Ihnen zu sagen, mit welcher Geschicklichkeit er „die wichtigsten Gegenstände, die Sie ihm anvertrauten, behandelt hat, und Sie von dem eben so reinen „als thätigen Eifer in Kenntniß zu setzen, den er für „Ihr Interesse und Ihren Ruhm an den Tag gelegt

hat. „Er hat dabei nichts vernachläßiget, um sich
„zugleich eine vollständige Kenntniß von diesem Lande,
„besonders von seiner Verfassung zu verschaffen, was
„für einen Fremden eben so schwer als wesentlich ist,
„wenn er darüber ein sicheres und gründliches Urtheil
„fällen will.“

Diesem Zeugniß fügte die Prinzessin noch die Bitte bei, der König möge ja dem Grafen über einige Punkte, die er ihrem Ersuchen gemäß vortragen werde, Aufmerksamkeit schenken. Diese seyen vorerst die Unmöglichkeit, in die sie sich versezt gesehen, die Bedingungen des Herrn von Rayneval anzunehmen, und die drohende Gefahr, der sie sich durch deren Annahme würden ausgesezt haben; ferner den Charakter der Anführer der Opposition, ihre Plane, ihre Absichten, ihre Unfähigkeit für eine gute Administration, die Intriguen Frankreichs und alle Federn, welche diese Macht springen ließ; die vorzüglichen Ursachen, welche die Plane ihrer Gegner begünstiget haben; die allgemeine Stimme, welche sich gegenwärtig bei allen klugen, der Ordnung ergebenen Männern gegen die neuen Administratoren erhebe; die beständigen Reibungen zwischen den Ultra-Aristokraten und den heftigen Demokraten, und wie die einen sich der andern bedienen, um ihre Zwecke zu erreichen; der Nutzen, der daraus für den Statthalter gezogen werden könne; die Nothwendigkeit zu Aufrechthaltung der Staatsverfas-

[illegible] ein Gegengewicht für die Excessen der einen wie der andern zu haben; die Unmöglichkeit, die Freiheit und Unabhängigkeit der Republik und selbst ihren Bestand bei der verschiedenen Verfassung jeder einzelnen Provinz in die Länge zu erhalten, wenn nicht der Statthalter dieses Gegengewicht bilde, und wenn seine militärischen Funktionen zu Wasser und zu Land durch die beabsichtete Reform auf Nichts zurückgeführt werden; endlich die Hülfsquellen, welche dem Prinzen und seinem Hause übrig seyen; die Männer von Kopf, welche ihm ergeben bleiben; die Gewißheit, daß es keineswegs die Stimme des Volks sey, die sich aus dem Munde der demokratischen Anführer vernehmen lasse; der feste Entschluß, nicht anzugreifen, aber sich zu vertheidigen, wenn man angegriffen werde, und sich nicht vernichten zu lassen, ohne vorher alle erlaubten Mittel zu seiner Rettung angewandt zu haben; die Vortheile, welche die Lage einiger Provinzen darbiete, und das offenbare Interesse der benachbarten Mächte, nicht zuzugeben, daß dieser Staat aufgelöst und eine Provinz Frankreichs werde. Diesem werde der Graf von Görz noch das Zutrauen der Mittel beifügen, welche dem König vielleicht die Nachbarschaft seiner Staaten verschaffen könne, um Holland zu zwingen, aus einem andern Tone zu reden, wenn des Königs Interessen ihm erlauben, dem Statthalter eine wirksame Hülfe in einem Augenblicke

der Krisis zu leisten, was sich leichter thun liesse, als man im ersten Augenblicke glauben möchte.

So endigte sich eine zwar kurze, aber für den Grafen von Görtz mühevolle Unterhandlung, die ihn in manche Verlegenheiten und Unannehmlichkeiten verwickelte. Von demjenigen, von dessen Mitwirkung er sich den besten Erfolg versprach, seinem ehemaligen Freund, mußte er die größten Hindernisse, Falschheiten und Intriguen erfahren; von einem andern seiner ehemaligen Freunde, Harris, durfte er, um seiner politischen Stellung willen, keinen Beistand erwarten, und er mußte selbst, um nicht Argwohn zu erregen, den Umgang mit demselben auf die bloßen Forderungen des Wohlstandes beschränken; vom König erhielt er unausgesezte Befehle und Instruktionen, welche den Wünschen und Absichten des Statthalters und seiner Gemahlin entgegengesezt und mit seiner eigenen Ueberzeugung nicht übereinstimmend waren; alle seine Schritte, alle seine Aeußerungen wurden belauscht, und von Jedem nach seiner Stimmung beurtheilt; vergeblich waren seine Versuche, den Gegnern des Prinzen und seines Hauses Mäßigung und Vertrauen in die Absichten Preußens einzuflößen, und eben so vergeblich, den Prinzen selbst zu einer den Wünschen des Königs entsprechenden Nachgiebigkeit zu bewegen; Golz in Paris und Thulemeier im Haag waren mit den Ansichten des Grafen nicht immer einverstanden, und die

ser insbesondere suchte gegen das Ende der Unterhandlung dieselbe sich anzueignen; die Grundsätze und das Benehmen der königlichen Kabinetsminister Finkenstein und Herzberg waren nicht übereinstimmend, und der Erstere hatte, vorzüglich in der holländischen Sache, das Uebergewicht über den Leztern, der ein Freund des Grafen und mit ihm von gleichen Gesinnungen war. Bei so verwickelten Verhältnissen, bei so entgegengesezten Ansichten und Endzwecken mußte das eifrigste Bestreben das gewünschte Ziel zu erreichen erfolglos bleiben.

Die Mission des Herrn von Rayneval hatte übrigens die Eigenheit, daß er dafür kein Kreditiv weder an die Generalstaaten, noch an die Staaten von Holland, oder jene einer andern Provinz überreichte, und daß einige Wochen nach seiner Ankunft im Haag die Amsterdamer Zeitung in einem Artikel aus dem Haag vom 17ten Dezember die merkwürdige Stelle enthielt:

„Wir sind ermächtiget und beauftragt „zu sagen, daß Herr von Rayneval seit seiner Ankunft „aus Paris den Haag nicht verlassen hat, daß er als „ein besonderer Freund des Herrn von Verac in dem „französischen Hotel wohnt, und daß, weit entfernt, „Minister zu seyn, wie eine französische Zeitung an„gegeben hat, er nicht mit dem geringsten „Auftrage des französischen Ministeriums „im Haag versehen ist.“

Diese Angabe wurde oft widersprochen; allein han-
delte Herr von Rayneval wirklich nicht als ein öffent-
lich akkreditirter Minister, sondern nur als geheimer
Unterhändler, nicht mit öffentlichen Autoritäten, son-
dern mit Leuten, die er nicht nannte. *)

Nach dem mißlungenen Versuche der Höfe von
Berlin und Versailles, die Ruhe in der Republik wie-
der herzustellen, fing der Kampf der Parteien mit ver-
mehrter Erbitterung an. Allenthalben, wo die Patrio-
ten die Oberhand hatten, und dieses war, wie wir ge-
sehen haben, in den meisten Provinzen der Fall, wur-
den die Anhänger des Hauses Oranien heftiger als je
verfolgt, ihrer Stellen entsezt, und diese Aemter Geg-
nern übertragen. In vielen Städten fanden blutige
Auftritte statt; allenthalben äußerte sich der Parteigeist
auf die beunruhigendste Art, und der schon an einigen
Orten ausgebrochene Bürgerkrieg drohte sich über das
ganze, durch Faktionen zerrissene Land zu verbreiten.
Die oranische Partei sowohl als die antioranische zo-
gen Truppen zusammen; die der leztern standen unter
den Befehlen des Generals Ryssel und des Rheingra-

*) Flassan a. a. O. 7. Bd. S. 451. sagt selbst: obschon
Herr von Rayneval ohne öffentlichen Charakter ge-
wesen sei, so habe er doch Kreditive gehabt, die er zu über-
geben ermächtiget war, wenn es die Umstände er-
foderten.

den Salm; jene der erstern, schwächer an der Zahl, waren bei Arnheim versammelt, und der Prinz selbst hatte sich an ihre Spitze gestellt.

Da veränderte plötzlich der kühne, aber wohlberechnete Schritt der Prinzessin von Oranien, nämlich ihre Reise von Nimwegen nach dem Haag die ganze Gestalt der Sache. Denn das, was weder die Bitten des Prinzen und der Prinzessin, noch die Vorschläge und Rathschläge von Herzberg und Finkenstein bei dem König bewirken konnten — eine kräftige, nöthigen Falls durch die Waffen unterstützte Intervention — bewirkte bei dem Bruder die gröbliche Beleidigung der Schwester unweit Schoonhoven. Friedrich Wilhelm II. forderte dafür schnelle Genugthuung, und ließ, als diese verweigert ward, unverzüglich unter Anführung des Herzogs von Braunschweig ein Heer gegen die Republik aufbrechen, welches sich in wenigen Wochen ihres ganzen Gebiets bemächtigte.

Der Graf von Görtz hatte an Allem, was nach seiner Abreise in Holland vorging, keinen unmittelbaren Antheil, und wir verweisen daher deßhalb auf die Schriftsteller, welche die Ereignisse jener Zeit beschrieben haben. Doch müssen wir hier noch bemerken, daß die Prinzessin von Oranien dem Grafen auch nach seiner Abreise fortwährend die sprechendsten und ehrenvollsten Beweise von Wohlwollen und Vertrauen gab.

daß sie mit demselben einen ununterbrochenen Briefwechsel unterhielt, ihm alle Ereignisse und Plane mittheilte, und ihn um seine Ansichten und seinen Rath ersuchte. Mit der größten Bereitwilligkeit entsprach Görtz den Wünschen einer Prinzessin, deren große Eigenschaften seine Bewunderung erregt und seine wärmste Anhänglichkeit gefesselt hatten, und es scheint, der erwähnte muthvolle Entschluß der Prinzessin sey nicht ohne des Grafen Beistimmung, vielleicht selbst auf seinen Rath gefaßt und ausgeführt worden.

Der französische Hof bewies bei den energischen Maasregeln des Königs von Preußen eine große Schwäche, die für sein politisches Ansehen im Allgemeinen sehr nachtheilig und für seinen Einfluß in der Republik verderblich war. Er machte zwar Anstalten, ein Lager bei Givet zusammenzuziehen, und drohte am 16ten September Holland mit seiner Macht unterstützen zu wollen, erklärte aber, da sich Preußen dadurch in seinen Unternehmungen nicht irre führen ließ, am 27sten Oktober, daß die Beweggründe dazu nicht mehr bestehen, daß er folglich die Erklärung vom 16ten September nicht in Vollziehung bringen wolle, und wegen desjenigen, was in Holland vorgefallen, keine feindlichen Absichten mehr hege!!!

So war denn ein Zeitraum von wenigen Wochen hinreichend, um die Ruhe und die Verfassung in der Republik herzustellen, den Prinzen in seine Würde wieder einzusetzen, seine Feinde zu demüthigen und zu bestrafen, den Geist des Aufruhrs und der Widersetzlichkeit zu unterdrücken, Frankreich die Vortheile zu entziehen, die es sich von dem Vertrag von 1785 versprach, und diese England und Preußen zuzuwenden.

Siebenter Abschnitt.

Rückkehr des Grafen von Görtz nach Berlin; dessen Aufenthalt und Beschäftigung daselbst im Laufe des Jahres 1787. — Rußland. — Die lezte Zeit des deutschen Fürstenbundes. — Ernennung des Grafen zum churbrandenburgischen Gesandten am Reichstag 1788. — Verhandlungen und Geschäfte bis zum Tode des Kaisers Joseph.

Nach seiner Zurückkunft in Berlin (Februar) hielt sich der Graf von Görtz im ganzen Laufe des Jahres 1787 ohne irgend eine nahe Aussicht auf Wiederverwendung in seinem bisherigen Geschäftskreise dort auf. Vergebens bat die Prinzessin von Oranien, nach wiederhergestellter Ruhe in den Niederlanden, den König, an Thulemeiers Stelle den Grafen zum Gesandten im Haag zu ernennen; trocken und ohne Angabe der Ursache ward diese Bitte verweigert.

Dadurch und durch manche unangenehme Erfahrungen, die der Graf während der Sendungen in Ruß-

land mit Holland gemacht hatte, wurde dessen Verlangen, seine bisherige Laufbahn zu verfolgen, sehr geschwächt, und es ihm vielmehr der Wunsch erregt, sie gegen eine angemessene Hofcharge zu vertauschen, um in dem Kreise der Seinigen leben und seinen eigenen Angelegenheiten, die durch eine mehrjährige und mehr ununterbrochene Abwesenheit nöthig gewordene Aufmerksamkeit widmen zu können.

Dessen ungeachtet blieb sein stets thätiger Geist nicht unbeschäftiget, und er vermochte nicht mit Gleichgültigkeit auf den Schauplatz seines bisherigen Wirkens und auf die Ereignisse seiner Zeit hinzublicken. Er benutzte vielmehr seine zahlreichen Verbindungen im In- und Ausland, um sich von Allem, was in den öffentlichen Angelegenheiten und in der Politik Wichtiges und Denkwürdiges vorging, zuverlässige Nachrichten und Aufschlüsse zu verschaffen. Dieses erleichterte ihm auch vorzüglich seine freundschaftlichen Verhältnisse mit Herzberg, der ihn von Allem, was vorging, in Kenntniß erhielt.

Mit der Prinzessin von Oranien, verschiedenen Männern am Hofe des Statthalters und mehrern seiner Bekannten in Holland unterhielt der Graf einen ununterbrochenen Briefwechsel, ward dadurch von Allem, was die holländischen Angelegenheiten betraf, genau unterrichtet, und über wichtige Punkte zu Rathe gezogen.

Interessanter ist der Briefwechsel, den Görtz nach Petersburg unterhielt. Dort waren der preußische Gesandte Freiherr von Keller und Herr von Hüttel, ebenfalls bei dieser Gesandschaft angestellt, des Grafen Freunde, der Leztere sein vieljähriger Vertrauter. Außer diesen beiden Männern stand der Graf noch in einer geheimen Verbindung mit dem im russischen Staatsdienste stehenden Herrn von Alopäus, dessen Bekanntschaft und Freundschaft er in der Jugend schon genossen, nach einem Umfluß von vielen Jahren in Piemont und dann in Berlin, wo er sich im Frühjahr einige Zeit aufhielte, erneuert hatte.

Alopäus genoß das vorzüglichste Vertrauen des Großfürsten, der desselben Verhältnisse mit Görtz kennend durch ihren beiderseitigen Briefwechsel Nachrichten und Winke an den König von Preußen gelangen ließ, und von diesem dergleichen erhielt. Um dieses Einverständniß, selbst wenn es durch die rastlose Thätigkeit der Ausspäher Katharinens entdeckt werden sollte, nicht in seinem ganzen Umfange erklärbar und für die Theilnehmer weniger gefahrvoll zu machen, kam man über gewisse Benennungen von Gegenständen und Personen überein. Der Großfürst hieß z. B. Meister Grün; der König von Preußen Herr von D..b..g.; Alopäus Strahlkorn; die Danziger Angelegenheit das Werk des Herrn Pallas u. s. w.

Auf diesem Weg, den weder die Minister in Ber-

ihn noch der Gesandte in Petersburg kennen, unter-
hielten beide Fürsten ihre freundschaftlichen Verbindungen und ihr gegenseitiges Vertrauen. Als der König unter Anderm (September 1787) zu wissen wünschte: ob der Großfürst einer Allianz mit Frankreich oder mit England den Vorzug gebe, äußerte sich dieser für die leztere geneigter als für die erstere, fügte aber bey: „Gott weiß, wie die Angelegenheiten beschaffen seyn werden, wenn ich einmal Einfluß darauf gewinne; Alles, was ich jezt sagen kann, ist, daß meine Anhänglichkeit an das System, welches mich mit dem König von Preußen verbindet, unwandelbar ist, und daß ich von ganzem Herzen seinen Ansichten beistimmen werde.“

So eine Aeußerung, wäre sie zu Katharinens Kenntniß gekommen, würde, bei ihrer persönlichen, vorzüglich durch den Grafen von Segür herbeigeführten und gestärkten Vorliebe für Frankreich, dem Großfürsten unangenehme und seinem Vertrauten Alopäus unglückliche Folgen zugezogen haben. Und wie nahe war nicht das ganze geheime Einverständniß zwischen dem Großfürsten und dem König der Entdeckung! — Der östreichische Hof auf Preußens Verhältniß am russischen Hofe äußerst aufmerksam, wußte sich alle Depeschen des preußischen Gesandten von Keller vom April bis August 1787, so wie alle an denselben vom König unmittelbar erlassenen Weisungen, sowohl

[illegible] zu verschaffen; und schrieb sie
eigenhändig an seinen Gesandten in Petersburg, theils
um davon Gebrauch zu machen, theils um nähere
Aufschlüsse darüber zu erhalten. Auch aus diesen
Depeschen schien hervorzugehen, daß ein geheimes
Einverständniß zwischen dem Großfürsten und dem
König von Preußen bestehe, und daß der Erstere in
denselben unter dem Namen Freund Aktius bezeich-
net würde; doch kam man auf keine fernere Spur
und die Sache hatte keine Folgen.

Ein andrer Gegenstand des Briefwechsels vorzüg-
lich zwischen Görz und Keller war der plötzliche Aus-
bruch des Kriegs zwischen Rußland und der Pforte.
Es geht aus allen Umständen hervor, daß die kriegeri-
schen Demonstrationen Rußlands gegen die Pforte nur
zur Absicht hatten, diese zu necken und zur Abtretung
von Oczakow und Bessarabien zu bewegen; daß aber
die Kaiserin keineswegs gemeint war, ihr früheres Lieb-
lingsprojekt der Gründung eines griechischen Kaiser-
thums ausführen zu wollen. Schon seit einiger Zeit
verfolgte Katharine diesen Plan, sey es, weil sie ihr
zunehmendes Alter fühlend sich nach Ruhe sehnte, sey
es weil sie sich immer mehr und mehr von dem [illegible]
[illegible] in dessen [illegible] [illegible], nicht mehr
mit dem frühern Eifer; aber die Erwerbung von Oc-
zakow und Bessarabien wurde ein immer fühlbares
Bedürfniß zur Sicherung des Besitzes von Cherson.

Erst wenn dieser Zweck auf jenem Weg nicht zu erreichen wäre, wollte Katharine zu den Waffen greifen; dazu waren zwar die Rüstungen angeordnet, aber keineswegs noch weit genug gediehen, um den Krieg wirklich anfangen zu können, als dessen plötzlicher Ausbruch durch die Einsperrung des Herrn von Bulgakoff in die sieben Thürme angekündigt ward. Denn damals befand sich die russische Armee mit Ausnahme derjenigen Korps, welche während der Reise der Kaiserin nach der Krimm zum Prunk aufgestellt waren, in großer Unordnung und keineswegs im schlagfertigen Stande. Von der lezten außerordentlichen Mannschaftsaushebung hatte Potemkin zwölftausend Rekruten, anstatt sie in die Armee einzureihen zur Ausreutung und Urbarmachung seiner neuerworbenen Güter verwendet. Jene Regimenter, die gegen die türkische Gränze zu lagen, hatten größtentheils ihr Geschütz zurückgelassen, und von dem schon länger dort befindlichen waren durch die Einwirkung des Klima's die Lafetten u. d. g. unbrauchbar geworden. So wenig hatte Rußland geahnet, die Pforte würde selbst die Feindseligkeiten beginnen, daß man versäumt hatte, drei neuerbaute auf den Werften von Cherson liegende Linienschiffe ausrüsten und nach Sebastopol überführen zu lassen, was nun die Türken von Oczakow aus verhindern konnten. Zudem waren auch die Finanzen so zerrüttet, daß es durchaus an den zum Kriegfüh-

ren nöthigen Geldmitteln fehlte; und überdieß waren mehrere Provinzen des Reichs, besonders gegen die türkische Gränze hin, von einer Hungersnoth heimgesucht.

Da man in Petersburg der Pforte weder Kenntniß von diesen mißgünstigen Verhältnissen im Innern des russischen Reichs, noch die Klugheit zutraute dieselben zu benützen, so war man sehr geneigt den raschen Schritt derselben den geheimen Eingebungen von Preußen und England zuzuschreiben. Graf Segür insbesondere suchte dem darüber verbreiteten Gerücht Glauben zu verschaffen, und äußerte sich sogar: die preußische Seehandlungs-Gesellschaft habe dem Herrn von Dietz in Konstantinopel einen unbeschränkten Kredit eröffnet, um durch Bestechungen die Pforte zum schnellen Angriff auf das nicht genüglich darauf vorbereitete Rußland zu bewegen.

Bald nach Ausbruch des Kriegs machte Kaiser Joseph dem russischen Hof den Vorschlag einer Tripel-Allianz zwischen Rußland, Frankreich und Oesterreich; er versprach dabei Katharinen, Frankreich zu bewegen, die Türken ihrem Schicksale zu überlassen, und allen Absichten Rußlands beizustimmen. Allein die russischen Staatsmänner bestrebten sich ungeachtet der Kaiserin Vorliebe für Frankreich die Ausführung dieses Vorschlags zu hindern; sie bemerkten der Monarchin: daß Frankreichs Achtung durch sein Benehmen

men in den holländischen Angelegenheiten sehr gesunken sey, und daß man sich von einer Regierung, die in zehn Jahren über 1200 Millionen Schulden gemacht, und mit einem jährlichen Defizit von nahe an 100 Millionen zu kämpfen habe, keine große Mitwirkung versprechen könne.

Für Preußen war zwar die von Oestreich vorgeschlagene Trippel-Allianz nicht wünschenswerth, aber doch auch nicht beunruhigend; denn es war vorauszusehen, daß Rußland und das mit ihm verbündete Oestreich mit den Türken nicht leichtes Spiel haben würden, daß ersteres durch den Zustand seiner Finanzen, lezteres durch das in beinahe allen seinen Staaten herrschende Mißvergnügen, beide durch die sich mit der feindlichen Armee einfindende Pest bald zu friedlichen Gesinnungen zurückgeführt werden würden; es konnte zudem auf die eigenen Kräfte, auf den Beistand Hollands und Englands, und selbst vielleicht im Nothfall auf jene des deutschen Fürstenbundes rechnen. Herzberg rieth daher die Entwicklung der Begebenheiten abzuwarten, und einstweilen gleich im Beginnen des Krieges Alles vorzubereiten, damit Preußen, wenn der rechte Zeitpunkt eingetreten, die bewaffnete Vermittelung zwischen den kriegführenden Mächten, wenn auch, wie vorauszusehen war, gegen Oestreichs und Rußlands Wunsch, zu übernehmen im Stande sey.

Ein Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit des

Grafen von Görtz war der deutsche Fürstenbund, die Schöpfung Friedrichs des Großen, das lezte ausgezeichnete Unternehmen seiner langen und ruhmvollen Regierung. Veranlassung, Zweck und Wirken dieses Bundes haben in der ersten Zeit seines Bestandes eine Menge geübte Federn in Bewegung gesezt und nicht nur Deutschlands, sondern des ganzen Europa's Aufmerksamkeit erregt; aber was in der lezten Zeit desselben geschehen und versucht worden ist, findet sich nirgends im Zusammenhange dargestellt, und gerade dieses verdient nicht weniger als jenes gekannt und aufbewahrt zu werden.

Obgleich der Graf von Görtz sich bei Errichtung dieses Bundes noch in Rußland befand, und der ihm deßhalb ertheilte Auftrag am Petersburger Hof den gewünschten Erfolg nicht hatte *), so war doch ein Verein der Art schon seiner Natur nach für einen Staatsmann von des Grafen Charakter und Grundsätzen von hohem Interesse, und dieses wurde noch durch die lebhafte und thätige Theilnahme des Herzogs von Weimar an Allem, was auf den Bund Bezug hatte, gesteigert. Seit des Grafen Zurückkunft von Petersburg hatte der Herzog mit demselben das frühere durch eine mehrjährige weite Entfernung etwas unterbrochene freundschaftliche und vertrauliche Benehmen wie

*) 1r Th. S. 280 u. f.

der angeknüpft, und es fand zwischen beiden eine fortwährende Mittheilung und Auswechslung von Ansichten, Wünschen und Absichten statt; insbesondere aber richteten sie ihre größte Aufmerksamkeit auf die Befestigung und Erweiterung des deutschen Fürstenbundes. Görtz legte gleich nach seiner Rückkehr aus Rußland dem preußischen Ministerium eine Denkschrift sowohl über die Beweggründe als über die Grundsätze des Bundes und über die Mittel, denselben zu befestigen und zu erweitern, vor. Unter diese zählte er: die engste und vertrauteste Vereinigung zwischen Preußen und England, als Churfürsten von Brandenburg und Hannover; die Bestärkung des dem Bunde beigetretenen Churfürsten von Mainz in seinem System, damit auch dereinst sein Nachfolger dasselbe befolge, so wie dessen Verwendung um den Beitritt anderer geistlichen Fürsten zu erzielen; den möglichsten Einfluß bei den Wahlen künftig in Erledigung kommender Hoch- und Erzstifter, damit dieselben auf solche Wahlkandidaten fallen, welche sich dem Beitritt zum Bunde geneigt zeigen; ein ununterbrochenes vertrauliches Benehmen unter sämmtlichen Bundesgliedern ohne irgend eine Rücksicht auf die Größe und die Hülfsmittel eines einzelnen Mitgliedes, oder auf dessen frühern oder spätern Beitritt zum Bunde.

Es wollte jedoch die Erweiterung des Bundes nicht recht gelingen; denn die Gefahr, welche den Bund ins Leben gerufen hatte, war nun vorüber und deren Wie-

verkehr schien kaum zu befürchten; dann wurden einige der ansehnlichen weltlichen Fürsten Deutschlands, wie Würtemberg und Oldenburg durch Familien und andere Verbindungen zu Oestreich und Rußland; die geistlichen durch die Abneigung sich mit protestantischen Fürsten gegen den Kaiser und sein Haus zu vereinigen, die kleinen weltlichen Fürsten, die Grafen und die Reichsstädte, am meisten im südlichen Deutschland, durch geographische Lage, durch Verhältnisse mancherlei Art, zum Theil durch Furcht vor der Uebermacht des ihnen nahe liegenden Oestreichs zurückgehalten, sich für einen Bund zu erklären, den der kaiserliche Hof laut mißbilligte, der in öffentlichen Schriften bekämpft und als zwecklos, verfassungswidrig und Deutschlands Unabhängigkeit bedrohend geschildert wurde, und zu dessen Beitritt sie übrigens nicht einmal eingeladen waren.

In Berlin selbst schenkte man dem Fürstenbund und seinen einzelnen Mitgliedern nicht mehr jene Aufmerksamkeit, welche allein bei dem Widerstreben des kaiserlichen Hofs und der Mißbilligung Rußlands denselben Vertrauen und Beruhigung einflößen und deren Vermehrung befördern konnte; man beobachtete insbesondere von Berlin aus gegen dieselben über den Fortgang der Union ein tiefes und kränkendes Stillschweigen; man vernachlässigte sogar sie zum Beitritt zu den geheimen Artikeln einzuladen oder ihnen dieje-

nigen Fürsten bekannt zu machen, die nach ihnen in den Bund aufgenommen wurden. Darüber hatte sich insbesondere der Herzog von Weimar schon im Anfange des Jahres 1786 sowohl gegen Görtz als gegen Herzberg beschwert, und dem ersten deßhalb unter Andern geschrieben: „Ob Preußen diese Vernachlässigung seiner mindermächtigen Mitverbündeten aus „Mißtrauen, aus Geringschätzung oder aus welchen „Ursachen sonst sich erlaubt, muß man dahin gestellt „seyn lassen, unter uns gesagt, glaube ich, daß man „sich bei Ihnen wenig um die Reichsangelegenheiten bekümmert, und deßhalb die Beobachtung der gehörigen „Attention unterlassen hat; man ist bei Ihnen gewohnt, die Sache en gros zu traktiren, das Reich — „dort draußen liegen zu lassen, und kann sich noch „nicht so recht ins Schickliche des neuen Systems finden." Da der Herzog hierauf zum Beitritt zu den geheimen Artikeln von Preußen förmlich eingeladen wurde, so war diese Beschwerde gehoben.

Aber nun theilte auch der Herzog eigenhändig (20. Febr. 1786) dem Grafen von Görtz seine Ansichten über jenes mit, was er zur Beförderung des Bundes für nothwendig erachtete. Dieses führte er nach einer sehr passenden Einleitung auf folgende zwei Punkte zurück, die wir mit seinen eigenen Worten anführen.

1) „Es müssen die drei zuerst verbundenen Höfe,

„welche von Rechts wegen bloß als Typus und
„Richtschnur der Union, nicht aber als die ganze
„Union angesehen werden sollen, den nach ihnen
„der Union sich anschließenden Fürsten, genaue
„Nachricht, legali modo, von den Fortschritten der
„Union, von deren neuen Mitgliedern und von den
„Bedingnissen des einen oder des andern derselben,
„mittheilen, die Accessions-Akten der neuen Con-
„trahenten kommuniciren, diesen oder jenen um Rath
„fragen, wie die Union zu vergrößern, wer zu der-
„selben einzuladen sey u. s. w.; erlauben, daß
„wir mindermächtige ihnen hie und da gute
„Vorschläge machen, uns wie Ihresgleichen
„behandeln, und so viel als möglich mit dem
„Ansehen schmeicheln, als wenn wir an der
„Führung der Union vielen Theil hätten.“

„2) Um denjenigen, welche später als Preußen,
„Hannover und Sachsen zur Bildung der Union
„beigetragen haben, das wirkliche Ansehen als
„Kontrahenten, Paciscenten zu verschaffen, wäre nöthig,
„daß dieselben sich nach dem Alter ihres Beitritts (An-
„cienneté) Acceptationsurkunden in dem Maaße aus-
„stellen, wie dieses von Preußen, Hannover und Sach-
„sen gegen uns geschehen ist, das heißt: daß z. B.
„Anhalt an Weimar, Gotha, Mainz, Baden, Braun-
„schweig, Hessen, so wie Weimar an Vorbenannte
„Acceptationsakten ausstellen u. s. w.“

Diese Vorschläge unterstellte der Herzog der Erwägung und Prüfung des Grafen von Görtz, um zu ermessen, in wie weit durch deren Befolgung dem grossen Werk ein allgemeines Vertrauen gegeben werden könne. „Sollte auch," schloß der Herzog, „der „Hof, dem Sie jezt dienen, dadurch ein wenig das Ansehen der Oberdirektion verlieren, so werden Sie doch „Alles anwenden, um Deutschland diesen Dienst zu „leisten. So innig ich persönlich dem preußischen „Hause und den Gliedern desselben ergeben bin, so „muß ich doch, vermöge meines Standes noch mehr „dem allgemeinen Vaterland und dem Staate, dessen Mitglied ich bin, anhänglich seyn, „und Sie werden hoffentlich diese Gesinnungen nicht „mißbilligen, da Sie so viel beigetragen haben, mir „Patriotismus einzuflößen."

Görtz nahm keinen Anstand, dieses vertrauliche Schreiben dem Minister von Herzberg mitzutheilen, der die darin enthaltenen Ansichten nicht nur vollkommen billigte, sondern ihnen auch das größte Lob ertheilte. Der Graf beantwortete sonach das Schreiben des Herzogs mit der Versicherung, daß seine Grundsätze und seine Vorschläge den größten Beifall gefunden haben, wenn bisher Eins und das Andere vernachlässiget worden, so sey es nicht aus Vorsatz, nicht aus Nebenabsicht, nicht aus Mangel des Willens, sondern aus Mangel der Kräfte geschehen, da Alles auf

Einem Mann beruhet habe, und Herzberg der einzige sey, der neben allen übrigen überhäuften Staatsgeschäften Alles in dieser Sache thue, thun könne, und thun müsse.

Unerachtet dieser schönen Worte und Zusicherungen aber scheint doch nichts zur Beruhigung und zur Befestigung des wankenden Vertrauens der verbündeten Stände geschehen, noch das Uebergewicht der mächtigern über die minder mächtigen Reichsstände weniger fühlbar geworden zu seyn; daher wurden weder die Besorgnisse der Leztern über die geheimen Pläne der Erstern gehoben, noch Eifer und Gemeingeist gestärkt. Denn die größern zum Fürstenbunde gehörigen Staaten handelten ungeachtet desselben nach ihrem Interesse und ohne Rücksicht auf jenes ihrer Mitverbündeten. Dieses wurde von den Leztern schmerzlich gefühlt und der Herzog von Weimar äußerte sich deßhalb sehr mißfällig in einem an den Grafen von Görtz unterm 12. Juli 1787 erlassenen Schreiben. „Nach einer Abwesenheit „von einigen Wochen," drückt sich der Herzog in diesem Schreiben aus, „bin ich nun wieder hier, „und beschäftiget, die nachbarlichen Irrungen so beizulegen, daß die Nachkommen einmal ungestört im Genusse des Ihrigen bleiben mögen. Zu diesem Ihrigen „gehört auch Alles, was sie zu ihrem Lebensunterhalt „verfertigen und zu verkaufen suchen; dieses wird aber „täglich mehr und mehr erschwert, seitdem die

„großen Staaten ihre Länder von jenen
„ihrer Nachbarn wie Inseln in dem offenen
„Meere absondern, und die sicherste Art ihre
„Macht zu vermehren darin zu finden glauben, daß sie
„Alle diejenigen, welche nicht die Ehre haben ihre Un-
„terthanen zu seyn, aushungern, damit sich diese aus
„Noth ihnen unterwerfen."

Wenige Wochen nach diesen Schreiben verfügte sich der Herzog selbst nach Berlin. Dort belebte seine Gegenwart, seine Thätigkeit, sein Feuereifer für ein Bündniß, welches er als das Palladium der deutschen Freiheit ansah, aufs Neue die Theilnahme und Aufmerksamkeit des Ministeriums, entfernte frühere Besorgnisse und stärkte den Muth und das Vertrauen des Herzogs.

Von nun an verdoppelte dieser von Jugend an für alles Große und Gute empfängliche, wahrhaft deutsche Fürst seine Bemühungen, dem Bunde nicht nur die möglichste Festigkeit, sondern auch eine ausgedehntere Wirksamkeit zu verschaffen. Er betrachtete denselben mehr aus dem höhern Gesichtspunkt der Nationalität als aus jenem der Politik, und erblickte in ihm ein Mittel zur Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes und zur Wiederbelebung seines beinahe erloschenen Gemeingeistes und seiner tief gesunkenen Gesammtkraft; als ein Mittel nicht nur Deutschlands Unabhängigkeit

und Selbstständigkeit zu sichern, sondern auch seine Verfassung zu verbessern.

Daher unternahm der Herzog am Ende des Jahres eine Reise nach Mainz, um sich über die dienlichsten Mittel zu Erreichung dieses grossen Endzweckes mit dem Churfürsten persönlich zu benehmen. Von einem Mann, der wie Friedrich Karl den Muth bewiesen, sich an die Spitze der deutschen Kirchenfürsten zu stellen, um in Verein mit denselben den Eingriffen des päpstlichen Stuhls in ihre Diöcesan-Gerechtsame und den Kränkungen der Freiheiten der deutschen Kirche Schranken zu setzen, und der von allen geistlichen Fürsten der erste und der einzige war, der öffentlich dem deutschen Fürstenbunde zu Erhaltung und Sicherung des deutschen Reichssystems beigetreten war, durfte sich der Herzog Unterstützung und Beförderung seiner patriotischen Absichten versprechen. Auch von dem ersten Freund seiner Jugend, Karl Theodor von Dalberg, seit wenigen Monaten des Churfürsten Koadjutor, konnte der Herzog Theilnahme und Mitwirkung erwarten, denn auch er war gleich nach der auf ihn gefallenen Wahl für den Fall seines künftigen Regierungsantrittes dem Fürstenbunde beigetreten.

Der Plan, den der Herzog entworfen, war im Wesentlichen nachfolgender. Von den unirten Fürsten soll auf dem Reichstag in herkömmlicher Art der

Antrag gemacht werden, daß vom gesammten Reich die Verbesserung der Justizformen, der Civil- und Kriminalgesetze durch Deputationen vorbereitet und dann dem Reichstag zur Berathung vorgelegt werde; um die Arbeiten dieser Deputationen möglichst zu erleichtern, sollen erfahrne Rechtsgelehrte in Mainz und andern Orten aufgefodert werden, über die Civil- und Kriminalgesetzgebung, die Justiz-Verbesserung in ihrem ganzen Umfang, so wie auch über die Visitation der Reichsgerichte und die baldmögliche Erledigung der Rekurse Gutachten vorzulegen und Entwürfe vorzubereiten; zugleich aber sollen die verbündeten Fürsten dahin antragen: daß sogleich die dringenden Gebrechen in der Justizverfassung gehoben und zu dem Ende die Visitation der Reichsgerichte hergestellt, und in Ansehung der Rekurse eine bessere Einrichtung am Reichstag getroffen werde; in den Kabinetten der verbündeten Fürsten aber solle man sich mit sorgfältiger Erwägung aller Punkte, welche einer künftigen Wahlkapitulation beizufügen wären; mit bestimmten Verabredungen wegen zu besorgender Angriffe auf Bayern, mit Festsetzung des künftigen Benehmens der unirten Stände, im Fall der Besitzstand anderer Mitstände angegriffen oder wirklich verlezt werden sollte, beschäftigen.

Um diesen Plan zu berathen, und die zu dessen

Ausführung nöthigen Einleitungen treffen zu können machte der Herzog dem Churfürsten den Vorschlag, die verbündeten Fürsten mittelst Cirkulars zu einer Zusammenkunft durch Bevollmächtigte in Mainz einzuladen.

Der Churfürst theilte zwar im Wesentlichen die Gesinnungen und Absichten des Herzogs, erinnerte jedoch, die vorgeschlagene Zusammenkunft würde dem kaiserlichen Hof sowohl als bei den dem Bunde noch nicht beigetretenen Reichsständen Aufsehen und Beunruhigung erregen, und derselben die Gestalt einer Revision des Reichstags geben. Zweckmäßiger dürfte es seyn, wenn die unirten Fürsten durch den Churfürsten eingeladen würden, theils den schon in Mainz anwesenden oder noch dort zu erwartenden Gesandten, theils dem Herzog ihre Vollmachten zur Berathung sämmtlicher Gegenstände zu übergeben, damit sodann nach gemeinsamer reifer Ueberlegung ein gemeinschaftlicher Schluß gefaßt werden möge.

Damit war auch der Herzog einverstanden. Nun beschäftigte sich der Churfürst mit den Gegenständen selbst, welche bei der beabsichteten Versammlung verhandelt werden sollten, und schrieb durchaus mit eigener Hand folgende Berathungspunkte nieder, die wir als eine merkwürdige Urkunde jener Zeit hier unabgekürzt und wörtlich mittheilen:

„a) Verbesserung der Justiz durch Visitation bei=
„der höchsten Reichsgerichte."

„b) Bestimmung, bei welchem derselben mit der
„Visitation der Anfang gemacht werden solle."

„c) Einverständniß über eine neue Wahlkapi=
„tulation, um dem deutschen Reich volle Sicherheit
„für seine Verfassung zu gewähren."

„d) Prüfung des vorgeblichen Friedericiani=
„schen Privilegiums, vermöge dessen das Haus
„Oestreich sich seit langen Zeiten her der Gleichstel=
„lung mit den Churfürsten und dem deutschen Reich zu
„entziehen, und die Bande, welche seine verschiedenen
„Staaten unter den nämlichen Gesetzen verbinden sollten
„zu zerreißen sucht."

„e) Die Vertheidigungsmittel für den Fall, als der
„bayerische Ländertausch entweder durch List
„oder durch offene Gewalt zu Stande gebracht werden
„wollte."

„f) Die verfassungsmäßigen Mittel, um die Prin=
„zen überhaupt, insbesondere aber jene des
„Hauses Oestreich zu verhindern, deutsche Bis=
„thümer sich zu verschaffen."

„g) Unter dem Siegel des Geheimnisses sich über
„die Mittel vereinigen, um die Zahl der Bundesglieder
„zu vermehren, besonders durch den Beitritt
„geistlicher Fürsten."

„h) Allgemeine Revision der Akte des deutschen „Fürstenbundes, um jene Artikel, worüber man über„einkommen wird, genau bestimmen zu können.“

Diese Berathungspunkte theilte der Churfürst dem an seinem Hof akkreditirten preußischen Minister mit dem Ersuchen mit, darüber sowohl als überhaupt über die beabsichtete Zusammenkunft in Mainz die Ansichten des preußischen Ministeriums zu erholen und ihm mitzutheilen.

So sehr auch die Grundsätze und Gesinnungen, zu denen sich der Churfürst und der Herzog ohne Rückhalt zu bekennen den Muth hatten, dem System des preußischen Hofes angemessen waren, so fand doch die Art, wie dieselbe ausgeführt werden sollten, nicht den Beifall des Ministers von Herzberg, und er unterlegte dem König unterm 31. Januar 1788 seine dießfallsigen Bedenken in einem schriftlichen Vortrag.

Eine Versammlung der Art würde, sagt Herzberg, eine ungesetzliche Trennung und gleichsam ein Gegen-Reichstag seyn; Alles, was der Bund gesetzlich thun könne, sey, die Materialien der vorhabenden Reform durch ein geheimes Einverständniß vorzubereiten, was auch recht wohl in Mainz unter der Leitung des Churfürsten durch die Minister der vier Churhöfe im eigenen Namen sowohl als vermöge Vollmacht und In-

struktion in jenem der andern Bundesgenossen geschehen könne. Daher werde man gut thun, sowohl von einem Kongreß in Mainz, als von einem im Namen des Churfürsten zu erlassenden Cirkular Umgang zu nehmen, was nur zur Unzeit Lärmen und Gegenbewegungen von Seite Oesterreichs erregen würde.

Des staatsklugen Ministers Ansicht erhielt den Beifall des Königs, und unterm 2. Februar ging dem Freiherrn von Stein die entsprechende Instruktion zu. Darin wurden den patriotischen Gesinnungen des Churfürsten von Mainz und des Herzogs von Weimar die größten Lobeserhebungen ertheilt; Freiherr von Stein erhielt auch die Ermächtigung, den Herzog von Weimar so wie andere Bundesfürsten, die ihm das Vertrauen schenken, zu vertreten. Aber über die Berathungspunkte selbst wurden folgende Bemerkungen gemacht:

„Ich glaube, man solle noch nicht so bald an „die Privilegien des Hauses Oestreich denken, weil sie nur ein untergeordneter Gegenstand sind, „und weil dadurch der Wienerhof zu sehr gereizt würde. „Aus dem nämlichen Grund wird auch räthlich seyn, „in Bezug auf die Visitation des Reichshofraths, und auf eine neue Kapitulation mit „Umsicht zu Werke zu gehen; diese leztere hat sich ohne„hin das churfürstliche Kollegium stets ausschliesslich

„vorbehalten, obgleich man dabei auch die Bemerkun-
„gen anderer Fürsten hören kann."

„Was den Geschäftsgang und die Art, die vorkom-
„menden Geschäfte zu behandeln, anbetrifft, so erachte
„ich, daß man in Mainz nichts Anderes thun solle, als
„die Materialien zur Gesetzgebung zu sammeln,
„um solche durch den Churfürsten von Mainz von Reichs-
„direktoriums wegen an den Reichstag zu bringen, und
„daß die verbündeten Churfürsten und Fürsten, sich
„in Mainz in Ansehung der Abstimmung über dieselbe
„einverstehen sollen, um sich der Stimmenmehrheit zu
„versichern."

„Ich glaube nicht, daß es nothwendig sey, die Bun-
„desakte umzuschmelzen, weil sie nach meiner Ueber-
„zeugung alle wesentlichen Punkte enthält, und irgend
„eine Abänderung derselben Anstände erregen könnte."

„Da die Erhaltung Bayerns in seiner Inte-
„grität der Hauptgegenstand des Bundes ist, und
„man nicht voraussehen kann, was der Wienerhof dage-
„gen unternehmen könnte, so vermag auch der Bund
„hierüber vor der Hand keine Vorkehrungen
„zu treffen. Man muß sich also darauf beschrän-
„ken, das, was deßhalb geschehen mag, zu beobachten
„und sich gegenseitig vertraulich dasjenige mitzuthei-
„len, was jedes Bundesglied hierüber in Erfahrung
„bringt, um die nach den Umständen erfoderlichen
„Maaßregeln nehmen zu können. Wenn ich gleich
„nicht

„nicht glaube, daß sich außer den drei Churfürsten, „die verbündeten Fürsten in Mainz rücksichtlich einer „bestimmten Hülfsleistung, um Bayerns Zertrümmerung zu verhüten, erklären und deßhalb Verpflichtungen eingehen dürften, so wäre es doch wünschenswerth, daß sie sich darüber mit dem Churfürsten von Mainz berathen, und im Voraus die „kräftigen Maaßregeln festsetzen mögen, welche ein „jeder derselben bei sich und im Innern zu nehmen „habe, um bedürfenden Falls auf wirksame Art zur „gemeinschaftlichen Vertheidigung mitzuwirken."

„Es versteht sich, daß alle diese Berathungen und „Uebereinkünfte in Mainz und an jedem einzelnen „Hof mit dem größten Geheimniß stattfinden müssen, „um so viel als möglich jeden Anlaß zur Eifersucht, „Beunruhigung oder Klage entfernt zu halten."

In diesem Sinne war eine Note des Grafen von Görtz an das Weimarische Ministerium verfaßt, in welcher er den Vorschlag machte, daß zu Erhaltung und Befestigung des engsten Einverständnisses der verbündeten Höfe die in Mainz akkreditirten Gesandten der drei Churhöfe, welche den Bund zuerst errichtet haben, mit den andern Mitgliedern desselben über alle wichtigen und interessanten, ihre Verbindung betreffenden Gegenstände eine ununterbrochene Korrespondenz unterhalten.

Diese Note theilte der Herzog von Weimar unterm 30. März dem chursächsischen Konferenzminister von Löben mit, und wenn er gleich nach den ihm bekannt gewordenen Gesinnungen des preußischen Hofes seine frühern Absichten nicht weiter verfolgte, so konnte er es sich doch nicht versagen, zu deren Rechtfertigung Einiges anzuführen. Er hoffte, sagte er unter Anderm, daß alter deutscher Sinn, und deutsche Denkungsart noch zu erwecken seyen, unerachtet der Hindernisse, die diesem Versuch die Trägheit der Sitten und des Jahrhunderts in Weg legen. „Vorzüglich hoffe ich," fährt der Herzog „fort, „es würde ein engeres Band der Freund„schaft unter den ersten Fürsten Deutschlands, die „mancherlei getheilten Absichten, Interessen und „Kräfte in unserm Reichssystem mehr vereinigen, und „solche auf einen Punkt regerer und zugleich zuver„lässiger Wirksamkeit bringen. Das System der „Union schien mir hiezu, nach Maaßgabe der zu „Mainz angegebenen Entwürfe vorzüglich geschickt, „und als eine feste und unerschütterliche Grund„lage, welche dem Charakter der deutschen „Nation angemessen wäre, um als ein würdiges „Denkmal derselben bestehen zu können.... Alle „Entwürfe hatten nur Einen Endzweck, nämlich die „Vereinigung der verschiedenen wirkenden „Kräfte auf Einen Punkt,... so schmeichelte

„man sich, daß der Nationalgeist in unserm Vater-
„land erweckt werden könnte, von dem leider auch die
„lezten Spuren täglich mehr zu erlöschen scheinen.
„Man hoffte, daß der träge Schlummergeist, der
„Deutschland seit dem westphälischen Frieden drückt,
„endlich einmal zerstreut werden könnte, und daß mit
„diesem Kranze die deutsche Union sich als ein wahres,
„wirksames Corps zur Aufrechthaltung deutscher
„Freiheiten, Sitten und Gesetze zulezt schmü-
„cken sollte."

Solche erhabene Ansichten vermochte Herr von Lö-
ben nicht zu theilen; er erinnerte vielmehr dagegen in
seinem Antwortschreiben an den Herzog vom 12. April:
die Erhaltung, nicht aber die Verbesserung der deut-
schen Reichskonstitution sey der eigentliche Endzweck der
Association, er sey zwar weit entfernt zu behaupten, daß
diese Konstitution so vollkommen sey, wie sie nach einer
philosophischen Theorie gedacht werden könnte, glaube
jedoch nicht zu irren, wenn er behaupte, daß in Deutsch-
land weder Regenten noch Unterthanen bei der dermaligen
Reichsverfassung Ursache haben, irgend einem andern
Staat in Bezug auf die Konstitution einen Vorzug ein-
zuräumen; nach seiner Einsicht würde der Versuch
zu Verbesserung dieser Konstitution nicht nur an
sich selbst mit unendlichen Schwierigkeiten verbunden
seyn, sondern er könnte auch zu Auflösung älterer
und neuerer reichsständischer Verbindun-

gen, und vielleicht selbst zu Erreichung jener Absichten führen, die man dadurch zu vereiteln suche.

Im nämlichen Sinn äußerte sich auch das Ministerium von Hannover. Daher scheiterte denn der edle Versuch zweier patriotischer Fürsten, um nicht nur Deutschlands Fürsten immer enger zu vereinigen, und jede Eifersucht, jedes Mißverständniß unter ihnen zu verhüten, sondern ihrem Bunde auch eine wohlthätige Wirksamkeit auf Deutschlands Verfassung und Gesetzgebung zu verschaffen, die Anhänglichkeit an dieselbe zu bestärken, die erkaltete Vaterlandsliebe wieder zu beleben, und den schlummernden Nationalgeist zu erwecken.

Ein anderer Versuch, dem Bunde eine größere Ausdehnung zu geben, fand kurz nachher statt.

In einigen Theilen der Schweiz hatte sich schon im Anfange dieses Jahres eine Neigung geoffenbart, mit Preußen oder mit dem Fürstenbunde in eine nähere Verbindung zu treten, und man schien nur deßhalb eine schickliche Veranlassung abwarten zu wollen. Das gelungene Werk des geachteten Landsmannes, Johannes von Müller, über den Fürstenbund, vielleicht auch seine persönlichen Verbindungen hatten wahrscheinlich diese Neigung mehr erregt als die richtige Abwägung des politischen Interesses der Schweiz.

Als sich nun Graubündten in der ersten Hälfte des Jahres 1788 von Oestreich mit dem Verlust einiger Besitzungen und Rechte in Italien bedroht sah,

wendete sich einer der ersten Beamten jener Republik an Johannes von Müller, mit der Bitte, ihm eine Anzahl Exemplare jenes Werkes zu übersenden, um die Gemüther dafür zu gewinnen; es sollte in das Italienische übersezt, und auch in der Republik Venedig zu dem nämlichen Endzwecke vertheilt werden. Recht gerne entsprach Müller diesem Verlangen, denn er nahm darin die Aussicht wahr, den Bund nach der Schweiz und nach Italien hin auszudehnen, und dort als Schutzwehr für Schwache und Unterdrückte zu gelten.

Auch der Turinerhof gab dem preussischen Gesandten in Turin, Herrn von Chambrier, seine Geneigtheit zu erkennen, einem Bunde, den er nicht nur als ein Bollwerk der deutschen Freiheit, sondern auch des politischen Systems von Europa ansehe, beizutreten. Nur wünschte Sardinien, daß ihm durch die künftige Wahlkapitulation die Reichsvikariatsrechte über Italien eingeräumt werden mögen, und stellte zugleich das Haus Savoyen, sowohl wegen der Lage seiner Staaten als wegen seiner Rechte und Ansprüche, als allein geeignet dar, die deutschen Reichsländer in Italien mit dem deutschen Fürstenbunde in Verbindung zu setzen.

Als dem Herzog von Weimar diese Plane zur Kenntniß kamen, erklärte er sich geradezu gegen deren Annahme. Die verbündeten Fürsten, drückte er sich in

einem Schreiben an Görz aus, seyen stark und mächtig genug, um ihr Eigenthum, ihre Gerechtsame zu vertheidigen, wenn im Herzen von Deutschland selbst eine Usurpation derselben versucht werden wollte; aber es sey sehr zu zweifeln, ob diese Fürsten einen thätigen Widerstand bis an die Gränzen des ganzen Reichs ausdehnen könnten; vereinigen sie sich mit Fürsten oder andern Staaten außer Deutschland oder auch nur mit Gränznachbarn, so setzen sie sich der Gefahr aus, ihren Wirkungskreis zu sehr zu erweitern und dadurch ihre Kräfte, vielleicht um eines Deutschland nicht unmittelbar berührenden Interesses willen zu schwächen.

Dieses waren die lezten Verhandlungen, die auf den Bestand und den Organismus des Fürstenbundes unmittelbaren Bezug hatten. Einige Monate später ging er als eine bloß temporelle Maasregel, in Folge der Reichenbacher Konvention, spurlos für das allgemeine Wohl Deutschlands vorüber.

Vor allen Fürsten aber, die demselben angehört haben, werden der Churfürst Friedrich Karl von Mainz, und der Herzog Karl August von Weimar von der Geschichte als diejenigen gerühmt werden, die mit richtigem Blick das wahre Bedürfniß des deutschen Vaterlandes auffassend demselben dauerhaft abzuhelfen sich bestrebten. Wären ihre grossen Absichten nicht durch politische Verhältnisse und Ereignisse vereitelt

worden, so würde Deutschland in kurzer Zeit zu einer Stärke gelangt seyn, die es in Stand gesezt hätte, den über dasselbe verhängten Stürmen mit grösserm Nachdruck Widerstand zu leisten, oder denselben mit mehr Würde zu erliegen.

Die zweifelhafte Lage, in welcher sich der Graf von Görtz in Ansehung seiner künftigen Bestimmung seit seiner Zurückkunft aus Holland befand, wurde im Anfange des Jahres 1788 auf eine eben so unerwartete als für ihn angenehme Art gehoben. Freiherr von Schwarzenau ging in Regensburg mit Tode ab, und noch am nämlichen Tage, wo die Nachricht davon in Berlin ankam, ernannte der König den Grafen zum churbrandenburgischen Gesandten am deutschen Reichstag. Görtz hatte sich zwar um diese Stelle nicht beworben, aber er nahm sie mit Freuden an, denn nun sah er sich in einen Wirkungskreis versezt, der schon früher das Ziel seiner Wünsche war, und der zudem seiner Bildung und seinen Familien-Verhältnissen ganz entsprach. Schon im März begab er sich über Dresden, Weimar, Gotha, Fulda und Anshach nach Regensburg, wo er am 14. April die ihm übertragene Stelle antrat, und ihr mit Ehre und Auszeichnung bis zur Auflösung des deutschen Reichs vorstand.

Wenn man bedenkt, daß der Reichstag der einzige unter seinem Reichsoberhaupt versammelte politische Körper des deutschen Reichs war; daß auf dem-

selben der Kaiser durch seinen Prinzipal-Kommissär, und sämmtliche zweihundert und siebenzig Fürsten und Stände durch Gesandte und Bevollmächtigte repräsentirt wurden; daß dort die wichtigsten Angelegenheiten des Reichs und zum Theil auch jene seiner einzelnen Glieder zur Berathung und Erledigung kamen: so muß man glauben, der Sitz des Reichstages sey der Sammelplatz eines verhältnißmäßigen, folglich überaus zahlreichen diplomatischen Corps gewesen.

Allein dieses bestand bei der Ankunft des Grafen aus nicht mehr als neun und zwanzig Gesandten und Bevollmächtigten, durch welche die sämmtlichen Stimmen geführt oder vertreten, folglich alle Reichstags-Angelegenheiten verhandelt wurden.

Diese verhältnißmäßig geringe Zahl hatte zum Theil ihren guten und richtigen Grund darin, daß vielen einzelnen Ständen, wie Chur-Brandenburg, Chur-Pfalz, Chur-Hannover, Hessen, Baden u. s. w., das Recht mehrerer Stimmen zustand, die durch den nämlichen Gesandten geführt oder vertreten wurden, und daß im Gegensatz sämmtliche zahlreiche Reichsgrafen und Reichsprälaten mit einander nur sechs (sogenannte Kuriat-) Stimmen hatten, wodurch also die Zahl der Gesandten und Stimmführer außer allem Verhältniß zu den Reichsständen kam. Manche von diesen wurden aber auch durch finanzielle Gründe, manche durch Rücksichten für

mächtigere Mitstände, und eine gewisse Abhängigkeit von denselben abgehalten, eigene Gesandte am Reichstag zu ernennen.

So kam es denn, daß eben damals im fürstlichen Collegium für einhundert Stimmen nur vierzehn, und im reichsstädtischen für zweiundfünfzig nur acht Gesandte am Reichstage anwesend waren, selbst im churfürstlichen Collegium war die churmainzische Direktorial-Gesandtschaft seit dem Tod des Herrn von Hauser noch unbesezt, und wurde von dem churkölnischen Gesandten, Freiherrn Karg von Bebenburg, interimistisch versehen.

Graf Görtz hatte außer der brandenburgischen Churstimme, noch sechs seinem König im Fürstenrath zustehende Stimmen zu führen, und die drei Stimmen des markgräflichen Hauses Baden zu vertreten; er war daher im Ganzen für zehn Stimmen bevollmächtiget. Ihm kam nur der Freiherr Karg von Bebenburg in der Zahl der Stimmen gleich; ja dieser hatte selbst während der kurzen Zeit, wo noch kein eigener churmainzischer Reichstags-Gesandter ernannt war, eine Stimme mehr als Görtz. Nach diesen hatten in den beiden ersten Reichskollegien die meisten Stimmen: der churhannoverische Gesandte Freiherr von Ompteda, neun; der Hochstift-Augsburgische Gesandte Freiherr von Oexle, acht; der churpfälzische Graf von Lerchenfeld, so

wie der östreichische Freiherr von Borié, jeder sieben; der Erzstift-salzburgische, Freiherr von Zillerberg, der sachsen-gothaische Freiherr von Gemmingen, und der Hochstift-Eichstädtische Freiherr von Haimb, jeder sechs u. s. w. Die reichsstädtischen Stimmen wurden fast alle durch Mitglieder des innern Raths oder andere Bedienstete der Stadt Regensburg geführt, und zwar beinahe die Hälfte derselben durch den Herrn von Selpert.

Mancherlei Betrachtungen ließen sich über die Statistik des Reichstags anstellen, die aber nur dann von Interesse seyn würden, wenn wir die Verhandlungen desselben während diesem und dem folgenden Jahr ausführlich darstellen wollten. Allein diese waren für jene Zeit schon beinahe durchaus von keiner besondern Wichtigkeit, und vermögen gegenwärtig keine Theilnahme mehr zu erregen. Es genügt hier zu bemerken, daß in diesen zwei Jahren und bis zu Kaiser Josephs Tod, eigentlich bis zu der durch die Reichenbacher Konvention hervorgebrachten Veränderung in dem politischen System von Oestreich und Preußen, der kaiserliche Hof in den beiden ersten Reichskollegien auf fünf und sechszig, Preußen dagegen nur auf drei und vierzig Stimmen in der Regel und in gewöhnlichen Fällen rechnen konnte, daß folglich der erstere entschieden das Uebergewicht hatte.

In dem erwähnten Zeitraume beschränkte sich die

Komitialthätigkeit größtentheils auf Berathungen und Beschlüsse über Verbesserung des Reichs-Justiz-Wesens durch vorläufige Eintheilung in Senate am Reichskammergericht und Wiederherstellung der Visitation desselben; auf Besetzung erledigter Reichs-Generalitäts-Stellen, auf Vorbereitungen zu Erledigung der in großer Menge vorliegenden ältern und Annahme einiger neuern Rekurse, und andere derlei Gegenstände von untergeordnetem oder längst vorüber gegangenem Interesse. Der Nuntiatur-Streit, erregt durch die Anmaaßung des römischen Hofs, Nuntien mit ständiger Jurisdiktion nach Deutschland abzuordnen, war der einzige Gegenstand, der, nachdem er schon lange die Aufmerksamkeit des gesammten Reichs in Anspruch genommen und eine Menge Schriftsteller beschäftiget hatte, endlich am 9. August 1788 vom Kaiser an den Reichstag gebracht, aber dort weder in diesem, noch im folgenden Jahr förmlich berathen wurde.

Wenn aber auch sonach die eigentlichen Reichstags-Verhandlungen in diesem Zeitraum weder Preußens Politik noch die Thätigkeit des Grafen von Görtz besonders in Anspruch nahmen, so boten doch während demselben die Verhältnisse und Ereignisse in und außer Deutschland würdige Gegenstände derselben dar.

Von diesen beschäftigte sich Graf von Görtz zuvörderst mit jenen am Münchnerhof. Dort knüpfte er

gleich nach seiner Ankunft in Regensburg die frühern Verhältnisse wieder an, dort fand er seine Vertrauten und Freunde aus den siebenziger Jahren wieder; darunter vor allen auch die Herzogin Marianne, die, wenn gleich um zehn Jahre älter, und nun im sechs und sechszigsten Jahre ihres Lebensalters noch die nämlichen Grundsätze, noch die nämliche lebhafte Theilnahme an dem Wohle ihres lieben Bayerns, noch die nämlichen freundschaftlichen und vertraulichen Gesinnungen für den Grafen hegte, und durch einen ununterbrochenen Briefwechsel mit demselben äußerte. Außer der Herzogin und des Grafen vielen Bekannten in München und Zweibrücken erhielt er auch von dem Grafen von Brühl, welcher ungefähr zur nämlichen Zeit zum preußischen Gesandten in München, als Görtz zum Gesandten am Reichstag ernannt wurde, von Allem, was in Bayern und in Zweibrücken vorging, fortwährend Nachricht; auch der Zweibrückische Gesandte am Reichstag, Graf Seinsheim, gab der Instruktion seines Hofes gemäß dem Grafen von Allem, was einiges Interesse haben konnte, Kenntniß, und zudem fand zwischen Görtz und dem Zweibrückischen Minister Herrn von Esebeck ein ununterbrochener höchst vertrauter Briefwechsel statt.

Wenn auch die Lage Bayerns nicht so gefahrvoll wie vormals war, so erregte sie doch auch jezt noch manche Besorgnisse. Gleich nach der Ankunft des

Grafen in Regensburg bemerkte man in Bayern Anstalten, die auf eine bedeutende Vermehrung der Truppen schließen ließen, und man glaubte, solche dürften entweder Oestreich oder Rußland in Sold gegeben werden, Karl Theodor bewies noch bei allen Gelegenheiten die Fortdauer seiner gränzenlosen Anhänglichkeit an Oestreich, so wie sein Bestreben, seinen unehelichen Kindern ein glänzendes Loos zu machen, und auch diese, weder von dem Landesfolger noch von Preußen Gutes erwartend, theilten des Vaters Gesinnungen für Oestreich und bestärkten ihn darin. Die Gemahlin Karl Theodors war bereits bei Jahren und erfreuete sich nicht der guten Leibesbeschaffenheit und Gesundheit wie ihr Gemahl; man glaubte damals schon den Fall voraussehen zu können, daß sie vor ihm mit Tode abgehen, und daß dann wohl eine östreichische Prinzessin seine zweite Gemahlin werden dürfte; sogar von Wiederaufnahme des frühern Tauschprojekts waren Gerüchte im Umlguf; und als im Oktober der Churfürst, unter dem als grundlos befundenen Vorwand einer gefährlichen Krankheit seiner Gemahlin, München verließ, unterstellte man ihm die Absicht nicht mehr dahin zurück zu kehren, sondern in Mannheim oder Düsseldorf den nahen Zeitpunkt, von seinen neuen Staaten Besitz zu nehmen, abwarten zu wollen, wo dann gleichzeitig Oestreich die Besitznahme von Bayern vollziehen werde; sogar der Besuch, den die Grafen von Bretzen-

heim und von Leiningen, bald nach der Ankunft des Churfürsten in Mannheim, auf dem Karlsberg abstatteten, und die zuvorkommende Art, wie sie dort behandelt wurden, erregte in Bayern Unruhe, weil man denselben als den ersten Schritt zu Wiederherstellung des guten Einverständnisses zwischen dem Churfürsten und dem Herzog ansah, und voraussezte, daß dadurch von Seite des erstern entweder Beistimmung zu dem neuerdings befürchteten Tausch oder eine vortheilhafte Bestimmung des Looses der natürlichen Kinder des Churfürsten auf Kosten des Lands beabsichtiget werde. Diese Unruhe erreichte einen noch höhern Grad, als die Nachricht in München eintraf, der Herzog habe sich mit seiner Gemahlin zu einem Besuch nach Mannheim begeben, und es sey auch zugleich der Prinz Max mit seiner Gemahlin dort eingetroffen.

So wie Görtz von der Abreise des Churfürsten nach Mannheim Nachricht erhielt, begab er sich sogleich selbst nach München, theils um an Ort und Stelle sich von dem Stand der Dinge zu überzeugen, theils um sich mit dem Grafen von Brühl, der dem Hoflager des Churfürsten zu folgen hatte, zu besprechen, und die von Jedem zu beobachtende Handlungsweise zu verabreden.

Das, was Görtz in München selbst erfuhr und beobachtete, ließ ihm keinen Zweifel übrig, daß der Reise des Churfürsten weniger ein großer politischer Endzweck als vielmehr eine Intrigue des bekannten Pater Fraul

und des Kanzlers von Kreyttmair zu Grunde liege, um ihren Einfluß auf den Churfürsten zu vermehren, und jenen des Ministers Freiherrn von Oberndorf zu schwächen, daß jedoch die Besorgniß, der Churfürst dürfte schwerlich wieder nach München zurückkehren, nicht ganz ohne Grund sey. Görtz rieth denjenigen, die sich bei ihm Raths erholten, sonderlich den Ständen, vor dem gewöhnlichen Landtag keinen Schritt zu unternehmen, um den Churfürsten zur Rückkehr zu bewegen; dann aber ehrfurchtsvolle Vorstellungen zu machen, solche, wenn sie ohne Erfolg bleiben sollten, zu wiederholen, und endlich auch die Verwendung des Herzogs von Zweibrücken und der Prinzen vom Hause nachzusuchen; aber ja in keinem Fall irgend eine Verwendung einer fremden Macht anzusprechen, sondern dieses, wenn es nöthig werden sollte, dem Hause selbst zu überlassen.

Ueber die von den eigentlichen bayerischen Patrioten befürchtete Aussöhnung zwischen dem Churfürsten und dem Herzog und deren wahrscheinliche Folgen kamen dem Minister von Herzberg sowohl als dem Grafen sehr bald Nachrichten zu, von denen dieser mit gehöriger Schonung und Klugheit zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther Gebrauch machte. Doch wurde dieser Endzweck erst erreicht, als der Churfürst in der Hälfte des folgenden Jahres (1789) nach München zurückkehrte, und zwar, ohne seinen lange angekündigten Besuch in Zweibrücken abgestattet zu haben. Mit die-

ser Rückkehr fielen auch die andern Besorgnisse hinweg; nur der wahrscheinliche, durch keine menschliche Klugheit zu beseitigende Fall des Todes der Churfürstin vor ihrem Gemahl, bot noch großen Stoff zu solchen dar. Man glaubte jedoch, es werde dann nicht schwer fallen, die Vertrauten des Churfürsten und sonderlich seine natürlichen Kinder zu bewegen, denselben von einer zweiten Heirath abzuhalten, theils indem man ihnen angemessene Vortheile einräume, theils indem man ihnen bemerklich mache, daß sie, wenn auch der Churfürst aus einer solchen Ehe Kinder erziele, dennoch unter die gänzliche Abhängigkeit des Herzogs von Zweibrücken gerathen werden, da der Churfürst nicht so lange leben könne, bis ein Prinz die Großjährigkeit erreicht habe, und während dessen Minderjährigkeit die Vormundschaft und Regentschaft dem Herzog zustehe.

Sogleich, als der Graf von Görtz seine Stelle in Regensburg angetreten hatte, war die damals bevorstehende Wahl eines Fürstbischofs von Freising, ein Gegenstand von besonderm Interesse, theils in Bezug auf Bayern, theils in Bezug auf den Fürstenbund. Da vorauszusehen war, daß die Wahl auf den Fürstbischof von Regensburg, Maximilian Prokop Grafen von Törring-Jettenbach fallen dürfte, dessen Gesinnungen zweifelhaft waren, und der noch zudem von dem östreichischen Hof unterstüzt wurde, so lag viel

viel daran, entweder diese Wahl zu hintertreiben oder den Wahlkandidaten für das System von Preußen zu gewinnen, und zugleich die Gewährschaft zu erhalten, daß er nichts für Bayern Nachtheiliges unternehme. Denn man war in dieser Beziehung nicht ohne Sorgen, ein östreichisch gesinnter Fürst von Freisingen könnte die zu dem Hochstift gehörige an Tyrol angränzende Grafschaft Werdenfels an Oestreich abtreten, oder diesem etwa das Besatzungsrecht in derselben einräumen, wodurch auf jener Seite Oestreichs Gränze gegen Bayern eine bedeutende Ausdehnung erhalten würde.

Durch kluge Unterhandlung des Grafen von Görtz und der Anhänger und Freunde seines Hofes in Bayern gelang es diese Besorgnisse zu heben, und von dem erwähnten Fürstbischof einen Revers zu erhalten, den wir hier vollständig geben.

„Da des regierenden Herrn Herzogs von Pfalz-
„Zweibrücken Liebden für gut gefunden, mit Uns aus
„Veranlassung gegenwärtiger bedenklicher Konjunktu-
„ren vertrauliche Kommunikation zu pflegen, so haben
„Wir kein Bedenken getragen, hiemit Hochdenselben
„Unsere auf wahren biedern deutsch-patriotischen Sinn
„sich gründende Denkungsart und daraus fließenden
„Unsern unabweichlich gefaßten Entschluß zu eröffnen,
„und mit fürstlichen Worten und Treuen zuzusichern,
„nämlich daß:

„1) Wir des Herrn Herzogs höchstrühm-
„lichen reichspatriotischen Eifer für die im-
„merwährende Aufrechthaltung der gegenwärtigen ge-
„setzlichen Verfassung des deutschen Reichs vollkom-
„men beipflichten, auch in allen Fällen (den,
„wo die vorsehende Bischofswahl zu Freising auf Uns
„fallen sollte, mitgerechnet), hievon Proben ablegen
„werden mittelst vollkommener Beistimmung durch
„Unsere Handlungen und Benehmen."

„2) Wir niemals in eine Veräußerung der
„bischöflich Regensburgischen oder Freisingischen Lande
„oder Diöcesen auf keinerlei Art, noch unter keinerlei
„Vorwand einwilligen, sondern den reichskonstitutions-
„mäßigen Bestand der Bisthümer in jedem Fall auf
„das Aeußerste zu handhaben und zu schützen trachten
„werden."

„3) Insonderheit Wir nie in eine Uebersetzung
„des bischöflichen Sitzes, vorzüglich des Freisingi-
„schen nach München einwilligen oder einen derlei
„reichskonstitutionswidrigen Vorschlag eingehen wollen."

„4) Desgleichen auch niemals eine Abtretung oder
„Veräußerung der Grafschaft Werdenfels an den
„Wienerhof, und noch weniger demselben Besetzung
„oder Jus praesidii darin zugestatten werden, und

„5) von allen diesen eingegangenen Verbindlichkeiten

„Niemand jemals eine Eröffnung gemacht werden soll.
„Zu dessen aller mehrerer Bekräftigung Wir gegenwär-
„tige Versicherungs-Urkunde eigenhändig unterschrieben
„und Unser fürstl. Insiegel beigedruckt haben. So
„geschehen Thumstauf den 18. Mai 1788.

„Maximilian Procop Reichsfürst."

Die Wahl zum bischöflichen Sitz von Freising fiel nun auf den Bischof von Regensburg, und somit hatte Preußen, ohne unmittelbar dabei betheiliget zu erscheinen, sich und dem Fürstenbunde zwei Stimmen im Fürstenrath mehr erworben, und Bayern vor einer möglichen Vergrößerung des Hauses Oestreich an seinen Gränzen gesichert.

Bald aber traten Ereignisse von größerer Wichtigkeit von allgemeinem Interesse ein, und beschäftigten die Kabinette und Staatsmänner.

In Holland war es, wo sich die Wirkungen der neuen Theorien über Volksfreiheit und Souveränetät und des aus Amerika in diesen Welttheil verpflanzten Freiheits-Schwindels zuerst werkthätig äußerten. So geschwind auch durch Preußens Waffen dieselben unterdrückt und die frühere Ordnung wieder hergestellt wurde, so fanden doch sehr bald hernach in den östreichischen Niederlanden und im Hochstift Lüttich Unruhen und gewaltsame Auftritte ge-

gen die Regierungen statt, welche bewiesen, wie geringen Eindruck dort das Schicksal der holländischen Revolutionäre hervorgebracht habe.

In den Niederlanden hatte das rücksichtslose, weder den Geist der Zeit und der Nationen, noch Rechte und Besitzstand schonende Reformationssystem des Kaisers Joseph, den in allen seinem Scepter unterworfenen Staaten verbreiteten, hie und da sich laut geäußerten Mißmuth und Unzufriedenheit, zur offenbaren Empörung getrieben; die Liebe und Anhänglichkeit seiner dortigen Unterthanen hatte er seit seinen bekannt gewordenen Tauschprojekten bereits ganz und unwiederbringlich verloren. Als er daher die Stände durch Aufhebung ihrer Freiheiten, den Adel durch Entziehung hergebrachter Rechte und Vorzüge, die Geistlichkeit durch Beschränkung ihres Einflusses und durch Einführung ihr verhaßter Gesetze im Kirchen- und Schulwesen aufs Höchste gegen sich aufgebracht, und dagegen nichts gethan hatte, was ihm die Liebe des Volkes hätte erhalten oder erwerben können, da war es um so leichter das unter der Asche glimmende Feuer des Aufruhrs zur Flamme anzublasen, als des Kaisers ganzes Heer, auf welches allein er mit Sicherheit zählen konnte, gegen die Türken zu kämpfen hatte. In den Niederlanden entstanden sonach Unruhen und Empörung, weil der Kaiser Neuerungen einführen, die Stände und das Volk aber das Alte beibehalten wollten.

Entgegengesetzte Grundsätze und Zwecke von Fürsten und Volk brachten den Aufstand und die Unruhen im Hochstift Lüttich hervor; hier wollte der Fürst das Alte beibehalten, aber das Volk und diejenigen, die sich zu seinen Vertretern aufwarfen, wollten dasselbe abgeschafft und statt dessen Neues eingeführt sehen.

Die Ereignisse in beiden Ländern erregten im ganzen deutschen Reich große und gerechte Besorgnisse; denn nun hatte der Revolutionsgeist in Bestandtheilen desselben Wurzeln geschlagen, deren Ausbreitung mit nur zu gutem Grund befürchtet ward. In Bezug auf die Niederlande wurde, zwar nicht amtlich aber doch in Wien sowohl als in Regensburg zwischen Geschäftsmännern, Ministern und Gesandten die Frage diskutirt: ob das deutsche Reich nicht verpflichtet sey, dem Haus Oestreich gegen die aufrührerischen Niederländer Hülfe zu leisten? Als Gründe der Bejahung wurden angeführt: Oestreich, als Inhaber der den burgundischen Reichskreis bildenden Provinzen bezahle nicht nur von denselben Kammerzieler, sondern sie stehen auch nach einer Urkunde vom Jahr 1548 unter des deutschen Reichs Schutz. Dagegen aber bezog man sich bei Verneinung der Frage auf die bisherige Art der Verbindung der Niederlande mit dem deutschen Reich, auf deren gänzliche Unabhängigkeit von den deutschen Reichsgerichten, auf die Will-

ler, womit das Haus Oestreich ohne Befragung oder Einwilligung des deutschen Reichs mit den Niederlanden oder einzelnen Theilen derselben verfügt habe. Zur wirklichen Entscheidung der Frage kam es indessen nicht, weil von Oestreich der Beistand des deutschen Reichs nie verlangt wurde.

Preußen ist beschuldigt worden die Empörung der Niederländer begünstiget und unterstüzt zu haben. Mag dieses auch geschehen seyn, so könnte es nur in der damaligen feindlichen Stellung Preußens zu Oestreich seinen Grund haben; man sucht seinen Feind auf jede mögliche Art zu schwächen. Als aber bald hernach bei Annäherung und Erkenntniß gemeinschaftlicher Gefahr die bisherige Rivalität gehoben wurde, und dadurch Oestreich freie Hand erhielt, gegen seine empörten Unterthanen mit Nachdruck handeln zu können, wodurch es wirklich gelang sie zum Gehorsam zurückzuführen, da bestätigte am Ende des Jahres 1790 der Nachfolger Josephs II. den Niederlanden gegen die von ihnen geleistete Huldigung ihre frühern Verfassungen, Privilegien und Gebräuche, und Belgien ward sonach von Oestreich wieder erworben. Dazu wirkten außer Preußen auch Holland und England mit.

Die Unruhen im Lüttich'schen waren einige Zeit hindurch ein Gegenstand wichtiger gerichtlicher und

außergerichtlicher Verhandlungen in Deutschland. Das Reichskammergericht hatte am 27. Aug. (1789) ein Straferkenntniß gegen die landfriedensbrüchigen Auftritte in Lüttich erlassen, und mit dessen Vollzug die kreisausschreibenden Fürsten des niederrheinisch westphälischen Kreises (den Bischof von Münster, Churpfalz wegen Jülich und Chur-Brandenburg wegen Cleve) beauftragt, die auch sogleich die verfassungsmäßigen Anstalten dazu trafen, und Exekutionstruppen ausrücken ließen. Aber bald zeigten sich über die Art der Exekution selbst sehr verschiedene Grundsätze der Kreisdirektorialhöfe; Münster und Jülich wollten das kammergerichtliche Erkenntniß auf das Pünktlichste vollstrecken; Cleve hingegen hielt solches für äußerst schwierig, ohne gänzlichen Ruin des Landes nicht für ausführbar, und rieth daher den glimpflichen Weg einzuschlagen; und die Sache gütlich auszugleichen. Es kam darüber zwischen den Exekutionshöfen zu solchen Mißhelligkeiten, daß nicht nur die Exekution gehemmt, sondern auch Preußen, nachdem es seine Bemühungen durch Briefwechsel mit dem Fürstbischof von Lüttich eine gütliche Ausgleichung zu erzielen vereitelt, seine guten Absichten übel ausgelegt sah, veranlaßt wurde, seine Truppen zurück zu ziehen.

Sowohl in Wien als in Regensburg, und selbst bei den Mitgliedern des deutschen Fürstenbundes, voraus bei Mainz und Hannover fand das Benehmen

Preußens großen Tadel; Jakobi hätte in Wien, so wie Görz in Regensburg viel zu kämpfen, um das System ihres Hofes zu vertheidigen; es entstand selbst die Besorgniß es könnte dadurch der Fürstenbund aufgelöst werden. Görz schrieb bei dieser Gelegenheit an Jakobi: der Fürstenbund sey eine ganz vortreffliche Institution, durch welche auch die Achtung für Preußen vermehrt werden sollte; sie könne aber wohl sehr vermindert werden, wenn man sich von andern Mitgliedern, sonderlich einem Geistlichen (den Churfürsten von Mainz meinend) leiten ließe. Preußen könne und werde auch allein der wahre Protektor der deutschen Verfassung seyn; er sey solcher schon vor dem Fürstenbunde gewesen, und werde es auch ohne Fürstenbund bleiben, wenn es den Unterdrückten gerechten Beistand leiste.

Auch Lüttich mußte bald nach der Bezwingung der Niederlande sich wie diese wieder seinem Fürsten unterwerfen; denn der Abgang der preußischen Exekutionsmannschaft wurde durch Kreistruppen von Mainz und Trier ersetzt, und Oestreich als Besitzer des burgundischen Kreises, vermehrte dieselben mit der zu Bezwingung des Landes nöthigen Truppenzahl. So wurden denn beide Länder nach einiger Zeit von Unordnung und Anarchie, nach fruchtlos gebrachten schweren Opfern und mit Millionen neuer Schulden beladen, unter die vorige Botmäßigkeit zurückgebracht.

Dieses geschah erst unter Leopold II; wir wollten aber das Ende dieser Unruhen zugleich mit deren Entstehung hier andeuten.

Welch ein Glück, wenn man auch Anfang und Ende der zu gleicher Zeit durch die Revolution in Frankreich begonnenen Unruhen und Besorgnisse Deutschlands, in einen eben so kurzen Zeitraum zusammenfassen könnte! Allein so groß und allgemein auch diese gleich in der ersten Periode ihrer Entstehung waren, so erreichten sie doch bei Weitem nicht den hohen Grad, auf den sie in der Folge durch die gemachten traurigen Erfahrungen gesteigert wurden.

Durch die Beschlüsse der französischen Nationalversammlung vom August 1789 wurden die Leibeigenschaft, die Feudalrechte, Zehenten, Grundzinse, Gilten und die gutsherrliche Gerichtsbarkeit mit den daraus fließenden Rechten und Gefällen, theils mit, theils ohne Vorbehalt einer Entschädigung aufgehoben oder ablöslich erklärt, alle und jede Privilegien und Freiheiten einzelner Provinzen und Gemeinheiten vernichtet, ein paar Monate später die Güter der Geistlichkeit als Staatsgüter erklärt und deren Verkauf zum Vortheil des Staatsschatzes dekretirt.

Durch diese und andere Verfügungen fanden sich die in Frankreich, vorzüglich im Elsaß begüterten deutschen Reichsfürsten, Chur-Trier, Speyer, Hessen

Darmstadt, der Johanniter-Orden, Pfalz-Zweybrücken, Basel, Württemberg, Baden u. a. m. in ihren durch Friedensschlüsse und völkerrechtliche Verträge gesicherten Rechten und Einkünften auf die empfindlichste Art gekränkt, und einige derselben suchten sogleich theils bei den Kreisen, zu denen sie gehörten, und dann bei dem gesammten Reichstag um Hülfe und Beistand nach; Andere, darunter insbesondere Zweybrücken, hielten damit noch zurück und erwarteten die weitern Ergebnisse.

Aber so groß und allgemein auch in Deutschland der Unmuth, die Mißbilligung und Klagen über diese völkerrechtswidrige Kränkung und Beraubung deutscher Fürsten durch Frankreichs Machthaber seyn mochte, so waren doch die Besorgnisse, welche die Revolution selbst erregte, noch ungleich größer und allgemeiner unter allen gutgesinnten, dem deutschen Vaterland, seiner Verfassung und seinen Fürsten aufrichtig ergebenen Männern, weil sie die Verbreitung der revolutionären Grundsätze die schon in den Niederlanden und Lüttich so viele Anhänger gefunden hatten, auch in den übrigen Theilen des deutschen Reiches befürchteten.

Und in der That das, was bereits in einigen Gegenden Deutschlands geschehen war, und bald hernach noch geschehen ist, hat diese Besorgnisse nur zu sehr

gerechtfertiget. Im Mainzischen, Trierischen, im Badischen, zu Neuwied, in der Ortenau, im Hochstift Speyer, im Pfälzischen, überhaupt in gar vielen Orten und Gegenden am Rheinstrom; im Hildesheimischen, in Mömpelgard, im Hessischen u. s. w. fanden Unruhen und Aufstände zum Theil mit bewaffneter Hand, mit argen Mißhandlungen und Ausschweifungen statt; in Aachen, in Köln, in Nürnberg und andern Orten walteten zum Theil schon seit Jahren Uneinigkeiten und Prozesse zwischen den Magistraten und den Bürgern vor, die auf Abschaffung der bestehenden und Einführung einer neuen Verfassung und Verwaltung abzielten; in allen Gegenden Deutschlands fanden sich Leute, welche den Grundsätzen der französischen Revolution das Wort sprachen, und die Unterthanen auf die grossen Vortheile aufmerksam machten, welche auch ihnen die Abschaffung der lehenherrlichen Abgaben, der Gilten, Zehenten u. d. g. bringen würde, Andere, welche, den Gegenstand aus einem höhern Gesichtspunkt betrachtend, die deutsche Nation einer Regeneration würdig hielten und sie darauf vorzubereiten unternahmen, Viele, die weder das Eine noch das Andere, sondern nur ihr persönliches Interesse durch die Verbreitung der revolutionären Grundsätze in Deutschland zu befördern wünschten. Es war dem aufmerksamen Beobachter damals schon nur zu bemerkbar, welche stille, Unheil weissagende

Gährung; und welcher Mangel an richtiger Auffassung und Erkenntniß dessen, was Zeit und Umständen angemessen war, unter deutschen Unterthanen und Regenten vorherrschend war; wie von diesen einige durch Entmuthigung und unzeitige Nachgiebigkeit, da, wo ruhige Fassung und Festigkeit unbescheidenen oder gar ahndungswerthen Forderungen und Absichten entgegengesezt werden sollten, andere aber durch unkluge Beharrlichkeit auf dem Veralteten und Nichtwesentlichen, und durch Mangel an Rücksicht auf billige und zeitgemäße Bitten und Wünsche, nachtheilig auf die allgemeine Stimmung einwirkten, und sie gerade dahin beförderten, was sie verhindern wollten.

Unter solchen beunruhigenden Verhältnissen und Aussichten verschlimmerte sich der Gesundheitszustand des schon länger kränkelnden Kaisers Joseph auf einen Grad, der dessen nahe Auflösung, und da sein Nachfolger auf dem deutschen Kaiserthron noch nicht gewählt war, ein Zwischenreich von ungewisser Dauer verkündete. Das allgemeine Interesse des Reichs erheischte, daß bei so bedenklicher Zeit der Reichstag seinen ununterbrochenen Fortgang behalte, damit die auf demselben vereinigten Fürsten und Stände für Deutschlands Ruhe und Wohlfahrt wachen und sorgen könnten. Daher fanden schon in der lezten Hälfte des Jahres 1789 zwischen den Höfen zu Berlin, Dresden, Hannover und Mainz unter sich und mit den

übrigen

[illegible] den [illegible] gepflogen [illegible] gleich [illegible]
[illegible] den altfürstlichen Höfen vertrauliche Ver-
handlungen [illegible] sich [illegible] die [illegible]
Grundsätze zu vereinigen. Ueber die Nothwendigkeit,
den Reichstag auch während des Zwischenreichs fort-
zusetzen, war nur Eine Stimme; aber über die Art, wie
dieses geschehen solle, walteten verschiedene Ansich-
ten vor.

Chur-Mainz stellte den Satz auf, durch den Tod eines römischen Kaisers werde weder der Reichstag aufgelöst, noch das churmainzische Reichsdirektorium außer Thätigkeit gesezt, und wollte, daß von dem Augenblick der eingetretenen Thronerledigung aller Bedacht auf die Beschleunigung der Wahl eines neuen Reichsoberhauptes gerichtet, und wenn gesetzliche oder sonstige reichstägliche Verfügungen während des Zwischenreichs nothwendig seyen, diese vom gesammten Reichs wegen durch ordentliche Handlung der Reichskollegien beschlossen werden, welche keine andere Ratifikation als jene des künftigen Reichsoberhaupts zu Vervollständigung der gesetzlichen Sanktion erfordern, und die auch ohne allen Anstand zu erwarten sey. Dagegen aber behaupteten die Reichsvikarien: nur unter ihren Auspicien könne vermöge der Wahlkapitulation bei Erledigung des Kaiserthrones der Reichstag fortgesezt werden, und dieses Recht sey ihnen durch die Kapitulation selbst eingeräumt. Erst nach monden langen nach dem Tode des Kaisers Joseph am

Reichstag selbst fortgesetzten Berathungen und Verhandlungen konnte man sich über diese Grundsätze am 7. Julius 1790 zu einem gemeinschaftlichen Schluß vereinigen, der aber durch den Widerspruch der Vikariatshöfe und durch den bald von Mainz selbst veranlaßten frühern Antritt der Ferien ohne Erfolg blieb.

Anzeige.

Bei Wilhelm Schaefer in Frankfurt a. M. ist erschienen:

Mémoire historique de la négociation en 1778 pour la succession de la Bavière, confiée par le Roi de Prusse Frédéric le Grand au Comte Eustache de Goertz. gr. in 8. 1812. Prix 1 fl. 48 kr.

Diese Schrift dürfte für die Besitzer der Denkwürdigkeiten des Grafen von Görtz nicht uninteressant seyn, weßhalb der Verleger hiermit auf dieselbe aufmerksam macht.



